

Puppet Regime vs. Lead Nation,
Der lange Weg zur Anerkennung der DDR durch die USA

Inauguraldissertation zur Erlangung des
Doktorgrades der Philosophischen Fakultät
der Universität zu Bonn

vorgelegt von
Philip Alexander Matthes
aus Düsseldorf

Bonn 2010

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

1. Gutachter:
Prof. Dr. Joachim Scholtyseck

2. Gutachter:
Prof. Dr. Klaus Hildebrand

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Februar 2007

I. Einleitung	6
A. Problemstellung und Methoden.....	7
1. Problemstellung	7
2. Methoden	11
B. Quellenlage und Forschungsstand	13
1. Quellenlage	13
2. Forschungsstand.....	18
C. Der institutionelle Rahmen der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen.....	29
1. USA.....	29
2. DDR	34
II. Einführung: Die USA und die DDR 1949 bis 1961.....	38
A. 1945 bis 1949: Die USA und die SBZ	38
B. „The so called government of the GDR“: Amerikanische DDR-Politik von der Gründung der DDR bis zum Aufstand vom 17. Juni 1953	39
C. Von der Souveränität der DDR zur Berlin-Krise	49
D. USA-Politik der DDR 1949-1961	62
III. Die USA und die DDR 1961-1963	69
A. Die Mauerkrise und ihre Folgen	70
1. Die DDR-Politik der Kennedy-Administration vor dem 13. August 1961	70
2. Der Mauerkrise im außenpolitischen Kalkül der DDR.....	75
3. Die amerikanische Reaktion auf den Mauerbau	79
4. Das Ergebnis der Mauerkrise	87
B. USA-DDR und die Kuba-Krise	91
C. Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffenversuchen: Zementierung der De- facto-Anerkennung	95
D. Die Administration Kennedy: Chance für die USA-Politik der DDR?.....	99
IV. Die USA und die DDR 1963-1968: Zwischen „selektivem Brückenschlag“ und Anerkennungslobbyismus.....	104
A. Die Politik des „selektiven Brückenschlags“ und die DDR	105
B. Visa-Fragen als politisches Mittel zwischen DDR und USA.....	119
C. Der Anerkennungslobbyismus: Konzept und Wirklichkeit.....	130
1. Politik: „Vom Marxismus-Leninismus bis zum bürgerlichen Liberalismus“: Der ostdeutsche Anerkennungslobbyismus und die amerikanische Innenpolitik.....	132
2. Die ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen im Zeichen des Anerkennungslobbyismus	164
3. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte im Dienst der Anerkennungspolitik	198
4. Fazit: Anerkennungslobbyismus.....	242
D. DDR-USA und die internationalen Krisen und Konflikte.....	246
1. Die DDR und der Vietnamkrieg	247
2. Die USA und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“	262
E. Die Administration Johnson und die DDR: Zwischen Anerkennungslobbyismus und internationalen Krisen.....	265

V. DDR-USA 1969-1974: Von der internationalen Entspannung zum bilateralen Verhältnis	270
A. Das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis unter den Vorzeichen der amerikanisch-sowjetischen Entspannung	271
1. Die „Ära der Verhandlungen“ und die DDR	272
2. Das Vier-Mächte-Abkommen: Grundlage einer ostdeutsch-amerikanischen Verständigung?	276
3. Die USA und die KSZE-Initiative bis 1974.....	282
B. DDR-USA Wirtschaftsbeziehungen 1969-1974	283
1. Die ökonomischen Grundlagen.....	288
2. Die politischen Implikationen	297
C. DDR-USA und die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik	302
D. DDR-USA und die UNO.....	317
E. Die Anerkennung	325
1. „Keep it Cool“: Der amerikanische Sonderweg zur Aufnahme von v Anerkennungsverhandlungen von November 1972 bis August 1973	326
2. Ost-Berlin im Ringen um Verhandlungen	337
3. Die Verhandlungen	341
VI. DDR-USA nach der Anerkennung: Ein Ausblick.....	360
VII. Fazit.....	367
VIII. Verzeichnisse	379
A. Quellen.....	379
1. Unveröffentlichte Quellen.....	379
2. Veröffentlichte Quellen.....	379
3. Zeitungen und Zeitschriften	381
4. Radio-Beiträge, Filme	382
5. Erinnerungen	382
B. Sekundärliteratur	383
C. Abkürzungsverzeichnis	413

I. Einleitung

Am 4. September 1974 wurden die Anerkennungsprotokolle zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Damit nahmen die USA als 110. Staat, letzte Siegermacht und als eine der letzten Nationen der westlichen Welt – lediglich Kanada ließ sich noch mehr Zeit – diplomatische Beziehungen zur DDR auf.¹ Mit der Etablierung offizieller Beziehungen zur westlichen Supermacht endete ein Abschnitt der DDR-Geschichte, in dem der SED-Diktatur ein wesentliches Merkmal äußerer Souveränität, die internationale Anerkennung ihrer Staatlichkeit, gefehlt hatte.² Beruhend auf dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik hatte Washington die Existenz des sozialistischen Deutschlands 25 Jahre lang verneint und die Vertreter der DDR offiziell ignoriert.

Die vorliegende Arbeit möchte ergründen, welche kurz-, mittel- und langfristigen Faktoren dafür verantwortlich waren, dass zwischen zwei so unterschiedlichen Staaten wie der DDR und den USA schließlich doch diplomatische Beziehungen etabliert werden konnten. Dabei erfordern zwei Dinge eine Nuancierung der klassischen Analyse bilateraler Beziehungen: Zum einen ist der unterschiedliche Charakter beider Akteure, das Ungleichgewicht zwischen dem „*Empire by Invitation*“³ und dem „Kunstprodukt des Kalten Krieges“⁴, bei der Betrachtung des amerikanisch-ostdeutschen Verhältnisses stets zu berücksichtigen. Während die USA in der Auseinandersetzung mit der zweiten Supermacht, der UdSSR, die Richtung des Weltgeschehens bestimmten, agierte die DDR lange Zeit in der Ungewissheit des Provisoriums. Das daraus resultierende Spannungsfeld zwischen Siegermacht und Besatzungszone, *lead nation* und Gefolgsstaat muss die Betrachtung daher stets mitberücksichtigen. Zum anderen verlangt der Sonderfall der deutschen Teilung, bei der Analyse des amerikanisch-ostdeutschen Verhältnisses über klassische Schemata

¹ Vgl. Scholtyssek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003, S. 32, S. 115.

² Vgl. Große, Jürgen: Amerikapolitik und Amerikabild der DDR, 1974-1989, Bonn 1999, S. 21.

³ Vgl. Lundestad, Geir: *Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945-1952*, in: *Journal of Peace Research*, 3/1986, S. 263-277.

⁴ Vgl. Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und das Ende der DDR, in: Jarausch, Konrad H./ Sabrow, Martin (Hrsg.): *Weg in den Untergang, Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 119-152. Zitiert nach: Pfeil, Ulrich: Die DDR und der Westen 1949-1989, Eine Einführung, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin 2001, S. 7-20, S. 13.

hinaus zu gehen. Die DDR entwickelte ihre USA-Politik in Abgrenzung zur Bundesrepublik, während die amerikanische DDR-Politik durch die Schutzmachtrolle der USA gegenüber der Bundesrepublik geprägt wurde. Nur wenn die Arbeit den deutsch-deutsch-amerikanischen Beziehungen ebenso wie den internationalen Rollen beider Protagonisten Rechnung trägt, kann eine ausgewogene und verständliche Darstellung der bilateralen Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin entstehen.

Betrachtet man die Analyse im Gesamtkontext der gesamtdeutsch-amerikanischen Nachkriegsbeziehungen, so sollen die in der Arbeit gewonnenen Erkenntnisse dazu beitragen, das Bild dieser Beziehungen zu ergänzen und zu vervollständigen. Mit Blick auf das heutige, nicht immer unproblematische transatlantische Verhältnis wirft die Untersuchung neben dem ereignis- und strukturgeschichtlichen Ansatz, mentalitätsgeschichtlich zumindest ein Schlaglicht auf die gegenseitige Perzeption. Weit davon entfernt, dieses Thema umfassend zu bearbeiten, soll damit ein kleiner Beitrag zum besseren Verstehen möglicher Wurzeln sowohl der Amerikabegeisterung, als auch des Antiamerikanismus in Deutschland geleistet werden.

A. Problemstellung und Methoden

Johannes Kuppe weist daraufhin, dass große Teile der Forschung zur Außenpolitik der DDR auf eine Klärung ihrer Forschungsansätze und Methoden verzichten und die Einordnung ihrer theoretischen Grundlagen dem Leser aufbürden.⁵ Um dieses zu verhindern, erläutert die vorliegende Arbeit an dieser Stelle einige theoretische Überlegungen zur Problemstellung und den angewandten Methoden.

1. Problemstellung

„Die Beziehungen zwischen den USA und der DDR sind nicht Beziehungen zwischen zwei beliebigen Staaten, die isoliert betrachtet und bewertet werden können. Vielmehr handelt es sich um Beziehungen zwischen der Vormacht des

⁵ Kuppe, Johannes: Die Außenpolitik der DDR, in: Eppelmann, 2003, S. 318-326, S. 319.

westlichen Lagers und der Gefolgsmacht des östlichen Lagers.“⁶ Dieser von Burton C. Gaida erarbeiteten Feststellung trägt die vorliegende Analyse Rechnung, indem sie die Ergänzung der Staatengesellschaft der autonomen Staaten um die quasi-institutionalisierte Staatengemeinschaften der beiden sich gegenüberstehenden Blöcke, repräsentiert durch NATO und Warschauer Pakt,⁷ bei der Erarbeitung der bilateralen Beziehungen mitbetrachtet. Durch dieses Vorgehen erweist sich, dass fünf Merkmale für die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen bestimmend sind:

Erstens: Die Außenpolitik sowohl der USA als auch der DDR wurde nicht allein durch ihre Interessen, sondern auch durch die ideologische Aufladung geprägt. Die Untersuchung versucht daher, die Beziehungen zwischen Ideologie und Machtpolitik aufzuzeigen, um deutlich zu machen, wann Handlungsweisen eher interessengelenkt, wann eher ideologisch motiviert waren und wann die Ideologie als Argumentationshilfe genutzt wurde, um machtpolitische Ziele durchzusetzen.

Zweitens: Die DDR war, ihrer Selbstlegitimation entsprechend, eingebunden in „den weltweiten Antagonismus zwischen dem zukunftsweisenden sowjetisch geführten und geprägten Sozialismus und dem US-amerikanisch geführten und geprägten Kapitalismus oder Imperialismus.“⁸ Sie war Gefolgsstaat im östlichen Bündnissystem, womit eine signifikante Abweichung von der in Moskau erarbeiteten Linie unmöglich war.⁹ Da der fehlende Zugang zu russischen Archiven eine solche Analyse in Spekulation abgleiten lassen würde, kann der spezifische Grad der Abhängigkeit der ostdeutschen USA-Politik in dieser Arbeit nicht detailliert aufgearbeitet werden. Dennoch sollen, wo möglich, Parallelen und Unterschiede, Kontinuitäten und Brüche in der Amerikapolitik der UdSSR und der DDR aufgezeigt werden.

Drittens: Dem Ansatz Christoph Kleßmanns folgend kann eine Geschichte der DDR nicht ohne den Blick auf die Verzahnung dieser mit der Bundesrepublik

⁶ Gaida, Burton C.: USA-DDR, Politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen seit 1974, Bochum 1989, S. 16.

⁷ Vgl. Link, Werner: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, 2. erw. und überarbeitete Auflage, Stuttgart und andere 1988, S.31.

⁸ Sywottek, Arnold: Die Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftspolitische Herausforderung der DDR, in: Pfeil, 2001, S. 151-164, S. 151.

⁹ Vgl. Große, 1999, S. 9.

auskommen.¹⁰ Nach Ulrich Pfeil wird diese Verzahnung gerade in der Außenpolitik deutlich, da die SED-Außenpolitik trotz aller Differenzierungen und Periodisierungen stets Deutschlandpolitik blieb.¹¹ Im Fall des Dreiecks Washington-Bonn-Ost-Berlin hatte die amerikanische DDR-Politik, bedingt durch die Schutzmachtrolle der USA für die Bundesrepublik und die wachsende Asymmetrie des deutsch-deutschen Verhältnisses,¹² einen enormen Symbolcharakter. Entsprechend werden mögliche Interdependenzen zwischen den Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und dem Verhältnis DDR-USA durch eine auf Forschungsliteratur beruhende Betrachtung der deutsch-deutschen und bundesrepublikanisch-amerikanischen Beziehungen sowie eine quellengestützte Analyse des bundesrepublikanisch-amerikanischen Meinungs-austausches über die DDR in die Untersuchung einbezogen. Gerade vor dem Hintergrund der „Erfolgsgeschichte“, die in dieser Arbeit untersucht wird – die DDR wurde schließlich 1974 von den USA diplomatisch anerkannt – darf die Erfolgsgeschichte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA nicht aus den Augen verloren werden.¹³

Viertens: Nach Werner Link bestehen die internationalen Beziehungen nicht allein aus den Handlungen der betroffenen Regierungen, sondern ebenso aus den grenzüberschreitenden Interaktionen gesellschaftlicher Gruppen, den transnationalen Beziehungen.¹⁴ Diese Ansicht wird von Beiträgen unterschiedlicher Autoren im von Wilfried Loth und Jürgen Osterhammel herausgegebenen Buch bekräftigt.¹⁵ So zeigt Eckart Conze, dass Außenpolitik von pressure groups, Interessenverbänden und Medien beeinflusst wird und dass ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen Außenpolitik und den vorherrschenden Ideologien und gesellschaftlichen

¹⁰ Vgl. Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation, Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarbeitete Auflage, Bonn 1997, S. 13.

¹¹ Vgl. Pfeil, in: Pfeil, 2001, S. 15.

¹² Vgl. Bauernkämper, Arnd/ Sabrow, Martin/ Stöver, Bernd (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte, Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 9-16.

¹³ Der Begriff ist der Debatte um die generelle Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik entlehnt. Da an dieser Stelle nicht näher auf diese eingegangen werden kann, sei auf den Bericht über die von der Evangelischen Akademie Loccum im Juni 2005 ausgerichteten Tagung zur „Geschichte des Erfolgsmodells BRD im internationalen Vergleich“ hingewiesen. Vgl. www.hsozukunft.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte

¹⁴ Vgl. Link, 1988, S. 31. Link, Werner: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute, 1945-1975, Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978.

¹⁵ Loth, Wilfried / Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte, Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.

Verhältnissen besteht.¹⁶ Das Fehlen klassischer diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der DDR macht eine Erweiterung des Blickwinkels um die transnationalen Beziehungen besonders notwendig. Die Untersuchung der transnationalen Beziehungen ist daher ein Kernstück der Arbeit. An ihrer Entwicklung lassen sich Veränderungen im Verhältnis DDR-USA festmachen, auch wenn mit Blick auf die fehlende Autonomie der transnationalen und gesellschaftlichen Akteure der DDR¹⁷ ihre Wirkung im Bereich des Politischen im Vordergrund steht.

Fünftens: Der Annahme von John Lewis Gaddis folgend, dass zwischen den West-Alliierten regelmäßig Unstimmigkeiten bei der Behandlung der deutschen Frage auftraten,¹⁸ sucht die Arbeit mit Hilfe der Komparatistik eine weitere Dimension zu schaffen. Ein Vergleich mit den ostdeutsch-französischen und den ostdeutsch-britischen Beziehungen arbeitet die Besonderheit des Verhältnisses zwischen Washington und Ost-Berlin heraus. Das Verhältnis Frankreichs und Großbritanniens zur DDR bietet sich als Vergleichsgröße zum Verhältnis USA-DDR an, da alle drei Staaten zur westlichen Staatengemeinschaft gehören, allen drei Staaten als Besatzungsmächten die Verantwortung für Deutschland und Berlin gemein war und sowohl die ostdeutsch-britischen als auch die ostdeutsch-französischen Beziehungen bereits eingehend erforscht wurden, so dass auf entsprechende Ergebnisse zurückgegriffen werden kann.¹⁹

Aus diesen fünf theoretischen Rahmenbedingungen ergeben sich im Kontext der Frage nach den Gründen für die Entwicklung von der amerikanischen Ablehnung des Mauerstaates zur Etablierung diplomatischer Beziehungen folgende drei erkenntnisleitende Fragestellungen:

Erstens: Wie wirkten sich Verschiebungen im Viereck Washington-Bonn-Moskau-Ost-Berlin auf das Verhältnis USA-DDR aus? Besonderes Augenmerk gilt dabei

¹⁶ Vgl. Conze, Eckart: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Geschichte, in: Loth/Osterhammel, 2000, S. 119-140.

¹⁷ Vgl. Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR, 1955-1973, Diplomatie auf Umwegen, München 2003, S. 14.

¹⁸ Vgl. Gaddis, John Lewis: We Now Know, Rethinking Cold War History, Oxford 1997, S. 203.

¹⁹ Vgl. z.B.: Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR, 1955-1973, Diplomatie auf Umwegen, München 2003. Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen, Die DDR und Frankreich 1949-1990, Köln, Weimar, Wien 2004.

möglichen Verschiebungen der „asymmetrischen Beziehungen“²⁰ der beiden deutschen Staaten zu den USA sowie der Frage, inwieweit die USA bei der Öffnung des Westens gen DDR Treiber oder Getriebener war.

Zweitens: Hatten die transnationalen Beziehungen Einfluss auf die Entwicklung zur völkerrechtlichen Anerkennung? In diesem Zusammenhang gilt es, die Entwicklung der transnationalen Beziehungen, ihr Ziel und ihre Konsequenzen nachzuzeichnen.

Drittens: Unterschied sich die amerikanische DDR-Politik von der anderer Mitglieder des Westbündnisses und was waren die Ursachen dafür? Die Suche nach den spezifisch amerikanischen Motiven für die Anerkennung 1974 steht im Zentrum der Beantwortung dieser Frage.

2. Methoden

Innerhalb des abgesteckten Untersuchungszeitraums geht die Arbeit chronologisch vor, wobei eine Periodisierung vorgenommen wird, innerhalb derer die Untersuchung einer strukturellen Gliederung folgt. Auf diese Weise können zusammenhängende Themenfelder in größeren Zeitzusammenhängen erläutert und in die Periodisierungsargumentation eingearbeitet werden. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf dem Zeitraum 1961 bis 1974. Das wichtigste Argument für die vergleichsweise kurze Betrachtung der Jahre 1949 bis 1961 ist der Intensitätsmangel der bilateralen Beziehungen bis zum Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise, dem Mauerbau im Jahr 1961. Das bis zu diesem Zeitpunkt währende Nicht-Verhältnis zwischen beiden Akteuren war dem zu Beginn des Kalten Krieges heftigen Systemkonflikt immanent. Die DDR war mit der Konsolidierung des eigenen Staates beschäftigt, während die USA die DDR lediglich als ein „Schlachtfeld“ des Kalten Krieges betrachteten. Staatliche Beziehungen waren undenkbar und die Etablierung transnationaler Beziehungen wurde von keinem der Protagonisten vorangetrieben. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die ertragreiche Erforschung der amerikanischen Rolle beim Aufstand vom 17. Juni 1953, werden die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen bis zur Administration

²⁰ Vgl. Thomas, R: Aufklärung statt Abrechnung: Anmerkung zum Umgang mit der DDR-Geschichte, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Deutschland, eine Nation – doppelte Geschichte, Köln 1993, S. S. 273.

Kennedy daher lediglich insofern skizziert, als dass sie für das Verständnis von Kontinuitäten und Brüchen der Phase nach 1961 wichtig sind.

Der Mauerbau und die diplomatische Anerkennung bilden die Klammer der Betrachtung, da sie Tief- und Höhepunkt der Beziehungen zwischen der DDR und den USA darstellen. Wie zu zeigen sein wird, gewann das ostdeutsche Regime mit dem Bau der „Schandmauer“ sowohl in der amerikanischen Öffentlichkeit als auch in der Politik der USA zum ersten Mal ein – wenn auch negatives – Gesicht. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen genoss in der Folge höchste Priorität in Ost-Berlin und war schließlich das Höchstmaß positiver amerikanischer Aufmerksamkeit, das der DDR in ihrer Geschichte zu Teil wurde. Neben diesen inhaltlichen Argumenten spricht eine quellentechnische Überlegung für das gewählte Ende der Betrachtung.

Die 30-jährige Sperrfrist für die Quellen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts sowie die lediglich bis 1974 gediehene Aufarbeitung der US-Quellen lassen eine quellengestützte Analyse des Verhältnis über das Jahr 1974 hinaus nicht zu.

B. Quellenlage und Forschungsstand

1. Quellenlage

Die Quellenlage zum Thema der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen reflektiert die Probleme und Vorteile der Zeitgeschichte. Bei der Untersuchung einiger Themenbereiche machte die Fülle des Materials einen aufwendigen Selektionsprozess notwendig, während an anderen Stellen Materialien auf Grund der zeitlichen Nähe verschlossen blieben oder noch nicht aufgefunden bzw. rekonstruiert werden konnten. Anschaulich wird diese Situation an dem Beispiel der DDR-Quellen: Dem Zeithistoriker stehen in der „Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) große Bestände von Protokollen, Lageberichten, Delegationsberichten, bis hin zu persönlicher Korrespondenz zwischen Mitgliedern der SED und der *Communist Party of the USA* (CPUSA) zur Verfügung, die eine bedachte Auswahl erfordern. Im Unterschied dazu sind die computererfassten Akten zur Spionage gegen die USA der „Hauptverwaltung Aufklärung“ größten Teils nicht mehr zu rekonstruieren. Ähnliche Beispiele lassen sich für die amerikanischen und die westdeutschen Akten anführen.

Die von Henning Hoff in Bezug auf die Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien angesprochene Einmaligkeit der Quellenlage auf Seiten der DDR²¹ gilt auch für die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Die im SAPMO enthaltenen Dokumente – Protokolle der Politbürositzungen, Unterlagen der „Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee der SED“ und Dokumente der „Liga für Völkerfreundschaft“ – bildeten zusammen mit den Beständen der Abteilung USA/Kanada im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) den Kernbestand der Untersuchung. Letztere befinden sich im Archiv des Auswärtigen Amtes und unterliegen einer dreißigjährigen Sperrfrist, wobei das SED-Archiv im SAPMO oftmals eine Doppelüberlieferung der gesperrten Akten liefert. Da der Untersuchungszeitraum lediglich bis zum Jahr 1974, in Ausnahmen bis 1976, reicht, behindert die Sperrfrist die Arbeit nur teilweise. Zusätzlich erwiesen sich Unterlagen aus den Büros Walter Ulbrichts, Erich Honeckers und Herrmann Axens als aufschlussreich.

²¹ Vgl. Hoff, 2003, S. 9.

Quellen zur nachrichtendienstlichen Arbeit der DDR gegen die USA sind kaum vorhanden. Die für die Gegenspionage zuständige „Hauptverwaltung Auslandsaufklärung“ (HVA) vernichtete 1990 ihre Akten größtenteils. Erhalten sind daher fast ausschließlich die im Datenfond der informationsauswertenden Dienststeinheiten – System der Informationsrecherche der HV A (SIRA), einem Siemenscomputer – gespeicherten Daten, die ab 1973 von den Abteilungen der HV A systematisch in den SIRA-Computer eingespeist wurden.²² Aus den SIRA-Auszügen kann z.B. ersehen werden, dass eine Quelle mit dem Decknamen ELAN in der Residentur Washington von 1962 bis 1987 von verschiedenen Führungsoffizieren geführt wurde und dass diese einige Male Informationen zu den Strukturveränderungen der US-Streitkräfte oder das Telefonbuch des Pentagon lieferte.²³ Leider lassen sich mit diesen Informationen keine Klarnamen ermitteln, so dass der Informationsgehalt dieser Quellen eher dürftig ist.

Eine weiterer Quellenbestand der HVA sind Abschriften aus Karteien, welche den Namen „Rosenholz“-Daten erhalten haben. Ein Name, den ein Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus drei Bezeichnungen, die jeweils mit dem Buchstaben »R« begannen, auswählte. Einen Großteil der „Rosenholz“-Unterlagen, die der BStU heute vorliegen, bilden rund 293 000 Karteikarten aus der Personenkartei der HVA. Die HVA erfasste darin Personen, die für sie von Bedeutung waren. Auch wenn die „Rosenholz“-Unterlagen von der CIA Anfang der 90er Jahre beschafft worden waren, sind sie für die vorliegende Arbeit nur schwer verwertbar, da auf den Karteikarten lediglich vier amerikanische Staatsbürger verzeichnet sind.²⁴

An Quellen außerhalb des unmittelbaren DDR-Staatsapparats wurden die Bestände des Instituts für Politik und Wirtschaft und des Instituts für Internationale Beziehungen herangezogen. Diese beiden Institute analysierten für die Partei- und

²² Zu den Arbeitsweisen und Recherchemöglichkeiten des SIRA-Systems vgl. Konopatzky, Stephan: Die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von SIRA-Datenbanken am Beispiel der Fälle Stiller und Guillaume, in: Horch und Guck, Heft 39, 3/2002, S. 46-55.

²³ Vgl. BStU, ZV 8253272: SIRA-Registrierung der Quelle ELAN/ SE 8223327: ELAN über die Beziehungen USA China, 5.11.1982/ SE 8501885: ELAN zu den Strukturveränderungen der US-Streitkräfte/ SE8501887: Telefonbuch Pentagon.

²⁴ Zu den „Rosenholz“-Karteien vgl. Müller-Engelsberg, Helmut: „Rosenholz“, Eine Quellenkritik, Berlin 2007.

Staatsorgane die Außenpolitik der USA und nahmen damit einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die USA-Politik der DDR. Zur Erforschung des USA-Bildes in der DDR-Öffentlichkeit wertete die Untersuchung Artikel aus Printmedien, wie dem „Neuen Deutschland“, der Zeitschriften „Horizont“ und „Deutsche Außenpolitik“ sowie Beiträge aus Fernsehen und Radio²⁵ aus, wobei auf Grund der Materialfülle in erster Linie gut erkennbare Trends herausgearbeitet wurden. In Anbetracht der Bandbreite und Menge an Quellen wurde auf den Rückgriff auf edierte Dokumente im Falle der DDR oftmals verzichtet. Weniger die äußerst begrenzte Anzahl an ostdeutschen Quelleneditionen wie z.B. die „Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik“²⁶ (DADDR), als vielmehr die politisch motivierte Selektion der Dokumente machen solche Dokumentensammlungen nur bedingt nützlich.

Ungeachtet des von Rolf Steininger beklagten Verschlusses wichtiger Dokumente durch die amerikanische Verwaltung²⁷ ist die Quellenlage auf Seiten der USA ebenfalls als gut zu bezeichnen. Im Gegensatz zu den DDR-Quellen lohnt sich hier durchaus die Recherche in den diversen, die Außenpolitik betreffenden, Quelleneditionen. So findet man in den Bänden der *Foreign Relations of the United States*²⁸ (FRUS) und den *Documents on Germany*²⁹ (DOG) weitreichende Informationen über die amerikanische Deutschlandpolitik. Da in diesen Editionen die Beziehungen zur Bundesrepublik im Vordergrund stehen, wurde zusätzlich auf veröffentlichte Materialien wie die *State Department Bulletins*³⁰, den *Congressional Record*, die *Congressional Hearings*³¹ und die *Presidential Papers*³² zurückgegriffen. Trotz der mannigfaltigen Quelleneditionen machte die Erforschung der einzelnen

²⁵ Vgl. z.B. Kunert, Günther: Wahrzeichen oder Momentaufnahmen aus Amerika, Regie: Werner Grunow, Prod.: Rundfunk der DDR, 1975, Radio DDR II, 30.3.1975 Bd. 1, in: DRA Babelsberg, Bestand Hörfunk, Akte B009-00-02/165.

²⁶ Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VII-XXII, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1961-1974. In der Folge DADDR.

²⁷ Vgl. Steininger, Rolf: Der Mauerbau, Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001, S. 12-18.

²⁸ *Foreign Relations of the United States, 1961-1963*, XIV, Washington 1993. *Foreign Relations of the United States, 1964-1968*, XV, Washington 1999. *Foreign Relations of the United States, 1964-1968*, XVII, Washington 1996.

²⁹ *Documents on Germany 1945-1985*, hrsg. vom United States Department of State, Washington D.C., 1985.

³⁰ *Department of State Bulletin, 1961-1974*.

³¹ *Congressional Hearings und Reports, 1961-1974*.

³² *Public Papers of the President of the United States, 1961-1974*.

DDR-politischen Konzepte, Initiativen und Maßnahmen eine Sichtung der unveröffentlichten amerikanischen Quellen unabdingbar. Bei der Untersuchung der unveröffentlichten Quellen konzentrierte sich die Recherche auf die Bestände der *National Archives* in Washington. In diesen wurden vornehmlich Dokumente aus den *Central Foreign Policy Files* des *Department of State*³³, dem *John F. Kennedy Project* und dem *Nixon Presidential Materials Project* verwendet. Die zeitliche Erschließung war im Fall der *State Department Files* dank der im Sommer 2005 erfolgten Veröffentlichung von Akten aus den Jahren 1973 und 1974 im *Access to Archival Databases* (AAD) Program auf der Homepage der *National Archives*³⁴ bis Ende 1974, im Falle des *Nixon Presidential Materials Project* bis Mitte 1974, möglich. Materialien der CIA wie z.B. die *National Intelligence Estimates* und ausgewählte Korrespondenz zwischen CIA Stellen konnten ebenfalls ausgewertet werden. Der Quellenertrag war hier jedoch eher bruchstückhaft, so dass darüber hinaus auf Editionen wie die von Jussi Hanhimäki, Odd Arne Westad und Donald P. Steury³⁵ zurückgegriffen wurde.

In den politischen Quellenkontext wurden auch Memoiren amerikanischer Außenpolitiker wie z.B. Henry Kissinger³⁶ mit einbezogen. Zum besseren Verständnis des DDR-Bildes in den USA nutzte die Arbeit außerdem Analysen zeitgenössischer DDR-Experten wie z.B. des Kanadiers J.E. Smith³⁷, Zbigniew K. Brzezinski³⁸, Arthur M. Hanhardt jr.³⁹ oder John Dornbergs⁴⁰. Die Untersuchung des öffentlichen Images der DDR in den USA musste sich auf die einflussreichen Zeitungen wie die „*Washington Post*“, „*New York Times*“ und das „*Wall Street Journal*“ beschränken, da eine Gesamtanalyse der amerikanischen Medien aufgrund der Materialmenge nicht probat war. Aufschlussreich im Hinblick auf die

³³ National Archives, General Records of the Department of State, Central Foreign Policy Files 1963, 1964-1966, 1967-1969, 1970-1973.

³⁴ Aus diesem Program stammende Zitate werden mit AAD eingeleitet.

³⁵ Hanhimäki, Jussi/ Westad, Odd Arne (Hrsg.): *The Cold War, A History in Documents and Eyewitness Accounts*, Oxford 2003. Steury, Donald P. (Hrsg.): *On the Front Lines of the Cold War: Documents on the Intelligence War in Berlin, 1946-1961*, Washington D.C. 1999.

³⁶ Kissinger, Henry: *Memoiren, 1968-1974*, München 1979-1982.

³⁷ Smith, J.E.: *Red Prussianism of the German Democratic Republic*, in: *Political Science Quarterly* 3/1967. Smith, J.E.: *The GDR and the West*, in: *International Journal* 2/1967.

³⁸ Vgl. Brzezinski, Zbigniew/ Griffith, William E.: *Peaceful Engagement in Eastern Europe*, in: *Foreign Affairs*, 7/1961, S. 642-653.

³⁹ Hanhardt, Arthur M. jr.: *The German Democratic Republic*, Baltimore 1968.

⁴⁰ Vgl. Dornberg, John: *The Other Germany*, New York 1968.

wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR in den USA sind Teile des von Anita Mallinckrodt verfassten Leitfadens „DDR-Forschung auf englisch“.⁴¹

Aus Gründen der Praktikabilität – die Archive der Bundesrepublik sind gut erforscht und die wichtigen Quellen veröffentlicht – wurde im Falle der bundesrepublikanischen Akten vornehmlich auf Quelleneditionen wie die Akten zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD)⁴², die Texte zur Deutschlandpolitik⁴³, die Dokumente zur Deutschlandpolitik⁴⁴ und die Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen⁴⁵ zurückgegriffen.

Eine spezielle Herausforderung für den Zeithistoriker ist die Tatsache, dass er auf der einen Seite durch Interviews mit Zeitzeugen Informationen aus erster Hand erlangen kann, auf der anderen Seite die Darstellungen der Handelnden und Betroffenen nur schwer überprüfen kann. John Lewis Gaddis beschreibt anschaulich, dass der Historiker die unterschiedlichen Einzelbetrachtungen der Protagonisten gegeneinander abwägen und vor dem Hintergrund der Archivergebnisse überprüfen muss.⁴⁶ Unter dieser Prämisse überprüft die Arbeit Aussagen, die in Interviews mit noch lebenden Zeitzeugen⁴⁷ gewonnen wurden, anhand der Akten und sonstigen schriftlichen Quellen.⁴⁸

⁴¹ Vgl. Mallinckrodt, Anita M.: DDR-Forschung „auf englisch“, DDR-Forscher und ihre Studien in englischsprachigen Ländern, Washington 1984.

⁴² Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1994-2000.

⁴³ Texte zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Reihe I, Bd. 1 – Reihe II, Bd. 2, Bonn Berlin 1968-1976.

⁴⁴ Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Bd. 6 – VI. Reihe Bd. 2, Frankfurt am Main 1984-1987. In der Folge Dokumente Deutschlandpolitik.

⁴⁵ Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen, Abmachungen und Erklärungen, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, 13. Auflage, Bonn 1990.

⁴⁶ Vgl. Gaddis, John Lewis: *The Landscape of History*, Oxford 2002, S. 135-137.

⁴⁷ Es wurden Interviews mit Robert Gerald Livingston, 1964-1968: US-Mission Berlin, 1971-1972: Leiter der GDR Study Group des Council on Foreign Relations/ Brandon Grove, 1965-1969: US-Mission Berlin, 1974 bis zum Eintreffen des amerikanischen Botschafters: Charge d'affaires in Ost-Berlin, bis 1976 Deputy Chief of Mission Ost-Berlin/ Helmut Sonnenfeldt, 1969 – 1974: NSC-Mitglied, verantwortlich für Europa und UdSSR/ Arthur H. Hartmann: Staatssekretär und Leiter der amerikanischen Delegation bei den Anerkennungsverhandlungen im Sommer 1974 geführt.

⁴⁸ Vgl. Grele, Roland J.: Ziellose Bewegung. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History, in: Niedhammer, Lutz (Hrsg.): *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt am Main 1985, S. 195-220.

2. Forschungsstand

Bei der Analyse des Forschungsstandes zu den ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen bietet sich eine Unterscheidung nach den Wissenschaftsräumen USA, DDR und Bundesrepublik sowie den Zeiträumen vor und nach dem Untergang der DDR an. Auf diese Weise können mögliche Wechselwirkungen zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Dimension in den verschiedenen Zeitabschnitten aufgezeigt werden.

a. USA bis 1990

Hermann Weber schreibt in seiner Analyse der DDR-Forschung: „Die Erforschung der DDR-Geschichte im Westen erfolgte mit wenigen Ausnahmen in der Bundesrepublik.“⁴⁹ Eine dieser wenigen Ausnahmen waren die USA. Berücksichtigt man die wissenschaftlichen Kapazitäten in Amerika, Großbritannien und der Bundesrepublik, so muss sicherlich eine verhältnismäßige Unterentwicklung der DDR-Wissenschaft in den USA bescheinigt werden. Es ist jedoch bemerkenswert, dass der Staat, der 1974 praktisch als Letzter seine Beziehungen zur DDR in einer offiziellen Weise regelte, bereits Ende der sechziger Jahre eine der ersten nichtdeutschen DDR-Forschungsgemeinschaften hervorbrachte. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Desinteresse an der DDR durch einen spezifisch amerikanischen Faktor begünstigt worden: Der amerikanische Antikommunismus besonders der fünfziger Jahre schuf ein Klima, in dem die Beschäftigung mit einem sozialistischen „Unstaat“ verdächtig war. Unabhängig davon mieden die Disziplinen Geschichte, Politik und Germanistik das Thema DDR aber auch aus weiteren Gründen:

Das Fach der deutschen Geschichte konzentrierte sich bis Anfang der sechziger Jahre auf die Themenfelder der beiden Weltkriege und ihre Entstehung und betrachtete folgerichtig vornehmlich das Vorkriegsdeutschland als Forschungsgrundlage.

In der Politikwissenschaft schlug sich die Nichtanerkennungspolitik Washingtons nieder. In den vom *State Department* finanzierten Programmen zur Erforschung

⁴⁹ Weber, Hermann: Historische DDR-Forschung vor und nach der deutschen Einheit, in DA 6/2002, S. 937-943, S. 938.

Osteuropas fand die DDR keine Berücksichtigung, während der Systemgegensatz eine Erforschung im Kontext der Deutschlandforschung ausschloss.⁵⁰

Der amerikanischen Germanistik schließlich fehlte eine genügend breite Materialgrundlage – Literatur, die in der DDR entstanden war oder die DDR zum Thema hatte war nicht in ausreichendem Maße verfügbar.

Den Beginn der gezielten Auseinandersetzung mit der DDR als eigenständigem Forschungsobjekt in Nordamerika leiteten die Arbeiten des Kanadiers Jean E. Smith und des Amerikaners John Dornberg Ende der sechziger Jahre ein. Die Werke *Germany beyond the Wall*⁵¹ und *The other Germany*⁵² befassten sich auf Basis von Exkursionen in die DDR und in der Presse veröffentlichtem Material explizit mit dem „anderen Deutschland“. Zusammen mit ersten Dissertationen zu spezielleren DDR-Themen wie den Arbeiten von Anita Mallinckrodt und Thomas A. Baylis⁵³ waren diese Werke der Ausdruck einer ersten, wenn auch bescheidenen DDR-Forschungswelle. Mit Beginn der siebziger Jahre beeinflusste Peter C. Ludz die wissenschaftliche Perzeption der DDR in den USA maßgeblich mit zwei Werken: *The GDR from the Sixties to the Seventies*⁵⁴ und *The Changing Party Elite in East Germany*⁵⁵. Den auf diese Arbeiten folgenden wissenschaftlichen Diskurs hat Ludz in Analysen des Forschungsstandes zum Thema DDR in den USA sowohl für den englisch- als auch für den deutschsprachigen Raum aufgearbeitet.⁵⁶ Ludz zeigt, dass das amerikanische Interesse an der DDR, das ab Mitte der sechziger Jahre zaghaft entstand und sich mit der Aufgabe der Hallstein-Doktrin durch die Bundesrepublik im Jahr 1969 etablierte.

⁵⁰ Vgl. Kleinfeld, Gerald R.: The Genesis of American Policy Toward the GDR: Some Working Hypotheses, in: Pommerin, Rainer (Hrsg.): The American Impact on Postwar Germany, Providence 1995, S. 53-64, S. 54-55.

⁵¹ Smith, Jean Edward: *Germany beyond the Wall, People. Politics ... and Prosperity*, Boston, Toronto 1967.

⁵² Dornberg, 1968.

⁵³ Dasbach-Mallinckrodt, Anita: *Propaganda behind the Wall: A Case Study in the Use of Propaganda as a Tool of Foreign Policy by Communist Governments*, Washington 1968. Baylis, Thomas A.: *Communist Elites and Industrial Society: Technical Intelligentsia in East German Politics*, Berkeley 1968.

⁵⁴ Ludz, P.C.: *The German Democratic Republic from the Sixties to the Seventies: A Socio-Political Analysis*, Harvard University, Occasional Papers in International Affairs, 26.11.1970.

⁵⁵ Ludz, P.C.: *The Changing Party Elite in East Germany*, Cambridge 1972.

⁵⁶ Vgl. hierzu: Ludz, P.C.: *Discovery and „Recognition“ of East Germany*, *Recent Literature on the GDR*, in: *Comparative Politics*, 7/1970, S. 681-692. Ludz, P.C.: *DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA*, in: *DA*, 2/1970, S. 113-127.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR wurde zu einem kleinen, aber durchaus anerkannten Feld der amerikanischen Wissenschaft.⁵⁷ Auch Melvin Croan weist darauf hin, dass die diplomatische Anerkennung die wissenschaftliche Diskussion über die DDR in den USA nicht intensiver jedoch freier von Vorbehalten werden ließ.⁵⁸ In Vereinigungen wie der *GDR-Studies Association* (GSA) sowie bei den regelmäßig vom *World Fellowship Centre* in Conway ausgerichteten New Hampshire Symposien zeichneten amerikanische Wissenschaftler ein positiveres Bild des „anderen Deutschlands“. Dieses Bild blieb nicht unwidersprochen, so dass ab Mitte der siebziger Jahre in Zeitschriften wie der *German Studies Review* Debatten zu DDR-Themen geführt wurden. In den achtziger Jahren wurden erneut Gesamtbetrachtungen über die DDR wie z.B. von George Sandford⁵⁹ und Burton C. Gaida⁶⁰ vorgelegt.

Ab 1980 förderte auch das Regime in Ost-Berlin die wissenschaftliche Bearbeitung des eigenen Staates, in dem es sich gegenüber amerikanischen Forschern zunehmend kulanter verhielt.⁶¹ So stattete Ost-Berlin Wissenschaftler mit unveröffentlichtem Archivmaterial aus. Die präsentierten Dokumente waren vorher freilich einer gründlichen Prüfung und Auswahl durch die DDR-Behörden unterzogen worden. Wenn Jörg Laufer für die achtziger Jahre nicht nur einen quantitativen Anstieg, sondern auch eine qualitative Verbesserung der amerikanischen DDR-Forschung, die den Vergleich mit bundesdeutschen Ergebnissen nicht mehr fürchten musste,⁶² konstatiert, erscheint dieser Befund im Rückblick entsprechend zweifelhaft. Im Dilemma zwischen Materialmangel, wissenschaftlichem Interesse und der Angewiesenheit auf die ostdeutsche Administration verkannten einige der amerikanischen DDR-Forscher die Realität, als sie im Forschungsüberschwang der achtziger Jahre der DDR eine wichtige Bedeutung für die Politik und die Gesellschaft der USA zubilligten.⁶³ Die 1997 im Deutschlandarchiv zwischen Laurence McFalls und Gerald Kleinfeld geführte Auseinandersetzung zur Frage nach

⁵⁷ Vgl. Ludz, in: DA 2/1970, S. 114.

⁵⁸ Vgl. Croan, Melvin: Zur Lage der DDR-Forschung in den USA, in: DA, 2/1976, S. 164-175, S. 175.

⁵⁹ Sandford, George: *From Hitler to Ulbricht*, Princeton 1983.

⁶⁰ Gaida, 1989.

⁶¹ Vgl. Laufer, Jörg. *Das Verhältnis USA – DDR, Ein Sonderfall deutsch-amerikanischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, Kiel 1989, S. 6.

⁶² Vgl. ebd.

⁶³ Vgl. Große, 1999, S. 10-11.

der Möglichkeit, dass US-Forscher dem SED-Staat „auf den Leim gegangen waren“, zeigt die Aktualität der Debatte.⁶⁴

b. DDR bis 1990

Die Geschichtswissenschaft der DDR, ihre Stellung im System, ihre Funktionen und ihre Methoden sind seit 1990 zu einem eigenen Forschungsgegenstand geworden.⁶⁵ An dieser Stelle wird der Stand dieser Forschung genutzt, um die Ergebnisse der ostdeutschen Amerikaforschung einzuordnen. Ein erstes Problem bei der Beschäftigung mit der USA-bezogenen Wissenschaft der DDR liegt in ihrer zeitlichen Begrenzung bis 1990. Die Überalterung vieler Forschungsergebnisse erscheint hier ähnlich der bundesrepublikanischen Forschung bis 1990 als natürlicher Prozess.

Zusätzlich zu diesem stellen sich bei der Beschäftigung mit der DDR-Forschung zum ostdeutsch-amerikanischen Verhältnis weitere Probleme. 1953 bekannte sich die Geschichtswissenschaft der DDR überwiegend zur „Allmacht der marxistischen Lehre“.⁶⁶ Die Beschränkung auf die Methode des historischen Materialismus musste zwangsläufig, allen gegenläufigen Bemühungen einzelner Wissenschaftler zum Trotz, den Blickwinkel besonders bei der Betrachtung der Geschichte und Zeitgeschichte des Systemfeindes USA verengen. Zu dieser Eindimensionalität kam die Stilisierung des bürgerlichen Geschichtsverständnisses als einem Feindbild der DDR-Geschichtswissenschaft, dessen Ergebnis lediglich zur Abgrenzung, und nie zur Befruchtung einer Diskussion dienen durften.⁶⁷ Aber nicht nur der Diskurs mit westlichen Vertretern, sondern auch die Begrenzung der öffentlichen Kritik und Diskussion im Innern der DDR⁶⁸ erschwerte die Arbeit der DDR-Amerikanisten. So war der Erkenntnisgewinn der DDR-Wissenschaft stets durch seine Unterordnung unter das Primat der Politik behindert, wie ein Zitat von Kurt Hager aus dem Jahr 1962 verdeutlicht: „Dass sich die Geschichtswissenschaft in der gesamten Arbeit

⁶⁴ DA und Bilanz der DDR-Forschung Newsletter, 2/97 und 3/97.

⁶⁵ Vgl. Iggers, Georg G./ Jarausch, Konrad H./ Middell, Matthias/ Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, in: HZ, Beiheft 27, 1998. Weber, Hermann: Die „weißen Flecken“ in der Geschichte, in: Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur, Köln 1991. Iggers, Georg (Hrsg.): Marxist Historiography in Transformation, Oxford 1991.

⁶⁶ Aufruf des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1953, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1/1953, S. 7-11, S. 9.

⁶⁷ Vgl. Sabrow, Martin: Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“, in: Iggers, 1998, S. 53-91, S. 90.

⁶⁸ Vgl. Fulbrook, Mary: DDR-Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik, in: Iggers, 1998, S. 419-429, S. 427.

jederzeit von den politischen Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes leiten lässt und daher von den Beschlüssen der Partei ausgehen muss.“⁶⁹ Claus Montag, selbst Amerikanist aus der DDR, sieht rückblickend im historischen Materialismus ebenso wie in den von Hager formulierten Erwartungen der SED-Führung und der Instrumentalisierung der Gesellschaftswissenschaften in der internationalen Auseinandersetzung die „ideologischen Grenzen für realistische Forschungen“ zum Thema USA in der DDR.⁷⁰

Die Darstellung der USA, ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Politik unterlag dem Forschungskodex des SED-Regimes. Im Falle der USA bedeutete das, beständig die Krisenhaftigkeit des amerikanischen Kapitalismus und die Aggressivität der amerikanischen Außenpolitik zu wiederholen. Nach Hermann Weber erfolgte nach jeder politischen Kurskorrektur falls „notwendig“ auch eine Umschreibung der Geschichte,⁷¹ wobei in der DDR-Amerikanistik solche Korrekturen kaum nötig waren. Montag weist auf drei kontinuierliche Topoi in der ostdeutschen Amerikaforschung hin: Erstens befanden sich die USA, bedingt durch die gesetzmäßigen Krisen der kapitalistischen Welt, beständig im Niedergang. Zweitens waren die Vereinigten Staaten als Hort des Imperialismus stets ein Feind des Friedens und drittens war die friedliche Koexistenz unter Einschluss der amerikanischen Anerkennung des europäischen *Status quo* das einzig mögliche Grundprinzip im Verhältnis der DDR zu den USA.⁷²

Diesen Topoi verbunden zeigte die DDR-Amerikawissenschaft über vierzig Jahre hinweg nur geringe Anzeichen eines neuen Forschungsansatzes. Selbst Wissenschaftler wie Jürgen Kuczynski und Heinz Wüstenhagen, die das offizielle Geschichtsbild nicht undifferenziert übernahmen, waren stets von der Krisenhaftigkeit des amerikanischen Imperialismus⁷³ überzeugt. Rainer Schnoor konzidiert der ostdeutschen USA-Forschung daher ab Mitte der achtziger Jahre zwar zunehmende Flexibilität, verweist aber entschieden darauf, dass sie nicht nur unter

⁶⁹ Zitiert nach: Weber, in DA 6/2002, S. 938.

⁷⁰ Vgl. Montag, Claus: Die USA in der West-Forschung der DDR, Ein kritischer Rückblick, in: Crome, Erhard/ Franzke, Jochen/ Krämer, Raimund (Hrsg.): Die verschwundene Diplomatie, Beiträge zur Außenpolitik der DDR, Berlin 2003, S. 73-92, S. 73.

⁷¹ Weber, in: DA 6/2002, S. 938.

⁷² Vgl. Montag, 2003, S. 77.

⁷³ Vgl. Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 29 und 30, Berlin (Ost) 1966. Wüstenhagen, Heinz: Krisenbewusstsein und Kunstanspruch, Romane und Essays in den USA seit 1945, Berlin (Ost) 1980, S. 161.

ihren Möglichkeiten, sondern auch „im Gehäuse der Hörigkeit“ verblieb.⁷⁴ In den 80er Jahren bestimmte das Paradigma der „wachsenden Aggressivität des US-Imperialismus“⁷⁵ noch genauso den forschenden Blick, wie es das in den sechziger und siebziger Jahren getan hatte.⁷⁶ Artikel in der Zeitschrift *Deutsche Außenpolitik* und Arbeiten wie die von Klaus Bollinger, Horst Rennhack, Stefan Doernberg, Werner Haenisch, Claus Montag, Hans-Martin Geyer und Klaus Steiniger⁷⁷ zeichnen beständig einen Gegensatz zwischen der friedensorientierten Außenpolitik der DDR und dem aus der Krise des Kapitalismus geborenen Imperialismus der USA. Dementsprechend konzentrierte sich die Amerikaforschung auf Untersuchungsgegenstände wie den McCarthyismus oder den Vietnamkrieg.⁷⁸

Die Folge dieser Beschränkung war, dass realistische Einschätzungen durch fehlerhafte und primitive Prognosen erschwert oder ideologische Annahmen und empirisches Material im Widerspruch zueinander standen.⁷⁹ Vor diesem Hintergrund trägt eine Einbeziehung der DDR-Forschung wenig zur Erhellung der tatsächlichen ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen bei. Trotzdem bleibt sie für die Darstellung der Perzeption der USA in der DDR unverzichtbar.

⁷⁴ Vgl. Schnoor, Rainer: Amerikanistik in 40 Jahren DDR: Eine wissenschaftshistorische Skizze, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): *Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte*, Berlin 1999, S. 29-49, S. 45-46.

⁷⁵ Wüstenhagen, 1980, S. 9. Vgl. hierzu ebenfalls: Montag, Claus (Autorenkollektiv): *Tendenzen der Innen- und Außenpolitik der USA im Wahljahr 1984*, Materialien der wissenschaftlichen Arbeitstagung der Abteilung Außenpolitik der USA des Instituts für Internationale Beziehungen vom 24. bis 25.5.1984 in Berlin, Potsdam-Babelsberg 1984.

⁷⁶ Röder, Karl-Heinz (Autorenkollektiv): *USA, Aufstieg und Verfall bürgerlicher Demokratie*, Berlin 1976. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.): *USA, Politik und Ökonomie*, Handbuch, Berlin 1988. Montag, Claus (Autorenkollektiv): *USA, Aussenpolitik in der Gegenwart*, Berlin 1988.

⁷⁷ Vgl. Bollinger, Klaus/ Marezki, Hans: *USA-Globalstrategie in Europa*, Berlin 1967a. Bollinger, Klaus (Autorenkollektiv): *Die Johnson-Doktrin, Über die Ursachen der verschärften Aggressivität des USA-Imperialismus in der Gegenwart*, Berlin (Ost) 1967b. Bollinger, Klaus: *The Foreign Policy of the USA*, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): *USA – Aspects of political and social life*, Leipzig 1967, S. 9-21. Bollinger, Klaus/ Urban, Günther: *USA-UdSSR, vom „kalten Krieg“ zur friedlichen Koexistenz*, Potsdam-Babelsberg 1977. Rennhack, Horst: *BRD-Imperialismus, Komplize der USA-Aggressoren*, Berlin (Ost) 1973. Doernberg, S. (Autorenkollektiv): *Außenpolitik der DDR, Drei Jahrzehnte sozialistische deutsche Friedenspolitik*, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen, Berlin (Ost) 1979. Hänisch, Werner (Autorenkollektiv): *Geschichte der Außenpolitik der DDR*, Abriss, Berlin (Ost) 1984. Montag, 1988. Steiniger, Klaus: *The Communist Party of the USA*, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): *USA – Aspects of political and social life*, Leipzig 1967, S.136-142.

⁷⁸ Vgl. z.B. Förster, Heinz: *Die Widerspiegelung des McCarthyismus im amerikanischen Roman*, Leipzig 1964. Rennhack, 1973.

⁷⁹ Vgl. Montag, 2003, S. 77-78.

c. Bundesrepublik Deutschland bis 1990

In der Bundesrepublik war die Außenpolitik der DDR, da sie hinter der Erforschung der systemtypischen Merkmale der deutschen sozialistischen Diktatur zurückstehen musste, lange Zeit ein vernachlässigtes Feld innerhalb der DDR-Forschung. Analysen zu außenpolitischen Beziehungen der DDR beschränkten sich bis Anfang der achtziger Jahre auf die Stellung der SED-Diktatur in den sozialistischen Bündnis- und Vertragssystemen und die Eigentümlichkeit der Konkurrenzsituation zwischen den beiden deutschen Staaten.⁸⁰ Auch als man in den siebziger Jahren die Existenz der DDR zunehmend anerkannt hatte und ihr im Rahmen der Deutschlandpolitik mehr Aufmerksamkeit schenkte, blieb das wissenschaftliche Interesse an den Beziehungen des SED-Regimes zur Schutzmacht der Bundesrepublik unterentwickelt.⁸¹

Hans Lindemanns Artikel zu den ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen in dem 1980 herausgegebenen Standardwerk über die Außenpolitik der DDR⁸² diente bis in die späten achtziger Jahre als Einstieg in die Untersuchung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Ursächlich für diese wissenschaftliche „Diskriminierung“ war nach Christian F. Ostermann die Auffassung der Zeitgenossen und Wissenschaftler, die DDR sei ein weitgehend von der UdSSR abhängiges „Marionettenregime“, das als eigenständiger Faktor schlicht ignoriert werden konnte.⁸³ Thematisch reflektierte sich diese Haltung im weitgehenden Ausblenden der DDR in Arbeiten zur amerikanischen Deutschlandpolitik.⁸⁴ Eine historische Aufarbeitung der Beziehungen zwischen den USA und der DDR aus ostdeutschen oder aus den zugänglichen amerikanischen Quellen blieb gänzlich aus.

⁸⁰ Vgl. Hacker, J.: Die Stellung der DDR im Warschauer Pakt, in: Gutmann, G./ Haendecke-Hoppe, M.: Die Außenbeziehungen der DDR, Heidelberg 1981, S. 187-220. Osten, Walter: Die Außenpolitik der DDR, Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Bonn, Opladen 1969. End, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik, Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts, Köln 1973.

⁸¹ Vgl. Osten, 1969, S. 17.

⁸² Vgl. Lindemann, Hans: Nordamerika (USA und Kanada) und Kuba, in: Jacobsen, Hans-Adolf/ Leptin, Gerd/ Scheuner, Ulrich/ Schulz, Eberhard (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München, Wien 1980, S. 623-640.

⁸³ Vgl. Ostermann, Christian F.: Im Schatten der Bundesrepublik: Die DDR im Kalkül der amerikanischen Deutschlandpolitik (1949-1989/90), in: Larres, Klaus/ Oppeland, Torsten (Hrsg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S. 230-255, S. 230. Zur Frage, ob die DDR überhaupt eine eigenständige Außenpolitik hatte vgl. Scholtyseck, 2003, S. 54-55.

⁸⁴ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 230. Vgl. auch: Kleinfeld, in: Pommerin, 1995.

Weitere Gründe für die Vernachlässigung lagen in der verwirrenden Institutionsvielfalt der DDR, die eine Analyse der außenpolitischen Entscheidungsprozesse ohne einen „Blick hinter die Kulissen“, nämlich in die Quellen des SED-Regimes, unmöglich machte, in der ideologischen Aufgeladenheit einer solchen Forschung im Klima des Kalten Krieges und der zwischenzeitlichen Betonung der Sozial-, Struktur- und Mentalitätsgeschichte in der bundesdeutschen Forschung.⁸⁵ Erst im Klima von *Glasnost*, kurz vor dem Ende der DDR, setzte eine Phase der verstärkten Erforschung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen ein. 1988 und 1989 legten Jörg Laufer⁸⁶, Burton C. Gaida⁸⁷, Daisy Weßel⁸⁸, Axel Bachmann⁸⁹ und Arthur Hanhardt jr.⁹⁰ Arbeiten vor, die das Verhältnis erstmals umfassender aufarbeiteten, auf Grund des schlechten Zugangs zu DDR-Quellen jedoch nur an der Oberfläche bleiben konnten. Bis auf Laufers politologische und Weßels kulturpolitische Arbeit befassten sich die historischen Untersuchungen, wie auch die Analyse David Hamiltons⁹¹ aus dem Jahr 1991 lediglich mit dem Zeitraum nach 1974. Die vorliegende Arbeit greift daher weniger zur Darstellung der tatsächlichen Beziehungen zwischen den USA und der DDR als vielmehr zur Verdeutlichung des bundesrepublikanischen Blicks auf die Entwicklung des ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisses auf die bundesdeutsche Forschung vor 1990 zurück.

d. Deutsche und internationale Forschung nach 1990

Das nach der Wiedervereinigung Deutschlands einsetzende offizielle Bemühen um eine Aufarbeitung der DDR-Geschichte, das seinen Ausdruck in den Berichten der Enquete-Kommissionen des Bundestages fand, erscheint typisch für den deutschen

⁸⁵ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 58-59.

⁸⁶ Vgl. Laufer, 1989.

⁸⁷ Vgl. Gaida, 1989.

⁸⁸ Vgl. Weßel, Daisy: Bild und Gegenbild, Die USA in der Belletristik der DDR, Opladen 1989.

⁸⁹ Bachmann, Axel: Die Beziehungen der DDR zu den angelsächsischen Ländern, in: Veen, Hans-Joachim/ Weilemann, Peter R.: Forschungsbericht 66: Die Westpolitik der DDR, Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industrienationen in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, S. 69-129.

⁹⁰ Hanhardt, Arthur Jr.: Die DDR-Politik der USA: Möglichkeiten und Grenzen, in: Cooney, James A./ Friedrich, Wolfgang-Uwe/ Kleinfeld, Gerald R. (Hrsg.): Deutsch-Amerikanische Beziehungen. Jahrbuch 1. Frankfurt am Main, New York 1989, S. 271-279.

⁹¹ Hamilton, Daniel: Ferne Sterne: Die Beziehungen der USA zur DDR 1974-1990, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Die USA und die Deutsche Frage, Frankfurt am Main, New York 1991, S. 259-279.

Weg der Institutionalisierung der Aufarbeitung. Neben dieser in „*orderly fashion*“⁹² vollzogenen Geschichtsschreibung erarbeiteten unabhängige Aufarbeitungsinitiativen besonders im Bereich der Vergangenheit des MfS historische Grundlagen.⁹³

So unterschiedlich die Herangehensweise war, so verband beide Initiativen die Konzentration auf die Aufarbeitung des Diktaturcharakters des SED-Regimes im Inneren. Diese Priorität der Forschung der frühen neunziger Jahre ließ außenpolitische Themen in den Hintergrund treten.⁹⁴ Als weiteres Argument gegen eine verstärkte Erforschung der externen Belange des untergegangenen Staates diente die Annahme, eine fortdauernde Wirkung der DDR-Außenpolitik für das vereinigte Deutschland könne ausgeschlossen werden.⁹⁵ Dies galt sowohl für die deutsche als auch für die nordamerikanische Forschung.

Erst ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts kam historisches Interesse an den außenpolitischen Dimensionen der DDR auf,⁹⁶ wobei sich dieses zunächst auf die Frage nach der Abhängigkeit des SED-Regimes von Moskau konzentrierte. Diese Forschung zeigt außenpolitische Gegensätze im Verhältnis Moskau-Ost-Berlin auf, die eine Neuinterpretation der Spielräume Ost-Berlins besonders mit Blick auf die westlichen Staaten ermöglicht.⁹⁷ In der 1999 von Benno Eide-Siebs vorgelegten ersten Gesamtdarstellung der ostdeutschen Außenpolitik ab 1976 wird den Beziehungen zu nichtsozialistischen Industriestaaten ein bedeutender Platz eingeräumt.⁹⁸ So kann mittlerweile die Erforschung der DDR-Außenpolitik auch im Bereich der Beziehungen zu Staaten außerhalb der sozialistischen Welt nicht mehr

⁹² Grix, Jonathan: The Enquete-Kommssion's Contribution to Research on State-Society Relations in the GDR, in: German Monitor Nr. 49, The GDR and ist History: Rückblick and Revision, Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen, Amsterdam, Atlanta 2000, S. 54-65, S. 59.

⁹³ Baron, Udo: Wege zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Unabhängige Aufarbeitungsinitiativen zur Geschichtsdebatte über die DDR, in: German Monitor Nr. 49, 2000, S. 66-79, S. 66.

⁹⁴ Vgl. Golz, Hans-Georg: Jenseits der Bundesrepublik – die DDR und der Westen, in: Eppelmann, 2003, S. 327-332, S. 328. In Jürgen Kockas Sammelband von 1993 findet sich z.B. kein einziger Aufsatz zu außenpolitischen Problemen der DDR-Forschung. Vgl. Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Berlin 1993.

⁹⁵ Vgl. Bredow, Wilfried von/ Jäger, Thomas: Die Außenpolitik Deutschlands, Alte Herausforderungen und neue Probleme – in: APuZ, Nr. B 1-2/1991, S. 35.

⁹⁶ Kuppe, Johannes: Die DDR und die nichtsozialistische Welt, Ein Essay zur Außenpolitik der DDR, in: Helwig, G. (Hrsg.): Rückblicke auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 175-182.

⁹⁷ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 230. Scholtyseck, 2003, S. 63-64.

⁹⁸ Vgl. Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976-1989, Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.

als *Terra incognita* bezeichnet werden. Hatte sich die Wissenschaft ab 1995 verstärkt mit den Beziehungen der DDR zur „Dritten Welt“ beschäftigt⁹⁹, so wurde ab 2001 die Westpolitik sowohl in Länderstudien als auch im Gesamtkontext verstärkt thematisiert. In den jüngsten Jahren sind Studien zu den ostdeutsch-britischen, den ostdeutsch-französischen, den ostdeutsch-italienischen, den ostdeutsch-schweizerischen Beziehungen, den ostdeutsch-belgischen Beziehungen, den ostdeutsch-niederländischen Beziehungen und zum Kontext der europäischen Einigung erschienen.¹⁰⁰ Auch das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis erfuhr schließlich vermehrte Aufmerksamkeit.

Die auf Quellenarbeit gestützten Arbeiten von Hermann-Josef Rupieper,¹⁰¹ Gerald R. Kleinfeld,¹⁰² Jürgen Große,¹⁰³ Christian Ostermann¹⁰⁴ und Anjana Buckow¹⁰⁵ leisteten Pionierarbeit. Bedauerlicherweise klammern sie fast alle die sechziger und die frühen siebziger Jahre aus. In den Werken von Heinrich Bortfeldt,¹⁰⁶ Wolfgang-

⁹⁹ Vgl. Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt, Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßung“, Erlangen, Jena 1996. Engel, Ulf/ Schleicher, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1998.

¹⁰⁰ Vgl. z.B. Munro, Colin: The Acceptance of the Second German State, in: Birke, Adolf M./ Heynemann, Günther (Hrsg.): Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918, München 1992, S. 121-130. Larres, Klaus: Britain and the GDR: Political and Economic Relations 1949-1989, in: Larres, Klaus (Hrsg.): Uneasy Allies, British-German Relations and European Integration Since 1945, Oxford 2000, S. 63-98. Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin/Wien 2002. Hoff, 2003. Golz, in: Eppelmann, 2003, S. 327-332. Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“, Analysen und Zeitzeugnisse, Tübingen 1999. Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen, Die DDR und Frankreich 1949-1990, Köln, Weimar, Wien 2004. Lill, Johannes: Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949-1973, Frankfurt am Main 2001. Steffen-Gerber, Therese: Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz, Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949-1972, Berlin 2002. Horstmeier, Carel: Die DDR und Belgien, in: Pfeil, 2001, S. 309-327. Pekelder, Jacco: Die Niederlande und die DDR, Bildformung und Beziehungen 1949-1989, Münster 2002. Wüstenhagen, Jana: Der Blick durch den Vorhang, die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas 1946-1972, Baden-Baden 2001.

¹⁰¹ Vgl. Rupieper/ Hermann-Josef: Die Reaktion der USA auf die Gründung der DDR, in: Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr: Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 59-66.

¹⁰² Vgl. Kleinfeld, in: Pommerin, 1995, S. 53-64.

¹⁰³ Vgl. Große, 1999.

¹⁰⁴ Vgl. Ostermann, Christian F.: Amerikanische Propaganda gegen die DDR, US-Informationspolitik im Kalten Krieg, in: Diesener, Gerald/ Gries, Rainer (Hrsg.): Propaganda in Deutschland, Zur Geschichte der Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 113-127. Ostermann, Christian F.: Keeping the Pot Simmering, The United States and the East German Uprising of 1953, in: German Studies Review, XIX, Nr. 1, 1996, S. 127-146. Ostermann, Christian F.: Subversive Aktionen gegen die DDR: Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 266-273.

¹⁰⁵ Vgl. Buckow, Anjana: Zwischen Propaganda und Realpolitik, Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands, Stuttgart 2003.

¹⁰⁶ Vgl. Bortfeldt, Heinrich: Washington, Bonn, Berlin, Bonn 1993.

Uwe Friedrich¹⁰⁷ und Jürgen Große¹⁰⁸ dienen die auf diesen Zeitraum bezogenen Ausführungen lediglich der Hinführung zum eigentlichen Thema. Christian Ostermanns Artikel in den Sammelbänden von Klaus Larres, Ulrich Pfeil und Detlef Junker widmen sich dem Abschnitt etwas eingehender, bleiben aber allein auf Grund ihres beschränkten Umfangs an der Oberfläche.¹⁰⁹ Mary E. Sarottes Arbeit zur Reaktion des SED-Regimes auf die internationale Entspannung der frühen siebziger Jahre wirft einen, wenn auch beiläufigen, Blick auf amerikanische Perzeptionen der DDR vor 1974.¹¹⁰ Vor dem Hintergrund des Verhältnis zwischen den Administrationen Nixon und den Regierungen Brandt widmet sich Ruud van Dijks den ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen vor der diplomatischen Anerkennung.¹¹¹

Nicht nur zeitlich, sondern auch thematisch blieb die Forschung zum ostdeutsch-amerikanischen Verhältnis bisher eher eindimensional. Ansätze einer Untersuchung der ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen wurden nach der Vereinigung Deutschlands nicht wieder aufgenommen, wobei die Analyse der DDR-Außenhandelspolitik von der Forschung bisher ohnehin wenig enthusiastisch angegangen wurde.¹¹² Eine quellengestützte Betrachtung der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und den USA auf ökonomischem Gebiet für die Zeit bis 1974 fehlt gänzlich.

Ähnliches gilt für die kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und den USA. Lediglich das Problem der Kennzeichnung eines DDR-spezifischen Anti-Amerikanismus wurde in jüngster Zeit durch Arbeiten von Jürgen Große, Rainer Schnoor und Joachim Scholtyseck beleuchtet.¹¹³ Ansonsten wurde den Kontakten

¹⁰⁷ Vgl. Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Die USA und die deutsche Frage 1945-1990, Frankfurt am Main 1991.

¹⁰⁸ Vgl. Große, 1999.

¹⁰⁹ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 230-255. Ostermann, Christian M.: Die USA und die DDR (1949-1989), in: Pfeil, 2001, S. 165-184. Ostermann, Christian: „Little Room for Manöver“: Das Verhältnis der USA zur DDR, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990, Ein Handbuch, Stuttgart, München 2001, S. 271-280.

¹¹⁰ Vgl. Sarotte, Mary E.: dealing with the devil, East Germany, Détente, and Ostpolitik, 1969-1973, Chapel Hill, London 2001.

¹¹¹ Vgl. van Dijk, Ruud: Die Regierung Nixon, die Ostpolitik und die Anerkennung der DDR, in: Timmermann, Heiner: Das war die DDR: DDR-Forschung im Fadenkreuz der Herrschaft, Außenbeziehungen Kultur und Souveränität, Münster 2004, S. 412-427.

¹¹² Zur mangelnden Erforschung dieses Aspekts vgl. Scholtyseck, 2003, S. 145-164.

¹¹³ Vgl. Große, 1999, S. 219-343. Schnoor, Rainer: Zwischen privater Meinungsäußerung und offizieller Verlautbarung: Amerikabilder in der DDR, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und

zwischen den „Kulturschaffenden“ beider Länder ebenso wie deren Konsequenzen insgesamt wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Als gut erforscht darf hingegen das Verhältnis der DDR zu den amerikanischen Juden und ihren Organisationen, das mit Blick auf die Rolle der „offenen Vermögensfragen“ in den ostdeutsch-amerikanischen Anerkennungsverhandlungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, gelten. Die Rolle der jüdischen Entschädigungsforderungen gegenüber der DDR bis und nach 1974 wurde von Michael Wolffsohn und Angelika Timm in mehreren Arbeiten aufgearbeitet.¹¹⁴

C. Der institutionelle Rahmen der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen

Vor Beginn der Untersuchung des historischen Prozesses bis zur Anerkennung der DDR darf ein Blick auf den institutionellen Rahmen der Beziehungen nicht fehlen. Um die Bedingungen, den Informationsfluss und die Entscheidungsgänge in den Systemen nachvollziehen zu können, betrachtet dieses Kapitel die institutionelle Verankerung der Außenpolitik in den jeweiligen politischen Systemen sowie die Organisations- und Personalstruktur der Außenpolitik beider Länder.

1. USA

Aufgrund der nicht eindeutig geregelten Zuständigkeit erscheint der Aushandlungsprozess der amerikanischen Außenpolitik vieldimensional. Aus der Vielzahl der an der amerikanischen Außenpolitik Beteiligten sind drei Institutionen hervorzuheben: Das Weiße Haus, der Kongress und das *State Department*.

Die Schlüsselfigur in der Außenpolitik der USA war und ist auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Stellung der Präsident.¹¹⁵ Er übernimmt die außenpolitische Initiative anderen Staaten und Organisationen gegenüber, hat großen Einfluss auf Personalfragen und kann durch *Executive Agreements* die Außenpolitik bis zu einem gewissen Grade ohne die Zustimmung des Kongresses und dessen mit

Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990, Bd. 2 (1968-1990), Stuttgart, München 2001, S. 775-785. Scholtyseck, Joachim: Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte, in: Historisch-politische Mitteilungen, 10. Jahrgang, 2003, S. 23-42. In Folge Scholtyseck, 2003b.

¹¹⁴ Vgl. Wolffsohn, Michael: Die Deutschland Akte, München, Ferenczy 1995. Timm, Angelika: Jewish Claims Against East Germany: Moral Obligations and Pragmatic Policy, Budapest 1997. Timm, 1997a.

¹¹⁵ Vgl. Dulles, Eleanor L.: American Foreign Policy in the Making, New York 1968, S. 6.

außenpolitischen Fragen befassten Senates gestalten.¹¹⁶ Ausschlaggebend für die Entscheidungsfreiheit des Präsidenten sind zwei Determinanten: die Persönlichkeit des jeweils amtierenden Präsidenten und die internationalen Herausforderungen, mit denen die USA konfrontiert sind. Im Untersuchungszeitraum verliehen die bis dahin nie gekannten Herausforderungen des Kalten Krieges den Nachkriegspräsidenten eine immense außenpolitische Autonomie. Die Verfügungsgewalt über Atomwaffen und die Bipolarität der Welt machte die Präsidenten über die USA hinaus zu Führern der westlichen Welt.¹¹⁷

Ab der Administration John F. Kennedys 1960 spielten die aufgrund der gestiegenen Verantwortung notwendigen außenpolitischen Berater des Präsidenten eine zunehmend wichtigere Rolle in der Gestaltung der „präsidialen“ Außenpolitik. Da die Ernennung eines *National Security Adviser* nicht vom Kongress genehmigt werden musste, konnte der Präsident außerhalb der parlamentarischen Kontrolle außenpolitisches Personal aufbauen. Die Berater wirkten sowohl auf Gremien wie dem *National Security Council*, einem dem Präsidenten zuarbeitenden Gremium aus Militärs, Außen- und Sicherheitspolitikern, als auch direkt auf den Präsidenten ein. Im Untersuchungszeitraum war der Einfluss der Präsidentschaftsberater in der Formulierung der Außenpolitik signifikant.¹¹⁸ Persönlichkeiten wie Dean Acheson, Walt Rostow und McGeorge Bundy waren unter Kennedy für die Deutschlandpolitik im weitesten Sinne und damit auch für die DDR zuständig. Henry Kissinger, der Außenminister, in dessen Amtszeit die Anerkennung der DDR fiel, hatte seine politische Karriere als Präsidentenberater Richard Nixons begonnen und diese Funktion zum Höhepunkt ihres Einflusses gebracht.¹¹⁹

Im Gegensatz zum Weißen Haus beeinflusste der Kongress die Außenpolitik weniger durch sein Personal als vielmehr durch seine Rechte in Bezug auf die Ratifizierung

¹¹⁶ Vgl. Briggs, Philip: *Making American Foreign Policy, President-Congress Relations from the Second World War to the Post-Cold War Era*, 2nd edition, London 1994, S. 3.

¹¹⁷ Vgl. Dittgen, Herbert: *Präsident und Kongress im außenpolitischen Entscheidungsprozess*, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.): *Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch*, München, Wien 1995, S. 420-438, S. 421-423.

¹¹⁸ Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C. 17.9.2004. Vgl. auch: George, Alexander L.: *Presidential Decisionmaking in Foreign Policy. The Effective Use of Information and Advice*, Boulder (Colo.) 1980, S. 145-189.

¹¹⁹ Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: *Amerikanische Außenpolitik, Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen*, Berlin, Köln, Mainz, Stuttgart 1979, S. 63.

von Verträgen und die Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen.¹²⁰ Bei der Wahrnehmung dieser Rechte standen ihm insbesondere das Kontrollinstrument des *Foreign Relations Committee*, welches außenpolitische Vorgänge untersuchte, öffentlich kommentierte und diskutierte, sowie die Budget- und Bewilligungsausschüsse zur Verfügung.¹²¹ Bemerkenswert ist, dass sich die Rolle des Kongresses in der Außenpolitik im Laufe der sechziger Jahre veränderte. Bis zu den inneramerikanischen Auseinandersetzungen um den Vietnam-Krieg und der „imperialen Präsidentschaft“ durch Richard Nixon verhielt sich der Kongress, überzeugt von der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Kommunismus, passiv gegenüber dem Präsidenten. Im Bewusstsein einer notwendigen Neuausrichtung der Außenpolitik forderte der Kongress jedoch ab dem Ende der sechziger Jahre wieder energischer sein Mitspracherecht in der amerikanischen Außenpolitik ein.¹²² In der Deutschland- und DDR-Politik verdeutlichte sich dieser Trend in den mannigfaltigen Kommentaren von Kongressmitgliedern wie William Fulbright, Mike Mansfield, Henry S. Reuss, Joe D. Waggoner und anderen zum Thema der wirtschaftlichen und politischen Nichtbeziehungen zur DDR und ihrer Folgen. Eine direkte Eigeninitiative ergriff der Kongress jedoch nicht, sondern er überließ es den Regierungsstellen, Gespräche mit der DDR zu führen.

Trotz aller Dominanz des Weißen Hauses war das amerikanische Außenministerium, das *State Department*, in dem man natürlicherweise die außenpolitische Arbeit institutionell verorten würde, sowohl in den sechziger als auch in den siebziger Jahren für einen großen Teil der DDR-Politik zuständig. Das Außenministerium holte Informationen über die DDR ein, entwickelte Politikempfehlungen, führte die Verhandlungen über die diplomatische Anerkennung der DDR und organisierte schließlich die diplomatische Vertretung der USA in Ost-Berlin.¹²³ Dennoch befasste sich vor 1974 lange Zeit keine eigenständige Abteilung oder ein *GDR Country Officer* im *State Department* mit der DDR. Aufgrund der geographischen Gliederung des Ministeriums war die DDR im *Office of Central European Affairs* und dort in der Abteilung Deutschland angesiedelt. Ähnlich dem britischen Muster waren somit nicht die Abteilung für Osteuropa bzw. die Abteilung für die sozialistischen Staaten

¹²⁰ Vgl. Briggs, 1994, S. 4-6.

¹²¹ Vgl. Dittgen, in: Jäger, 1995, S. 430, 431.

¹²² Vgl. ebd., S. 422-423.

¹²³ Zu den Funktionen des State Department vgl. ebd., S. 426.

für die DDR zuständig.¹²⁴ An ihrer Stelle lieferte und analysierte die US-Mission in West-Berlin den Großteil der Informationen zur DDR.

Die US-Mission hielt in Abwesenheit einer diplomatischen Vertretung der USA in der DDR nicht nur Kontakt zu Informanten in der DDR, sondern beobachtete, bedingt durch die Bewegungsfreiheit ihrer Mitarbeiter in Ost-Berlin, ganz offiziell die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. Spätere DDR-Experten stammten oftmals aus den Reihen dieser US-Mission. So übernahm z.B. Robert Gerald Livingston, der von 1964 bis 1966 als Analyst in der *Eastern Affairs Section* der Berlin-Mission und von 1968 bis 1969 als Leiter dieser Sektion tätig war, 1970 den Vorsitz einer von ihm und Henry Kissinger angeregten Arbeitsgruppe des *Council on Foreign Relations*, die sich explizit mit der DDR befasste.¹²⁵

Die in Berlin gewonnenen Informationen dienten als Basis für die Analysen der Arbeitsgruppen „Ostdeutschland“ und „Berlin“ in der Deutschlandabteilung des *State Department*. Ergänzend zur Arbeit der Deutschlandabteilung erstellte die Abteilung *Intelligence und Research* im Außenministerium regelmäßig Berichte über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in der DDR. Die Stellen des Außenministeriums holten jedoch nicht nur Informationen über die DDR ein, sie erarbeiteten in den sechziger Jahren auch vielbeachtete deutschlandpolitische Konzepte, die sich durchsetzten. Z.B. konzipierte Zbigniew K. Brzezinski 1966 im *Policy Planning Council* des *State Department* die amerikanische Isolationspolitik gegenüber der DDR, die bis 1970 Leitlinie der amerikanischen DDR-Politik sein sollte. In den siebziger Jahren verlagerte sich dieser konzeptionelle Bereich jedoch zunehmend in das Weiße Haus. Die zwischen dem *State Department* und dem Weißen Haus in den siebziger Jahren ausgetragenen Auseinandersetzung um die DDR-Politik werden an späterer Stelle detailliert beleuchtet.

Für die Umsetzung der DDR-Außenpolitik war neben der US-Mission in West-Berlin bis 1969 das *Allied Travel Office* (ATO) in West-Berlin zuständig. Durch die Visavergabe-Politik des ATO kontrollierte die US-Regierung im Verbund mit

¹²⁴ Hoff, Henning: „... Largely The Prisoners of Dr. Adenauers Policy“, Großbritannien und die DDR (1949-1973), in: Pfeil, 2001, S. 185-206, S. 191.

¹²⁵ Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

anderen NATO-Verbündeten die Intensität der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Verstärkte Isolationsbemühungen der USA gegenüber der DDR fanden ihren Ausdruck nicht selten in einer restriktiveren Visavergabe. Die Fäden des ATO und der US-Mission in Berlin liefen im *State Department* zusammen, von wo aus die einzelnen Maßnahmen koordiniert wurden.

Auch nachdem das NSC 1974 beschlossen hatte, offizielle Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen, wurden diese von der Deutschlandabteilung des *State Department* in Person des Delegationsleiters Arthur H. Hartman geführt. Neben der Arbeit der Deutschlandexperten in der US-Mission und in der Zentrale in Washington war die regelmäßige Konsultation mit der Bundesrepublik und den übrigen westlichen Besatzungsmächten ein weiterer Pfeiler der DDR-Politik des Außenministeriums. Im Rahmen dieses Austausches nahmen die amerikanischen Botschafter in Bonn eine Schlüsselstellung ein. Kenneth Rush, George McGhee und Martin Hillenbrand konferierten mit den bundesdeutschen Stellen und tauschten sich darüber hinaus in der Bonner Vierergruppe auch mit französischen und englischen Vertretern aus. Ab 1971 war der diplomatische Status der DDR beständiges Thema in der Vierergruppe, die das Vorgehen aller Parteien koordinierte.

Neben den drei Kerninstitutionen Weißes Haus, Kongress und Außenministerium war die DDR Thema in den unterschiedlichsten US-amerikanischen Organisationen und Gruppierungen. Als Teil des kommunistischen Blocks und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bündnispartner Bundesrepublik gelegen, war die DDR auch für die US-Geheimdienste, insbesondere die CIA ein wichtiges Ziel.¹²⁶ Nachdem die aktive Arbeit der CIA auf dem Territorium der DDR durch den Mauerbau 1961 eingeschränkt wurde, trug der Geheimdienst vornehmlich Informationen über das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System und seine Protagonisten zusammen und führte nur in zweiter Linie verdeckte Aktionen in der DDR durch. Bei ihren Aufgaben wurde die CIA von der amerikanischen Militärmission in Potsdam tatkräftig unterstützt. Seit ihrer Einrichtung 1947 erfüllte die *United States Military Liaison Mission* (USMLM) neben der offiziellen Aufgabe der Kontaktpflege zu den ehemaligen Alliierten, der Roten Armee, hauptsächlich militärische

¹²⁶ Zu Kontakten der US-Geheimdienste in die DDR vgl. Fricke, Karl Wilhelm, Spionage als antikommunistischer Widerstand, Zur Zusammenarbeit mit westlichen Nachrichtendiensten aus politischer Überzeugung, in: DA 4/2002, S. 565-578.

Aufklärungsarbeit bzw. Spionage.¹²⁷ Während die CIA eher an den Präsidenten und den NSC angebunden war, die Militärmission in Potsdam hauptsächlich dem Pentagon berichtete, griff das *Department of State* auf die Informationen der US-Mission in West-Berlin zurück und ließ diese von ihrer eigenen *Intelligence Branch* analysieren.¹²⁸ Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums Mitte der siebziger Jahre war der Kongress weitgehend von den nachrichtendienstlichen Informationen ausgeschlossen.¹²⁹

Außerhalb der staatlichen Institutionen befassten sich Vertreter der amerikanischen Wirtschaft, Kirchen, Medien und verschiedener anderer Organisationen zu unterschiedlichen Zeiten mit der DDR.¹³⁰ So reisten z.B. Wirtschaftsvertreter ab 1968 verstärkt in die DDR, während das *American Friends Service Committee* (AFSC), eine Quäkerorganisation, bereits ab 1964 Kontakte zu Vertretern der SED-Diktatur pflegte. Die amerikanischen Medien berichteten sporadisch über die Verhältnisse in der DDR, über ostdeutsch-amerikanische Kontakte auf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene und kommentierten die deutsche Frage in unterschiedlichen Zeitabschnitten. Auch wenn diese eher sporadische Berichterstattung an konkreten Entscheidungen kaum teil hatte, so darf die langfristige Wirkung eines positiveren Bildes der DDR in den amerikanischen Medien nicht vernachlässigt werden.¹³¹

2. DDR

Die außenpolitischen Prozesse in der DDR wurden durch die parallele Bearbeitung der Themenfelder durch Staats- und Partei-Organen geprägt.¹³² Während das MfAA für das Tagesgeschäft, die Sammlung und Auswertung von Informationen, die Anfertigungen von Analysen und organisatorischen Dinge zuständig war, wurden die richtungweisenden Entscheidungen in den Parteiinstitutionen der SED gefällt.

¹²⁷ Vgl. Behling, Klaus: *Spione in Uniform, Die alliierten Militärmissionen in Deutschland*, Stuttgart, Leipzig 2004, S. 19, S. 37.

¹²⁸ Vgl. Gates, Robert M.: *The CIA and American Foreign Policy*, in: FA 66 (1987/88), S. 215-230, S. 216.

¹²⁹ Vgl. Gates, 1987/1988, S. 220.

¹³⁰ Zur Teilhabe der außerstaatlichen Institutionen an der amerikanischen Außenpolitik vgl. Jäger, 1995, S. 246-455.

¹³¹ Dulles, 1968, S. 82.

¹³² Zur grundlegenden Verflechtung zwischen Partei und Staat in der DDR vgl. Schröder, Klaus: *Der SED-Staat, Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990*, München 1998, S. 420-423.

Das Politbüro, obwohl formal ein ausführendes Organ des ZK der SED war der Nukleus der Entscheidungsprozesse. Die wesentliche Aufgabe des ZK bestand darin, die vom Politbüro festgelegte Linie zu bekräftigen und in der Öffentlichkeit zu vertreten.¹³³ Auf der Ebene des Politbüros war die Außenpolitische Kommission beim Politbüro, auf der Ebene des ZK die Abteilung Außenpolitik und internationale Verbindungen beim ZK der SED für außenpolitische Fragen zuständig.¹³⁴ Der Außenminister war in beiden Gremien nur als Gast oder Berichterstatter zugelassen.

Auf staatlicher Seite bearbeitete außer einem eher unbedeutenden Forschungsinstitut beim Ministerium für Außenwirtschaft (MAW), welches Informationen über die US-Konjunktur zusammenstellte und diese der Abteilung Handel/Versorgung/Außenhandel des ZK zuleitete, vorrangig das MfAA die Vereinigten Staaten. Innerhalb des MfAA lag die Verantwortung für die USA bis 1968 bei der 5., ab 1968 der so genannten 6. Außereuropäischen Abteilung (AEA), die ab 1973 nur noch unter dem Namen „Abteilung USA, Kanada, Japan“ firmierte. Auch wenn das MfAA als „Funktionalorgan der Partei“¹³⁵ diente, so war die 5. AEA in einem vergleichsweise spezialisierten Feld wie der USA-Politik der Sitz der Kompetenz. Sie war 1950 aus der in der Hauptabteilung II „Kapitalistische Staaten“ oder „West“ gegründeten Unterabteilung „Deutschlandpolitik der westlichen Imperialisten“ hervorgegangen.¹³⁶

In der für die USA, Kanada und Japan zuständigen Abteilung des MfAA kümmerte sich über die längste Zeit des Untersuchungszeitraums hinweg Hans-Martin Geyer um die Vereinigten Staaten. Geyer wertete amerikanische und internationale Medien aus, führte Gespräche mit amerikanischen Staatsbürgern, hielt den Kontakt zum ADN-Korrespondenten in New York, koordinierte die Kontakte in die USA sowie die Reisen von US-Bürgern in die DDR und verfasste regelmäßig Analysen zur amerikanischen Außen- und Innenpolitik. Die Abteilung USA, Kanada, Japan suchte

¹³³ Vgl. Lindemann, in: Jacobsen, 1980, S. 135.

¹³⁴ Vgl. Lemke, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966), Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Pfeil, 2001, S. 63-80, S. 73.

¹³⁵ Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972, Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000, S. 73.

¹³⁶ Vgl. Lemke, Michael (Hrsg.): Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR, in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949-1951, in: Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Köln 1999, S. 256.

dabei stets die Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Personen. Regelmäßig wurden Politologen, Juristen und Amerikanisten des Instituts für Politik und Wirtschaft (IPW)¹³⁷ und des Instituts für Internationale Beziehungen (IIB) hinzugezogen.¹³⁸

Das IIB, welches als Teil der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften dem Ministerrat der DDR unterstand, unterhielt seit 1969 unter Vorsitz des Amerikanisten Klaus Bollinger eine Forschungsgruppe USA/Kanada, die dem MfAA zuarbeitete. Die wissenschaftlichen Institute arbeiteten aber nicht nur mit dem MfAA, sondern ebenfalls mit den Parteiinstitutionen eng zusammen. Auf Seiten der Partei befassten sich neben der Außenpolitischen Kommission des Politbüros die Arbeitsgruppe Auslandsinformation der Agitationskommission des Politbüros, das für Propaganda zuständige Sekretariat des ZK sowie die Abteilung Außenpolitik und Internationale Beziehungen beim ZK der SED (Abteilung IV) näher mit den Vereinigten Staaten. Die Erkenntnisse des IPW und IIB dienten diesen Gremien ebenfalls als Entscheidungshilfe. Die Außenpolitische Kommission befasste sich intensiver mit politischen Großereignissen, wie z.B. den Präsidentschaftswahlen und berichtete direkt an das Politbüro. In ihrem Umfeld wurden die grundlegenden Entscheidungen der USA-Politik getroffen. Zur Erarbeitung möglicher Propagandamaterialien wurde die Arbeitsgruppe Auslandsinformation ebenso wie der zuständige Sekretär des ZK, Albert Norden, beständig mit den neuesten Analysen der Forschungsinstitute versorgt. Die Abteilung IV, deren ZK-Sekretär seit 1966 Hermann Axen war, erarbeitete hingegen mit den sozialistischen Leitlinien den theoretischen Unterbau für die USA-Politik der DDR.

Außerhalb des politischen und wirtschaftlichen Bereichs befassten sich Institutionen wie die Liga für Völkerfreundschaft, das Komitee für amerikanische Angelegenheiten, welches sich vorwiegend um die Freilassung kommunistischer Gefangener in den USA kümmerte¹³⁹ und zuweilen mit SED- und CPUSA-Funktionären besetzt war, die Kirchen, der Friedensrat der DDR, die Deutsche Liga

¹³⁷ Das IPW befasste sich vorwiegend mit der Bundesrepublik und beschränkte seine Nachforschungen daher auf westdeutsche Verbindungen zur USA. Außerdem wurde das Institut erst 1971 gegründet. Zum IPW vgl. Kein, Michael B.: Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971-1974, Berlin 1999.

¹³⁸ Vgl. Große, 1999, S. 12.

¹³⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV/ A 2/20/608: Brief des Komitee für amerikanischen Angelegenheiten an das ZK der SED vom 19.3.1963.

für die Vereinten Nationen, die Leipziger Messe, universitäre Einrichtungen und die Medien mehr oder weniger regelmäßig mit den USA. Im Unterschied zu den erwähnten DDR-Initiativen gesellschaftlicher Gruppen in den Vereinigten Staaten, stand die USA-Arbeit der erwähnten Gruppen in der DDR, bedingt durch die Durchherrschaft der Gesellschaft¹⁴⁰ – unter stetiger Aufsicht der Hauptverantwortlichen in Partei und Staat. Dabei wurde nicht nur die ideologische und praktische Konformität der Initiativen überprüft, sondern wo es möglich war auch der Versuch unternommen, ebendiese für die USA-Politik von MfAA und Politbüro zu instrumentalisieren.

¹⁴⁰ Zum Begriff „durchherrschte Gesellschaft“ vgl. Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble, Hartmut/ Kocka, Jürgen/ Zwahr, Hartmut: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 547-553. Lindenberger, Thomas: Die sogenannte DDR-Gesellschaft, Grundzüge einer Debatte, in: Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur, Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 16-20, S. 20: Lindenberger folgend wird der Begriff im vorliegenden Zusammenhang verwendet, um deutlich zu machen, dass auch die eher „politikfernen“ Bereiche wie z.B. die Kultur im Falle der DDR „nie ohne den unmittelbar auf sie bezogenen Herrschaftsanspruch der SED zu denken sind“.

II. Einführung: Die USA und die DDR 1949 bis 1961

Eine Analyse der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen von 1961 bis 1974 kann nur vor dem Hintergrund des Verhältnisses vor dem Mauerbau aussagefähige Ergebnisse erbringen. Dieses Kapitel fasst daher die Beziehungen der Jahre 1949 bis 1961 auf Grundlage der neuen Forschung zusammen.

A. 1945 bis 1949: Die USA und die SBZ

Mit dem Ende der Potsdamer Konferenz am 2. August 1945 lag das Schicksal der Deutschen in den Händen der vier Alliierten. Die Verwaltungshoheit in Deutschland war auf militärische und zivile Stellen der vier Besatzungsmächte übergegangen, die sich daran machten, die Zukunft der Deutschen zu gestalten. Der amerikanische Präsident Harry Truman formulierte: „*Germany no longer exists.*“¹⁴¹ Dieses „verschwundene“ – weil besetzte – Deutschland war der Lackmustest einer internationalen Zusammenarbeit zwischen den USA und der UdSSR, den diese nicht bestand.¹⁴² Unterschiedliche Vorstellungen über die deutsche Zukunft und der aufkommende Kalte Krieg machten eine konstruktive Zusammenarbeit in der Erarbeitung einer neuen Ordnung für Deutschland unmöglich. Das besetzte Deutschland wurde zur Front in der Auseinandersetzung zwischen dem durch die UdSSR nach Osteuropa gebrachten Kommunismus und dem von der westlichen Welt, allen voran den USA, propagierten System der marktwirtschaftlichen Demokratie.

Die Überzeugung, Stalins Politik sei grundsätzlich expansiv, ließ Washington verstärkt an der Verhinderung eines Abgleitens aller Deutschen in den Kommunismus arbeiten. Ein sehr gutes Beispiel dafür, wie einflussreich diese Überzeugung war ist der Artikel, den George F. Kennan im Juli 1947 unter dem Pseudonym „Mr. X“ in der Zeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichte. In diesem Artikel führte Kennan aus, dass Stalin, motiviert durch die marxistisch-leninistische Ideologie und nach eigener Auffassung vom Kapitalismus unter Druck gesetzt,

¹⁴¹ Zitiert nach Ninkovich, Frank: *Germany and the United States, The Transformation of the German Question Since 1945*, Updated Edition, New York, Toronto 1995, S. 48.

¹⁴² Ninkovich, 1995, S. 51.

aggressiv expandieren wollte. Die amerikanische Antwort darauf musste nach Kennan Eindämmung – *Containment* – lauten.¹⁴³

Mit dem Marshall-Plan und der Gründung der Bundesrepublik 1948 zeigte Washington deutlich, wie er sich ein neues Deutschland vorstellte. Die Gründung der DDR 1949 institutionalisierte als sowjetische Antwort die Konkurrenz beider politischer Systeme auf deutschem Boden. Die deutsche Teilung war dabei nicht, wie Warren I. Cohen und Carolyn Woods Eisenberg glauben, sowohl von Washington als auch von Moskau gewollt bzw. Teil eines amerikanischen Plans.¹⁴⁴ Beiden Supermächten war gemein, dass sie nicht mehr an eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition glaubten, aber die amerikanische Diskussion über eine Weststaatgründung zeigt, dass eine deutsche Teilung kein Teil einer amerikanischen Strategie war. Washington wollte sicherlich nicht, dass kurz- oder mittelfristig ein neutrales Deutschland ohne Bindung im Westen entstand,¹⁴⁵ aber „*despite the fact that no one at the time could come up with a feasible alternative, there was no agreement among the wartime allies that this division of Germany was either acceptable or permanent*“.¹⁴⁶ Dennoch war das geteilte Deutschland für vier weitere Jahrzehnte eine Konstante in der Weltpolitik.

B. „The so called government of the GDR“: Amerikanische DDR-Politik von der Gründung der DDR bis zum Aufstand vom 17. Juni 1953

Drei Tage nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 veröffentlichten die drei westlichen Hochkommissare der USA, Großbritanniens und Frankreichs ein Kommuniqué, in dem sie dem SED-Regime als widernatürlicher Schöpfung jedes

¹⁴³ Mr. X: The Sources of Soviet Conduct, in Foreign Affairs, July 1947.

<http://www.foreignaffairs.org/19470701faessay25403/x/the-sources-of-soviet-conduct.html>

Zu *Containment* vgl. weiterhin: Kennan, George F./ Lukacs, John: George F. Kennan and the origins of containment 1944-1946, The Kennan-Likacs correspondence, Columbia 1997. Kennan, George F.: Memoirs 1925-1950, Boston 1983. Zum Begriff *Containment* und seiner Herkunft vgl.: Etzold, Thomas H., Gaddis, John Lewis (Hrsg.): *Containment: Documents on American Policy and Strategy 1945-1950*, New York 1978, S. 25-37.

¹⁴⁴ Vgl. Cohen, Warren I.: America in the Age of Soviet Power 1945-1991, in: The Cambridge History of American Foreign Relations, Volume IV, Cambridge (New York) 1996, S. 47. Eisenberg, Carolyn Woods: *Drawing the Line, The American Decision to Divide Germany, 1944-1949*, Cambridge 1996, S. 485-493.

¹⁴⁵ Zu den inneramerikanischen Auseinandersetzungen über die Folgen einer Weststaatgründung vgl. z.B. Krieger, Wolfgang: *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949*, Stuttgart 1987, S. 451 ff.. Zu den Ursachen der Teilung Deutschlands vgl. Graf Kielmansegg, Peter: *Nach der Katastrophe*, Berlin 2000, S. 16-80.

¹⁴⁶ Vgl. Ninkovich, 1995, S. 73.

Recht absprechen, für das ostdeutsche geschweige denn für das gesamtdeutsche Volk zu sprechen: „*the so-called government of the German Democratic Republic is the artificial creation of a 'popular assembly' which has no mandate for this purpose. ... [It is] devoid of any legal basis and has determined to evade an appeal to the electorate, [it] has no title to present Eastern Germany. It has even a smaller claim to speak in the name of Germany as a whole.*“¹⁴⁷ Die Gründung der DDR kam für die Administration Truman allerdings nicht so überraschend, wie die anschließende Empörung darüber glauben machen wollte.¹⁴⁸

Nach der im Juni 1948 in den drei Westzonen durchgeführten Währungsreform, der erfolgreichen Beendigung der Berlinblockade durch die West-Alliierten, der Verkündung des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ am 23. Mai 1949 und den ersten Wahlen zum (west)deutschen Bundestag im August 1949, musste Truman auf eine Reaktion der UdSSR gefasst sein. Trotz der Ahnung war für Washington unklar, inwiefern die Gründung der DDR Einfluss auf den Kalten Krieg in Europa und speziell in Deutschland haben würde.¹⁴⁹ Die Frontlage Deutschlands machte es im Sinne der *Containment*-Politik notwendig, eine Verstetigung der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland zu verhindern. In Washington befürchtete man, die *Soviet Zone of Occupation of Germany* (SBZ) würde Stalin als Ausgangsbasis für einen Ausgriff auf ganz Deutschland dienen. Die Vereinigten Staaten fürchteten, der Diktator versuche mittels einer deutschen, nichtkommunistischen, aber moskaufreundlichen Persönlichkeit eine Bewegung in Westdeutschland zu entfachen, die bereit war für den Bestand der Einheit ein sozialistisches System zu akzeptieren.¹⁵⁰ Die Truman-Administration bekannte sich daher grundsätzlich zur Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen und demokratischen Vorzeichen, um auf diese Weise die Sowjetunion als den Besatzer Ostdeutschlands zu bekämpfen.¹⁵¹

¹⁴⁷ FRUS, 1949, III, S. 504-545: The Formation of the German Democratic Republic, 10.10.1949, 532.

¹⁴⁸ Vgl. Ostermann, in: Junker, 2001, S. 271.

¹⁴⁹ Vgl. FRUS, 1949, III, S. 504-545: The Formation of the German Democratic Republic, 13.10.1949, S. 533.

¹⁵⁰ Vgl. Rupieper, in: Scherstjanoi, 1993, S. 59-66.

¹⁵¹ Gulgowski, P. W.: The American Military Government of the US Occupied Zones of post World War II Germany in Relation to Policies Expressed by Its Civilian Governmental Authorities at Home, during the Course of 1944/45 through 1949, Frankfurt am Main 1983, S. 400-401.

Die Amerikaner waren folglich bereit, angemessen auf die mit der Gründung der DDR vorliegenden Änderung des *Status quo* im besetzten Deutschland zu reagieren. Die Grundlage dieser Politik war die Offenhaltung der deutschen Frage, die durch eine zusätzliche Stabilisierung der Bundesrepublik¹⁵² und die möglichst von vielen Staaten getragene Nichtanerkennung des Regimes in der SBZ erreicht werden sollte. Zur Durchsetzung dieser Nichtanerkennung nutzten die USA als größte westliche Siegermacht ihren Einfluss in Westeuropa. In Konsultationen mit westeuropäischen Staaten von Skandinavien bis zum Mittelmeer gelang es Washington, die Regierungen von einer Ablehnung eines zweiten deutschen Staates zu überzeugen. Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens einigten sich während der Pariser Gespräche im November 1949 darauf, selbst eine *De-facto*-Anerkennung zu vermeiden und sich weiterhin bei Fragen, die die DDR betrafen, an die Sowjetische Kontrollkommission zu wenden.¹⁵³ Hermann Wentker weist zu Recht darauf hin, dass die USA und nicht, wie Henning Hoff in seiner Dissertation beschreibt Großbritannien der „Motor und Koordinator der Nichtanerkennungspolitik in der westlichen Welt“ waren.¹⁵⁴ Die Vereinigten Staaten bestimmten aber nicht nur das Verhältnis der westlichen Staaten zur DDR, sondern verhinderten mit ihrem Einfluss auch die Aufnahme der DDR in internationale Organisationen.¹⁵⁵

Neben dem Bemühen um die Durchsetzung der politischen Nichtanerkennung der DDR in der Welt untersuchten die verantwortlichen Stellen in Washington und West-Berlin die Optionen des weiteren Vorgehens. Der amerikanische Hochkommissar John McCloy erarbeitete z.B. einen Lagebericht, in dem er darauf hinwies, dass Mechanismen für die Behandlung der DDR im täglichen Geschäft gefunden werden mussten.¹⁵⁶ Die Strategie des *Containment* musste so operationilisiert werden, dass es den USA gelingen konnte die gesamtdeutsche Stoßrichtung geprägten Propaganda

¹⁵² Zur zusätzlichen Stabilisierung der Bundesrepublik durch die Westmächte vgl. Herbst, Ludolf: Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 3-18, S. 9.

¹⁵³ Vgl. Ostermann, in: Junker, 2001, S. 272.

¹⁵⁴ Auch das Verhältnis Großbritannien-DDR wurde von den USA bestimmt. Vgl. Hoff, 2003, S. 36. Vgl. ebenfalls Wentker, Hermann: Rez. Hoff, 2003, in: DA 6/2003, S. 1067-1071. Bauernkämper, Arnd: Einleitung: Großbritannien und die DDR. Wahrnehmungen, Beziehungen und Verflechtungen im Ost-West-Konflikt, in: Bauernkämper, 2002, S. 7-42, S. 7.

¹⁵⁵ Vgl. Buckow, 2003, S. 526-527.

¹⁵⁶ Vgl. FRUS, 1949, III, S. 504-545: The Formation of the German Democratic Republic, 28.10.1949, S. 537 f. Zu den praktischen Problemen vgl. Buckow, 2003, S. 520-523.

seitens der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) abzuwehren und der UdSSR Einhalt zu gebieten. Um eine weitere Expansion Moskaus zu verhindern, mussten die USA offensiv werden ohne jedoch den Gegner zu stark herauszufordern. Dazu bedurfte es mehr als einer im Grunde passiven Politik der Nichtanerkennung. Die Gründung des *Political and Economic Projects Committee* (PEPCO) leitete 1950 eine Zeit amerikanischer Überlegungen zur aktiven Bekämpfung der SED-Diktatur auf dem Boden der DDR ein.¹⁵⁷ Der amerikanische Hochkommissar John McCloy setzte das PEPCO im Februar 1950 im Rahmen der *High Commission of Germany* (HICOG) ein. Ziele der PEPCO waren, die ostdeutsche Bevölkerung zu passivem Widerstand gegen SED und sowjetische Behörden zu bewegen und den Glauben an die Überlegenheit der westlichen Systeme und Institutionen zu fördern.¹⁵⁸

Die Mittel und Wege, die Politik der PEPCO in die Tat umzusetzen, waren mannigfaltig. Ein alliierter Dorn im Territorium der DDR waren z.B. die Militärmissionen der West-Alliierten in Potsdam. Die Missionsmitglieder genossen eine relativ hohe Bewegungsfreiheit in Ost-Deutschland und konnten so nicht nur militärische Anlagen ausspähen, sondern auch Informationen über die Entwicklung der zivilen Gesellschaft im SED-Regime – die wirtschaftliche Entwicklung, die Organisation und Struktur paramilitärischer sowie politischer Institutionen und mögliche Proteste und Unzufriedenheiten – sammeln.¹⁵⁹ Für alle westlichen Militärmissionen galt dabei, dass die Beziehungen zur Roten Armee zuweilen noch in Erinnerung an vergangene Waffenbrüderschaft zuweilen recht gut waren, die Beziehungen zur Volkspolizei, der NVA und der Staatssicherheit jedoch durchgängig schlecht blieben. Nicht von Potsdam, sondern von West-Berlin aus, rekrutierten die amerikanischen Geheimdienste Quellen auf dem Territorium der

¹⁵⁷ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 167. Der nach seinen Autoren benannte Carroll-Speier-Bericht zur psychologischen Kriegsführung in Deutschland schlug neben verstärkter Propaganda gegen das SED-Regime, Handelsrestriktionen, Abwerbung von wirtschaftlichen Fachkräften sogar die Etablierung einer Widerstandsbewegung in der SBZ vor, die zu Sabotage und Entführungen genutzt werden sollte. Carroll, Wallace/ Speier, Hans: *Psychological Warfare in Germany, A Report to the United States High Commissioner for Germany and the Department of State*, 1.12.1950. Zitiert nach Ostermann, in: Junker, 2001, S. 272-273.

¹⁵⁸ Vgl. NA RG 59, 762.0221/2-1550, 15.2.1950. Zitiert nach Ostermann, in: Larres, 1997, S. 232. Vgl. auch Schwartz, Thomas: *America's Germany: John McCloy and the Federal Republic of Germany*, Cambridge 1991.

¹⁵⁹ Vgl. Behling, 2004, S. Zur Arbeit der britischen Militärmission vgl. auch die nur bedingt wissenschaftliche Darstellung von Tony Geraghty. Geraghty, Tony: *Brixmis, The Untold Exploits of Britain's Most Daring Cold War Spy Mission*, Glasgow 1996.

DDR.¹⁶⁰ Das blieb in Ost-Berlin und Moskau nicht unbemerkt. Stalin bemerkte in einer Unterredung mit Wilhelm Pieck im April 1952: „Viel zu frei bewegen sich die Agenten der Westmächte in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie können zum äußersten gehen und Sie (Pieck) oder Gen. Cujkov töten.“¹⁶¹ Diese Analyse ist wohl als eine Mischung aus Hysterie und Realität zu werten. Zwar wurde die DDR durchaus durch die Briten und Amerikaner geheimdienstlich penetriert, Attentate auf ostdeutsche oder sowjetische Politiker gehörten jedoch nicht zu den obersten Zielen der geheimdienstlichen Arbeit. Dies beweist auch das im Januar 1952 vom *Psychological Strategy Board* (PSB) vorgelegte Strategiepapier PSB D-21, das die kontrollierte Vorbereitung der ostdeutschen Bevölkerung für einen aktiven Widerstand gegen sowjetische Organe sowie die SED zum Ziel hatte, jedoch nichts an der Devise, direkte Aktionen amerikanischer Dienste gegen Funktionäre bzw. Einrichtungen der SED zu vermeiden, änderte.¹⁶² Dem Konzept des *Containment* folgend spielte eine aktive Befreiung der DDR mit Hilfe von Gewalt keine ernst zunehmende Rolle für die Pläne der Administration Truman. Daher standen die Informationsbeschaffung und -verwertung sowie die Förderung einer antisozialistischen Geisteshaltung im Mittelpunkt der amerikanischen Geheimdiensttätigkeit.¹⁶³

Unter dem Code-Namen „Operation Gold“ betrieben z.B. der amerikanische und der britische Geheimdienst ab 1951 den Bau eines Tunnels von West nach Ost, mit dem sie ab 1955 Telefonleitungen in Ost-Berlin anzapften und deren Entdeckung die sowjetische Seite 1956 öffentlich bekannt machte.¹⁶⁴ Bei der Information und

¹⁶⁰ Zur DDR-Arbeit der amerikanischen Geheimdienste auf dem Gebiet der Informationsgewinnung vgl. Buckow, 2003, S. 56-90. Vgl. auch Dobbert, Andreas/ Eichner, Klaus: *Headquarters Germany, Die USA-Geheimdienste in Deutschland*, Berlin 1997. Zu den Gegenmaßnahmen der Staatssicherheit vgl. Marquardt, Bernhard: *Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB*, in: Karl Wilhelm Fricke: *DDR-Staatssicherheit, Das Phänomen des Verrats, die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB*, Bochum 1995.

¹⁶¹ Zitiert nach Scherstjanoi, Elke/ Semmelmann, Rolf: *Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 3/2004, S. 238-269, S. 242.

¹⁶² Vgl. FRUS, 1952-1954, VII, S. 370-380: Paper prepared by the PSB, 9.10.1952. NA RG 59, 511.62a/2-2053, 20.2.1953/ NA RG 59, 511.62A/6-353, 3.6.1953. Zitiert nach: Ostermann, in: Larres, 1997, S. 233.

¹⁶³ Zur amerikanischen Geheimdiensttätigkeit in der DDR vor dem Mauerbau vgl. George/ Kondraschow, Sergei A./ Murphy, David E.: *Battleground Berlin, CIA vs KGB in the Cold War*, New Haven, London 1997.

¹⁶⁴ Der Tunnel war bereits vor Baubeginn vom sowjetischen Agenten beim MI 6, George Blake verraten worden, der aber zu für Moskau zu wertvoll war, als dass er durch eine frühzeitige sowjetische Entdeckung des Tunnels gefährdet werden konnte. Vgl. Behling, 2004, S. 164. Vgl. Bailey/ Kondraschow/ Murphy, 1997, S. 205-237.

Beeinflussung der DDR-Bevölkerung kam dem äußerst populären *Radio in the American Sector* (RIAS), das von Berlin aus in der ganzen DDR gehört werden konnte, herausragende Bedeutung zu.¹⁶⁵ Als das „effektivste Mittel in unserer Hand, den Eisernen Vorhang zu durchdringen“ und als „geistiges und psychologisches Zentrum des Widerstandes in einer kommunistisch regierten, abgeschotteten Region“¹⁶⁶ betrachtete man den RIAS innerhalb der amerikanischen Besatzungsbehörden und benutzte ihn neben Propagandazwecken auch für die Beschaffung von nachrichtendienstlichen Informationen bzw. zur Rekrutierung von geheimen Quellen und Agenten in der Sowjetzone.¹⁶⁷ Bei all diesen Maßnahmen trafen Militärmission, Geheimdienste und RIAS in den sowjetischen und ostdeutschen Institutionen jedoch auf gleichwertige Gegner, so dass sich die Erfolge der offensiven, aber nicht konfrontativen DDR-Politik der Administration Truman in Grenzen hielten.

Mit der 1952 erfolgten Wahl Dwight D. Eisenhowers zum 34. Präsidenten der USA vollzog sich ein Paradigmenwechsel in der amerikanischen Politik gegenüber dem Ostblock. Statt dem bloßem *Containment* Trumans, das eine weitere Ausdehnung des Kommunismus bzw. der sowjetischen Einflussphäre verhindern sollte, kündigten der neue Präsident und sein designierter Außenminister John Foster Dulles ein *Rollback*¹⁶⁸ des Kommunismus an.¹⁶⁹

Mit ihrer geographischen und nationalen Nähe zum Westen erschien die DDR aus der Retrospektive als idealer Ansatzpunkt eines solchen *Rollbacks*. Herausragendes Ereignis in der DDR war der Aufstand vom 17. Juni 1953, bei dem es ausgehend von einem Bauarbeiterstreik in der Berliner Stalin-Allee zu Demonstrationen und Protesten in mehr als 500 Orten kam. Der ostdeutschen Führung gelang es nicht, den Aufstand unter Kontrolle zu bringen, so dass die sowjetische Militärführung ihn schließlich mit Panzern niederschlug. Vor dem Hintergrund des *Rollback*-Gedanken

¹⁶⁵ Vgl. Wacket, Markus: „Wir sprechen zur Zone“, Die politischen Sendungen des RIAS in der Vorgeschichte der Juni-Erhebung 1953, in: DA 26/1993, S. 1035-1048, S. 1035. Hagen, Manfred: DDR – Juni 1953: Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1995, S. 30.

¹⁶⁶ Vgl. NA RG 59, 511.62B4/8 – 2450, 24.8.1950. Eisenhower Library Abilene, Ks. (DDEL), C.D. Jackson Papers, Box 74, 10.7.1953.

¹⁶⁷ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 233.

¹⁶⁸ Zitiert nach Ninkovich, 1995, S. 93.

¹⁶⁹ Zur Entstehung und zum Erfolg dieser *Rollback* oder *Liberation Policy* vgl. Stöver Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus, Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991, Köln, Weimar, Wien 2002. Grose, Peter: Operation Rollback: America's Secret War Behind the Iron Curtain, New York 2000.

stellte man sich in Ost-Berlin die Frage, ob der Aufstand vom 17. Juni 1953 Ausdruck amerikanischer *Rollback*-Bemühungen in der DDR war? Christian Ostermann hat dieses Kapitel der ostdeutsch-amerikanischen Geschichte bereits gründlich aufgearbeitet und kommt zu dem Ergebnis, dass Washington den ostdeutschen Unruhen einigermaßen unvorbereitet gegenüber stand.¹⁷⁰ Eine Folge der mangelnden Vorbereitung waren konträre Auffassungen innerhalb der Eisenhower-Administration über die Bedeutung der Unruhen in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Block. Beim Leiter des PSB, C.D. Jackson, sorgten die ostdeutschen Unruhen für eine Euphorie, da sie einen konkreten Ansatzpunkt für eine aktivere „Befreiungs“-Politik in Osteuropa bot.¹⁷¹ Walt Rostow neigte sogar dazu, die DDR-Bevölkerung zu einer „*full scale revolt*“¹⁷² zu ermuntern. Dieser positiven Einschätzung stand die negative Bewertung des *State Departments*, wo man eine mögliche Eskalation des Aufstandes fürchtete gegenüber.

In der Forschung zu den USA und dem 17. Juni 1953 haben die sich zum Teil widersprechende Quellen aus der DDR, den USA und der UdSSR zu einer heftigen Diskussion geführt. Diese kreist um die Frage: Waren die USA aktiv an der Auslösung des Aufstandes beteiligt? Die aktuelle Forschung¹⁷³ bestätigt die Richtigkeit der Behauptung von CIA-Chef Allen Dulles, die USA hätten diese Unruhen nicht ausgelöst.¹⁷⁴ Sie konzediert zwar, dass der RIAS zur schnelleren Verbreitung des Streiks von Ost-Berlin auf die gesamte DDR beitrug,¹⁷⁵ eine gezielte amerikanische Urheberschaft durch oder Beteiligung von amerikanischen Agenten

¹⁷⁰ Vgl. Ostermann, in: *German Studies Review*, 1996, S. 130-132. Ostermann, Christian F.: „Die Ostdeutschen an einen langen Kampf gewöhnen“, *Die USA und der 17. Juni 1953*, in: DA 3/1997, S. 350-368. Ostermann, Christian F. (Hrsg.): *Uprising in East Germany 1953: The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain*, Budapest, New York 2001.

¹⁷¹ Vgl. Ostermann, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 1996, S. 268.

¹⁷² NA, 762B.00/6-2653: Conant, Wahnerheide an Dulles Nr. 5486, 26.6.1953. Larres, Klaus: *Politik der Illusionen, Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945-1955*, Göttingen, Zürich 1992, S. 178.

¹⁷³ Vgl. Ostermann, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, 1996. Ostermann, in: *German Studies Review*, 1996. Wettig, Gerhard: Ein anderes Gesamtbild der sowjetischen Wahrnehmung des 17. Juni 1953, Anmerkung zu den Ausführungen von V.S. Christoforov, in: DA 2/2004, S. 303-304.

¹⁷⁴ Vgl. FRUS, 1952-1954, VII, S. 1586-1590: Memorandum of Discussion at the 150th Meeting of the NSC, 18.6.1953, S. 1587.

¹⁷⁵ Zitiert nach Ostermann, in: Larres, 1997, S. 235. Vgl. Wacket, in: DA 26/1993, S. 1944. Hagen, 1995, S. 95-104. Diedrich, Torsten: *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991*, S. 68, 95.

können jedoch weder Ostermann noch Wacket noch Wettig feststellen.¹⁷⁶ Vielmehr bemühte Wahington sich, aus Sorge vor einer möglichen Eskalation auf Ebene der Supermächte kein Öl ins Feuer zu gießen.¹⁷⁷ An dieser Strategie änderte auch die in den Tagen des 16. und 17. Junis gewachsene Hoffnung der Aufständischen in der DDR auf ein aktives Eingreifen amerikanischer Truppen zu ihren Gunsten nichts.¹⁷⁸ Diese Möglichkeit schloss jedoch sogar die offensive Direktive 45 des PSB, die Empfehlungen „*to exploit the unrest in the satellite states*“ aussprechen sollte, aus.¹⁷⁹

Die vom NSC am 29. Juni als NSC-158 angenommene Direktive forderte die Nutzung des ostdeutschen Aufstands zur Diskreditierung des SED-Regimes, der Sowjetunion und der anderen kommunistischen „*satellite puppet authorities*“ Osteuropas, die, wie man im NSC glaubte, alle bald mit ähnlichen Unruhen zu kämpfen hätten. PSB D-45 sah zwar langfristig die Etablierung eines Netzes von „... *underground organizations capable of launching large-scale raids or sustained warfare* ...“ und sogar die Förderung der „*elimination of key puppet officials*“ in bis zu sechzig Tagen vor, alle Aktionen sollten jedoch „*short of mass rebellion*“ bleiben.¹⁸⁰ Der aktive Kampf amerikanischer Dienste gegen Ziele in der SBZ oder Waffenlieferungen an Aufständische gehörten trotz des Protests der CIA gegen den *soft approach*¹⁸¹ nicht zum Repertoire der von Eisenhower und John Foster Dulles im Sommer 1953 ernsthaft erwogenen Aktionen. Vielmehr sollten humanitäre und ideelle Unterstützung den antisowjetischen Geist in Ostdeutschland am Leben erhalten. Das PSB nutzte andere Wege und wollte z.B. den Arbeitern in der DDR mit Hilfe der „Eisenhower-Pakete“ die vergleichsweise schlechte Versorgungssituation in der DDR vor Augen führen, um so weitere Unruhen zu provozieren. Nach Bewertung der U.S. Regierung gelang dieses in den folgenden vier Wochen: „... *these riots were than further stimulated by the American food program.*“¹⁸²

¹⁷⁶ Vgl. Ostermann, Christian F.: The United States and the East German Uprising of 1953 and the Limits of Rollback, Cold War History International Project, Working Paper Nr. 11, 1994, S. 15-19. Wacket, in: DA 26/1993, S. 1036-1037. Wettig, in: DA 2/2004, S. 304.

¹⁷⁷ Vgl. Wettig, in: DA 2/2004, S. 304.

¹⁷⁸ Vgl. Hagen, 1995, S. 97.

¹⁷⁹ Vgl. NA, RG 273, NSC 158 Series: Interim U.S. Psychological Strategy Plan for Exploitation of Unrest in Satellite Europe, PSB D-45, 1.7.1953. Zitiert nach Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 169.

¹⁸⁰ Vgl. Report by the NSC on Interim United States Objectives and Action to Exploit the Unrest in the Satellite States, 29.6.1953, in: Ostermann, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 272.

¹⁸¹ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 170.

¹⁸² NA, RG 59, Lot 55D371, Box 8.

Washington begnügte sich mit der propagandistischen Nutzung der offenen Ressentiments gegen das sowjetische Marionetten-Regime, da es bei direkter Unterstützung einen Automatismus, der unter Umständen zu einer militärischen Konfrontation zwischen den Supermächten führen konnte fürchtete. Gleichzeitig galt die Befreiung Ostdeutschlands von den Kommunisten ohne eine solche Konfrontation als unmöglich. Folglich beschränkte sich die Administration Eisenhower auf die propagandistische „Ausbeutung“ des Aufstandes. Diese richtete sich nicht nur gegen die kommunistischen Machthaber, sondern auch gegen Churchills Pläne, mit einem Gipfel der Siegermächte das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern. Der heftigen Kritik der West-Alliierten Großbritannien und Frankreich an einer amerikanischen Offensivhaltung¹⁸³ konnte nach den Ereignissen des 17. Juni argumentativ besser entgegengetreten werden. C.D. Jackson legte mit Blick auf eine Viermächtekonferenz zufrieden dar, „... [that] the East Berliners have pulled out the rug from under the Kremlin.“ Der Präsident verkündete, die USA verfügten nun über die stärksten Argumente gegen Churchills Gipfeldiplomatie,¹⁸⁴ die die Washingtoner Politik der Stärke untergrub. Diese Politik der Stärke hatte jedoch nicht zum Aufstand des 17. Juni geführt.

Insgesamt setzte sich im Sommer 1953 in Washington die Einsicht durch, dass ein *Rollback* in der DDR kurzfristig nicht möglich war und die USA keine Revolution mit unabsehbaren Folgen riskieren wollten.¹⁸⁵ Diese Einsicht spiegelt sich in der Direktive 174 des NSC „*United States Policy toward the Soviet Satellites in Eastern Europe*“ wieder. Eine Loslösung der DDR aus dem Ostblock war nach Einschätzung der Direktive nicht möglich. Daher barg eine intensivierete psychologische Kriegsführung, die einen Aufstand weiter provozierte, mehr Risiken als dass sie Chancen eröffnete.¹⁸⁶ Die Vereinigten Staaten beschränkten sich schließlich, der „Magnet-Theorie“ folgend, darauf, in Westeuropa ein System zu etablieren, „*that would greatly increase the pressure inside Eastern Germany for joining up with the*

¹⁸³ Vgl. Document Nr. 84: Letter from James Conant to John Foster Dulles, 28 July 1953, in: Ostermann, 2001, S. 359-360.

¹⁸⁴ Zu den Aussagen des Präsidenten und C.D. Jacksons vgl. FRUS, 1952-1954, VII, S. 1586-1590: Memorandum of the 150th NSC-Meeting, 18.6.1953, S. 1587-1588 Zitiert nach Larres, 1992, S. 174-175.

¹⁸⁵ Vgl. NA, RG 59, 762B.00/9-3053, 30.9.1953.

¹⁸⁶ Alles zitiert nach: Ostermann, in: Larres, 1997, S. 233-238.

other part“.¹⁸⁷ Die Administration Eisenhower erfuhr 1953 die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis des *Rollback*.¹⁸⁸ Warren I. Cohen formuliert: „*For all its prattle about ‚captive Nations‘ and ‚liberation‘, the Eisenhower administration would not risk World War III by intervening in the Soviet sphere of influence, where Soviet interests were vital and the Soviets were certain to fight.*“¹⁸⁹ Ein 1955 vom *State Department* verfasster Antwortbrief auf die Anfrage eines amerikanischen Bürgers, wie man die Ostdeutschen zum Aufstand motivieren könnte, zeigt exemplarisch, dass sich die Eisenhower-Administration endgültig von der Idee eines Staatsstreiches oder einer gewaltsamen Rebellion in der DDR verabschiedet hatte: „*We do not believe that we can ask the people of East Germany to rebel against their Communist leaders... We believe that we can best help the people of East Germany by encouraging their silent resistance.*“¹⁹⁰ Dementsprechend beruhigt waren die Osteuropaexperten im *State Department* als sie 1956 anlässlich des Ungarnaufstandes berichten konnten: „*Situation in East Germany remains quiet.*“¹⁹¹

Da die amerikanische Reaktion auf die Ereignisse Mitte Juni 1953 belegt, dass das *Rollback*-Konzept im Falle der DDR nicht umgesetzt worden war, stellt sich die Frage nach dem Erfolg der von Washington gewählten defensiveren Option. Verpassten die USA mit ihrer passiven Haltung gegenüber dem Aufstand in der DDR eine gute Chance, das SED-Regime in die Knie zu zwingen? Einige Historiker, wie Faina Novik¹⁹², Antonij Antono-Ovseenko¹⁹³ und abgeschwächt Michael Lemke¹⁹⁴ und Klaus Larres¹⁹⁵ haben das klare Nein früherer Forschung in Frage gestellt. Die von ihnen aufgeworfene These, der sowjetische Geheimdienstchef Berija hätte im Frühjahr und Frühsommer des Jahres 1953 eine gütliche Einigung über die deutsche Einheit angeboten, indem er vorschlug, auf den Aufbau des Sozialismus in der DDR zu verzichten ist jedoch nicht unwidersprochen geblieben. Gerhard Wettig

¹⁸⁷ Vgl. DDEL, Ann Whitmann File, Name Sries, Box 22: Suggested Reply to Letter of Field Marshall Bernard Montgomery, 2.7.1953.

¹⁸⁸ Zur Annäherung der Konzepte *Containment* und *Rollback* vgl. Stöver, 2002, S. 888.

¹⁸⁹ Cohen, 1996, S. 92.

¹⁹⁰ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00/8-1655: Letter from State to Mr. Rudh, 16.8.1955.

¹⁹¹ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files, 1955-1959, C0033, 762b.00/10-2656: USBER to Secretary of State, 27.10.1956.

¹⁹² Novik, Faina: „*Ottepel*“ i inercija cholodnoj vojny, *Germanskaja politika SSSR v 1953-1955*, Moskau 2001, S. 63-65.

¹⁹³ Antonov-Osveenko, Antonij: *Berija*, Moskau 1999, S. 430-438.

¹⁹⁴ Lemke, Michael: *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961*, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 255-257.

¹⁹⁵ Vgl. Larres, 1992, S. 171.

hat diese These angegriffen und nachgewiesen, dass die nachträglichen Darstellungen Berijas durch Chruschtschow und andere, die ihm die ernste Absicht, eine deutsche Einheit in Neutralität zu gewähren zuerkannten nicht der Wirklichkeit entsprachen.¹⁹⁶ Arnulf Baring ist daher zuzustimmen, wenn er darlegt, dass der Westen und als *Lead Nation* insbesondere die USA weder im Vorfeld noch während des Aufstandes eine Chance versäumten, die deutsche Einheit herzustellen.¹⁹⁷ Hatten die USA ihre Möglichkeiten während des Aufstandes realistisch eingeschätzt, so wurde das Ergebnis der Unruhen in Washington zuweilen missgedeutet. Die CIA ging unmittelbar nach dem Aufstand davon aus, die UdSSR würden eine neue, liberalere SED-Regierung einsetzen: „*Hence, we believe that the USSR will build a new East German Government around a purged SED. Non-SED parties may be encouraged to take a more independent line, to assume some superficial aspects of a ‚loyal opposition‘.*“¹⁹⁸ Die Konsolidierung des SED-Regimes unter Walter Ulbricht in den folgenden Jahren zeigte, dass von einer Abkehr der Ost-Berliner Machthaber von Moskau jedoch keine Rede sein konnte.

C. Von der Souveränität der DDR zur Berlin-Krise

Am 26. März 1954 kündigte die UdSSR „die Aufnahme gleicher Beziehungen zur DDR wie zu anderen Staaten“ und „die Aufhebung der Überwachung staatlicher Organe der DDR durch die sowjetische Kontrollkommission“¹⁹⁹ an. Damit entließ Moskau Ost-Berlin zumindest symbolisch in die Unabhängigkeit. Für die West-Alliierten war dieser Akt mit einer Reihe von Problemen verbunden. In einem Bericht über *Problems Arising from the Soviet Declaration on G.D.R. Sovereignty* vom 24. August 1954 strich die *Allied High Commission* diese Gefahren heraus: „*In longer term, the Soviet aim appears to get the largest possible number of Western*

¹⁹⁶ Vgl. zu dieser Forschungsdiskussion: Wettig, Gerhard: Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: DA 4/2003, S. 599-614, S. 602-605. Zu den Auseinandersetzungen innerhalb der sowjetischen Führung vgl. Kramer, Mark: „The Early Post-Stalin Succession, Struggle and Upheavels in East-Central Europe (Part 1)“, in: *Journal of Cold War Studies*, Vol. 1, Nr. 2, 1999, S. 15-30, S. 19-21. Zubok, Vladislav M.: *The Soviet Intelligence and the Cold War* The Small Committee of Information, Cold War International History Project, Working Paper Nr. 4, 1992, S: 16-17.

¹⁹⁷ Vgl. Baring, Arnulf: Berija wollte eine kleines Stück weiter gehen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 8.1.2004.

¹⁹⁸ NA, RG 263, Entry 29, Records of the Central Intelligence Agency (RCIA), National Intelligence Estimates Involving the Soviet Union, 1951-1983 (NIE), Box 2, Folder 49: Probable Effect of Recent Developments in Eastern Germany on Soviet Policy With Respect to Germany, 24.7.1953.

¹⁹⁹ Vgl. Meier, C.: Die sowjetischen Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, Stuttgart 1968, S. 14.

*Powers to ,recognize', more or less officially, the G.D.R., in order to raise the prestige of the regime. ... For the Western Occupying Powers the problem of relations with the East German regime may arise in a number of ways in the international field and especially in connection with their access to Berlin. The dangers of dealing with the East German authorities are obvious and the right policy seems to be to maintain a firm front vis-à-vis the Soviets. ... If the G.D.R. authorities should attempt to exercise actual control over Allied access to Berlin ... the Allies would have to refuse ... a refusal to submit to such G.D.R. control might ultimately involve a recourse to use of force by the Allies.*²⁰⁰ Die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen – Vermeidung jeder eine Anerkennung der DDR-Souveränität implizierenden Handlung – deuten die relative Hilflosigkeit der Amerikaner, Briten und Franzosen an.²⁰¹ Washington, Paris und London wollten zwar die Nichtanerkennungspolitik fortsetzen wie bisher, suchten mit der „Agenten-Theorie“²⁰² jedoch eine eher weiche Lösung für eine Konfrontation mit dem neuen *master of the roads*, Ost-Berlin: *„It may ... be argued that if the Allies announce that they consider G.D.R. officials as agents of the Soviets, no serious compromise of their principles would be involved.*“²⁰³

Durch die Übergabe der Souveränität an die DDR ließen sich Konfrontationen zwischen alliierten Militärs der Missionen in Potsdam oder alliierten Militärs auf dem Weg nach West-Berlins mit den Sicherheitsorganen der DDR, der Volkspolizei, der Staatssicherheit und sogar der NVA nur schwerlich verhindern. Das *State Department* beschrieb die Situation wie folgt: *„It seems the stage is being set for GDR interference with German and Allied access to Berlin in a variety of ways, perhaps short of actual blockade, but calculated to be sufficiently troublesome to force Western dealings with the GDR.*“²⁰⁴ Von solchen Aktionen waren besonders die Militärmissionen betroffen, deren erklärtes Ziel es war, ihr Recht auf Freizügigkeit in Ost-Deutschland durchzusetzen. Da die Rote Armee die Rechte der

²⁰⁰ NA, RG 59, General Records of the Department of State (GRDS), Numerical Files Relating to the German Democratic Republic (NFRGDR), Box 2: Council of the Allied High Commission, Problems Arising from the Soviet Declaration on “GDR Sovereignty”, 23.8.1954.

²⁰¹ Vgl. ebd.

²⁰² Vgl. Burr, William: *Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis*, November 1958-Januar 1959, in: *Diplomatic History* 18/1994, S. 177-205, S. 182-187.

²⁰³ NA, RG 59, General Records of the Department of State (GRDS), Numerical Files Relating to the German Democratic Republic (NFRGDR), Box 2: Council of the Allied High Commission, Problems Arising from the Soviet Declaration on “GDR Sovereignty”, 23.8.1954.

²⁰⁴ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 9: Office Memorandum from Jacques J. Reinstein to Livingston T. Merchant, *USSR-GDR Agreements*, 23.9.1955.

Missionsmitarbeiter weniger deutlich gegenüber den DDR-Stellen verteidigte, gerieten diese vermehrt in Konflikt mit den Sicherheitsorganen des SED-Regimes.²⁰⁵

Die erklärte Souveränität der DDR brachte neben dem Problem der Wahrung alliierter Rechte in Berlin und Potsdam ein weiteres Problem mit sich. Die DDR nutzte die neu gewonnene Souveränität, in dem sie ihr Profil in internationalen Organisationen, insbesondere auf ökonomischem Gebiet, zu stärken versuchte. In Washington beobachtete man solche Versuche mit wachsender Aufmerksamkeit.²⁰⁶ Problematisch an den westpolitischen Aktionen Ost-Berlins war die Tatsache, dass die deutschlandpolitische Front im Westen merklich zu wackeln begann. Berichte aus Schweden, Finnland und der Schweiz zeigten, dass sich die Ablehnung der DDR abschwächte. Die ökonomischen Interessen mancher Staaten an der DDR waren im Gegensatz zu denen der USA substantiell und damit nicht von der Hand zu weisen: „Another problem is that of creeping recognition of the GDR. ...The slowly improving economic situation in East Germany is a complicating factor, since its increasing exportable surplus offers the possibility to barter deals for European countries seeking new markets. Thus for some NATO countries it is not easy to eschew the GDR as for the U.S., for whom the trade incentive regarding East Germany is negligible.“²⁰⁷ Dabei handelte es sich nicht nur um kleine NATO-Staaten. Die Franzosen wollten nach dem Gipfeltreffen von Genf im Juli 1955 eine Anerkennung der Koexistenz zweier deutscher Staaten nicht mehr ausschließen²⁰⁸ und selbst die Briten dachten vor dem Hintergrund ihrer wirtschaftlichen Kontakte zur DDR über andere Lösungen als die strikte Nichtanerkennung nach. Auf Grund der chronischen Unterentwicklung des ostdeutsch-amerikanischen Handels konnten weder Paris noch London in Washington auf Verständnis für eine ökonomisch motivierte DDR-Politik hoffen. Geradema zwei amerikanische Firmen waren auf der Leipziger Frühlingsmesse 1955 vertreten gewesen²⁰⁹ und der *Economic*

²⁰⁵ Vgl. Geraghty, 1996, S. 72.

²⁰⁶ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/2-1955: US-Mission Berlin (USBER) to Secretary of State, 19.2.1955.

²⁰⁷ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00/4-3058: USBER to State, Soviet Zone of Germany: Summary of Situation, 30.4.1958.

²⁰⁸ Vgl. Pfeil, 2004, S. 84.

²⁰⁹ Vgl. NA, RG 59, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00: High Commissioner (HICO) Berlin to State, Berlin Weekly Report Nr.168, 7.3.1955.

Intelligence Report aus dem Jahr 1959 berichtete von dem verschwindend geringen Volumen von 8.477.000 USD des gesamten ostdeutsch-amerikanischen Handels.²¹⁰

Die Amerikaner betrachteten die britischen Überlegungen skeptisch. 1955 berichtete der amerikanische Delegierte in der „Pariser Arbeitsgruppe“ zur Vorbereitung der Genfer Außenministerkonferenz, Coburn Kidd: „*Many signs here point to a very fundamental difference with the British... the British felt that a time might well come when it would be necessary to recognize the GDR and that they did not wish to prejudice their position in advance.*“²¹¹ Die USA lehnten diese Option ab, weil Washington noch nicht an eine Unausweichlichkeit der „*creeping recognition*“²¹² glaubte. In Bezug auf Deutschland, dem neuralgischen Punkt des Kalten Krieges, durften nach Auffassung der Administration Eisenhower keine signifikanten Differenzen zwischen Verbündeten herrschen. Das *State Department* machte den ganzen Einfluss der USA bei den NATO-Verbündeten und den Neutralen geltend, um voreilige Avancen westlicher Staaten in Richtung Ost-Berlin zu vermeiden. Nach zähen Verhandlungen gelang es den USA zusammen mit Bonn und Paris, auch Großbritannien davon zu überzeugen, der bundesrepublikanischen Forderung nach einer Bekräftigung der Nichtanerkennung als Antwort auf den Souveränitätsvertrag nachzukommen.²¹³ Auch wenn es den Amerikanern auf diese Weise gelang, die Geschlossenheit des Westens in der Nichtanerkennungspolitik weiterhin aufrecht zu erhalten, hatte die sowjetische Erklärung der DDR-Souveränität die Dinge für Washington verkompliziert und die Situation auf dem deutschen „Schlachtfeld“ des Kalten Krieges verändert.

Aber nicht nur der Osten versuchte ab 1954 durch neue Offensiven Bewegung in die Deutschlandpolitik zu bringen. Auch die westliche Welt unter Führung der Vereinigten Staaten ergriff die Initiative. Im Jahr 1955 trat die Bundesrepublik auf besonderes Betreiben der USA dem westlichen Militärbündnis, der *North Atlantic Treaty Organisation* (NATO) bei. Die DDR hatte diesen Beitritt befürchtet. In einem Brief des Politbüros an Stalin hatte Walter Ulbrich 1952 noch gewarnt, die

²¹⁰ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 4: Memorandum for Files, Figures on US-GDR Trade, 17.8.1961.

²¹¹ FRUS, 1955-1957, V, S. 614-615: Coburn Kidd to the Office for German Affairs, State Department, 17.10.1955, S. 615. Vgl. auch Hoff, 2003, S. 89.

²¹² Zitiert nach: Klipp, in: Bauernkämper, 2002, S. 104.

²¹³ Vgl. ebd.

Adenauer-Regierung werde „unter dem Kommando des USA-Imperialismus Westdeutschland den aggressiven Zielen des Atlantikpaktess opfern wollen.“²¹⁴ Der Beitritt Bonnss zum westlichen Militärbündnis war, trotz der Moskau-Reise Adenauers im September 1955, Ausdruck der deutlichen Verankerung Bonnss im Westen und eine klare Absage an ein irgendwie geartetes, in Neutralität vereinigtes Deutschland. Darüber hinaus war der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Anlass für den Westen an einer einheitlichen Front gegen die Souveränitätsbestrebungen der DDR zu arbeiten. Es wurden Vereinbarungen zwischen den NATO-Mitgliedern getroffen, die besagten, dass alle Mitglieder keinen weiteren deutschen Staat anerkennen würden und gemeinsam eine Wiedervereinigungspolitik betreiben sollten. Diese Vereinbarungen bestätigten die West-Alliierten Reaktionen auf die Gründung der DDR von 1949 und machten den Weg für weitere Schritte Bonnss frei.

Am 22. Dezember 1955 wurde die Hallstein-Doktrin von der Bundesregierung nach vorheriger Abstimmung mit den West-Alliierten zur Grundlage der offiziellen Politik gemacht. Die Hallstein-Doktrin sah vor, den aus dem Grundgesetz abgeleiteten, juristischen Alleinvertretungsanspruch in der politischen Praxis umzusetzen, indem die Bundesrepublik auf eine *De-jure*-Anerkennung der DDR durch einen Drittstaat mit dem Abbruch der eigenen diplomatischen Beziehungen zu diesem Drittstaat reagierte. Durch diese Abschreckung sollte ein Ausgreifen der internationalen Akzeptanz der DDR vermieden werden.²¹⁵

Washington folgte der Einschätzung der Bundesrepublik, wobei es sich auf die bereits erwähnte Erklärung der Alliierten Hohen Kommission von 1949 bezog.²¹⁶ Insgesamt übernahmen die USA, im Gegensatz z.B. zu den Franzosen²¹⁷, die *Hallstein-Doktrin* ohne größere Probleme. Das *State Department* versuchte z.B. mit

²¹⁴ SAPMO-BArch, DY 30, IV/2/2-218: Brief des Politbüros an J.W. Stalin, 2.7.1952. Veröffentlicht in: Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. Auflage, München 1995, S. 262 ff..

²¹⁵ Zur Definition und Entstehung der Hallstein-Doktrin vgl. Booz, Rüdiger Marco: Hallsteinzeit, Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995, S. 15-29. Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin, Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973, Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, S. 13-30. Gray, William Glenn: Germany's Cold War: The Global Campaign to Isolate East Germany 1949-1969, Chapel Hill, London 2003, S. 10-29. Gray, William Glenn: Die Hallstein-Doktrin: Ein souveräner Fehlgriff?, in: APuZ 17/2005, S. 17-23.

²¹⁶ Vgl. FRUS, 1949, III, S. 504-545: The Formation of the German Democratic Republic, 10.10.1949, S. 532.

²¹⁷ Zu den französischen Überlegungen im Sommer 1955, der Sicherung des Status quo Vorrang vor der *Hallstein-Doktrin* zu gewähren vgl. Pfeil, Ulrich: Die DDR und Frankreich 1949-1973, in: Pfeil, 2001, S. 207-235, S. 215.

solchem Nachdruck, Jugoslawien von der Anerkennung der DDR abzubringen²¹⁸, dass sich Tito in bilateralen Gesprächen über die Schärfe der amerikanischen Nicht-Anerkennungspolitik verwunderte.²¹⁹ Der Hallstein-Doktrin folgend diskriminierten die Vereinigten Staaten die DDR auch auf dem Gebiet internationaler Vereinbarungen: „As long as it continues to be US policy to oppose recognition of GDR, seems obvious US should attempt frustrate GDR moves regarding international conventions.“²²⁰ Auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet erarbeitete das *State Department* eine dezidiert ablehnende Linie. So behielt die amerikanische Regierung im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien und zur Freude der Bundesrepublik weiterhin die Bezeichnung von DDR-Waren als „from the Soviet Occupied Zone of Germany“²²¹ bei und versuchte DDR-Wissenschaftler aus internationalen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen herauszuhalten.²²²

Zuweilen nahm die amerikanische Unterstützung des Bonner Verhaltenskodex abstruse Züge an. So wurde ein amerikanischer Diplomat intern äußerst scharf kritisiert, weil er in der so genannten „Würstchenaffäre“ in Daressalam auf einem Empfang zusammen mit einem DDR-Vertreter auf ein Pressefoto geriet.²²³ Trotz solcher Vorkommnisse und dem schnell schwindenden Enthusiasmus der anderen Alliierten für die Bonner Maxime, blieben die USA dem Hallstein-Gedanken so lange treu, wie er das Maß der Dinge für Bonn war.

Dennoch waren auch die USA nicht vor Debatten über mögliche Alternativen in der Politik gegenüber dem sozialistischen Lager gefeit. Anfang 1958 setzten sich amerikanische Außenpolitiker mit der Idee eines amerikanischen *Disengagement* –

²¹⁸ Vgl. NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/10-1157: Memorandum of Conversation between Robert D. Murphy and Franc Primozic (jugoslawische Botschaft Washington), Possible Yugoslav Recognition of GDR, 11.10.1957.

²¹⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/10-2657: Embassy Belgrade to State, 27.10.1957.

²²⁰ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/2-1955: USBER to State, 19.2.1955.

²²¹ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 9: Office Memorandum of Conversation between Eleanor L. Dulles and Walter J. Mercer, Trademark on Products of the Soviet Zone of Germany, 12.12.1957.

²²² Zu den Bemühungen DDR-Wissenschaftler aus internationalen Organisationen herauszuhalten Vgl. NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00/4-3058, Memorandum of Conversation between Andre Simonpetri and James Wilkinson, Attitude of American Scientists to East Germany, 30.4.1958. NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 2: State to Francis Brown, American Council on Education, 18.4.1958. NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 9: Memorandum of Conversation between Williams and Donald C. McKay, Amherst College, Question of Representation of Soviet East Germany in the International Committee of Historical Sciences, 9.9.1958. NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 2: GDR – International Organizations, 8/1957.

²²³ Kilian, 2001, S. 364.

einer Verringerung amerikanischer Militärpräsenz in Europa – auseinander. Der Prophet des Kalten Krieges und ehemalige Botschafter in der UdSSR, George Kennan, sah darin die einzige Möglichkeit, neue Wege in den Verhandlungen der Supermächte über eine deutsche Einigung zu öffnen und implizierte den Verdacht, die Mächtigen in Bonn und Washington wären nicht wirklich an dieser interessiert.²²⁴ Dieser neue Ansatz wurde in der öffentlichen Debatte um ein amerikanisches *Disengagement* durchaus rezipiert.²²⁵ Der einflussreiche Publizist Walter Lippmann war einer der ersten Amerikaner, der öffentlich von den Vorzügen der deutschen Teilung sprach und andeutete, diese würde sowohl in den USA als auch in beiden Teilen Deutschlands gefühlt: „*The partition of Germany was regarded on both sides as not intolerable, and on the whole, preferable to reunification.*“²²⁶ Ungeachtet der lebhaften Diskussion blieb das Bekenntnis der Administration Eisenhower zur deutschen Einheit erhalten. Eine Realisierung der Vereinigung rückte jedoch in weite Ferne, wie eine pessimistische Analyse der US-Mission aus dem April 1958 zeigt: „*The regime is in a period of consolidation. ... There is little the United States can do in a conventional way to influence the course of events in East Germany. ... There is no evidence...indicating that the Soviets regard East Germany as a net liability or as an area to be traded away for any objective on which the West would be likely to agree. Until there is a major change ... the door appears shut on reunification and we probably must accustom ourselves to deal with the problems of a divided Germany.*“²²⁷ Die Einschätzung möglicher Handlungsoptionen war ähnlich zurückhaltend: „... *there is not much that the United States can do at the present time to influence events in East Germany, except for undercover operations and broadcasting. We have little other capacity within East Germany since we have no relations with the regime and no installations from which to exert an influence.*“²²⁸

Der eingeschränkte Handlungsspielraum und der kaum existente Einfluss auf die Politik in der DDR brachten Washington zu der Überzeugung, dass nur die Magnettheorie langfristig zum Ziel führen konnte. Vor diesem Hintergrund erachtete

²²⁴ Vgl. Kennan, George F.: *Memoires 1950-1963*, Boston 1972, S. 253.

²²⁵ Zur *Disengagement*-Kritik vgl. Ninkovich, 1995, S. 112-114.

²²⁶ Steel, Ronald: *Walter Lippmann and the American Century*, New York 1981, S. 508.

²²⁷ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00/4-3058: USBER to State, Soviet Zone of Germany: Summary of Situation, 30.4.1958.

²²⁸ Ebd.

die US-Mission in Berlin die Penetration der DDR durch westliche Medien für wichtig: „*It is essential, however, that the East Germans be kept with Western influences through broadcasts, visits ... etc., for contact with the West and knowledge about conditions in the West are important causes of dissatisfaction with the regime and hence for its rejection by the population.*”²²⁹ Die USA wollten die Unzufriedenheit der DDR-Einwohner jedoch weniger schüren als vielmehr erhalten. Washingtons DDR-Politik war nicht an einer erneuten Eskalation des Kalten Krieges in Deutschland interessiert.

In diese Phase fiel die Notlandung eines amerikanischen Helikopters auf dem Gebiet der DDR am 7. Juni 1958. Die DDR internierte neun amerikanische Soldaten. Washington stand vor dem Dilemma, alles tun zu wollen, um eine, von der amerikanischen Öffentlichkeit geforderte, schnellstmögliche Entlassung der US-Soldaten zu erreichen, jedoch ohne das SED-Regime durch direkte Verhandlungen diplomatisch aufzuwerten.²³⁰ Dabei lagen die Gefahren im Vertrauensverlust der Verbündeten, besonders der Bundesrepublik: „...*It is the loss of respect and prestige, the undermining of confidence in the U.S., which might result therefrom which would be the gravest consequence of dealing with the East Germans.*”²³¹ Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, bemühte sich das *State Department* darum, die Verhandlungen soweit wie möglich mit sowjetischen Stellen in der Zone zu führen. So nutzten die Amerikaner die Kontakte zu sowjetischen Militärs in Ost-Berlin, um die Verhandlungsbedingungen an das SED-Regime zu übermitteln. Da aber sowohl Moskau als auch Ost-Berlin die Chance witterten, die Vereinigten Staaten zu Gesprächen mit Ost-Berlin auf hoher Ebene zu zwingen, erreichte Washington auf diese Weise keine wirklichen Fortschritte. Die Amerikaner waren gezwungen, mit DDR-Stellen zu verhandeln.²³² So musste sich der US-Colonel McQuail am 18. und 19. Juni zu Verhandlungen mit dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Otto Winzer, in Ost-Berlin treffen. Das „Neue Deutschland“ vermeldete am 21. Juni 1958, dass sich Mitglieder des US-Kongresses für normale Verhandlungen mit ostdeutschen Verantwortlichen ausgesprochen hatten.²³³ Die DDR erreichte die

²²⁹ Ebd.

²³⁰ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 2: U.S. Soldiers Held in East Germany – Dangers of Dealing with the East Germans, 11.6.1958.

²³¹ Ebd.

²³² Vgl. Buckow, 2003, S. 534.

²³³ Vgl. Neues Deutschland, 21.6.1958. (ND)

gewünschten Verhandlungen auf Außenministerebene nicht,²³⁴ so dass das *State Department* Ende 1958 mit Bezug auf einen Artikel im DDR-Organ „Deutsche Außenpolitik“ feststellen konnte: „*The article furthermore protests that the GDR government did not seek all to relate the return of the American flyers to diplomatic recognition of the GDR by the U.S. government.*“²³⁵ Trotz des Erfolges, direkt mit den USA verhandelt zu haben, hatte sich am *Status quo* der Nichtanerkennung nichts geändert.

Neue Dynamik brachte schließlich das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 in die deutsche Situation. Unter dem Vorwand einer westalliierten Nutzung West-Berlins als Aggressionsvorposten gegen die DDR und andere sozialistische Staaten wollte Chruschtschow eine gänzliche Neuregelung der Situation in West-Berlin. Kern des Ultimatums war die Forderung nach einer „freien“, entmilitarisierten Stadt West-Berlin.²³⁶ Dabei drohte Chruschtschow, dass die Sowjetunion, sollte es zu keiner alliierten Einigung kommen, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR schließen und ihr alle Kontrollrechte über den Zugang der Westmächte zu West-Berlin übertragen würde.²³⁷ Die amerikanische Administration erkannte in dieser Provokation die Absicht Moskaus, die Anerkennung der DDR durchzusetzen.²³⁸ Faktisch kündigte Moskau den Viermächtestatus der Stadt einseitig. Chruschtschow glaubte, dass die Anerkennung der DDR durch den Westen und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, das sozialistische Regime soweit stabilisierte, dass es in der Lage war, den Flüchtlingsexodus zu stoppen.²³⁹ Folgt man der neuen Forschung, so war die Chruschtschowsche Meinung nicht alleine ausschlaggebend. Für beide Supermächte galt, dass ihre Furcht vor dem Verlust ihrer Glaubwürdigkeit den deutschen Spielern verstärkt Einfluss auf den Gang des Kalten Krieges in Zentraleuropa gewährte.²⁴⁰ Walter Ulbricht machte seinen Einfluss geltend, als er ab Mitte des Jahres 1958 den Untergang der DDR durch ein personelles Ausbluten über Berlin prognostizierte. Mit

²³⁴ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 172.

²³⁵ NA, RG 59, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.022/9-1958, USBER to State, “GDR Territory is Inviolable”, 19.9.1958.

²³⁶ Zum Chruschtschow-Ultimatum vgl. Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963, Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 99-107.

²³⁷ Vgl. Khrushchev, Nikita S.: Khrushchev Remembers, Boston 1970, S. 503, S. 454.

²³⁸ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/12-955: State to Embassy Bonn, 28.11.1958.

²³⁹ Vgl. Harrison, Hope: Driving the Soviets up the Wall, Soviet-East German Relations 1953-1961, Princeton, Oxford 2003, S. 114.

²⁴⁰ Vgl. Gaddis, 1997, S. 150.

diesem Argument setzte der ostdeutsche Machthaber die eigene Schutzmacht unter Druck, die Krise in Berlin eskalieren zu lassen.²⁴¹

Die Eskalation der Krise traf Washington relativ unvorbereitet. Am 27. November 1958, dem Tag des Noteneingangs bei der amerikanischen Botschaft, erklärte die US-Regierung in einer Presseerklärung: „*The United States, along with Britain and France, is solemnly committed to the security of the Western sectors of Berlin ... the United States will not acquiesce in a unilateral repudiation by the Soviet Union of its obligations and responsibilities.*“²⁴²

Dieses Statement kann nicht über die Unsicherheit, die die West-Alliierten nach dem Chruschtschow-Ultimatum zunächst ergriff, hinwegtäuschen. So aktivierte der Westen nach der Rede Chruschtschows, in der er 1958 die Übergabe der Grenzkontrolle im Transit an die DDR ankündigte, erneut die „Agenten-Theorie“ des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles. Auf diese Weise hoffte man in Washington im Konflikt mit der UdSSR und der DDR die größtmögliche Flexibilität wahren zu können. Allerdings traten innerhalb des westlichen Bündnisses schnell Schwierigkeiten auf. Hatten die ersten öffentlichen Statements der West-Alliierten den Eindruck einer einheitlichen Front des Westens in dieser Frage vermittelt, so führte der sowjetische Vorstoß hinter den Kulissen zu Auseinandersetzungen zwischen den West-Alliierten. Die USA war in diesen Auseinandersetzungen die Führungsmacht derjenigen, die eine Einigung mit der UdSSR über einen Friedensvertrag mit der DDR und einen neuen Status West-Berlins rigoros ablehnten. Präsident Eisenhower ließ Vorbereitungen treffen, um im Falle eines Scheiterns diplomatischer Bemühungen die alliierten Zugangswege mit „begrenzter militärischer Gewalt“ zu sichern und im Falle der Eskalation weiterreichende militärische Maßnahmen, wenn notwendig unter Einschluss von Atomwaffen zu ergreifen.²⁴³ Selbst die sowjetische Note, die mit der militärischen Beantwortung des aggressiven Aktes der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung des West-Alliierten

²⁴¹ Vgl. Harrison, 2003, S. 229. Hershberg, James G.: The Crisis Years, 1958-1963, in: Westad, Odd Arne: Reviewing the Cold War, Approaches, Interpretations, Theory, London, Portland 2000, S. 303-325, S. 309.

²⁴² American Foreign Policy, Current Documents, 1958, Department of State, S. 597.

²⁴³ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 240. Burr, in: DH, 18/1994, S. 194.

Zugangs nach West-Berlin durch den Warschauer Pakt drohte²⁴⁴, bewegte Eisenhower nicht zu einem weicheren Kurs. Eine *De-facto*-Anerkennung der DDR kam für Washington nicht in Frage. In einem *State Department* Memorandum zum Thema einer möglichen *De-facto*-Anerkennung bemerkte man: „*In its practice the U.S. does not use the term ,de facto recognition’.*“²⁴⁵ Rolf Steininger erkennt in dem Tandem der in dieser Situation demonstrierten „Stärke und Verhandlungsbereitschaft“ die Qualitäten von Eisenhower und Dulles, die die Vereinigten Staaten 1959 zur Führungsmacht in der Nichtanerkennung werden ließen.²⁴⁶

Im Gegensatz zu den USA signalisierten die Briten Gesprächsbereitschaft in Fragen der DDR-Anerkennung. Die Motive dieser flexibleren Haltung der Briten erkennt Henning Hoff weniger in der Tatsache, dass London der wachsenden Selbstständigkeit der DDR Rechnung trug, als vielmehr in dem Umstand, dass die Nichtanerkennungspolitik als Hemmschuh der von den Regierungen Eden und Macmillan gewünschten Entspannung mit der UdSSR betrachtet wurde.²⁴⁷ In Washington war man besorgt über diese Haltung,²⁴⁸ wobei das Misstrauen durchaus begründet war. In manchen Kreisen der britischen Regierung wurde eine *De-jure*-Anerkennung der DDR als Ergebnis der Auseinandersetzung um Berlin gewünscht. Während die USA also das SED-Regime ablehnte, weil es dieses für grundsätzlich illegitim hielt, begründete Großbritannien die Nichtanerkennung lediglich durch die Rücksichtnahme auf die intransigente westdeutsche Haltung.²⁴⁹ Die ökonomischen Eigeninteressen Londons waren zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Berlin-Krise bereits derart ausgeprägt, dass sie zu Verhandlungen über ein inoffizielles Handelsabkommen mit der DDR geführt hatten, die faktisch auf beiden Seiten von den jeweiligen Regierungen und den zuständigen Ministerien gesteuert wurden.²⁵⁰

²⁴⁴ Vgl. Embree, George D. (Hrsg.): *The Soviet Union and the German Question: September 1958-June 1961*, Den Haag 1963, S. 38-39; *Soviet Note to the United States on the Berlin Question*, 27.11.1958. Zitiert nach Harrison, 2003, S. 106.

²⁴⁵ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/7-959: Memorandum – Comment on Memorandum “De Facto Recognition of GDR”, 9.7.1959.

²⁴⁶ Vgl. Steininger, 2001, S. 100.

²⁴⁷ Vgl. Hoff, 2003, S. 102.

²⁴⁸ Vgl. Steininger, 2001, S. 111.

²⁴⁹ Vgl. PRO, PREM 11/1624: Record of Conversation between the Prime Minister and Mr Bulganin (Entwurf), 22.7.1956. Zitiert nach: Hoff, 2003, S. 87.

²⁵⁰ Vgl. Hoff, 2003, S. 189.

Auch wenn diese Verhandlungen nicht weitergeführt wurden, waren die Briten und nicht die Amerikaner die schwächste Stelle in der westlichen Front auf der im Sommer stattfindenden Außenministerkonferenz in Genf.²⁵¹ Inhaltlich war diese Außenministerkonferenz wenig bedeutend. Die USA hielten grundsätzlich an der Nichtanerkennung der DDR fest.²⁵² Viel bedeutender war die Konferenz in formeller Hinsicht. Zum ersten Mal nahm die DDR, wenn auch nur als Beobachter, an einer Konferenz teil, auf der auch die USA vertreten waren. Die Zustimmung Washingtons zur Teilnahme der DDR – die Bonner Delegation musste zusammen mit einer Delegation der DDR an einem gesonderten Beobachertisch, dem „Katzentisch“ sitzen – war, auch wenn Washington auf der Konferenz eine Neuregelung der Situation in Berlin und Deutschland verhinderte, für sich genommen bereits eine diplomatische Aufwertung des SED-Regimes.²⁵³ In der Folge bemühte sich das *State Department* daher, keine Missverständnisse in der Frage der Nichtanerkennung aufkommen zu lassen: *„correcting any misunderstandings about the American attitude towards the GDR which may have arisen as a result of the participation of East German advisers at the recent Foreign Minister Conference in Geneva.“*²⁵⁴ Trotz dieser Bemühungen musste die US-Mission Ende 1959 zugeben, dass die DDR einen Teilerfolg erreicht hatte: *„Although the East German regime has worked steadily...to portray itself to its own people and to the world as a sovereign country of considerable importance, such efforts became particularly evident after an East German official delegation went to Geneva during the Foreign Ministers Conference.“*²⁵⁵ Darüber hinaus musste das *State Department* erkennen, dass die anderen beiden Westmächte sich zum Teil von der DDR beeindruckt ließen: *„It is interesting to note, however, that in the two major Western powers in Europe the GDR has been able to score some propagandist success.“*²⁵⁶ Sogar in den eigenen Reihen wuchs das Interesse an der DDR. Die bilaterale Arbeit der USA die DDR

²⁵¹ Zur amerikanischen Haltung in der Berlin- und Deutschlandfrage auf der Genfer Außenministerkonferenz vgl. Steininger, 2001, S. 109-136.

²⁵² Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 239. Harrision, Hope: Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.): Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105-122. S. 113: Nach Harrision äußert sich Chruschtschow am 9.6.1959 gegenüber Ulbricht: „Die Amerikaner wollen die DDR nicht anerkennen.“

²⁵³ Vgl. Harrision, 2003, S. 121. Zum „Katzentisch“ vgl. Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer, 1957-1963, Stuttgart 1983, S. 89-93.

²⁵⁴ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.02/9-1159: State to All Diplomatic Posts, United States Attitude toward the “German Democratic Republic”, 11.9.1959.

²⁵⁵ NA, RG 59, GRDS, Decimal Files 1955-1959, C0033, 762b.00/12-259: USBER to State, A New Look at the GDR, 2.12.1959.

²⁵⁶ NA, RG 59, GRDS, Numerical Files Relating to the German Democratic Republic, Box 9: Background Information, Pankow’s Struggle for Recognition, 27.10.1959.

betreffend beschränkte sich ab 1959 nicht mehr auf die eher nachrichtendienstlich-militärische Bearbeitung. Das *State Department* begann damit, auch politische und besonders wirtschaftliche Informationen über das andere Deutschland zu sammeln: „... *interested in the relationship between expanding East German economy and East German efforts to promote closer relations with other countries. ... Economic reporting Eastern Affairs is unsatisfactory.*“²⁵⁷ Über das Zusammentragen von Informationen ging die Arbeit jedoch nicht hinaus. Erste Anfragen amerikanischer Unternehmen, ob das amerikanische Export-Embargo in bestimmten Bereichen nicht aufgehoben oder gelockert werden könne, wurden durchweg negativ beschieden.²⁵⁸ Weder auf ökonomischem noch auf politischem Gebiet hatten sich die USA von dem deutschlandpolitischen Kurs Bonns – der strikten Nichtanerkennung der DDR – entfernt.

Die Deutschland-Politik der Administrationen Truman und Eisenhower konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Bindung der Bundesrepublik im westlichen Bündnis. Daher vernachlässigten vor 1960 nur wenige amerikanische Politiker die bundesdeutschen Anliegen in der Debatte mit der UdSSR.²⁵⁹ Die Administrationen Eisenhower und Truman waren in der Durchsetzung der Alleinvertretung verlässliche Verbündete Bonns, auch wenn die Vereinigten Staaten dadurch zunehmend in ein Dilemma gerieten. Einerseits konnten Unruhen in der DDR entweder zu einem Verlust der amerikanischen Glaubwürdigkeit – sollten die USA die Aufständischen nicht unterstützen – oder zur Intensivierung des amerikanisch-sowjetischen Konflikts – eine aktive Unterstützung ostdeutscher Aufständischer durch amerikanische Stellen wäre nicht von Moskau nicht unbeantwortet geblieben – führen. Andererseits erweckte eine stabile Lage in der DDR den Eindruck, der Westen hätte Ostdeutschland an die Kommunisten verloren. Diese Überlegung machte eine Anerkennung der SED-Diktatur für die Vereinigten Staaten bei aller Bereitschaft zur Entschärfung der Berlin-Krise 1960 undenkbar.

²⁵⁷ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 9: William Anderson, USBER to Howard Trives, 29.7.1959.

²⁵⁸ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 4: Memorandum, Jones and Laughlin Sales to East Germany, 1.12.1960.

²⁵⁹ Vgl. Laufer, 1989, S. 159.

D. USA-Politik der DDR 1949-1961

Nach der Gründung der DDR 1949 war das kommunistische Regime in Ost-Berlin zunächst ausschließlich mit der innenpolitischen Konsolidierung beschäftigt. Die außenpolitischen Aufgaben wurden von der Sowjetischen Kontroll Kommission (SKK), einer der DDR-Regierung übergeordneten Instanz der östlichen Siegermacht, übernommen. Die SKK legte die Grundlage dafür, dass die USA, aufgrund der ideologischen Verankerung des SED-Regimes im Sozialismus, der bipolaren Konfliktsituation und der daraus resultierenden Übernahme der sowjetischen Feindbilder für die DDR das Hauptquartier des Feindes war.²⁶⁰

Über diese Konstanten hinaus, die auch für andere kommunistische Länder in der sowjetischen Einflussosphäre galten, war die Außenpolitik der DDR noch von einem weiteren Sachverhalt geprägt. Bei allen außenpolitischen Entscheidungen der DDR spielte neben der UdSSR auch die Bundesrepublik eine entscheidende Rolle. Sie saß, wie Detlef Nakath formuliert, als „unsichtbarer Dritter“ mit am Tisch.²⁶¹ Gepaart mit dem sowjetisch-amerikanischen Antagonismus war die doppelte Sonderrolle der Bundesrepublik als Hauptkonkurrent der DDR und Schutzbefehlener der USA der wichtigste Orientierungspunkt für Ost-Berliner Initiativen in Richtung Washington. In Ost-Berlin glaubte man die amerikanische Bereitschaft, die DDR zu akzeptieren, am Grad der bundesrepublikanisch-amerikanischen Einigkeit in der deutschen Frage ablesen zu können. Aufgrund der guten Beziehungen zwischen der Regierung Adenauer und den Administrationen Truman und Eisenhower bestand in Ost-Berlin folglich wenig Hoffnung auf eine Annäherung an die USA. Das Politbüro und die sowjetischen Verantwortlichen steuerten daher ab 1950 einen aggressiveren Kurs mit dem Ziel, die Westdeutschen von den unlauteren Absichten Washingtons zu überzeugen. Zum einen bemühte sich das Regime, die „verbrecherischen“ Beziehungen der Bonner Regierung zu den „Kriegsbrandstiftern“ aus den Regierungskreisen der USA öffentlich herauszustellen, und zum anderen wollte es „zur Erziehung breiter Schichten ... im Geiste des Hasses gegenüber den amerikanischen Imperialisten, die die schändlichsten Feinde des deutschen Volkes

²⁶⁰ Vgl. Große, 1999, S. 21.

²⁶¹ Vgl. Nakath, Detlef: Grundzüge und Entwicklungsetappen der DDR-Außenpolitik, in: Küchenmeister, Daniel/ Nakath, Detlef/ Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): ... abgegrenzte Weltoffenheit ... Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, Potsdam 1999, S. 37.

sind“²⁶² beitragen.²⁶³ Das Image der amerikanischen Besatzungstruppen bei der westdeutschen Bevölkerung sollte diskreditiert werden, so dass die Bundesdeutschen die Amerikaner nicht als Befreier, sondern als Besatzer wahrnahmen. Dabei bediente man sich der stereotypen Vorurteile der amerikanischen Unkultur und des amerikanischen Materialismus und Kulturimperialismus genauso wie klassischer Vorurteile gegenüber Besatzungstruppen als Plünderern.²⁶⁴ Die propagandistische Nutzung dieser Topoi war breit gestreut und reichte von Presse, Literatur, Musik – es sei nur an die Version des Liedes „Pack die Badehose ein“, in der die Zeile, „denn der Ami schießt am Wannsee“ vorkommt, erinnert – bis zur Lyrik. Ein Beispiel für die Verknüpfung nationaler Empfindungen mit der Diskreditierung der amerikanischen Truppen ist auch der 1951 von Ernst Busch geschriebene Text:

„Go Home, Ami, Ami, go home,
Lass in Ruh' den deutschen Strom
sag' good bye dem Vater Rhein
rühr nicht an sein Töchterlein
Loreley, so lang du singst
wird Deutschland sein!“²⁶⁵

Dem aggressiven Ton der antiamerikanischen Propaganda entsprechend unterhielt Ost-Berlin kaum Verbindungen in die Vereinigten Staaten. Nennenswerte wissenschaftliche, wirtschaftliche oder kulturelle Verbindungen zwischen den USA und der DDR kamen in den fünfziger Jahren nicht zu Stande. Die einzigen direkten Kontakte waren die Bindungen zwischen den sozialistischen Bruderparteien SED und CPUSA, die sich über die Fortschritte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten austauschten.

Für die mangelnden Kontakte außerhalb der Parteien war jedoch nicht allein die ablehnende Haltung der DDR, sondern auch die amerikanische Angst vor einer kommunistischen Unterwanderung verantwortlich. Die in der McCarthy-Ära der frühen fünfziger Jahre in den USA herrschende Kommunistenangst machte jeden

²⁶² SAPMO-BArch, JV 2/2 A-353, Vorlage für das Politbüro (im folgenden VPB): „Über die Verbesserung der Arbeit des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR“, 22.1.1954.

²⁶³ Vgl. Große, 1999, S. 22.

²⁶⁴ Vgl. Diner, Dan: Feindbild Amerika, Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002, S. 125-128.

²⁶⁵ Zitiert nach: Staadt, Jochen: Unter der Käseglocke des nationalen Sozialismus, Die SED, die volkseigenen Nazis und die Konservierung des Nationalismus, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 9/2000, S. 59-73, S. 66.

verdächtig, der sich für die DDR interessierte, geschweige denn Kontakte zu offiziellen Vertretern der DDR unterhielt.²⁶⁶ In solch einem Klima war etwas dem *British Council for German Democracy*, das bereits 1947 eine positive Berichterstattung über die SBZ initiierte²⁶⁷ oder der *Echanges Franco-Allemands. Association française pour les échanges culturel avec l'Allemagne d'aujourd'hui* (EFA), die 1958 zur Förderung des DDR-Images gegründet worden war,²⁶⁸ Vergleichbares undenkbar. Für die SED bezeugte die Verfolgung von Kommunisten durch den amerikanischen Regierungsapparat den von der veröffentlichten Meinung in der DDR stets unterstellten faschistischen Charakter der amerikanischen Regierung.

Neben der Verurteilung der Stigmatisierung und Verfolgung vom amerikanischen Kommunisten lag ein wichtiges Motiv der Solidarität Ost-Berlins in dem Empfinden, selbst durch die „reaktionäre“ Regierung der USA bedroht zu werden. Dieses Empfinden beschäftigte die DDR-Führung durch die gesamten fünfziger Jahre hindurch. Einer der im Zusammenhang mit dem Sonderstatus von Berlin bis 1961 stets seitens des SED-Regimes geäußerten Vorwürfe war die subversive und auf das Chaos ausgerichtete „Wühlätigkeit“ amerikanischer Geheimdienste in der DDR. 1959 beklagte sich Walter Ulbricht bei Chruschtschow, dass die amerikanischen Aktivitäten in der DDR weit über übliche Spionagetätigkeit hinausgingen.²⁶⁹ Nach SED-Lesart versuchte Washington im Bündnis mit Bonn die DDR zu unterwandern, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu sabotieren und ihre Bevölkerung zu dezimieren. Der politischen und veröffentlichten Meinung zu Folge war der Aufstand vom 17. Juni 1953 das beste Beispiel amerikanischer Agententätigkeit in der DDR.²⁷⁰

Aber nicht nur politisch, sondern auch kulturell betrachteten die Machthaber in Ost-Berlin die USA als eine Bedrohung. In den Augen der SED-Führer war die große Begeisterung der DDR-Jugend für amerikanische Jugendkultur wie Wild-West Filme, amerikanische Kleidung wie Jeans und die durch den RIAS und den Sender

²⁶⁶ Zum amerikanischen Antikommunismus vgl. Heale, Michael J.: *American Anticommunism. Combatting the Enemy Within, 1830-1970*, Baltimore 1990. Herman, Arthur: *Senator McCarthy, Reexamining the Life and Legacy of America's Most Hated Senator*, New York 2000.

²⁶⁷ Vgl. Hoff, 2003, S. 59.

²⁶⁸ Vgl. Pfeil, 2004, S. 275.

²⁶⁹ Zitiert nach Mußnug, Dorothee: *Alliierte Militärmissionen in Deutschland 1946-1990*, Berlin 2001, S. 57.

²⁷⁰ Ostermann, Christian F.: *New Documents on the East German Uprising of 1953*, in: *Cold War International History Project Bulletin*, Spring 1995, S. 10-21, S. 13.

Freies Berlin verbreitete Rock 'n Roll Musik eine Gefahr für den Aufbau des Sozialismus, da diese Autorität grundsätzlich in Frage stellte, Dekadenz propagierte und so zur „Verrohung“ und Kulturlosigkeit der DDR-Jugend beitrug.²⁷¹ Corey Ross formuliert in seinem Buch: *„the greatest threat in the eyes of the SED and FDJ leadership was American ‚beat music‘, decided as a prime example of western decadence and lack of culture (Unkultur).“*²⁷² Konsequenterweise bemühte sich das SED-Regime, die amerikanische Jugendkultur gänzlich aus der DDR herauszuhalten. Einen kulturellen Austausch mit den USA, der unter Umständen auch zu einer Verbesserung des DDR-Images in Nordamerika hätte beitragen können, lehnte Ost-Berlin folglich ab.

Ihre konfrontative USA-Politik behielt das SED-Regime auch nach dem Souveränitätsgewinn 1954 bei. Diese Kontinuität hatte zwei Gründe. Zum einen bestand die Souveränität der DDR nur auf dem Papier. In der Auseinandersetzung mit der Zentrale des Klassenfeindes marschierten Ost-Berlin und Moskau weiterhin im Gleichschritt, da der Kreml eine signifikante Abweichung der ostdeutschen Satrapie in der KPdSU nicht geduldet hätte. Darüber hinaus war klar, dass nur die sozialistische Führungsmacht den Erhalt eines sozialistischen Deutschlands garantieren wollte und konnte. Die SED-Spitze sah somit weder die Möglichkeit noch die Notwendigkeit, sich dem Hauptquartier des Feindes gegenüber freundlicher zu verhalten. Zum anderen hatte die DDR auch ab 1954 keinen Anlass, mit einem Entgegenkommen der Vereinigten Staaten zu rechnen. Mit der kritiklosen Übernahme der Hallstein-Doktrin deutete Washington an, dass es die Haltung gegenüber dem SED-Regime nicht ändern würde, sondern im Gegenteil der tragende Pfeiler in der Durchsetzung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs in der Welt blieb. Die amerikanische Unterstützung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die in Relation zu den anderen West-Alliierten harte Haltung der USA während der ersten Hälfte der Berlin-Krise sowie das mangelnde Interesse an einer Verstärkung der außenwirtschaftlichen Beziehungen, machten eine amerikanische Annäherung an die DDR in naher Zukunft äußerst unwahrscheinlich. Die vom XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 für den Umgang mit westlichen Staaten erarbeitete Doktrin der

²⁷¹ Vgl. Fuchs, Thomas: USA-Populärkultur in der DDR: Bewertung und Interpretation in den Medien und in der Amerikanistik, in: Schnoor, 1999, S. 153-171. S. 153-154.

²⁷² Ross, Corey: *Constructing Socialism at the Grass Roots, The Transformation of East Germany*, New York 2000, S. 139.

„friedlichen Koexistenz“ – sozialistische und westliche Staaten sollten in der Akzeptanz der gegenseitigen Andersartigkeit normale Beziehungen zueinander pflegen – konnte im Falle der ostdeutschen Beziehungen zur USA keinesfalls umgesetzt werden.²⁷³

Da bilateral keine Verbesserung des Status zu erwarten war, konzentrierte sich das SED-Regime darauf, Erfolge auf internationalem Sektor zu erzielen. Im Zuge der Zulassung der DDR als Beobachter zur Genfer Konferenz 1959 glaubte Ost-Berlin, die USA-Politik um die Dimension direkter Kontakte zu außenpolitischem Personal der Vereinigten Staaten ergänzen zu können. Am Rande der Konferenz sollte der Versuch unternommen werden, „politische und protokollarische Kontakte zu den Delegationen der drei Westmächte und Westdeutschlands herzustellen“.²⁷⁴ Im Falle der amerikanischen Delegation machte Ost-Berlin in dieser Hinsicht jedoch keine Fortschritte, da die US-Diplomaten jeden Kontakt mit ihren Kollegen aus der DDR vermieden. So konnte die SED die Teilnahme der DDR-Beobachter lediglich propagandistisch nutzen. Dies tat sie, indem sie die diplomatische Aufwertung der DDR durch die westalliierte Zulassung zur Konferenz unterstrich: „Ein außerordentlich anschauliches Beispiel für die bereits erreichte internationale Stellung der DDR ist die im Jahre 1959 von den USA, Großbritannien und Frankreich anerkannte Teilnahme der Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Außenminister Dr. Lothar Bolz an der Genfer Außenministerkonferenz. Damit wurde von den Westmächten faktisch bestätigt, dass ohne Mitwirkung der DDR keine Deutschland betreffenden internationalen Fragen geregelt werden.“²⁷⁵ Der veröffentlichten Meinung zu Folge war die Delegation unter Führung von Lothar Bolz auf Grund ihrer Kooperationsbereitschaft auch von den an der Konferenz teilnehmenden Amerikanern respektiert worden.²⁷⁶

Auch wenn solche Aussagen sicher nicht der Wahrheit entsprachen, hatte die Konferenz einen weitergehenden positiven Effekt für die DDR: Der internationale Auftritt des sozialistischen Deutschlands weckte erstes, wenn auch ganz zartes, Interesse der US-Medien an der DDR. So gab Walter Ulbricht Anfang 1960 erstmals

²⁷³ Vgl. Große, 1999, S. 18.

²⁷⁴ SAPMO-BArch, J IV 2/2 A-695, VPB: Direktive für die DDR-Delegation zur Genfer Außenministerkonferenz vom 5.5.1959.

²⁷⁵ Wandel, Paul: Die internationale Stellung der DDR, in: DAuß 10/1962, S. 1125-1134, S. 1128.

²⁷⁶ Wandel, in: DAuß 10/1962, S. 1129.

einer amerikanischen Fernsehstation ein Interview.²⁷⁷ Ulbrichts Aussagen zur deutschen Teilung und zur Rolle der USA als Aggressor in der Welt verärgerten die amerikanische Öffentlichkeit eher als dass sie sie beeindruckten.²⁷⁸ Diese Aussagen waren Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins des SED-Regimes, das sich nach Kräften bemühte, den Eindruck zu erwecken, mit den USA auf Augenhöhe zu sein. Die anlässlich der Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Mai 1960 durch das tschechoslowakische Außenministerium an die Amerikaner übergebene Note der DDR zur Deutschlandfrage verdeutlichte die offensive Haltung Ost-Berlins: „*The government of the German Democratic Republic is guided by conviction that the questions directly concerning the interests of the German Democratic Republic cannot be resolved without her cooperation. The government of the German Democratic Republic expresses the expectation that the views set forth in the Memorandum will find the due attention of the government of the United States of America.*“²⁷⁹ Mit der Behinderung der Einreise des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Walter C. Dowling, nach Ost-Berlin im September desselben Jahres demonstrierte die DDR, dass sie, trotz des scharfen Tadels der UdSSR bereit war, den offensiven Worten auch offensive Taten folgen zu lassen.²⁸⁰ In Washington war man jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, sich einer solchen Offensive zu beugen.

Insgesamt blieben die diplomatischen Fortschritte der DDR im Westen in den fünfziger Jahren gering, während die Ost-Berliner Ansprüche zum Teil lächerlich übertrieben waren, wie die Prognose des Hauptreferenten der Hauptabteilung I im MfAA, Herbert Plaschke veranschaulicht, der prophezeite, die DDR werde es sich aussuchen können, mit welchem westlichen Staat sie diplomatischen Beziehungen aufnimmt.²⁸¹ Gegen Ende der fünfziger Jahre kam zur außenpolitischen Stagnation ein zunehmender interner Legitimitätsschwund des SED-Regimes hinzu. Die Massenflucht von DDR-Bürgern, die über das offene Tor Berlin den Weg nach

²⁷⁷ Vgl. hierzu das Interview, SAPMO: J IV 2/2/674: Fernsehinterview der Westinghouse Broadcasting Company, Boston mit Walter Ulbricht, 11/1959. Vgl. auch Große, 1999, S. 24.

²⁷⁸ Lindemann, in: Jacobsen, 1980, S. 623.

²⁷⁹ NA, RG 59, GRDS, Numerical Files Relating to the German Democratic Republic, Box 9: Note of the Government of the GDR to the Government of the USA, 12.5.1960.

²⁸⁰ Vgl. Lemke, Michael: Die SED und die Berlin-Krise 1958 bis 1963, in: Wettig, 1997, S. 123-137, S. 131. Lemke, 1995, S. 151.

²⁸¹ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, A 13056: Einige erste Schlußfolgerungen, die sich für unsere weitere Arbeit im Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Regierungsdelegation der DDR und der Regierung der UdSSR ergeben, 1. 10.1955.

Westen suchten, untergrub die Handlungsfähigkeit des Regimes und bestärkte den Westen in seinem Glauben an die Überlegenheit des eigenen Systems. Das SED-Regime war daher bis 1961 noch weit von jedweder diplomatischen Aufwertung im Westen, geschweige denn von einer Anerkennung durch die USA, entfernt. Mit dem Berlin-Ultimatum hatte Chruschtschow Ulbricht jedoch die Mittel in die Hand gegeben, den Westen zu provozieren. Blieb die Teilnahme der DDR an der Genfer Außenministerkonferenz 1959 auch ergebnislos, so nutzte Walter Ulbricht den Konflikt der Supermächte schließlich dazu mit einem Paukenschlag die außenpolitische Bühne zu betreten.²⁸² Dieser Paukenschlag war der Mauerbau.

²⁸² Vgl. Harrison, 2003, S. 139.

III. Die USA und die DDR 1961-1963

Dietrich Staritz hat den Tag des Mauerbaus, den 13. August 1961, etwas überspitzt als „den zweiten Gründungstag der DDR“²⁸³ bezeichnet. Dabei spielt Staritz, ähnlich wie Christoph Kleßmann, besonders auf die innenpolitischen Veränderungen, die die Mauer mit sich brachte, an – den Stopp der „Abstimmung mit den Füßen“ und die damit verbundene mittelfristige Konsolidierung des politischen und wirtschaftlichen Systems.²⁸⁴ Die Schließung der Sektorengrenze hatte aber nicht nur Auswirkungen auf die innere Verfasstheit der DDR, sondern ließ das SED-Regime in Person der NVA-Soldaten, Maurer und anderen am Mauerbau beteiligten Personen erstmals die internationale Bühne als außenpolitischen Akteur betreten. In der direkten Konfrontation mit dem Westen testete die DDR, von der Nuklearmacht Sowjetunion sekundiert, wie weit die USA und ihre Verbündeten bereit waren, der virtuellen Nichtanerkennung der DDR in der Diplomatie auch eine tatsächliche Ablehnung der DDR-Souveränität vor Ort folgen zu lassen.

Allerdings änderten sich nicht nur in Berlin, sondern auch in Washington die Dinge zu Beginn der sechziger Jahre. Der 1960 gewählte Präsident John Fitzgerald Kennedy, seine Administration sowie die neue Elite der demokratischen Partei traten mit dem Vorsatz an, neue Lösungen für die Probleme des Kalten Krieges zu entwickeln. Ostdeutsche USA-Experten frohlockten daher 1960: „Die diesjährigen Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, in dem sehr einflussreiche Kreise der amerikanischen herrschenden Klasse die Unvermeidlichkeit der friedlichen Koexistenz endlich haben anerkennen müssen.“²⁸⁵ Mit dem Mauerbau im August 1961 testete die DDR, ob Washington bereit war, der theoretischen Erkenntnis eine praktische Umsetzung folgen zu lassen. Bei der Untersuchung der Auswirkungen des Mauerbaus auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und den USA sind die Effekte des Mauerbaus auf das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis daher stets auch vor dem Hintergrund der Rolle Deutschlands in der außenpolitischen Konzeption der neuen US-Administration unter der Führung John F. Kennedys zu betrachten.

²⁸³ Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main 1996, S. 196.

²⁸⁴ Vgl. Staritz, 1996, S. 195 ff., Kleßmann, 1997, S. 10.

²⁸⁵ Vgl. Lohr, Georg: Die Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, in: DAuß, 6/1960, S. 646-653.S. 646.

A. Die Mauerkrise und ihre Folgen

Der Bau der Berliner Mauer und seine Konsequenzen für die DDR, den Ost-West-Konflikt, die westliche Allianz und die USA sind intensiv erforschte Felder. An dieser Stelle kann lediglich auf einige Arbeiten wie die von Rolf Steininger, Adrian Schertz, Alexander Fursenko, Harald Biermann, Christof Münger, Joachim Arenth, Marc Trachtenberg, Vladislav Zubok und Hope Harrison hingewiesen werden, wobei nur Harrisons Werk der Rolle der DDR-Außenpolitik vermehrte Aufmerksamkeit widmet.²⁸⁶ Die Ergebnisse dieser Forschung nutzend, bemüht sich dieses Kapitel, aus den komplexen Vorgängen und Zusammenhängen die, für die bilaterale Interaktion und Perzeption zwischen der DDR und den USA, relevanten Sachverhalte im Vorfeld, während und in der Folge des 13. August 1961 herauszuarbeiten.

1. Die DDR-Politik der Kennedy-Administration vor dem 13. August 1961

Mit den Siegen der Demokraten in Präsidentschafts- und Kongresswahlen von 1960 veränderte sich die Außenpolitik der USA. So orientierte sich die neue Präsidentschafts-Administration in der Deutschlandfrage um und betonte statt der nach Präsident Kennedys Meinung unattraktiven Wiedervereinigung zusehends den Aspekt der deutschen Selbstbestimmung.²⁸⁷ Dies war der deutschlandpolitische Ausdruck der neuen sicherheitspolitischen Strategie der *Flexible Response*. Diese Strategie besagte, dass die USA auf einen Angriff des Ostblocks flexibel, also nicht ausschließlich mit einem atomaren Schlag – der *massive retaliation* – reagieren konnte.²⁸⁸ Mit der militärischen ging auch eine politische Flexibilität einher, für die die Wiedervereinigung nicht nur nicht die einzige sondern auch die unwahrscheinlichste Lösung der deutschen Frage war. Diese Flexibilität machte eine Aufwertung der DDR grundsätzlich möglich und manches Vorzeichen ließ Ost-Berlin konkret hoffen. Zum Beispiel war mit Senator J. William Fulbright von der

²⁸⁶ Vgl. Steininger, 2001. Schertz, Adrian W.: Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons: Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln 1992. Münger, Christof: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kuba-Krise, Paderborn, München, Wien, Zürich 2003. Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958-1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, Frankfurt am Main 1993. Trachtenberg, Marc: A Constructed Peace, 1999. Zubok, Vladislav M.: Khrushchev and the Berlin Crisis 1958-1962, in: Cold War Internationale History Project, Working Paper Nr. 6, 1993. Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, 1997. Harrison, 2003.

²⁸⁷ Vgl. John F. Kennedy Library (JFK), National Security Files (NSF) 313, Folder (F) Meetings and Memoranda, Document (D), NSC Meeting, 29.6.1961.

²⁸⁸ Zur Strategie der „flexible Response“ vgl.: Gregory, Shaun R.: Nuclear Command and Control in NATO: Nuclear Weapons Operations and the Strategy of Flexible Response, New York 1996.

Demokratischen Partei im Januar 1959 ein Vertreter derjenigen Kräfte zum Vorsitzenden des außenpolitischen Senatsausschusses ausersehen, die einer Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Verhältnisse gegenüber den traditionellen deutschlandpolitischen Erwägungen den Vorzug einräumten.²⁸⁹

Das tatsächliche Umdenken in Bezug auf die Akzeptanz der DDR war in den USA jedoch weiterhin sehr begrenzt. In der politischen Landschaft der USA gab es keinerlei Tendenzen, nachdrücklich eine *De-facto*- oder gar *De-jure*-Anerkennung der DDR zu fordern. Die amerikanischen „Entspannungskräfte“ waren im Gegensatz zu den Sozialisten in Frankreich oder der Labour-Party in Großbritannien weder sozialistisch noch sozialdemokratisch geprägt. Ihre Motive, eine Entspannung zwischen den Blöcken zu fördern, lagen nicht in ideologischen Gemeinsamkeiten mit Kommunisten im Allgemeinen und dem SED-Staat im Speziellen, sondern in der Absicht, den Kommunismus mit anderen als militärischen Waffen zu schlagen.

Diese strategische Umorientierung blieb jedoch hinter den Anforderungen der Tagespolitik zurück, da die Kombination der Bedrohung vitaler Interessen der DDR mit einem Kräftemessen der Supermächte die Situation in Berlin zunehmend brisanter werden ließ. Im Januar 1961 berichtete die Berliner US-Mission von einer äußerst gespannten Situation im Nukleus der internationalen Auseinandersetzungen: „*Refugee flow, which currently has reached proportions surpassed only in ‘crisis years’ of 1953 and 1956, poses perhaps the most important socio-economic problem.*“²⁹⁰ Diese massive Abwanderung aus der DDR fiel in die internationalen Ambivalenzen einer äußerst heißen Phase des Kalten Krieges.²⁹¹ Dem Berlin-Problem wurde folgerichtig in den „*Key National Security Problems*“,²⁹² einer umfangreichen Bestandsaufnahme der amerikanischen Außenpolitik, Anfang Februar 1961 oberste Priorität beigemessen.²⁹³ Die Zeit drängte. In amerikanischen Diplomatengruppen nahm man seit Beginn 1961 an, dass Ost-Berlin Druck auf Moskau ausübte, die Berlin-Frage abschließend zu klären: „*Berlin question*

²⁸⁹ Vgl. Laufer, 1989, S. 162.

²⁹⁰ FRUS, 1961-63, XIV, S. 1-3: Telegram From the Mission at Berlin to the Department of State, 9.1.1961, S. 2.

²⁹¹ Vgl. Otto, Wilfriede: Weichenstellung für den Mauerbau, Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien, in: Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Der Mauerbau, Krisenverlauf – Weichenstellung – Resultate, Berlin 2001, S. 116-142, S. 116.

²⁹² National Security Files, Subjects, Policy Planning, Box 303: Key National Security Problems, 10.2.1961.

²⁹³ Vgl. Biermann, 1997, S. 103.

nevertheless of great current importance because: ...Soviets under some pressure from Ulbricht regime; present situation in Berlin threatens stability of East German regime because of its use as escape route, base for espionage and propaganda activities, etc.”²⁹⁴ Diese Einschätzung bedeutete jedoch keine Akzeptanz einer internationalen Aufwertung der DDR. Für die Entscheidungsträger in Washington stand zu jeder Zeit fest, dass über Berlin nur mit Chruschtschow und nicht mit Ulbricht verhandelt werden konnte.

In der Frage, wie sich die Vereinigten Staaten in solchen Verhandlungen positionieren sollten, waren die Experten jedoch gespalten. Präsidentschaftsberater Dean Acheson präferierte eine Position der Stärke und militärischen Bereitschaft²⁹⁵, während Henry Kissinger seiner Einschätzung „*Words may not be enough*“ folgend, einen Blitzbesuch des Präsidenten in Berlin vorschlug,²⁹⁶ um auf diese Weise die Entschlossenheit der USA in Berlin nichtmilitärisch zu demonstrieren.²⁹⁷ Der Präsident war jedoch zu keinerlei offensiven Maßnahmen bereit, sondern zeigte vielmehr Verständnis für die Gegenseite: „*Khrushchev is losing East Germany. He cannot let that happen. If East Germany goes so will Poland and all of Eastern Europe. He will have to do something to stop the flow of refugees – perhaps a wall. And we wont be able to prevent it. I can hold the Alliance together to defend West Berlin but I cannot act to keep East Berlin open.*”²⁹⁸ Damit machte der Präsident deutlich, dass er eine Garantie für die Freiheit der Menschen in Ost-Berlin und in der DDR nicht zu den politischen Aufgaben der Vereinigten Staaten zählte.²⁹⁹ In einer Beratung im Weißen Haus im Frühjahr 1961 dachte Kennedy gar laut über die Notwendigkeit nach, in nicht so ferner Zukunft mit DDR-Vertretern über die Aufrechterhaltung der Rechte der Alliierten sprechen zu müssen.³⁰⁰ Der amerikanische Präsident wollte die amerikanische Bevölkerung auf eine konziliantere Deutschlandpolitik vorbereiten, indem er darauf hinwies, dass die USA

²⁹⁴ FRUS, 1961-1963, XIV, S. 6-7: Telegram From the Embassy in the Soviet Union to the Department of State, 4.2.1961, S 6.

²⁹⁵ Vgl. Gaddis, 1997, S. 151. Gaddis schreibt an dieser Stelle über Acheson: „he had come around, by 1961, to being willing to risk nuclear war rather than have East German border guards stamp American passports.“

²⁹⁶ Vgl. FRUS, 1961-1963, XIV, S. 35: Memorandum From Henry Kissinger of the National Security Council Staff to President Kennedy, 5.4.1961.

²⁹⁷ Vgl. Biermann, 1997, S. 104-106.

²⁹⁸ Zitiert nach Klein, David: Contingency Planning of the USA, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 111-116, S. 114.

²⁹⁹ Vgl. Ostermann, in: Pfeil 2001, S. 173.

³⁰⁰ Vgl. Steininger, 2001, S. 224.

nicht geben konnten, was sie nicht hatten: „Wir besitzen Ostdeutschland nicht, und es kann für uns auch kein Verhandlungsgegenstand sein.“³⁰¹ In einem *Meeting on Berlin* im Juli 1961 erklärte der Präsident, that „*since we shall have to talk with representatives of that regime at some stage, we should not now take so strong a line that these talks will later look like a defeat.*“³⁰² Nicht unerheblich für die Erwägung eines amerikanischen Entgegenkommen gegenüber der DDR war dabei auch das hohe Maß an *De-facto*-Anerkennung, das Westdeutschland bereits der DDR gewährte.³⁰³

Vor dem Hintergrund der Auflösung der deutschlandpolitischen Zielkongruenz zwischen den USA und der Bundesrepublik stellt sich die Frage, inwieweit der Mauerbau unter Umständen eine „einvernehmliche“ Krise war, die einem amerikanischen Konzept der klar begrenzten Einflussphären folgte.³⁰⁴ Nach Einsicht der einschlägigen Quellen ist diese These abzulehnen. Als bester Beweis dient das Wiener Gipfeltreffen der beiden Staatschefs der Supermächte im Juni 1961 in Wien. Hier wurde die Deutschlandfrage in einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Kennedy und Chruschtschow sehr kontrovers diskutiert. Der amerikanische Präsident legte dar, dass die Frage, ob Berlin eine freie Stadt werden sollte, für die USA keineswegs nur eine juristische sei, da in Berlin vitale amerikanische Sicherheitsinteressen unmittelbar berührt würden: „Denn wenn man uns aus West-Berlin verdrängt, würden alle Garantien, die wir Westeuropa gegeben haben, ihr Gewicht verlieren, und die Völker würden aufhören, an unser Land zu glauben.“³⁰⁵ Kennedys Forderungen bezogen sich bereits im Juni 1961 lediglich auf West-Berlin und die alliierten Rechte. Ein mögliches Eingreifen zu Gunsten der regimekritischen Bevölkerung in Ost-Berlin lehnte Washington folglich nicht erst nach dem Bau der Mauer ab, sondern konzentrierte sich bereits viel früher darauf, das internationale Gewicht der Kräfte nicht zu amerikanischen Ungunsten von Moskau verändern zu lassen. Dadurch war jedoch die Krise keineswegs einvernehmlich, denn es blieb Kennedys oberstes Ziel, Chruschtschow zu beeindrucken und von der

³⁰¹ Aufzeichnung von C. L. Sulzberger über ein Gespräch mit Präsident Kennedy, in: DokD, IV., 7/1961, S. 647-648, S. 647.

³⁰² FRUS, 1961-1963, XVI, S. 209-212: Memorandum of Meeting on Berlin, 17.7.1961, S. 210.

³⁰³ Vgl. Aufzeichnung von C. L. Sulzberger über ein Gespräch mit Präsident Kennedy, in: DokD, IV., 7/1961, S. 647-648, S. 647.

³⁰⁴ Otto, 2001, S. 116.

³⁰⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/3663: Protokoll der sowjetischen Niederschrift der Unterredung N.S. Chruschtschows mit J.F. Kennedy, 4.6.1961.

Entschlossenheit der USA, einen Friedensvertrag zwischen der DDR und der UdSSR auf keinen Fall zu akzeptieren, zu überzeugen. Chruschtschow unterbreitete in der Unterredung mit Kennedy in Wien den Kompromissvorschlag, ein provisorisches Abkommen über West-Berlin zu unterzeichnen, so dass die USA ihre Truppen in West-Berlin belassen konnten und ihr Zutritt zu Berlin garantiert wurde, aber nur unter der Voraussetzung, dass Washington anerkennen würde, dass der Zutritt zu West-Berlin nur mit Genehmigung der Regierung der DDR erfolgen konnte.³⁰⁶ Sollten die USA einem Kompromissvorschlag nicht zustimmen, drohte Chruschtschow, könne keine Macht der Welt die Sowjetunion daran hindern, einen Friedensvertrag mit der DDR zu unterzeichnen. Danach sei die DDR souverän, und jede Verletzung dieser Souveränität werde von der Sowjetunion als offene Kriegserklärung betrachtet – mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Als Kennedy wissen wollte, ob mit einem solchen Friedensvertrag das Recht der Westmächte auf freien Zugang nach Berlin beendet sei, antwortete Chruschtschow, genau so sei es. Der Zugang nach Berlin sei DDR-Sache.³⁰⁷ Die sechsmonatige Verhandlungsfrist, die Chruschtschow zur Erarbeitung einer Lösung vorschlug, hatte den Charakter eines Ultimatums.³⁰⁸ Kennedy lehnte die Ansichten Chruschtschows unter dem Hinweis auf die Unmöglichkeit der unilateralen Übertragung von Souveränität an die DDR und die aus diesem Vorgehen entstehenden Gefahren entschieden ab.³⁰⁹

Außer diesem Wiener Gipfeltreffen sprechen jedoch noch weitere Fakten gegen eine „einvernehmliche Krise“. So berichtet der ehemalige KGB-Mitarbeiter Sergei A. Kondraschow z.B., dass der sowjetische Geheimdienst die Entscheidungslage in den USA, Großbritannien und Frankreich 1961 keinesfalls so einschätzte, dass Moskau mit diesen eine geheime Absprache über den Bau der Berliner Mauer hätte treffen können.³¹⁰ Und auch in der amerikanischen Administration war von einer Beruhigung nach dem Wiener Gipfel nichts zu spüren. Ende Juni bereitete sich Washington vielmehr auf eine mögliche Verschärfung der Krise in der DDR vor:

³⁰⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/3663: Protokoll der sowjetischen Niederschrift der Unterredung N.S. Chruschtschows mit J.F. Kennedy am 4.6.1961.

³⁰⁷ Zitiert nach Steininger, 2001, S. 195, 197.

³⁰⁸ Vgl. Documents on Germany, S. 523-527.

³⁰⁹ Vgl. President's Office Files (POF), Countries, USSR, Box 126: Memorandum of Conversation, 4.6.1961, 10:15 Uhr.

³¹⁰ Vgl. Kondraschow, Sergei A.: The Berlin-Wall and the KGB – A Statement, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 143-149.

„On 28 June, CIA was again asked by the National Security Adviser McGeorge Bundy to consider „preparations ... to create a capability for inciting progressively instability in East Germany and Eastern Europe. Here again the government was asking for insurrection in the GDR.“³¹¹ War die Kennedy-Administration folglich nicht aktiv an einem Berlin-Komplot der Supermächte beteiligt, so trug sie in ihrer Passivität durchaus zur Ermunterung der Gegenseite bei. Der amerikanische Präsident verwarf Achesons harte Linie und konzentrierte sich zunehmend auf die Sicherung der „drei Essentials“: Zugang zu West-Berlin; Recht zur Truppenstationierung in West-Berlin und generelle Überlebensfähigkeit West-Berlins.³¹² Diese in Kennedys Rede vom 25. Juli kommunizierte Strategie der Beschränkung auf West-Berlin eröffnete dem Osten Chancen. Unterhalb der Ebene der „drei Essentials“ bzw. des separaten Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR existierte ausreichend Spielraum zur Eskalation der Krise.³¹³ Diesen Spielraum nutzte Ost-Berlin mit der Schließung der Sektorengrenze.

2. Der Mauerkrise im außenpolitischen Kalkül der DDR

Das SED-Regime wollte mit dem Mauerbau nicht nur den Exodus der eigenen Bürger – von 1949 bis 1961 verließen schätzungsweise 2,7 Millionen Menschen die DDR³¹⁴ – stoppen, sondern suchte darüber hinaus ganz bewusst die außenpolitische Konfrontation mit dem Westen.³¹⁵ Die außenpolitische Auseinandersetzung fand dabei auf zwei Ebenen statt. Auf der ersten Ebene ging es in Berlin um einen Konflikt zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR, dessen Ausgang Symbolkraft für den Verlauf des Kalten Krieges haben oder, noch gravierender, den „kalten“ zu einem „heißen“ Krieg machen konnte. Auf der zweiten Ebene war der Mauerbau die direkte Auseinandersetzung des SED-Regimes mit den drei Westmächten. Sie war Teil des Ulbrichtschen Konzepts, die westlichen Regierungen zu zwingen, Verhandlungen mit der DDR auf die eine oder andere Art

³¹¹ Murphy, David: Berlin Contingency Plans of the USA – A view from the CIA, in: Timmermann, 2002, S. 103-110, S. 105.

³¹² Schon das Schlußkommunique der Tagung des NATO-Ministerrates in Oslo vom 8. bis zum 10.5.1961 hatte die Entschlossenheit der Allianz zur Wahrung der „Freiheit West-Berlins“ festgehalten, in: DokD, IV. Reihe, Bd. 6, 1.1.-11.8.1961.

³¹³ Zitiert nach Biermann, 1997, S. 132.

³¹⁴ Vgl. Ross, Corey: East Germans and the Berlin Wall: Popular Opinion and Social Change before and after the Border Closure of August 1961, in: Journal of Contemporary History, 1/2004, S. 25-44, S. 30.

³¹⁵ Vgl. z.B. Wünsche, Kurt: Die Fiktion von der Nichtexistenz der DDR ist unhaltbar, in: DAuß 7/61, S. 768-777.

aufzunehmen.³¹⁶ Willy Brandt glaubte in der Retrospektive im Mauerbau eine von der DDR initiierte und von der UdSSR geförderte Krise zu erkennen: „An jenem Sonntag [13. August 1961] hat der Quisling, der dort Ulbricht heißt, von Chruschtschow und den Warschauer-Pakt-Staaten grünes Licht bekommen, Ost-Berlin militärisch zu besetzen und den Westmächten ihre Mitverantwortung für Berlin als Ganzes streitig zu machen. Das war ein flagranter Bruch internationaler Vereinbarungen.“³¹⁷ Neueste Forschung in sowjetischen und DDR-Archiven bestätigt, dass nachdem Ulbricht seit 1958 tatenlos den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zuschauen musste,³¹⁸ der ökonomische Druck durch die Abwanderung von Facharbeitern 1960 so groß war, dass der Generalsekretär der SED begann, den Genossen Chruschtschow unter Druck zu setzen.³¹⁹

Die bereits erwähnte Kontrolle des amerikanischen Botschafters in der Bundesrepublik, Walter Dowling, durch einen Volkspolizisten bei der Einreise nach Ost-Berlin am 22. September 1960 und der aus neuen Quellen hervorgehende Streit zwischen dem Kreml und Ost-Berlin über dieses Vorgehen gegenüber westlichen Diplomaten, erhärten die von Hope Harrison vertretene Annahme, dass Ulbricht versuchte, durch unilaterale Maßnahmen Chruschtschow zu einem härteren Kurs gegenüber dem Westen zu zwingen.³²⁰ Indem die DDR-Führung den Untergang des sozialistischen Regimes in Ostdeutschland an die Wand malte, übte sie in einer von John Lewis Gaddis so bezeichneten Situation der „*tyranny of the weak*“³²¹ Druck auf die sowjetische Supermacht aus. Moskau war über dieses Verhalten zusehends verärgert, da „sich der westliche Protest gegen die vermeintlichen sowjetischen Provokationen richtete“.³²² Dennoch ging Chruschtschow, obwohl sich die sowjetische Führung eigentlich nicht auf eine riskante Auseinandersetzung mit den

³¹⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/201/661: Ausführungen von Walter Ulbricht, 20.8.1961.

³¹⁷ Rede des Regierenden Bürgermeisters Brandt in New York, 6.10.1961, in: DokD, IV., 7/1961, S. 656-661, S. 659.

³¹⁸ Zu Auseinandersetzungen zwischen Ost-Berlin und Moskau bis 1960 vgl. Lemke, Michael: Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille, Divergenzen zwischen den Berlinkonzepten von SED und UdSSR in der Expositionsphase der zweiten Berlinkrise, in: Cieslam B./ Lemke, M./ Lindenberger, Th. (Hrsg.): Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 bis 1958, Berlin 2000, S. 203-219. Lemke, 1995, S. 277 ff.. Lemke, in: Pfeil, 2001, S. 63-80.

³¹⁹ Vgl. Harrison, 2003, S. 218. Harrison, Hope: Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.): Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105-122.

³²⁰ Vgl. Harrison, 2003, S. 145-149.

³²¹ Zur „*tyranny of the weak*“ vgl. Gaddis, John Lewis: On Starting All Over Again: A Naive Approach to the Study of the Cold War, in: Westad, O. A. (Hrsg.): Reviewing the Cold War, Approaches, Interpretations, Theory, London 2000, S. 27-42.

³²² Scholtyseck, 2003, S. 19.

USA einlassen wollte auf den ostdeutschen Druck ein.³²³ Nach seinem Treffen mit Kennedy in Wien im Juni 1961 sah er eine Chance für einen Ausgang der Krise, der sowohl die ostdeutschen Bedürfnisse befriedigte als auch das außenpolitische Prestige der UdSSR wahrte und die Schließung der Grenze in Berlin möglich machte.³²⁴ Kennedy hatte Chruschtschow gegenüber in Wien geäußert: „Uns beunruhigt an Ihren Vorschlägen nicht die Unterzeichnung irgendeines Dokuments mit der ostdeutschen Republik. Unheilvoll erscheint uns ein anderer Teil Ihres Vorschlages, und zwar der, wo sie von der Beendigung des Zutritts und von der Aufhebung unserer Rechte in West-Berlin sprechen.“³²⁵ So entstand beim sowjetischen Diktator der Eindruck, weder die internationale Aufwertung der „ostdeutschen Republik“ noch eine Abschottung Ost-Berlins seien Tatsachen, für deren Bekämpfung Kennedy bereit war signifikante Risiken einzugehen. So lange wie die amerikanischen Rechte in West-Berlin unangetastet blieben, konnten Chruschtschow und Ulbricht Maßnahmen gegen die Massenflucht ergreifen. Tolerierten die USA aber Maßnahmen der DDR, rückte eine amerikanische Anerkennung der *De-facto*-Souveränität in Reichweite Ost-Berlins. Ein Anzeichen für einen möglichen Erfolg dieser Strategie war Kennedys Hinnahme der Stempelung amerikanischer Militärdokumente durch DDR-Grenzer.³²⁶

Ulbricht glaubte Anfang Juli 1961, dass die Schwäche der USA die Übertragung der Souveränitätsrechte über den alliierten Zugang nach West-Berlin an die DDR in naher Zukunft wahrscheinlich werden ließ. Die Vorstellung von DDR-Truppen, die westalliierte Flugzeuge kontrollierten oder gar zur Landung zwingen würden und die damit wohl unausweichlichen militärischen Auseinandersetzungen zwischen US-Truppen und der NVA bzw. der Roten Armee, ließ Chruschtschow die Variante der Schließung der Sektorengrenze bevorzugen, der er am 6. Juli 1961 seine Zustimmung gab.³²⁷ Ulbricht konnte die Berliner Mauer bauen, den Flüchtlingsstrom stoppen und gleichzeitig die West-Alliierten in der Frage des internationalen Status' der DDR provozieren. Gelingen konnte ihm das nur, weil Chruschtschow die Maßnahmen offiziell unterstützte: „Die Sowjetregierung versteht und unterstützt voll

³²³ Vgl. Bender, Peter: Das ungleichseitige Dreieck, Kräfteverschiebung zwischen Moskau, Ost-Berlin und Bonn, in: VfZ, 6/2001, S. 525-532, S. 525.

³²⁴ Vgl. Harrison, 2003, S. 175.

³²⁵ SAPMO-BArch, DY 3663: Information an das Büro Ulbricht, Niederschrift der Unterredung zwischen N.S. Chruschtschow und J. Kennedy vom 4.6.1961.

³²⁶ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 173.

³²⁷ Vgl. Harrison, 2003, S. 184-186.

und ganz die Handlungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die an der Grenze mit West-Berlin eine wirksame Kontrolle errichtet hat, um der Wühl­tätigkeit gegen die DDR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft von West-Berlin aus einen Riegel vorzuschieben.“³²⁸ Mit dem nuklearen Drohpotenzial der UdSSR im Rücken und in Kenntnis der amerikanischen Ziele West-Berlin betreffend, konnte das ZK der SED im Oktober 1961 verkünden: „Jede kriegerische Provokation gegen die Grenzen der DDR bedeutet die Auslösung des großen Krieges.“³²⁹ Das Ziel der Beseitigung der Souveränitätsrechte der West-Alliierten auf dem Territorium der DDR erreichte Ulbricht dennoch nicht. Zwar protestierte das SED-Regime anlässlich der Verlegung von 1500 amerikanischen Soldaten nach West-Berlin über das Territorium der DDR Ende August 1961 heftig, effektive Gegenmaßnahmen, die eine Verlegung behindert hätten, konnte Ost-Berlin jedoch nicht einleiten.³³⁰ Ulbricht musste erkennen, dass zwar die Schließung der Sektorengrenze bei gleichzeitiger Wahrung der „drei *Essentials*“ eine von den Amerikanern durchaus akzeptierte Regelung des *Status quo* war, dass die Entwicklung über diesen *Status quo* zu dieser Zeit jedoch nicht hinausging. Moskau verwehrte dem SED-Regime den vollständigen Triumph über den Westen. Mit der Wiederaufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in September 1961 machte Chruschtschow den Verantwortlichen in Ost-Berlin klar, dass nun die Prioritäten auf einer Ost-West-Einigung und nicht auf einem separaten Friedensvertrag lagen. Hope Harrison zitiert in ihrer Arbeit den sowjetischen Diplomaten Yuri Kvitinsky mit den Worten: „*After the building of the wall, the signing of the separate treaty was not necessary. ... Ulbricht saw in a peace treaty a way to receive international recognition. For us international recognition of the GDR was important, but not the most important.*“³³¹ Da die Sowjetunion keinen Separatfrieden mit der DDR schloss, musste Ulbricht frustriert einsehen, dass die Verantwortlichen in Moskau die Rechte der USA in West-Berlin akzeptierten und sogar unterstützten. Dennoch ließ die aus dem Mauerbau hervorgegangen wachsende Souveränität das SED-Regime selbstbewusster gegenüber den USA auftreten. In einem im Januar 1962 veröffentlichten Interview mit der amerikanischen

³²⁸ SAPMO-BArch, DY 3663: Information an das Büro Ulbricht, Wortlaut der Note der UdSSR an die USA vom 18.8.1961.

³²⁹ Stellungnahme des ZK der SED zum 13. August und zur Lage in Deutschland, 4.10.1961, in: DokD, IV. Reihe, Bd. 7/1961, S. 634-642, S. 635.

³³⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2/787: Reinschriftenprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 22.8.1961.

³³¹ Hope Harrisons Interview mit Kvitinsky, Moskau, 26.10.1992. Harrision, 2003, S. 210-211.

Fernsehgesellschaft *Columbia Broadcasting Systems* forderte Walter Ulbricht selbstbewusst, die USA sollten die westliche Grenze der DDR respektieren und sich nicht in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen. Die Mauer sei lediglich ein Schutz bzw. eine ganz normale Grenze des Staates DDR, in den USA-Bürger nur noch mit einem Visum einreisen können sollten.³³² Solche lauten Töne gegenüber den USA zeigen, dass das SED-Regime die westliche Supermacht im August 1961 ernsthaft herausgefordert hatte. Wie hatte Washington auf diese Herausforderung reagiert?

3. Die amerikanische Reaktion auf den Mauerbau

In einem Fernseh- und Rundfunkinterview vom 1. August 1961 formulierte Senator Fulbright, angesprochen auf die Flüchtlingsströme aus Ost-Berlin: „Ich gestehe, es ist ein Rätsel, dass die Ostdeutschen die Auswanderung dieser Leute nicht stoppen. Ich verstehe nicht, warum sie das nicht tun.“³³³ Im Zusammenhang mit Fulbrights Interview ist eine mögliche Antizipation des Mauerbaus durch Washington oder sogar eine indirekte Ermutigung des SED-Regimes, die Sektorengrenze unter Beachtung der „drei *Essentials*“ zu schließen, in der Forschung heftig diskutiert worden. Berufen sich Autoren wie Richard Reeves³³⁴ oder Michael R. Beschloss³³⁵ auf deutliche Hinweise des Westens in Richtung UdSSR und DDR, man werde nicht versuchen, eine Schließung der Sektorengrenze zu ver- oder behindern, so glaubt Honoré Catudal an eine gut begründete Vorahnung des Weißen Hauses, aber nicht an eine vorsätzliche Ermunterung des Ostens durch den amerikanischen Präsidenten.³³⁶ Die Quellen stützen die Auffassung Catudals. In den ostdeutschen Akten lassen sich keinerlei Hinweise auf eine Versicherung der Sowjets finden, sie hätten den Mauerbau mit den USA „geklärt“. Auch in den amerikanischen Dokumenten fehlt

³³² Vgl. das Interview in: DADDR, X, 1962, S. 15: Interview Walter Ulbrichts mit CBS, 5.1.1962.

³³³ Zitiert nach Kraus, Hannelore: Vorstellungen von Senatoren und Repräsentanten des amerikanischen Kongresses zur Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. Main 1971, S. 75 ff..

³³⁴ Vgl. Reeves, Richard: *President Kennedy, Profile of Power*, New York 1993, S. 206.

³³⁵ Vgl. Beschloss, Michael R.: *The Crisis Years. Kennedy and Khrushchev 1960-1963*, New York 1991, S. 280.

³³⁶ Vgl. Catudal, Honoré M.: *Kennedy in der Mauerkrise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA*, Berlin 1981, S. 271-272. Beschloss hält dieses Argument nur für bedingt stichhaltig. Beschloss, 1991, S. 280-281: „Such comments, however, would have been as effective as sending a direct message to Khrushchev. This raises the question whether Kennedy might have used some private channel to make absolutely certain, the Chairman knew that, if erecting a wall should be the price of defusing the Berlin Crisis, he would not try to stop him. ... By indirect or direct communication with Khrushchev, Kennedy managed to achieve an interim solution to the Berlin Crisis.”

jeder Hinweis auf eine *a priori* Verständigung der beiden Supermächte vor dem Mauerbau. Im Gegenteil: In einem *Steering Group Meeting* vom 17. August 1961 beklagte sich Kennedy über die mangelnde Antizipation des Mauerbaus durch amerikanische Organe.³³⁷ Es erscheint daher äußerst unwahrscheinlich, dass die US-Administration im Vorhinein von der Sektorenschließung gewusst oder sie gar gebilligt haben sollte.³³⁸

Wie reagierte die US-Regierung aber, als sie von den Maßnahmen zu Schließung der Sektorengrenze wusste? Viele Protagonisten und Zeitzeugen haben den drei West-Alliierten und besonders der amerikanischen Regierung unter John F. Kennedy eine zu große Passivität nach dem Beginn der Arbeiten an der Sektorengrenze vorgeworfen und ihn so indirekt für den Bestand der Berliner Teilung verantwortlich gemacht.³³⁹ Dabei bezogen sie sich zumeist auf die Stunden am 13. und 14. August, als die USA keinerlei Reaktion zeigten. Ein westalliiertes Protest beim Kommandeur in der sowjetischen Besatzungszone traf erst 48 Stunden nach dem Beginn des Mauerbaus ein und erst am 17. August richteten die USA eine Protestnote an die UdSSR: „Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, dass die Sowjetregierung diesen illegitimen Maßnahmen ein Ende setzt.“³⁴⁰ Dieser verspätete und vergleichsweise harmlose Protest – Washington verlangte nicht einmal die Rückgängigmachung des Mauerbaus – war nicht dazu geeignet, die DDR zur Aufgabe ihrer Abschottungspläne zu bewegen, sondern bewegte sich innerhalb der Interpretation des amerikanischen Außenministers Rusk, der noch am 13. August erklärt hatte, bei der Schließung der Sektorengrenze handele es sich um einen Vorgang in sowjetischem Einflussgebiet.³⁴¹ Die Tatsache, dass Kennedy und Rusk beschlossen, keine Maßnahmen zu unternehmen, die den Mauerbau behinderten oder als Demonstration gegen das kommunistische Regime Ostdeutschlands aufgefasst werden konnten, solange der westliche Zugang zum isolierten Berlin nicht gestört

³³⁷ Vgl. FRUS, 1961-1963, XIV, S. 347-349: Record of Meeting of the Berlin Steering Group, 17.8.1961, S. 347.

³³⁸ Walt Rostow bemerkt, Kennedy habe bereits Anfang August an den Bau einer Mauer gedacht. Vgl. Rostow, Walt W.: *The Diffusion of Power. An Essay in Recent History*, New York 1972, S. 231.

³³⁹ Vgl. Beschloss, 1991, S. 283. Beschloss nennt als Vertreter, die glaubten, man hätte eingreifen können, ohne es zu einem Krieg kommen zu lassen, De Gaulle, Lucius D. Clay, Maurice Couve de Murville und Dean Acheson. Er verweist auch darauf, dass in den USA die Meinung, Amerika wäre bei einem Eingreifen in einen Krieg verwickelt worden, weit verbreitet war.

³⁴⁰ SAPMO-BArch, DY 3663: Information an das Büro Ulbricht, Wortlaut der Note der USA an die UdSSR vom 17.8.1961.

³⁴¹ Vgl. Besson, Waldemar: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, München 1970, S. 263.

wurde, schwächte den Protest weiter ab. Überraschte diese Reaktion die Deutschen in West und Ost – selbst Walter Ulbricht war von dem Ausbleiben von alliierten Gegenmaßnahmen überrascht³⁴² – so folgte der amerikanische Präsident in diesen Tagen jedoch keineswegs einer momentanen Eingebung, sondern setzte eine längerfristige Berlinpolitik um. Da der Zugang zu West-Berlin, laut Kennedy „*the great testing place of Western courage and will*“ von der Mauerschließung nicht direkt betroffen war, wollte der amerikanische Präsident nicht auf die im Juli 1961 ergriffenen militärischen Maßnahmen – Einberufung von Reservesoldaten und die Erhöhung des Verteidigungs-Budgets um 3,5 Milliarden USD – zurückgreifen.³⁴³

Ein weiterer Hinweis dafür, dass die Administration Kennedy grundsätzlich nicht die Absicht hatten bei einer Provokation der DDR in Berlin aggressive Gegenmaßnahmen zu unternehmen, ist der Mangel an *contingency plans*, wie der damalige Chef der CIA-Residentur in Berlin retrospektiv feststellt: „*Did the Western Powers have any contingency plans for responding to the closure of the borders between the Soviet Sector and the Western sectors? The answer is ‘no’. Even though ostensibly Berlin was to be administered as a unified city under four-power-control, in reality the political division occurred in 1948.*“³⁴⁴ Seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows 1958 hatten sich zwar die Planungen der West-Alliierten, wie man im Falle einer erneuten Blockade West-Berlins reagieren sollte intensiviert, die Ergebnisse dieser Planungen, die bei der zivilen Arbeitsgruppe in Washington und der militärischen Arbeitsgruppe – Codename LIVE OAK – unter dem *Supreme Allied Commander Europe* zusammenliefen, waren jedoch zu wenig konkret.³⁴⁵ Während des Mauerbaus wirkten die alliierten Kommandanten laut Brandt „hilflos und ohne Anweisungen.“³⁴⁶

Die Zeit für eine konzertierte Reaktion verstrich ungenutzt. Die Maßnahmen der USA im Bezug auf die NATO im Spätsommer 1961 – Verlängerung der Dienstzeit amerikanischer Soldaten im Ausland, Aufstockung der amerikanischen Infanterie in

³⁴² Vgl. SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/202/130: Brief Ulbrichts an Chruschtschow vom 15.9.1961. Veröffentlicht in: Uhl; Matthias; Wagner, Armin (Hrsg.): Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer: eine Dokumentation, München/Oldenburger 2003.

³⁴³ Vgl. Department of State: Documents on Germany, 1944-1985, Washington D.C. 1985, S. 764: Report by President Kennedy to the Nation on the Berlin Crisis, 25.7.1961.

³⁴⁴ Murphy, in: Timmermann, 2002, S. 103.

³⁴⁵ Ebd..

³⁴⁶ Vgl. Brandt, Willy: Erinnerungen, Berlin 1989.

Europa, Bereitstellung von STRAC Army-Divisionen, Reaktivierung von Kriegsschiffen³⁴⁷ – waren weniger für ein Eingreifen in Berlin oder in der DDR als vielmehr als Drohpotenzial für mögliche weitere Konflikte im ständig gespannten Ost-West-Verhältnis gedacht. Die Vereinigten Staaten bemühten sich daher, keine Signale zu senden, die Ostdeutsche zu einem Aufstand ermuntern konnten,³⁴⁸ da Analysen des *State Department* davon ausgingen, dass es ohne militärische Hilfe des Westens keinen erfolgreichen Aufstand in der DDR geben konnte.³⁴⁹ Die USA fürchteten jedoch in Erinnerung an 1953 einen Aufstand in Ostdeutschland: „*It would be particularly unfortunate if an explosion in East Germany was based on expectation of immediate Western military assistance.*“³⁵⁰ Diese militärische Hilfe war man im Weißen Haus nicht bereit zu leisten: „*In reality no one in power in any major government believed in using force against the wall.*“³⁵¹ In einem Brief an Willy Brandt bekannte Kennedy, dass ein militärischer Konflikt nicht einmal in Betracht gezogen werden konnte.³⁵²

Ohne die Bereitschaft zumindest eine begrenzte militärische Auseinandersetzung in Kauf zu nehmen, konnte Washington jedoch auch nicht den Rückbau der Grenzanlagen zwischen den Sektorengrenzen fordern und musste es daher bei dem relativ schwachen Protest belassen. David Murphy, der damalige Chef der Berliner CIA Residentur beschreibt die Ergebnisse dieser Politik in der Retrospektive wie folgt: „*The result was that when it happened, nothing was done about it, except diplomatic protest until it became evident that the people of West Berlin were furious, at the lack of reaction on the part of the Western Powers.*“³⁵³ Der nordamerikanische DDR-Experte Jean Edward Smith analysierte die amerikanische Reaktion 1963 ähnlich, als er schrieb, die amerikanische Untätigkeit habe Ost-Berlin

³⁴⁷ Vgl. Timmermann, Heiner: Mauerbau und Außenpolitik – Contingency-Planning der NATO, in: Timmermann, 2002, S. 117-129.

³⁴⁸ Vgl. Schertz, 1992, S. 134-135.

³⁴⁹ NA, RG 263, Entry 29, Records of the Central Intelligence Agency (RCIA), National Intelligence Estimates Involving the Soviet Union, 1951-1983 (NIE), Box 8, Folder 15: The Outlook in East Germany, 9.5.1962.

³⁵⁰ FRUS, 1961-62, XIV, S. 324: Telegram From the Department of State to the Embassy in Germany, 12.8.1961, S. 324.

³⁵¹ Tayler, Maxwell D., Oral History Interview, S. 32. Zitiert nach Bundy, McGeorge: *Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years*, New York 1988, S. 367.

³⁵² Vgl. Brandt, 1989, S. 181. Zu den weitreichenden Auseinandersetzungen innerhalb des westlichen Bündnisses und besonders zwischen Bonn und Washington vgl. Münger, 2003.

³⁵³ Murphy, in: Timmermann, 2002, S. 105.

dazu ermutigt, seine Erfolge auszubauen und zu konsolidieren.³⁵⁴ Trotz dieser Kritik von Zeitzeugen war die defensive Reaktion der USA auf die Ereignisse des 13. Augusts innerhalb der Administration wenig umstritten. Abgesehen vom Sonderberater für Berlin betreffende Fragen, Dean Acheson, der durch eine Mobilisierung der Armee, die Ausrufung des nationalen Notstandes und sogar die Vorbereitung auf einen Atomkrieg die UdSSR und die DDR unter Druck setzen wollte³⁵⁵, war sich die außenpolitische Führung der USA mit dem Präsidenten einig, dass man eine defensivere Position einnehmen musste. Der Präsidentenberater McGeorge Bundy war der Auffassung, eine Anerkennung der DDR wäre die eigentlich sinnvolle, aber leider nicht praktikable Lösung: *„You could end this crisis tomorrow by recognizing Ulbricht, and you could probably get some fairly juicy guarantees in return. But the West Germans would feel deeply betrayed. This is foolish, but factual.”*³⁵⁶ In der gegebenen Situation gewann er dem Mauerbau in seiner Betrachtung vom 18. August sogar positive Seiten ab: *„1. this is something they have always had the power to do; 2. it is something they were bound to do sooner or later, unless they could control the exits from West Berlin to the West; 3. since it was bound to happen, it is as well to have it happen early, as **their** doing and **their** responsibility.”*³⁵⁷ Aus dieser Analyse leitete Bundy seine Forderung nach dem Verzicht auf aggressive Reaktionen gegen die DDR und der schnellen Aufnahme von Verhandlungen mit den Sowjets ab. Diese Position war nicht weit von der Anerkennungsbereitschaft der Briten entfernt, konnte sich im präsidentiellen Beraterkreis aber nicht durchsetzen.³⁵⁸

Einig war sich der Großteil der amerikanischen Führung in der Einschätzung der kurzfristigen Folgen des Mauerbaus: *„While the border closing was a most serious matter, the probability was that in realistic terms it would make a Berlin settlement*

³⁵⁴ Vgl. Smith, Jean Edward: Der Weg ins Dilemma, Preisgabe und Verteidigung der Stadt Berlin, Berlin 1963, S. 236.

³⁵⁵ Vgl. Schertz, Adrian W.: Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons: Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln 1992, S. 111.

³⁵⁶ NSF, Countries, Germany, Box 82: Memorandum McGeorge Bundy an JFK vom 28.8.1961.

³⁵⁷ FRUS, 1961-1963, XIV, S. 330-331: Memorandum From President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy) to President Kennedy, 14.8.1961, S. 331.

³⁵⁸ Zur Debatte über die Reaktion auf den Mauerbau innerhalb der amerikanischen Regierung vgl. Schertz, 1992, S. 130-140.

easier. Our immediate problem is the sense of outrage in Berlin and Germany which carries with it a feeling that we should do more than merely a protest.”³⁵⁹

Für die USA lag die Herausforderung der Situation folglich nicht in der Beseitigung der Mauer und in der Aufrechterhaltung der Ablehnung der DDR, sondern vielmehr in der Beschwichtigung der westdeutschen Proteste und der Positionierung in neuen Verhandlungen mit der UdSSR. Interne amerikanische Vorschläge für Verhandlungen mit der Sowjetunion über Berlin schlossen sogar eine *De-facto*-Anerkennung der DDR und innerdeutsche Gespräche in einer „Gemischten Deutschen Kommission“ nicht aus.³⁶⁰ Die Einrichtung einer „Gemischten Deutschen Kommission“ war dazu gedacht, „die Bundesregierung zur Anerkennung des *Status quo* in Europa hinzuführen und einen *Modus vivendi* zu erreichen, der die Teilung Deutschlands für alle Betroffenen erleichtern würde“.³⁶¹ Offenbar war man im Weißen Haus bei diesen Überlegungen nicht auf die Wut und Verzweiflung vorbereitet gewesen, die Hunderttausende West-Berliner auf die Straßen trieb, um sowohl gegen den Stacheldraht an der Sektorengrenze als auch gegen die Tatenlosigkeit des Westens zu protestieren.³⁶² Trotz dieses Aufschreis der Empörung behielt Washington seine Linie bei. Das amerikanische Personal vor Ort war, trotz des durch die West-Berliner Empörung motivierten Willens zu Handeln, zur Untätigkeit verdammt.³⁶³

Blieb Washington kurzfristig untätig, so musste es doch seine Ziele und Instrumente mittelfristig an die veränderte Lage anpassen. Mit der amerikanischen Beschränkung auf die „drei *Essentials*“ war daher die Modifikation der NATO-Ziele in West-Berlin im Oktober 1961 verbunden: Beibehaltung der Anwesenheit der drei Westmächte und die Sicherheit der westlichen Kasernen in West-Berlin, Aufrechterhaltung der

³⁵⁹ FRUS, 1961-1963, XIV, S. 333-334: Minutes of Meeting of the Berlin Steering Group, 15.8.1961, S. 334

³⁶⁰ Vgl. Schwartz, Thomas A.: Victories and Defeats in the Long Twilight Struggle: The United States and Western Europe in the 1960s, in: Kunz, Diane B. (Hrsg.): The Diplomacy of the Crucial Decade, New York 1994, S. 125.

³⁶¹ Schertz, 1992, S. 128.

³⁶² Vgl. Bailey, George/ Kondraschow, Sergej A./ Murphy, David E.: Die unsichtbare Front, Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 485.

³⁶³ Vgl. Arenth, Joachim: Die Bewährungsprobe der Special Relationship: Washington und Bonn (1961-1969), in: Larres, 1997, S. 151-177, S. 173: Geoffrey McDermot, der britische diplomatische Offizier in Berlin bemerkte über den amerikanischen Stadtkommandanten: „[He] was breathing fire and slaughter and said we should knock the thing down.“ JFK, Geoffrey McDermott, Oral History Interviews, S. 7-11.

Freiheit und Lebensfähigkeit von West-Berlin, Beibehaltung des freien Zugangs nach West-Berlin.³⁶⁴ Nach der Passivität der Amerikaner in der Frage des Mauerbaus war die Kennedy-Administration, beunruhigt durch die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomtests Ende August 1961, in der Folge umso entschlossener, den Zugang nach und die amerikanischen Rechte in Berlin nicht aufzugeben. So scheuten die Amerikaner schon im Oktober 1961 nicht mehr die Konfrontation, als sie während der „Checkpoint-Charlie-Krise“ auf die ostdeutsche Dokumentenkontrolle amerikanischer Diplomaten mit der Auffahrt von Panzern am Grenzübergang reagierten und sich schließlich sowjetische und amerikanische Panzer Auge in Auge am Checkpoint Charlie gegenüber standen und die Welt den Atem anhielt. Damit ließen die Amerikaner vom 25. bis zum 28. Oktober eine Situation entstehen, die sie noch während des Mauerbaus gut zwei Monate früher um beinahe jeden Preis vermieden hatten, die erst durch *back-channel* Gespräche geklärt werden konnte und deren Ergebnis war, dass die Amerikaner ihren unkontrollierten Zugang nach Ost-Berlin behielten. War die harte Linie in Fragen der alliierten Rechte, des Zugangs nach und der Freiheit von West-Berlin ein Pfeiler der amerikanischen Reaktion, so bestand die andere Säule in der Wiederherstellung des westdeutschen Vertrauens in die USA. Die Hauptstoßrichtung beider Strategien richtete sich gegen die DDR. Mit Blick auf die bundesdeutschen Proteste wurde die Verantwortung für die Verschlechterung der deutschen Situation propagandistisch der UdSSR und dem SED-Regime angelastet. Ihre Aggression und nicht die ausbleibende amerikanische Reaktion waren ursächlich für die Teilung Berlins.

Den propagandistischen Worten sollten auch Taten folgen. Mit dem Blitzbesuch des Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson in Begleitung von Lucius D. Clay, dem Helden der Luftbrücke, in West-Berlin und der Verlegung eines Batallions des 18. US-Infanterieregiments über die Verbindungswege der DDR in die geteilte Stadt demonstrierte Washington zugleich die moralische Unterstützung der USA für die West-Berliner und die Ablehnung der DDR-Souveränität. Diese Strategie war von Erfolg gekrönt. Die Verlegung der US-Soldaten durch DDR-Territorium verlief ohne größere Zwischenfälle verlief und die antiamerikanischen Stimmungen in West-Berlin und Westdeutschland schwächten sich ab. Neben den für die bundesdeutsche Moral durchaus wichtigen symbolischen Gesten, setzten die Amerikaner einige –

³⁶⁴ NATO-Archiv, PO/61/808, 17.10.1961 (COSMIC TOP SECRET).

allerdings eher unwirksame – konkrete Druckmittel gegen die DDR ein. So entstand auf Betreiben und unter tätiger Hilfe der USA die *Temporary-Travel-Document* (TTD) Sperre, die nach dem Bau der Berliner Mauer eingeführt wurde und für bestimmte Kategorien von DDR-Bewohnern ein Einreiseverbot in die NATO-Staaten darstellte.³⁶⁵ Darüber hinaus boykottierte die amerikanische Wirtschaft die Leipziger Messe.³⁶⁶ Der Effekt dieser Maßnahmen war jedoch minimal. Ein weitergehendes ökonomisches Embargo wurde nur für den Fall der Blockade des alliierten Zugangs nach Berlin in Aussicht gestellt.³⁶⁷ Im Fall der amerikanisch-ostdeutschen Handelsbeziehungen oder eher deren Nichtexistenz wäre eine solche Blockade eine stumpfe Waffe gewesen. Die relative Schwäche der amerikanischen Maßnahmen im Herbst 1961 lag darin begründet, dass das amerikanische Hauptziel nicht länger darin bestand, eine aggressive sowjetische Aktion gegen West-Berlin zu verhindern. Vielmehr wollten die USA einen akzeptablen *Status quo* zu erreichen.³⁶⁸ Washington lehnte weiterhin eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ab, betrachtete aber den Mauerbau nicht mehr als „*opening shot*“ einer sowjetischen Eskalation, sondern war nun selber an einer Festschreibung des *Status quo* interessiert.

Nachdem mit der Rücknahme des Ultimatums durch Chruschtschow am 17. Oktober 1961 die Gefahr vorerst gebannt war, wandte sich Washington sofort wieder verstärkt den Forderungen seines bundesdeutschen Bündnispartners zu und hielt die sowjetische Seite hin. Auf der NATO-Tagung im Mai 1962 versicherte man der Bundesregierung bereits wieder, eine endgültige Berlinregelung werde mit der Wiedervereinigung gekoppelt.³⁶⁹ Der Kennedy-Besuch im Juni 1963, bei dem die legendären Worte „Ich bin ein Berliner“ gesprochen wurden, versinnbildlicht die amerikanische Strategie der Beruhigung der West-Berliner und Westdeutschen bei gleichzeitiger Akzeptanz des *Status quo* in Berlin deutlich. Andreas Daum untersucht eben diesen psychologischen Effekt des Besuchs:³⁷⁰ Kennedys Berlin-Reise gewann

³⁶⁵ Vgl. AAPD, 1963, Bd. I, Dok. 163: Runderlass des Ministerialdirektors Reinkemeyer, 9.5.1963.

³⁶⁶ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 4: George W. Ball to Secretary of Commerce, 25.8.1961.

³⁶⁷ Vgl. NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 10: Report of Four power Working Group on Economic Countermeasures For Information, 11.9.1961.

³⁶⁸ Schild, Georg: Die Kennedy-Administration und die Berlin-Krise von 1961, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42, 1994, S. 708.

³⁶⁹ Vgl. Ostermann, in: Larres 1997, S. 243. Schild, in: Zeitschrift für Geisteswissenschaften, 1994, S. 708-709. Schertz, 1992, S. 225.

³⁷⁰ Vgl. Daum, Andreas W.: Kennedy in Berlin, Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003.

das Vertrauen der West-Berliner in die amerikanische Verachtung des „Regimes in Pankow“ zurück. Nach Kennedys Besuch geriet es in der bundesdeutschen Öffentlichkeit schnell in Vergessenheit, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen zu Beginn der sechziger Jahre auf dem Tiefpunkt befanden.³⁷¹

4. Das Ergebnis der Mauerkrise

„Die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 markierte sowohl die Teilung Deutschlands wie auch die *De-facto*-Anerkennung DDR durch den Westen, der weder Willens noch im Stande war, den Bau zu verhindern.“³⁷² Gaidas Feststellung kann nur zugestimmt werden. Die USA richteten nach dem August 1961 für längere Zeit in einem geteilten Deutschland ein. Der einflussreiche amerikanische Publizist Walter Lippmann interpretierte das Ergebnis der Mauerkrise als eine langfristige Festlegung des *Status quo* der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen: „Die sowjetische Regierung hat mehr oder weniger die unumstößliche Tatsache akzeptiert, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten keinen Friedensvertrag mit Ostdeutschland unterzeichnen werden, keine diplomatischen Beziehungen mit Ostdeutschland aufnehmen und seine Regierung nicht als rechtmäßig anerkennen werden. Ihre Beziehungen mit Ostdeutschland können nur *De-facto*-Beziehungen sein. Die Gegenleistung auf unserer Seite besteht in dem stillschweigenden Eingeständnis, dass es zwei deutsche Staaten gibt und dass es nicht länger mehr konkretes Ziel der amerikanischen Politik ist, sie durch die Integration Ostdeutschlands in Westdeutschland wiederzuvereinigen.“³⁷³ Für Chruschtschow und Ulbricht war die Schließung der Sektorengrenze folglich ein Triumph. Der ökonomische Zusammenbruch der DDR war verhindert worden, ohne dass westliche Gegenmaßnahmen eingesetzt hatten.³⁷⁴ Kennedy war bereit, um den aus seiner damaligen Sicht gefährlichsten Brennpunkt der Supermächtekonfrontation zu entschärfen, diesen Triumph hinzunehmen und die amerikanische Haltung zur Wiedervereinigung grundsätzlich zu verändern.³⁷⁵

³⁷¹ Vgl. Nehring, Holger: Rezension: Daum, Andreas W.: Kennedy in Berlin, Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10/2004, S. 973-975, S. 974. Vgl. ebenfalls Münger, 2003, S. 366-376.

³⁷² Gaida, 1989, S. 24.

³⁷³ Artikel von W. Lippmann: Die Berlin-Gespräche, New York Herald Tribune, 10.10.1961, in: DokD. IV., 7/1961, S. 697-699, S. 697.

³⁷⁴ Vgl. Bailey, 1997, S. 491.

³⁷⁵ Vgl. Biermann, 1997, S. 157.

Auch wenn die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen auch nach dem Mauerbau 1961 auf dem Papier nicht existent waren, ergab die veränderte Lage in Berlin eine Notwendigkeit politischer Kontakte zwischen der DDR und den USA und, noch gravierender, politische Dissonanzen zwischen Washington und Bonn.³⁷⁶ In der Bundesrepublik kritisierte man nämlich den von Lippmann beschriebenen „Handel“. Willy Brandt warnte in einem Brief an Kennedy vom 15. August 1961, die USA hätten die DDR *de-facto* anerkannt: „*The illegal sovereignty of the East German government has been acknowledged through acceptance.*“³⁷⁷ Der Ausgang der Mauer-Krise wurde in der bundesrepublikanischen Bewertung folglich als eine deutliche Niederlage des Westens bewertet. Der ehemals treueste Verbündete in Fragen der Deutschlandpolitik die Wiedervereinigung hatte etwas geopfert ohne dafür veritable Zugeständnisse zu erhalten. Christoph Kleßmann formuliert zur bundesrepublikanischen Lage zutreffend: „Am schmerzlichsten musste die Bundesregierung die Realität der neuen Entspannungspolitik der USA in der Berlin-Frage erfahren. Das ‚Ziel Nr. 1‘ aller westdeutschen Außenpolitik, die Offenhaltung der deutschen Frage, konnte zwar formal gesichert werden, *de facto* ließ sich nicht mehr verkennen, dass die westliche Führungsmacht den Status quo als Ergebnis des Zweiten Weltkriegs zu akzeptieren bereit war.“³⁷⁸

Dabei war die amerikanische Haltung im Vergleich zu den anderen Westmächten durchaus nicht übermäßig konzilient. Hoff und Larres zeigen in ihren Arbeiten, dass Regierungskreise in Großbritannien hofften, die Mauerkrise würde zur *De-jure*-Anerkennung der DDR führen, damit dieses Thema nicht mehr mögliche Entspannungsverhandlungen mit der UdSSR belastete. London erarbeitete einen Vorschlag, der im Zuge eines britischen *Disengagement* die Schaffung entmilitarisierter Zonen in Europa vorsah, die teilweise beide deutschen Staaten miteinbezogen.³⁷⁹ Eine solche Politik war keinesfalls im Sinne der USA, die weder an eine *De-jure*-Anerkennung der DDR noch an eine Entmilitarisierung Europas.³⁸⁰ Kennedy widerstand den Forderungen Macmillans, so viel Druck wie möglich auf Adenauer auszuüben, damit dieser einer *De-facto*-Anerkennung der DDR durch

³⁷⁶ Vgl. Große, 1999, S. 22.

³⁷⁷ Zitiert nach Beschloss, 1991, S. 276.

³⁷⁸ Kleßmann, 1997, S. 75.

³⁷⁹ Vgl. Hoff, 2003, S. 234-247. Larres, Klaus: Politik der Nachgiebigkeit. Harold Macmillan und die britische Strategie in der Berlinkrise 1958-1961, in: Timmermann, 2002, S. 163-187, S. 166.

³⁸⁰ Vgl. Larres, in: Timmermann, 2002, S. 166.

Bonn zustimme und so den Weg zu Verhandlungen mit Moskau ebnen würde.³⁸¹ Diese Tatsache konnte jedoch Bonn nicht über die *De-facto*-Anerkennung der DDR durch die USA hinwegtrösten. In der Folge galt es für die Bonner Regierung vornehmlich die Amerikaner davon zu überzeugen, die DDR sei faktisch nicht von Bedeutung und in keiner Weise als eigenständige politische Kraft etabliert. Mit dieser Taktik sollte dem Einzug der Überzeugung, die deutsche Einheit sei nicht mehr im Bereich des Möglichen in die amerikanische Öffentlichkeit entgegengewirkt werden.³⁸² Artikel wie „Dunkle Wolken über Deutschland“ aus der New York Times vom 5. Oktober 1961 zeigten, dass diese Sicht bereits im amerikanischen Diskurs Fuß gefasst hatte: „Es trifft ferner zu, dass die Westdeutschen in einer Traumwelt leben, wenn sie meinen, Deutschland werde wiedervereinigt werden oder irgend jemand werde einen Krieg riskieren, um Grenzen zu ändern oder einer *De-facto*-Anerkennung Ostdeutschlands entgegenzutreten.“³⁸³ Durch solche Artikel wuchs in den Vereinigten Staaten das Bild Ostdeutschlands als eigenständiger politischer Einheit. Trotz dieser positiven Veränderungen in der amerikanischen Debatte brachte der Mauerbau auch empfindliche Nachteile mit sich. Hatte das sozialistische Regime in Ost-Berlin mit dem Mauerbau deutlich machen können, dass es mittelfristig nicht verschwinden werde, so war die Berliner Mauer auf lange Sicht eine große Bürde im Bemühen der DDR um internationale Akzeptanz. Als Symbol der in Ostdeutschland herrschenden Diktatur belastete sie bis zum Ende des Bestehens der DDR 1989 die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen.³⁸⁴ Viele Amerikaner identifizierten das SED-Regime beständig mit dem unmenschlichen Bild der Mauer.

Nur in Einzelfällen betrachteten nichtkommunistische Amerikaner die Mauer in einem wenig negativen Licht. Neben einigen Außenseitern, die den USA die moralische Verantwortung für den Mauerbau gaben³⁸⁵ kristallisierte sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahren eine weitere Perspektive heraus: Der Mauerbau als Geburtsstunde einer zweiten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte in Deutschland, der der DDR: „*When the Berlin Wall made it clear that the German Democratic Republic (GDR) was not going to collapse or disappear, the question for most East*

³⁸¹ Zu Macmillans Forderungen Vgl. Steininger, 2001, S. 302.

³⁸² Vgl. DokD, IV., 7/1961, S. 678-686: Interview Grewe für die „ABC“, 8.10.1961, S.686.

³⁸³ The New York Times, 5.10.1961, in: DokD, IV., 7/1961, S. 645-655, S. 655. (NYT)

³⁸⁴ Vgl. Große, 1999, S. 25.

³⁸⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ A 2/20/609: Brief des Brigadegenerals Hugh B. Hester an die Redaktion der Washington Post, 8/1968.

Germans became one of adjustment. To secure a better life they had no choice but to make East Germany viable, and since 1961 they have done just that. The economy has been transformed, agriculture has been revitalized, and a newfound affluence is noticeable everywhere.”³⁸⁶ Experten wie der zitierte Smith waren durchaus respektiert und ihre Thesen wurden, da sie die Schließung der Sektorengrenze weiterhin verurteilten, ernst genommen.

Trotz mancher Neuorientierung in der amerikanischen Politik, blieb die Berliner Mauer das Symbol für das menschenverachtende SED-Regime. Der Mauerbau rückte die DDR als menschenverachtendes Regime, das seine Bürger „einmauern“ musste, da es ihnen keinen „*pursuit of happiness*“ bieten konnte, in den negativen Fokus der amerikanischen Medienwelt. Brzezinski formulierte 1966: „Die Mauer von Berlin verschafft dem Westen ein überzeugendes Symbol für die Unnatürlichkeit des ostdeutschen Regimes und zwar ohne die Gefahren, die eine tägliche Zurschaustellung und Verschärfung solcher Unnatürlichkeit birgt.“³⁸⁷ An diese Analyse angelehnt, setzten die Amerikaner in der Auseinandersetzung mit dem Systemfeind auf deutschem Boden ab 1961 auf die langfristige Strategie der Überlegenheit der westlichen, demokratisch-marktwirtschaftlichen Denkweise, während sie kurzfristig den *Status quo* akzeptierten.³⁸⁸ Dieser Strategie folgend waren Präsidentschaftsberater wie McGeorge Bundy oder Walt Rostow im Gegensatz zu den Vorgängeradministrationen bereit, die unbedingte deutschlandpolitische Loyalität gegenüber der Bundesrepublik aufzugeben und stillschweigend die faktische Existenz der DDR zu akzeptieren. Der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch war für die Administration Kennedy nicht mehr hilfreich, sondern unter Umständen hinderlich. Dennoch traf die von Paul Wandel im DDR-Organ „Deutsche Außenpolitik“ vertretene Ansicht, „... die regierenden Kreise in Bonn müssen immer wieder, sogar von offiziellen Stellen der USA und anderer NATO-Staaten, die Belehrung entgegennehmen, dass sie selbst in vielen Fällen die Deutsche Demokratische Republik nicht nur *de facto*, sondern durch den Abschluss von Abkommen *de jure* anerkannt haben“ keineswegs zu.

³⁸⁶ Smith, 1967, S. I.

³⁸⁷ Brzezinski, Zbigniew: Deutsche Einheit durch europäische Verflechtung, in: Sommer, Theo (Hrsg.): Denken an Deutschland, Zum Problem der Wiedervereinigung, Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966, S. 91-118, S. 98.

³⁸⁸ Vgl. Arenth, in: Larres, 1997, S. 152.

Das Hauptaugenmerk der USA galt nicht dem *Status quo* der DDR, sondern der Vermeidung großer Krisen in der bipolaren Welt des Kalten Krieges. Die Kuba-Krise machte diese amerikanischen Bemühungen schnell zunichte.

B. USA-DDR und die Kuba-Krise

Mit dem Beginn der Stationierung von sowjetischen nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen auf Kuba im Oktober 1962 begannen die *Thirteen Days*³⁸⁹, die die beiden Blöcke dem nuklearen Schlagabtausch so nahe brachten wie nie zuvor.³⁹⁰ Im Gegensatz zur Mauerkrise, in der Ost-Berlin eine wichtige Rolle gespielt hatte, beeinflusste die Kuba-Krise die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen nur indirekt. Weder war die DDR unmittelbar an dem Konflikt beteiligt – das SED-Regime hatte nicht einmal diplomatische Beziehungen zu Kuba –, noch hatten die USA in diesem Musterbeispiel eines bilateralen Konflikts der beiden Supermächte Interesse an der Haltung der DDR. Eine Annahme der älteren Forschung, Ost-Berlin und besonders Ulbricht hätte Chruschtschow zu einer Offensive auf Kuba gedrängt, um in anschließenden Verhandlungen eine internationale Aufwertung der DDR durchzusetzen scheint im Licht der heute zugänglichen Quellen wenig wahrscheinlich.³⁹¹

Dennoch gab es einen Zusammenhang zwischen der Kuba-Krise und der DDR: Die Situation in Berlin. Harald Biermann und Christof Münger zeigen in ihren Arbeiten zur Außenpolitik der Administration Kennedy, dass der amerikanische Präsident – höchstwahrscheinlich zu Unrecht – die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba aufs engste mit der Forderung der UdSSR nach einer Entmilitarisierung in Berlin verknüpft sah.³⁹² Kennedy rechnete bei einem militärischen Vorgehen der USA gegen Kuba fest mit einem sowjetischen Vorgehen gegen West-Berlin. Die DDR konnte bei einer solchen Reaktion der UdSSR unter Umständen das ausführende Organ sein. Diese Einschätzung verursachte ein Dilemma, da der amerikanische Präsident in seinem Versuch, einen militärischen Konflikt der Supermächte bei Wahrung amerikanischer Sicherheitsinteressen zu verhindern, wenig Rücksicht auf

³⁸⁹ Vgl. Kennedy, Robert F.: *Thirteen Days: A Memoir of the Cuban Missile Crisis*, New York 1969.

³⁹⁰ Vgl. Fursenko, Aleksandr/ Naftali, Timothy: *One Hell of a Gamble: Khrushchev, Castro & Kennedy*, New York 1997.

³⁹¹ Vgl. MacAdams, James A.: *East Germany and Détente*, Cambridge 1985, S. 36-37.

³⁹² Vgl. Biermann, 1997, S. 162. Münger, 2003, S. 202-223.

Glaubwürdigkeitsprobleme in Deutschland nehmen konnte.³⁹³ Gleichzeitig wollte er gegenüber der DDR, die die USA in der Kuba-Krise aufs schärfste kritisierte, keine Zugeständnisse, besonders nicht in der Berlin-Frage machen. Die Entscheidungsfindung in der Krise hinterließ folglich Spuren in dem sich gerade entwickelnden Verhältnis zwischen der westlichen Führungsmacht und dem sowjetischen und kubanischen Verbündeten.

Die Situation des kommunistischen Kubas als direktem Nachbarn des „Hauptquartiers des Imperialismus“ stand bereits vor der eigentlichen Kuba-Krise im Blickpunkt des SED-Staates. Spätestens seit der gescheiterten Invasion der USA in der Schweinebucht verstärkten sich die antiamerikanischen Positionen der SED-Organe Neues Deutschland oder Deutsche Außenpolitik mit Bezug zu Kuba. Ein auffallendes Topos dieser Propaganda war der Versuch, eine Analogie zwischen der Situation in Berlin und der Situation auf Kuba herzustellen: „Wie jüngst beim gescheiterten Überfall der USA auf das unabhängige Kuba, bei dem der amerikanische Stützpunkt Guantánamo, das kubanische ‚West-Berlin‘, als Brückenkopf diente, haben die Friedenskräfte auch in Berlin der imperialistischen Politik des ‚rollback‘ wirksam Einhalt geboten.“³⁹⁴

Zu einem Schlüsselbegriff der Propaganda avancierte die Losung von der „antiimperialistischen Solidarität“. Für die DDR galt diese Solidarität mit Kuba in besonderem Maße, da das sozialistische Deutschland nach eigenem Selbstverständnis als „Frontstaat“ ähnlichen Bedrohungen wie Kuba ausgesetzt war. Ost-Berlin gab die Formel aus, dass die Amerikaner ähnlich wie in Deutschland aus verbündeten Staaten heraus gegen Kuba voringen: „Auch bei der Aggression gegen Kuba [P.M. wie bei der Aggression gegen die DDR] bevorzugte es die CIA die Territorien militärischer Bündnispartner (Nicaragua, Honduras und Guatemala) [P.M. Bundesrepublik] für völkerrechtswidrige Handlungen zu missbrauchen.“³⁹⁵ Sogar im Erfolg machte das SED-Regime Parallelen zwischen den beiden Staaten aus. Sowohl Ost-Berlin als auch Kuba hatten den amerikanischen Aggressionen bisher getrotzt, eine amerikanische Offensive erfolgreich zurückgeschlagen und die Welt vor einem

³⁹³ Vgl. Schertz, 1992, S. 181.

³⁹⁴ Kohl, Michael/ Krusche, Heinz: Völkerrechtliche Gedanken zu den Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.8.1961, in: DAuß 10/1961, S. 1147-1154, S. 1147.

³⁹⁵ Vgl. Mader, Julius: Die „Kuba-Operation“ der CIA, in: DAuß 7/1961, S. 817-826, S. 820.

Ausgreifen des amerikanischen Imperialismus bewahrt. Auf Grund der vielen Gemeinsamkeiten war die antiamerikanische Propaganda mit Kuba-Bezug bereits äußerst entwickelt, als die SED-Führung die Bemühungen mit Einsetzen der Krise im Oktober 1962 noch steigerte. Mit der Direktive „zur Provokation des USA-Imperialismus gegen Kuba“ setzte das Politbüro am 23. Oktober 1962 die ostdeutsche Propagandamaschinerie voll in Gang.³⁹⁶ Die dann folgende Kuba-Kampagne war der erste Höhepunkt der antiamerikanischen Agitation der DDR.³⁹⁷

Hinter der Propaganda standen zwei Beweggründe. Zum einen musste die DDR als Bündnispartner der Sowjetunion diese in der Auseinandersetzung mit dem Systemfeind so gut es ging unterstützen. Zum anderen erhoffte sich das SED-Regime durch die Diskreditierung der Vereinigten Staaten als Friedensgefahr einem „Übergriff“ der bundesdeutschen Sympathie für die amerikanische Kultur auf die DDR vorzubeugen. Unter Überschriften wie „Hände weg von Kuba“, „Schluss mit der USA-Aggression gegen Kuba“ und „Brecht die Blockade der Yankees“ entfaltete sich eine breite Kampagne, in die insbesondere die Volkseigenen Betriebe (VEB) und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) mit einbezogen wurden.³⁹⁸ Die Interpretation der Kuba-Krise als amerikanische Aggression gegen Kuba und nicht als Folge der sowjetischen Offensivaktion wirkte bis in die historische Forschung der DDR nach.³⁹⁹ Erst Mitte der achtziger Jahren schrieb die DDR-Forschung den Kennedys rückwirkend die Rolle der besonnenen Kriegsverhinderer zu, die gegen Männer wie den Verteidigungsminister Robert McNamara durchgesetzt hatten, dass die Situation nicht eskalierte, sondern der „dritte Weltkrieg“ verhindert werden konnte.⁴⁰⁰ Im Jahr 1963 blieben Politbüro, ZK und MfAA jedoch von der „Schuld“ der USA ebenso überzeugt wie von der Lösung der Krise durch die konziliante Politik der UdSSR. In diesem Sinne hielten die Medien der DDR die Intensität der antiamerikanischen Propaganda aufrecht.

³⁹⁶ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/2/853, VPB: Schreiben des ZK an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 24.10.1962.

³⁹⁷ Vgl. ebd.

³⁹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/2/853: Schreiben des ZK an die Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, 24.10.1962. Zitiert nach Große, 1999, S. 26.

³⁹⁹ Vgl. Große, 1999, S. 26.

⁴⁰⁰ Vgl. Pade, Werner: Kuba, Volksbefreiung und Verteidigung einer Revolution, Berlin (Ost) 1986, S. 86-87.

Anfang November 1963 konnten Amerikaner und Sowjets das „Pulverfass“ Kuba-Krise endgültig entschärfen. Die sowjetischen Schiffe drehten ab, und die Raketenbasen auf Kuba wurden wieder abgebaut. Die USA waren gestärkt aus der Kuba-Krise hervorgegangen. Sie hatten in den Augen der westlichen Öffentlichkeit Chruschtschow in die Knie gezwungen, Präsident Kennedy und die Vereinigten Staaten hatten auch in der Bundesrepublik wieder an Popularität gewonnen, da sie Teile der verlorenen Glaubwürdigkeit in der Frage einer festen Haltung gegenüber Ost-Berlin zurückerobert konnten.⁴⁰¹

Im Bewusstsein, eine nukleare Auseinandersetzung ohne nennenswerten Gesichtsverlust gerade noch abgewendet zu haben, konnte Washington den lange geplanten Entspannungskurs nun endlich beginnen. Auch in Moskau standen die Zeichen nun auf Entspannung. Hatte Chruschtschow 1961 vor der Mauerkrise noch gedroht, dass, wenn die USA einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland und einer „freien Stadt“ Regelung nicht zustimmen würden, die UdSSR nur mit der DDR einen Friedensvertrag abschließen würde, der die einseitige Kündigung aller Vier-Mächte-Regelungen sowie die einseitige Aufhebung des Besatzungsregimes in West-Berlin zur Folge hätte,⁴⁰² so war von solchen Optionen nach der überstandenen Kuba-Krise nicht mehr die Rede. Natürlich war auch das SED-Regime froh, dass ein nuklearer Konflikt abgewendet werden konnte. Gleichzeitig musste Ulbricht jedoch die Idee eines Separatfriedens mit der UdSSR endgültig begraben.

Für Ost-Berlin endete mit der friedlichen Lösung des Kuba-Konflikts die Zeit des konfrontativ errungenen Prestigegewinns. Die ostdeutsche Kuba-Politik musste, nachdem die DDR noch am 12. Januar 1963 volle diplomatische Beziehungen zu Kuba aufgenommen hatte, sich daher ebenfalls neu justieren. Für die mit der USA-Politik betrauten SED-Funktionäre bedeutete das z.B., das gerade erst etablierte Verhältnis zu Kuba in Einklang mit den amerikapolitischen Zielen zu bringen. Die Entwicklung Kubas nach der Krise war problematisch, da Fidel Castros beständiger Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die USA nicht in das Konzept der „friedlichen Koexistenz“ passte. Während der Krise hatte die Bündnisdisziplin eine deutliche Unterstützung der sowjetischen und damit der kubanischen

⁴⁰¹ Vgl. Münger, 2003, S. 238-240.

⁴⁰² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/3663: Protokoll der sowjetischen Niederschrift der Unterredung N.S. Chruschtschows mit J.F. Kennedy, 4.6.1961.

Vorgehensweise gefordert, die nach ihrer Beilegung nicht mehr oberste Priorität auf der außenpolitischen Agenda der DDR hatte. Das SED-Regime sah die nach 1961 erreichte *De-facto*-Anerkennung des eigenen Staates und die Möglichkeiten der Entspannung durch eine kubanische Propaganda-Offensive bedroht. Castro zeigte in der schrittweisen Überwindung des kapitalistischen Gegners nach Ansicht Ulbrichts einen „Mangel an Geduld“. ⁴⁰³ Kuba blieb daher bis 1974, als Fidel Castro in einem achteinhalbstündigen Gespräch mit einer DDR-Delegation zu verstehen gab, dass die Kommunistische Partei Kubas (KPK) das Konzept der „friedlichen Koexistenz“ gegenüber den USA konkret unterstützen würde, ⁴⁰⁴ ein unter amerikapolitischen Gesichtspunkten ambivalenter Verbündeter für die DDR. Dass die ostdeutsche USA-Politik im Klima der Entspannungen neue Möglichkeiten hatte, zeigte sich bereits 1963 in den Verhandlungen über den Vertrag zum Verbot von Atomwaffenversuchen.

C. Der Vertrag zum Verbot von Atomwaffenversuchen: Zementierung der De-facto-Anerkennung

„Der völkerrechtliche Status der DDR [hat] sich durch diesen Vertrag total geändert. Das [ist] sonnenklar.“ ⁴⁰⁵ Diese noch während der anglo-amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau gegenüber dem Leiter der Europaabteilung des *State Departments* William R. Tyler getroffene Aussage des Bundeskanzler Adenauers weist auf eine Brisanz des Atomteststoppabkommens für die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen hin, die über den Inhalt der originären Rüstungsbeschränkung weit hinaus geht. Wie hatte sich diese Brisanz entwickelt?

Bereits bei ihrer Zusammenkunft in Wien im Juni 1961 hatten John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow über die Gefahren der Entwicklung und Proliferation von nuklearen Waffen diskutiert, waren jedoch auf Grund der Ablehnung Chruschtschows zu keinem Ergebnis gekommen. ⁴⁰⁶ Der junge Präsident musste jedoch nicht nur mit dem Widerstand des Kremls, sondern auch mit dem des

⁴⁰³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Vermerk über die Aussprache des Genossen Walter Ulbricht mit dem Generalsekretär der KPUSA, Gus Hall, 8.9.1966.

⁴⁰⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2 A 1834: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK, 8.11.1974.

⁴⁰⁵ AAPD, 1963, Bd. II, S. 833-845, S. 840: Gespräche Adenauers mit William R. Tyler, State Department, 30.7.1963.

⁴⁰⁶ SAPMO-BArch, DY 3663: Information an das Büro Ulbricht, Niederschrift der Unterredung zwischen N.S. Chruschtschow und J.F. Kennedy, 4.6.1961.

Kongresses rechnen. Da es sich in diesem Fall um einen Vertrag und kein „*executive agreement*“ handelte, hatte der amerikanische Kongress erheblichen Einfluss auf eine Entscheidung. Der Kongress konnte jedoch grundsätzlich, trotz der demokratischen Mehrheit in beiden Kammern⁴⁰⁷ für den Abrüstungsgedanken generell und den Atomteststoppgedanken speziell keinen Enthusiasmus entwickeln. Darüber hinaus rückte die Möglichkeit einer nuklearen Abrüstung während der Krisen in Berlin und auf Kuba in weite Ferne, da die Supermächte ihr atomares Drohpotenzial in der Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen benötigten. Echte Fortschritte in Richtung eines Teststopps konnten daher erst wieder nach der Kuba-Krise gemacht werden.⁴⁰⁸ Kennedy war, wie Harald Biermann und Georges-Henri Soutou ausführen, durch die Krisen in seiner Auffassung bestärkt worden, dass Atomwaffen das Potenzial besaßen, die Welt beabsichtigt oder unbeabsichtigt in den Abgrund zu stürzen. Auf dem Gebiet der Atomwaffen war der Präsident daher zu weit reichender Zusammenarbeit mit der Sowjetunion bereit.⁴⁰⁹ Mit der ab Frühling 1963 wachsenden Entspannung standen nukleare Fragen folglich oben auf der internationalen Agenda. So wurden 1963 die Gespräche über einen Atomteststopp zwischen den Supermächten wieder aufgenommen und zügig vorangetrieben. Am 26. April 1963 unterbreitete Unteraußenminister W. Averell Harriman als persönlicher Gesandter Kennedys Chruschtschow das Angebot, einen Teststoppvertrag auszuhandeln. Nach schnellen und erfolgreichen Verhandlungen zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien konnten die Außenminister den Vertrag am 5. August 1963 in Moskau unterschreiben. Am 10. Oktober 1963 trat das Teststoppabkommen in Kraft.

In dem Wunsch nach einem möglichst wirksamen Abkommen bei gleichzeitiger Vermeidung der *De-facto*-Anerkennung lag das Dilemma der USA: „*Easter Germany ... presents a special political and technical problem. Whether it would be feasible to argue against East German accession at the time it deposited its instruments of ratification ... would have to be reviewed in the light of the technical facts and the situation existing at the time. It would be understood that upon accession to the treaty of any Communist regime unrecognized by us that the U.S.*

⁴⁰⁷ Vgl. Briggs, 1994, S. 113.

⁴⁰⁸ Vgl. Dulles, 1968, S. 196.

⁴⁰⁹ Vgl. Biermann, 1997, S. 207. Soutou, Georges-Henri: *La guerre de Cinquante Ans, Les Relations Est-Ouest 1943-1990*, Paris 2001, S. 426.

would make clear that its willingness to agree to such adherence in no way affects our fundamental attitudes toward those regimes.”⁴¹⁰ Washington lehnte es daher ab *a priori* besondere Hindernisse für den Beitritt zu errichten.⁴¹¹ Da das SED-Regime als Institution, die ein Abkommen auf dem Territorium der DDR durchsetzen sollte, für die USA von Interesse war, witterte es die Chance auf eine internationale Aufwertung und lobte das Teststoppabkommen öffentlich.⁴¹² Dem Lob der DDR⁴¹³ stand die Kritik der Bundesrepublik gegenüber, die eine Zementierung der *De-facto*-Anerkennung des SED-Regimes fürchtete. Amerikanische Vertreter versuchten die in Bonn hervorgerufenen Ängste vor einer internationalen Aufwertung der DDR zu zerstreuen. So betonte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara gegenüber dem deutschen Bundeskanzler, dass auch wenn in dem Abkommen von „nationaler Souveränität“ und von „Staaten“ gesprochen wurde, die DDR weder von den USA noch von anderen Nichtanerkennungsstaaten durch ihren Beitritt zum Abkommen juristisch anerkannt werde.⁴¹⁴ Auch Präsident Kennedy bemühte sich vorbeugend klarzumachen, dass die USA die DDR nicht anerkennen würden, komme was da wolle: „*We do not intend to recognize the East German regime ... and we believe strongly in the reunification of Germany as a free country.*“⁴¹⁵

Das Konstrukt, von der die USA im Falle der DDR Gebrauch machen wollten fußte auf einer mündlichen Vereinbarung zwischen den ursprünglichen Signarstaaten – USA, Großbritannien, UdSSR – , dass ein jeder dieser Signarstaaten die Beitrittserklärung und Ratifikationsurkunden von ihm nicht anerkannter Staaten nicht anzunehmen brauchte: „*Article III of the Treaty provides that all three of the original parties are to be depositaries for instruments of ratification an accession. The parties orally agreed, however, that any depositary might refuse to accept an instrument of accession or ratification from a government it did not recognize.*“⁴¹⁶ Die amerikanische Position, eine Anerkennung sei keine Frage der Unterschriften unter

⁴¹⁰ NA, RG 59, GRDS, Numerical Files Relating to the German Democratic Republic, Box 9: Memorandum, Draft Article on Parties to the Test Ban Treaty, 16.6.1960.

⁴¹¹ Vgl. AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 235: Aufzeichnungen des Staatssekretärs Carstens, 24.7.1963.

⁴¹² DADDR, XI, 1963, S. 321: Ulbricht zur Ratifizierung des Moskauer Vertrages, 11.11.1963.

⁴¹³ Vgl. Selvage, Douglas: The Warsaw Pact and Nuclear Nonproliferation 1963-1965, Working Paper Nr. 23, CWIHP, Washington D.C. 2001, S. 12.

⁴¹⁴ Vgl. AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 257: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara, 31.7.1963.

⁴¹⁵ The President’s News Conference of August 1, 1963, in: Kennedy, John F.: Public Papers of the Presidents of the United States, 1961-1963, Washington D.C., 1962-1964, S. 612-619, S. 613. Zitiert nach Münger, 2003, S. 341.

⁴¹⁶ AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 239: Drahterlass des Staatssekretärs Carstens, 26.7.1963.

einem Abkommen, sondern eine Frage des expliziten politischen Willens – da dieser von Washington nicht formuliert wurde, bedurfte es rein juristisch keiner Erklärung der Nichtanerkennung – ⁴¹⁷, konnten die von der Hallstein-Doktrin geprägten Außenpolitiker der Bundesrepublik nicht überzeugen. Bonn war wohl bewusst, dass die USA eine *De-jure*-Anerkennung der DDR jedoch nicht wollten. Für Bonn war nämlich nicht nur die juristische, sondern schon die faktische Aufwertung des SED-Regimes problematisch. Die bundesdeutsche Diplomatie befürchtete, dass z.B. durch die Teilnahme zweier deutscher Delegationen an einer Konferenz der Teilnehmerstaaten der Eindruck erweckt werde, es gäbe zwei deutsche Staaten.⁴¹⁸ Weder McNamara noch das deutschlandpolitische Personal des *State Department* konnten diese Bedenken eliminieren. Nach amerikanischer Auffassung war das Abkommen so bedeutsam, „dass man kleinere Schwierigkeiten, wie sie die Bundesregierung“ hatte, in Kauf nehmen musste.⁴¹⁹ Adrian S. Fisher, von 1961 bis 1969 *Deputy Director U.S. Army Control and Disarmament Agency*, fasste die amerikanische Position zur Unterzeichnung des Teststoppabkommens zusammen: „*In a political treaty of this kind as opposed to something like the General Agreements on Tariffs and Trade, it's just as well to have the East Germans bound under treaty obligations to their friends. That means they won't violate it whether we recognise them or not.*“⁴²⁰ Tatsache blieb, dass eine Delegation aus der DDR am 8. August 1963 den Vertrag in Moskau unterschrieb und damit demselben Abkommen beitrug wie die USA.⁴²¹

In Bonn hatte man nach eigener Einschätzung eine schwere Niederlage hinnehmen müssen: „Was die sog. ‚DDR‘ von universeller internationaler Anerkennung bisher noch weit getrennt hat, ist durch diese Konzession Großbritanniens und USA zu Lasten Deutschlands auf kaum mehr als einen formal juristischen Vorbehalt reduziert.“⁴²² Der internationale Status der DDR war deutlich verbessert, zumal die Bundesrepublik erst am 19. August 1963 und *nolens volens* ebenfalls dem

⁴¹⁷ Vgl. AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 264: Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das AA, 2.8.1963.

⁴¹⁸ Vgl. AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 257: Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara, 31.7.1963.

⁴¹⁹ Vgl. AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 270: Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 3.8.1963.

⁴²⁰ Transcript Adrian S. Fisher, Oral History Interview I, 31.10.1968, S. 25, LBJ Library Online: www.lbjl.utexas.edu/johnson/archives.hom/oralhistory.hom/fisher%20Da/fisher1.pdf

⁴²¹ Münger, 2003, S. 310.

⁴²² AAPD, 1963, Bd. II, Dok. 245: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Müller-Roschach, 29.7.1963.

Teststoppabkommen beirat.⁴²³ Die Teilnahme an den Vereinbarungen zum Atomteststoppabkommen bedeutete folglich einen großen Erfolg der DDR auf dem Weg der internationalen Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts⁴²⁴, der besonders auch das Verhältnis zwischen der DDR und den USA neu akzentuierte. Christoph Kleßmann beschreibt die Situation wie folgt: „Das Interesse an der Unterschrift der DDR unter diesen Vertrag rangierte bei den USA höher als der gesamtdeutsche Vorbehalt der Bundesregierung.“⁴²⁵ Für Christof Münger war der Vertrag gar ein Berlinabkommen, in dem Washington „die teilweise Erfüllung von Chruschtschows Forderungen von Wien, insbesondere derjenigen nach Anerkennung des ostdeutschen Teilstaats“ leistete und damit „die internationale Anerkennung des Ost-Berliner Regimes merklich erhöhte“.⁴²⁶

D. Die Administration Kennedy: Chance für die USA-Politik der DDR?

„Für die Gegner einer Entspannungspolitik innerhalb und außerhalb der USA war dieser Vertrag [P.M. das Atomteststoppabkommen] das Startzeichen zum offenen Angriff auf den Präsidenten und seine Politik. ... Das Signal für die Verschärfung der Aggressivität des USA-Imperialismus waren die Schüsse von Dallas, die den 35. Präsidenten der USA, J.F.Kennedy, mordeten. ... Kennedy wurde das Opfer der ‚Freiheit‘ der Lynchjustiz, der Rassenfanatiker, des blindwütigen Antikommunismus und der Kriegstreiber – einer USA-‚Freiheit‘, die er noch während seiner Sommerreise 1963 in Westdeutschland und Westberlin in seiner Klassenblindheit als ‚höchstes Gut‘ gepriesen hatte.“⁴²⁷ Major Wolfgang Lehmann, Autor des ersten Kapitels des unter Klaus Bollingers Leitung in der DDR entstandenen Buches „Die Johnson-Doktrin“ impliziert in seinen Ausführungen einen Zusammenhang zwischen der Gegnerschaft konservativer US-Kreise gegen das Atomteststoppabkommen und dem am 22. November 1963 verübten Mord an Präsident Kennedy.

Diese nachträgliche Stilisierung John F. Kennedys zum Opfer reaktionärer Kreise lässt große Hoffnungen der politischen Elite der DDR in den charismatischen Präsidenten der USA vermuten. Und tatsächlich glaubte Walter Ulbricht an eine

⁴²³ Vgl. Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963, Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“, München 2001, S. 1908.

⁴²⁴ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 24.

⁴²⁵ Kleßmann, 1997, S. 75.

⁴²⁶ Münger, 2003, S. 310.

⁴²⁷ Bollinger, 1967b, S. 8-14.

verbesserte Situation der sozialistischen Welt in der Auseinandersetzung mit der westlichen Supermacht, als die Wahlen 1960 die demokratische Mehrheit im Kongress bestätigten und nun zusammen mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Kennedy „die Machtübernahme durch den progressiven Flügel der Demokratischen Partei“ erfolgte.⁴²⁸ Ulbrichts Stimmung war so hoffnungsvoll, dass er dem neuen Präsidenten gar ein Glückwunschtelegramm übersandte⁴²⁹ und sie blieb nicht auf Ulbricht beschränkt. Insgesamt schienen die USA-Experten in der DDR 1960 froher Hoffnung zu sein. Gerade im Bezug auf die Außenpolitik Kennedys glaubte man an Verbesserungen für die DDR. Die „Strategie des Friedens“, ein Buch das eine Auswahl außenpolitischer Reden Kennedys enthielt, beurteilte ein Autor im Organ *Deutsche Außenpolitik* als „Versuch etwas realistischer denkender Kreise der USA, ihre imperialistische Politik in Einklang zu bringen mit Ihrer Erkenntnis, dass das sozialistische Weltsystem militärisch unüberwindlich ist und ein militärischer Konflikt mit ihm die weitere Existenz der USA aufs Spiel setzen würde.“⁴³⁰ Darüber hinaus beschworen Experten in vielen Publikationen den Vormarsch der so genannten „progressiven Kräfte“ in der amerikanischen Gesellschaft: „Die diesjährigen Wahlen finden zu einem Zeitpunkt statt, in dem sehr einflussreiche Kreise der amerikanischen herrschenden Klasse die Unvermeidlichkeit der friedlichen Koexistenz endlich haben anerkennen müssen.“⁴³¹ Der junge Präsident war nach Ansicht des MfAA trotz seiner Herkunft aus der kapitalistischen Großbourgeoisie Teil dieser Kräfte.⁴³² Erste „Fehler“ der neuen Administration, wie die Invasion in der Schweinebucht, lastete die veröffentlichte Meinung daher nicht Kennedy, sondern dem reaktionären Apparat an.⁴³³ Das SED-Regime erhoffte sich in der Anfangsphase, dass der Präsident diesen reaktionären Apparat entmachten und der DDR so ungewollt eine Chance zur Verbesserung ihres schlechten Images in den USA einräumen würde. Eine Propaganda-Offensive, die die sich verändernde Lage dazu nutzen sollte „durch direktes Einwirken in den USA eine Vorstellung von der

⁴²⁸ Vgl. Bandulet, Bruno: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen den USA, der Sowjetunion und Frankreich, Bad Kissingen 1969, S. 177.

⁴²⁹ DADDR, VIII, 1960, S. 522: Glückwunschtelegramm Walter Ulbrichts an John F. Kennedy, 10.11.60.

⁴³⁰ Vgl. P.K.: Kennedy muß sich entscheiden, in: DAuß 3/1961, S. 265-272, S. 266.

⁴³¹ Vgl. Lohr, Georg: Die Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, in: DAuß, 6/1960, S. 646-653, S. 264.

⁴³² Ebd.

⁴³³ Vgl. Mader, in: DAuß 7/1961, S. 820.

DDR und ihren Leistungen zu vermitteln“,⁴³⁴ kam durch die Intensivierung der Berlin-Krise im Sommer 1961 nicht mehr zu Stande.

Stattdessen erkannte der Führungszirkel der SED in der Berlin-Krise eine Chance, die Diskriminierungsfront aus USA und Bundesrepublik auseinander zu dividieren, und diese Möglichkeit war nicht unrealistisch. In der Bundesrepublik befürchteten Politiker und Bevölkerung nämlich durchaus, angestoßen durch die faktische Akzeptanz der Berliner Mauer durch die USA, ihre Interessen in der Deutschlandfrage könnten von Präsident Kennedy und seiner Administration auf dem Altar der *Détente* mit der UdSSR geopfert werden.⁴³⁵ Hatten Eisenhower und Dulles nicht zuletzt aus Loyalität zu Adenauer die Anerkennung der DDR als *ultima Ratio* ausgeschlossen, so entbehrte John F. Kennedy dieser persönlichen Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Kanzler und fühlte sich weniger an den traditionellen Kanon deutschlandpolitischer Maximen gebunden. Der weltpolitisch orientierte Präsident war nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für die USA sich verschlechternden nuklearen Situation vor allem an einem *Modus vivendi* mit der Sowjetunion interessiert.⁴³⁶

Aber redete der amerikanische Präsident wirklich wie Churchill und handelte wie Chamberlain, wie es der *New York Times* Journalist James Reston formulierte?⁴³⁷ Kennedy handelte nicht nach dem Konzept eines *Appeasement* gegenüber der UdSSR, sondern hielt seine Außenpolitik zwischen den Polen Friedens- und Glaubwürdigkeitserhalt.⁴³⁸ In seiner Furcht vor der nuklearen Auseinandersetzung, vor der von ihm „empfundene globale Defensive gegenüber Moskau“,⁴³⁹ lag für die UdSSR und damit auch für die DDR die Chance auf Statusverbesserung. Entstand im August 1961 der Eindruck, Kennedy ließe den Osten diese Chance nutzen, so zeigte der amerikanische Präsident mit der harten Verhandlungslinie in

⁴³⁴ SAPMO, NY 4182/1323: DDR-Außenminister Otto Winzer an Walter Ulbricht zur Einschätzung der künftigen Politik der Regierung Kennedy vom 10.1.1961.

⁴³⁵ Vgl. Schwartz, Thomas A.: Lyndon Johnson and Europe, In the Shadow of Vietnam, Cambridge, London 2003, S. 16.

⁴³⁶ Ostermann, in: Larres 1997, S. 241. Ninkovich, Frank: Die Vereinigten Staaten und die deutsche Frage 1949-1968, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, Bd. 1, München, Stuttgart 2001, S. 197 ff..

⁴³⁷ Zitiert nach, Smith, 1963, S. 261.

⁴³⁸ Vgl. Biermann, 1997, S. 268.

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 270.

der Verteidigung der „drei *Essentials*“ im Herbst 1961 die Grenzen seiner Konzilianz.

Für die DDR bedeutete die Berlin-Krise damit zwar die *De-facto*-Anerkennung, aber auch den Abschied von der Idee eines multilateralen oder auch nur bilateralen Friedensvertrages, der eine *De-jure*-Anerkennung hätte nach sich ziehen können. Kennedy war nicht über seinen Schatten gesprungen. Ebenso erwiesen sich die Hoffnungen der DDR auf die „progressiven Kräfte“ im Senat als trügerisch. Zwar identifizierte die 5. AEA im Jahr 1963 die Senatoren Fulbright, Mansfield und Humphrey als in außenpolitischen Fragen weitsichtig, realitätsnah und kompromissfähig,⁴⁴⁰ den Großteil des Kongresses sah Ost-Berlin jedoch gegen sich. So blickte das Politbüro im Herbst 1963 desillusioniert auf das Wirken der Kennedy-Administration: „Die Bonner Regierung hat für ihre Politik, besonders in Bezug auf die Verhinderung einer deutschen Friedensregelung und einer Normalisierung der Lage in West-Berlin, starke Verbündete in den USA. Das gilt im Wesentlichen für die Kennedy-Regierung selbst, im Besonderen aber für den Senat.“⁴⁴¹ Zu diesem Zeitpunkt erkannte das SED-Regime in der Präsidentschaft Kennedy für die amerikanische *De-jure*-Anerkennung der DDR keine Chance mehr. Seine Chance auf die *De-facto*-Anerkennung durch das Amerika Kennedys hatte es bereits im August 1961 genutzt.

Die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen gingen verändert aus den von Berlin- und Kuba-Krise geprägten Jahren 1961 bis 1963 hervor und standen am Ende der Ära Kennedy auf einer neuen Basis. Das Symbol für diese neue Basis war die von den USA tolerierte Teilnahme der DDR am Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen im Jahr 1963. Sie verdeutlichte, dass Washington die DDR als internationalen Akteur wahr- und ernstnahm. Nicht die formelle Souveränitätsübertragung von Moskau an Ost-Berlin 1955, sondern der erste Test dieser Souveränität – der Mauerbau 1961 – hatte diese Veränderung bewirkt. In der Folge strebte das SED-Regime, selbst wenn sich seine Führung weiterhin gesamtdeutsch gebärdete, offensiv nach der Festigung der deutschen

⁴⁴⁰ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, A 1942: Information über die Haltung der Senatoren Fulbright, Mansfield, Humphrey und Keating zu wichtigen außenpolitischen Fragen, 23.2.1963.

⁴⁴¹ SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2 A-1308: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüro vom 29.10.1963.

Zweistaatlichkeit in der internationalen Praxis.⁴⁴² Die Bundesrepublik hingegen musste sich darauf einstellen, dass die USA zugunsten einer Entspannung der explosiven Lage in Europa bereit waren, nicht nur die offensive *Rollback*-Politik zurückzustellen und die Beziehungen mit dem Ostblock zu erweitern, sondern gleichzeitig auch die Existenz zweier deutscher Staaten zu akzeptieren.⁴⁴³ An dieser Entwicklung änderten auch die „Schüsse von Dallas“⁴⁴⁴ nichts.

⁴⁴² Wettig, Gerhardt: Die Frage der deutschen Einheit im Kalten Krieg, Konzepte und Bemühungen, in: DA 5/2003, S. 820-850, S. 832.

⁴⁴³ Vgl. Stöver, 2002, S. 897.

⁴⁴⁴ Bollinger, 1967b, S. 14.

IV. Die USA und die DDR 1963-1968: Zwischen „selektivem Brückenschlag“ und Anerkennungslobbyismus

„Mit dem Mauerbau und der Kubakrise erreichte die erste Phase des Kalten Krieges zwischen Ost und West ihren Höhepunkt, zugleich gelangte sie jedoch auch an ihr vorläufiges Ende. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten konnten ihre ökonomische, militärische und ideologische Unterlegenheit gegenüber dem Westen nicht mehr kaschieren. Fortan ging es für die Länder des real existierenden Sozialismus nicht mehr vorrangig um die Herbeiführung einer revolutionären Situation und die Errichtung des Sozialismus in den kapitalistisch-parlamentarischen Ländern, sondern um die Anerkennung als gleichberechtigter Partner des Westens.“⁴⁴⁵ Die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein Paradebeispiel für diese von Udo Baron beschriebene Umorientierung des sozialistischen Lagers in der internationalen Auseinandersetzung.

Ab 1963 bemühte sich die SED-Führung im Sinne einer friedlichen Koexistenz, die amerikanische Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR nicht nur durch Konfrontation, sondern auch durch internationale Kooperation durchzusetzen.⁴⁴⁶ Nachdem bereits 1964 deutlich wurde, dass hierbei nur sehr bedingt auf die Sowjetunion gebaut werden konnte – Moskau befand, dass ein amerikanisch-sowjetischer Ausgleich wichtiger war „als die Anerkennung eines Staates“⁴⁴⁷ – war die DDR in ihrer USA-Politik zunächst auf sich gestellt. Vor diesem Hintergrund versuchte das SED-Regime ab Mitte der sechziger Jahre verstärkt, seine USA-Politik auf bilateraler Ebene voranzubringen. Das mittelfristige Ziel war die Bildung einer inneramerikanischen DDR-Lobby. Zu diesem Zweck sollten transnationale Kontakte in die Vereinigten Staaten geschaffen werden. In Ermangelung direkter politischer Kontakte versuchte Ost-Berlin durch eine gesteigerte Akzeptanz der DDR bei den *Opinion Leaders* der amerikanischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur den Druck auf die US-Regierung in der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung zu

⁴⁴⁵ Baron, Udo: BRD-DDR: Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster, Hamburg, London 2003, S. 280-300, S. 281.

⁴⁴⁶ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 24.

⁴⁴⁷ Zitiert nach: Scholtyseck, 2003, S. 25.

erhöhen.⁴⁴⁸ Die Bewertung des Erfolgs dieser Initiativen ist schwierig. Ist eine Quantifizierung des Erfolgs bei den wirtschaftlichen Initiativen an sich noch möglich und sinnvoll, so muss eine Bewertung der einzelnen kulturellen Kontakte zwischen der DDR und den USA immer unscharf bleiben. Misst man den Erfolg einzig und allein an der Relevanz der einzelnen Maßnahmen für die diplomatische Anerkennung 1974, so blendet man die sich wandelnde Perzeption der DDR in der amerikanischen Gesellschaft und besonders bei amerikanischen Intellektuellen aus. Um diesem Problem aus dem Weg zu gehen, schildert die Arbeit die einzelnen Initiativen und Kontakte, gleicht die Bewertung ihres Erfolges oder ihrer Perspektiven durch die DDR-Organen mit der Wirkung bei den US-Stellen ab und evaluiert sie abschließend in Bezug auf das Endziel der Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Eingerahmt wird die Darstellung des DDR-Konzepts des „Anerkennungslobbyismus“ von der Analyse der außenpolitischen Konzepte der USA in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, um auf diese Weise mögliche Ergebnisse oder Wechselwirkungen zwischen dem Anerkennungslobbyismus der DDR und der amerikanischen Außenpolitik festzustellen. Von gesonderter Bedeutung sind hierbei der so genannte „selektive Brückenschlag“ nach Osteuropa sowie die zunehmende Bedeutung des Vietnamkrieges in der internationalen Politik der USA. Eine Schwierigkeit dieser Betrachtungen liegt in der präzisen Definition der auf die DDR bezogenen Maßnahmen dieser zumeist viel breiter gefassten US-Konzepte. So gilt es z.B. die konkreten Konsequenzen der Strategie des „selektiven Brückenschlags“ nach Osteuropa oder des amerikanischen Engagements in Vietnam für die DDR herauszuarbeiten. Zur besseren Eingrenzung der DDR-politischen Konzepte Washingtons bietet sich der Blick auf amerikanisch-bundesrepublikanische Konsultationen an, da in diesen die Deutschlandfrage stets eine tragende Rolle spielte.

A. Die Politik des „selektiven Brückenschlags“ und die DDR

Obwohl in der historischen Forschung zur amerikanischen Außenpolitik der sechziger Jahre grundsätzlich Einigkeit über deren Fokussierung auf den

⁴⁴⁸ Zum Ansatz des Images in der Außenpolitik vgl. Mallinckrodt, Anita M.: Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, „Image-Bildung“ als Instrument der Außenpolitik, Köln 1980.

Vietnamkrieg⁴⁴⁹ herrscht, nehmen neuere Arbeiten wie z.B. von Robert Dallek und Thomas A. Schwartz auch europäische Fragen ins Visier.⁴⁵⁰ Die verstärkte Betrachtung der Europa- und Ostpolitik der Administration Johnson hat eine Diskussion um die Berechtigung und den Erfolg der amerikanischen Konzepte für diese zentralen Regionen der internationalen Auseinandersetzung entfacht: Während Wissenschaftler wie Frank Costigliola und David Kaiser der Administration Johnson eine gewisse Gefangenheit in den Denkmustern des Kalten Krieges attestieren und der US-Détente der sechziger Jahre sowohl die Ernsthaftigkeit als auch den Erfolg absprechen⁴⁵¹, glaubt Thomas A. Schwartz an die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Bemühungen und John Pra sieht in den Kompromissen zur Rüstungskontrolle und der Kooperation mit Moskau über den „heißen Draht“ gar echte Fortschritte in der amerikanischen Ostpolitik.⁴⁵² Werden der Erfolg und die Motivation der amerikanischen Politik gen Osteuropa weiterhin diskutiert, so scheint der von Ernst-Otto Czempiel vertretene Ansicht, die Ostpolitik sei zweigleisig auf Dialogbereitschaft und Aufrüstung ausgerichtet, nicht ernsthaft widersprochen zu werden.⁴⁵³ Diese Ostpolitik betraf auch die DDR. Da das Konzept des „selektiven Brückenschlags“ für die Johnsonsche Osteuropapolitik von richtungsweisender Bedeutung war, untersucht die Arbeit diese Politik vor dem Hintergrund der Forschungsdiskussion um Motivationen und Erfolg der frühen Entspannung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis.

In seiner Rede vom 23. Mai 1964 forderte Präsident Lyndon B. Johnson seine Nation auf, „*to build bridges across the gulf which has divided us from East-Europe*“⁴⁵⁴. Zum ersten Mal seit 1945 kündigte damit ein amerikanischer Präsident deutlich an, einem kommunistischen Osteuropa mit einem weniger konfrontativen Programm

⁴⁴⁹ Vgl. Cohen, Warren/ Tucker, Nancy: Lyndon Johnson Confronts the World: American Foreign Policy, 1963-1968, New York 1994. Brands, H.W.: The Wages of Globalism, Lyndon Johnson and the Limits of American Power, New York, Oxford 1995. Dallek, Robert: LBJ at Home and Abroad, Lawrence 1994. Dallek, Robert: Flawed Giant, Lyndon B. Johnson 1960-1973, New York, Oxford 1998.

⁴⁵⁰ Vgl. Dallek, Robert: Lyndon Johnson As a World Leader, in: Brands, H.W.: The Foreign Policies of Lyndon Johnson, Texas 1999, S. 6-18, S. 6. Schwartz, Thomas A.: Lyndon Johnson and Europe, Alliance Politics, Political Economy and „Growing Out of the Cold War“, in: Brands, 1999, S. 37-60, S. 38.

⁴⁵¹ Costigliola, Frank: Lyndon B. Johnson, Germany, and the “End of the Cold War”, in: Cohen, 1994, S. 173-210, S. 210. Kaiser, David: Men and Policies 1961-1969, in: Kunz, 1994, S. 1-13, S. 12.

⁴⁵² Vgl. Schwartz, 2003, S. 19-20. Pra, John: Prague Spring and SALT, Arms Limitation Setbacks in 1968, in: Brands, 1999, S. 19-36, S. 19.

⁴⁵³ Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: Grundzüge amerikanischer Außenpolitik nach 1945, in: Jäger, 1995, S. 358-407, S. 367.

⁴⁵⁴ FRUS, 1964-1968, XVII, S. 12: National Security Memorandum Nr. 304, 3.6.1964, S. 12.

gegenüber zu treten. Dabei war die Idee der „Brückenbildung“ in Amerika nicht neu: Zbigniew Brzezinski, Politikwissenschaftler und seit Mitte 1966 im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums, hatte bereits 1961 in einem Artikel in *Foreign Affairs* auf diese Möglichkeit der amerikanischen Ostpolitik hingewiesen. Brzezinskis Konzept basierte auf der Annahme der kommunistischen Internationalismus müsse fehlschlagen. Dieser Misserfolg sollte es ermöglichen den Ostblock durch Berücksichtigung nationaler Interessen und regionaler Besonderheiten auseinanderzuidividieren.⁴⁵⁵ Präsident Johnson formulierte es in einer Rede im September 1964 wie folgt: „... *the solid unity of communism has begun to crack. We have worked to help the nations of Eastern Europe move towards independence.*“⁴⁵⁶ Auf dieser Grundlage wollte die Administration Johnson die in der Zeit des Containment und des aggressiven Roll-Back verlorengegangenen wirtschaftlichen und politischen Kontakte zu osteuropäischen Staaten wieder etablieren: Durch die Rückkehr zur Teilhabe an der internationalen Politik sollten die osteuropäischen Staaten aus ihrer Abhängigkeit von der UdSSR gelöst werden. Die Loyalität gegenüber der Sowjetunion, die in Ländern wie Jugoslawien ohnehin nicht überzeugend war, sollte durch den amerikanischen Appell an nationale Interessen unterminiert und der Westen insgesamt für diese Länder attraktiver gemacht werden.⁴⁵⁷ Außenminister Dean Rusk plädierte für eine durchgängig flexible Strategie der Osteuropa-Politik: „Wir müssen unsere Politik dem unterschiedlichen Verhalten der verschiedenen kommunistischen Staaten sowie dem wechselnden Verhalten anpassen.“⁴⁵⁸ Präsident Johnson betonte den Entspannungscharakter der Politik: „*We are shaping a new future of enlarged partnership in nuclear affairs, in economic and technical cooperation, in trade negotiations, in political consultation, and in working together with the governments and peoples of Eastern Europe and the Soviet Union.*“⁴⁵⁹

Die USA wollten in einen politischen Wettbewerb mit der UdSSR um die Länder Osteuropas eintreten, ohne dabei die Sowjetunion nachhaltig zu provozieren. Brzezinski schrieb der deutschen Frage eine Schlüsselrolle in diesem Wettbewerb zu.

⁴⁵⁵ Vgl. Brzezinski, Zbigniew K.: *Alternative to Partrition*, New York, London 1965, S. 29.

⁴⁵⁶ Public Papers, LBJ, S. 1050: Rede Johnsons, 7.9.1964. Zitiert nach Schwartz, 2003, S. 256.

⁴⁵⁷ Vgl. Lyndon B. Johnson Library, Tape WH6407.15.: Gespräch Johnsons mit George Reedy im Juli 1964, 15.7.1964. Zitiert nach Schwartz, 2003, S. 256.

⁴⁵⁸ State Department Bulletin, 30.3.1964, S. 476.

⁴⁵⁹ Public Papers of the President of the United States: Lyndon B. Johnson, Volume I, entry 3, S. 2-14, Washington D.C. 1968: Annual Message to the Congress on the State of the Union, 10.1.1967.

Seines Erachtens konnte die deutsche Einheit als Fernziel einer Heranführung der UdSSR und Osteuropas an die USA erneut in den politischen Fokus rücken.⁴⁶⁰

Mit Blick auf die deutsche Frage sah das Konzept einen verstärkten Pragmatismus der USA gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten in bilateralen Fragen vor. Die DDR war bewusst von einer Annäherung ausgenommen, um so diejenigen, die dem Fortbestehen des kommunistischen ostdeutschen Staates ideologische Bedeutung beimaßen, als kommunistische Fanatiker in einer Welt der Annäherung zu diskreditieren.⁴⁶¹ In einem Prozess sollten zunächst die osteuropäischen Gefolgsstaaten und schließlich die Sowjetunion davon überzeugt werden, dass die Aufrechterhaltung eines kommunistischen Regimes in Deutschland und die damit einhergehende Teilung in einer entspannteren Welt nicht notwendig war, sondern das bessere Verhältnis zwischen den Blöcken lediglich über Gebühr belastete. Die Isolation der DDR im Ostblock war ein explizites Ziel der „Brücken nach Osteuropa“-Strategie: „Um das europäische Interesse an Ostdeutschland zu unterminieren, wird der Westen scharf zwischen seinem Verhalten gegenüber Ostdeutschland und dem Rest Osteuropas differenzieren müssen. Im Hinblick auf Ostdeutschland muss eine Isolationspolitik verfolgt werden; in Bezug auf Osteuropa eine des friedlichen Engagements – wirtschaftlich, kulturell und möglicherweise politisch.“⁴⁶² Brzezinski stand mit seiner Forderung nicht alleine. Henry Kissinger war ebenfalls ein Befürworter des Ausschlusses der DDR von einer Annäherungspolitik der USA. Kissinger lehnte das Bestreben „einflussreicher Gruppen in Washington“, die Erosion des ostdeutschen Regimes durch „vermehrte Kontakte zwischen den beiden Deutschland“ zu fördern, ab: „Die Besserung der Verhältnisse in Ostdeutschland, wie wünschenswert sie auch aus humanitären Gründen sein mag, wird dem ostdeutschen Regime helfen, seine Position zu festigen, und wird damit eine Wiedervereinigung auf anderer Grundlage als jener der ostdeutschen Bedingungen in noch weitere Ferne rücken.“⁴⁶³ Alternativen, wie einer Konföderation oder freien Wahlen in der DDR, räumte er mittelfristig keine

⁴⁶⁰ Vgl. Brzezinski, Zbigniew: Deutsche Einheit durch europäische Verflechtung, in: Sommer, Theo (Hrsg.): Denken an Deutschland, Zum Problem der Wiedervereinigung, Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966, S. 91-118, S. 93-95.

⁴⁶¹ Vgl. Brzezinski, in: Sommer, 1966, S. 99.

⁴⁶² Brzezinski, 1965, S. 21.

⁴⁶³ Vgl. Kissinger, Henry: Wege zur deutschen Einheit, in: Sommer, Theo (Hrsg.): Denken an Deutschland, Zum Problem der Wiedervereinigung, Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966, S. 77-90, S. 81.

Erfolgchancen ein und schloss daher, die USA müssten die DDR isolieren und Westdeutschland verstärkt in eine westliche Gemeinschaft einbinden.⁴⁶⁴

Die kompromisslose Haltung der Theoretiker fiel bei den Praktikern im *State Department* auf fruchtbaren Boden. Interne *policy assessments* des *Departments* forderten ebenfalls, dass die DDR von der Politik des „*peaceful engagement*“ Washingtons gegenüber Osteuropa ausgeschlossen bleiben sollte.⁴⁶⁵ Diese harte Haltung beruhte zum einen auf der Befürchtung, die DDR könne durch Maßnahmen in Berlin eine Annäherung der Supermächte torpedieren,⁴⁶⁶ und zum anderen auf der Einschätzung, das Ulbricht-Regime sei einer der wenigen sowjetischen Satelliten, der Moskau bedingungslos ergeben geblieben war. Im Januar 1964 beschrieb die US-Mission in Berlin das DDR-Regime z.B. als „*unprogressive, even Stalinist, and remains subservient to Moscow to a very high degree*“.⁴⁶⁷ Unter diesen Umständen suchte das *State Department* mögliche Missverständnisse in der Frage einer Anerkennung zu vermeiden und rief dem eigenen diplomatischen Personal die Grundsätze der Nichtanerkennung erneut ins Gedächtnis. Nach dem DDR-Antrag auf Mitgliedschaft in der UNO wiederholte Dean Rusk 1966 die strikte Haltung der USA in der Deutschlandpolitik: „*The U.S. Government does not recognize the regime of the so-called German Democratic Republic nor the existence of a state in East Germany. The above area is part of Germany which is under Soviet occupation and control. The U.S. Government considers that the Government of the Federal Republic of Germany is the only German Government freely and legitimately constituted and therefore entitled to speak for the German people in international affairs.*“⁴⁶⁸ Dies war auch die offizielle Haltung der USA. Präsident Johnson forderte in einer Rede vom 7. Mai 1965 nachdrücklich das Verschwinden der „Schande der DDR“.⁴⁶⁹

⁴⁶⁴ Vgl. Kissinger, in: Sommer, 1966, S. 86-89.

⁴⁶⁵ Zitiert nach Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 175.

⁴⁶⁶ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1632, DEF Ger E: Llewellyn E. Thompson to Secretary of State, GDR Pressure on Soviets, 26.3.1964.

⁴⁶⁷ NA, GRDS, RG 59, Central Foreign Policy Files, 1964-1968, Box 2201, USBER to State, 30.1.1964.

⁴⁶⁸ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 3333, UN Ger E: State Dept. to Embassy Beirut, U.S. Position on East Germany, 25.3.1966.

⁴⁶⁹ Public Papers of the President, Lyndon B. Johnson, 1965, I, S. 506-508: Remarks Broadcast on the 20th Anniversary of V-E Day, 7.5.1965, S. 508.

In Washington war man sich durchaus bewusst, dass die Umsetzung dieser Forderung kaum kurzfristig erfolgen konnte. Umso konsequenter verfolgte man den Isolationskurs und schloss die DDR von allen Initiativen Richtung Osteuropa aus. Nach amerikanischer Überzeugung konnte die innere Destabilisierung des Ost-Blocks nur dann erfolgreich sein, wenn die internationale Lage nicht erneut stabilisiert wurde. Um dies sicherzustellen, bemühte sich die Johnson-Administration darum, den europäischen Problemherd schlechthin, die Deutschland- und besonders die Berlin-Frage, nicht mehr zu einem „*major issue*“ des Ost-West-Konflikts zu machen.⁴⁷⁰ In diesem Sinne ging mit der Isolation eine bedingte Deeskalation einher. Bereits Mitte 1964 wurden die weit reichenden und stärksten Wellen des RIAS eingestellt. Auch der Abschuss eines amerikanischen Flugzeugs durch sowjetische Truppen über ostdeutschem Territorium am 28. Januar 1964, bei dem die drei amerikanischen Besatzungsmitglieder starben, wurde von der Johnson Regierung nicht vergolten. Die DDR war laut Johnson „*wrong territory and they* [P.M. die amerikanischen Piloten] *had no business there*“.⁴⁷¹ Nach einem weiteren sowjetischen Abschuss eines US-Flugzeugs über DDR-Territorium im März 1964 – die drei Besatzungsmitglieder überlebten und kehrten kurz darauf in die USA zurück – protestierte Washington zwar, weitergehende Maßnahmen wurden jedoch nicht ergriffen. Trotz lautstarkem Protest der eigenen Öffentlichkeit wich die amerikanische Regierung der Konfrontation aus und ließ sich sogar darauf ein, dass ein ostdeutscher Vermittler, Wolfgang Vogel, eingeschaltet wurde.⁴⁷² Im Juli 1965 stellten die Amerikaner auf Anordnung von Dean Rusk sogar ihre routinemäßigen Hubschrauberflüge über Ost-Berlin ein: „*We do not believe the intelligence gained from US helicopter flights over East Berlin at this time warrants the risk.*“⁴⁷³

Gelang es den USA auf diese Weise größere Eskalationen an der deutsch-deutschen Grenze und damit auch in der bipolaren Auseinandersetzung zu verhindern, so zogen sie sich die Kritik ihres Verbündeten in Bonn zu. Bei der Bundesregierung förderte die defensivere Haltung der Vereinigten Staaten die Furcht der Bundesregierung vor einer möglichen Diskrepanz zwischen den Worten und Taten der USA in der Frage

⁴⁷⁰ Vgl. AAPD, 1963, Bd. III, Dok. 490: Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Präsidenten Johnson in Stonewall, Texas, 29.12.1963.

⁴⁷¹ Vgl. Beschloss, Michael R. (Hrsg.): *Taking Charge: The Johnsons White House Tapes, 1963-1964*, New York 1997, S. 200.

⁴⁷² Vgl. Behling, 2004, S. 193.

⁴⁷³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 2206, POL Ger E US: Joint State Defense Message, Resumption of US Helicopter flights over East Berlin, 17.7.1965.

der Anerkennung der DDR. Bestärkt wurde man in dieser Furcht durch die Krisen, die die von Joachim Arenth als „Bewährungsprobe der *Special Relationship*“⁴⁷⁴ bezeichnete Periode der bundesdeutsch-amerikanischen Beziehungen von 1961-1969 kennzeichneten. Nach der erwarteten engeren Bindung der Bundesrepublik an die USA unter einer Kanzlerschaft des Atlantikers Erhard, mussten die Zeitgenossen schnell erkennen, dass dieser eine ganze Reihe von Problemen entgegenstanden. Devisenausgleich, Atomwaffensperrvertrag, Truppenabzugsdrohungen und gegen Ende der sechziger Jahre der Vietnamkrieg sorgten für eine Abkühlung zwischen der Administration Johnson und den Regierungen Erhard und Kiesinger.

Dabei schien es 1963 zunächst so, als würden die Verbündeten nach der Ära Kennedy wieder vermehrt im Gleichklang marschieren. Eine Verwandtschaft der deutschlandpolitischen Überlegungen Brzezinskis und des von Außenminister Gerhard Schröder entwickelten „Isolierungskonzepts“⁴⁷⁵ gegenüber der DDR legten diesen Schluss nahe. Ziel dieses Konzepts war die Herstellung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten bei gleichzeitiger Beibehaltung der Hallstein-Doktrin.⁴⁷⁶ Schröders Politik sah die Schwächung der DDR voraus, wenn es gelänge, sie mit einem Gürtel von Staaten zu umgeben, die sämtlich diplomatische Beziehungen mit Bonn hatten. Als erster Anreiz für die sozialistischen Staaten sollte der Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte dienen. Durch die Befriedigung nationaler Wirtschaftsinteressen der osteuropäischen Staaten sollte die internationale Isolation der DDR durch eine zunehmende Isolation im eigenen Bündnis ergänzt werden. Ergebnis dieser Politik war die Errichtung bundesrepublikanischer Handelsvertretungen in Warschauer-Pakt-Ländern wie Polen, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakei.⁴⁷⁷

Offiziell sekundierten die USA der Bundesrepublik bei ihrem Vorhaben, die DDR zu isolieren. Washington machte 1963 gegenüber Jugoslawien deutlich, dass es, sollte Jugoslawien eine Vergeltungspolitik gegenüber Bonn anwenden und die DDR diplomatisch anerkennen, Belgrad mit amerikanischen Sanktionen bzw. mit dem

⁴⁷⁴ Vgl. Arenth, in: Larres, 1997, S. 151.

⁴⁷⁵ Zum Isolierungskonzept vgl. Eibl, Franz: Politik der Bewegung, Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001, S. 259-278. Schertz, 1992, S. 199.

⁴⁷⁶ Vgl. Kilian, 2001, S. 331-332.

⁴⁷⁷ Vgl. Eibl, 2001, S. 258.

Verlust amerikanischer Unterstützung zu rechnen habe.⁴⁷⁸ In vertraulichen Gesprächen forderte Washington von Bonn jedoch bereits 1964, bei der Fortsetzung der Errichtung von Handelsvertretungen im sozialistischen nichtdeutschen Ausland Brüskierungen der UdSSR möglichst zu vermeiden.⁴⁷⁹ Am deutlichsten wurde die amerikanische Zurückhaltung in Sachen DDR in dem Ausbleiben der US-Unterstützung für neue Deutschlandinitiativen. Dabei wurde die Administration Johnson weniger von dem Glauben an die Notwendigkeit der diplomatischen Anerkennung der DDR, als vielmehr von dem Wunsch nach einer Konstanz der Entspannung zwischen den Supermächten geleitet.

Die USA trugen folglich eine Wiederholung der Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung ohne ernsthafte Angebote an den Osten nicht mit. Der von der Bundesregierung ins Gespräch gebrachte Friedensplan war daher nach Ansicht der amerikanischen Führung ein „*non-plan. It deals with German reunification but has nothing in it of possible interest to the Soviets.*“⁴⁸⁰ Trotz der Parallelen in der Isolationspolitik gegenüber der DDR schienen die Beziehungen zwischen Bonn und Washington sich zunehmend zu verschlechtern. Tatsächlich verhärteten sich die bundesrepublikanisch-amerikanischen Beziehungen, die auf Grund des Offset-Abkommens⁴⁸¹ und der europäischen Verteidigung ohnehin schon gespannt waren, ab 1964 auch in der deutschen Frage. Die Bundesregierung sah in der amerikanischen Deeskalation sowie der Entspannung gegenüber der UdSSR die Kapitulation des Westens vor dem *Status quo*. Bundeskanzler Erhard glaubte in dem Freundschaftsvertrag zwischen der DDR und der UdSSR ein Produkt der amerikanischen Entspannungspolitik zu sehen.⁴⁸²

Die bundesdeutsche Empfindlichkeit hinsichtlich des amerikanischen „Treuebruchs“ in der Deutschland-Frage löste ab 1965 eine amerikanische Gegenempfindlichkeit

⁴⁷⁸ Vgl. AAPD, 1963, Bd. I, Dok. 105: Gespräch des Ministerialdirigenten Reinkemeyer mit dem amerikanischen Gesandten Morris, 26.2.1963.

⁴⁷⁹ Rede des amerikanischen Außenministers vor dem Überseepresseklub in New York vom 7.4.1964.

⁴⁸⁰ FRUS, 1964-1968, XV, S. 6: Germany and Berlin: Memorandum from David Klein of the National Security Council Staff to the President's Special Assistant for National Security Affairs (Bundy), 16.1.1964, S. 6.

⁴⁸¹ Zur Verquickung von finanziellen und sicherheitspolitischen Aspekten innerhalb der westlichen Allianz während des Kalten Krieges vgl. Zimmermann, Hubert: Money and Security: Troops, Monetary Policy, and West Germany's Relations with the United States and Britain, 1950-1971, Cambridge 2002.

⁴⁸² Vgl. AAPD, 1964, Bd. I, Dok. 160: Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Washington, 12.6.1964.

aus. Washington gab Bonn zu verstehen, dass man nicht gewillt sei, das „relativ entspannte“ Verhältnis zur UdSSR mit Deutschland-Verhandlungen, die weder kurzfristig noch langfristig entscheidend zu einer Wiedervereinigung beitragen würden, zu belasten.⁴⁸³ Henry Kissinger charakterisierte die Haltung Bonns 1966 folgendermaßen: „Als einzige unter den Westmächten kann sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem territorialen *Status quo* nicht zufrieden geben. ... Jede amerikanisch-sowjetische Annäherung, selbst die Andeutung einer Bereitschaft dazu, ruft ... sofort Befürchtungen hervor, Amerikaner und Sowjets könnten sich auf Kosten der Deutschen verständigen und den *Status quo* sanktionieren. All dies droht das labile Gleichgewicht des politischen Lebens zu zerstören.“⁴⁸⁴ Zur Sicherung des Gleichgewichts beschränkten sich die USA auf die an Bonn gegebene Zusage, eine *De-jure*-Anerkennung der DDR auszuschließen. Außenminister Rusk sicherte Kanzler Erhard eine konsequent ablehnende Position der USA gegen eine Mitgliedschaft oder einen Beobachterstatus der DDR in der UN zu und versprach Botschafter Knappstein eine „*Disclaimer*“-Erklärung,⁴⁸⁵ sollte eine Weltabrüstungskonferenz unter Beteiligung der DDR stattfinden.⁴⁸⁶

Abgesehen von solchen Zusicherungen hielt sich die Administration Johnson jedoch alle Optionen ihrer Ostpolitik offen. Hierin lag der kritischere Ton der beiden Verbündeten begründet, der selbst vor Tabus nicht halt machte. So äußerte Außenminister Rusk z.B. im Gespräch mit dem Berliner Bürgermeister Albertz Bedenken, ob sich die Bevölkerung in der DDR im Falle einer geheimen Abstimmung für die Wiedervereinigung aussprechen werde.⁴⁸⁷ Darüber hinaus regte sich Kritik an der Leitlinie der bundesrepublikanischen Außenpolitik, der Hallstein-Doktrin. So äußerte der amerikanische Botschafter McGhee im März 1965 gegenüber Erhard die Befürchtung, eine mögliche Anwendung der Hallstein-Doktrin gegen die Vereinigte Arabische Republik (VAR), nachdem deren Vertreter Ulbrichts

⁴⁸³ Vgl. AAPD, 1965, Bd. 1, Dok. 7: Botschafter Knappstein, Washington, an das AA, 8.1.1965.

⁴⁸⁴ Kissinger, Henry: Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der internationalen Sicherheit, in EUROPA-ARCHIV 23/1966, S.831-838.

⁴⁸⁵ In einer Disclaimer-Erklärung erklärten die USA, dass sich aus der Teilnahme der USA und DDR an einer Konferenz oder an einem Abkommen keine Folgen für eine mögliche Anerkennung der Staatlichkeit der DDR durch Washington ergaben.

⁴⁸⁶ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 3333, UN Ger E: Memorandum of Conversation Chancellor Erhard, Foreign Minister Schroeder and Secretary of State Rusk, East German Efforts at the UN, 27.9.1966. AAPD, 1965, Bd. III, Dok. 391: Botschafter Knappstein, Washington, an das AA, 13.10.1965.

⁴⁸⁷ Vgl. AAPD, 1964, Bd. I, Dok. 152: Botschafter Knappstein, Washington, an das Auswärtige Amt, 5.6.1964.

besucht hatten, würde die VAR „in die Hände der Kommunisten treiben“.⁴⁸⁸ Nur ein Jahr später formulierte Zbiginiew Brzezinski in einem Beitrag zur deutschen Frage die These, die Hallstein-Doktrin behindere die Bundesrepublik in ihren Anstrengungen, Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern aufzunehmen und verringerte somit die Chancen auf eine erfolgreiche Isolation der DDR im eigenen Block. Nach Brzezinski musste „die westdeutsche Regierung den Mut zu einer Fromel aufbringen, die sie von den Beschränkungen im Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten befreit, welche sie sich mit der Hallstein-Doktrin selbst auferlegt hat.“⁴⁸⁹ Aus der Sicht des amerikanischen Strategen mussten die USA als mächtigster Verbündeter der Bundesrepublik diese dazu bringen, signifikante Schritte „zur Befriedigung der russischen und osteuropäischen Sicherheitsinteressen zu machen.“⁴⁹⁰ Diesem Diktum folgend forderte die Johnson-Administration von Bonn in Sachen DDR eine gesteigerte Flexibilität.

Dabei Washington war aber nicht bereit, eine eigenständige Détente-Politik der Bundesrepublik zu akzeptieren. Obwohl man innerhalb der Johnson-Regierung erkannte, dass z.B. das Passierscheinabkommen vom 2. November 1964⁴⁹¹ dem Druck Moskaus auf Ulbricht zu verdanken war und Ulbricht „dabei einiges schlucken“ musste – die westliche Politik also die erhofften Erfolge zu zeigen schien – machten sich in der amerikanischen Reaktion auf das Berliner Abkommen erste Bedenken gegen eine aktivere deutsche Ostpolitik bemerkbar, die sich in den folgenden Jahren verstärken sollten. Die Aktion des Berliner Senats, so befürchtete man im US-Außenministerium, konnte zu einer vorschnellen Anerkennung der DDR führen und zugleich alliierte Rechte berühren, zumindest aber den Einfluss der US-Regierung in Berlin beschneiden.⁴⁹² Mit Präsident Johnson vollendete sich die unter Kennedy begonnene Abkehr der USA von der Deutschlandpolitik Adenauers. Washington und Bonn konnten sich nur noch auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, die Ablehnung der *De-jure*-Anerkennung der DDR, einigen, eine einheitliche Front bildeten die Verbündeten in der Deutschlandpolitik nicht mehr.

⁴⁸⁸ Vgl. AAPD, 1965, Bd. I, Dok. 112: Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Botschaftern der Drei Mächte, 5.3.1965.

⁴⁸⁹ Brzezinski, in: Sommer, 1966, S. 99.

⁴⁹⁰ Vgl. Brzezinski, in: Sommer, 1966, S. 101-107.

⁴⁹¹ Nach Abschluss dieses Passierscheinabkommens konnten erstmals seit 1961 ostdeutsche Rentner wieder Verwandte in Westdeutschland besuchen.

⁴⁹² Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 244. Schertz, 1992, S. 257.

Dieser Trend verdeutlicht sich ebenfalls an dem von demokratischen Senatoren zunehmend artikulierten Wunsch nach einer mittelfristigen Deeskalation des deutschen *Status quo*. Die ab Mitte der sechziger Jahre verstärkt vorgebrachte Forderung prominenter Politiker wie Senator Fulbright, Kontakte zwischen beiden deutschen Staaten auf wirtschaftlichem, kulturellem und privatem Gebiet zu intensivieren,⁴⁹³ stimmten eher mit der Linie einiger Sozialdemokraten um Egon Bahr⁴⁹⁴ als mit der Regierung Erhard überein. Der demokratische Kongressabgeordnete Reuss sprach 1965 von einem Europa von Nationen, nicht von Blöcken. Er wollte die Öffnung gen Osteuropa nicht selektiv betreiben, wie bei der Meistbegünstigung Polens und Jugoslawiens, da sich die Nationen ohnehin auf dem Vormarsch befänden und eine selektive Politik nur Misstrauen sähen würde. Reuss zeichnete das Bild eines Aufbruchs Osteuropas zu weniger repressiveren Systemen.⁴⁹⁵ Er ließ jedoch offen, ob damit auch die DDR gemeint war.

Hatte Washington gegenüber der DDR den Kurs der Isolation bei gleichzeitiger Deeskalation eingeschlagen, so hatte Ost-Berlin seit der Unterzeichnung des Atomteststoppabkommens beständig versucht, die *De-facto*-Anerkennung durch die Vereinigten Staaten weiter zu verfestigen. In von den sozialistischen Bündnispartnern an die USA weitergeleiteten Dokumenten betonte das SED-Regime stets seine Souveränität, wie das Beispiel einer durch die Tschechoslowakei der US-Botschaft in Prag zugestellten Note zeigt: „*The German Republic on its part is completely free to negotiate. It has not assumed any obligations that would in any way restrict its sovereign right of decision in matters of home and foreign politics, including the nature of its relations with the West German Federal Republic.*“⁴⁹⁶ Die fortgesetzte Ablehnung solcher Noten sowie die Entwicklung des amerikanischen Brückenkonzepts trübten die Aussichten des SED-Regimes auf die Durchsetzung der Anerkennung. Dessen war man sich im Politbüro voll bewusst: „Washington versucht durch Ausnutzung nationalistischer Tendenzen in einzelnen osteuropäischen Ländern und mit Hilfe eines differenzierten Abbaus von Handelsbeschränkungen in einigen dieser Länder einen Wandel durch Annäherung, d.h. ein Aufweichen der

⁴⁹³ Vgl. Laufer, 1989, S. 183.

⁴⁹⁴ Vgl. Referat von Egon Bahr an der Evangelischen Akademie Tutzingen, 15.7.1963, in: Meissner, Boris (Hrsg.): Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, Dokumentation, Köln 1970, S. 45-48. Görtemaker, Manfred: Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts, in: Bauernkämper, 1998, S. 44-57.

⁴⁹⁵ Vgl. Congressional Record., 74, S.A. 1976: Rede des US-Abgeordneten Henry S. Reuss vor auf dem Symposium der Marquette University, Milwaukee, 27.4.1965.

⁴⁹⁶ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1632, DEF Ger E: Mail to Embassy Prague, 2.4.1964.

sozialistischen Ordnung herbeizuführen und deren enge Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Staaten, besonders der UdSSR, zu untergraben.“⁴⁹⁷

Die ostdeutschen Amerika-Experten gingen von einer, der Annäherung zu Grunde liegenden, aggressiven „USA-Globalstrategie“ aus, die das Ziel hatte, die „Universalität des kapitalistischen Systems unter amerikanischer Vorherrschaft“ wiederherzustellen.⁴⁹⁸ Waren diese Sorgen eher langfristiger Natur, so befasste sich das MfAA kurzfristig mit der drohenden Isolationspolitik gegenüber der DDR: „Im Konzept der USA-Politik gegenüber den osteuropäischen sozialistischen Staaten nimmt die DDR gegenwärtig eine Sonderstellung ein. ... Ihre [PM: die USA] so genannte ‚Friedensstrategie‘ zielt darauf ab, die DDR außenpolitisch und wirtschaftspolitisch zu isolieren.“⁴⁹⁹ Die Tatsache, dass die amerikanischen Brücken gezielt über die DDR hinweg – das heißt zu ihrer Isolierung – gebaut werden sollten,⁵⁰⁰ machte es in den Augen der Verantwortlichen in der DDR nicht unwahrscheinlich, dass Verbündete wie Polen oder die Tschechoslowakei in Versuchung kommen konnten, gegen wirtschaftliche Gegenleistungen der USA, dem SED-Regime die Unterstützung zu entziehen. Die Sprachrohre des SED-Regimes wie die „Deutsche Außenpolitik“ wurden daher auch nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die psychologische Kriegsführung der USA von der „ideologischen Diversion“ bis hin zu „Mord und Bestechung“ reichte.⁵⁰¹

Zusätzliche Brisanz gewann die Situation in den Augen der Ost-Berliner Machthaber durch das bundesdeutsch-amerikanische Bündnis. Ost-Berlin ging von einem Zusammenhang zwischen der Isolationspolitik Bonns und dem gegen die DDR gerichteten „selektiven Brückenschlag“ Washingtons aus: „[P.M. Washington] fordert von Bonn, verstärkt Kontakte zur DDR mit dem Ziel der Aufweichung der sozialistischen Ordnung herzustellen. Viele politische Schritte der Erhard-Regierung und insbesondere die Haltung solcher Politiker wie Mende und Brandt und – mit gewissen Unterschieden – Schröder stehen im Einklang mit der „Friedensstrategie“

⁴⁹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1323, Analyse, 1964.

⁴⁹⁸ Vgl. z.B. Friedensstrategie kontra Globalstrategie, Sonderheft 2, DAuß, 1968. Bollinger, 1967b, S. 7-9.

⁴⁹⁹ Pol-Arch AA, MfAA, C 1574/70: Information: Die gegenwärtige Politik der Regierung der USA gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (ohne Sowjetunion) – die sogenannte Friedensstrategie –, o.D., wahrscheinlich 1965.

⁵⁰⁰ Vgl. Bollinger, 1967b, S. 14.

⁵⁰¹ Vgl. Truger, Wolf: Amerikanische Globalstrategie und psychologische Kriegsführung der USA gegen die DDR, in: Sonderheft 2, DAuß, 1968, S. 173-189, S. 179, S. 174.

der USA.“⁵⁰² Der ostdeutsche Amerikawissenschaftler Klaus Bollinger identifizierte daher Zbigniew Brzezinski als den geistigen Vater der antikommunistischen Aufweichungs- und Isolationsstrategie, die der DDR-Politik sowohl der USA und als auch der Bundesrepublik zu Grunde lag,⁵⁰³ und Walter Ulbricht sprach sich 1967 auf der Konferenz von Karlovy Vary davon, dass „die Thesen Johnsons vom Brückenschlag wörtlich in das Programm der Regierung Kiesinger/Strauß“ aufgenommen wurden.⁵⁰⁴

Um im eigenen Lager ein Bewusstsein für die von einer Koordination der bundesrepublikanischen und amerikanischen Maßnahmen zu schaffen, überzeichnete die DDR die Verbindungen zwischen den beiden Gegnern. So war es in der DDR-Presse üblich, Bonn und Washington als „böse Buben“ des westlichen Lagers darzustellen.⁵⁰⁵ Klaus Bollinger prophezeite 1967 gar, dass Präsident Johnson die Vorherrschaft in ganz Europa gewinnen wollte, die Bundesrepublik mit der „Annexion der DDR“ beauftragt habe⁵⁰⁶ und diese militärische Eroberung der DDR durch die mit taktischen Atomwaffen ausgerüstete Bundeswehr unter dem Deckmantel der von den USA unterstützten Alleinvertretungsanmaßung als innere Auseinandersetzung deklarieren werde.⁵⁰⁷

In Wirklichkeit war die Situation weit weniger dramatisch. Die Verantwortlichen in Ost-Berlin waren sich nämlich durchaus der atmosphärischen Störungen in der *special relationship* ihrer Gegner bewusst. Die Außenpolitische Kommission beim Politbüro konstatierte zwar 1964, dass „der USA-Imperialismus sich gegenwärtig noch gezwungen [sah], die Interessen seines Hauptverbündeten in Europa, des westdeutschen Imperialismus, und dessen Ausschließlichkeitsanmaßung zu berücksichtigen,“ gab aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, dass diese Zeiten

⁵⁰² Pol-Arch AA, MfAA, C 1574/70: Information: Die gegenwärtige Politik der Regierung der USA gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (ohne Sowjetunion) – die sogenannte Friedensstrategie – , o.D., wahrscheinlich 1965.

⁵⁰³ Bollinger, 1967a, S. 43.

⁵⁰⁴ Vgl. DADDDR, XV, 1. Halbbd., 1967, S. 137: Walter Ulbricht auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas zu Fragen der europäischen Sicherheit in Karlovy Vary, 24.-26.4.1967.

⁵⁰⁵ Vgl. Pfeil, 2004, S. 107.

⁵⁰⁶ Bollinger, 1967a, S. 27.

⁵⁰⁷ Ebd., S. 41.

bald vorbei waren.⁵⁰⁸ Das MfAA ging – wie gezeigt zu Recht – davon aus, dass Washington daran gelegen war, deutschlandpolitische Initiativen Bonns zu verhindern, um nicht erneut einen Krisenherd in Europa zu schaffen.⁵⁰⁹ Nicht die USA, sondern die Bundesrepublik wurden folglich als Ursprung allen Übels erachtet: „Die Politik der USA-Regierung – ob es in ihrer Absicht liegt oder nicht – läuft darauf hinaus, den westdeutschen Revanchisten Schritt für Schritt die Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu übertragen.“⁵¹⁰

Ost-Berlin glaubte, dass sich die Administration Johnson weiter noch als Kennedy von den bundesdeutschen Konservativen entfernte. Dies kommt in der zutreffenden Einschätzung der amerikanischen Haltung zur Hallstein-Doktrin als Hindernis in ihrer Brückenstrategie zum Ausdruck: „Für die USA ist die Hallstein-Doktrin ein Ballast, der den vollen Einsatz der Bundesrepublik im Konzept der Aufweichung verhindert.“⁵¹¹ Der Außenminister der DDR, Otto Winzer, erachtete auf der 13. Tagung des ZK der SED die bundesrepublikanische Isolationspolitik unter den Vorzeichen der Hallstein-Doktrin für derart schwach „dass selbst ihr pseudowissenschaftlicher Geburtshelfer, Prof. Brzezinski, davon spricht, die Osteuropäer würden die Bonner Ostpolitik als ‚eine Politik der Verschlagenheit‘ betrachten.“⁵¹² Je deutlicher wurde, dass es zu keiner Koordination der Isolationskonzepte der beiden westlichen Verbündeten kam, und je mehr sich herausstellte, dass die Sowjetunion einen nachhaltigen Erfolg der Isolationspolitik nicht duldete – dieses hatte Ulbricht in Karlovy Vary sicherstellen und in der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 erfahren können – desto geringer wurden die Befürchtungen die USA betreffend. Amerikanische Annäherungsversuche an die DDR betrachtete Ost-Berlin jedoch, im Gegensatz zur Initiative des französischen Präsidenten Charles DeGaulles weiterhin nicht als ernst

⁵⁰⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.115/6: Protokoll der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro vom 27.7.1964: Die USA-Friedensstrategie gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (ohne Sowjetunion), 23.7.1964.

⁵⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Herrn Prof. Reumann (AFSC) vom 9.2.1965, 11.2.1965.

⁵¹⁰ DADDDR, XII, 1964, S. 316: MfAA zur Unterzeichnung des Abkommens über die Weitergabe von Atominformationen zwischen den USA und den NATO-Staaten durch die westdeutsche Regierung vom 18.6.1964, 18.7.1964.

⁵¹¹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.115/6: Protokoll der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro vom 27.7.1964: Die USA-Friedensstrategie gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (ohne Sowjetunion), 23.7.1964.

⁵¹² DADDDR, XIV, 1. Halbbd., 1966, S. 147: Otto Winzer auf der 13. Tagung des ZK der SED, 16.9.1966.

gemeinte Angebote. Eher leise klang die Hoffnung an, die USA dazu zu bewegen, eine Annäherung an die DDR als Drohpotential gegenüber der Bundesrepublik zu nutzen. Da sich diese Hoffnung nicht erfüllte, mussten andere Konzepte zur Durchsetzung des Fernziels der diplomatischen Anerkennung gefunden werden.

B. Visa-Fragen als politisches Mittel zwischen DDR und USA

Bevor die ostdeutschen Bemühungen um Kontakte in die USA im nächsten Kapitel im Detail analysiert werden, muss ein zentrales Gebiet der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen, die gegenseitige Visa-Vergabe, erörtert werden, da die Nichtanerkennungsmaxime der USA und der „antifaschistische Schutzwall“ des SED-Regimes einen personellen Austausch zwischen den Ländern grundsätzlich erschwerten.

Wie sahen die Hindernisse aus? Amerikanische Behörden akzeptierten keine offiziellen ostdeutschen Papiere. Reisen von DDR-Bürgern oder gar Übersiedlungen in die USA wurden seit 1961 nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch unterbunden. Die gesetzliche Grundlage für die Behinderung der Einreise von DDR-Bürgern in die USA war der *Immigration and Nationality Act* von 1952. Dieser, nach dem Senator Pat McCarran benannte *McCarran Act* verbot die Einreise von Mitgliedern kommunistischer Parteien und Organisationen in die USA. Damit waren die DDR-Offiziellen faktisch von amerikanischen Reise- und Austauschprogrammen ausgeschlossen.⁵¹³ Auf Basis des *McCarran Acts* verhinderten die Vereinigten Staaten die Einreise von DDR-Bürgern, wenn die Reisen nicht zum dauerhaften Verlassen der DDR führen sollten. Menschen, die die DDR für immer verlassen wollten, wie z.B. ostdeutschen Frauen, die amerikanische Männer heiraten wollten, wurden hingegen bei ihrer Ausreise unterstützt.⁵¹⁴

Institutionell geregelt wurden die Einreise- und Visafragen von amerikanischer Seite im Verbund mit den anderen beiden Westmächten und in Konsultation mit den restlichen NATO-Staaten durch das auch *Allied Travel Board* (ATB) genannte *Allied*

⁵¹³ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 2: Congressional Travel to the Soviet Zone of Germany, 12.8.1959.

⁵¹⁴ Das *State Department* bemühte sich 1968 darum, ostdeutsche Frauen, die amerikanische Männer heiraten wollten, gegen einen gefangenen DDR-Spion auszutauschen. Es bleibt unklar, ob das geklappt hat. Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2116, POL Ger E Ger W: Letter from Wolfgang Paul to Secretary of State, 9.5.1968.

Travel Office (ATO). Nachdem bis 1952 das *Combined Travel Board* bei der Alliierten Hohen Kommission für die Überwachung des Reiseverkehrs in den Westzonen zuständig gewesen war, gaben die Alliierten mit der Übertragung der Reiseverkehrsüberwachung in der Bundesrepublik an die Bundesbehörden im September 1952 diese Funktion auf und verlegten das letzte Büro der CTB unter dem neuen Namen *Allied Travel Office* zum Alliierten Kontrollrat in West-Berlin.

Die Funktion des ATO lag ab 1952 in der Kontrolle der Reisetätigkeit der Deutschen aus der SBZ in den Westen. Die Mitglieder mit ständigem Sitz im ATO, Großbritannien, Frankreich und die USA, übernahmen abwechselnd den Vorsitz in der Behörde und berieten zusammen die Reise-Richtlinien. Andere NATO-Mitglieder nahmen über den NATO-Rat und, wie im Fall der Bundesrepublik, über die so genannte Kontaktgruppe Einfluss auf die Ausgestaltung der Handlungsmaximen. Bei den die DDR betreffenden Reise-Fragen hatte die Haltung der Bonner Regierung zwar großes Gewicht, den einzelnen Ländern verblieb aber dennoch ein Spielraum, in dem sie sich trotz des ATO für oder gegen die Einreise eines DDR-Bürgers in ihr Land entscheiden konnten. Die zunächst drei – USA, Großbritannien und Frankreich – , später zwei mächtigsten Mitglieder – USA und Großbritannien – der NATO suchten jedoch eine einheitliche Linie im Verhalten des Westbündnisses gegenüber der DDR zu halten.

Im Fall der USA konkretisierte das ATO die Nichtanerkennungsmaxime Washingtons, in dem es zwei Dinge ausdrücklich sicherstellte: Erstens verhinderte es die Einreise von DDR-Regierungsvertretern – die Richtlinien waren sehr deutlich in der Verweigerung von Reise-Dokumenten an Mitglieder des Partei- und Staatsapparats der DDR – in die USA und zweitens achtete es darauf, dass bei der Einreise des Inhabers eines DDR-Reisepasses dieser Pass nicht als offizielles Dokument genutzt wurde. Letzteres setzte Washington um, indem es für Reisen in NATO-Länder zugelassenen DDR-Personen *Temporary Travel Documents* (TTDs) ausstellte, die von NATO-Behörden als Einreisedokumente genutzt werden konnten und deren Vergabe genau geprüft wurde. So musste ein Antragsteller zur Erlangung eines solchen TTD umfangreiche Unterlagen, wie z.B. eine Geburtsurkunde vorlegen und persönlich in West-Berlin vorsprechen. Mit der Nutzung der TTDs blieben die Vereinigten Staaten flexibel, was die Einreise von erwünschten Personen aus der

DDR in die USA anging und vermieden gleichzeitig das Risiko einer indirekten Anerkennung des SED-Regimes durch die Akzeptanz ostdeutscher Reisepässe.

Die Zusammensetzung des ATO aus den drei West-Alliierten, sowie die unterschiedlichen Interessenslagen der einzelnen NATO-Mitglieder verursachten in den sechziger Jahren vermehrt Diskussionen um die Praxis der Visa-Vergabe. Nachdem das ATO die Gruppe der TTD-Berechtigten nach dem Mauerbau 1961 exzessiv beschränkt hatte – nur noch die Kategorien Verwandtenbesuche, Handel, Transport, gesundheitliche Gründe und Emigration waren TTD-berechtigt⁵¹⁵ – wuchs diese Gruppe ab Mitte der sechziger Jahre. Im April 1964 beschloss der NATO-Rat auf Druck einiger Mitglieder – die USA waren nicht darunter – die Erlangung von TTDs für DDR-Bürger zu vereinfachen sowie den Vermerk „*Presumed German*“ im TTD wegfällen zu lassen. Diese Veränderungen theoretischer Natur führten jedoch kaum zu praktischen Erleichterungen bei der Einreise in die USA. Personen, die explizit als Vertreter der DDR, z.B. in einer DDR-Delegation, in NATO-Staaten reisen wollten, erhielten weiterhin kein TTD. Vor diesem Hintergrund konnte der ADN-Korrespondent aus New York 1964 „nichts Erfreuliches von der Visa-Frage“ berichten,⁵¹⁶ und in der Retrospektive klagte das Institut für internationale und westdeutsche Fragen, dass „gerade solche Reisen ausgeschlossen wurden, bei denen die Möglichkeit für eine Stärkung des internationalen Ansehens der DDR hätte gegeben sein können.“⁵¹⁷

In den USA selbst fanden sich ab 1963 Verbündete im Kampf gegen die ATO-Praxis. Die amerikanische Wissenschaft und ihre Interessensvertretung, die *National Academy of Science* (NAS), setzten das *State Department* unter Druck. Motiviert durch die Furcht vor einem Prestigeverlust des Wissenschaftsstandorts USA, forderten die Wissenschaftler ein Ende der Diskriminierung der DDR-Forscher.⁵¹⁸ Blieben die Bemühungen zunächst fruchtlos, so gab es ab 1965 ernsthafte Bestrebungen seitens des *State Departments*, die Einreise in die USA für bestimmte

⁵¹⁵ Vgl. Pol-Arch AA, B38/59: Sprechzettel für die Besprechung bei dem Herrn Staatssekretär, 12.12.1963. Bundesarchiv (BArch) B 137/16225: AA an BMI/BMG, 17.10.1963. Zitiert nach: Niederhut Jens: Reise und Austausch, Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, unveröffentlichte Diss., vorgelegt 2005, S. 211.

⁵¹⁶ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts des New Yorker ADN-Korrespondenten, 4./5.6.1964.

⁵¹⁷ Ebd.

⁵¹⁸ Zur Behinderung des wissenschaftlichen Austausches zwischen der USA und der DDR und dem Konflikt zwischen NAS und *State Department* vgl. Niederhut, 2005, S. 276 bis 309.

DDR-Bürger, besonders Angehörige der Kirche und Journalisten, zu vereinfachen und das TTD-Konzept zu überarbeiten.

Diese Bestrebungen waren jedoch weniger auf die Vorstöße amerikanischer Wissenschaftler, als vielmehr auf die Entwicklungen innerhalb des NATO-Rats zurückzuführen. Nachdem der NATO-Rat am 1. Februar 1966 die im Juni 1965 gelockerte Vergabe von TTDs bestätigte – nunmehr durften DDR-Bürger auch in Mannschaften bzw. Delegationen reisen, wobei sie sich jedweder politischen Demonstration enthalten mussten und Funktionäre weiterhin von dieser Regelung ausgenommen blieben⁵¹⁹ – begannen die Vereinigten Staaten über eine selektive Erleichterung der Einreise von DDR-Bürgern nachzudenken. Konkret wollte Washington die TTD-Bestimmungen für Kirchenvertreter und Journalisten aus der DDR lockern. Dabei war Washington sogar bereit, sich bundesdeutsche Kritik einzuhandeln wie eine Anweisung des *State Departments* an die US-Botschaft in Bonn deutlich macht: „*We recognize that Oncken [P.M.: Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Wiedervereinigung im Auswärtigen Amt⁵²⁰] will probably oppose our intent to broaden journalists and clergy travel on grounds it is a mistake to make exceptions for special groups. ... If Oncken takes this line, Embassy should state Dept. anxious to have general revision of TTD system, and depending upon French and British views, prefer to begin discussions on this matter immediately.*“⁵²¹

Das TTD-System wurde zunächst nicht abgeschafft. Bis zum Beschluss einer weiteren Liberalisierung der ATO-Richtlinien durch den NATO-Rat im Juni 1969 handhabte die US-Administration die Einreise von DDR-Bürgern daher weiter restriktiv. Z.B. setzte Washington das Einreiseverbot für SED-Mitglieder bis 1970 äußerst strikt um. So erachtete die Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK die Erteilung von Visa für eine SED-Delegation zur Teilnahme am XVIII. Parteitag der CPUSA vom 22. bis 26. Juni 1966 in den Vereinigten Staaten durch das ATB für aussichtslos.⁵²² Dabei konzentrierten sich die USA zusehends auf die DDR und liberalisierten die Einreisepaxis gegenüber Kommunisten aus anderen Ostblock-

⁵¹⁹ Vgl. ebd., S. 239.

⁵²⁰ AAPD, 1966, Bd. II, 1997, S. 1764.

⁵²¹ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 3219, SOC Ger E: State Dept. to Embassy Bonn, TTD Restrictions, 5.7.1966.

⁵²² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Vorlage für das Sekretariat des ZK, 11.5.1966.

Ländern. Es war für das MfAA unverständlich, dass z.B. „die polnischen Genossen absolut keine Vorstellung über die diskriminierenden Praktiken des so genannten Alliierten Reisebüros in West-Berlin hatten.“⁵²³

Der Zustand, dass ein Visum, wie es besonders Ende der sechziger Jahre Praxis für viele andere sozialistische Staaten war, unter Missachtung des amerikanischen Gesetzes über Sondergenehmigungen bei Visa-Erteilung an Kommunisten umgehend von der jeweiligen diplomatischen Vertretung der USA erteilt wurde, blieb für die DDR bis 1970 ein Traum.⁵²⁴ Demgegenüber förderten Großbritannien und Frankreich den personellen Austausch mit der DDR, besonders mit unauffälligen Repräsentanten des Regimes sehr viel stärker. Die Kritik des Instituts für internationale und westdeutsche Fragen mag daher einigen Franzosen und Briten aus der Seele gesprochen haben: „So beeinträchtigen die Kompetenzen des ATO natürlich nicht nur das Recht der DDR, ... sondern auch die entsprechenden Rechte von NATO-Staaten, teilweise sogar derjenigen Staaten, die mit Sitz und Stimme im ATO vertreten sind.“⁵²⁵ Nach der endgültigen Auflösung des ATO im März 1970 – einige NATO-Mitglieder hatten diese schon 1969 gefordert – konnten Frankreich und Großbritannien ihren Kontaktausbau schneller vorantreiben, die Vereinigten Staaten vereinfachten ihre Einreiseregulungen für DDR-Bürger jedoch nicht generell. Von 1970 bis 1971 lehnte Washington als Repressalie für die Inhaftierung von US-Bürgern durch die DDR 115 Visa-Anträge ab.⁵²⁶ Die DDR entließ die sechs inhaftierten US-Bürger im September 1971, woraufhin die amerikanischen Sanktionen fallen gelassen wurden.⁵²⁷

Die DDR kritisierte die amerikanische Visa-Politik als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR: „Es steht diesen Staaten und insbesondere den USA, die ganzen Bevölkerungsgruppen ihres Landes Reisepässe verweigern oder entziehen,

⁵²³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Protokoll einer Konsultation der Abteilung USA/Kanada des MfAA der DDR mit der Abteilung USA des MfAA der VR Polen vom 19. bis 21.1.1970, 25.1.1970.

⁵²⁴ Zur Visa-Erteilung in anderen sozialistischen Ländern vgl. z.B.: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Bericht über eine Konsultation im polnischen Außenministerium vom 18. und 19.2.1969, 5.3.1969.

⁵²⁵ Institut für internationale und westdeutsche Fragen (Hrsg.): Das „Allied Travel Office (ATO) in Westberlin, Völkerrechtswidriges Hemmnis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Dresden 1970, S. 20.

⁵²⁶ Vgl. Pol-Arch AA, MfAA, C 541/74: Statistische Angaben über die Reisetätigkeit nach den USA, 20.10.1971.

⁵²⁷ Vgl. Pol-Arch AA, MfAA, C 541/74: Vermerk, 9.9.1971.

um sie an der Pflege freundschaftlicher Kontakte zu anderen Völkern zu hindern, nicht zu, die völkerrechtsmäßigen Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik als Begründung für aggressive Einmischungsakte der NATO in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik anzuführen.“⁵²⁸ Das SED-Regime sah die Behinderung der Reisen in die USA als indirekte Kriegserklärung, da bisher nur in Kriegszeiten die Beziehungen auf sportlichem, wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet unterbrochen waren.⁵²⁹

Ost-Berlin war besonders das ATO ein Dorn im Auge. Nach Auffassung von ostdeutscher Politik und Wissenschaft war das ATO kein Überrest der Kontrolle der vier Alliierten über Deutschland, sondern wurde nur zu dem Zweck der Durchsetzung des bundesrepublikanischen Alleinvertretungsanspruches gegründet: „Nicht die geringste Spur ursprünglicher Rechtmäßigkeit bezüglich der heutigen Tätigkeit des ATO ist in seiner Geschichte und Vorgeschichte zu finden. ... Es handelt sich also beim ATO auch nicht um einen der gelegentlich erwähnten Überreste des zweiten Weltkrieges, sondern vielmehr um ein Produkt des Kalten Krieges, um ein absolut willkürlich geschaffenes, durch völkerrechtliches Delikt zustande gekommenes Interventionsinstrument.“⁵³⁰ Die ostdeutsche Propaganda gegen das ATO lief ab 1963 an. In der Folge verurteilte Ost-Berlin das ATO als ein Druckmittel der USA gegen die DDR, mit dem Washington durch eine Verschärfung der Einreisepolitik in einzelnen Fragen eine für sich positive Regelung erwirken konnte.⁵³¹ In diesem Zusammenhang relevante Fragen reichten vom Bau der Mauer über die Ausreise von Kindern aus der DDR zu ihren Eltern in die USA bis hin zur Freilassung in der DDR inhaftierter US-Bürger.⁵³² Die Erteilung bzw. Nichterteilung von Visa an DDR-Bürger diente den USA danach zur „Lösung zwischenstaatlicher Probleme auf nichtstaatlichen Wegen“.⁵³³ Dabei kritisierte das SED-Regime neben

⁵²⁸ DADDR, X, 1962, S. 61: Denkschrift der Regierung der DDR über die Störung des internationalen Reisverkehrs durch das „Alliierte Reiseamt“ in West-Berlin, 2/1962.

⁵²⁹ DADDR, X, 1962, S. 61: Denkschrift der Regierung der DDR über die Störung des internationalen Reisverkehrs durch das „Alliierte Reiseamt“ in West-Berlin, 2/1962.

⁵³⁰ Institut für internationale und westdeutsche Fragen (Hrsg.): Das „Allied Travel Office (ATO) in Westberlin, Völkerrechtswidriges Hemmnis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Dresden 1970, S. 13.

⁵³¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Dr. Reumann (AFSC) vom 28.1.1966, 29.1.1966.

⁵³² Vgl. hierzu: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Information über die Behandlung des DDR-Bürgers Horst Steinmann durch Beamte des USA-Konsulats in West-Berlin, 1.10.1965.

⁵³³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Information über die Behandlung des DDR-Bürgers Horst Steinmann durch Beamte des USA-Konsulats in Westberlin, 1.10.1965.

der aggressiven Haltung des ATO und seiner bestimmenden Kräfte USA und Bundesrepublik gegenüber der DDR und deren Beschneidung der Souveränität anderer NATO-Mitglieder auch die Behinderung unpolitischer Organisationen bei ihrer Arbeit: „Auch die Partner der DDR-Bürger, beispielsweise die gastgebenden wissenschaftlichen oder anderen Organisationen, sollen mit Hilfe des ATO-Systems gezwungen werden können, DDR-Bürger als ‚Deutsche‘ im Sinne der westdeutschen ... Alleinvertretungsanmaßung zu behandeln.“⁵³⁴

Arbeitete die ostdeutsche Kritik das Problem der Behinderung z.B. der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft durch das ATO durchaus richtig heraus, so disqualifizierte sich das SED-Regime durch seine Reisepolitik selbst. Die Behinderung der Ausreise von DDR-Bürgern in die USA durch die eigene Administration und die generell unzureichende Reisefreiheit waren kein Thema im MfAA oder im Politbüro. Die Beschränkung der Reiskader auf politisch zuverlässige Personen, seien es Wissenschaftler, Vertreter der Kirche, Journalisten oder Mitarbeiter der Leipziger Messe, empfand das SED-Regime gerade im Fall der „Zentrale des Imperialismus“ als nur natürlich, während die Behinderung der Einreise solcher Kader von „völkerrechtswidriges Hemmnis“ war.⁵³⁵ Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwahrscheinlich, dass das SED-Regime mehr an öffentlich inszenierten Skandalen, die mit der „repressiven“ Politik des ATO zusammenhingen, als z.B. an der Teilnahme eigener Wissenschaftler am internationalen Wissenschaftsleben interessiert war.⁵³⁶ Die Verbesserung der Reisetätigkeit in die USA war daher für Ost-Berlin niemals Instrument einer Verbesserung der transnationalen Beziehungen zwischen beiden Ländern, sondern stets auch Mittel zur Betonung der eigenen Souveränität. Konnte das SED-Regime auch die amerikanische Einreise in die DDR für dieses Ziel nutzbar machen?

Zu Beginn der sechziger Jahre wurde die Einreise amerikanischer Staatsbürger in die DDR durch drei Faktoren kompliziert. Erstens hatte der Anti-Kommunismus der

⁵³⁴ Institut für internationale und westdeutsche Fragen (Hrsg.): Das „Allied Travel Office (ATO) in Westberlin, Völkerrechtswidriges Hemmnis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Dresden 1970, S. 16-17.

⁵³⁵ Vgl. Institut für internationale und westdeutsche Fragen (Hrsg.): Das „Allied Travel Office (ATO) in Westberlin, Völkerrechtswidriges Hemmnis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Dresden 1970, S. 1.

⁵³⁶ Vgl. hierzu Niederhut, 2005, S. 238. Niederhut führt an, dass selbst DDR-Wissenschaftler Zweifel an der alleinigen Verantwortung des ATO für die Beschränkung der eigenen Reisefreiheit vorbrachten.

fünfziger Jahre neben einer Verschärfung der Einreisebedingungen auch eine schärfere Kontrolle der Ausreise amerikanischer Bürger durch die US-Behörden mit sich gebracht. Zweitens galten amerikanische Reisen in die DDR in den USA wegen ihrer Propagandatauglichkeit für das SED-Regime und wegen möglicher Spionage in der DDR als unbotmäßig und gefährlich. Drittens bildete die Bewegungsfreiheit des amerikanischen Militärpersonals in Berlin bereits einen ständigen Quell für Reibereien, die nicht noch durch private oder berufliche Reisen von amerikanischen Zivilisten befördert werden mussten.

Neben allen politischen Vorbehalten gab es auch eine juristische Begrenzung der Reisetätigkeit in die DDR. Der *Internal Security Act* (ISA) aus dem Jahr 1950 verbot explizit die Ausgabe von Reisepässen an Mitglieder der Kommunistischen Partei. So wurde der natürlichen Gruppe von an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im sozialistischen Deutschland interessierten Amerikanern, den amerikanischen Kommunisten, von vorneherein die Reise in die DDR verwehrt. Neben dem ISA entwickelte das *State Department* ein Konzept, das davon ausging, dass es seine traditionelle Rolle als Ausgabebehörde für Pässe nutzen konnte, um Auslandsreisen zu verhindern, die nicht im außenpolitischen Interesse der USA waren. Die strikte Umsetzung dieses Konzepts kommentiert Alan Dowty in seiner Arbeit zur Behinderung der Bewegungsfreiheit wie folgt: „*The head of department's Passport Office became, for all practical purposes the arbiter of foreign travel by American citizens.*“⁵³⁷ Von der Handlungsmaxime des *State Departments* waren selbst bekannte Persönlichkeiten wie der in der DDR sehr beliebte Sänger Paul Robeson, Charly Chaplin und der kommunistische Theoretiker Herbert Aptheker, der erst nachdem der *Supreme Court* 1964 im Fall *Aptheker vs Secretary of State* zu seinen Gunsten entschied, vom amerikanischen Außenministerium einen Reisepass ausgehändigt bekam, betroffen.⁵³⁸

Das Urteil des *Supreme Courts* ist einer von mehreren Hinweisen darauf, dass der *Internal Security Act* Mitte der sechziger Jahre zunehmend an Wirkung verlor. Die Kommunismus-Hysterie in den USA war abgeebbt, da die Behörden sowie große Teile der Bevölkerung die *Communist Party of the USA* (CPUSA) nicht mehr für

⁵³⁷ Zum ISA und der Passausgabe-Politik des *State Departments* Vgl. Dowty, Alan: *Closed Borders, The Contemporary Assault on Freedom of Movement*, London, New Haven 1987, S. 128.

⁵³⁸ Vgl. ebd., S. 128-129.

eine reale Bedrohung der Gesellschaftsordnung hielten. Was blieb war die Nichtanerkennungsmaxime die DDR betreffend und der Wille der USA, Gesten, die zur internationalen Aufwertung der DDR führen konnten, zu unterlassen. 1959 hatte das *State Department* eine grundsätzliche Richtlinie zum Thema DDR-Reisen formuliert: „...because a large number of American citizens have relatives in the Zone, the U.S. government had not taken steps to prevent private travel to the Zone. At the same time, we have actively discouraged all travel except that of family nature. ... Because of the importance of the American position in this matter, the Department has taken extra efforts to prevent visits by prominent Americans.”⁵³⁹

Eine offizielle Reisetätigkeit der US-Regierung verbot sich durch die Nichtanerkennungsmaxime von selbst, aber auch Reisen prominenter besonders politischer Amerikaner wollte das Außenministerium auf Grund der Gefahr einer propagandistischen Ausschlichtung durch das SED-Regime nicht zulassen. So kommentierte das *State Department* 1962 die Reisepläne des Senators Harry F. Byrd negativ: „The proposed itinerary would require two East German visas.... Since East Germany is not recognized by the United States, it is inappropriate for officials of the United States to accept East German visas. So far, as I am informed, no American official has heretofore accepted an East German visa. ...Acceptance of an East German visa by a United States Senator could of course be used by the East German regime to cast in an invidious light the United States Government's policy regarding East Germany.”⁵⁴⁰ Offiziell durften keine Zweifel an der amerikanischen DDR-Politik entstehen. Aus Sicht Washingtons sollte die Verhinderung von DDR-Reisen nicht prominenter Amerikaner die DDR zwingen, sich zwecks verstärkter Kontakte auch auf unteren Ebenen an die Bundesrepublik wenden zu müssen. Auf diese Weise wollte Washington die von der DDR-Führung propagierte Abgrenzung gegenüber Bonn untergraben.

Aber nicht nur die USA erschwerten die Visa-Erteilung, auch die DDR bemühte sich, den US-Behörden in West-Berlin das Leben so schwer als möglich zu machen. Da die Behörden in Ost-Berlin gegen den Übertritt von amerikanischem

⁵³⁹ NA, RG 59, GRDS, NFRGDR, Box 2: Congressional Travel to the Soviet Zone of Germany, 12.8.1959.

⁵⁴⁰ NA, RG 59, GRDS, Numerical Files Relating to the German Democratic Republic, Box 9: William R. Tyler, State, to Dutton, Senator Harry F. Byrd's proposed Travel in East Germany, 6.11.1962.

Militärpersonal machtlos waren, versuchten die „paßkontrollierenden Diplomaten“⁵⁴¹ zivilen Amerikanern den Zutritt nach Ost-Berlin zu verwehren. 1966 weigerte sich die DDR z.B., von US- Stellen ausgefertigte Identitätskarten als Personaldokumente anzuerkennen: „In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, dass Zivilpersonen, die sich als Mitglieder der US-Besatzungstruppen in West-Berlin ausgaben, mit unzureichenden Identitätskarten die Hauptstadt der DDR betreten wollten. ... Im Interesse der Sicherheit ... sah ich mich gezwungen, die Grenzorgane der Deutschen Demokratischen Republik anzuweisen, Personen, die die so genannte Identitätskarte als Legitimation benutzen wollen, an der Grenzübergangsstelle zurückzuweisen.“⁵⁴²

Außerdem ließ der SED-Staat keine Möglichkeit aus, um die Vorhaben amerikanischer Privatleute gegen das ATO-Regime zu instrumentalisieren. So wurde dem amerikanischen Historiker Stanley Zucker 1968 der Zutritt zum Zentralarchiv in Potsdam mit dem Hinweis auf die restriktive Politik des ATO verwehrt.⁵⁴³ Zwei Motive bestanden von Seiten des SED-Staates für die beständige Eskalation der Grenzübertrittsfrage mit den West-Alliierten. Zum Einen hoffte man, unkontrollierten Kontakt zwischen der eigenen Bevölkerung und den Amerikanern, der wohlmöglich in von US-Truppenmitgliedern unterstützten oder organisierten Republikfluchten endete, zu verhindern. Zum Anderen bildete die Situation an der Grenze die ideale Ausgangsposition, die Forderung des Regimes nach internationaler Anerkennung durch den Westen konkret und beständig auszudrücken. Abgesehen von zivilen und militärischen US-Bürgern in West-Berlin und bei der Militärmission in Potsdam, ersuchten Amerikaner vornehmlich aus privaten Gründen um die Einreise in die DDR.

Grundlegendes Problem der ostdeutschen Visa-Vergabe an amerikanische Zivilisten war die mangelnde Bündelung der Einreisebewilligungskompetenz. Das MfAA, die Abteilung IV und die Grenzorgane sollten diese Aufgabe zusammen leisten. Diese Regelung führte oftmals zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Organen, die

⁵⁴¹ Vgl. Tantzsch, Monika: „Der Paßkontrolleur ist ein Diplomat in Uniform“, Die Überwachung des Reise- und Touristenverkehrs durch das MfS, in: DA 2/2003, S. 219-232.

⁵⁴² SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2/1088: Reinschriftenprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 13.12.1966, Brief des Stadtkommandanten der Hauptstadt der DDR an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Westberlin.

⁵⁴³ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 321, CUL Ger E: Letter from Homer R. Phelps, German Affairs to Dr. Stanley Zucker, Southern Illinois University, 2.8.1968.

jeden amerikanischen Einreiseantrag ohnehin schon in die Länge zogen.⁵⁴⁴ Neben persönlichen und karrieretechnischen Wettbewerben innerhalb der DDR-Bürokratie war das Hauptanliegen des SED-Staates, präventiv das Risiko der subversiven Arbeit von US-Bürgern in der DDR zu bekämpfen. Daher sollte, wenn die DDR Visa für amerikanische Zivilpersonen gewährte, vermieden werden, dass diese sich unkontrolliert in der DDR bewegen konnten. Amerikanische Veteranengruppen, die die DDR besuchten, erteilte man aus diesem Grund nur Touristenvisa. Als Touristengruppe wurden sie von SED-Parteimitgliedern betreut und das Programm war ihnen vorgeschrieben, so dass sie besser von den Organen des MfS überwacht werden konnten. Für individuelle Reiseplanung war kein Platz.⁵⁴⁵ Wirklich willkommen waren und blieben den ostdeutschen Behörden lediglich Besuche amerikanischer Kommunisten und amerikanischer Regierungsvertreter. Letztere blieben bis 1974 Wunschdenken.

Neben der Restriktion im ostdeutsch-amerikanischen Grenzverkehr versuchte Ost-Berlin, die USA durch die Verschärfung der Kontrollen im deutsch-deutschen Verkehr zur Anerkennung ihres Grenzregimes zu zwingen. Der 1964 eingeführte Zwangsumtausch betraf US-Amerikaner direkt, und auch das ausschließlich gegen Bundesbürger gerichtete Verbot der Reisen von „Neo-Nazis“ vom 10. März 1968 ließ die Vereinigten Staaten aufmerken. In Washington befürchtete man, mehr noch als in Bonn, die DDR könne auf Grundlage dieses Dekretes jedem Westdeutschen den Zugang nach West-Berlin untersagen.⁵⁴⁶ Als Vorstufe zum am 12. Juni 1968 von der DDR eingeführten, allgemeinen Pass- und Visazwang für alle Bürger der Bundesrepublik und West-Berlins⁵⁴⁷ stellte dieses Dekret eines der „drei *Essentials*“, die Präsident Kennedy 1961 formuliert hatte, auf bedenkliche Weise in Frage.⁵⁴⁸ Das *State Department* erkannte in diesen Maßnahmen den Versuch einer beschleunigten internationalen Aufwertung durch eine erzwungene *De-facto*-Anerkennung des DDR-Grenzregimes durch die Bundesrepublik.

⁵⁴⁴ Z.B. warf das MfAA der Abteilung IV in einem Schreiben vor, es in der Frage der Einreise einer Amerikanerin in die DDR übergangen zu haben. Vgl. hierzu SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Brief des Genossen Stibi, an die Abteilung IV des ZK der SED, Markowski, 19.8.1967.

⁵⁴⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Aktenvermerk über eine Aussprache mit dem Genossen Schundau, Gruppenleiter Westeuropa in der Generaldirektion des Reisebüros der DDR, 22.6.1965.

⁵⁴⁶ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2116, POL Ger E Ger W: State to Embassy Bonn, GDR Travel Ban, 12.3.1968.

⁵⁴⁷ Gesetzblatt DDR, II, Nr. 58, S. 331.

⁵⁴⁸ Vgl. Kleßmann, 1997, S. 458.

Der Erfolg der amerikanischen Brückenpolitik und der ihr immanenten Isolation der DDR machte nach Auffassung des Außenministeriums diese Maßnahmen derart notwendig, dass Ost-Berlin sogar die vorübergehende Aussetzung des Interzonenhandels in Kauf nahm.⁵⁴⁹ Washington betrachtete die ostdeutschen Maßnahmen, bezogen sie sich auf Westdeutschland oder die USA als durch Angst motiviert, und sah daher keine Veranlassung, in Visa- und Reisefragen vom bewährten Kurs der Härte abzuweichen. Dieser Kurs der Härte war eine wichtige Ursache dafür, dass die Reisetätigkeit zwischen den USA und der DDR deutlich hinter der ostdeutsch-französischen und der ostdeutsch-britischen zurückblieb. Ideen wie die in Frankreich forcierten Städtepartnerschaften mit ostdeutschen Gemeinden⁵⁵⁰ oder den Austausch von Ostdeutschen und Briten im Coventry-Dresden Project⁵⁵¹ waren von vorneherein die Grundlage entzogen. Ein regelmäßiger Austausch von Mitgliedern der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten, der die Voraussetzung für die Wirksamkeit eines inneramerikanischen *lobbying* für DDR-Interessen bildete, stand daher von vorneherein unter einem schlechten Stern.

C. Der Anerkennungslobbyismus: Konzept und Wirklichkeit

Bisherige Untersuchungen zur ostdeutschen West-Politik weisen durchgängig auf eine ab Mitte der sechziger Jahre gesteigerte Aktivität Ost-Berlins in den Ländern des kapitalistischen Westens hin. Ulrich Pfeil spricht in seiner Arbeit zum ostdeutsch-französischen Verhältnis von einer vom SED-Staat in Frankreich betriebenen „bildreichen Imagepolitik“⁵⁵², während Jaco Pekelder eine ostdeutsche „Kampagne“ in den Niederlanden erkennt⁵⁵³ und Henning Hoff von der Ost-Berliner Hoffnung auf eine schrittweise Statusverbesserung in der Beziehung DDR-Großbritannien berichtet.⁵⁵⁴ Mit Bezug auf die Großbritannienpolitik der DDR verwendet Marianne Horwarth den Begriff „Lobby“, ohne jedoch näher zu erläutern,

⁵⁴⁹ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2114, POL Ger E: Director of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes to the Secretary of State, Ulbricht Again Attacks Status quo in Germany, 13.6.1968.

⁵⁵⁰ Pfeil, 2004, S. 381-392.

⁵⁵¹ Zum Coventry-Dresden Project: Thomas, Merrylin: Idealism as a Political Tool, The Coventry-Dresden Relationship 1963-1965, in: Bauernkämper, 2002, S. 305-324.

⁵⁵² Vgl. Pfeil, 2004, S. 169-433.

⁵⁵³ Vgl. Pekelder, Jacco: Vom „Sowjetdeutschland“ zum „roten Preußen“, Niederländische Wahrnehmung der DDR (1949-1973), in: Pfeil, 2001, S. 291- 308, S. 301

⁵⁵⁴ Vgl. Hoff, in: Pfeil, 2001, S. 205. Vgl. hierzu auch Horwarth, Marianne: Freundschaft mit dem Klassenfeind, Die Image-Politik der DDR in Großbritannien nach der diplomatischen Anerkennung, in: DA 1/2003, S. 25-33.

inwieweit sie sich auf das wissenschaftliche Konzept des Lobbyismus bezieht,⁵⁵⁵ während Andreas Falke in Bezug auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess in den USA von *foreign lobbying* spricht.⁵⁵⁶

Aufbauend auf diese Ansätze will sich die vorliegende Arbeit dem ostdeutsch-amerikanischen Verhältnis der sechziger Jahre mittels einer vertieften Erkenntnis über die Erklärungsmöglichkeiten des Begriffs „Lobby“ nähern. Diese Vorgehensweise basiert auf Werner Links Ausführungen zur Wirkungsweise transnationaler Beziehungen: „Transnationale Interaktionen können bei Eliten und Nicht-Eliten Perzeptions- und Einstellungsänderungen bewirken, die Folgen für die politisch-staatlichen Beziehungen haben.“⁵⁵⁷ Das Konzept des Anerkennungslobbyismus untersucht die „transnationale Interaktion“ sowie ihre Effekte für die Eliten mit Blick auf die Folgen für die „politisch-staatlichen“ Beziehungen. Der Ansatz des Lobbyismus oder *lobbying* wird für gewöhnlich in den Politik- und Wirtschaftswissenschaften verwandt. Obwohl der Begriff des Lobbyismus in den vom Autor ausgewerteten Quellen nicht auftaucht, zeigt sich in Verbindung mit der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Definition von Lobbyismus als issuespezifische – auf ein konkretes Interesse beschränkte – , auf eine konkrete Zielgruppe konzentrierte und im Wettbewerb mit Anderen, konfrontative Interessensvertretung,⁵⁵⁸ dass die ostdeutsche USA-Politik von 1964-1969 alle diese Kriterien erfüllt:

1. Die DDR-Führung wollte mit ihren Maßnahmen eine Einstellungsänderung der politischen Elite der USA in der Kernfrage politisch-staatlicher Beziehungen – der diplomatischen Anerkennung – erreichen.
2. Die Fokussierung der USA-Politik auf die diplomatische Anerkennung zeigt eine deutliche Issue-Spezifität.
3. Die USA-Politik versuchte gezielt, die Eliten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Form der *opinion leaders* und nicht die Allgemeinheit mit ihrer Botschaft von der „Unbestreitbarkeit der Existenz“ anzusprechen.

⁵⁵⁵ Vgl. Horwarth, Marianne: Die Westpolitik der DDR, 1966-1989, in: Pfeil, 2001, S. 81-98, S. 84.

⁵⁵⁶ Vgl. Falke, Andreas: Der Einfluss der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, 1995, S. 441-458, S. 451.

⁵⁵⁷ Link, 1978, S. 19.

⁵⁵⁸ Jauß, Claudia/ Lahusen, Christian: Lobbying als Beruf, Interessengruppen in der Europäischen Union, Baden-Baden 2001, S. 1.

4. Da eine Aufwertung der DDR nur mittels der Eindämmung des bundesrepublikanischen Einflusses in Washington erreicht werden konnte, richtete sich die Politik der DDR konfrontativ gegen die Bundesrepublik.

Trotz der größeren inhaltlichen wie personellen Fokussierung galt es dabei für den Anerkennungslobbyismus ähnlich wie für die transnationale Kommunikation und die Imagepolitik, die Spezifika des anderen Systems zu verstehen, um es für den Transfer von Inhalten und Bildern nutzen zu können. Um bei dem ideologischen Gegner den gewünschten Bewusstseinswandel herbeizuführen, mussten die hierfür relevanten Akteure identifiziert, ihre Kommunikationsmittel und –kanäle analysiert sowie die bestehenden bzw. sich wandelnden Perzeptionen beleuchtet werden.⁵⁵⁹ In den folgenden Kapiteln versucht die Untersuchung anhand von aus dem Quellenmaterial erarbeiteten, konkreten Beispielen aus den Feldern der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft zu belegen, dass Ost-Berlin diese Instrumente zwar nutzte, jedoch über eine reine Imagepolitik hinausging. Dabei muss die Analyse vor allem nachweisen, dass das SED-Regime, wie Ulrich Pfeil formuliert, die Kontakte zu bürgerlichen Vertretern und Bündnisse mit Klassegegnern im Sinne eines Lobbying mit dem langfristigen Ziel, dem unvermeidlichen Sieg der Kommunisten und ihrer Ideologie, in Kohärenz brachte.⁵⁶⁰

1. Politik: „Vom Marxismus-Leninismus bis zum bürgerlichen Liberalismus“: Der ostdeutsche Anerkennungslobbyismus und die amerikanische Innenpolitik

In den sechziger Jahren erschütterten heftig umkämpfte innenpolitische Prozesse die USA. Die Emanzipationsbewegung der Schwarzen, die durch die „Hippie-Bewegung“ verstärkte Generationenauseinandersetzung sowie die Auseinandersetzungen um den Vietnamkrieg stellten langjährige Wertmuster in Frage und intensivierten den innergesellschaftlichen Disput auf seit dem Bürgerkrieg nicht gekannte Weise.⁵⁶¹ Die in diesen Auseinandersetzungen entstandenen Interessengruppen gewannen an politischem Gewicht, welches auch im Übergreifen

⁵⁵⁹ Vgl. Pfeil, 2004, S. 172.

⁵⁶⁰ Vgl. Pfeil, in: Pfeil, 2001, S. 17.

⁵⁶¹ Für einen Überblick über und Literatur zu den innenpolitischen Konflikten in den USA vgl. Adams, Willi Paul: Die USA im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 94-113, 192-195, 258, 262. Heale, Michael J.: The Sixties as History: A Review of the Political Historiography, in: Reviews in American History, Vol. 33, 1/2005, S. 133-152.

„innerer Identitätskonflikte der Gesellschaft auf die Außenpolitik“⁵⁶² seinen Ausdruck fand. Zwar standen weder das *State Department* noch das Weiße Haus unter dem direkten Einfluss wichtiger Persönlichkeiten dieser sozialen Bewegungen, dennoch veränderten diese Bewegungen das politische Klima derart, dass auch die außenpolitischen Konzepte der US-Regierung zur Diskussion standen.

Wie reagierte die DDR auf diese inneramerikanischen Veränderungen? Der kommunistischen Doktrin der sich im Kapitalismus stetig intensivierenden Krisen folgend, betrachtete die SED-Elite die innenpolitischen Auseinandersetzungen in den USA als Zeichen der zunehmenden Instabilität der amerikanischen Gesellschaft.⁵⁶³ Legt man die Definition des „Wörterbuchs der Außenpolitik und des Völkerrechts,“ die der Außenpolitik eines sozialistischen Staates die „Sicherung der günstigsten internationalen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus“⁵⁶⁴ zuschreibt, zu Grunde, liegt der Schluss nahe, die ostdeutsche USA-Politik hätte sich um eine Verschärfung der „allseitigen Krise“ in den USA bemühen müssen, um auf diese Weise die Chancen für die Entstehung revolutionärer Kräfte zu verbessern. Umso überraschender ist daher die Feststellung, dass das Hauptaugenmerk der ostdeutschen USA-Politik ab 1964 nicht der Förderung der krisenhaften Zustände zur Herbeiführung der Revolution galt. Leitmotiv der amerikapolitischen Analysen war der für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die USA mögliche Nutzen, der aus den innenpolitischen Auseinandersetzungen gezogen werden konnte. Das vorrangige Ziel war die Identifikation von möglichen Partnern, Verbündeten oder Sympathisanten für die DDR in der politischen Gesellschaft der USA. Die zuständigen Stellen beim ZK und im MfAA machten dabei vier Bereiche aus, aus denen mögliche Partner rekrutiert werden sollten.

Als natürlicher Verbündeter bildeten die amerikanischen Kommunisten die naheliegende Anlaufstelle für einen Aufbau von transnationalen Kontakten, da die ideologische Übereinstimmung mit den Genossen aus den USA eine Annäherung vereinfachte. Dementsprechend engagiert pflegte die SED die Kontakte zur

⁵⁶² Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 447.

⁵⁶³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A/2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁵⁶⁴ Institut für internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechtes, Berlin (Ost) 1980, S. 64.

Vertreterin des amerikanischen Kommunismus, der CPUSA, die auf Grund des ATO Augen und Ohren, ja oftmals auch die Hände des SED-Regimes in den Vereinigten Staaten war.

Da eine diplomatische Anerkennung, im Gegensatz zu einem besseren Image, unbedingt in Washington D.C. durchgesetzt werden musste, galt ein großes Interesse der ostdeutschen Kontaktpolitik in die USA einer zweiten Gruppe, der *Washington Community*. Ohne offizielle Kontakte zu den USA waren die Informationen aus der amerikanischen Hauptstadt dürftig und die Chancen für die Bildung von Allianzen gering. Die ostdeutschen USA-Politiker hofften im politischen Establishment unterhalb der Regierungsebene Personen oder Gruppen ausmachen zu können, die der Idee der Anerkennung der DDR als Beitrag zur Sicherung des Friedens zwischen den Blöcken gegenüber aufgeschlossen wären. Daher wurden große Ressourcen auf die Analyse der Zusammensetzung des Kongresses, der Chancen einzelner Präsidentschaftskandidaten, der deutschlandpolitischen Haltung der großen Parteien sowie der personelle Struktur in den für die DDR möglicherweise relevanten Ministerien und Gremien verwandt.

Eine sehr spezielle Zielgruppe des ostdeutschen USA-Politik waren die amerikanischen Juden. MfAA und die Abteilung IV beim ZK sahen in ihnen einen einflussreichen Faktor im politischen Establishment der USA, dessen Gunst besonders für einen deutschen Staat von elementarer Wichtigkeit war. Dabei war die Haltung des SED-Regimes gegenüber den amerikanischen Juden allerdings äußerst ambivalent. Während es auf der einen Seite hoffte, gerade die Juden als Opfer des Nationalsozialismus als amerikanische Verbündete im Kampf gegen die „nazistische“ Bundesrepublik zu gewinnen, stand Ost-Berlin auf der anderen Seite sowohl in der Frage der Entschädigung als auch in der Nahost-Frage in deutlicher Opposition zu den amerikanischen Juden.

Als letzte Kategorie der amerikapolitischen Bemühungen Ost-Berlins sei auf die bereits erwähnten innenpolitischen Bewegungen der sechziger Jahre verwiesen. Die Gruppierungen der *New Left*, der *Grass Roots Democracy*, der schwarzen Bürgerrechtsbewegung und der Antivietnamkriegsbewegung rückten wiederkehrend ins Blickfeld der 5. AEA des MfAA. Das amerikanische Medienecho auf die

jeweiligen Bewegungen gab dabei in Ost-Berlin den Ausschlag für eine weiterführende Beschäftigung mit den einzelnen Gruppen. Nähere Untersuchungen ließen die USA-Experten jedoch zumeist verwirrt zurück, da sie bei einzelnen Bewegungen neben den ideologisch durchaus annehmbaren oder sogar unterstützenswerten Positionen auch die demonstrative Distanz zu sozialistischen Kaderparteien, wie der CPUSA erkannten. Daher beschränkte sich die DDR darauf, das mögliche Konfliktpotenzial dieser einzelnen innenpolitischen Protestbewegungen zu analysieren und, wo es angebracht schien, Kontakt zu den „fortschrittlichen Organisationen“ in den USA aufzunehmen.⁵⁶⁵ Dieser Prozess wird am Beispiel der DDR-Bemühungen um eine bedeutende Bewegung der amerikanischen Innenpolitik, die schwarze Bürgerrechtsbewegung, erklärt.

a. „Die Aussprache erbrachte volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen“: Der amerikanische Sozialismus als Verbündeter der DDR

Da die natürlichen Sympathisanten eines sozialistischen Deutschlands in der linken bzw. marxistisch, sozialistisch oder kommunistisch geprägten Szene der USA beheimatet sein musste, galt – ähnlich den Kontakten der SED zur PCF in Frankreich und zur CPGB in Großbritannien – dem Aufbau und der Förderung des Verhältnisses zum linken Spektrum in den fünfziger Jahren das Hauptaugenmerk der ostdeutschen Beziehungen in die USA. Zu diesem Kontakt zu amerikanischen Gesinnungsgenossen bot sich im Übrigen kaum eine Alternative, da Ost-Berlin, behindert durch das ATO, kaum andere Informationsquellen über die USA hatte.

Der natürliche Partner der SED war die seit 1919 existente CPUSA, die nach dem Vorbild einer kommunistischen Partei Osteuropas organisiert war und sich als Teil der kommunistischen Weltbewegung fühlte. Neben der CPUSA beobachteten die zuständigen Stellen in Ost-Berlin – Abteilung Internationale Verbindungen des ZK und die Abteilung USA im MfAA – jedoch auch die Entwicklung anderer sozialistischer Gruppierungen in den USA, um sich vor dem Hintergrund der Konflikte innerhalb der kommunistischen Welt – als Beispiele seien hier der Gegensatz des chinesischen und des sowjetischen Kommunismus sowie die versuchte Erneuerung des tschechoslowakischen Kommunismus genannt – und mit Blick auf ihre jeweilige Nützlichkeit für die DDR ein Bild zu machen. Der Tenor der

⁵⁶⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/604: Telegramm des Genossen Abraham aus Moskau an den Genossen Florin zum Besuch des Mitglied der KPUSA, Morris Childs in der DDR, 23.11.1963.

Analysen des MfAA war allerdings eindeutig: Linksextreme Bewegungen, wie das *Progressive Labour Movement* waren in den Augen Ost-Berlins zu unwichtig oder hatten sich bereits früh durch ihre prochinesische Haltung oder ihre Unterstützung eines Reformkommunismus diskreditiert.

Daher erschien es nur logisch, wenn man sich darum bemühte, weniger radikale Bewegungen wie z.B. Gewerkschaften für sich einzunehmen. In Frankreich und Großbritannien hatten gerade diese Bemühungen große Erfolge mit Blick auf Propagierung der diplomatischen Anerkennung gebracht. Seit 1958 existierten z.B. regionale Partnerschaftsverträge zwischen dem FDGB und der *Confédération Général du Travail* (CGT)⁵⁶⁶ und britische Gewerkschaftsvertreter besuchten regelmäßig DDR-Informationsveranstaltungen.⁵⁶⁷ Umso enttäuschender war es für die 5.AEA, dass in den USA keinerlei Erfolge zu verzeichnen waren.⁵⁶⁸ Die Tatsache, dass der traditionell sehr stark außenpolitisch orientierte amerikanische Gewerkschaftsbund⁵⁶⁹ von einer ganzen Reihe von Personen geführt wurde, die dem rechten Spektrum angehörten, machte eine Unterstützung der CPUSA durch eine einheitlich sozialistische Gewerkschaftsbewegung utopisch. Der zuweilen militante Anti-Kommunismus der Gewerkschaftsführer sorgte für eine bis in die siebziger Jahre hinein betriebene Politik der Ablehnung gegenüber der Entspannung und der Anerkennung der DDR. Die 5. AEA musste daher 1963 die Unterstützung der „Politik des Kalten Krieges“ der US-Regierung durch einige Gewerkschaften konstatieren.⁵⁷⁰

Zuweilen gerieten manche Gewerkschaften sogar in Konflikt mit Entspannungsbemühungen der amerikanischen Regierung hinaus. Die *American Federation of Labor – Committee for Industrial Organization* (AFL-CIO) lehnte z.B. 1963 einmütig jegliche Teilnahme der DDR am Atomteststoppabkommen ab.⁵⁷¹ Damit folgte sie einer bewährten Tradition der Anlehnung an konservative Kreise der Bundesrepublik. Die AFL-CIO hatte in den fünfziger Jahren die Adenauersche

⁵⁶⁶ Vgl. Pfeil, 2004, S. 276.

⁵⁶⁷ Vgl. Hoff, 2003, S. 426.

⁵⁶⁸ Zu amerikanischen Gewerkschaften und dem Kommunismus vgl. Cochran, Bert: *Labour and Communism, The Conflict that Shaped American Unions*, Princeton N.J. 1977.

⁵⁶⁹ Vgl. Czempiel, 1979, S. 34.

⁵⁷⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über einige Probleme der Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart, 24.10.1963.

⁵⁷¹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, A 1942: Kurzinformation über die Haltung der AFL-CIO-Führung zum Moskauer Vertrag, 11.9.1963.

Deutschlandpolitik unterstützt und stets jegliche Konföderationspläne für Deutschland abgelehnt. Nach dem deutschlandpolitischen Aufbruch der Großen Koalition 1966 fand die AFL-CIO keinen gemeinsamen deutschlandpolitischen Nenner mit der SPD, da eine Kooperation mit DDR-Institutionen in den Augen der US-Gewerkschaften undenkbar blieb. Die Fronten verhärteten sich zusehends, da die AFL-CIO über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) versuchte, verstärkte Ostkontakte westlicher Gewerkschaften zu bekämpfen. Die aggressive Haltung gegenüber dem Kommunismus und der DDR überdauerte sogar die Umorientierung der Politik. So lehnte die AFL-CIO noch 1972 das Vier-Mächte-Abkommen und die Ostverträge, kurz die *Détente*-Politik, rundheraus ab.⁵⁷² Dementsprechend kritisch betrachtete die DDR-Wissenschaft dieses Organ: „*With this anti-communist doctrine the AFL-CIO gives direct support to the expansionist policy of US imperialism. ... The establishment of so-called 'eastern contacts' by the British TUC and the DGB of the Federal Republic of Germany and other trade unions belonging to the International Federation of Free Trade Unions caused the AFL-CIO to stop its subscription to the International Federation of Free Trade Unions and to leave the organization at the beginning of 1969.*“⁵⁷³

Dennoch wollte Ost-Berlin nicht ganz untätig bleiben, sondern versuchte, die Propaganda in Amerika in die Richtung der Einzelgewerkschaften des AFL-CIO, und den örtlichen Organisationen der *United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America* (UAW) zu steuern, um auf diese Weise Kontakte zu knüpfen.⁵⁷⁴ Der Erfolg dieser Maßnahme blieb jedoch äußerst bescheiden, so dass der DDR-Wissenschaftler Karl-Heinz Röder noch 1976 feststellte: „In keinem anderen imperialistischen Land vermochte es die herrschende Klasse, die Gewerkschaftsführung derart an das Herrschaftssystem des Imperialismus zu binden wie in den USA.“⁵⁷⁵ Die mit dieser Analyse verbundene Erkenntnis, dass die Gewerkschaften nicht vor der amerikanischen Regierung von der Nichtanerkennungsposition abrücken würden, setzte sich im MfAA bereits während der sechziger Jahre durch, so dass weder das AFL-CIO noch andere

⁵⁷² Vgl. Link, 1978, S. 93-99.

⁵⁷³ Ackermann, Bert: *The Trade Union Movement*, in: Siegmund-Schulze, 1985, S. 127-135, S. 131-132.

⁵⁷⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁵⁷⁵ Röder (Autorenkollektiv), 1976, S. 199.

Einzelgewerkschaften eine tragende Rolle in dem Ost-Berliner Konzept einer Anerkennungslobby spielten.

Verbunden mit der mangelnden Gewerkschaftsunterstützung veranlasste das Fehlen einer sozialdemokratischen Partei Ost-Berlin dazu, sich auf die CPUSA, als „marxistisch-leninistische Partei, mitten im Herzen der mächtigsten Imperialisten der Welt“⁵⁷⁶ zu konzentrieren. Die CPUSA war der einzig beständige Kontakt des SED-Regimes in die USA. Dieser war dauerhaft organisiert und beruhte auf gegenseitiger Anerkennung und Unterstützung. Die CPUSA, mit einer Mitgliederzahl von weniger als 25.000 erhoffte sich von der in Ostdeutschland „siegreichen“ SED eine beratende Begleitung ihrer Bemühungen, in den USA Anhänger zu gewinnen und das „revolutionäre Klima“ zu schüren⁵⁷⁷, während die DDR in der CPUSA den vertrauenswürdigen Gefährten zur Identifizierung verlässlicher Verbündeter in der Frage der diplomatischen Anerkennung in Amerika sah. Über die CPUSA sollten Organisationen, wie z.B. die *Citizens against West German Militarism*, die sich zur Popularisierung der DDR und Diffamierung der Bundesrepublik eigneten, gefunden und für die DDR gewonnen werden.⁵⁷⁸

Die CPUSA erhoffte sich, da sie wenig materielle Hilfe aus dem Ostblock zu erwarten hatte – die DDR machte hier keine Ausnahme – Hilfe bei der Anhängerwerbung, bei programmatischen und praktischen Fragen von der SED.⁵⁷⁹ Diese Motive waren stark genug, um den Austausch zwischen beiden Parteien relativ rege zu halten. Da sich die Kontakte der SED in Richtung der CPUSA durch die Maßnahmen des ATO eher schwierig gestalteten, bemühten sich die amerikanischen Kommunisten zunehmend, Reisen in die DDR zu organisieren. So bereisten der Sekretär der CPUSA, Henry Winston, 1962, 1963 und 1968 und der Generalsekretär der CPUSA, Gus Hall 1966 und 1974 die DDR.

⁵⁷⁶ The Worker, 13.1.1963.

⁵⁷⁷ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Bericht über den Aufenthalt einer Studiendelegation der Kommunistischen Partei der USA in der DDR unter Leitung des Vorsitzenden der Partei, Genosse Henry Winston vom 22.7. bis zum 1.8.1968, 8.8.1968. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Vermerk über ein Gespräch des Genossen Hermann Pöschel mit einer Delegation des Nationalkomitees der KP der USA vom 15.8.1969, 19.8.1969.

⁵⁷⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Brief der Abteilung IV an den Staatssekretär für Westdeutsche Fragen Joachim Hermann, 21.8.1967.

⁵⁷⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

Die zentrale Figur der CPUSA in der Kontaktpflege zwischen der DDR und den amerikanischen Kommunisten war Henry Winston, der sowohl in der CPUSA als auch in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung engagiert war. Seine rege Korrespondenz mit dem ZK der SED sowie seine Besuche in der DDR erzeugten eine engere Bindung zwischen CPUSA und SED. Winston eignete sich darüber hinaus hervorragend als Propagandafigur gegen das amerikanische System, da er unter dem *Smith Act*⁵⁸⁰ zu einer siebenjährigen Gefängnisstrafe verurteilt und erst nach fünf Jahren 1961 von John F. Kennedy begnadigt worden war.⁵⁸¹

Henry Winston war in den Augen des SED-Regimes als schwarzer Kommunist der Prototyp des vom repressiven US-System verfolgten „Helden“, der das Potenzial zu einem möglichen Führer einer linken Bewegung in den Vereinigten Staaten hatte. Direkte Kontakte zwischen CPUSA und SED, wie die zwischen Winston und dem ZK der SED, wurden von der Abteilung Internationale Verbindungen organisiert, durchgeführt und ausgewertet. Die aufwendigen Programme sowie die äußerst detaillierten Berichte über die Besuche der US-Kommunisten belegen das gesteigerte Interesse des ZK. Auf ein ähnliches Ergebnis deutet der Umstand hin, dass neben dem zuständigen SED-Funktionär Heinz Birch an den Delegationstreffen im Verlauf der sechziger Jahre führende SED-Funktionäre wie Hermann Axen, Hermann Matern und Albert Norden⁵⁸² und zuweilen sogar Walter Ulbricht und Erich Honecker⁵⁸³ teilnahmen. Bei der Vorbereitung der Besuche legte die SED-Führung größten Wert auf die detaillierte Ausarbeitung eines Programms und die propagandistische Aufarbeitung. Gleich mehrere Abteilungen des ZK waren dafür zuständig, sich Gedanken über die Konzeption solcher Treffens zu machen.⁵⁸⁴

⁵⁸⁰ Der Smith Act von 1940 erklärte die Propagierung des gewaltsamen Umsturzes der US-Regierung sowie die Mitgliedschaft in einer Organisation, die solches forderte zu einem Verbrechen. Unter Berufung auf den Smith Act wurden Mitglieder der CPUSA bis in die sechziger Jahre hinein zu Gefängnisstrafen verurteilt.

⁵⁸¹ Vgl. zur Korrespondenz den Bestand SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608.

⁵⁸² Vgl. z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Vermerk über eine Aussprache mit dem Leiter der Delegation der KPUSA, James West vom 13.10.1969, 14.10.1969. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Gesprächsvorbereitende Mappen für das Treffen mit den KPUSA Mitgliedern für Albert Norden und Hermann Matern, o.D..

⁵⁸³ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2/1509: Reinschriftenprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der vom 28.5.1974. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Telegramm des Büros Ulbricht an die Abteilung Internationale Verbindungen, 1.9.1966.

⁵⁸⁴ Vgl. hierzu den gesamten Bestand SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606.

Während der Gespräche diskutierten die Genossen selten kontrovers. Die grundsätzliche Forderung nach einer sofortigen Anerkennung der DDR durch die USA war völlig unstrittig. Zumeist bestärkte man sich lediglich in der Verurteilung der amerikanischen Regierung und ihrer Politik, in der gegenseitigen Bewunderung für die Leistungen des jeweils anderen und in der Notwendigkeit einer verbesserten und verstärkten Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien. Die Berichterstatter der Abteilung Internationale Verbindungen konnten vermerken: „Die Aussprache erbrachte volle Übereinstimmung in allen behandelten Fragen.“⁵⁸⁵ Damit hatten ostdeutsche und amerikanische Genossen im Vergleich z.B. zu den volatilen Beziehungen zwischen der SED und der CPGB in Großbritannien gerade in den sechziger Jahren sehr viel mehr Gemeinsamkeiten.⁵⁸⁶

Die Nachbereitung der Besuche konzentrierte sich auf die propagandistische Nutzung. Zusammen mit der sorgfältigen Vorauswahl „geeigneter“ amerikanischer Genossen für die Besuche stellte die Koordinierung der Propaganda die Inszenierung der Besuche als Treffen unter Brüdern sicher. Presseerklärungen wurden verfasst, Pressekonferenzen veranstaltet und Interviews gegeben.⁵⁸⁷ Das Neue Deutschland schaltete ganze Artikelserien, in denen die Besuche aus allen Perspektiven beleuchtet wurden.⁵⁸⁸ Koordiniert wurden die Propagandamaßnahmen von der Abteilung IV, die sicherstellte, dass alle Fragen die richtige Konnotation hatten und geeignet waren, die Übereinstimmung zwischen der CPUSA und der SED zu unterstreichen.⁵⁸⁹ Im Umfeld der CPUSA-Besuche vermittelte die Propaganda stets zwei zentrale Botschaften: Die kommunistische Internationale ist bis ins Herz des Imperialismus hinein intakt und die internationale Anerkennung der DDR durch die USA wird in den Vereinigten Staaten mit Nachdruck vorangetrieben. Die zweite Kernaussage war jedoch eher Wunschenken.

Zur Sicherstellung der Vertrauenswürdigkeit der CPUSA analysierte Ost-Berlin die ideologische Ausrichtung der amerikanischen Genossen intern. Insbesondere wachte

⁵⁸⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Vermerk über die Aussprache des Genossen Walter Ulbricht mit dem Generalsekretär der KPUSA, Gus Hall vom 8.9.1966.

⁵⁸⁶ Zu den Beziehungen zwischen SED und CPGB vgl. Hoff, 2003, S. 375-386.

⁵⁸⁷ Zum Besuch Henry Winstons vgl. ND, 23.-26.7.1968. Interview mit Henry Winston in ND 31.7.1968.

⁵⁸⁸ Vgl. z.B. Artikel zum Besuch Gus Halls in der DDR in ND, 6.-10.9.1966.

⁵⁸⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Vorschläge für die Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen, 4.7.1968.

die SED streng über die sowjetische Ausrichtung der CPUSA und machte ihre Unterstützung abhängig vom konformen Verhalten der amerikanischen Genossen.⁵⁹⁰ Dass sich die CPUSA im sino-sowjetischen Konflikt für die „richtige“ Seite, die UdSSR, entschieden hatte, beurteilten die DDR-Analysten folglich positiv. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 verlangte die SED von der kommunistischen Bruderpartei, „hart gegen die tschechoslowakischen Sektierer und protschechoslowakische Gruppen in den USA“ vorzugehen.⁵⁹¹

Die prompte Reaktion der CPUSA-Führungsspitze um Gus Hall, die drohte, protschechoslowakische Gruppierungen aus der Partei auszuschließen, erlaubte es dem MfAA die ideologische Zuverlässigkeit der amerikanischen Genossen weiter positiv zu bewerten. Insgesamt konnte die CPUSA in Ost-Berlin entstehende Zweifel an ihrer Linientreue stets zerstreuen. Im Laufe der Zeit gewann jedoch die Analyse der politischen Durchschlagskraft der amerikanischen Kommunisten gegenüber der Zuverlässigkeitsprüfung an Gewicht. Auch in dieser Hinsicht schien Ost-Berlin zufrieden. 1969 urteilte die Abteilung Internationale Verbindungen insgesamt vorteilhaft über die Entwicklung der CPUSA seit dem XVIII. Parteitag 1966, da es der CPUSA gelungen sei, verstärkt zu einer „Aktionspartei“ zu werden.⁵⁹² Die amerikanische KP kämpfe aktiv für die Bildung einer unabhängigen dritten politischen Kraft im Lande, die fähig war, „der Politik der Monopolbourgeoisie eine wirkliche Alternative entgegenzustellen“.⁵⁹³ Bei dieser Beurteilung war jedoch eher der Wunsch Vater des Gedanken. So hoffte man in Ost-Berlin und beriet die CPUSA dahingehend, dass sie zu einer Integrationskraft reformerischer Kräfte werden und so ihren Einfluss in der US-Gesellschaft erhöhen musste. Anlass für die Forderung nach

⁵⁹⁰ Zur Beurteilung der verschiedenen sozialistischen Strömungen und ihrer Ausprägungen innerhalb der CPUSA vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/607: Auszug aus einem Aktenvermerk über eine Aussprache mit dem Genossen Henry Winston vom 20.1.1963, o.D.. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information zur Haltung der KPUSA zur Entwicklung in der CSSR und zum Eingreifen der sozialistischen Länder, 3.9.1968. Vgl. hierzu z.B. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information über die Haltung der KPUSA zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung, 16.2.1963. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information über den Leitartikel in „Political Affairs“: Über die ideologische Position der Kommunistischen Partei Chinas, 10.10.1963. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information über die Veröffentlichung der Erinnerungen der Vorsitzenden der KPUSA Elizabeth Gurley Flynn an die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien 1960, 17.1.1964. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Abteilung Internationale Verbindungen, Einschätzung der Kommunistischen Partei der USA, 20.8.1968.

⁵⁹¹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information zur Haltung der KPUSA zur Entwicklung in der CSSR und zum Eingreifen der sozialistischen Länder, 3.9.1968.

⁵⁹² Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/607: Information für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über den XIX. Parteitag der KPUSA vom 30.4. bis zum 5.5.1969, 18.3.1969.

⁵⁹³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

Integration war die Erkenntnis der SED-Analysten, dass eine pragmatische, weniger radikale Ausrichtung der Partei von Nöten war: „Um eine entscheidende Rolle zu spielen, muss die Arbeiterklasse sehr eng mit der Negerbewegung verbunden sein. ... Zur Erreichung der gestellten Ziele muss die Partei den Kampf an zwei Fronten führen, und zwar gegen die Bourgeoisie und gegen den linken Radikalismus, der bestrebt ist, gewisse Etappen des Kampfes zu überspringen.“⁵⁹⁴

Das Ergebnis dieser Pläne war wenig zufriedenstellend. Im Präsidentenwahlkampf 1968 stellte die CPUSA zwar eine schwarze Präsidentschaftskandidatin, Charlene Mitchell, auf und versuchte, die rassistischen Unruhen und die zunehmende Unpopolarität des Vietnamkriegs in „progressiven“ Teilen der Bevölkerung auszunutzen. Da sich die CPUSA jedoch nicht zu einem Bündnis mit den populären studentischen Gruppen der *New Leftist* und dem *Black Power Movement* durchringen konnte, gelang es nicht einmal, publizistische Aufmerksamkeit in den USA zu erlangen.⁵⁹⁵ Auch wenn die DDR-Forschung noch in den achtziger Jahren die Wahlzulassungsmodalitäten 1968 als ein „*unjust and discriminatory system*“ brandmarkte, und die Teilnahme von CPUSA Kandidaten in 13 Staaten 1972 als „*important breakthroughs*“ bewertete⁵⁹⁶, hatten die Amerikaexperten im ostdeutschen Regierungsapparat bereits als Zeitgenossen das Scheitern der CPUSA-Strategie erkannt: „Obwohl die kommunistische Partei der USA als marxistisch-leninistische Partei große Anstrengungen unternimmt, um die verschiedenen Strömungen der progressiven Bewegung allmählich unter der Führung der Arbeiterklasse zu vereinen, trifft sie bei den Kreisen von Wissenschaftlern und Studenten auf die von kleinbürgerlicher Spontaneität, von Anarchismus, Sektierertum und Rassismus beherrschten Interessen und Unternehmungen, die in ihrer verheerenden Zersplitterung objektiv als Domäne raffiniert gezielter Manipulation des staatsmonopolistischen Systems angesehen werden können.“⁵⁹⁷

⁵⁹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/606: Bericht über den Aufenthalt einer Studiendelegation der Kommunistischen Partei der USA in der DDR unter Leitung des Vorsitzenden der Partei, Genosse Henry Winston vom 22.7. bis zum 1.8. 1968, 8.8.1968.

⁵⁹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

⁵⁹⁶ Vgl. Steiniger, in: Siegmund-Schulze, 1985, S. 140.

⁵⁹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV/ A 2/20/609: Bemerkungen E. Herletzius' zur außenpolitischen Tätigkeit des MHF nach den USA, 27.11.1971.

Ost-Berlin sprach die CPUSA von der Verantwortung für das politische Scheitern zwar frei, im MfAA und in der Abteilung IV war man sich jedoch bewusst, dass die amerikanischen Kommunisten in absehbarer Zeit keinen politischen Machtzuwachs erlangen konnten und von ihnen daher in der Frage der Anerkennung kein direkter Fortschritt zu erwarten war. Führte das beratende Engagement der SED bei der CPUSA auch zu keinerlei politischen Erfolgen, so erlaubte es Ost-Berlin zumindest mehr Aufmerksamkeit in linken Medien der USA zu erhalten. Die CPUSA diente als Mittler zwischen der DDR-Propaganda und Zeitschriften, wie *The Worker*, *Daily World* oder *Political Affairs*, dem amerikanischem Rundfunk und Fernsehen. In den genannten Printmedien gelang es zunehmend, Artikel über die Leistungen der DDR, die Forderung nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die USA und die Überlegenheit des sozialistischen gegenüber dem kapitalistischen Deutschland zu platzieren. Ein breites, „progressives“ Publikum in den USA erreichte man mit diesen Medien jedoch nicht, und Rundfunk und Fernsehen sowie regionale und überregionale Tageszeitungen nahmen weiterhin kaum Notiz von der DDR.

In Ost-Berlin hatte man im Verlauf der sechziger Jahre festgestellt, dass es positiv war, wenn die CPUSA an Einfluss in der praktischen Politik der Vereinigten Staaten gewann und sich nicht auf den revolutionären Kampf gegen das amerikanische System beschränkte. In den Vereinigten Staaten gab es jedoch, im Gegensatz z.B. zu den französischen Kommunisten, keine linksextreme Partei mit der Basis für eine Massenmobilisierung.⁵⁹⁸ Linke Ideologie war in den USA nicht einmal bei Studenten mehrheitsfähig. Auch konnte Ost-Berlin auf Grund der mangelnden Exil- oder Widerstandserfahrungen den Antifaschismus nicht zur Identifikationsbasis für das linke Spektrum nutzen.⁵⁹⁹ So blieb nur die streng ideologische Übereinstimmung der Schwesterparteien. Der aus der Ideologie der amerikanischen Kommunisten rührende Mangel an Integrationskraft der CPUSA war jedoch die Ursache für ihre relative Nutzlosigkeit im Aufbau einer DDR-Anerkennungslobby.

In der Praxis schätzten USA-Fachleute die geringen Einflussmöglichkeiten der CPUSA durchaus zutreffend ein. Heinz Birch sah sogar die Notwendigkeit, die amerikanischen Genossen in Aussprachen psychologisch aufzubauen, indem man

⁵⁹⁸ Vgl. Pfeil, 2004, S. 114.

⁵⁹⁹ Zu Antifaschismus und Kommunismus in den ostdeutsch-französischen Beziehungen vgl. Pfeil, 2004, S. 174-268.

ihnen das Gefühl gab, etwas zu bieten zu haben.⁶⁰⁰ In der offiziellen Darstellung, besonders der ostdeutschen Forschung, blieb die Geschichte der CPUSA stets ein heroischer Kampf mit wichtigen Ergebnissen. So konnte man selbst 1985 aus DDR-Publikationen nicht herauslesen, wie klein die Rolle der CPUSA im amerikanischen Politikbetrieb war.⁶⁰¹

Im Gegensatz zu den offiziellen Darstellungen zeigte sich das politische Regime in diesem Punkt pragmatischer. Mit dem Machtwechsel 1970 und der zunehmenden *Détente* zu Beginn der siebziger Jahre, änderte sich die Taktik des SED-Regimes. Die Hoffnung auf eine Einflusssteigerung der CPUSA als Verbündetem der DDR in den USA schwand zusehends und die SED-Diplomaten konzentrierten sich nun mehr auf die traditionellen Eliten in den USA und vernachlässigten die kommunistischen Genossen als Anwalt der Anerkennung. Man traute der CPUSA nicht zu, die progressiven Kräfte in den USA zu erreichen. Auch wenn die herzlichen Beziehungen zwischen den Parteien blieben, so rückte nun die Unumkehrbarkeit des Entspannungsprozesses und nicht der Klassenkampf in den USA ins Zentrum der Gespräche zwischen SED und CPUSA.⁶⁰²

b. Die „realistisch denkenden Kreise“: Die politische Community in Washington im Kalkül der DDR

Die Einsicht der SED-Führung, dass eine diplomatische Aufwertung nur über Kommunikation mit dem politischen Establishment der Vereinigten Staaten durchzusetzen war, ließ die ostdeutschen USA-Experten ab 1964 die Zentrale eben dieses Establishments, die *Community* in Washington D.C., verstärkt bearbeiten. Da die außenpolitischen Entscheidungen in den Vereinigten Staaten bis in die 1960er Jahre einer kleinen Elite unter Führung des Präsidenten vorbehalten waren, musste die Hoffnung zunächst gering sein.⁶⁰³ Die im Kongress lauter werdenden Forderungen nach einer Entspannung im Kalten Krieg gaben Ost-Berlin jedoch Anlass zur Hoffnung. In diesem Zusammenhang war die Zulassung der DDR zum

⁶⁰⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Zwischenbericht über den bisherigen Aufenthalt des Genossen Dr. Aptheker in der DDR, 9.9.1968.

⁶⁰¹ Vgl. Steiniger, in: Siegmund-Schulze, S. 136-142.

⁶⁰² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2492: Gespräch zwischen Erich Honecker und Gus Hall vom 22.5.1974.

⁶⁰³ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 441.

Atomteststoppabkommen von 1963 durch die USA ein erster Anhaltspunkt für eine schrittweise Positionsänderung der Amerikaner.⁶⁰⁴

Aber nicht nur die Veränderungen im internationalen Gefüge, sondern auch die innenpolitische Situation in den Vereinigten Staaten deutete auf eine Atempause im Ost-West-Konflikt hin. Präsident Lyndon B. Johnson war der Auffassung, dass ihn nur eine ausgeglichene, krisenarme Situation in den Ost-West-Beziehungen in die Lage versetzte, die großen innenpolitischen Vorhaben der *Great Society* und des *War on Poverty* umsetzen zu können.⁶⁰⁵ Jenseits dieser Überlegungen forderten liberale, vornehmlich demokratische Politiker, eine ohne die Hintergedanken der „Brückenstrategie“ belastete Öffnung gegenüber dem ideologischen Gegner. Diese Annäherungspolitikern waren als „realistisch denkende“ Kreise für die DDR von besonderem Interesse.

Das Hauptaugenmerk des MfAA lag auf denjenigen Mitgliedern des US-Kongresses, die bisher durch ihr Eintreten „für die Verbesserung der amerikanischen Handelsgesetzgebung in Richtung eines breiteren und im Umfang wachsenden Handels mit sozialistischen Ländern“⁶⁰⁶ aufgefallen waren. Bereits 1963 wurde in einer Vorlage für das Politbüro von der 5. AEA festgestellt: „Es mehren sich [P.M. in den USA] die Sorgen, von den westdeutschen Ultras in gefährliche Abenteuer hineingerissen zu werden, und es treten auch in kapitalistischen Kreisen (darunter im Senat) Kräfte auf, die diese Sorge zum Ausdruck bringen und sich darüber empören, dass die Bonner Ultras eine für die USA mögliche und erwünschte Entspannung verhindern. Es wächst die Erkenntnis der langfristigen Realität der Deutschen Demokratischen Republik, und auch in einflussreichen Zeitungen der USA erscheinen realere Darstellungen über die Lage und die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik.“⁶⁰⁷ In der Folge versuchte das MfAA, die zitierten „Kräfte“ zu identifizieren und Informationen über sie einzuholen. Das Fehlen einer sozialdemokratischen Partei, die in der amerikanischen Politikszene respektiert war erschwerte diesen Prozess. Es gab in den Vereinigten Staaten keine der Labour-Party, der französischen Sozialisten oder der SPD vergleichbare Partei, die die

⁶⁰⁴ Zum Atomteststoppabkommen vgl. Kapitel III, C.

⁶⁰⁵ Vgl. Schwartz, 2003, S. 27.

⁶⁰⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁶⁰⁷ SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2 A-1308: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüro vom 29.10.1963.

Regierung stellen konnte und gleichzeitig bereit war, eine Anerkennung der DDR zumindest in Betracht zu ziehen.⁶⁰⁸ Weiterhin konnte in der USA-Politik die Betonung eines gemeinsamen Antifaschismus mit Bezug auf das Dritte Reich nicht als Identifikationsbasis für linksdemokratische Eliten dienen. Die DDR musste ihre Suche breiter anlegen so dass das Spektrum potenzieller Kandidaten daher bewusst nicht zu eng gewählt war: „Dabei ist zu beachten, dass die für die DDR ansprechbaren Kreise verschiedensten gesellschaftlichen Klassen und ideologischen Richtungen vom Marxismus-Leninismus über linksradikale Strömungen bis zum bürgerlichen Liberalismus (besonders Vertreter der bürgerlich-liberalen Konvergenztheorie, die echt für eine Politik der friedlichen Koexistenz eintreten) angehören.“⁶⁰⁹

Da die Vertreter des „bürgerlichen Liberalismus“ im Sinne Ost-Berlins die einzige Gruppe waren, die bereits im Kongress durch Senatoren wie den Mehrheitsführer Mike Mansfield, William Fulbright und Henry Reuss vertreten waren, bildeten sie die einflussreichste Zielgruppe in den Planspielen der ostdeutschen US-Politik. Das MfAA und die Abteilung Internationale Verbindungen stellten über diese Politiker Nachforschungen über Faktoren wie generelle Deutschfreundlichkeit oder bundesrepublikanischen Einfluss auf diese Politiker an.⁶¹⁰ Ende 1963 glaubte das MfAA in Teilen der demokratischen Partei, diejenigen Sympathisanten für die DDR gefunden zu haben, die nicht aus Nähe zur kommunistischen Ideologie, sondern aus Interesse an einem gesteigerten Ost-West-Handel, an einem verringerten Engagement der USA in West-Europa und einer Festigung des *Status quo* in Europa eine Anerkennung der DDR unterstützen würden. Das SED-Regime, das den lockeren Partei-Begriff der Amerikaner nur unzureichend verstand und oftmals die *issue*-bezogene Einheit in einer amerikanischen Partei überschätzte,⁶¹¹ versuchte sich den Demokraten als der amerikanischen Entspannungspartei anzunähern, auch wenn Ost-Berlin gegenüber dem demokratischen Präsidenten Johnson, dessen Engagement in Vietnam auf Ost-Berlin den Eindruck eines wenig kompromissbereiten

⁶⁰⁸ Zur Verhältnis der Labour-Party zur SED und zur DDR vgl. Hoff, 2003, S. 102-110, 239-247. Zur Situation in Frankreich vgl. Pfeil, 2004, S. 129-132.

⁶⁰⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁶¹⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: An das ZK der SED weitergeleitete, von der tschechoslowakischen Botschaft erarbeitete Informationsmaterial zur „westdeutschen Propagandatätigkeit in den USA“ vom 27.5.1963.

⁶¹¹ Zum amerikanischen Parteibegriff und seiner Geschichte vgl. Lösche, Peter: Die politischen Parteien, in: Jäger, 1995, S. 268-296.

Antikommunisten machte, misstrauisch blieb. Mangels besserer Möglichkeiten suchte die DDR-Führung vorsichtig den Kontakt zur Demokratischen Partei. Als Beispiel für die ersten Schritte sei ein Telegramm des Politbüros an die Witwe Robert Kennedys genannt, in dem ihr das Politbüro sein Beileid zur Ermordung ihres Gatten aussprach.⁶¹²

Die kurzfristigen Erfolgsansprüche der DDR an solche ersten Versuche waren gering. So vernahm das MfAA äußerst befriedigt die Meldung des ADN-Korrespondent, der 1964 von der „sensationellen“ Neuigkeit, dass der außenpolitische Berater des Präsidenten Johnson, Walt Rostow, „nicht *East-Germany*, sondern GDR ohne Anführungsstriche“⁶¹³ gesagt hatte, berichten konnte. Solche „Erfolgsmeldungen“ muten in der Retrospektive lächerlich an, motivierten aber das MfAA in seinen Bemühungen.

Im Laufe der Zeit wollte jedoch das SED-Regime mehr als lediglich positive Kommentare und intensivierte seine Annäherungsversuche. Nachdem sich Ost-Berlin über die Entspannungshaltung einzelner Demokraten Sicherheit verschafft hatte, versuchte man diese direkt anzusprechen. Neben dem Versand von Informationsmaterialien hofften MfAA und SED, bestehende persönliche Kontakte wie z.B. den des stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates, Gerald Götting, zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, William Fulbright, nutzbar machen zu können.⁶¹⁴ Über Götting wollte Walter Ulbricht Senator Fulbright davon überzeugen, dass die konstruktiven Initiativen im deutsch-deutschen Verhältnis immer aus Ost-Berlin kamen, indem er ihm im September 1970 den Vertragsentwurf zur Regelung der Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland, den Ulbricht im Dezember 1969 dem Bundespräsidenten Gustav Heinemann übersandt hatte, zukommen ließ.⁶¹⁵ Neben Fulbright rückte eine Reihe weiterer Politiker ins Visier der ostdeutschen USA-Verantwortlichen. Männer wie Mike Mansfield und Henry Reuss gehörten ebenso zu ihnen wie der Ex-Diplomat George

⁶¹² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2 A-1308: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüro vom 6.6.1968.

⁶¹³ SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts der ADN-Korrespondenten in New York, 3.5.1964.

⁶¹⁴ Vgl. hierzu z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁶¹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Brief Klaus Bollingers an Senator Fulbright vom 30.9.1970.

Kennan, der durch seine Erklärung, die Anerkennung einer getrennten politischen ostdeutschen Einheit könne nicht mehr vermieden werden, das ostdeutsche Interesse auf sich gezogen hatte.⁶¹⁶

Da sowohl zu den genannten Senatoren und Kongressabgeordneten, als auch zu Kennan keine persönlichen Kontakte bestanden, bemühte sich das MfAA, andere Mittel zu finden, mit deren Hilfe man amerikanische Entspannungspolitiker gewinnen zu hoffte. In der Folge versuchte die DDR die „realistisch denkenden“ Kreise der USA mit dem ostdeutschen Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft zu beeindrucken. 1965 glaubte die 5. AEA feststellen zu können: „Unverkennbar in diesem Zusammenhang ist die Tendenz in den maßgeblichen politischen Kreisen der USA, die ökonomischen und politischen Konsequenzen der Existenz der DDR in der politischen Planung zu berücksichtigen.“⁶¹⁷

Die guten Erfahrungen die Ost-Berlin mit dem Instrument der Parlamentarierreisen bei den Franzosen und Engländern gemacht hatte und machte, legte die Einladung amerikanischer Kongressabgeordneter in das „neue Deutschland“ nahe. Besonders erfolgreich waren diese Einladungen jedoch nicht. Zwischen April und September 1963 bereisten im Vergleich zu 36 französischen und zehn britischen lediglich zwei amerikanische Politiker die DDR.⁶¹⁸ Die französische Militärregierung in Berlin erkannte 1963, dass die West-Berliner Bevölkerung leicht den Vergleich zwischen den zahlreichen französischen und den seltenen amerikanischen Delegationsreisen anstellen konnte.⁶¹⁹ Während sich nach Ulrich Pfeil die Senatoren und Nationalversammlungsabgeordneten Frankreichs Ende der sechziger Jahre die Klinke in Ost-Berlin in die Hand gaben,⁶²⁰ blieben amerikanische Besuche weiterhin die absolute Ausnahme. Die prominenteste Ausnahme war die 1965 stattfindende private Reise des amerikanischen Kongressabgeordneten Henry S. Reuss nach *East Germany*.⁶²¹ Aber selbst diese war kein wirklicher Erfolg, da Reuss den Kontakt mit

⁶¹⁶ Pol-Arch AA, B32, 215: Bericht über George Kennans Vortrag: The United States and the Communist Giants, 20.2.1967.

⁶¹⁷ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Vorschläge zur Intensivierung unserer Arbeit gegenüber den USA unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der DDR, 11.9.1965.

⁶¹⁸ Zitiert nach Pfeil, in: Pfeil, 2001, S. 218.

⁶¹⁹ Vgl. Archives du Ministère des Affaires étrangères (MAE), Paris, EU, RDA 61-70, 189: Gouvernement militaire français à Berlin au MAE, 8.10.1963. Zitiert nach Pfeil, 2004, S. 282.

⁶²⁰ Vgl. Pfeil, 2004, S. 283.

⁶²¹ Vgl. Congressional Record, 74, S.A. 1976: Rede des US-Abgeordneten Henry S. Reuss vor auf dem Symposium der Marquette University, Milwaukee, 27.4.1965.

offiziellen Stellen des SED-Regimes so gut als möglich vermied. Zu groß war die Befürchtung im politischen *establishment* der USA vor der propagandistischen Ausbeutung eines Aufenthaltes eines prominenten Amerikaners, besonders eines Politikers, in der DDR. Darüber hinaus sorgte die ostdeutsche Propaganda gegen Vertreter der amerikanischen Regierung – kurz nach dem Besuch des Vizepräsidenten Humphreys in West-Berlin, wurde dieser vom ND mit den Worten „Blut klebt an seinen Händen“ beschrieben⁶²² – keineswegs für besondere Sympathien in den USA. Der Kongress und seine Abgeordneten, sowohl republikanische als auch demokratische, blieben auf Distanz zur DDR. Die Wahlen zum Senat und Kongress 1968 schätzten ostdeutsche Experten daher als negativ ein, da solche „rechtsradikalen Senatoren, wie Barry Goldwater und Edward Gurney“ gewählt wurden und sich auch in der Zusammensetzung des Repräsentantenhauses nichts änderte.⁶²³ Das MfAA wiederum arbeitete ebenfalls nicht zielgerichteter, da es wichtige Entwicklungen, wie die ab 1968 einsetzende Verjüngung und Reform des Kongresses – als Beispiel sei hier die Ersetzung der Senioritäts- durch die Wahlregelung in Ausschüssen genannt – nicht erkannte.

Nichtsdestotrotz: Verantwortlich für das Scheitern des Kongressprojekts war die überwältigende Ablehnung des SED-Regimes durch Republikaner wie Demokraten bzw. dass aus dieser Ablehnung abgeleitete, mangelnde Interesse gegenüber dem sowjetischen Satellitenstaat DDR. Etwas dem ab 1966 im britischen Unterhaus eingerichteten Ausschuss *Britain-GDR*.⁶²⁴, der aus 40 Labour-Abgeordneten bestand, oder der öffentlichen Forderung britischer Unterhausabgeordneter 1966 nach Anerkennung der DDR Vergleichbares war daher in den USA nicht möglich.⁶²⁵ Auch hatten mehrere Mitglieder der von 1964-1969 amtierenden britischen Regierung zuvor Kontakt zur DDR. Ihre amerikanischen Pendanten hatten hingegen bei ihrem Amtsantritt keinerlei DDR-Kontakte nachzuweisen.⁶²⁶ An Parlamentarierbesuchen wie den britischer Abgeordneter 1958 oder den französischer Senatoren – zumeist der *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) – , die sich 1959 auf den Weg in die DDR gemacht hatten, war im Fall der

⁶²² Vgl. ND, 4.4.1967.

⁶²³ Vgl. Bollinger, Klaus/ Geyer, Hans-Martin: Die Präsidentschaftswahlen in den USA, in: DAuß 12/1968, S. S. 162-174, S. 168.

⁶²⁴ Vgl. Hoff, in: Pfeil, 2001, S. 205.

⁶²⁵ Vgl. ebd., S. 202.

⁶²⁶ Vgl. Hoff, 2003, S. 343.

USA nicht zu denken. Von den Zuständen in Frankreich, wo in den sechziger Jahren regelmäßig Delegationen die DDR bereisten, führende Sozialisten intern sehr schnell die *De-facto*-Anerkennung vollzogen und selbst Gaullisten, wie das *Movement pour l'indépendance de l'Europe* im Laufe der sechziger Jahre die Anerkennung der DDR forderten, konnten die USA-Experten des MfAA nur träumen.⁶²⁷ Erst im Klima der bereits fortgeschrittenen *Détente* der Nixon-Administration erklärten einzelne, eher unbedeutende amerikanische Senatoren im Frühjahr 1971 die Anerkennung der DDR zur Kernfrage der Entspannung in Europa.⁶²⁸ Diese Stimmen waren jedoch wenige und relativ leise. Der Besuch einer Volkskammerabgeordneten-Delegation in den Vereinigten Staaten, wie ihn eine solche 1969 in Großbritannien abstattete, war selbst zu diesem Zeitpunkt undenkbar. In Washington gab es keine Arnold Gregorys, Will Owens und auch keine Mitterands, Jules Mochs oder Georges Gorses.⁶²⁹

Zur Identifizierung und Kontaktierung von der DDR potenziell nützlichen Gruppen beschäftigten sich die zuständigen Stellen in Ost-Berlin eingehend mit den Kongress- und Präsidentschaftswahlen in den USA. Neben der Programmatik der unterschiedlichen Parteien wurden der Lebenslauf sowie das gesellschaftliche Umfeld der einzelnen Kandidaten untersucht. Dies geschah jedoch nicht in geheimdienstlicher Manier, um propagandistisches Material gegen die jeweilige Person zu sammeln, sondern um eine möglichst präzise Prognose über diejenigen Strömungen, die die Außenpolitik eines zukünftigen Präsidenten beeinflussen könnten, machen zu können. So wurden die Präsidentschaftswahlen 1968 in einer dreißigseitigen Einschätzung der Abteilung USA/Kanada aufgearbeitet, wobei die Informationen aus der amerikanischen Presse und aus Aussprachen mit Mitgliedern der CPUSA gewonnen wurden.⁶³⁰

Der Aufarbeitung nach zu urteilen, waren in den Augen der Abteilung USA/Kanada für Nixons Sieg vier Faktoren verantwortlich: Seine Unterstützung durch die amerikanische Großindustrie, die breite Opposition in der Bevölkerung gegen die

⁶²⁷ Vgl. Pfeil, 2004, S. 128-139, 152.

⁶²⁸ Pol-Arch AA, MfAA, C 541/74: Dossier zu Aktivitäten der USA, die auf eine schrittweise Wandlung ihrer bisherigen Haltung zur DDR hinweisen, 14.8.1971.

⁶²⁹ Will Owen und Arnold Gregory waren der Vorsitzende bzw. der Sprecher des *Britain-GDR Committee*. Vgl. Hoff, 2003, S. 398-401.

⁶³⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Information über die Ausführungen des Genossen Hyman Lumer, Mitglied des National Executive Board der KPUSA über die gegenwärtige Lage in den USA, 26.11.1968.

Johnson-Regierung und damit gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten und Vizepräsidenten Johnsons, Hubert H. Humphrey, die Unterstützung Nixons durch die wichtigsten Presseorgane des Landes und die Spaltung der Demokratischen Partei in mehrere Flügel.⁶³¹

Von Nixon erwartete Ost-Berlin eine Beendigung der Entspannungspolitik, eine verschärfte Aufrüstung, eine wie auch immer geartete Beendigung des Vietnam-Kriegs und die mit all diesen Punkten verbundene, erneute Fokussierung der amerikanischen Kräfte auf Europa, besonders durch die Förderung der NATO.⁶³² Die Chancen einer internationalen Aufwertung der DDR in einer Präsidentschaft Nixons beurteilte das MfAA noch skeptischer als in der Johnson-Administration. Sarkastisch bemerkte Heinz Birch zu den Chancen einer kurzfristig zu realisierenden Aufnahme diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und den USA: „Da wartet das *State Department* sicher auf uns !(?)“⁶³³

Aber nicht nur strategisch, sondern auch taktisch erschwerte sich der Aufbau einer Lobby. Die Umsetzung des nächsten konkreten Schritts Ost-Berlins gegenüber der Nixon-Administration – die Aufnahme erster Kontakte zum *State Department* unter Ausnutzung der Verbindungen zum *Washington Center of Foreign Policy Research* – sah Heinz Birch in akuter Gefahr.⁶³⁴ Damit war ein weiteres Standbein der USA-Politik bedroht. Das Einsetzen des Zerfalls des außenpolitischen Elitenzirkels, dessen Protagonist das *Council on Foreign Relations* war, und der damit verbundene Aufstieg von den von Andreas Falke als „intermediäre Institutionen“ bezeichneten Einrichtungen wie z.B. *Think Tanks*, war in Ost-Berlin nicht unbemerkt geblieben.⁶³⁵ Die Konkurrenz der *Think Tanks* als Ideen- und Personalreservoir zum *State Department* machten diese Einrichtungen für die DDR zunehmend interessant.⁶³⁶ Daher gehörte zur Bewertung der Entwicklung des politischen Systems in den USA auch die Analyse von weniger institutionell geprägten Organisationen wie z.B. der

⁶³¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁶³² Vgl. ebd.

⁶³³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Handschriftliche Randnotiz in: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁶³⁴ Vgl. ebd.

⁶³⁵ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 442.

⁶³⁶ Vgl. ebd., S. 443.

Stanley Foundation, der *Ford Foundation* oder des *Brookings Institute*.⁶³⁷ Ost-Berlin hoffte in den liberalen *Think-Tanks* der US-Politik zum einen Verbündete für spezielle Themen wie z.B. für die Ablehnung einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik, zu finden,⁶³⁸ und zum anderen, die, im Vergleich zu offiziellen Stellen, größere Flexibilität dieser Organisationen bei der Kontaktaufnahmen für schnellere Erfolge beim *Lobby-building* nutzen zu können. Von tatsächlichen Erfolgen – Kontakten zu führenden Persönlichkeiten der *Think Tanks* – konnte das MfAA bis 1970 jedoch nicht berichten.

Die politische *Community* in Washington blieb den Amerika-Experten der DDR bis 1970, trotz zuweilen großer Hoffnungen, komplett verschlossen. Klaus Bollinger musste bereits 1967 eingestehen: „Die Hauptrichtung der USA-Politik gegenüber der DDR besteht nach wie vor in einer so genannten Isolierungsstrategie. ... Obwohl offensichtlich ist, dass sich auch in politisch einflussreichen Kreisen die Stimmen mehren, die diese illusionäre Politik verurteilen und in ihr eine echte Förderung der mittels des verdeckten Krieges zu erreichenden Ziele der westdeutschen Revanchisten sehen, ist gegenwärtig eine Änderung der Regierungshaltung der USA gegenüber der DDR nicht abzusehen.“⁶³⁹ Dieses Ergebnis der USA-Politik der DDR bestätigt Marianne Horwarths These: „Typisch für die Beziehungen der DDR während der Nichtanerkennungszeit war es, dass die Hauptkontakte mit Politikern gepflegt worden waren, die selber Randpositionen in ihrer eigenen Partei einnahmen bzw. zu politischen Opposition im eigenen Lande gehörten.“⁶⁴⁰ Ursächlich waren hierfür das Desinteresse der US-Politik an einer DDR, die keine militärische Bedrohung darstellte, kaum politische Anreize bot und vornehmlich mit dem Mauerregime verbunden wurde, die Konstituierung des politischen Systems der USA, das als einzige westliche Demokratie keine sozialistische oder sozialdemokratische Partei von kritischer Größe besaß, sowie der strukturelle und materielle Ressourcenmangel. Unter diesen Bedingungen waren die Lobbies und Vorzimmer der politischen Macht in Washington eine Nummer zu groß für die DDR-Diplomaten.

⁶³⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Einschätzung der 8. „Konferenz zur Planung einer Strategie für den Frieden“, 5.-8.10.1967, Virginia, 21.3.1968.

⁶³⁸ Vgl. z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über die Einflußnahme der Ford Foundation auf die sozialistischen Staaten, 14.3.1968.

⁶³⁹ Bollinger, 1967b, S. 234.

⁶⁴⁰ Howarth, in: Pfeil, 2001, S. 81-98, S. 88.

c. „Gemeinsam gegen Nazismus und Faschismus“: Die DDR und die amerikanischen Juden

Andreas Falke identifiziert die Organisationen der amerikanischen Juden als die wichtigsten ethnischen Interessensgruppen, die die Außenpolitik der USA beeinflussten.⁶⁴¹ Ein ähnliches Urteil fällen John J. Mearsheimer und Stephen M. Walt in ihrem Buch „The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy“, die der jüdischen, pro-israelischen Lobby in Washington einen überdurchschnittlichen Erfolg in der Verwirklichung ihrer Ziele bescheinigen.⁶⁴² Auch die SED-Elite betrachtete die amerikanischen Juden und ihre Organisationen als eine homogene politische Gruppe, die sie für so mächtig hielt, dass es galt, sie von der Notwendigkeit der Existenz der DDR zu überzeugen.⁶⁴³ Ohne eine Bewertung der Position oder Machtfülle einzelner jüdischer Verbände in den USA vorzunehmen, untersucht dieses Kapitel die ostdeutschen Bemühungen gegenüber jüdischen Organisationen und Vertretern der USA und die mit diesen Bemühungen verbundenen Probleme.⁶⁴⁴

Als zentraler Anknüpfungspunkt in den Bemühungen um weiterreichende Kontakte zu jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten machte das SED-Regime den Kampf gegen Nazismus und Faschismus aus.⁶⁴⁵ Grundlage dieser Strategie war die Ablehnung jeder Verantwortung der DDR für den Holocaust, da das antifaschistische Deutschland durch Protagonisten wie Walter Ulbricht zur Niederlage des Nationalsozialismus beigetragen hatte. Die antifaschistische Transformation seit 1945 war aus Sicht des SED-Regimes ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte, die DDR ein neuer, als Gegenmodell zum Nationalsozialismus entwickelter Staat, der somit kein Nachfolger des Dritten Reiches war.⁶⁴⁶ In der Folge dessen trug die DDR keinerlei Täterverantwortung für den Holocaust. Das SED-Regime betonte vielmehr die Leiden der Sozialisten und

⁶⁴¹ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 447.

⁶⁴² Vgl. Mearsheimer, John J. / Walt, Stephen M.: The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, New York 2007, S. 335.

⁶⁴³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz zum Aufenthalt von Charles R. Allen jr., New York, USA, in der DDR im Februar 1968, 12.1.1968.

⁶⁴⁴ Zum jüdischen Leben in der amerikanischen Gesellschaft Vgl. Trepp, Leo: Die amerikanischen Juden, Profil einer Gemeinschaft, Berlin, Köln, Stuttgart 1991.

⁶⁴⁵ Antifaschismus kam grundsätzlich in den Beziehungen zu westlichen Ländern eine gewichtige Rolle zu. Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 75. Wegen der relativ großen jüdischen Bevölkerungsgruppe in den USA und deren angenommener großer Einfluss, kam dem Antifaschismus in der Amerika-Politik eine noch herausgehobene Rolle zu.

⁶⁴⁶ Vgl. Timm, 1997a, S. 65.

Kommunisten in den Konzentrationslagern so sehr, dass die Historikerin Deborah Lipstadt in Bezug auf die ostdeutsche Aufarbeitung des Holocaust von der *De-Judaisierung* des Holocaust durch die DDR spricht.⁶⁴⁷

Grundsätzlich war der Antisemitismus nach DDR-Lesart ein Instrument der herrschenden Klassen in kapitalistischen Staaten, wie der Bundesrepublik. Die Ansprache jüdischer Kreise fand daher über anti-bundesrepublikanische Propaganda statt, die eine direkte Linie zwischen dem Nationalsozialismus und der Regierung in Bonn bildete. Die Diffamierung der bundesrepublikanischen Eliten als ehemalige Nationalsozialisten sollte Gemeinsamkeiten mit jüdischen Kreisen schaffen.⁶⁴⁸ Publikationen wie das „Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und Westberlin“ bildeten die Grundlage solcher Bemühungen und waren Ausdruck des ostdeutschen Antifaschismus.⁶⁴⁹ Tatsächlich war der „Antifaschismus“ der DDR, wie Angelika Timm zeigt, primär taktisches Moment des Kampfes gegen die Bundesrepublik und nur sekundär getragen von einem Wunsch nach Aufklärung.⁶⁵⁰ Es sollte der Weltöffentlichkeit gezeigt werden, dass die personellen Bindungen der bundesrepublikanischen Eliten an den Nazismus logischerweise eine revanchistische Politik der Bundesrepublik nach sich ziehen musste.

Auf der Suche nach Verbündeten gegen diese „nazistische und militaristische“ Politik der Bundesrepublik und in der Hoffnung, das Image der DDR in den USA auf Kosten der Bundesrepublik zu verbessern, bemühte sich das MfAA, Kontakte zu jüdisch geprägten, der Aufklärung von Naziverbrechen verpflichteten Organisationen, wie dem *New Yorker Committee against Nazism and Antisemitism* (NYCANA) zu knüpfen.

⁶⁴⁷ Hintergrundgespräch mit Deborah Lipstadt, 10.4.1995. Geführt von Angelika Timm. Zitiert nach Timm, 1997a, S. 40.

⁶⁴⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 IVA 2/2028: Erste Maßnahmen zur Auswertung der Pressekonferenz zur Entlarvung Lübkes im Ausland, o.D.. Zum Fall Kurt Georg Kiesinger vgl. SED Kreisleitung Rathenow, Abteilung Agitation, Propaganda (Hrsg.): Die moralische Niederlage der „neuen Ostpolitik“, für Parteifunktionäre, Propagandisten, Agitatoren, Rathenow 1969.

⁶⁴⁹ Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Armee, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat und der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1968.

⁶⁵⁰ Vgl. Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern, Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und zum Staat Israel, Bonn 1997, S. 98. Timm, 1997b.

Aber schon die Annäherung an solche nur mäßig wichtige Institutionen der amerikanischen Juden barg ihre Tücken. Die DDR steckte in einem grundsätzlichen Dilemma: Wollte sie auf der einen Seite jüdische Organisationen in den USA im Kampf gegen die propagandistische Vorherrschaft Bonns in Amerika instrumentalisieren, so lehnte sie jedes Gespräch über jüdische Wiedergutmachungsforderung ab und stand dem Staat Israel und seinem Bündnis mit den USA, wie alle Staaten des Ostblocks, äußerst feindselig gegenüber.⁶⁵¹

Problematisch war in diesem Zusammenhang, dass Projekte, wie eine international besetzte Pilgerfahrt zu Stätten des Naziterrors, die von Ost-Berlin genutzt werden sollte, um amerikanische Gäste positiv zu beeindrucken, in ihrem Erfolg gefährdet waren, da die jüdisch-amerikanischen Organisationen nachdrücklich die Teilnahme von israelischen Delegationen verlangten.⁶⁵² Michael Wolffsohn beschreibt dieses Dilemma folgendermaßen: „Wie viele traditionelle Antisemiten von rechts waren auch die linken DDR-Politiker von der Überzeugung durchdrungen, dass es tatsächlich so etwas wie eine ‚jüdische Weltmacht‘ gäbe. Das eine Mal wollte man sie umarmen, das andere Mal sie rabiat bekämpfen.“⁶⁵³ Formuliert Wolffsohn zu überspitzt, so ist der grundlegende Befund eines Misstrauens des SED-Regimes gegenüber Juden und jüdischen Organisationen in den USA und in der Welt sicher richtig. Darüber hinaus barg die beständige Propaganda der DDR gegen das „amerikanische Monopolkapital“ in den fünfziger aber auch noch in den sechziger Jahren oftmals die Gefahr, in der Verknüpfung der Überzeichnung des politischen Einflusses des Kapitals mit der jüdischen Teilhabe an diesem Kapital antisemitische Vorurteile zu bedienen.⁶⁵⁴

Mit anderen Worten: Ost-Berlin wollte die amerikanischen Juden als Multiplikator ihrer Botschaft eines anderen, besseren deutschen Staates jenseits der Elbe für sich einnehmen, kritisierte sie jedoch beständig und vertraute ihnen letztlich nicht. So fand das MfAA beim Besuch des amerikanischen Rabbiners S. Burr Yampel, Vorsitzender des Nationalen Komitees gegen Nazi-Verbrecher und Nazismus in

⁶⁵¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz zum Aufenthalt von Charles R. Allen jr., New York, USA, in der DDR im Februar 1968, 12.1.1968.

⁶⁵² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz zum Aufenthalt von Charles R. Allen jr., New York, USA, in der DDR im Februar 1968, 12.1.1968.

⁶⁵³ Wolffsohn, 1995, S. 14.

⁶⁵⁴ Vgl. Haury, Thomas: Antisemitismus von Links: kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.

Amerika, in der DDR zwar gute Ansätze in dem Eifer der Arbeit Yampels gegen ehemalige Naziverbrecher und seinem Einsatz für eine friedliche Regelung der deutschen Frage, allerdings stellte der Autor des Berichtes, Kurt Hälker, doch enttäuscht fest, dass Yampels Engagement nicht in einer Sympathie für den Sozialismus, sondern in seiner jüdischen Religion begründet liegt.⁶⁵⁵ Dennoch hoffte Hälker auf Yampels Versprechen, sich publizistisch für die DDR einzusetzen und ihren Kampf gegen die ehemaligen NS-Verbrecher öffentlichwirksam in den USA zu verbreiten.⁶⁵⁶ Der Glaube an den Erfolg der Ansprache jüdischer Zielgruppen in den USA war folglich nicht groß aber weiterhin vorhanden.

Wie aber gestaltete sich der Erfolg tatsächlich? Die Strategie der Diffamierung der Bundesrepublik in US-jüdischen Kreisen ging nicht auf. 1966 verfassten dreißig amerikanische Deutschlandexperten eine Erklärung, in der sie vor einer Überschätzung des angeblichen Nazismus und Neonazismus warnten und besonders den Bundeskanzler Kiesinger von jedem Verdacht, ein übriggebliebener Nationalsozialist oder ein besonders aktiver NS-Schergen bis 1945 gewesen zu sein, freisprachen. Auch jüdische Deutschlandkritiker wie Hans J. Morgenthau unterzeichneten die Erklärung.⁶⁵⁷ Zuweilen produzierte die Propaganda der DDR sogar kontraproduktive Ergebnisse. So lobte im Jahr 1965 der jüdische Kongressabgeordnete der Demokraten Abraham J. Multer im Repräsentantenhaus die Verlängerung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen in der Bundesrepublik ausdrücklich und richtete zugleich scharfe Angriffe gegen die DDR, in denen er Ost-Berlin anklagte, nicht im geringsten für Deutschlands Verbrechen während des zweiten Weltkrieges aufgekommen zu sein und keine NS-Verbrecher abgeurteilt zu haben.⁶⁵⁸ Doch möglicherweise konnte die Aufarbeitung der Holocausts noch in anderer Weise für die internationale Aufwertung der DDR nützlich sein. Die Hoheit der DDR über den Holocaust betreffende Unterlagen hätte sie zum Ansprechpartner Israels in diesen Fragen machen können, was wiederum zumindest zu einer *De-facto*-Anerkennung der DDR durch den jüdischen Staat geführt hätte. Israel überließ es

⁶⁵⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Bericht über den Aufenthalt des Rabbi S. Burr Yampol, Vorsitzender des Nationalen Komitees gegen Naziverbrecher und Nazismus in Amerika, vom 3. bis 8.10.1964.

⁶⁵⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Bericht über den Aufenthalt des Rabbi S. Burr Yampol, Vorsitzender des Nationalen Komitees gegen Naziverbrecher und Nazismus in Amerika, vom 3. bis 8.10.1964.

⁶⁵⁷ Vgl. Pol-Arch AA, B32 262: Botschaft Washington an Bonn: Erklärung amerikanischer Deutschlandexperten, 9.1.1967.

⁶⁵⁸ Vgl. Congressional Record, 26.3.1965.

allerdings internationalen jüdischen Organisationen wie dem jüdischen Weltkongress unter Nahum Goldmann in Ost-Berlin vorzusprechen, um so nicht mit der Hallstein-Doktrin in Konflikt zu geraten.⁶⁵⁹ Die sich daraus ergebende Möglichkeit, vereinzelte Kontakte zu oftmals amerikanischen Juden als Repräsentanten des Weltkongresses zu knüpfen, brachte der DDR wenig Erfolg. Die Vertreter des Weltkongresses blieben, in Absprache mit der Bundesregierung, äußerst reserviert.

Ein Problem behinderte den Erfolg der ostdeutschen Bemühungen um eine jüdische Lobby in den USA grundsätzlich: Das Verhältnis der DDR zum Staat Israel. Israel blieb der Stolperstein in möglichen Verbindungen zwischen der DDR und den US-Juden. Für die DDR hatte das Bündnis des Hauptfeindes USA mit dem jüdischen Staat die internationale Frontbildung im Ost-West-Konflikt festgelegt. Dieser Frontbildung folgend orientierte sich Ost-Berlin an der sowjetischen Maxime, die nach Angelika Timm vom Bestreben gekennzeichnet war, „die Vereinigten Staaten davon abzuhalten, das Erbe der spätestens seit dem Suezkrieg 1956 im arabischen Raum diskreditierten europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich anzutreten ...“⁶⁶⁰ Ulbricht arbeitete getreu dieser Devise an Verbindungen zum arabischen Raum und zog so den Zorn des amerikanischen Judentums auf sich. Seine Reise zum ägyptischen Präsidenten Gamal Abd el-Nasser im Jahr 1965, dem Jahr, in dem Bonn diplomatische Beziehungen zu Israel aufnahm, löste selbst bei denjenigen Kreisen Unverständnis aus, die die enge Anlehnung der israelischen Außenpolitik an die USA beklagten.⁶⁶¹ Der Rabbiner Yampel erklärte dem Friedensratmitglied Kurt Hälker in einem Brief vom März 1965, dass die amerikanische öffentliche Meinung auf Seiten Israels stünde und dass vor dem Hintergrund der Berichte über Antisemitismus in der Sowjetunion und dem Besuch Ulbrichts in Ägypten die DDR nicht nur bei amerikanischen Juden, sondern insgesamt ihren Kredit bei ihren Sympathisanten verspiele.⁶⁶²

Für die DDR war eine antiisraelische Haltung insofern erfolgversprechend, als dass sie eine völkerrechtliche Anerkennung durch die arabischen Staaten

⁶⁵⁹ Vgl. AAPD, 1964, Bd. II, Dok. 276: Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Vorsitzenden Goldmann, Jüdischer Weltkongress, 8.10.1964.

⁶⁶⁰ Timm, 1997b, S. 206.

⁶⁶¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: M.S. Arnoni, Herausgeber von „Minority of One“ an Heinz Willmann vom 25.2.1965.

⁶⁶² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Auszug aus dem Brief des Rabbiners Yampel an Kurt Hälker vom 5.3.1965.

wahrscheinlicher machte. Für diesen Preis nahm das SED-Regime die Probleme in den Beziehungen zu amerikanischen oder anderen Juden letztlich in Kauf. Daher erzeugte Ost-Berlin propagandistisch eine „imperialistische Achse Israel-Washington-Bonn“.⁶⁶³ Den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik wurde eine neokoloniale Politik den arabischen Staaten gegenüber vorgeworfen, deren vornehmliches Mittel die Aufrüstung Israels sei. „Die Regierungen der USA und der westdeutschen Bundesrepublik bedienen sich der herrschenden aggressiven Kreise Israels, das die Rolle einer imperialistischen Speerspitze gegen die arabischen Völker erfüllt.“⁶⁶⁴ Der Außenminister der DDR, Otto Winzer, besuchte 1967 eine ganze Reihe von Mitgliedern der antiisraelischen Phalanx wie z.B. Syrien, die VAR und den Irak, und „offizielle Vertreter der DDR betonten ostentativ ihre antiisraelische Haltung.“⁶⁶⁵

Die Eröffnung der Kampfhandlungen im nahen Osten am 5. Juni 1967 brachte den Tiefpunkt der Beziehungen sozialistischer Staaten zu Israel, das der kommunistischen Propaganda nach zu urteilen durch seine Politik der Aggression und durch seine Einbindung in die Globalstrategie des USA-Imperialismus für die Nahostkrise alleine verantwortlich war.⁶⁶⁶ In der osteutschen Kritik wurden oftmals Vergleiche zwischen dem Sechs-Tage-Krieg und der Aggression durch Hitlerdeutschland gezogen, die amerikanische Juden erschütterten: „Die Welt kann und wird sich nicht damit abfinden, dass ein Vierteljahrhundert nach dem zweiten Weltkrieg im Nahen Osten von dem Aggressor Israel und dessen Hintermännern [P.M. USA und Bundesrepublik Deutschland] ein ‚Protektorat Sinai‘ oder ein ‚Generalgouvernement Jordanien‘ zu erneuter kolonialer Unterdrückung der arabischen Völker gebildet werden.“⁶⁶⁷ Mit dem Ende des Sechs-Tage-Krieges sowie der antiisraelischen Propaganda der DDR war das Projekt der gezielten Nutzung jüdischer Amerikaner für die Popularisierung der DDR in den USA gescheitert. Die ohnehin eher sporadischen Beziehungen zwischen Organisationen wie dem Friedensrat und dem NYCANA erstarben fast ganz, während mächtige Organisationen wie der jüdische Weltkongress die DDR zunehmend kritisierten. Ost-

⁶⁶³ Vgl. SAPMO-BArch, DY J IV 2/2/1117: Maßnahmenkatalog des SED Politbüros vom 7.6.1967.

⁶⁶⁴ Bator, Angelika und Wolfgang (Hrsg.): Die DDR und die arabischen Staaten, Dokumente 1952-1982, Berlin (Ost) 1984, S. 120 f..

⁶⁶⁵ Timm, 1997b, S. 209.

⁶⁶⁶ Vgl. Timm, 1997b, S. 208.

⁶⁶⁷ Rede Ulbrichts vom 15.6.1967, zitiert nach Bator, 1984, S. 115 u. 119.

Berlin hatte seine Seite gewählt und musste sich daher mit Appellen einflussloser arabischer Gruppierungen wie der Organisation der arabischen Studenten in den USA und Kanada, die im Sommer 1968 die arabischen Staaten aufforderten, die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur DDR zu vollziehen, begnügen.⁶⁶⁸ Zur Etablierung der Idee einer völkerrechtlich anerkannten DDR in den führenden jüdischen Kreisen der USA trugen solche Appelle bestimmt nicht bei. Im Gegenteil, die antikommunistische Grundhaltung der amerikanischen Juden blieb eindeutig und äußerte sich in der Folge z.B. in dem mit jüdischer Unterstützung durchgesetzten Jackson-Vanik-Amendment, dass die amerikanische Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an die Sowjetunion an die Möglichkeit der Auswanderung sowjetischer Juden band.⁶⁶⁹ Inwiefern der Einfluss jüdischer Organisationen den Zeitpunkt der und die Inhalte der Anerkennungsverhandlungen zwischen der DDR und den USA in den Jahren 1973 und 1974 mitbestimmte, wird in einem eigenen Kapitel gesondert untersucht.

d. „ ... kann aus der Bewegung eine politische Kraft von unabsehbarer Folge werden“: Die schwarze Bürgerrechtsbewegung als Ziel der USA-Politik der DDR

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln erwähnt, konzentrierte die DDR ihre Suche nach Verbündeten im oppositionellen Lager der USA nicht allein auf die CPUSA. Sie versuchte vielmehr den Differenzierungsprozess in der amerikanischen Bevölkerung zu nutzen, um geeignete Gruppierungen für das sozialistische Deutschland zu gewinnen. Das Spektrum möglicher Gruppen und Organisationen, die in den Überlegungen Ost-Berlins eine Rolle spielten, reichte dabei vom *Civil Rights Movement* der Afro-Amerikaner über die studentischen *New Leftists*, die Antivietnamkriegsbewegung bis zur *Red Power* Bewegung der amerikanischen Indianer.⁶⁷⁰

⁶⁶⁸ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts des ADN-Korrespondenten in New York, 29.9.1968

⁶⁶⁹ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 449.

⁶⁷⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz über das Gespräch zwischen Repräsentanten der Friedensbewegung der USA mit Vertretern des Friedensrates der DDR und des ZK der SED vom 17.2.1969, 27.2.1969. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen der Schriftstellerin L. Gelskopf und den Genossen Geyer und Hillmann vom 14.1.1969, 16.1.1969.

Die schwarze Bürgerrechtsbewegung und die Antivietnamkriegsbewegung erschienen als wichtigste soziale Protestbewegungen der sechziger und frühen siebziger Jahre⁶⁷¹ situativ auf dem Radarschirm der USA-Experten in Ost-Berlin. So glaubte Klaus Bollinger in der „Negerbewegung“ eine der mächtigsten Kräfte im amerikanischen Volk zu erkennen.⁶⁷² Der ostdeutsche Wirtschaftswissenschaftler und USA-Reisende Heinz Joswig berichtete nach der Ermordung Martin Luther Kings: „Wichtig ist zu erkennen, dass die Rolle, die King vor seiner Ermordung gespielt hat, weniger bedeutend war, als die Rolle, die er bzw. die sein Name nach seiner Ermordung gegenwärtig in der Negerfrage in den USA spielt. ... Wenn es gelingen sollte, die Frau des ermordeten Negerführers für eine konstruktive Politik des Widerstandes gegen die rassendiskriminierende Politik ... zu gewinnen, kann aus der Bewegung eine politische Kraft von unabsehbarer Folge werden“.⁶⁷³

In der Logik des MfAA konnte eine frühe Solidarität der DDR mit der schwarzen Bewegung, sollte diese politische Kraft in den USA an Einfluss gewinnen, neue Möglichkeiten im Hinblick auf die internationale Aufwertung Ost-Berlins in Amerika schaffen. Die Amerika-Experten gingen dabei davon aus, dass sich die schwarze Bewegung gegen die konservativen Kräfte in den USA richten würde: „Besonders der heroische Kampf der Negerbefreiungsbewegung wirkte als Katalysator auf die politische Bewusstseinsbildung großer Bevölkerungsteile und vereinte sie in der politischen Opposition gegen die Ultras.“⁶⁷⁴ Eben diese Ultras waren nach SED-Lesart verantwortlich für den Kalten Krieg und hielten die DDR durch die Nichtanerkennung unrechtmäßig von ihrer internationalen Teilhabe ab.

Das MfAA schloss die Schwarzenbewegung daher in das Kontakt-Konzept der ostdeutschen USA-Politik ein. Ost-Berlin versuchte, argumentativ jeweils zugeschnitten auf die einzelnen Flügel, wie die *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) das *Civil Rights Movement* oder das

⁶⁷¹ Vgl. Nedelmann, Brigitta: Soziale Bewegungen, in: Jäger, 1995, S. 337. Zur generellen Verknüpfung von amerikanischer Rassen- und Bürgerkriegspolitik und Außenpolitik vgl. auch Plummer, Benda Gayle: *Window on Freedom: Race, Civil Rights and Foreign Affairs, 1945-1988*, Chapel Hill, London 2002. Die Antivietnamkriegsbewegung wird im Kapitel IV.E.2: Die DDR und der Vietnamkrieg behandelt.

⁶⁷² Bollinger, Klaus: *Freedom now, Freiheit sofort, Die Negerbevölkerung der USA im Kampf um Demokratie*, Berlin (Ost) 1968, S. 47.

⁶⁷³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

⁶⁷⁴ Bollinger, 1967b, S. 23.

gewaltbereite *Black Panther Movement*, schwarze Politik zu erreichen.⁶⁷⁵ Dabei stellte sich die Frage, inwieweit die Schwarzen insgesamt oder einzelne Fraktionen zugänglich für eine Verknüpfung der Rassen- mit der Klassenfrage waren. Diese Frage wurde und wird kontrovers diskutiert. Manfred Berg hat eine mögliche Verbindung zwischen den schwarzen Bürgerrechtlern und dem liberalen Antikommunismus untersucht.⁶⁷⁶

Die NAACP, die älteste und größte schwarze Bürgerrechtsorganisation, grenzte sich seit der McCarthy-Ära durch eine Politik der defensiven Anpassung scharf vom Kommunismus ab. Sie konzentrierte sich auf den Kampf für Menschenrechte, während die *black left* weiterhin im Dunstkreis der Kommunistischen Partei stand.⁶⁷⁷ Der NAACP nahestehende Autoren haben die antikommunistische Option gerechtfertigt, indem sie auf die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze zur CPUSA und deren Versuche, die NAACP zu unterwandern, hinwiesen.⁶⁷⁸ Folgt man Berg, so wurde der Antikommunismus der NAACP von der Kritik jedoch stark überzeichnet.⁶⁷⁹ Kleine Kreise der schwarzen Bewegung hatten durchaus Kontakt zur CPUSA, allerdings war der vom politischen Gegner erhobene Generalvorwurf der Kommunismusphilie schwarzer Aktivisten übertrieben.⁶⁸⁰

Auch in amerikanischen Regierungskreisen war die Annahme eines Bündnisses der schwarzen Emanzipationsbewegung mit den Kommunisten nicht unüblich. Mit Blick auf die DDR erkannten US-Politiker 1961 gar ein internationales Bündnis zwischen der afro-amerikanischen Bewegung und dem Kommunismus. Jörg Laufer weist in seiner Dissertation auf das „Institut für die Förderung der Negerrasse“ der DDR in Bautzen hin, das nach Ansicht des Kongresses in Wirklichkeit dazu dienen sollte, durch die Schulung so genannter „Negerführer“ in Propaganda, Agitation und Organisation die schwarze Bürgerrechtsbewegung zu einem mächtigen, sozialistisch indoktrinierten Faktor der amerikanischen Innenpolitik zu machen.⁶⁸¹ Senator Johnston vertrat im Kongress die Auffassung, dass diejenigen Amerikaner, die sich

⁶⁷⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁶⁷⁶ Berg, Manfred: Schwarze Bürgerrechte und liberaler Antikommunismus, in: VfZ, Heft 3, Juli 2003, S. 363-384.

⁶⁷⁷ Vgl. Anderson, Carol: *Eyes Off the Prize: The United Nations and the African American Struggle for Human Rights, 1944-1955*, New York 2003, S. 256.

⁶⁷⁸ Vgl. Berg, in: VfZ, Heft 3, Juli 2003, S. 364.

⁶⁷⁹ Vgl. ebd.

⁶⁸⁰ Vgl. Anderson, 2003, S. 256.

⁶⁸¹ Vgl. Laufer, 1989, S. 196-198.

für die Aufhebung der Rassentrennung aktiv einsetzten, „ob es Ihnen gefällt oder nicht, die Arbeit ausführen, welche die ostdeutsche Rassenagitationsschule den Leuten beibringt“.⁶⁸²

Auch in der Administration Johnson, die die *great society* auslobte, waren solche Überlegungen verbreitet, wie Robert D. Schulzinger feststellt: „*Behind the scenes John Roche, Johnson's aide in charge of liaison with intellectuals, told the President, that King had 'thrown in with the commies.'* Roche recommended that the Communist origins of the operations must be exposed, the leaders discredited.“⁶⁸³

Nach Ansicht der USA-Experten hatten Johnson und die politische Elite die schwarze Bürgerrechtsbewegung nach der Wahl 1964 verraten, da der Präsident sich nicht wie versprochen schnell daran machte, die Gleichheit der schwarzen Bevölkerung herzustellen.⁶⁸⁴ Aus diesem Verrat leitete Ost-Berlin ab, dass die schwarze Bewegung ihr Heil außerhalb des politischen Establishments, für das SED-Regime idealerweise im Kommunismus, suchen musste.

Waren schwarze Kommunisten Ziel antikommunistischer Propaganda in den USA, so wurden sie ab Mitte der sechziger Jahre verstärkt Ziel ostdeutscher Ansprache. Das SED-Regime schrieb den schwarzen Genossen wie Benjamin J. Davis als „Kommunist und Neger“ eine spezielle Rolle zu. Sie sollten mit ihrem ideologischen Rüstzeug die Rassen- und Klassenfrage verbinden.⁶⁸⁵ Mit Bedauern musste Ost-Berlin jedoch erkennen, dass die Vereinigung der „progressiven Kräfte der schwarzen und weißen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten“⁶⁸⁶ zum damaligen Zeitpunkt nicht gelang. Die Enttäuschung sowohl des MfAA als auch der Abteilung IV wird verständlich, wenn man sich vor Augen führt, welcher Fehleinschätzung die ostdeutschen Institutionen unterlagen: Die Diversifizität der Bürgerrechtsbewegung Ende der sechziger Jahre, die das MfAA für den mangelnden Erfolg verantwortlich

⁶⁸² Vgl. „Institute for the Advancement of the Negro Race“, Congressional Record, 8.6.1961, 9939.

⁶⁸³ Schulzinger, Robert D.: *A Time for War, The United States and Vietnam, 1941-1975*, New York, Oxford, 1997, S. 237. Small, Melvin: *Johnson and the Doves*, New Brunswick 1988, S. 99-100. Hall, Mitchell K.: *Because of their Faith: CALCAV and Religious Opposition to the War in Vietnam*, New York 1990, S. 44.

⁶⁸⁴ Vgl. Bollinger, 1968, S. 48.

⁶⁸⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Bitte der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK an Walter Ulbricht, eine Glückwunschkarte an Benjamin J. Davis schicken zu dürfen, 4.9.1963.

⁶⁸⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

machte,⁶⁸⁷ war kein transitorischer Zustand auf dem Weg der Protestbewegung zu einer klar strukturierten Partei, sondern Ausdruck der pluralistischen Interessen der Schwarzen.

Verhandlungen mit den einzelnen Interessensvertretern waren dem SED-Regime mangels finanzieller und personeller Ressourcen aber auch mangels intellektueller Flexibilität nicht möglich. Grundsätzlich blieben SED wie Staatsorgane bei der Annahme, eine auf linke Gruppen abzielende Amerikapolitik könne nur über die Bindung an die CPUSA ideologisch korrekt gestaltet werden.⁶⁸⁸ Noch 1985 beurteilte die USA-Forschung der DDR die von den *New Leftists* beeinflussten Bewegungen der sechziger Jahre nach diesem Muster: „*The term New Left stands for a heterogeneous petty-bourgeois ideological, socio-political and cultural current which developed in the sixties and was specially based on leftist students and intellectuals. ... The young people demanded a change of society but they did not possess a common ideology and platform for achieving goals. ... Another shortcoming was their rejection of organization and leadership.*“⁶⁸⁹ Diese Erklärung des Misserfolgs bot sich alleine deshalb an, da so ein anderer schwerwiegenderer Befund ausgeblendet werden konnte: In den sechziger Jahren interessierten sich die Führer der schwarzen Bewegung beinahe ohne Ausnahme schlicht und einfach nicht für die DDR, geschweige denn für ihre diplomatische Anerkennung.

Erst 1971, als die Rassenfrage in den USA weniger brisant und somit für die DDR uninteressant geworden war, besuchte der Nachfolger Martin Luther Kings, Ralph David Abernathy, Führer der schwarzen Protestbewegung „Konferenz christlicher Führer des Südens“, die DDR.⁶⁹⁰ Aber auch die Sympathie, die Abernathy und andere Afroamerikaner, wie Theodore Ledbetter, der die DDR 1974 bereiste,⁶⁹¹ oder Angela Davis, die 1972 den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ in Gold verliehen bekam, für die DDR, ihre Leistungen und ihren Wunsch nach

⁶⁸⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Handschriftliche Randnotiz in: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁶⁸⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁶⁸⁹ Schneidenbach, Elfi: Youth and Youth Organizations in the USA, in: Siegmund-Schulze, 1985, S. 118-126, S. 123 ff..

⁶⁹⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Information für die Genossen des Politbüros über den Aufenthalt Dr. Ralph Davis Abernathys in der DDR vom 27. bis zum 29.9.1971, 4.10.1971.

⁶⁹¹ The Washington Afro-American, 12.1.1974.

Anerkennung verspürten, brachte die DDR kein Stück dem ersehnten Ziel der diplomatischen Anerkennung näher. Es gelang ihr nicht, diese Sympathie richtig einzuschätzen und für ihre Zwecke zu nutzen. Ursächlich hierfür waren mehrere Faktoren: Strukturell war die mangelnde Durchschlagskraft dezentral organisierter, sozialer Bewegungen im politischen Entscheidungssystem ausschlaggebend.⁶⁹² Die geschwächte Durchschlagskraft der schwarzen Bewegung in den sechziger Jahren lässt sich an der geringen Anzahl schwarzer Kongress-Mitglieder ablesen. Von 1961 bis 1969 beliefen sie sich auf drei bis maximal zehn Mitglieder. Der Eingang in die für die Anerkennung der DDR wichtige *Washington Community* blieb schwarzen Politikern daher weitgehend verwehrt.⁶⁹³ Wichtiger noch als strukturelle waren jedoch inhaltliche Faktoren. Der Mangel an Attraktivität der Anerkennungsbotschaft für die schwarze Zielgruppe wie auch das fehlende Verständnis des MfAA für die gesellschaftspolitischen Ziele und die politische Rolle der Schwarzenbewegung verhinderten die Bildung einer DDR-Lobby innerhalb der Bürgerrechtsbewegung. Im Ergebnis scheiterte die Annäherung – ebenso wie bei den anderen politischen Gruppierungen – am ausbleibenden Interesse der Zielgruppe an den von der DDR verfolgten Zielen.

2. Die ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen im Zeichen des Anerkennungslobbyismus

„Ich bezweifle, dass es heute in Europa irgendein Volk gibt, das materialistischer eingestellt ist als das ostdeutsche. Ich möchte behaupten, dass für eine Bevölkerung, deren Hauptbeschäftigung darin besteht, Ratenzahlungen für Waschmaschinen, Fernsehgeräte und Kühlschränke aufzubringen und sich um Parkplätze und bessere Reihungen auf den Wartelisten für einen Trabant oder Wartburg zu raufen, Dinge wie Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, eine demokratische Reorganisation der Kommunistischen Partei oder Fragen, ob die Massaryk Helden waren oder nicht, von verhältnismäßig geringer Bedeutung sind.“⁶⁹⁴ Dieses Zitat stammt aus der 1969 erschienen Übersetzung des vom Amerikaner John Dornberg 1968 veröffentlichten Buches über das politische und ökonomische System der DDR. Es weist mit Blick

⁶⁹² Vgl. Nedelmann, in: Jäger, 1995, S. 332.

⁶⁹³ Vgl. Malbin, Michael J./ Mann, Thomas E./ Ornstein, Norman J.: *Vital Statistics on Congress*, 1991-1992, Washington D.C. 1992, S. 38 ff..

⁶⁹⁴ Dornberg, John: *Deutschlands andere Hälfte*, übers. von Hans Benedict, Wien, München, Zürich 1969, S. 327.

auf die wirtschaftliche Realität in der DDR auf eine Veränderung der amerikanischen Perzeption der DDR, besonders ihrer ökonomischen Leistungen, hin. Was 1961 undenkbar gewesen war, nämlich dass man dem SED-Staat ein „zweites Wirtschaftswunder“ auf deutschem Boden zugestand, konnte 1969 gedruckt werden.

Die nicht von der Hand zu weisenden Wirtschaftserfolge der DDR nach 1961 beeinflussten auch die ostdeutsche Außenpolitik gegenüber dem kapitalistischen Westen maßgeblich, da Ost-Berlin glaubte, durch mögliche Handelsbeziehungen für den ideologischen Gegner sowohl wirtschaftlich als auch politisch interessant zu werden. Tatsächlich berichtete die US-Mission in West-Berlin der Deutschlandabteilung in Washington seit dem Frühsommer 1961 regelmäßig über die wirtschaftlichen Entwicklungen in der DDR.⁶⁹⁵ Nachdem das Interesse während der Mauerkrise einen Tiefpunkt erreicht hatte, wurden ab Anfang 1963 erste Anfragen amerikanischer Unternehmen zwecks Handelskontakten zu DDR-Unternehmungen an das *State Department* gerichtet.⁶⁹⁶

Im Folgenden soll der Zusammenhang zwischen den Wirtschaftsbeziehungen und der Außenpolitik im ostdeutsch-amerikanischen Verhältnis der zweiten Hälfte der sechziger Jahre mit Blick auf das Konzept eines Anerkennungslobbyismus der DDR untersucht werden.

a. Die Entwicklung der Handelsbilanz

Ein grundlegendes Problem der Untersuchung der amerikanisch-ostdeutschen Handelsbilanz sind die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Erstellung von diesbezüglichen Statistiken. Die von Gaida angesprochenen Ungenauigkeiten und Ungereimtheiten in den von den Vereinigten Staaten und der DDR veröffentlichten Statistiken – große Unterschiede zwischen den US-, DDR-, Bundesrepublik- und OECD-Zahlen, die Nichtberücksichtigung von *transshipments* und Waren mit *unknown destination*, der Datenmangel aus der DDR, die Umrechnungsprobleme der Valutamark –⁶⁹⁷ können auch durch die Hinzuziehung von unveröffentlichten Quellen nur sehr bedingt behoben werden. Lediglich in einem Fall stimmen

⁶⁹⁵ NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 10: Letter from E. Allen Lightner, USBER to Hillenbrand, 19.4.1961.

⁶⁹⁶ Vgl. z.B. NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 10: Letter from Roy P. Wymbs, Chemstrand Company, to C. Arnold Freshman, State, 29.10.1962.

⁶⁹⁷ Vgl. Gaida, 1989, S. 308-319. Vgl. auch die Statistiken bei Gaida, 1989, S. 487-496.

unveröffentlichte Zahlen aus den USA und der DDR überein. Beim Vergleich mit dem Handel der anderen beiden West-Alliierten ergeben sich weitere Schwierigkeiten. Sind die Zahlen für Frankreich von Pfeil sehr gut ausgewertet und aufbereitet worden,⁶⁹⁸ so hat die Erforschung des ostdeutsch-britischen Materials bisher nur ungenügend stattgefunden. Die Arbeit versucht möglichst gleichwertige, d.h. auf ähnlicher Grundlage gewonnene, Daten miteinander zu vergleichen.

Mit der politischen Nichtanerkennung der DDR bei ihrer Gründung war der wirtschaftliche Boykott des SED-Regimes durch die USA einhergegangen. Sowohl die staatlichen Institutionen der Vereinigten Staaten als auch die amerikanischen Unternehmen und Verbraucher waren an DDR-Produkten nicht interessiert. Darüber hinaus unterlag der amerikanische Export mit Blick auf sicherheitspolitische Erwägungen einer strengen Beschränkung durch die US-Regierung, so dass die DDR, abgesehen von der Aversion des SED-Regimes gegen manche Konsumgüter der amerikanischen „Unkultur“, auch nicht als potenzieller Abnehmer amerikanischer Produkte galt. Erste, auf der Leipziger Frühjahrmesse 1961 geführte Gespräche mit Vertretern amerikanischer Unternehmen, wie der *National Steel Association* oder *United Steel Export*, in denen die DDR-Vertreter Abkommen zwischen Handelskammern sowie die Gewährung eines 100 Mio. US-Dollar Kredits zum Kauf von amerikanischen Gütern vorschlugen, erbrachten keinerlei Ergebnisse.⁶⁹⁹

War der ostdeutsch-amerikanische Wirtschaftsaustausch von 1949 bis 1960 folglich ohnehin vernachlässigenswert gewesen, so hatten sich die Aussichten für die DDR, mit den USA in naher Zukunft Geschäfte zu machen, nach dem Mauerbau 1961 zunächst weiter verdüstert. Das menschenverachtende Image der DDR hatte das kaum vorhandene Interesse amerikanischer Unternehmen und Konsumenten an ostdeutschen Produkten wie z.B. Meissner Porzellan weiter sinken lassen. Mangelnde Intensität und Frequenz waren folglich die Kennzeichen des Handels zwischen dem sozialistischen Deutschland und Amerika.

⁶⁹⁸ Vgl. Pfeil, 2004, 413.

⁶⁹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1323: Nachlaß Walter Ulbricht, Bericht DDR-USA 1958-1962.

Seit 1961 importierte die DDR zwar Weizen aus den Vereinigten Staaten,⁷⁰⁰ das Volumen des ostdeutschen Amerikahandels war bis 1964 aber bedeutungslos. So betrug der Anteil des USA-Handels am Gesamtaußenhandel der DDR mit entwickelten kapitalistischen Staaten 1963 gerade 1%, wobei der Umsatz dieses Außenhandels sich gerade einmal auf 9 Mio. USD – 6 Mio. USD Import aus den USA, 3 Mio. USD Export in die USA – belief.⁷⁰¹ Die Valutamark-Angaben des statistischen Jahrbuchs der DDR legen einen Kurs von 2,63 VM pro USD zu Grunde.

Vergleicht man nun auf Basis der Valutamarkangaben die amerikanischen mit den französischen, britischen und bundesdeutschen Zahlen, so wird der Befund noch deutlicher. Hatte die DDR 1963 mit Frankreich Waren im Wert von 115 Mio. VM,⁷⁰² so blieb der USA-Handel mit gut 21 Mio. VM weit dahinter zurück. Den US-Behörden waren diese Sachverhalte bewusst: „*United States-East German trade has been on a scale between \$ 5 and \$ 7 million annually but has increased in the last year. Trade between France, the United Kingdom and other NATO countries with East Germany is on a much larger scale than that between the United States and East Germany. West German trade with East Germany is on a scale of approximately \$ 500 million a year.*“⁷⁰³

Ab 1964 kam Bewegung in die Situation. Die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der DDR stiegen im Vergleich zu den Vorjahren sprunghaft an. In der ostdeutschen Statistik verdreifachte sich das Handelsvolumen von 1963 auf 1964 beinahe, während die amerikanische Statistik in demselben Zeitraum immerhin noch eine Verdopplung zeigt. In der Folge entwickelte sich das Handelsvolumen weiter positiv. Nach DDR-Angaben stieg die Einfuhr der DDR aus den Vereinigten Staaten in den Jahren 1965 und 1966 von 28 Mio. VM auf 104,6 Mio. VM (+273 %). Die

⁷⁰⁰ Vgl. Bailey, George: Der Mauerbau – Hintergründe und Fakten, in: Timmermann, 2002, S. 133-143, S. 141.

⁷⁰¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.115/6: Protokoll der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro vom 23.7.1964: Die USA-Friedensstrategie gegenüber den sozialistischen Staaten Europas (ohne Sowjetunion), 27.7.1964. Vgl. ebenfalls NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: Memorandum for the Record, East German Trade with the United States, 1964. Ostdeutsche und amerikanische, nicht veröffentlichte Statistiken stimmen hier überein.

⁷⁰² Vgl. Pfeil, 2004, S. 413. Die Daten wurden auf Basis unterschiedlicher DDR-Akten zusammengetragen.

⁷⁰³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: William R. Tyler to Secretary of State, Synthetic Fiber Plant for East Germany, 23.12.1964.

Exporte in die USA stiegen im gleichen Zeitraum von 29,5 Mio. VM auf 40 Mio. VM (+35,39 %).⁷⁰⁴

Wie aber war dieser Handel strukturiert? Den Großteil machten beständig die US-Agrarexporte aus.⁷⁰⁵ Trotz dem damit verbundenen grundsätzlichen Devisenabfluss profitierte gelegentlich auch die Handelsbilanz der DDR von solchen Geschäften. So importierte die DDR über den Hamburger Hafen hochwertigen Futterweizen aus den USA zum Preis von 70 USD pro Tonne und reicherte, nachdem Teile davon den eigenen minderwertigen Futterweizen ersetzt hatten, den im Interzonenhandel an die Bundesrepublik zu künstlichen Preisen, umgerechnet 107 USD pro Tonne, zollfrei verkauften Futterweizen an. Bei idealen Bedingungen erzielte Ost-Berlin auf diese Weise 37 USD pro Tonne Devisenüberschuss.⁷⁰⁶

Solche Geschäfte blieben jedoch die Ausnahme. Zum großen Teil bestand der Handel aus regulären Agrarimporten aus den USA, bei denen die DDR einen Devisenabfluss verbuchen musste. Im Vergleich mit den anderen beiden West-Alliierten – die Bundesrepublik hatte durch die Interzonenhandel ohnehin eine privilegierte Rolle im Handel mit der DDR⁷⁰⁷ – holten die USA zwar auf, blieben jedoch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Betrachtet man die vergleichenden Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums, so nahm sich ein Gesamthandel von 159 Mio. DM für die größte Volkswirtschaft der Welt gegenüber dem ostdeutsch-französischen Volumen von 323 Mio. DM, dem ostdeutsch-britischen Gesamthandel von 256 Mio. DM und dem innerdeutschen Handel von 3,7 Mrd. DM äußerst gering aus.⁷⁰⁸ Außerdem war die Währung Valutamark eine an den Transferrubel gekoppelte Kunstwährung, deren echter Wert schwer zu bestimmen war und ist. Glaubt man Gaidas Berechnungen, bei denen er das von Jon Vanous angenommene relativ günstige Währungsverhältnis von 4,20 VM pro 1 USD, zu Grunde gelegt hat, umfasste der Gesamthandel somit 1970 nicht mehr als 49,3 Millionen USD.⁷⁰⁹ Für dieses – in Relation zu anderen – schlechte Ergebnis gab es neben dem erst

⁷⁰⁴ Vgl. Spakler, Michael: Einige ökonomische Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik unter Ulbricht und Honecker 1961-1973, Mannheim 1977, S. 200.

⁷⁰⁵ Vgl. Gaida, 1989, S. 271.

⁷⁰⁶ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: Embassy Bonn to State., 3.12.1965.

⁷⁰⁷ Zum Interzonenhandel vgl. Heyl, Friedrich von: Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945-1972, Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln 1997.

⁷⁰⁸ Vgl. Tabelle 3.

⁷⁰⁹ Vgl. Gaida, 1989, S. 491.

entstehenden amerikanischen Interesse am ostdeutschen Markt eine weitere ökonomische Ursache: Im Vergleich mit den anderen beiden West-Alliierten – Großbritannien war zuweilen der wichtigste Handelspartner der DDR nach der Bundesrepublik – hatte die DDR den USA, entgegen ihrer eigenen Aussagen, wirtschaftlich nicht viel zu bieten.⁷¹⁰ Die nur mäßig wachsende Kaufkraft beschränkte das Interesse der Binnenwirtschaftsmacht USA, in die DDR zu exportieren, während ostdeutsche Produkte in den Vereinigten Staaten keinen Markt fanden. Die DDR lieferte nicht wie im Falle Großbritanniens wichtige halbveredelte Waren in die USA. Der Handel mit der DDR war in den USA daher zu keinem Zeitpunkt wie in Großbritannien „of great importance to many of our industries“.⁷¹¹

Im Gegensatz zum Handel mit Großbritannien gelang es der DDR⁷¹² selbst nach ihren eigenen veröffentlichten Statistiken seit 1965 nicht mehr, eine ausgeglichene Bilanz im Handel mit den USA zu erzielen. Beständig blieb der Export in die USA weit hinter dem Import aus den Vereinigten Staaten zurück, zumeist übertraf der Import den Export um mehr als das Doppelte. Für die devisenschwache DDR konnte eine solche Situation nicht befriedigend sein. In Großbritannien konnte die DDR den erwirtschafteten Devisenüberschuss für die Werbung in eigener Sache verwenden, um so Kontakte zu Wirtschaftseliten zu schaffen und auszubauen.⁷¹³ Im Falle der USA standen solche Devisen nicht zur Verfügung, so dass der Initialzündung im ostdeutsch-amerikanischen Handel 1964 kein kontinuierlicher Ausbau zu belastbaren Handelsbeziehungen folgte. Dennoch schrieb man in Ost-Berlin die Wirtschaft in den Bemühungen um eine Anerkennungslobby in den USA niemals ab. Die Fortschritte, die man machte, gedachten die Experten in politische Münze umzusetzen. Zentral hierfür waren die Kontakte zwischen dem SED-Regime und Vertretern der US-Wirtschaft.

⁷¹⁰ Vgl. Hoff, in: Pfeil, 2001, S. 189. Stokes, Raymond: A Singular Attraction: Economic and Technological Relations between Great Britain and the GDR in the 1950s and 1960s, in: Bauernkämper, 2002, S. 325-337, S. 325

⁷¹¹ Zur britischen Seite vgl. PRO, FCO 33/503: Wedgewood Benn an Stewart, 20.10.1969. Zitiert nach Niedhart, Gottfried: Auf dem Weg zur Anerkennung: Die DDR in der britischen Politik 1967-1973, in: Bauernkämper, 2002, S. 153-172, S. 162.

⁷¹² Vgl. Hoff, 2003, S. 431. 1964, 1965, 1968 und 1969 waren die Exportüberschüsse der DDR deutlich. (4,2/ 3,8/ 6,5/ 2,5 Mio. Pfund). Im Vergleich dazu konnte GB 1963, 1966 und 1967 nur geringe Exportüberschüsse erwirtschaften. (0,5/ 2,9/ 1,5 Mio. Pfund)

⁷¹³ Vgl. Hoff, 2003, S. 442-443, 446. Als Beispiel für auf die Wirtschaft abzielende Werbung kann die *GDR Trade Review*, die von einem britischen Public Relations Unternehmen konzipiert und distribuiert wurde, gelten.

Tabelle 1: USA-DDR Handel in Mio. USD, 1960- 1. Hälfte 1964.

Jahr	1960	1961	1962	1963	1964 1. Halbjahr
Export	4,0	2,8	1,7	6,4	k.A.
Import	3,2	2,6	3,0	3,2	k.A.
Total	7,2	5,4	4,7	9,6	18

Quelle: NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: Memorandum for the Record, East German Trade with the United States, 1964.

Tabelle 2: Die Außenhandelsbeziehungen der DDR zu den USA in Mio. Valuta Mark

Jahr	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Export	16,1	14,8	15,8	19,2	9,5	40,0	35,8	28,3	39,7	38,4
Import	15,5	5,8	5,7	40,8	28,0	104,6	106,5	102,3	89,8	168,7

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, 16. Jahrgang, Berlin (Ost) 1971, S. 280/281.

Tabelle 3: Vergleich des Handels der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik mit der DDR in 1.000 DM

Jahr	1965	1966	1967	1968	1969
USA	76.424	131.428	127.760	140.472	159.152
GB	225.856	329.843	298.760	280.311	256.192
F	339.764	352.632	240.116	249.219	322.974
BRD	2.391.216	2.921.840	2.664.960	2.773.010	3.724.004

Quelle: NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 1067, FT Ger E Ger W: USBER to State: Official Report on Zonal Trade prepared by the Federal Ministry of Economics in 1970, 21.5.1971.

Tabelle 4: Die Warenstruktur des Außenhandels der DDR mit den USA 1961-1970:

Export	Import
Textilmaschinen	Nahrungs- und Genussmittel
Werkzeugmaschinen	Früchte
Polygraphische Maschinen	Büromaschinen
Wissenschaftliche Geräte	Bergbauerzeugnisse
Filme und Filmapparate	Textilien
Bücher	
Glas- und Keramikerzeugnisse	

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, 16. Jahrgang, Berlin (Ost) 1971, S. 280/281.

b. Wirtschaftskontakte

Begrüßte die SED-Führung 1964 die ökonomischen Vorteile eines verbesserten Handels mit den USA, der mithelfen konnte Versorgungslücken zu stopfen, die DDR unabhängiger von der Einfuhr bundesrepublikanischer Waren machen und langfristig bei besseren Handelsbilanzen zur Deviseneinnahme taugen konnte, so geriet die Hoffnung auf wirtschaftliche Vorteile bei den USA-Verantwortlichen schnell in den Hintergrund. Wichtiger als die wirtschaftlichen wurden nämlich die politischen Implikationen eines solchen Handels, der die Gelegenheit bot, zu Vertretern der amerikanischen Wirtschaft – nach kommunistischer Ideologie der machtvollsten *pressure-group* in den Vereinigten Staaten – Kontakt aufzunehmen.⁷¹⁴ Dabei gereichte der DDR die Tatsache zum Vorteil, dass in Teilen der amerikanischen Wirtschaft schon Ende der fünfziger Jahre registriert worden war, dass die DDR im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten den schwierigen wirtschaftlichen Aufbau nach dem Krieg gemeistert hatte und an die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik heranreichen konnte.⁷¹⁵

Mit den ersten Anzeichen einer internationalen Entspannung 1964 und weiteren Erfolgsmeldungen erwachte das amerikanische Interesse an der DDR als wirtschaftlichem Subjekt erneut. Im September 1964 fragte ein hochrangiges Mitglied des *American Friends Service Committee* (AFSC), einer an anderer Stelle noch zu analysierende US-Organisation mit einem Büro in West-Berlin, im MfAA an, ob die DDR bereit sei, ein mit Wirtschaftsfragen betrautes Mitglied des Kongresses zu einem inoffiziellen Besuch in der DDR zu empfangen. Das MfAA erklärte euphorisch, dass solche Besuche nicht nur möglich, sondern verstärkt gewollt seien, und dass die DDR diese Angelegenheiten vertraulich behandeln könnte.⁷¹⁶ Im März 1965 wandte sich der Präsident der *German-American Chamber of Commerce* des Mittelwestens, Dr. Henry W. Fredericks aus Chicago, an den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, mit der Bitte um eine Aussprache zur

⁷¹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Vorschläge zur Intensivierung unserer Arbeit gegenüber den USA unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der DDR, 11.9.1965.

⁷¹⁵ Vgl. hierzu z.B. NYT, 7.12.1958.

⁷¹⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Aktenvermerk über eine Aussprache zwischen Vertretern des AFSC (Quäker) und Mitarbeitern des MfAA vom 16.9.1964, 19.9.1964.

Vorbereitung von Handelsbeziehungen und Geschäften.⁷¹⁷ Auch wenn es nicht zu einem derartigen Gespräch kam – die Gründe dafür konnten aus den Quellen nicht rekonstruiert werden – so verbesserten solche Anfragen die Stimmung in den für die USA verantwortlichen Gremien der DDR nachhaltig.

Diese verbesserte Stimmung soll an dieser Stelle als kurzes Beispiel für das mangelnde Verständnis des amerikanischen Wirtschaftssystems dienen. Im MfAA ging man nämlich, ebenso wie in der SED, fälschlicherweise davon aus, dass die von der amerikanischen Geschäftswelt initiierte Anbahnung von Kontakten zum sozialistischen Deutschland, wenn auch geheim, mit Wissen und Billigung des amerikanischen Handelsministeriums geschah.⁷¹⁸ In Ost-Berlin konnte man sich nicht vorstellen, dass solch politische Fragen nicht auch von politischen Institutionen gesteuert wurden. Die tatsächliche Politik des *State Departments*, das lediglich dann in die Aktivitäten der Wirtschaft eingriff, wenn amerikanische Außenhandelsregelungen verletzt wurden, blieb den Verantwortlichen daher verborgen.

Im Glauben eines ersten vorsichtigen Annäherungsschrittes der USA fühlten sich die USA-Experten bereit, nun selbst in die Offensive gehen zu können. Noch im Jahr 1965 lud man einen Mitarbeiter der amerikanischen Gesellschaft zur Förderung des Außenhandels *Business International*, Dr. Kurt Neubauer, in die DDR ein, wo er mit Verantwortlichen des MAW zusammentraf. Das MAW hoffte über Neubauer Kontakte zu amerikanischen Unternehmen zu knüpfen, da „*Business International*“ bereits eine bedeutende Rolle bei der Organisation einer Reise von 92 führenden US-Geschäftsleuten in die UdSSR im November 1964 gespielt hatte.

Eine vergleichbare Reise kam zwar nicht zu Stande, der ostdeutsch-amerikanische Kontakt riss jedoch nicht ab.⁷¹⁹ 1967 weilte der Großindustrielle und Bankier C.S. Eaton Jr. zu Gesprächen über einen möglichen Ausbau der Wirtschaftskontakte in

⁷¹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷¹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷¹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, Dy 30/ IV A 2/20/611: Information über gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

der DDR. Bezeichnend für all diese Bemühungen war es, dass die Besuche an sich in Ost-Berlin bereits als Erfolg galten, während die tatsächlichen Gespräche, die fast ausschließlich negative Ergebnisse erbrachten, kaum Beachtung fanden.

In diesem Sinne ging es weniger um konkrete Handelsabkommen als vielmehr um die Intensivierung des Besucherflusses – auch in die entgegengesetzte Richtung. Das MAW bemühte sich verstärkt, Reisen von DDR-Delegationen z.B. zu amerikanischen Messen zu ermöglichen und nahm dabei auch die bereits angesprochenen Komplikationen durch das ATO hin.⁷²⁰ Alexander Schalck, der spätere Leiter der Abteilung Kommerzielle Koordinierung, reiste 1966 vom 31. März bis zum 15. April als erster Sekretär der Kreisleitung der SED in einer Zwei-Mann-Delegation in die USA. Die DDR-Behörden verzeichneten ein ungekanntes Entgegenkommen der US-Behörden bei der Einreise Schalcks. Schalck traf den wirtschaftlich einflussreichen Senior Partner einer großen Rechtsanwaltskanzlei, Maxwell M. Rabb, sowie u.a. Robert B. Anderson, den Sonderberater des Präsidenten und Aufsichtsratsmitglied der Bank of America.

In den ostdeutschen Aufzeichnungen der Gespräche finden sich starke Hinweise auf eine Verärgerung der amerikanischen Wirtschaftswelt über die Unflexibilität und die Frankreichgebundenheit der Bundesrepublik und die Forderung nach erweiterten wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR. Besonders Rabb unterstützte eine groß angelegte Werbe- und *Public-Relations*-Kampagne der DDR in den USA. Auf diese Weise konnte man den an einer Öffnung zur DDR interessierten Lobbies, wie die der Landwirtschaft und der chemischen Industrie, Argumente gegen eine einseitige Bindung an die Bundesrepublik an die Hand geben.⁷²¹ Das war Musik in den Ohren der Verantwortlichen in Ost-Berlin und wie so häufig interpretierten sie die Aussagen in einem unrealistischen Kontext, indem sie der amerikanischen Regierung deutschlandpolitische Motive unterstellten: „Die US-Regierung ist offensichtlich daran interessiert, bei der Durchsetzung ihrer Europa-Politik die DDR als wichtigen

⁷²⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Bericht über die Befragung des Exportdirektors der Polygraph-Export im USA-Konsulat Westberlin, 19.1.1968.

⁷²¹ SAPMO-BArch, NY 4182/1323: Nachlaß Walter Ulbricht, DDR-USA 1963-1970, SED-Hausmitteilung an Walter Ulbricht vom 29.4.1966.

politischen und ökonomischen Faktor in Europa als Mittel der politischen Einflussnahme auf die westdeutsche Regierung zu nutzen.“⁷²²

Die DDR setzte ihre Kontaktsuche daher unvermindert fort. Dabei stand auch die DDR-Wissenschaft im Dienste der Ost-Berliner Politik. So diente beispielsweise der USA-Besuch von Heinz Joswig 1968 weniger der Analyse der amerikanischen Wirtschaft, der er angesichts der tatsächlichen Umstände überraschend bescheinigte, sich nicht in einer Krise zu befinden. Vielmehr nutzte er den Besuch zur Popularisierung der Auffassung bei Repräsentanten der amerikanischen Wirtschaft bzw. der Wirtschaftswissenschaften, die westdeutsche Wirtschaft sei zu einem Großteil für das starke Außenhandelsdefizit der USA und die daraus resultierende Bedrohung der amerikanischen Wirtschaft verantwortlich.⁷²³ Es galt folglich, nicht nur die eigene Wirtschaftskraft in den Fokus zu stellen, sondern auch das kapitalistische Deutschland in Amerika zu diskreditieren bzw. Interessendivergenzen zwischen der US- und der BRD-Wirtschaft aufzuzeigen oder zu konstruieren.

Der große Coup, ein Besuch des stellvertretenden Außenwirtschaftsministers Gerhard Beil in den USA, wie er 1965 in Frankreich⁷²⁴ und 1969 in Großbritannien stattfand,⁷²⁵ gelang erst 1972, obwohl das *State Department* bereits seit 1968 von US-Unternehmen dazu gedrängt wurde. Das *State Department* war auch zu diesem Zeitpunkt noch der Ansicht, dass ein solcher Besuch nicht zugelassen werden sollte. Nur besondere Umstände sorgten für einen Sinneswandel: „*For some months Phillips Brothers ...has raised with Department from time to time possibility of visit to US by Gerhard Beil, East German Deputy Minister of Foreign Trade. Dept has consistently taken position that we disinclined permit Beil visit and that this disinclination strengthened due to presence of two US prisoners in East Germany.*“⁷²⁶

⁷²² SAPMO-BArch, NY 4182/1323: Nachlaß Walter Ulbricht, DDR-USA 1963-1970, SED-Hausmitteilung an Walter Ulbricht vom 29.4.1966.

⁷²³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

⁷²⁴ Vgl. Pfeil, 2004, S. 108.

⁷²⁵ Vgl. Hoff, 2003, S. 452.

⁷²⁶ NA RG 59, GRDS, CFPP, 1967-1969, Box 2114, POL Ger E: State to Embassy Bonn, Visa for Gerhard Beil, 13.3.1968.

Auch blieben die US-Behörden strikt, was die Eröffnung einer inoffiziellen Handelsvertretung der DDR in den Vereinigten Staaten anging, wobei die DDR-interessierten Kreise der amerikanischen Wirtschaft in diesem Punkt auch wenig Engagement zeigten. Hatte die DDR im Pariser Diplomatenviertel ab Februar 1968 eine „Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik“⁷²⁷ und in Großbritannien mit der KfA Ltd. seit 1959, dem Reise- und Werbebüro Berolina Travel Ltd. und dem *British Democratic Germany Exchange* (BRIDGE) 1965 gleich mehrere Handelsvertretungen⁷²⁸, so hatte die DDR keine Repräsentanz oder Anlaufstelle in den USA.

1970 unterhielt die US-Wirtschaft keinen den *GDR Committees*, in denen mehr als 400 britische Firmen organisiert waren die im Handel mit der DDR aktiv waren⁷²⁹ ähnliche Institutionen. Ohne echte Vertretung in Washington oder New York fiel es schwer, die bis 1969 in Großbritannien gängige Praxis einjähriger Verträge mit nichtstaatlichen Vertragspartnern, wie der *Confederation of British Industries* umzusetzen.⁷³⁰ Etwas dem 1969 erstmals zwischen der *KfA Ltd. of the German Democratic Republic* und der *Confederation of British Industry* abgeschlossenen Dreijahresabkommen Vergleichbares war bei der schwach ausgeprägten Infrastruktur des ostdeutsch-amerikanischen Handels in Washington nicht durchsetzbar.

c. Die Leipziger Messe

Ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftskontakte war die Leipziger Messe. Das Aushängeschild der ostdeutschen Wirtschaft holte renommierte Veranstaltung und Kontaktbörse Wirtschaftsvertreter aus aller Welt in die DDR. Dabei waren die Länder des kapitalistischen Westens lange Zeit unterrepräsentiert und die USA unter diesen im Vergleich zum ökonomischen Potential sogar das Schlusslicht. Auch dafür waren nicht alleine wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Das Haupthindernis in der Etablierung der Leipziger Messe im Außenhandel der USA waren nach Einschätzung der US-Kontakte der DDR die politischen Bedenken vor allem der konservativen Kreise der

⁷²⁷ Vgl. Pfeil, 2004, S. 411-412.

⁷²⁸ Vgl. Hoff, 2003, S. 408-423.

⁷²⁹ Vgl. Becker, Bert: Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Die Kontakte beider Staaten im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik, Bochum 1990, S. 230f. Zitiert nach Niedhart, in: Bauernkämper, 2002, S. 162.

⁷³⁰ Vgl. Becker, 1990, S. 230f. Zitiert nach Niedhart, in: Bauernkämper, 2002, S. 162.

USA, eine US-Beteiligung würde zu einer „Erhöhung der Respektabilität“ der DDR führen.⁷³¹ So standen die ostdeutschen Maßnahmen zur Werbung amerikanische Messeaussteller im Zeichen der ostdeutschen Bemühungen um ebendiese „Erhöhung der Respektabilität“.

Nach der Abkühlung der internationalen Lage Ende 1963 mehrten sich die ostdeutschen Hoffnungen in dieser Richtung. Die Auffassung mancher Wirtschaftskreise in den USA, dass ein Boykott der Leipziger Messe als Aushängeschild der DDR weniger dem Ansehen der DDR als vielmehr den Absatzchancen der amerikanischen Ökonomie schade, schlug sich in Kritik an der restriktiven Haltung der US-Regierung gegenüber einer Beteiligung amerikanischer Firmen an der Messe nieder. In einer *Associated Press*-Mitteilung wurde diese Position als faktischer Boykott kritisiert.⁷³² Die Öffentlichkeit schien sich, was die Teilnahme amerikanischer Unternehmen an der Leipziger Messe anbetraf, nicht mehr darüber einig, dass die DDR als Verursacher der Mauer von Amerikanern grundsätzlich zu meiden sei.

Das Interesse der US-Wirtschaft an der Leipziger Messe war eng mit dem Interesse an der DDR als Markt bzw. Abnehmer amerikanischer Produkte verbunden. Gegenüber dem amerikanischen Konsul in Düsseldorf beschrieb Edward Rosenberg, *Head of DuPont Germany*, die Situation amerikanischer Unternehmen: „*All DuPont's non-American competitors are showing at Leipzig. ...East Germany insists that no contract will be signed with any foreign firm unless they agree to show at Leipzig.*“⁷³³ Im Frühjahr 1965 besuchte der US-Anwalt Maxwell Rabb die Leipziger Messe, um zu begutachten, ob ihr fortdauernder Boykott im nationalen Interesse sei.⁷³⁴ 1964 und 1965 wurden die Forderungen aus der amerikanischen Wirtschaft nach der Ermöglichung der Teilnahme von US-Firmen immer lauter. Im Juni 1965 gelang ein großer Durchbruch. Die Leipziger Messe wurde in die Liste derjenigen internationalen Messen, die von US-Firmen beschickt werden durften, aufgenommen und der Ausfuhrstopp für die DDR bestimmter Ausstellungsgüter amerikanischer

⁷³¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Prof. Reumann (AFSC) vom 3.7.1965, 6.7.1965.

⁷³² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Vermerk über eine Aussprache mit amerikanischen Journalisten vom 5.3.1963, 9.3.1963.

⁷³³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: Consul Duesseldorf to State, East-West Trade – Leipzig Fair – Comments of Head of DuPont, Germany, 13.3.1967.

⁷³⁴ Vgl. Laufer, 1989, S. 198.

Firmen wurde aufgehoben. Im MfAA äußerte man sich zufrieden über die Entwicklung, da amerikanische Wirtschaftsvertreter nun vor Ort unmittelbar angesprochen werden konnten.⁷³⁵ Die Beteiligung von US-Firmen nahm in den nächsten Jahren tatsächlich zu. So konnte die 5. AEA vermelden, dass für die Leipziger Frühjahrsmesse 1966 mit einer wesentlich stärkeren US-Präsenz zu rechnen war und dass es sich bei den Unternehmen nicht wie bisher ausschließlich um amerikanische Unteraussteller westdeutscher Firmen, sondern zum überwiegenden Teil um USA-Gesellschaften handelte.⁷³⁶

Die Frühjahrsmesse 1966 war tatsächlich der Höhepunkt der amerikanischen Messtätigkeit in den sechziger Jahren.⁷³⁷ Mit einer Gesamtausstellerfläche von 890 qm im Vergleich zu 88 qm bei der Frühjahrsmesse 1965 und 155 qm bei der Herbstmesse verzehn- bzw. versechsfachten sie ihre Flächenpräsenz auf der Messe.⁷³⁸ Auch die Besucherzahlen erhöhten sich signifikant. Mit 247 waren gut ein Drittel mehr amerikanische Besucher in Leipzig als in den vorhergehenden Jahren. *Caterpillar Tractor* nahm 1966 als erstes amerikanisches Unternehmen und eines der führenden Exportunternehmen der USA mit einer originär amerikanischen Repräsentanz teil.⁷³⁹ Damit blieb *Caterpillar* in der Folge jedoch die Ausnahme. 1967 ließen sich weitere wichtige amerikanische Firmen, wie IBM, *General Motors* und *Honeywell*⁷⁴⁰ ebenso wie 1969 *DuPont* und die *Continental Grain Company* New York⁷⁴¹ durch europäische Töchter oder Filialen vertreten.⁷⁴²

⁷³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷³⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Kurzinformation über den gegenwärtigen Stand der Meldungen amerikanischer Firmen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1966, 17.12.1965.

⁷³⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, 3/1967.

⁷³⁸ Vgl. Tabelle 5.

⁷³⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Kurzinformation über den gegenwärtigen Stand der Meldungen amerikanischer Firmen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1966, 17.12.1965.

⁷⁴⁰ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616 E Ger E: US-Mission Berlin to State, Biweekly Economic Review for East Germany, No. 5, 20.3.1967.

⁷⁴¹ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: USBER to State, Travel by Mission Officers to Leipzig Fair (2), 22.9.1969.

⁷⁴² Vgl. ebd.

Tabelle 5: Ausstellerfläche von US-Firmen bei der Leipziger Messe in qm, 1965-1966

Jahr	1965	1966
Frühjahrsmesse	88	890
Herbstmesse	155	182

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, März 1967.

Tabelle 6: US-Besucher bei der Leipziger Messe

Jahr	1964	1965	1966
Frühjahrsmesse	180	192	247
Herbstmesse	321	184	219

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, März 1967.

Die Initiativen der US-Wirtschaft waren allerdings nicht alleine für den Anstieg der amerikanischen Beteiligung verantwortlich. Neben deutlichen Reiseerleichterungen – amerikanischen Unternehmen, die an der Messe teilnehmen wollten, wurden ab 1967 an allen Grenzübergängen kostenfrei Visa ausgestellt – startete Ost-Berlin verstärkt Werbemaßnahmen, um die Attraktivität der Messe für amerikanische Aussteller zu erhöhen. Hatte die Werbung in den USA 1964 lediglich 15.873,- VM ausgemacht, so verfünffachte sie sich 1965 auf 80.830 VM und stieg 1966 auf 93.500 VM. Zusätzlich dazu wurden Messevertretungen der DDR in den USA eingerichtet. Für 1966 veranschlagten die Verantwortlichen des MAW allein 52.900 VM zusätzlich zu den Werbekosten für die Arbeit dieser Messevertretungen.⁷⁴³ Zum Zweck der verbesserten Distribution von Messekarten arbeitete die Leipziger Messe darüber hinaus mit amerikanischen Reisebüros wie der *Globe Travel Service Inc.* in Chicago, *Kruegers Travel Service* in New Jersey und dem *Transglobal Travel Bureau* in Los Angeles zusammen.⁷⁴⁴

⁷⁴³ Vgl. ebd.

⁷⁴⁴ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: English Text for the Leipzig Spring Fair Advertisement, 14.1.1966.

Tabelle 7: Kosten für Messewerbung in den USA in VM p.a.⁷⁴⁵

	1964	1965	1966
Kosten für die Vertretungen	-	-	52.900
Werbekosten	15.873	80.830	93.500

Quelle: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, März 1967.

Zusätzlich zu den auf die Messe konzentrierten Partnern suchte das MAW eine generelle Ansprechstation für an der DDR interessierte Unternehmen in den USA. Da die Möglichkeit einer offiziellen Handelsvertretung nicht bestand, musste Ost-Berlin sich diesbezüglich jedoch auch in der Folge auf amerikanische Initiativen verlassen. Im Januar 1965 wurde in New York das *East European Trade Enterprise Inc.* (EETE) gegründet, zu dem sich Vertreter verschiedener im Osthandel interessierter Gruppen der amerikanischen Geschäftswelt und Sympathisanten der DDR wie z.B. amerikanische KP-Mitglieder, zusammengeschlossen hatten. Hauptanliegen dieses Unternehmens, das sich die Abnahme und Vermittlung von export- und importseitigen Handelskontakten zum Ziel stellte, war die Entwicklung ökonomischer Beziehungen zur DDR.⁷⁴⁶ Das EETE war der 1955 von einem CPGB-Mitglied als erste inoffizielle Handelsrepräsentanz der DDR in London gegründeten *Leipzig Fair Agency*⁷⁴⁷ zwar nicht vergleichbar, befasste sich jedoch auch mit der Leipziger Messe, indem es bei der Mitgestaltung von Inseraten sowie deren Vergabe an Tages- und Fachzeitschriften mitarbeitete.⁷⁴⁸ Weitere Aufgaben lagen in der Versendung von *Direct-Mail-Letters* – wie z.B. 1965 an 25 000 ausgewählte US-Firmen – und der Herausgabe von Pressemitteilungen.⁷⁴⁹

War das EETE auch nicht auf Initiative von Ost-Berlin gegründet worden, so wurde die Existenz selbstverständlich begrüßt. Der Gedanke der erfolgreichen Entwicklung der DDR sollte durch das EETE in die amerikanische Wirtschaft getragen und diese

⁷⁴⁵ Vgl. ebd.

⁷⁴⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷⁴⁷ Vgl. Hoff, 2003, S.67.

⁷⁴⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, 3/1967.

⁷⁴⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vertrauliche Dienstsache zur Lösung der Zusammenarbeit mit der East European Trade Enterprise Inc., USA durch das Leipziger Messeamt, 3/1967.

für den erweiterten Handel mit Ostdeutschland gewonnen werden. Der in einigen amerikanischen Kreisen geforderten politischen Isolierung der DDR konnte mittels der Öffentlichkeitsarbeit der EETE entgegengearbeitet werden und die Propaganda der Bundesrepublik in den USA konnte vor Ort bekämpft werden.⁷⁵⁰ Sechs Monate nach Gründung traf der Sprecher des EETE, Alvin S. Königsberg, vom 14. bis 20. Juni 1965 zu informellen Gesprächen mit Gerhard Beil, dem stellvertretenden Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel in der DDR zusammen. Königsberg und Beil kamen zu dem Ergebnis, dass die Erfolgsaussichten für die Arbeit des EETE nicht schlecht waren.⁷⁵¹ Beide sollten sich irren, denn nur eineinhalb Jahre nach diesem Gespräch war die Zusammenarbeit zwischen der DDR und dem EETE bereits Geschichte.

Dieses Ende zeigt exemplarisch die grundlegenden Probleme der DDR-Außenwirtschaftspolitik gegenüber den USA. Ausschlaggebend für das Ende der Zusammenarbeit 1967 war die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen und politischen Anforderungen an das EETE. Das Leipziger Messeamt war mit der Arbeit des Vertreters für die DDR, Königsberg, durchaus zufrieden – seine Kontakte und seine Werbung für die Messe waren nach Aussagen des Messeamtes von großer ökonomischer Bedeutung für die DDR⁷⁵² – das ZK der SED war jedoch von einem Mitarbeiter des EETE und CPUSA-Mitglied Max Weinstein daraufhin hingewiesen worden, dass Königsstein politisch nicht zuverlässig bzw. indifferent war.⁷⁵³ So standen sich Messeamt und die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED in dieser Frage gegenüber. Das ZK setzte sich durch, machte damit aber das Ende der ostdeutsch-amerikanischen Zusammenarbeit mit der EETE perfekt. Das Messeamt brach den Kontakt zum EETE ab und das ZK untersagte der Leipziger Messe weitere Kontakte zu Königsberg.⁷⁵⁴ Das EETE hatte bis zum April 1967 ihr Büro in New York geschlossen und spielte folglich keine Rolle mehr in der

⁷⁵⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Vorschläge zur Intensivierung unserer Arbeit gegenüber den USA unter besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der DDR, 11.9.1965.

⁷⁵¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷⁵² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Aktennotiz über ein Telefongespräch zwischen Herrn Rudkowsky und Heinz Mehnert vom Messeamt Leipzig, 9.3.1966.

⁷⁵³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Brief der East European Trade Inc. an das ZK der SED, 10.3.1966.

⁷⁵⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Brief der Abteilung IV an das Leipziger Messeamt, 13.1.1967.

Messewerbung oder anderen wirtschaftlichen Initiativen der DDR, so dass ein EETE-Mitarbeiter die Vermutung äußerte, die DDR hätte komplett das wirtschaftliche Interesse an den USA verloren.⁷⁵⁵

Am Beispiel der EETE wird deutlich, dass die DDR nicht vornehmlich die ökonomischen Vorteile eines verbesserten ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsaustauschs im Auge hatte, als sie sich ab 1965 in kleinen Schritten gegenüber den Amerikanern öffnete, sondern stets die wirtschaftlichen den politischen Interessen untergeordnet wurden. Auch beim Thema Leipziger Messe standen nicht die wirtschaftlichen, sondern vor dem Hintergrund des Anerkennungs-Masterplans die politischen Chancen und Risiken im Vordergrund. Aus diesem Grund lagen die Konzeption und Koordination aller Promotion-Maßnahmen lediglich vordergründig in der Hand des Leipziger Messeamtes. Die grundsätzlichen Entscheidungen traf das ZK und setzte diese auch gegen die Interessen des Messeamtes durch. Das hielt das ZK jedoch nicht davon ab, das Messeamt für fehlgeschlagene Werbekampagnen bzw. fehlgeschlagene Kontakte zu amerikanischen Unternehmen oder Personen, sofern sie mit Kosten verbunden scharf zu kritisieren.⁷⁵⁶

Wie reagierte die amerikanische Regierung auf die gesteigerte Bedeutung der Leipziger Messe für US-Unternehmen. Die zu Anfang des Kapitels erwähnte Furcht vor der „Erhöhung der Respektabilität der DDR“ blieb bei allem Verständnis des *State Department* für die Interessen der Privatwirtschaft und in ihrer Vertretung des Handelsministeriums eine Konstante in den Überlegungen des amerikanischen Außenministeriums. Das *State Department* sah – wie gezeigt zu Recht – hinter der Teilnahme der DDR an internationalen Messen und der Werbung der Leipziger Messe um US-Firmen stets den politisch motivierten Kampf um die Anerkennung des SED-Regimes: „*The GDR participates in international trade fairs mainly for political and prestige reasons.*“⁷⁵⁷ Angesichts der bereits skizzierten Dominanz des Politischen über das Wirtschaftliche in der Messepolitik der DDR achtete das *State*

⁷⁵⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Telegram Burtons an Birch, 14.4.1967.

⁷⁵⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Brief des Mitarbeiters des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes, Müller, an Manfred Feist, Mitarbeiter der Abteilung Auslandsinformation beim ZK der SED, 27.1.1967.

⁷⁵⁷ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616, E Ger E: US-Mission Berlin to State, Bi-Weekly Economic Review for East Germany No. 27, 6.1.1967.

Department verstärkt auf eine Trennung dieser beiden Dinge im eigenen Lager. Kern dieser Strategie war die von Washington ausgegebene Losung: „*US will not participate officially in Fair. Private firms are not being encouraged to participate but they will be permitted to do so if they desire.*“⁷⁵⁸ Mit diesem Grundsatz hatten die Vereinigten Staaten innerhalb der West-Alliierten die Rolle des Bremsers inne. So zögerte sich auf Washingtons Initiative die Einrichtung direkter „Messeflüge“ von Großbritannien und Frankreich nach Leipzig heraus. 1963 argumentierte das amerikanische Außenministerium: „*If FRG has no objection to national airlines of NATO countries, other than the United States, France and United Kingdom, operating direct, scheduled flights to Leipzig during the Trade Fair, Dept. has no objection. ...However, we wonder if it would be prudent for the Allied civil airlines which operate in Berlin air corridors to negotiate with East German regime for air rights over the GDR....We would not want to see these airlines ... do anything to open Pandora's box of Allied civil air access to Berlin.*“⁷⁵⁹ Erst 1968 richtete *British European Airways* mit staatlicher Genehmigung eine direkte Flugverbindung London-Leipzig ein.⁷⁶⁰ Die Begrenztheit des amerikanischen Interesses an der DDR machte eine direkte Flugverbindung nie zu einer ökonomischen Option, es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, dass diese Option, hätte sie bestanden, politisch nicht durchsetzbar gewesen wäre. Gleichermäßen waren Messebesuche wie die französischer Parlamentarier im *State Department* nicht populär. Für die wirtschaftlichen Interessen einzelner Unternehmen zeigten Regierungsstellen jedoch Verständnis. Das *State Department* verlegte sich daher zunehmend auf die Beobachtung des Messegeschehens. Dabei hatten die US-Vertretungen in den westlichen Hauptstädten ein Auge auf die Ergebnisse und das Betragen der anderen Länder auf der Messe,⁷⁶¹ während die US-Mission in Berlin die Messe und ihr Umfeld beobachtete. Hatte die Wahrscheinlichkeit, dass ein amerikanischer Repräsentant der Politik oder Verwaltung die Messe in Leipzig besuchen würde, 1964 noch bei Null gelegen,⁷⁶² so besuchten im September 1969 im Rahmen der

⁷⁵⁸ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: State to Embassy Bonn, POLADS Feb 4 – Leipzig Fair, 29.6.1969.

⁷⁵⁹ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: State to US-Mission NATO, Flights to Leipzig Fair, 23.8.1963.

⁷⁶⁰ Vgl. Hoff, 2003, S. 439.

⁷⁶¹ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: Embassy London to State, Leipzig Fair: U.K. Successes Reported, 15.3.1969.

⁷⁶² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Genosse Körner an die Genossen Winzer, Stibi, und das ZK der SED, Vermerk über ein Gespräch mit Herrn Dr. Roland L. Warren vom 3.1.1964, 7.1.1964.

Beobachtungstätigkeit zwei Mitarbeiter der US-Mission mit Visa „*on separat-pieces-of-paper*“ die Leipziger Herbstmesse und sprachen dort mit Amerikanern und Ostdeutschen.⁷⁶³ Ein ähnlicher Versuch, die Leipziger Messe mit US-Missions-Mitarbeitern zu beschicken, ohne in die Pässe gestempelte, also offizielle DDR-Visa zu benötigen, war anlässlich der Frühjahrsmesse gestartet worden: „*Department is exploring possibility of sending one or two Mission Berlin officers to this september's Leipzig Fair, and USBER has recommended that an effort be made to facilitate such trip on Soviet travel documentation or East German visa stamped on (a) an invitation to Fair or (b) ,separate-piece-of paper'.*“⁷⁶⁴ 1967 verweigerte die DDR diese Visa noch und das *State Department* folgerte: „*We ... should avoid giving any impression of overeagerness.*“⁷⁶⁵ Als die DDR die Missionsmitarbeiter ohne Visa in ihren Pässen zur Leipziger Messe reisen ließ, schien diese Bedingung erfüllt.

d. Die politische Ebene der Wirtschaftsbeziehungen

In der Situation der diplomatischen Nichtanerkennung der DDR hatte eine Zunahme des wirtschaftlichen Austauschs politische Implikationen, die über Gedanken zum Ex- und Import hinausgingen. In seiner Beschreibung der außenpolitischen Elite der USA weist Andreas Falke auf die Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft hin: „Die Mitglieder dieses Elitezirkels rekrutierten sich vor allem aus dem Ostküsten-Establishment, dem vor allem Bankiers, Industrielle, Rechtsanwälte aus New Yorker Anwaltskanzleien sowie ein kleiner Kreis von Spitzendiplomaten angehörten.“⁷⁶⁶ Der wirtschaftliche Schwerpunkt der US-Elite, sowie das besondere Gewicht der Handelspolitik in der amerikanischen Außenpolitik und der Internationalismus des Wirtschaftens machten das Feld der Wirtschaftsbeziehungen zum zentralen Gebiet des Ost-Berliner Anerkennungslobbyismus.

Bei dieser *business diplomacy*, sollten Ökonomen, Unternehmer und Wirtschaftsführer nicht die wirtschaftlichen Perspektiven des ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisses, sondern die politischen Chancen einer diplomatischen

⁷⁶³ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: USBER to State, Travel by Mission Officers to Leipzig Fair (3), 30.9.1969.

⁷⁶⁴ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: State to US-Mission Berlin and Embassy Bonn, Proposed Travel by USBER Officials to Leipzig Fair, 5.8.1967.

⁷⁶⁵ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 1470, TP Ger E: State to USBER, Travel to Leipzig Fair, 6.9.1967.

⁷⁶⁶ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 441.

Aufwertung der DDR ausloten.⁷⁶⁷ Die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der USA stimmte die Verantwortlichen für das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet zuversichtlich, dass diese *Business Diplomacy* in den USA zum Ziel führen konnte. Nach Einschätzung des MfAA befanden sich die USA Mitte der sechziger Jahre in einer sich zunehmend verstärkenden Krise, da es weder gelang, neue Absatzmärkte für ihre Waren zu öffnen, noch den amerikanischen Anteil an der Weltproduktion und den Goldreserven zu halten.⁷⁶⁸ Der Expansionsdrang des amerikanischen Kapitalismus war der kommunistischen Ideologie folgend an seine Grenzen gestoßen, so dass die osteuropäischen Märkte stärker denn je ins Blickfeld der amerikanischen Eliten rückten: „Die Konzeption der Lockerung bestimmter handelspolitischer Beschränkungen muss auch im Zusammenhang mit den Misserfolgen der USA in Südostasien und Lateinamerika gesehen werden, die zu einer tiefwirkenden Unzufriedenheit breiter Schichten des amerikanischen Volkes mit der Regierungspolitik geführt haben. ... Gerade diesem Stimmungsdruck will die USA-Regierung ... durch die Öffnung bestimmter Ventile entgegenwirken.“⁷⁶⁹

Die DDR hoffte aus Krisen des Kapitalismus in den USA für sich wirtschaftlichen und politischen Nutzen zu ziehen.⁷⁷⁰ Die 5. AEA formulierte im Juni 1965, als die Leipziger Messe von amerikanischen Unternehmen beschickt werden durfte: „Der gegenwärtige Kurswechsel [P.M. zu mehr wirtschaftlichen Kontakten mit sozialistischen Ländern und besonders mit der DDR] steht offensichtlich mit dem sich verstärkenden Drängen der USA-Geschäftswelt nach Öffnung aller Exportschleusen in Zusammenhang, das angesichts der düsteren Wirtschaftsprognosen des Präsidenten der USA-Notenbank, Martin, noch zugenommen hat. Martin hatte Anfang Juni in einer bemerkenswerten Rede ... darauf hingewiesen, dass eine Überhitzung der staatlich forcierten Konjunktur einen

⁷⁶⁷ Zum Begriff der Business Diplomacy vgl. Wurm, Clemens A.: Business Diplomacy: Die Zusammenkunft deutscher und britischer Industrieller in Broadlands im Oktober 1926, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Nr. 2/2000, S. 131-157.

⁷⁶⁸ Zu den wirtschaftlichen Problemen der USA vgl. Hughes, Jonathan; Cain, Louis P.: American Economic History, 7. Edition, Zug 2006, S. 581-601.

⁷⁶⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über einige Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷⁷⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über einige Probleme der Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart, 24.10.1963.

katastrophalen Zusammenbruch zur Folge haben könnte.“⁷⁷¹ Ein solcher Zusammenbruch oder auch nur eine schwere Krise, verbesserten, nach SED-Logik, die Chancen der DDR, über wirtschaftliche Zusammenarbeit eine möglichst schnelle *De-jure*-Anerkennung zu erreichen. Da es jedoch weder zu einem „katastrophalen Zusammenbruch“ noch zu einer echten Verschiebung der Marktorientierung der US-Wirtschaft mit Blick auf die sozialistischen Länder kam, erhöhte sich der ostdeutsch-amerikanische Handel zwar signifikant gegenüber der Zeit vor 1965, blieb aber mit Blick auf die Gesamtrelationen des Außenhandels beider Länder unbedeutend.

Trotz des wachsenden Interesses unterschiedlichster amerikanischer Industrien, so z.B. der Filmindustrie, an der DDR⁷⁷² kam es zu keinem echten Durchbruch in den ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen. Dafür gab es mehrere Ursachen:

Erstens war Washington im Rahmen einer amerikanischen Politik wirtschaftlicher „Brücken“ in die sozialistischen Länder nur insofern an einer Intensivierung des ökonomischen Austausches interessiert, als dass diese die Hegemonie der UdSSR unterminieren sollten. Die DDR versprach als treuer Vasall der Sowjetunion hierbei wenig Erfolg bzw. wurde mit Bezug auf die Isolationspolitik bewusst vom ökonomischen Austausch abgeschnitten. Washington erleichterte daher den privaten Handel mit der DDR nicht, geschweige denn dass es ihn förderte. Zweitens hatte die DDR den USA weder auf dem Gebiet der Industrieproduktion, noch auf dem Gebiet der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse etwas zu bieten. Drittens fürchtete sich die SED-Elite vor einer zu großen Abhängigkeit von kapitalistischen Ländern, besonders da sie bereits auf den innerdeutschen Handel angewiesen war, und viertens versuchte Bonn, zunehmende ökonomische Kontakte zwischen der DDR und den USA mit Hilfe seines Einflusses in Washington zu unterbinden. Eine Untersuchung der Export- und Importentwicklung zeigt, dass es durchaus Bemühungen auf beiden Seiten – USA und DDR – gab, den Handel zu verbessern, dieser jedoch nur sporadisch anzog. Die USA waren nicht daran interessiert, DDR-Produkte zu importieren, sondern erhofften sich, in der DDR wie in ganz Osteuropa neue Absatzmärkte für ihre veredelten Güter zu finden.

⁷⁷¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁷⁷² Vgl. Pol-Arch, AA, B31, 327: Moskauer Filmfestspiele, 22.7.1969.

Mit der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen nach der diplomatischen Anerkennung erkannte schließlich auch die SED-Führung – zuständig für diesen Bereich war der Sektor Außenhandel der Abteilung Handel/Versorgung/Außenhandel des ZK – , dass ihre Hoffnungen in die USA als möglichen Absatzmarkt für DDR-Exporte überzogen waren und fragte daher nach dem ökonomischen Nutzen einer ostdeutsch-amerikanischen Zusammenarbeit.⁷⁷³ 1965 war die Stimmung jedoch wesentlich positiver. Der Vorsitzende des Ministerrates, Willy Stoph, hoffte auf den Anfang eines positiven Trends, als er 1965 erklärte: „Mit Genugtuung können wir feststellen, dass sich z.B. unser Handel besonders mit Frankreich, England und selbst mit einigen Wirtschaftskreisen der USA erfolgreich entwickelt.“⁷⁷⁴ Diese „realistischen“ Wirtschaftskreise waren die Zielgruppe der ostdeutschen Außenwirtschaftspolitik. Sie sollten, getrieben von ihrem Interesse an einem profitablen Handel mit der DDR, die amerikanische Politik unter Druck setzen, sich dem SED-Regime zu öffnen. Ihre Hinweise auf die positive Entwicklung ostdeutsch-amerikanischer Wirtschaftsbeziehungen sollten mit dazu beitragen, das Potenzial der DDR zu verdeutlichen und die Akzeptanz der DDR-Existenz zu verbreiten.

Im Verständnis des Sozialismus waren Wirtschaft und Politik nicht nur miteinander verbunden, sondern es gab eine klare Hierarchie zwischen den beiden: „Der erhöhte Stellenwert der ökonomischen Beziehungen sollte uns jedoch nicht vergessen machen, dass das Primat der Politik nach wie vor gilt.“⁷⁷⁵ Die wirtschaftlichen Vorteile eines verstärkten Handels traten immer dann in den Hintergrund, wenn dieser Handel mit dem politischen Ziel der Anerkennung kollidierte. Die Grundüberlegung des außenwirtschaftlichen Konzepts war es daher, die Autonomie der amerikanischen Wirtschaft zu nutzen, um sie durch die Verquickung der Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Frage der Nichtanerkennung gegen die US-Politik auszuspielen. Das SED-Regime wollte das ökonomische Primat des „Monopolkapitalismus“ zur Durchsetzung des eigenen politischen Primats der

⁷⁷³ Vgl. z.B. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16061: Aktenvermerk des Sektor Außenhandel über die Zusammenarbeit der AHB BME und des Kombinats Robotron mit dem USA-Konzern Control Data Corporation, 12.12.1975.

⁷⁷⁴ DADDR, XIII, 1965, S. 343: Willi Stoph zur Eröffnung der Leipziger Jubiläumsmesse, 27.2.1965.

⁷⁷⁵ Vgl. Schmidt, Max: Die Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit im Umfeld der politischen und militärischen Entspannung, in: West-Ost-Journal, 5-6/1981, S. 23-25, S. 23.

Anerkennung durch die USA nutzbar machen. Auch wenn diese Arbeit bis zum Jahr 1970 keine wirklichen Früchte trug – zwar entwickelten sich die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern durchaus positiv, politischen Druck entwickelte die kleine, am Handel mit der DDR interessierte Gruppe in den USA jedoch nicht und auch die Ansprache amerikanischer Wirtschaftsbürokraten durch DDR-Personal, die zum Ziel hatten, amerikanische Delegationen in die DDR zu locken, blieben erfolglos⁷⁷⁶ – war Ost-Berlin von der Nachhaltigkeit des Ansatzes lange überzeugt. So erwartete die Länderabteilung USA des MfAA noch 1970 einen zunehmenden Druck der Wirtschaft auf die US-Außenhandelspolitik. Die 5. AEA prognostizierte, dass „... Teile der amerikanischen Industrie- und Handelsbourgeoisie mit unterschiedlicher Motivierung immer nachdrücklicher die Erweiterung des Verkehrs und Ausdehnung des Handels mit den sozialistischen Staaten“ forderten.⁷⁷⁷

Wie reagierte die amerikanische Politik auf solche Forderungen? Das ab 1964 zunehmende Interesse der amerikanischen Wirtschaft an der DDR stand im Kontext der „Brückenschlagpolitik“ der Administration Johnson, die über wirtschaftliche Kontakte die osteuropäischen Staaten Stück für Stück der sowjetischen Hegemonie entziehen bzw. ihre nationalen Eigenheiten gegenüber der UdSSR stärken wollte. Präsident Johnson erklärte Anfang 1965: „*In Eastern Europe restless nations are slowly beginning to assert their identity. Your Government, assisted by the leaders in American labour, is now exploring ways to increase peaceful trade with these countries and the Soviet Union.*“⁷⁷⁸

Damit reagierte der Präsident auf die vermehrten Forderungen aus dem Kongress nach mehr Handel mit Osteuropa. Nach seiner Reise durch Osteuropa im Herbst 1964, in der er auch Ostdeutschland – er vermied den Ausdruck DDR oder GDR – besuchte, wandte sich der demokratische Kongressabgeordnete Henry S. Reuss 1965 entschieden gegen die amerikanische Politik der Diskriminierung, die den osteuropäischen Staaten die Meistbegünstigung verweigerte und den eigenen Export dorthin behinderte. Reuss sprach von einer Revolution im ökonomischen Denken,

⁷⁷⁶ Z.B. sprachen DDR-Botschaftsmitarbeiter im Oktober 1965 den Direktor der amerikanischen Handelsmission in Bukarest an, ob man nicht einen Besuch einer amerikanischen Handelsmission in der DDR arrangieren könnte. Ein Ergebnis zeitigten diese Bemühungen nicht. Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: Embassy Bukarest to State, 6.10.1965.

⁷⁷⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁷⁷⁸ Public Papers of the President of the United States: Lyndon B. Johnson, Volume I, entry 2, S. 1-9, Washington D.C. 1966: Annual Message to the Congress on the State of the Union, 4.1.1965.

von mehr Freiheitsrechten und mehr Liberalität – wenn die USA sich diesem nicht öffneten, schaden sie sich ökonomisch nur selbst.⁷⁷⁹

Reuss blieb kein Einzelfall. Im US-Kongress verstärkte sich die Tendenz eines realistischeren Herangehens an die wirtschaftlichen Beziehungen zur UdSSR und zu anderen sozialistischen Ländern.⁷⁸⁰ Im Februar 1965 setzte Präsident Johnson auf Initiative demokratischer Senatoren einen Beratungsausschuss für Osthandelsfragen ein. Solche Maßnahmen waren der Ausdruck einer sich ändernden Wahrnehmung der kommunistischen Länder, die auch die DDR betraf. In den Augen mancher Amerikaner hatte sich die DDR nach dem Mauerbau konsolidiert und die Grundlage für ein zweites Wirtschaftswunder gelegt: „Ostdeutschland erzeugt heute mehr elektrische Energie als Norwegen, Schweden, die Schweiz, Australien oder Indien. Seine Produktion von Braunkohle und Lignit übersteigt jene der USA, Russlands und Westdeutschlands zusammen. ... Ostdeutsche Kameras und optische Geräte werden in jedem Land der Welt einschließlich der USA zum Verkauf angeboten.“⁷⁸¹ Vor dem Hintergrund der steigenden Wirtschaftskraft der DDR war ein Ausbau der unterentwickelten Handelsbeziehungen für die amerikanische Wirtschaft logisch und vernünftig.

Den ökonomischen Wünschen standen jedoch politische Hindernisse entgegen. So wurde der Handel durch das institutionelle Erbe des Kalten Krieges behindert.⁷⁸² Wichtigste Institution der politischen Kontrolle des Osthandels war das 1949 gegründete informelle *Coordinating Committee* (COCOM). Die USA wollten den Technologietransfer von West nach Ost kontrollieren, um so zum einen einen möglichen militärischen Nutzen der sozialistischen Länder aus dem Technologievorsprung zu verhindern und zum anderen, um es den sozialistischen Ländern zu erschweren, wirtschaftlich wettbewerbsfähiger zu werden. Da ein solches Embargo nur Sinn machte, wenn alle technisch fortgeschrittenen Staaten es einhielten, installierte der Westen das COCOM-Abkommen. Dieses sollte zur ganzheitlichen Kontrolle des Handels strategischer Waren dienen und so den

⁷⁷⁹ Vgl. Congressional Record, 74, S.A. 1976: Rede des US-Abgeordneten Henry S. Reuss vor auf dem Symposium der Marquette University, Milwaukee, 27.4.1965.

⁷⁸⁰ Bollinger, 1977, S. 77.

⁷⁸¹ Dornberg, 1969, S. 18.

⁷⁸² Zu den übergerodenten Grundsätzen der Regulierung des Ost-West Handels durch die USA vgl. Hoya, Thomas W.: Regulation of East-West Business Transactions by Market Economy Countries: The United States, in: Staar, Robert: East-West Business Transactions, New York 1974, S. 3-30.

zeitlichen Vorsprung des Westens auf dem Gebiet der Spitzentechnologie sichern.⁷⁸³ Das Abkommen umfasste sämtliche NATO-Staaten außer Island sowie Japan und Australien.

COCOM war kein bindendes Vertragswerk, sondern vielmehr eine nichtvertragliche informelle Übereinkunft – „*negotiated regime*“⁷⁸⁴ – zwischen den Teilnehmern. Dennoch dominierten die USA durch ihre herausgehobene Stellung als militärische Führungsmacht des Westens das eigentlich konsensuale Komitee. Das COCOM hatte der Liste der zu kontrollierenden Technologien, den Bewilligung von Ausnahmen sowie der Koordinierung der Durchsetzung der Bestimmungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten eine Vielzahl von Instrumenten.

Die Exportbestimmungen wurden nach Warengruppen unterschieden: Waren, die nicht exportiert werden durften, Waren die in geregelten Mengen exportiert werden durften und Waren, deren Export überwacht wurde.⁷⁸⁵ Auch wenn sich COCOM ausschließlich auf militärische Technologie bezog, machte es die Kontrolle der Technologieexporte in kommunistische Staaten für die Staaten des Rat Gegenseitiger Wirtschaftshilfe (RGW) lange Zeit unmöglich, ihre Produktionsprozesse mit westlicher Technik zu modernisieren.

Die rohstoffarme DDR musste besonders an einer verbesserten Technisierung zur Veredelung importierter Rohstoffe und deren Absatz auf dem internationalen Markt interessiert sein, da nur so die Devisen und Produkte für den Import einer ausreichenden Menge an Rohstoffen und Konsumgütern zur Steigerung des Lebensstandards erwirtschaftet werden konnten. Ein vorrangiges Ziel Ost-Berlins war daher die Lockerung der COCOM-Bestimmungen. Mitte der sechziger Jahre waren die amerikanischen Verbündeten in Europa angesichts ihres steigenden Interesses am Ost-West-Handel nicht mehr bereit, eine allzu umfassende

⁷⁸³ Vgl. Noehrenberg, Eric H.: *Multilateral Exports Controls and International Regime Theory: The Effectiveness of COCOM*, Sinzheim 1993, S. 39.

⁷⁸⁴ Young, Oran: *International Cooperation: Building Regimes for Natural Resources and Environment*, Ithaca 1989, S. 86-88.

⁷⁸⁵ Vgl. Bertsch, Gary K.: *East-West Strategic Trade, COCOM and the Atlantic Alliance*, Paris 1983, S. 16. Zu den Zielen, Funktionsweise und Leistungen des COCOM vgl. auch FRUS, 1969-76, IV, S. 959-967: *Memorandum From the Chairman of the Inter-Agency Force To Review the COCOM-System to the Chairman of the NSC-Under Secretaries Committee*, 20.11.1972.

Exportkontrolle beizubehalten.⁷⁸⁶ Ausschlaggebend hierfür war die verminderte Bedrohung West-Europas durch eine militärische Auseinandersetzung mit dem Ostblock und die Ansicht, man werde den momentanen Zustand kurzfristig nicht ändern können. Der Wegfall der zweiten und dritten Warenkategorien 1964, die schrittweise Reduktion der Liste der nicht zu exportierenden Waren sowie die erste Vergabe von Lizenzen für den Technologieexport in die DDR durch US-Regierungsstellen ließen die Hoffnungen auf einen gesteigerten Technologieimport aus den USA in Ost-Berlin steigen. Diese Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Obwohl die COCOM-Liste des Jahres 1970 nur noch Waren der ersten Kategorie enthielt, fanden sich darauf immer noch eine große Anzahl der für die DDR nützlichen Metalle, Chemikalien, Maschinenbauteile für chemische, stromerzeugende und elektrische Anlagen sowie elektronische Präzisionsinstrumente.⁷⁸⁷ Darüber hinaus hatten die DDR als von den USA nicht anerkannter Staat wenig reelle Chancen, in den Genuss der ab 1968 steigenden Ausnahmen des COCOM-Embargos zu kommen.

Aber nicht nur internationale Abkommen der westlichen Welt behinderten Ex- und Import zwischen den Systemfeinden. Die USA akzeptierten die Lockerung der COCOM-Bestimmungen, behielten aber ihre strengen nationalen Ausführungsregeln bei.⁷⁸⁸ Das *Department of Commerce* musste Exporte in kommunistische Länder lizenzieren, so dass es in der schizophrenen Situation war, grundsätzlich an einem Ausbau der amerikanischen Exporte interessiert zu sein, diese aber gleichzeitig beschränken zu müssen.⁷⁸⁹ Die amerikanischen Lizenzbestimmungen gingen weit über die in der COCOM-Liste zusammengefassten technologischen Waren hinaus.

Im Rahmen der Lizenzvergabe gab es eine Staffelung nach *Country Groups*. „Ostdeutschland“ war zusammen mit der UdSSR in der, nach Ländern wie Nordkorea und Vietnam, zweitproblematischsten Kategorie.⁷⁹⁰ Das bedeutete, dass 1965 alle amerikanischen Lieferungen an die DDR lizenzpflichtig waren. In der

⁷⁸⁶ Vgl. Noehrenberg, 1993, S. 135.

⁷⁸⁷ Vgl. Bertsch, 1983, S. 34.

⁷⁸⁸ Vgl. Mastaduno, Michael: The Management of Alliance and Export Control Policy: American Leadership and the Politics of COCOM, in: Bertsch, Gary K. (Hrsg.): Controlling East-West Trade and Technology: Power, Politics and Policies, Durham 1988, S. 241.

⁷⁸⁹ Vgl. Moore, James P.R.: A Commerce Department Perspective on Export Controls. Technology Control, Competition, and National Security, Langham 1987, S. 31-32.

⁷⁹⁰ U.S. Department of Commerce: U.S. Exports/ U.S. Imports: World Area Commodity Groupings, 1973-1986, Series FT-455 and IM-155.

Bundesrepublik konnte man folglich beruhigt sein. Die USA hatten im September 1965 noch keinerlei Handelsvereinbarungen mit den „Zonenstellen“ abgeschlossen und keine Handelsorganisation der DDR war in den USA tätig.⁷⁹¹ Außerdem widerstanden die *Departments of State* und *Commerce* den Lizenzwünschen der amerikanischen Wirtschaft, wie z.B. des Chemikalienherstellers DuPont, selbst wenn diese mit Konsequenzen drohten.⁷⁹² Die US-Administration ließ sich nicht unter Druck setzen, sondern versuchte ihrerseits, in geeigneten Fällen mit Hilfe der Exportlizenzen Druck auf die DDR auszuüben. Trotz scharfer britischer Konkurrenz knüpfte das *State Department* eine Lizenz für den Export von IBM-Computern in die DDR an ein Entgegenkommen Ost-Berlins in der Freilassung zweier in der DDR inhaftierter Amerikaner. IBM sollte diese Forderung mit den ostdeutschen Verantwortlichen verhandeln: „*Case of IBM computer now has been approved by all agencies from standpoint export control. However, State does not wish East Germans to obtain computer until or unless there is some movement in cases of two young American citizens whom they hold in prison. ... High probability East Germans would turn to British, if IBM does not get license in few days.*“⁷⁹³ Im Falle von IBM wie auch bei anderen Unternehmen verzögerten solche politischen Fragen das Lizenzierungsverfahren enorm.⁷⁹⁴

Dennoch mussten die amerikanischen Stellen eine Zunahme der Handelsaktivitäten zwischen der DDR und den USA registrieren. So exportierten die USA in zunehmendem Maße neben Futtergetreide andere landwirtschaftliche Güter wie Orangen, Mais, Tabak, Sojabohnen, Dünger und sogar Textilien, Kohle und Maschinen in die DDR.⁷⁹⁵ Ab 1969 berichteten geheime Quellen der US-Mission in Berlin über die zunehmenden Versuche amerikanischer Firmen, den Lizenzierungsprozess zu umgehen und lizenzpflichtige Waren an die DDR zu

⁷⁹¹ Vgl. AAPD, 1965, Bd. III, Dok. 347: Aufzeichnungen vom Referat II A 1, 10.9.1965.

⁷⁹² NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: Memorandum for the Files, Request by DuPont for Export License for East Germany, 19.4.1968: Das Außen- und Wirtschaftsministerium widerstanden dem Wunsch DuPonts, eine Lizenz für den Verkauf und die Lieferung einer Fabrik in die DDR, obwohl diese drohten, wenn sie keine Lizenz für dieses Geschäft erhalten, sie auch keine der von den Ministerien im Rahmen des „selektiven Brückenschlags“ erwünschten Geschäfte mit anderen osteuropäischen Staaten abschließen werden.

⁷⁹³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: State to Embassy London, IBM 360/40 to East Berlin, 14.12.1967.

⁷⁹⁴ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: Memorandum of Conversation between Louis Castaldi, IBM World Trade Corporation and Robert B. Wright, Director, Office of East-West Trade, 18.11.1968.

⁷⁹⁵ Vgl. NYT, 16.6.1968, Hearings before the CFRUSS, Part II, Washington D.C. 1965, S. 283, Laufer, 1989, S. 199.

verkaufen.⁷⁹⁶ Die Ausweitung der Exporte auf Maschinen entwickelte sich zwar äußerst langsam – noch 1970 importierten alle kommunistischen Länder der Welt nur 5,5 % der hochtechnologischen Produkte des industrialisierten Westens⁷⁹⁷ – aber in Washington erkannte man eine ökonomische Verbesserung in der DDR. 1965 stellte das *State Department* ein „*indisputable improvement in the quality of many East German goods*“⁷⁹⁸ fest, auch wenn die Einführung von Club Cola im März 1967 eher spöttisch kommentiert wurde: „*Thus East Germany joins other East European countries promoting the once condemned capitalistic cola drinks, but East Germany, in providing its own ersatz cola, presumably hopes to limit the bourgeois condemnation cola carries with it.*“⁷⁹⁹ 1968 glaubte die US-Mission in Berlin gar an einen längerfristigen Aufwärtstrend der ostdeutschen Wirtschaft: „*East Germany’s economic strength will grow, rendering it far less vulnerable to economic pressure from the Federal Republic.*“⁸⁰⁰ Die negativere Einschätzung der US-Mission aus dem Vorjahr, in der sie eine Bewertung der ostdeutschen Entwicklung als Wirtschaftswunder noch für überzogen hielt, war vergessen.⁸⁰¹

Ende der sechziger Jahre deutete sich auch eine Lockerung in der US-Kontrollgesetzgebung an. Washington betrachtete die ökonomische Kriegsführung zusehends als eine zum Scheitern verurteilte Politik. Die Westeuropäer und Japaner hatten sich durch die Genesung ihrer eigenen Wirtschaften im Laufe der 60er Jahre immer mehr dem ökonomischen Druck der USA entziehen und ihren handelspolitischen Spielraum vergrößern können. Um im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten dachte die US-Regierung ab Mitte der sechziger Jahre darüber nach, ihre Bestimmungen zu lockern und bewilligte eine

⁷⁹⁶ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: US-Mission Bonn to State, Export Control (EXCON) Reports, 30.6.1969. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: US-Mission to State, US-Firm Discussing Synthetic Fiber Plant License with East Germans, 20.8.1969. In diesem Zusammenhang vielen die Namen der American Instrument Co. Inc., Laboratory and Scientific Instruments, Maryland, Arvisun Co. Philadelphia, Pennsylvania und Herbert G. Krane of Standard Oil Company, Indiana.

⁷⁹⁷ Vgl. Martens, John A.: Quantification of Western Exports of High Technology Products to Communist Countries, mimeographed paper of Office of East-West Policy and Planning, US Department of Commerce, January 1981, S. 5-6.

⁷⁹⁸ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: US-Mission Berlin to State, Interzonal trade, Quality of East German Goods, 1.12.1965.

⁷⁹⁹ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616, E Ger E: US-Mission Berlin to State, Bi-Weekly Economic Review for East Germany No. 6, 31.3.1967.

⁸⁰⁰ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, East Germany in International Politics, 30.1.1968.

⁸⁰¹ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616, E Ger E: US-Mission Berlin to State, Some Misconceptions About the GDR Economy, 28.1.1967.

generelle Exportlizenz für 400 Produkte in die Länder des Ostblocks. Die DDR kam erst Mitte des Jahres 1967 in den Genuss dieser Erleichterung, da die USA vorher Bedenken hatten, sie könnten ein Signal der Aufwertung nach Ost-Berlin senden: „*East Germany was excluded from last autumn’s action on 400 items to avoid any implication of ,bridge-building’ vis-à-vis East Germany or that East Germany were entitled to treatment identical with that of East European countries.*“⁸⁰²

Auch nachdem sich Washington durchgerungen hatte, die DDR an diesem Programm teilhaben zu lassen, war das *State Department* weiterhin bedacht, nur praktische und keine politischen Gründe für seine Maßnahme anzuführen: „*It was recognized at that time, that there was no administrative or security reason to justify exclusion of the East Germans from this action. ...This programm of giving East Germany the same general license treatment as other Eastern European destinations is intended to remove the administrative problems of Commerce’s licensing work.*“⁸⁰³ Im Jahr 1969 manifestierte der *Export Administration Act* die gelockerten Kontrollbestimmungen⁸⁰⁴ und die Liste der lizenzpflichtigen Exporte wurde bedeutend kleiner als die des Vorgängeraktes von 1949.

Trotz dieses Umdenkens spielte die US-Administration nicht die im ostdeutschen Konzept vorgesehene Rolle. Hauptursache hierfür war, dass sich stets über das eigentliche Ziel der wirtschaftlichen Bemühungen der DDR, die politische Anerkennung, bewusst war: „*The Chamber [P.M. Foreign Trade Chamber] is responsible for trade with capitalist countries, but this overt function is perhaps less important than its political functions which include working for the recognition of the GDR.*“⁸⁰⁵ Diese politische Motivation Ost-Berlins trieb Washington auch noch Ende der sechziger Jahre zur engen Abstimmung seiner außenwirtschaftlichen Schritte mit den westdeutschen Verbündeten.

Diese Abstimmung, die eine ungewollte Verbesserung des internationalen Status’ der DDR in wirtschaftlichen Fragen verhindern sollte, war jedoch nicht ganz

⁸⁰² NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: State to Embassy Bonn, Relaxation of Validated License Requirement, 28.6.1967.

⁸⁰³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 1406, STR Ger E: State to Embassy Bonn, Relaxation of Validated License Requirement, 28.6.1967.

⁸⁰⁴ Vgl. Gaida, 1989, S. 342.

⁸⁰⁵ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2114, POL Ger E:USBER to State, Party Functionary Named New President of GDR Foreign Trade Chamber, 29.10.1968.

unproblematisch. Tatsächlich erkannten die USA eine mangelnde Kohärenz zwischen der von Bonn verfochtenen Politik der internationalen Diskriminierung der DDR und dem bundesrepublikanischen Monopol auf profitable Geschäfte mit eben dieser. 1965 bat die amerikanische Regierung die Bundesregierung um eine Stellungnahme zu einem möglichen USA/SBZ Handel, wobei man sich bis diese erarbeitet war, einer Verzögerungstaktik gegenüber der DDR bedienen wollte.⁸⁰⁶ Als das Bonner Monopol des Wirtschafts-Wunder-Images in Kreisen der amerikanischen Wirtschaft in Frage gestellt wurde, frohlockte die SED-Führung: „Es ist davon auszugehen, dass die von der amerikanischen Geschäftswelt angestrebte Erweiterung des Handels mit der DDR objektiv den Bemühungen der westdeutschen Regierung entgegenwirkt, die darauf abzielen, den Handel westlicher Staaten mit der DDR auf niedrigem Niveau zu halten, um die Abhängigkeit der Republik von westdeutschen Warenlieferungen aufrechtzuerhalten und als Instrument politischer Erpressung ausnutzen zu können.“⁸⁰⁷

War der Jubel auch überzogen, so gab es durchaus Befürchtungen in Bonn, die DDR könnte die Situation nutzen, um ihre Anerkennungspolitik in den USA voranzutreiben. Diese Befürchtungen ließen sich nicht leicht zerstreuen. Bundesaußenminister Gerhard Schröder schlug daher vor, eine gemeinsame Strategie Bonns, Washingtons, Paris' und Londons für den Handel mit der DDR zu entwickeln, um so eine Aufwertung der DDR zu verhindern und gleichzeitig die Abhängigkeit der DDR vom Interzonenhandel zu erhalten. Schröder stieß mit diesem Vorschlag jedoch bei den Amerikanern, obwohl diese im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien keinerlei Kredite an die DDR vergaben, auf größere Bedenken.⁸⁰⁸ Die USA wollten zwar nur selektiv mit Osteuropa handeln, ihre Entscheidungen aber nicht von der Bundesrepublik beeinflussen lassen. Außenminister Dean Rusk formulierte 1964: „*We are surprised at German lack of understanding of nature of U.S. trade with East Germany. Neither do we have 'unofficial' trade delegations in U.S. Furthermore as pointed out in Deptel 776 to Berlin, we have full legal authority to cancel export license at any time prior to*

⁸⁰⁶ Vgl. AAPD, 1965, Bd. I., Dok. 95: Gesandter von Lilienfeld, Washington, an das AA, 24.2.1965.

⁸⁰⁷ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über eine gewisse Tendenzen der Verstärkung von Handelskontakten amerikanischer Firmen zu Außenhandelsorganen der DDR, 7.7.1965.

⁸⁰⁸ Vgl. AAPD, 1965, Bd. II, Dok. 202: Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte in London, 10.5.1965.

delivery of goods. Our authority, in fact, goes beyond West German arrangement for revocable Warenbegleitscheine since U.S. ability to revoke is not selective, but covers the entire range of licensed commodities.”⁸⁰⁹ Außerdem ließ der zunehmende Handel zwischen der DDR und Großbritannien und Frankreich die Frage im Außenministerium aufkommen, warum die USA die einzige Nation sei, die ihren Handel mit der DDR vollständig an den Interessen Bonns ausrichtete: „*On the other hand, we feel that this [P.M. Konsultation Bonns bei Geschäften mit der DDR] should not be a bilateral exercise, in which we are singled out for special treatment.*”⁸¹⁰

Auch wenn der amerikanische Botschafter in Bonn, McGhee, der Bundesregierung noch 1965 versicherte, dass die DDR nicht von der im Rahmen des selektiven Brückenschlags intensivierten Handelspolitik der USA mit Osteuropa profitieren werde,⁸¹¹ wurden Einwände der Bundesregierung gegen amerikanische Geschäfte mit der DDR nicht mehr so selbstverständlich akzeptiert. Dabei kritisierte Washington nicht nur die ökonomischen, sondern auch die politischen Implikationen des exklusiven Interzonenhandels. Ungern sah das *State Department*, dass die Bundesrepublik 1964 begann, die politischen Bedingungen des Interzonenhandels kontinuierlich zu lockern, während sie die ökonomische Intensität desselben deutlich steigerte. Im Dezember 1968 kam ein *Intelligence Report* zu dem Ergebnis, dass der Interzonenhandel von einem wertvollen Werkzeug der bundesdeutschen Politik zur *De-facto*-Subventionierung der DDR, die nicht einmal durch die Niederschlagung des Prager Frühlings beeinflusst werden konnte, geworden war. Nach Ansicht des Berichts waren für Bonn lediglich noch die Exklusivität des Interzonenhandels als Wettbewerbsvorteil der bundesdeutschen Wirtschaft sowie die ökonomische Bindung der DDR an die Bundesrepublik von Wert.⁸¹²

Besonders deutlich wurden die bundesdeutsch-amerikanischen Probleme in der Folge des „Falls Litwin“. Am 21. Dezember 1964 berichtete die Bild-Zeitung unter

⁸⁰⁹ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: State to Embassy Bonn, Berlin, 30.3.1965.

⁸¹⁰ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: State to Embassy Bonn, U.S. Trade with Soviet Zone, 12.6.1965.

⁸¹¹ Vgl. AAPD, 1965, Bd. I, Dok. 60: Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee, 8.2.1965.

⁸¹² Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 917, FT Ger E – Ger W: Director of Intelligence and Research, INR Thomas L. Hughes to Secretary of State, Significance of West Germany's Decision to Expand Trade With the Ulbricht Regime, 19.12.1968

der Überschrift „US-Hilfe für Pankow“ über den Bau einer Fabrik in der DDR mit amerikanischer Hilfe.⁸¹³ Was war passiert? Zwei amerikanische Unternehmen, die *Standard Oil Company* aus Ohio und die *Litwin Engineering Company* aus Kansas hatten mittels einer Tochtergesellschaft der *Litwin Engineering* in Paris mit DDR-Stellen Verhandlungen über die Lieferung eines *acrylonitrile plant* zur Verarbeitung von Textilien in die DDR aufgenommen. Als die Verhandlungen über das 19 Millionen USD Geschäft bekannt wurden, sorgte dies nicht nur in der bundesrepublikanischen Presse, sondern auch bei der Bundesregierung für Aufregung.

Die bundesrepublikanische Kritik erzeugte in Washington wiederum offenes Unverständnis. Das *State Department* wies die deutschen Kritiker nachdrücklich auf das im Vergleich zu anderen NATO-Staaten, besonders der Bundesrepublik, geringe Volumen des ostdeutsch-amerikanischen Handels hin und betonte, dass es sich um eine privatwirtschaftliche Transaktion mittleren Ausmaßes und nicht um eine Änderung der Politik handelte: *„stressed that our trade with East Germany is considerably below that of many other Nato countries.... Cited fact we do not extend credit to the East Germans, that we discourage attendance Leipzig Fair, and that we do not have any trade agreement with East Germany nor are there any resident East German trade representatives in the US.... Emphasizing that this purely private transaction having no policy significance whatsoever and did not represent any change in US policy toward GDR.”*⁸¹⁴ Washington wollte sich die Lizenzierungsbedingungen nicht von Bonn diktieren lassen: *„It is true, that we do not encourage U.S. firms to trade with East Germany since it would be contrary to our objectives to do so....At the same time, our policy has not been pursued so far as to forbid trade in non-strategic goods with East Germany...Under the circumstances, rejection of the license did not seem justified.”*⁸¹⁵ Die USA nahmen die Ausfuhr-Lizenz für Litwin nicht zurück und der Vertrag wurde im Januar 1965 unterzeichnet. Damit hatte Washington seine Souveränität verdeutlicht, was jedoch nicht bedeutete, dass Washington keine Sorge um das bundesdeutsch-amerikanische Verhältnis hatte. In der Folge des „Falls Litwin“ bemühte sich das *State Department* und besonders

⁸¹³ Vgl. Bild, 21.12.1964.

⁸¹⁴ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: State to Embassy Bonn, Synthetic Fiber Plant, 23.12.1964.

⁸¹⁵ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 1433, STR Ger E: Letter from Assistant Secretary of Congressional Relations, Douglas MacArthur II to Senator Vance Hartke, 24.3.1965.

die Botschaft in Bonn in den folgenden Jahren bei Lizenzfällen unter Wahrung der eigenen Interessen frühzeitig mit Bonn eine Einigung zu finden.⁸¹⁶ Es sollte nicht der Eindruck der DDR-Freundlichkeit entstehen: „*We have no desire to be forthcoming or cooperative with the East German Regime nor give the impression of a favorable attitude towards that regime in view of the well known troubles they cause us.*”⁸¹⁷ Zusammen mit der geringen Anzahl und den relativ kleinen Volumina der folgenden amerikanischen Lizenzfälle bewirkte das amerikanische Einlenken, dass es in der Folge zu keinen größeren Konflikten zwischen den Bündnispartnern kam. Gegenüber der Bundesrepublik wollten die USA und gegenüber der US-Regierung die US-Wirtschaft nicht als Motor einer internationalen Aufwertung der DDR auftreten.

Nach Analyse der Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den USA und der DDR zeigt sich, dass die amerikanische Wirtschaft bis 1970 nicht die ihr von Ost-Berlin zugeordnete Rolle einer mächtigen Lobby übernahm. Sie war vielmehr nur äußerst bedingt bereit, für begrenzte ökonomische Chancen politische Risiken einzugehen. In den Ausnahmefällen, wo US-Unternehmen, angetrieben durch die Aussicht auf ein konkretes Geschäft, versuchten, Druck auf die US-Administration auszuüben, scheiterten sie zumeist. Das Thema DDR war folglich bis 1970 wenig prominent in den Gremien der amerikanischen Wirtschaft vertreten. Im Gegensatz zur französischen Handelsabteilung in Deutschland unterzeichnete kein amerikanisches Wirtschaftsgremium eine Vereinbarung mit der Außenhandelskammer der DDR.⁸¹⁸ Etwas dem britischen *Board of Trade* oder dem CBI, die sich aktiv in höchsten Kreisen der britischen Politik für die Intensivierung

⁸¹⁶ Zu Beginn 1965 bewarb sich die Dorr-Oliver Company, Stamford, Connecticut über ihrer holländische Tochter Dorr-Oliver International, Amsterdam, um den Bau einer Fabrik zur Herstellung chemischen Düngers in Ostdeutschland in Bad Kastritz zu bauen. Die US-Behörden standen dem grundsätzlich positiv gegenüber, da keine besondere Technologie verwendet wurde, chemischer Dünger und Maschinen zur Herstellung desselben bereits im Interzonenhandel nach Ostdeutschland geliefert worden waren und das Geschäftsvolumen deutlich kleiner war als bei Litwin. Dennoch stellte das State Department sicher, dass gerade mit Blick auf Litwin Bonn in den Prozess miteinbezogen wurde. Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: Embassy Bonn to State, Technical Data Export to the GDR, 20.1.1965. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT 18 Ger E – Ger W: State to Embassy Bonn, Application for Export License Technical Data to GDR, 10.6.1965. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: Letter from Assistant Secretary for Economic Affairs, State Dept., to Assistant Secretary for Domestic and International Business, Dept. of Commerce, 23.6.1965.

⁸¹⁷ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: Letter from Assistant Secretary for Economic Affairs, State Dept., to Assistant Secretary for Domestic and International Business, Dept. of Commerce, 23.6.1965.

⁸¹⁸ Metzger, Chantal: Vierzig Jahre Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“. Analysen und Zeitzeugnisse. Tübingen 1999, S. 19-34, S. 26.

des Wirtschaftsaustausches mit dem Ziel der Herstellung politischer Beziehungen einsetzen, Vergleichbares war in Washington Ende der sechziger Jahre nicht in Sicht.⁸¹⁹ Dabei erschwerten neben der grundsätzlich negativeren Haltung der Amerikaner zur DDR auch mangelnde Devisenressourcen sowie fehlende Kenntnisse über Rolle und Gewicht der vielen unterschiedlichen Institutionen – *Chamber of Commerce of the U.S.A., U.S. Council of the International Chamber of Commerce, National Industrial Conference Board, National Foreign Trade Council* – die Aufgabe der ostdeutschen Verantwortlichen.⁸²⁰ Entsprechend konnte 1970 maximal vom Beginn des Abbaus politischer Hürden für den ostdeutsch-amerikanischen Handel gesprochen werden. Das vom SED-Regime mit der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen angestrebte politische Ziel, die internationale Aufwertung, befand sich daher zu Beginn der siebziger Jahre noch außer Reichweite.

3. Gesellschaftliche und kulturelle Kontakte im Dienst der Anerkennungspolitik

Neben politischen und wirtschaftlichen umfasst das Konzept der transnationalen Beziehungen Kontakte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen. Wie allgemein üblich fasst diese Arbeit solche Kontakte unter dem Oberbegriff der „Kulturbeziehungen“ zusammen.⁸²¹

Mittlerweile hat die Forschung die Kulturdiplomatie als wichtigen Bestandteil der Außenpolitik ausgemacht.⁸²² Bedenkt man den Umstand, dass im SED-Staat Kultur, Wissenschaft, ja selbst Kirche und Sport stets eine von der Führung verordnete politische Dimension hatten, so galt dies im besonderen Maße für internationale Repräsentanz. Angesichts der mangelnden diplomatischen Beziehungen der DDR zum Westen spielten die kulturellen Kontakte eine sehr bedeutende politische Rolle. Wissenschaftler, Publizisten, Künstler, Kirchenmänner und Sportler waren die Ersatzdiplomaten der DDR im Westen.⁸²³

⁸¹⁹ Vgl. Niedhart, in: Bauernkämper, 2002, S. 162-169. Niedhart benutzt den Begriff Lobbyismus zwar nicht explizit, die von ihm beschriebenen Aktivitäten des Board of Trade oder des CBI erfüllen jedoch alle Kriterien des Lobbyismus.

⁸²⁰ Vgl. Link, 1978, S. 105.

⁸²¹ Vgl. Gaida, 1989, S. 192-265.

⁸²² Zum Konzept der Kulturdiplomatie und ihren Ausformungen vgl. Paulmann, Johannes (Hrsg.): *Auswärtige Repräsentation, Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945*, Köln 2005.

⁸²³ Vgl. Scholtzseck, 2003, S. 75. Vgl. auch Große, 1999, S. 135-219.

Die Ausgangssituation für die ostdeutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen war dabei 1965 ähnlich schwierig wie im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Während zwischen der UdSSR und den USA seit dem Jahr 1958 regelmäßig im Zweijahresrhythmus Abkommen über die kulturell-wissenschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen wurden, konnte man in Ost-Berlin von solchen Zuständen lange Zeit nur träumen. Zwar unterhielt die DDR 1965 wissenschaftliche und kulturelle Auslandsbeziehungen zu 46 Ländern,⁸²⁴ die USA gehörten jedoch nicht dazu. Mehr noch: Die kulturellen Welten der USA und der DDR waren bis 1965 streng von einander getrennt. Somit war die deutsche Kultur in den USA ein Monopol der Bundesrepublik. Diese Tatsache trug mit dazu bei, dass man in den USA in den sechziger Jahren einen negativen Eindruck des ostdeutschen Kulturbetriebes hatte. John Dornberg schrieb z.B. in seinem durchaus nicht übermäßig kritischem Buch über die DDR: „Die kulturelle Atmosphäre der DDR wird vom politischen Dünkel beherrscht. Daran ändert auch die wirtschaftliche Prosperität nichts.“⁸²⁵

Trotz der schlechten Voraussetzungen machte sich die ostdeutsche Außenpolitik ab Mitte der sechziger Jahre im Sinne der Rekrutierung von „Freunden der DDR“⁸²⁶ aktiv daran, die kulturelle Kluft zu den USA zu verkleinern. Ähnlich dem politischen und dem wirtschaftlichen Bereich sollten auch unter Wissenschaftlern, Publizisten und Künstlern „geeignete“ Persönlichkeiten identifiziert werden, die, wie der „Tagesspiegel“ 1967 formulierte, als „Lobbyisten“ für das sozialistische Deutschland werben sollten.⁸²⁷ Diesen ausgewählten Amerikanern sollten die Leistungen der DDR sowohl bei Besuchen vor Ort als auch in Amerika näher gebracht werden. DDR-Reisen von US-Wissenschaftlern und Publizisten, wie Jean E. Smith⁸²⁸ gehörten ebenso zum Repertoire dieser Politik, wie die politische Information von Amerikanern im „Zentralen Hauses der deutsch-sowjetischen Freundschaft“ in Ost-Berlin⁸²⁹ oder Besuche und Vorträge ostdeutscher Wissenschaftler in den USA.⁸³⁰

⁸²⁴ Muth, 2000, S. 125.

⁸²⁵ Dornberg, 1969, S. 25.

⁸²⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁸²⁷ Tagesspiegel, 6.4.1967.

⁸²⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A/2/20/609: Aktenotiz für Willi Barth, Sektor Kirchenfragen beim ZK der SED, 26.3.1968.

⁸²⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Handschriftliche Anmerkung von Leni Berner an Paul Markowski zum Protokoll der Aussprache mit 34 amerikanischen Dozenten, 29.1.1968.

⁸³⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Auszüge aus einem Bericht des Genossen Prof. Dr. Weimann über eine Dienstreise in die USA, 3.1.1969.

Diese Personen sollten als *Opinion Leader* Respekt in Bevölkerung und als Eliten Einfluss in haben. Diese Maßnahmen waren der Versuch der DDR ähnlich ihrer eigenen Einschätzung der Ostpolitik der Bundesrepublik die „ideologische Diversion“ durch „systematische Kontaktpflege zur Intelligenz“ in den USA zu fördern.⁸³¹

a. Der Wissenschaftssektor

Die ersten wissenschaftlichen Kontakte zwischen Amerikanern und DDR-Bürgern sind von Hans Lindemann auf die, auf Einladung mehrerer US-Universitäten erfolgte Vortragsreise des Ost-Berliner Staatsrechtlers Herbert Kröger zum Thema „Außenpolitik der DDR“ im Jahr 1969 datiert worden.⁸³² Auch wenn Dr. Waldemar Damp, später der für Kulturpolitik zuständige Mitarbeiter der DDR-Botschaft in den USA, erst seit den späten sechziger Jahren an der Anbahnung akademischer Kontakte zwischen den USA und der DDR arbeitete, wird dieses Kapitel zeigen, dass der wissenschaftliche Austausch zwischen der DDR und den USA früher begann. Eine Studie von Jens Niederhut belegt, dass die wissenschaftliche Abschottung vor 1964 keineswegs so absolut war wie bisher angenommen.⁸³³ Die bestehenden Kontakte wurden jedoch nicht von offiziellen Institutionen beider Staaten gefördert, sondern hatten ihre Wurzeln in privaten Netzwerken, die zu einem großen Teil noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg stammten. Die mangelnde Förderung des wissenschaftlichen Austausches machte es DDR-Forschern generell schwer, Kontakte in den Westen zu pflegen, Verbindungen in die USA waren jedoch im Gegensatz z.B. zu ostdeutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen mit sehr großen Komplikationen verbunden. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Der wissenschaftliche Wettlauf, die Wissenschaftsspionage im Kalten Krieg und das ab August 1961 verschärfte Verhalten des ATO behinderte die Grenzenlosigkeit der akademischen Welt. Naturwissenschaftler und Ingenieure arbeiteten oftmals an geheimen, die nationale Sicherheit betreffenden Projekten. Aber nicht nur brisante Wissenschaft blieb unter Verschluss. Das COCOM ist ein Beispiel dafür, dass ein Technologietransfer zwischen den Blöcken generell nicht erwünscht war.

⁸³¹ Vgl. PolArch-AA, Bestand MfAA, G-A 447 Bd. 1/1: Einschätzung der gegenwärtigen westdeutschen Politik der sogenannten neuen Ostpolitik gegenüber den sozialistischen Staaten Europas vom 27.3.1968.

⁸³² Vgl. Lindemann, in: Jacobsen, 1980, S. 166.

⁸³³ Vgl. Niederhut, 2005.

Die Staats-, Geistes- und Sozialwissenschaften wurden weniger politisch als vielmehr ideologisch durch die diametral entgegenlaufenden Ansätze getrennt. Ideologische Richtlinien dienten zur Kanalisierung der Forschungsergebnisse in Richtung der Legitimierung des eigenen und der Diffamierung des anderen Systems. Neben diesen Behinderungen litt das ostdeutsch-amerikanische Wissenschaftsverhältnis lange Zeit unter der politischen Instrumentalisierung der USA-Wissenschaft durch das SED-Regime sowie unter dem Desinteresse der US-Wissenschaft für die DDR. Entlang der politischen Leitlinie der Nichtexistenz der DDR war das sozialistische Deutschland lange Zeit kein eigenständiger Untersuchungsgegenstand, sondern lediglich ein Aspekt des geteilten Deutschlands.

Die DDR war kein prestigeträchtiges Forschungsgebiet. Mit der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der DDR Mitte der sechziger Jahre erwachte jedoch das Interesse an der *Terra incognita* in Deutschland.⁸³⁴ Erste Schritte unternahm die *National Academy of Science* (NAS) der USA, bzw. deren außenpolitische Organe, das *Foreign Secretary* und das *Advisory Committee on International Organizations*, die bereits 1963 mit dem *Lobbying* gegen die Diskriminierung kommunistischer und besonders ostdeutscher Wissenschaftler begannen.⁸³⁵ Als Beispiel kann die Unterstützung des Einreiseantrags des DDR-Genetikers Hans Stubbe 1964 durch amerikanische Wissenschaftler dienen. Auch wenn dieser Unterstützung in diesem Fall kein Erfolg beschieden war, lieferte der Druck der amerikanischen Wissenschaftler auf das *State Department* einen signifikanten Beitrag zur Aufweichung der TTD-Bestimmungen im Bereich der Wissenschaft. So konnten DDR-Wissenschaftler ab 1964 zuweilen als Einzelpersonen zu Kongressen in die USA.⁸³⁶

Aber auch in die andere Richtung kam ab 1964 der Annäherungsprozess allmählich in Gang. So beantwortet das *State Department* ab 1964 Anfragen amerikanischer Wissenschaftler, die in die DDR zu einem Symposium oder einer Konferenz reisen

⁸³⁴ Vgl. Bachmann, in: Veen, 1989, S. 95. Vgl. weiterhin Lemke, Christian: DDR-Forschung in den USA, in: DDR-Report, 1/1985, S. 2. Ludz, Peter-Christian: DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, in: DA 2/1970, S. 216. Croan, in DA 2/1976, S. 166. Golz, Hans-Georg: Von East Germany zur GDR, DDR-Forschung in Großbritannien vor 1990, in: DA 1/2003, S. 12-25, S. 12.

⁸³⁵ Zu der folgenden Beschreibung der Bemühungen amerikanischer Wissenschaftsorgane um die Reisefreiheit ostdeutscher Wissenschaftler vgl. Niederhut, 2005, S. 159-164, S. 192-198, S. 219-243.

⁸³⁶ Vgl. Niederhut, 2005, S. 234-235.

wollten, mit dem Hinweis, dass Reisen amerikanischer Privatpersonen in die DDR keiner Beschränkung unterlagen, dass das *State Department* auch nicht davon abriet, sondern lediglich zu Bedenken gab, dass Amerikaner in der DDR keinerlei konsularische Unterstützung ihres Landes hätten.⁸³⁷ Das schrittweise Umdenken im Außenministerium spiegelt sich in einem 1966 im Zusammenhang mit einer Reiseanfrage für DDR-Wissenschaftler getätigten Kommentar des *State Department* wieder: „*There are some very good scientists in the Zone.*“⁸³⁸ Die USA wollten von diesen guten ostdeutschen Wissenschaftlern schlicht und einfach profitieren. Vor diesem Hintergrund analysierten die amerikanischen Verantwortlichen die ostdeutschen Wissenschaftler genauer und kamen zu Ergebnissen, die den Kontakt zu manchen Personen gar als geraten erscheinen ließ. So forderte die amerikanische Botschaft in Bonn eine nötige moralische Unterstützung des Leopoldina-Präsidenten Kurt Mothes, als sie feststellte: „*Professor Mothes is an articulate anti-communist, and is a thorn in the side of the East German party bosses. ... Here we should weigh the advantage of helping German scientists in the GDR to break out of their isolation and of strengthening their will to resist, against the disadvantage of increased prestige for the GDR.*“⁸³⁹ Solche Überlegungen und Handlungen waren jedoch nur erste Schritte. Das amerikanische Außenministerium befand sich 1964 in den Fragen der Wissenschaftsbeziehungen in einer Orientierungsphase und entschied daher von Fall zu Fall. Sets musste dabei das wissenschaftliche Interesse der Wissenschaft gegen die Politik der Nichtanerkennung und Nichtaufwertung abgewogen werden. Positive Fallentscheidungen durchlöcherten die Trennwand zwischen amerikanischen und ostdeutschen Wissenschaftlern. Diese Löcher dienten Ost-Berlin zur Werbung um DDR-Sympathisanten.

Beständige Kontakte gab es zwischen amerikanischen und ostdeutschen Geistes- und Sozialwissenschaftlern marxistischer Prägung, auch wenn die McCarthy-Ära die ohnehin spärliche Gruppe der Kommunisten oder Linksintellektuellen an den amerikanischen Universitäten zusätzlich ausgedünnt hatte. Selbst die

⁸³⁷ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 3104, SCI Ger E: State to Embassy Bonn, Participation by U.S. Scientists in Medical Symposium to be Held in East Germany, October 11-14, 1964, 1.4.1964.

⁸³⁸ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 3104, SCI Ger E: Embassy Bonn to State, Visit with Scientists from the Soviet Zone of Germany attending the Organic Sulfur Symposium, Groningen, Holland, May 8-12, 1966, 18.5.1966.

⁸³⁹ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 3104, SCI Ger E: Embassy Bonn to State., Moral Support for the “Leopoldina” Academy, 9.7.1964. Zu Mothes vgl. auch Niederhut, 2005, S. 48.

wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Kommunismus hatte abgenommen, so dass das 1964 in New York gegründete *American Institute for Marxist Studies* (AIMS) beinahe Neuland betrat. Der Direktor, Herbert Aptheker, Mitglied der CPUSA, gab an, er habe das Institut gegründet, um in den USA legal über Marxismus sprechen und forschen zu können. Aptheker glaubte, der Wunsch der Amerikaner, sich mit der marxistischen Ideologie zu beschäftigen, ohne selber Kommunist zu sein, wäre in den letzten zwei Jahren beständig gewachsen. Mit solchen Aussagen rückte er sein Institut absichtlich vom Image eines wissenschaftlichen Deckmantels der CPUSA ab. Damit gewann er auch in nichtkommunistischen Wissenschaftlerkreisen an Glaubwürdigkeit.⁸⁴⁰

Trotz des streng wissenschaftlichen Images etablierte das Institut enge Beziehungen zu den wissenschaftlichen und politischen Eliten der DDR. Dabei lag die Förderung einer Zusammenarbeit mit Aptheker der Abteilung IV des ZK der SED durchaus am Herzen, da das Institut sowohl zur Sammlung von Informationen über die Haltung breiter Kreise zur DDR und zu Westdeutschland als auch als Multiplikator für DDR-Propagandamaterialien aller Art dienen konnte. Als sozialistischer Wissenschaftler und Genosse bereiste Aptheker die DDR bereits im September 1964. Das AIMS war der Startschuss für weitere Initiativen, so dass im Folgenden auch andere US-Akademiker Kontakte zur DDR knüpften. Trotz der ideologischen Verwandtschaft der Protagonisten unterlagen diese wissenschaftlichen Kontakte der ständigen Kontrolle des MfS, das die politische Führung in ausführlichen Berichten über die Besuche und Vortragsreisen informierte.⁸⁴¹ Im Jahr 1968 besuchte das Mitglied des Politbüros der CPUSA, Philip S. Foner, Dozent an der *Lincoln University of Pennsylvania*, auf Einladung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin die DDR.⁸⁴²

Mit der wachsenden Erkenntnis, die Anerkennung könne nur näher kommen, wenn man sie nicht am linken Rand sondern im wissenschaftlichen Establishment

⁸⁴⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/604: Information über das Institut für marxistische Forschung durch den Leiter des Instituts, Genossen Herbert Aptheker, o.D., wahrscheinlich 1965.

⁸⁴¹ Vgl. hierzu z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/604: Notizen über den Aufenthalt des Genossen Aptheker in der DDR, o.D.. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/604: Information über einige Ausführungen des Genossen Aptheker zu den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, 22.9.1964.

⁸⁴² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Aktenvermerk über die Einreise von Prof. Dr. Philip S. Foner, USA, in die DDR, 15.5.1968.

popularisiere, rückten die Beziehungen zu dem Kommunismus „unverdächtigen“ Wissenschaftlern und Institutionen zunehmend in den Vordergrund. Es ist nicht überliefert, ob das MfAA konkret hoffte, ähnlich dem Beispiel des am *Collège de France* lehrenden Professors Jacques Nicolle⁸⁴³ über renommierte Wissenschaftler die Sondierung des politischen Establishments voranzutreiben, die USA-Strategie weist jedoch Parallelen hierzu auf. Ost-Berlin wollte Kontakte zu „fortschrittlichen“ Kräften in der amerikanischen Wissenschaft – da speziell eine höhere Akzeptanz der politischen Institution DDR erreicht werden sollte, standen Geistes- und Sozialwissenschaften wie Politologie, Geschichte und Philosophie im Fokus – herstellen und diese als Multiplikatoren in der DDR-Diskussion der amerikanischen Eliten nutzen. Personen, die zu diesen Kräften gezählt wurden, lud das MfAA daher verstärkt zu Studienreisen in die DDR ein. Die 5. AEA beurteilte die 1964 und 1966 unternommenen Reisen von Delegationen amerikanischer, nichtkommunistischer Pädagogen in die DDR als positiv, mahnte aber gleichzeitig an, dass solche Reisen sehr gut vom MfAA vorbereitet werden mussten, damit das richtige DDR-Bild entstehe.⁸⁴⁴ Ein freier wissenschaftlicher Austausch war bei diesen Besuchen von den für die USA politisch Verantwortlichen nämlich nicht gewünscht.⁸⁴⁵ Um diesen zu verhindern, wurden die Programme bis ins Detail zwischen MfAA und anderen Ministerien wie dem MfVB und Institutionen wie dem IIB abgestimmt. Neben Besichtigungen der Städte Leipzig, Dresden und Meissen stand oftmals eine Führung durch Ost-Berlin und in besonderen Fällen eine „Schutzwallbesichtigung“ auf dem Programm. Auffallend ist, dass die wissenschaftlichen Diskussionen und Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten durch die ideologische Umrahmung als unproblematisch galten, Besuche von Kindergärten, Schulen und Universitäten sowie Gespräche zwischen den amerikanischen Besuchern und den DDR-Bürgern vor Ort jedoch mit großer Akribie vorbereitet werden mussten.⁸⁴⁶

⁸⁴³ Vgl. Pfeil, Ulrich: Zentralisierung und Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR, Ein anderer Aspekt der Frankreichpolitik der DDR 1949-1973, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR, Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 620-642, S. 620f.

⁸⁴⁴ Zur Reise der Pädagogen vgl. DADDDR, XIII, 1965, S. 1046-1047: Chronik, 19.11.1965. Zur Kontrolle dieser Reisegruppe vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Bericht über den Aufenthalt einer Gruppe von 76 USA-Pädagogen in der Hauptstadt der DDR vom 24. bis 25.11.1964, 26.11.1964.

⁸⁴⁵ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Handschriftliche Anmerkung von Leni Berner an Paul Markowski zum Protokoll der Aussprache mit 34 amerikanischen Dozenten, 29.1.1968.

⁸⁴⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Programm für den Besuch der „Comparative Education Society International Seminars vom 10. bis zum 22.7.1968.

Neben den Bemühungen, Amerikaner im eigenen Land zu überzeugen, drängte die DDR darauf, in den USA tätig werden zu können. Das wachsende Interesse der US-Sozialwissenschaften für die DDR ermöglichte Ost-Berlin dabei erste Schritte. So distribuierte die DDR ihre „auslandsinformativischen Materialien“ an ideologisch unverdächtige Einrichtungen in den Vereinigten Staaten wie z.B. das *Department of Political Science* an der *University of Alabama*, das darum gebeten hatte.⁸⁴⁷ Auf dieser Basis aufbauend starteten die staatlich kontrollierten politikwissenschaftlichen Institute der DDR ab 1968 mehrere Initiativen, um möglichst viele und gute Kontakte zu ihren Pendanten in den Vereinigten Staaten zu knüpfen. Die Veröffentlichungen erster Arbeiten zur DDR in den USA durch Hochschullehrer wie Jean E. Smith, Arthur Hanhardt jr., John Dornberg, Marilyn Harper und M.E. Snell ließen diese Initiativen auf fruchtbaren Boden fallen.⁸⁴⁸ Es gelang, Vorträge ostdeutscher Wissenschaftler an unterschiedlichen Universitäten der USA zu organisieren. Bei diesen Vorträgen kamen die DDR-Repräsentanten nicht nur mit nichtkommunistischen Kollegen und Studenten zusammen, sondern handelten im Sinne des von der ostdeutschen Amerikapolitik vorgegebenen Auftrages: „Die Schaffung neuer Verbindungen und Kontakte mit dem Ziel, weitere Partnerkreise der Freunde der DDR zu bilden.“⁸⁴⁹

Die erste längere Amerikareise von DDR-Amerikanisten konnte nach einem langen ATO-Verfahren im Sommer 1966 durchgesetzt werden. Damit begann eine Ära regelmäßiger Studienreisen ausgewählter Reisekader der DDR-Wissenschaft in die USA.⁸⁵⁰ Bei der Auswahl der Reisekader stellten Partei und MfAA stets sicher, dass es sich um „geeignete“ Personen handelte. Für amerikareisende DDR-Wissenschaftler gab es einen Verhaltenskodex: Erstens: Sachkundiges, staatsbewusstes, unbestechliches Auftreten der DDR-Wissenschaftler in den USA. Zweitens: Offizielles und inoffizielles Eintreten der Wissenschaftler für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Drittens: Aufdecken von Widersprüchen

⁸⁴⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/604: Bitte des Department of Political Science an die SED um Informationsmaterialien zur Deutschlandpolitik, 19.8.1964.

⁸⁴⁸ Vgl. Smith, 1967. Hanhardt, 1968. Dornberg, 1968. Harper, Marilyn/ Snell, M.E.: Postwar Economic Growth in East Germany. A Comparison with West Germany, in: Economic Development in countries of Eastern Europe. A Compendium of Papers Submitted to the Subcommittee on Foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington 1970.

⁸⁴⁹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 513/74: Einschätzung des Standes und der Entwicklungstendenzen der USA-Außenpolitik, 1969.

⁸⁵⁰ Vgl. Brüning, Eberhard: Die Amerikanistik an der Universität Leipzig (1950-1990) – 40 Jahre Gratwanderungen eines ungeliebten Faches, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte, Berlin 1999, S. 67-85, S. 76.

des USA-Imperialismus und viertens Entdeckung und Gewinnung progressiver Forscher.⁸⁵¹ Da die ausgewählten Kader wussten, dass Verstöße gegen den Kodex einen Entzug der Reiseprivilegien nach sich zogen, gab es keine nennenswerten Fehlritte. Im Gegenteil bemühten sich Forscher wie Hans Kröger, Klaus Bollinger oder Robert Weimann, während ihrer Studienreisen beständig ihrem politischen Auftrag nachzukommen und „progressive“ Kräfte in der akademischen Elite zu identifizieren.

Die Berichte der Amerikareisenden zeugten dabei oftmals von Optimismus. So berichtete Weimann über ein Treffen mit „fortschrittlichen“ Kräften an amerikanischen Universitäten: „Bei allen nachhaltigen Vorurteilen oder doch zumindest Reserven gegenüber der DDR kann der ‚Vorhang der Verleumdung und Ignoranz‘ durchbrochen werden. Mit der Unterstützung älterer Genossen wie Prof. LeRoy und der aktiven Parteinahme jüngerer und echt progressiver Hochschullehrer und Wissenschaftler wie Folsom, Baxandall, Peck, Clecak u.a. ist es möglich, für das wissenschaftliche und kulturelle Ansehen der DDR offensiv zu wirken.“⁸⁵² Ähnlich wie Weimann sahen auch andere DDR-Wissenschaftler, die die USA in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre bereisten, gute Chancen, dass sich einzelne amerikanische Kollegen aktiv für die Anerkennung der DDR einsetzen würden.⁸⁵³ Durch die positiven Meldungen motiviert, forcierte die SED-Spitze die USA-Reisen ab 1969 zusätzlich.⁸⁵⁴ So reiste Klaus Bollinger, Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“ und Vertrauter Otto Winzers, 1970 sechs Wochen als Referent durch die USA und besuchte den Jahreskongress der wichtigen *American Political Science Association* (APSA).⁸⁵⁵ 1971 und 1972 folgten Amerikareisen des Lehrstuhlinhabers für Marxismus-Leninismus der TU Dresden, Erwin Herletzius, des Pädagogen Hans-Dieter Schaefer sowie des Mitarbeiters des IIB, Claus Montag. Dabei hatte der wissenschaftliche Austausch eine größere Dynamik erhalten. Claus Montag traf bei einem USA-Aufenthalt 1973 neben Wissenschaftlern des MIT und der *Harvard University*, mit Vertretern des *Council on Foreign Relations* der *Rockefeller Foundation* und dem DDR-Spezialisten der politischen Verwaltung der USA, Gerald

⁸⁵¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV/ A 2/20/609: Bemerkungen E. Herletzius' zur außenpolitischen Tätigkeit des MHF nach den USA, 27.11.1971.

⁸⁵² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Auszüge aus einem Bericht des Genossen Prof. Dr. Weimann über eine Dienstreise in die USA, 3.1.1969.

⁸⁵³ Vgl. Große, 1999, S. 164.

⁸⁵⁴ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

⁸⁵⁵ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 253.

R. Livingston, zusammen.⁸⁵⁶ Das Gespräch Montags mit Livingston war der bis dahin größte Erfolg der ostdeutschen Bemühungen um Kontakte zu politischem Personal der US-Außenpolitik.

In der wissenschaftlichen *Community* der USA nahm das Interesse an der DDR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich zu. So erschienen 1968 und 69 die ersten drei umfassenden nordamerikanischen Studien über die DDR.⁸⁵⁷ Zur gleichen Zeit erschienen erste Dissertationen zu spezielleren DDR-Themen wie Mallinckordts Arbeit zur Propaganda der DDR als Mittel der Außenpolitik oder Thomas A Baylis Analyse der technischen Intelligenz in der DDR.⁸⁵⁸ Mit der Publikation dieser Grundlagenforschung, war der Startschuss gegeben für ein steigendes wissenschaftliches Interesse an den unterschiedlichsten Aspekten der DDR. Dabei wurden zum ersten Mal die Erfolge und nicht die Fehlleistungen der Ostdeutschen in den Mittelpunkt gestellt, und John Dornberg schrieb: „Siebzehn Jahre lang waren die Ostdeutschen ein Faktor, den niemand so recht ernst nehmen wollte. Seit 1963, als ihre Wirtschaft schließlich zu funktionieren begann und sich damit auch ihre Haltung änderte, können sie nicht mehr ignoriert werden.“⁸⁵⁹

Mit dieser Erkenntnis wuchs das Interesse für die DDR. An der *University of Wisconsin* wurde 1973 mit der zuweilen neo-marxistischen *New German Critique* von amerikanischen Germanisten die erste Fachzeitschrift, die sich schwerpunktmäßig mit Themen der DDR beschäftigte, herausgebracht. Aber auch die dem Neomarxismus unverdächtige *American Political Science Association* wurde mit ihrer *Conference Group on German Politics* zu einem bedeutsames Koordinierungszentrum für die DDR-Forschung. Darüber hinaus nahm das Interesse an Spezialthemen stetig zu, so dass weitere Dissertation zur DDR, wie Dale Roy Hersprings Arbeit über das ostdeutsche Militär oder Henry Kirshs Analyse der

⁸⁵⁶ NA, RG 59, GRDS, CFPP, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Memorandum of Conversation between Herbert J. Spiro, Member, Planning & Coordination Staff and Dr. Claus Montag, Institute für Internationale Beziehungen, 11.6.1973.

⁸⁵⁷ Smith, 1967. Hanhardt, 1968. Dornberg, 1968. Mit diesen Büchern holte die amerikanische Wissenschaft eine Grundlagenforschung nach, die in Frankreich bereits Anfang der sechziger Jahre geleistet worden war. Vgl. Castellan, Georges: *La République Démocratique Allemande*, Paris 1961. Badia, Gilbert: *Histoire de l'Allemagne contemporaine, tome II*, Paris 1962. Badia, Gilbert/ Lefranc, Pierre: *Un pays méconnu. La République Démocratique Allemande*, Paris 1963.

⁸⁵⁸ Dasbach-Mallinckrodt, 1968. Baylis, Thomas A.: *Communist Elites and Industrial Society: Technical Intelligentsia in East German Politics*, Berkeley 1968.

⁸⁵⁹ Dornberg, 1969, S. 40.

ostdeutschen Beziehungen zur Sowjetunion, erschienen.⁸⁶⁰ Darüber hinaus fanden Konferenzen wie die Konferenz über das DDR-Schul- und Erziehungssystem der *American Association of Teachers of German* an der *Fairfield University Connecticut*, die *East German Conference* an der *Washington University* in St. Louis/Missouri, die mit über 200 Wissenschaftlern gut besucht war,⁸⁶¹ oder zwei Seminare zur DDR-Literatur der *Modern-Language-Association* (MLA)⁸⁶² statt. Publizistisch institutionalisiert wurde die DDR-Forschung jedoch erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem erstmals 1975 an der *George-Washington-University* herausgegebenen *GDR-Bulletin*.

All diese Entwicklungen dürfen den heutigen Betrachter jedoch nicht über eine Tatsache hinwegtäuschen. So bedeutend der Sprung der amerikanischen DDR-Forschung ab 1965 in Relation zu den Vorjahren auch war, so gering nahm sich die Gruppe der amerikanischen DDR-Forscher auch nach 1965 in Relation zu den West-Deutschland-Forschern in den Vereinigten Staaten aus. Entscheidender noch als diese Tatsache waren jedoch die mangelnden politischen Implikationen der ostdeutsch-amerikanischen Wissenschaftskontakte. Nach den ersten Lockerungen des Jahres 1964 konnte das MfAA lange Zeit keine weiteren Veränderungen in der amerikanischen Wissenschaftspolitik geschweige denn in der Frage der Anerkennung erkennen. Washington ließ über eine gemäßigte *laissez-faire* Politik hinaus keine Motivation erkennen, den wissenschaftlichen Austausch zu intensivieren, sondern achtete weiterhin penibel darauf, dass die wissenschaftlichen Kontakte keine Auswirkungen auf die politische Haltung der Vereinigten Staaten hatten. Erst 1972 befürwortete das *State Department* einen Wissenschaftleraustausch, wobei das treibende Argument, die verbesserte Information über die DDR war: „*As department indicated ..., we saw utility in a positive response to Doernberg's request, that an American scholar be made available to lecture at Institute of International Politics and Economics because we hoped it might become a useful point of contact and source of information on GDR in transitional period. For this*

⁸⁶⁰ Vgl. Herspring, Dale Roy: *East German Civil Military Relations: The Impact of Technology, 1949-1972*, Praeger 1973. Kirsh, Henry: *German Politics under Soviet Occupation*, Columbia University 1974.

⁸⁶¹ Vgl. Weßel, 1989, S. 64.

⁸⁶² Vgl. *GDR-Bulletin*, 4/1976.

reason we undertook to try to develop best possible speaker.”⁸⁶³ Über die Information hinaus hielt sich das Interesse der amerikanischen Politik an der DDR stark in Grenzen. So war das *State Department* noch 1973 davon überzeugt, dass man in der Frage der Wissenschaftskontakte der Devise „*the Department could offer no assistance but would raise no obstacles*“ folgen sollte.⁸⁶⁴

Ende der sechziger Jahre nahm das amerikanische, halbstaatliche International Research Exchange Board (IREX), eine von der Ford Foundation gegründete Koordinierungsstelle für Austauschabkommen, Verhandlungen über einen Wissenschaftleraustausch mit der DDR auf.⁸⁶⁵ Aus diesem Grunde besuchten John P.C. Matthews als Abgesandter der IREX und sodann Allen Kassof als Generaldirektor der IREX die Akademie der Wissenschaften der DDR und führten Gespräche mit der Abteilung USA/Kanada des MfAA. Sowohl die IREX-Vertreter als auch das *State Department* erkannten hinter dem ostdeutschen Austauschwunsch die Verquickung von Wissenschaftsaustausch mit der Anerkennungspolitik: „*Although it was made clear to East Germans that IREX nongovernmental organization and that agreement would not have any implications as regards recognition of GDR by US, they suggested inclusion of preambular language to indicate State Department’s blessing of agreement.... East Germans claimed some assurance would be needed regarding non-discrimination against GDR scholars in US.*”⁸⁶⁶ Zu solch einer Verquickung waren die USA jedoch 1972 noch nicht bereit, so dass ein solches Abkommen erst 1975, nach der diplomatischen Anerkennung zu Stande kam.⁸⁶⁷

Wie ist der Ausbau der wissenschaftlichen Kontakte im Hinblick auf die ganzheitlichen Beziehungen und vor dem Hintergrund der ostdeutschen Zielsetzungen zu bewerten? Dass die Penetration der USA durch DDR-Wissenschaftler wirklich dazu geeignet war, außerhalb des linken Spektrums neue Sympathisanten zu gewinnen, muss bezweifelt werden. Mag das Urteil

⁸⁶³ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 403, EDX Ger E US: State to USBER, Speaker for GDR Institute, 3.11.1972.

⁸⁶⁴ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 403, EDX Ger E US: Memorandum of Conversation between Barbara Burn, University of Massachusetts and Richard Straus, Culture West Europe, 16.1.1973.

⁸⁶⁵ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 254.

⁸⁶⁶ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 403, EDX Ger E US: USBER to Secretary of State, GDR-IREX Discussions, 7.9.1972.

⁸⁶⁷ Weßel, 1989, S. 46. Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 254.

bundesrepublikanischer Beobachter, auf Grund der hohen Dogmazität der DDR-Wissenschaftler sei es „geradezu vorteilhaft, möglichst viele solcher DDR-Vertreter zur Schau zu stellen“,⁸⁶⁸ zu negativ sein, so bleibt doch festzuhalten, dass das starre Festhalten an der Parteilinie sowie die mangelnde Kenntnis und das mangelnde Interesse für die USA außerhalb der Anerkennungsfrage die rationale wie emotionale Überzeugung von einflussreichen Wissenschaftlern außerhalb des linksextremen Spektrums scheitern ließ. Das erhöhte wissenschaftliche Interesse an der DDR war weniger auf die Arbeit des MfAA und anderer Stellen, als vielmehr auf Entwicklungen an den amerikanischen Hochschulen und die längerfristige Akzeptanz der Existenz der DDR zurückzuführen. Mag die Akzeptanz der Notwendigkeit und Vorteilhaftigkeit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR bis in liberale Gruppen des akademischen Establishments vorgedrungen sein, so wurde ihre Wirkmächtigkeit in Ost-Berlin sehr überschätzt. Zweifelsfrei bildete sich an den Universitäten keine Lobby für das Anerkennungsanliegen der DDR, die einen validen Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger ausüben konnte.⁸⁶⁹ Daher blieb die politische Position der USA ähnlich der der französischen Regierung, die minutiös darauf achtete, dass die sich bildenden wissenschaftlichen Kontakte nicht in die offizielle Anerkennung abglitten.

b. American Society for the Study of the German Democratic Republic

Die am 14. Februar 1966 erfolgte Gründung der *American Society for the Study of the German Democratic Republic* war das spektakulärste Ereignis der ostdeutschen USA-Politik der sechziger Jahre. Mit der von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Geschäftsleuten in New York aus der Taufe gehobenen Gesellschaft existierte eine erste Organisation auf amerikanischem Boden, die den Namen der ostdeutschen Republik im Titel führte. Die Tätigkeit der ASSGDR wurde bisher von Anita M. Mallinckrodt auf Grundlage der 1980 zugänglichen Quellen, vornehmlich des *GDR-Bulletin* und des *GDR-Society Newsletter*, erforscht.⁸⁷⁰ Konnte Mallinckrodt die Tätigkeiten der *Society* äußerst präzise darstellen, so ermöglicht die Öffnung der DDR-Archive eine weitergehende Analyse der Interdependenzen zwischen dem DDR-Staatsapparat und der ASSGDR.

⁸⁶⁸ Pol-Arch, AA, B31, 327: Politischer Besuch aus der DDR in den Vereinigten Staaten, 26.10.1970.

⁸⁶⁹ Vgl. Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

⁸⁷⁰ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 228-231.

Die Initiative zur Gründung der Gesellschaft ging von dem amerikanischen Journalisten Paul Wohl aus. Passend zum Titel waren die ersten Mitglieder der ASSGDR fast ausnehmend Intellektuelle wie z.B. der Wirtschaftsprofessor der Columbiauniversität, Philip Oke, oder der Generalsekretär des *Methodist Office of the US*, Carl Soule.⁸⁷¹ Passend zum persönlichen Hintergrund der Gründer, stand denn auch eine wissenschaftliche Analyse der DDR im Vordergrund der von der ASSGDR formulierten Ziele. Solch ein Ansatz konnte jedoch, und dessen waren sich die Initiatoren durchaus bewusst, nicht ohne politische Implikationen bleiben. So war das erste Ziel bereits problematisch, da sich die Gründer mit ihrer Auffassung, die Existenz der DDR könne faktisch nicht mehr bestritten werden, auf Konfrontationskurs zur offiziellen Politik der Vereinigten Staaten befanden. Auch wenn Oke, Soule und andere sich wirklich lediglich, losgelöst von der Sichtweise Bonns, ein eigenes Bild dieses Staates machen wollten, war das abgelegte Bekenntnis zur Existenz des sozialistischen Deutschlands bereits eine gezielte Provokation. Eine noch größere Provokation steckte jedoch in der von der ASSGDR geäußerten Meinung, in der DDR herrsche eine westlich-fortgeschrittene, zivilisierte Spielart des Kommunismus, die es zu fördern galt. In Kombination mit der Forderung, die DDR solle in ihrer Funktion als Bollwerk gegen eine neonazistische Auferstehung in der Bundesrepublik unterstützt werden stand eine solche Äußerung für eine vorher nicht gekannte, institutionalisierte DDR-Sympathie auf amerikanischem Boden.⁸⁷²

Der grundsätzlich DDR-freundliche Charakter der ASSGDR war nicht verwunderlich, da die Gründung der Gesellschaft vom MfAA begleitet wurde. Da sich die Gesellschaft die Akzeptanz des souveränen und unabhängigen Staates DDR zu Eigen gemacht hatte, setzten die verantwortlichen Stellen 1966 große Hoffnungen in diese Organisation.⁸⁷³ Für die Abteilung USA/Kanada war die Gründung der Gesellschaft ein „qualitativ neuer Schritt“⁸⁷⁴ in ihrer Arbeit. Dabei musste sich Ost-Berlin darauf beschränken, inoffizielle Kontakte über den ADN-Korrespondenten bei der UNO in New York zu den DDR-philien Gründern zu pflegen. Eine offizielle

⁸⁷¹ Vgl. ebd., S. 229.

⁸⁷² Vgl. zu allen Zielen: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Presseveröffentlichung, hrsg. von der Amerikanischen Gesellschaft zum Studium der DDR, 23.2.1968.

⁸⁷³ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 229.

⁸⁷⁴ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Anlage 1 zum Vermerk der Abteilung USA/Kanada an Außenminister Winzer, Auftrag betrifft die New Yorker Gesellschaft zum Studium der DDR, 11.4.1968.

Unterstützung war von der ASSGDR nicht gewollt, da einerseits einige Mitglieder nicht noch mehr Probleme mit dem FBI haben wollten⁸⁷⁵ und andere Mitglieder nichts von einem offenen Bündnis mit der DDR hielt, sondern lieber die dem „Studium“ gebührende Distanz zum „Forschungsobjekt“ halten wollten. Vergleichbare Bedenken waren vom MfAA bei der Gründung ähnlicher Gesellschaften in anderen Ländern geäußert worden.⁸⁷⁶ Die ASSGDR war folglich kein von Ost-Berlin gesteuertes Instrument. Die Ausführungen des Außenminister Winzer, man müsse mit einem gesunden Maß an Vorsicht Kontakt zu dieser Gesellschaft halten,⁸⁷⁷ machen deutlich, dass die Euphorie in Ost-Berlin dann auch recht schnell verflog. Manche Experten im MfAA befürchteten gar, dass das FBI die *Society* infiltriert habe.⁸⁷⁸ Für Ost-Berlin war die ASSGDR daher ein Instrument, dass nur durch subtile Führung Erfolge für die USA-Politik der DDR zeitigen konnte: „Die Breite, Tiefe und der Nutzen der Tätigkeit dieser Gesellschaft für die Hebung des Ansehens der DDR in den USA hängt wesentlich mit davon ab, wie wir es ... verstehen, ihr gegenüber politisch und taktisch klug zu operieren.“⁸⁷⁹ Taktisch klug operieren bedeutete in diesem Fall, durch die „Liga für Völkerfreundschaft“, der Nachfolgeorganisation der „Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland“, den direkten Kontakt zur ASSGDR zu halten, diese mit umfangreichen Informationsmaterialien zu versorgen und den Vertretern der Gesellschaft eine gesteigerte Aufmerksamkeit zu schenken.⁸⁸⁰ Auf diese Weise wollte das SED-Regime sicherstellen, dass die Maßnahmen der *Society* die eigene USA-Politik nicht konterkarierten.

Die ASSGDR suchte die Anerkennung der DDR mittels zweier Instrumente in die amerikanische Politik hineinzutragen. Zum einen sollten offene Briefe, Appelle und

⁸⁷⁵ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 228.

⁸⁷⁶ Vgl. z.B. Pfeil, Ulrich: Zentralisierung und Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR, Ein anderer Aspekt der Frankreichpolitik der DDR 1949-1973, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR, Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 620-642, S. 625.

⁸⁷⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Handschriftliche Bemerkungen zum Vermerk der Abteilung USA/Kanada an Außenminister Winzer, Auftrag betrifft die New Yorker Gesellschaft zum Studium der DDR, 11.4.1968.

⁸⁷⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vermerk der Abteilung USA/Kanada an Außenminister Winzer, Auftrag betrifft die New Yorker Gesellschaft zum Studium der DDR, 11.4.1968.

⁸⁷⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Anlage 1 zum Vermerk der Abteilung USA/Kanada an Außenminister Winzer, Auftrag betrifft die New Yorker Gesellschaft zum Studium der DDR, 11.4.1968.

⁸⁸⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vermerk der Abteilung USA/Kanada an Außenminister Winzer, Auftrag betrifft die New Yorker Gesellschaft zum Studium der DDR, 11.4.1968.

Medienbeiträge amerikanische Politiker auf die Notwendigkeit der Anerkennung der DDR hinweisen. Z.B. forderte der *Society*-Vorsitzende Carl Soule in einem Artikel anlässlich der Präsidentschaftswahlen von der nächsten Regierung, eine Beendigung der Abhängigkeit von „Tapei in ihrer Politik gegenüber der Volksrepublik China“ bzw. von „Bonn in ihrer Politik gegenüber Ostdeutschland“.⁸⁸¹ Zum anderen sollte das Thema DDR mittels Podiumsdiskussionen oder Vorträgen in die amerikanischen Öffentlichkeit getragen werden. Zur ersten Vortragsveranstaltung der Gesellschaft kamen laut Bericht des ADN-Korrespondenten in New York 130 bis 140 Menschen, die offen den leicht kritischen Vortrag von Jean E. Smith und die eher DDR-freundlichen Vorträge von Lynn Turgeon, Carl Soule und Paul Wohl diskutierten, wobei die „Provokateure“ deutlich in der Minderheit waren. Nach Ansicht des ADN-Korrespondenten zeigte die Veranstaltung, dass ein starkes Bedürfnis nach Information über die DDR vorhanden war, dass weitere Informationsaktivitäten in den USA eingeleitet werden sollten, und dass die Gesellschaft eine starke Führung brauchte, um Kontakte zu einflussreichen Kreisen in den USA herzustellen und zu halten.⁸⁸² Der Kontakt zu einflussreichen Kreisen in den USA war in den Augen Ost-Berlins der bestmögliche Dienst der Gesellschaft. Dabei setzte das MfAA darauf, dass kommunistisch nicht vorbelastete Amerikaner wie Paul Wohl oder Carl Soule besseren Zugang zu „progressiven“ Kreisen im politischen Establishment – wissenschaftlichen Beratern der Politik, Mitgliedern der demokratischen Partei und gemäßigten Liberalen – finden konnten, als linksextreme Kräfte.

Die Gesellschaft sollte ihren politischen Einfluss schrittweise mehren: „In der Gesellschaft gibt es Auseinandersetzungen darüber, ob die künftige Arbeit auf den kulturpolitischen Bereich beschränkt bleiben soll oder mehr direkte politische Aktivitäten zu entwickeln sind. ... Diese Entwicklung der Gesellschaft könnte – bei Unterstützung durch die Liga der Völkerfreundschaft – Ansatzpunkt für eine effektivere auslandsinformativische Arbeit mit dem Ziel der Organisation eines

⁸⁸¹ Vgl. z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Information zum Artikel von Dr. Carl Soule, Vorsitzender der „Amerikanischen Gesellschaft zum Studium der DDR“ in der Zeitschrift „The Christian Century“ vom 24.7.1968 unter der Überschrift „Ostdeutschland ist ein Staat“, 23.8.1968. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Appeal to the President and the Congress of the United States: Normalize U.S. Relations with the German Democratic Republic.

⁸⁸² SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Auszug aus dem Informationsbericht des ADN-Korrespondenten in New York vom 5.12.1967.

festen Kreises, der für die Anerkennung der DDR sowie ihre Aufnahme in die UNO eintritt, bieten.“⁸⁸³

Neben den Vorträgen amerikanischer „DDR-Experten“ sollte Vorträge von Referenten aus der DDR über Themen wie das Neue Ökonomische System (NÖS) oder die sozialistische Verfassung der DDR von 1968 zur Bildung eines Kreises von DDR-Sympathisanten beitragen. Wissenschaftler, die in die USA reisten, waren daher grundsätzlich dazu gehalten, die „amerikanische Gesellschaft zum Studium der DDR“ zu unterstützen wobei es den Referenten zum Teil gelang, mit Persönlichkeiten des Mittelbaus der politischen Szene der USA zusammen zu treffen. Der Wirtschaftswissenschaftler Joswig, der 1968 die USA und Kanada besuchte, traf z.B. während seiner Vortragsreise mit Fred Warner Neal einen außenpolitischen Vertreter der Demokratischen Partei Kaliforniens, mit George Gravy einen Berater des Federal Reserve Systems und mit Paul Hoffmann einen führenden Finanzpolitiker der linken Demokraten. Zur umfassenden Nutzung dieser Kontakte im Hinblick auf die USA-Politik der DDR wurden die beschriebenen Reisen immer eng mit dem MfAA und sogar mit dem ZK – die Reisen benötigten einen zustimmenden Beschluss des ZK – koordiniert.

Die ostdeutschen Referenten dienten aber nicht nur als Kontaktmänner und wissenschaftliche „Visitenkarten“ der DDR in der ASSGDR, sondern berichteten dem MfAA über Struktur und Personal der Gesellschaft.⁸⁸⁴ Dabei wurde die Gesellschaft durchaus kritisch gesehen. Ein Hinweis auf Divergenzen ist die durch die angeführten Berichte gestützte Kritik der Abteilung USA/Kanada an Aktivitäten und Personen der *Society*. So warf man Paul Wohl mangelnden Einsatz vor und beklagte, dass Vorträge schlecht vorbereitet waren bzw. ihren Propagandaerfolg für die DDR verfehlten.⁸⁸⁵ Mögliche Probleme, wie der auf die Mitglieder von unterschiedlichen Seiten ausgeübte Druck – Paul Wohl trat, nachdem ihm sein Arbeitgeber, der *Christian Science Monitor* ein Ultimatum gestellt hatte, im Februar 1968 vom Vorsitz der Gesellschaft zurück – ließen die Verantwortlichen in Ost-

⁸⁸³ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 513/74: Einschätzung des Standes und der Entwicklungstendenzen der USA-Außenpolitik, 1969.

⁸⁸⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Vermerk über ein Gespräch zwischen Genossen Seidel und dem Sekretär für internationale Beziehungen des ZK der KPUSA, Genossen Morris vom 30.11.1967, 6.12.1967.

⁸⁸⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ A 2/20/609: Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen dem ADN-UNO-Korrespondenten Meyer und den Genossen Geyer und Hillmann vom 2.7.1968, 9.7.1968.

Berlin außer Acht. Ab 1970 schätzte Ost-Berlin die Möglichkeiten der ASSGDR, Nukleus einer DDR-Lobby zu werden, zunehmend schlechter ein. Trotz einer 1972 von der ASSGDR organisierten Konferenz zur DDR, konstatierte das MfAA Anfang 1973: „Der Einfluss dieser Gesellschaft [P.M. ASSGDR] ist noch gering, sie ist vornehmlich im Raum New York aktiv.“⁸⁸⁶ Es ist nicht sicher, ob die Probleme, die die ASSGDR Ende 1974 hatte, als ein großer Teil der alten Führung abgewählt wurde und die Arbeit beinahe einschloß direkt mit einer wegbrechenden Unterstützung der Gesellschaft durch die DDR zusammenhängen oder hausgemacht waren. Sicher ist jedoch, dass sich ASSGDR und SED-Regime in den siebziger Jahren auseinander lebten. Wollte die *Society* auf keinen Fall von Kommunisten unterwandert werden, so wollten die Verantwortlichen des MfAA und der Liga für Völkerfreundschaft eine bessere Kontrolle über die Aktivitäten der ASSGDR. Dies galt besonders, nachdem die DDR nach der Anerkennung nicht mehr auf jede Hilfe amerikanischer Organisationen angewiesen war. In den Augen der Verantwortlichen in Ost-Berlin war daher das 1975 gegründete *U.S. Committee for Friendship with the GDR* durch die enge programmatische und faktische Bindung an die Liga der Völkerfreundschaft und die Durchsetzung mit amerikanischen Kommunisten ein sehr viel geeigneterer Partner der DDR in den Vereinigten Staaten.⁸⁸⁷ Die Unterstützung für die Studiengesellschaft wurde in der Folge reduziert, so dass diese schließlich in der Bedeutungslosigkeit verschwand.⁸⁸⁸

Die ASSGDR stand für eine generelle Tendenz amerikanischer Intellektueller, die antikommunistische Rhetorik vor dem Hintergrund der Entspannung zwischen den USA und der UdSSR abzuschwächen. Sie war ein skeptisch beäugtes, aber in den Augen des SED-Regimes unverzichtbares Mittel einer „Lobbybildung“ in den USA. Es lag Ost-Berlin dabei nicht am wissenschaftlichen Interesse der Gesellschaftsmitglieder oder einem mehr oder weniger kritischen amerikanischen Forum für DDR-Themen. Die Akzeptanz der Staatlichkeit der DDR und die Forderung nach Anerkennung eben dieser durch die amerikanische Politik waren die Hauptargumente für die Unterstützung der Gesellschaft. Die fehlende Kontrolle über die *Society* sowie der Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen – ohne

⁸⁸⁶ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Länderanalyse: Die Politik der Nixon-Administration gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, 1/1973.

⁸⁸⁷ Vgl. Mallinckrodt, 1980, S. 231, 238.

⁸⁸⁸ Vgl. Große, 1999, S. 209.

Devisen konnte die DDR keine Finanzhilfen stellen, so dass sich die Gesellschaft durch Beiträge und Spenden finanzierte,⁸⁸⁹ und in New York war lediglich der ADN-Korrespondent – ließ die ostdeutsche Unterstützung der ASSGDR stets auf der ideologischen Ebene bleiben. Die ASSGDR war entsprechend wenig erfolgreich. Von den politischen Eliten wurde sie kaum wahrgenommen – das *State Department* hielt sie für harmlos – , sie hatte in der Spitze gerade einmal 300 Mitglieder und spielte auch nur eine regionale Rolle.⁸⁹⁰ Lediglich die Bundesrepublik schenkte der *Society* und ihrem Tun Beachtung. Im Gegensatz zu vergleichbaren Organisationen in Frankreich (*Echanges Franco-Allemands, Association française pour les échanges culturelles avec l'Allemagne d'aujourd'hui*),⁸⁹¹ und Großbritannien (BRIDGE)⁸⁹² gelang es der ASSGDR nicht, durch ihre Veranstaltungen und Persönlichkeiten den ostdeutschen Staat in den USA zu popularisieren.⁸⁹³ Die vergleichbaren Organisationen arbeiteten intensiver und umfassender, hatten mehr Mitglieder und wurden durch die „Liga für Völkerfreundschaft“ enger betreut. Die ASSGDR war folglich keine herkömmliche „nationale Freundschaftsgesellschaft“ Sie teilte mit anderen Freundschaftsgesellschaften das Bedürfnis eines nichtkommunistischen Images, hatte aber einen weit weniger kommunistischen Kern und war dem direkten Zugriff durch Ost-Berlin viel stärker entzogen. Die ideologische Divergenz, der hohe Grad an Autonomie und der schwache politische Einfluss waren die Ursachen dafür, dass die ASSGDR nicht zu der erhofften Anerkennungslobby für die DDR wurde.

c. Journalismus und Literatur

„Die Zahl der über ein Land und seine Regierung veröffentlichten Bücher verrät, welches Interesse die öffentliche Meinung sowie Politiker und Wirtschaftskreise diesem Land entgegenbringen.“⁸⁹⁴ Ausgehend von dieser These kommt eine Analyse des Kenntnisgrades der DDR in den Vereinigten Staaten bis 1963 zu einem vernichtenden Urteil: Die öffentliche Meinung sowie Politiker und Wirtschaftskreise

⁸⁸⁹ Vgl. Hintergrundgespräch mit Rechtsanwalt Stanley Faulkner am 7.12.1983. Zitiert nach Gaida, 1989, S. 199.

⁸⁹⁰ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, Review of Events in the GDR December 23-29, 1967, 29.12.1967.

⁸⁹¹ Vgl. Pfeil, 2004, S. 290.

⁸⁹² Vgl. Hoff, 2003, S. 424.

⁸⁹³ Das Fehlen ausführlicher Berichte in den Akten des State Departments deckt sich mit der Aussage Robert Gerald Livingstons, die Bemühungen der ASSGDR blieben in Washington größtenteils unbemerkt und daher auch wirklos. Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, 17.9.2004.

⁸⁹⁴ Vgl. Badia, Gilbert: Fachliteratur über die DDR, Eine kommentierte Bibliographie, in: Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“. Analysen und Zeitzeugnisse. Tübingen 1999, S. 333-366, S. 333.

interessierten sich nicht für die DDR. Diesen Umstand bemühte sich das MfAA ab 1963 zu ändern.

Es reichte jedoch mit Blick auf das Lobbying der DDR für ihre Anerkennung nicht aus, allein Anzahl der Publikationen zu erhöhen. Vielmehr musste auch der Tenor dieser Publikationen positiver werden. So berichtete der bei der UNO akkreditierte ADN-Korrespondent, Kurt Oliver, im Mai 1964: „Was die USA selbst betrifft, sind die zunehmend kritischen Kommentare in amerikanischen Zeitungen wie auch die mit zahlreichen Unwahrheiten und alten Losungen verbrämten, doch mehr als früher realistischen Berichte über die DDR bekannt.“⁸⁹⁵ Diese „realistische“ Berichterstattung, gemeint waren positivere Artikel über das sozialistische Deutschland, wollte das MfAA fördern.⁸⁹⁶ Ost-Berlin hoffte die amerikanische Presse von der Realität der DDR und von der Notwendigkeit bilateraler Kontakte zwischen den Journalistenverbänden überzeugen zu können und diese Hoffnung schien sich zunächst zu erfüllen. Z.B. etablierte der „Verband der deutschen Journalisten“ 1965 inoffizielle Kontakte zu Korrespondenten des amerikanischen Nachrichtenmagazins *Time*.⁸⁹⁷ Standen für *Time* in den Gesprächen praktische Fragen des Journalismus wie die gegenseitige Unterstützung von Recherchen im jeweils anderen Land im Vordergrund, so war für die ostdeutsche Seite nicht die journalistische, sondern die politische Dimension von entscheidender Bedeutung. Die politischen Implikationen behinderten jedoch den Aufbau tragfähiger Kontakte zu amerikanischen Journalisten.

Das Beispiel des im Zusammenhang mit der ASSGDR bereits erwähnten Journalisten Paul Wohl zeigt diese Belastung deutlich. Wohl war in seiner Funktion als Korrespondent der amerikanischen Tageszeitung *The Christian Science Monitor* und durch seine Sympathie für die DDR von größerer Bedeutung für Ost-Berlin. Bereits 1963 konnte die Abteilung Internationale Verbindungen berichten: „Diese [P.M. Wohls] Artikel in einer großen amerikanischen bürgerlichen Zeitung, in denen der DDR große wirtschaftliche Erfolge und eine nicht zu unterschätzende politische Stabilität bescheinigt werden, sind ... von gewisser Bedeutung für die Hebung des

⁸⁹⁵ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts der ADN-Korrespondenten in New York, 3.5.1964.

⁸⁹⁶ Laufer, 1989, S. 200.

⁸⁹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Aktenvermerk des Sekretärs für Internationale Verbindungen des Verbandes Deutscher Journalisten, 14.9.1971.

internationalen Ansehens der DDR.“⁸⁹⁸ Trotz dieser Bewertung traute das MfAA Paul Wohl nur sehr bedingt. So stellte die 5. AEA fest, dass Wohls Artikel nicht frei von antikommunistischem Gedankengut waren, was sich an seiner Kritik an der Rede- und Bewegungsfreiheit der DDR-Bürger festmachen ließ.⁸⁹⁹ Diese Analyse hatte praktische Folgen. Bei seiner nächsten Reise durch die DDR ließ das SED-Regime Wohl überwachen und versuchte, ihn an unkontrollierten Kontakten zur Bevölkerung zu hindern. Das Wohl sich ein solches Verhalten nicht gefallen ließ, und wie ein Mitarbeiter der 5. AEA in seinem zehnteiligen Bericht über dessen DDR-Reise vermerkte, „unerlaubten“ Kontakt zu einer Kirchenperson hatte, stieß bei den DDR-Verantwortlichen auf Unverständnis.⁹⁰⁰ Daher hinterließ Wohls Artikel, trotz seines überwiegend positiven Tenors, einen so bitteren Nachgeschmack, dass Ost-Berlin seine Bemühungen, die Arbeit amerikanischer Journalisten in der DDR zu kontrollieren, in der Folge steigern wollte.⁹⁰¹ Solche Bemühungen mussten jedoch für US-Journalisten, die gewohnt waren, relativ frei arbeiten zu können, äußerst abschreckend wirken.

Es ist wenig überraschend, dass die Initiativen des MfAA weitgehend erfolglos blieben. Zwar zeigten die amerikanischen Presse-Organe in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verstärktes Interesse am Thema DDR, und ihre Berichterstattung fiel zuweilen weniger negativ auf, als das noch vor 1963 der Fall gewesen war,⁹⁰² zu konkreten Ergebnissen, etwa organisierten Journalistenaustauschen, kam es in dieser Zeit jedoch nicht mehr. Erst 1971 boten amerikanische Journalistenverbände an, eine erste offiziell vom *State Department* genehmigte Einladung einer DDR-Journalistengruppe durch ein Konsortium aus *Time-Life*, *New York Times* und UPI auszusprechen. Bis 1970 gelang es folglich den DDR-Organen nicht, tragfähige Beziehungen zu Journalisten und deren Verbänden in den USA zu knüpfen, geschweige denn eine Journalisten-Lobby für die Belange der DDR zu etablieren.

⁸⁹⁸ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Information über die Berichterstattung des amerikanischen Journalisten Paul Wohl in der amerikanischen Zeitung „The Christian Science Monitor“, 27.7.1963.

⁸⁹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Information über die Berichterstattung des amerikanischen Journalisten Paul Wohl in der amerikanischen Zeitung „The Christian Science Monitor“, 27.7.1963.

⁹⁰⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Bericht über die Betreuung des amerikanischen Journalisten Paul Wohl, 11.10.1963.

⁹⁰¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Bericht über die Betreuung des amerikanischen Journalisten Paul Wohl, 11.10.1963.

⁹⁰² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Aktenvermerk des Sekretärs für Internationale Verbindungen des Verbandes Deutscher Journalisten, 29.10.1971.

Auch wenn amerikanische Vertreter zuweilen versprachen, sich für die Lockerung der ATO-Richtlinien einzusetzen,⁹⁰³ blieb der Druck amerikanischer Medien auf die Politik in Sachen Anerkennung der DDR doch sehr überschaubar.

Neben amerikanischen Journalisten waren in den USA publizierende Autoren populärwissenschaftlicher Bücher über den Sozialismus im Allgemeinen und die DDR im Speziellen eine Zielgruppe des MfAA in ihren Bemühungen, der DDR einen möglichst positiven Platz in der publizistischen Landschaft der USA zu verschaffen. Oftmals wurde der Versuch unternommen, einzelne amerikanische Buchautoren zu Reisen in die DDR zu bewegen. Der publizistische Einfluss des Autors sollte nach einem solchen Besuch dazu genutzt werden, die öffentliche Meinung in den USA mit Hilfe einer Veröffentlichung von der positiven Entwicklung der DDR in Kenntnis zu setzen, sie in diese Richtung zu beeinflussen bzw. ein aus Sicht der SED „realistisches Bild der DDR“ zu zeichnen.⁹⁰⁴

Ein Beispiel ist der Besuch des amerikanischen Publizisten Charles R. Allen jr. in der DDR im Februar 1968. Dabei ist weniger die Tatsache, dass Allen die DDR besuchte, interessant, sondern vielmehr, nach welchen Kriterien der amerikanische Publizist ausgesucht worden war. Sein Engagement im „New Yorker Komitee gegen Nazismus und Antisemitismus“, im Friedensrat, im „Bürgerkomitee gegen den westdeutschen Militarismus“ und in der ASSGDR waren die grundlegenden Voraussetzungen für die Aufnahme intensiverer Kontakte zu Allen.⁹⁰⁵ Darüber hinaus werteten der Friedensrat und das MfAA die Veröffentlichungen Allens, *Heusinger of the Forth Reich*⁹⁰⁶ und *The German Hand on the Nuclear Trigger*⁹⁰⁷ als äußerst positiv, da sie sich deutlich gegen die Bundesrepublik wandten.⁹⁰⁸ Allens publizistische Rührigkeit, seine guten Kontakte z.B. zu Senator Robert Kennedy sowie sein thematischer Schwerpunkt ließen das MfAA in ihm ein Sprachrohr der ostdeutschen Interessen in den USA erkennen.⁹⁰⁹ Trotz dieser Haltung verdeutlichen die Dokumenten zum Besuch Allens in der DDR das Misstrauen des MfAA

⁹⁰³ Vgl. ebd.

⁹⁰⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz zum Aufenthalt von Charles R. Allen jr., New York, USA, in der DDR im Februar 1968, 12.1.1968.

⁹⁰⁵ Vgl. ebd.

⁹⁰⁶ Allen, Charles R. jr.: *Heusinger and the Fourth Reich*, New York, 1963.

⁹⁰⁷ Allen, Charles R. jr.: *German Hand on the Nuclear Trigger*, New York, 1966.

⁹⁰⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Notiz zum Aufenthalt von Charles R. Allen jr., New York, USA, in der DDR im Februar 1968, 12.1.1968.

⁹⁰⁹ Vgl. ebd.

gegenüber dem Amerikaner. So sorgte etwa die Nachricht, Allen würde während seines Aufenthaltes bei einer privaten Bekannten wohnen und nicht durch das Ministerium untergebracht werden, bereits für einiges Unverständnis im MfAA.⁹¹⁰ Um unliebsame Überraschungen zu vermeiden, wurden Allens Gastgeberin, die ostdeutschen Wissenschaftler und andere Privatpersonen, mit denen er sich während seines Aufenthaltes in der DDR traf, ähnlich dem Vorgehen bei den Journalisten genauestens untersucht.⁹¹¹

Neben Allen waren es vor allem Jean E. Smith und John Dornberg, die die DDR betreffende, wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Beiträge verfassten. Die Arbeiten Smiths, in denen er für eine Veränderung der US-Politik gegenüber der DDR warb, wurden gar vom amerikanischen Außenministerium wahrgenommen: *„During the past year Smith has written several articles and delivered a speech at the American Political Science Association convention calling attention to the political stability and economic strength of the GDR and asserting that US policies toward it have become anachronistic.”*⁹¹² Das *State Department* charakterisierte Smith als kenntnisreichen Fachmann, der zuweilen zu leichtgläubig gegenüber dem SED-Regime war: *„Smith is rather favorable inclined to the East German regime. He tends to make much of what is shown him at face value. The regime sponsorship of his trip suggests that it anticipates favorable coverage in Smith’s forthcoming works. His views may be more than passing interest to addressees, however, because of the systematic nature of his attention to East German problems.”*⁹¹³ Es hoffte, *„that his current systematic study tour has caused him to modify some of his previous view.”*⁹¹⁴ Trotz mancher Bedenken galt Smith in den USA als unvoreingenommen und bestätigte diese Charakterisierung durch DDR-kritische Vorträge z.B. bei der ASSGDR. Eben diese Unvoreingenommenheit, die Smith mit seiner Forderung nach einer Akzeptanz der Realitäten in den politischen Kreisen der USA mehr Gehör finden ließ als andere Autoren, ließ jedoch Ost-Berlin von einer wirklich intensiven Zusammenarbeit Abstand nehmen. Damit ist Smith ein gutes Beispiel dafür, wie sich

⁹¹⁰ Vgl. ebd.

⁹¹¹ Vgl. ebd.

⁹¹² NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, GDR Popular Attitudes – Views of an American Expert, 20.7.1967.

⁹¹³ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, GDR Popular Attitudes – Views of an American Expert, 20.7.1967.

⁹¹⁴ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, GDR Popular Attitudes – Views of an American Expert, 20.7.1967.

das SED-Regime zuweilen selbst im Weg stand. Anstatt dass Ost-Berlin ihn frei recherchieren ließ und damit ein unter Umständen in Teilen kritisches, insgesamt jedoch sicherlich im Sinne der internationalen Aufwertung positives und in den USA beachtetes Portrait des eigenen Landes erhielt, behinderte man Smiths Recherchen in der DDR, was dieser wiederum nach seiner Rückkehr in die USA kritisierte.⁹¹⁵ Auf diese Weise gelang es nicht, den „*American Expert*“⁹¹⁶ zum Sprachrohr der DDR in den USA zu machen.

Auf der Suche nach Publikationsmöglichkeiten suchte das MfAA neben geeigneten Autoren auch DDR-Themen gegenüber aufgeschlossene Verlage. Erste Erfolge erzielte man bei dieser Suche im linken Verlagsspektrum, so dass das MfAA die Widergeburt des marxistischen Verlags *International Publishers* aus New York zu Beginn der sechziger Jahre sehr begrüßte. Eine weitere geeignete Adresse für Ost-Berlin war der von der CPUSA genutzte Verlag *New Outlook Publishers*. Ab 1964 suchte das MfAA systematisch, zunächst mittels der CPUSA und später auch direkt, tragfähige Kontakte zu diesen Verlagen herzustellen. Um die durch den amerikanischen Zoll erschwerte Einfuhr von DDR-Literatur attraktiver zu machen, erhielten Verlage wie *New Outlook* und *International Publishers* DDR-Veröffentlichungen oftmals kostenlos.⁹¹⁷ Gelang es Ost-Berlin durch solche Maßnahmen durchaus DDR-Literatur in die USA zu bringen, so ließ der daraus resultierende Effekt jedoch zu wünschen übrig. Linke Verlage waren schlicht nicht dazu prädestiniert, große Auflagen zu erzielen bzw. das von der wissenschaftlichen und politischen *Community* der USA rezipierte Standardwerk zur DDR herauszugeben. Zu klein waren ihre finanziellen Mittel und zu deutlich ihre politische Färbung.

In diesem Zusammenhang ist auffällig, dass das SED-Regime, im Gegensatz zu anderen Bereichen, in der Frage der Verlage nicht über das linke Spektrum hinausgehende Anknüpfungspunkte suchte. Die Ursachen hierfür lassen sich nur schwer aus den Quellen ergründen, der Mangel an Quellenmaterial zu diesem Thema

⁹¹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A/2/20/609: Aktennotiz für Willi Barth, Sektor Kirchenfragen beim ZK der SED, 26.3.1968.

⁹¹⁶ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, GDR Popular Attitudes – Views of an American Expert, 20.7.1967.

⁹¹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: Aktennotiz über ein Gespräch mit dem Direktor des amerikanischen Verlages *New Outlook Publishers*, William Weinstone vom 7.8.1968, 9.8.1968.

lässt jedoch vermuten, dass dem Kontakt zu Verlagen eine untergeordnete Priorität zukam. Diese untergeordnete Priorität schlug sich auch in den Ergebnissen der Arbeit nieder. Nicht die SED-Publikationen und systemkonformen Autoren, sondern die regimekritischen Autoren aus der DDR erfreuten sich steigenden Interesses. Das *State Department* nahm diese Tatsache sowie die Unzufriedenheit einiger Literaturschaffender in der DDR wie Christa Wolf und Günther Kunert mit Genugtuung zur Kenntnis.⁹¹⁸ Gegen Amerikaaufenthalte solcher Schriftsteller hatten die US-Behörden folglich nichts einzuwenden, besonders da sie für das SED-Regime äußerst problematisch waren. Günther Kunert, der 1972 auf Einladung der *University of Texas*, für vier Monate als *Visiting Associate Professor* in Austin arbeitete, formulierte retrospektiv das Dilemma der für die USA zuständigen Kulturpolitiker in Ost-Berlin: „Die Einladung der *University of Texas at Austin*, in ihrem *German Department* als *Visiting Associate Professor* zu wirken, muss die Funktionärspyramide [P.M. der DDR] von unten nach oben erschüttert haben. Einerseits fühlt man sich, ohnehin um diplomatische Anerkennung bemüht, dadurch schon aufs internationale Parkett gebeten, andererseits jedoch ist der Eingeladene kaum der Kandidat den man sich wünscht. Warum ausgerechnet Kunert?“⁹¹⁹

Der relativ größere Erfolg systemkritischer Autoren in den USA war jedoch nicht das einzige Problem in den ostdeutsch-amerikanischen Literaturbeziehungen. Wie die Penetration der USA mit DDR-Publikationen, so barg auch die Öffnung des eigenen Landes westlicher Literatur gegenüber für das SED-Regime ein Risiko. Die politische Führung befürchtete, die eigene Gesellschaft einer „amerikanischen Unkultur“ auszusetzen, die die Erziehung zum sozialistischen Menschen konterkarierte. Seit Gründung der DDR hatte die SED daher systematisch den Einzug amerikanischer Literatur in die DDR unterbunden. In diesem Zusammenhang war auch das Erlernen der englischen Sprache in der Schule vom Regime erst ab 1959 für notwendig erachtet und gefördert worden.⁹²⁰ Folglich beschränkten sich die literarischen Bindungen der DDR zu Amerikanern bis Mitte der sechziger Jahre auf die aus den USA in die DDR umgesiedelten zumeist kommunistische Schriftsteller. Beispiele hierfür waren Stefan Heym, der 1952 aus Protest gegen den

⁹¹⁸ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 321, CUL Ger E: US-Mission Berlin to State Dept., *The Role of the Author in East Germany: The Case of Christa Wolf*, 9.6.1969.

⁹¹⁹ Kunert, Günther: *Erwachsenenspiele, Erinnerungen*, München 1997, S. 328.

⁹²⁰ Vgl. Golz, Hans-Georg: „You will need your English“, *Ein Fernsehsprachkurs in der DDR*, in: DA 4/2005, S. 642-650, S. 644.

McCarthyismus in die DDR übersiedelte und seine Auszeichnungen aus dem zweiten Weltkrieg in die USA zurücksandte, der Kommunist Victor Grossmann und Edith Anderson.⁹²¹ Solche Autoren eigneten sich sowohl als Aushängeschilder für das SED-Regime als auch als Ankläger gegen das amerikanische System. Das im „Hauptquartier des Monopolkapitalismus“ herrschende System der Ausbeutung war zu allen Zeiten das bestimmende Thema für über die USA schreibende DDR-Autoren. So behandelten Werke von Friedrich Wolf, Volker Braun, Maximilian Scheer und Liselotte Weltkopf-Henrich⁹²² die Ausmaße des Klassenkampfes in den USA am Beispiel des McCarthyismus, der Indianer, der Rassendiskriminierung der Schwarzen, des Arbeitskampfes und der Armut.⁹²³

Zeichneten diese Autoren durchgehend das vom SED-Regime propagierte Negativbild der amerikanischen Zustände nach, so verbesserten sich die literarischen Beziehungen zwischen DDR und USA mit dem Abschluss der heißen Phase des Kalten Krieges an anderer Front. Klagen über zu strenge Einfuhrbeschränkungen der DDR für westliche Literatur wie sie 1964 amerikanischen Quäker vorbrachten, sollten in der Folgezeit verstummen.⁹²⁴ Ab 1964 gab sich das SED-Regime in der Zulassung amerikanischer Literatur im eigenen Land konzilianter und importierte verstärkt amerikanische Belletristik, Romane, Lyrik und Dramen. So wurden von 1960 bis 1970 insgesamt 44 Neuauflagen amerikanischer Gegenwartsliteratur in Ost-Berlin herausgebracht.⁹²⁵ Neben „klassischen“ amerikanischen Autoren wie Ernest Hemmingway, William Faulkner, Scott. F. Fitzgerald, Jack London und Walt Whitmann galt das besondere Interesse des Aufbau Verlags und des Verlags Volk und Welt in den sechziger Jahren jedoch noch den proletarischen und afro-amerikanischen Schriftstellern und Autorinnen wie Jack Conroy, Thomas McGrath, Victor Jerome, Hugh Mulzac, Theodore Dreiser und Millard Lampell.⁹²⁶ Erst in den

⁹²¹ Vgl. Weßel, 1989, S. 53-55.

⁹²² Vgl. Wolf, Friedrich: *Kunst ist Waffe*, Leipzig 1969. Braun, Volker: *Der Fight des Jahrhunderts*, in: *Gedichte*, Leipzig 1972, S. 82-85. Scheer, Maximilian: *Liebste Angela, Erste unter Gleichen*, Hörspiel 1971, Weltkopf-Henrich, Liselotte: *Die Söhne der großen Bärin*, 12. Auflage, Berlin (Ost) 1966 (1. Auflage 1951).

⁹²³ Vgl. Weßel, 1989, S. 95-118. Zu den *Native Americans* Studien in der DDR vgl. van der Heyden, Ulrich: *Die Native American Studies und ihre Rezeption in der DDR*, in: Schnoor, 1999, S. 123-151.

⁹²⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Genosse Wünsche an die Genossen Winzer, Stibi, die Außereuropäische Abteilung und das ZK: Über ein Gespräch von Manfred Gerlach und Kurt Wünsche mit Dr. Warren vom 8.1.1964, vom 20.1.1964.

⁹²⁵ Vgl. Weßel, 1989, S. 53.

⁹²⁶ Zur Auswahl der Autoren durch den Volk und Welt Verlag sowie zur Entwicklung amerikanischer Literatur in diesem Verlag vgl. Giovanopoulos, Anna-Christina: *Kein schöner Land – Amerikanische*

siebziger Jahren begann die DDR Werke amerikanischer Gegenwartsauforen zu importieren. Der Kreise dieser – z.B. Truman Capote, Norman Mailer, Philip Roth und John Updike – war jedoch „entsprechend den Prinzipien unserer sozialistischen Kulturpolitik“ – vorwiegend auf „kritisch-realistische Werke bürgerlich-humanistischer Schriftsteller“ beschränkt.⁹²⁷ Im Bezug auf amerikanische Dramen schienen alle Tabus der Vorjahre gefallen zu sein. So standen ab Mitte der sechziger Jahre James Baldwin, William Gibson, Lillian Hellmann und Tennessee Williams auf den Spielplänen der ostdeutschen Theater.⁹²⁸ Mit der Zulassung solcher Literatur machte das SED-Regime, auch wenn es weit davon entfernt war seine Kontrollfunktion aufzugeben, einen gewaltigen Schritt. DDR-Bürger konnten nun ihr USA-Bild zumindest zu einem Teil abseits der Propaganda des Regimes bilden. Im Bewusstsein dieser Tatsache legte Ost-Berlin seine Furcht vor den Folgen amerikanischen Einflusses keineswegs ab. Das *State Department* glaubte 1967 gar, gerade in Fragen des kulturellen Austausches bei ostdeutschen Verantwortlichen wie Kurt Hager eine steigende Nervosität ausmachen zu können.⁹²⁹ Die Nervosität war verfrüht, da man die politischen Chancen eines kulturellen Austausches in den Vereinigten Staaten erst fünf Jahre später diskutierte. So forderte die US-Mission in Berlin im Januar 1972 mit Blick auf die DDR: „we [P.M. US] *should promote, through informal exchanges where appropriate, American cultural and informational activities in the GDR, including tours by performing artists or groups, lectures by university professors, visits by journalists, as well as private or government supported exhibits.*“⁹³⁰ Ende 1972 griff das Hauptquartier diesen Vorschlag auf: „*The GDR and USSR, already uneasy about western cultural penetration, will try to control traffic in ideas and people. However, even a modest exchange and information program, administered by a small but highly mobile USIS staff, could make some headway in presenting the US... Despite the restrictions under which we most certainly will be working, we believe we would have much to*

Literatur im Druckgenehmigungsverfahren, in: Barck, Simone/ Lokartis, Siegfried: Fenster der Welt, Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt, Berlin 2003, S. 179-187.

⁹²⁷ Vgl. Brüning, Eberhard: Das Menschen- und Weltbild im amerikanischen Roman der 70er Jahre, in: Wüstenhagen, Heinz: Antimperialistischer Kampf und Funktion der Literatur in den USA, Materialien der Arbeitsberatung der DDR-Amerikanistik, Potsdam 1979, S. 19-39, S. 19.

⁹²⁸ Vgl. Weßel, 1989, S. 53-55.

⁹²⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 361, EDX Com Bloc E: USBER to State., Cultural and Educational Exchange with Communist Countries, 20.11.1967.

⁹³⁰ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 25.1.1972.

gain from highly selective exchanges and information programs in the GDR.”⁹³¹ Bei dieser Analyse unterschätzte das *State Department* die *Uneasiness* der SED-Führung. So blockierte Ost-Berlin die Errichtung amerikanischer Kulturzentren noch nach der Anerkennung im September 1974.

Ab 1964 bemühte sich das SED-Regime verstärkt darum, Vertreter der amerikanischen Publizistik für eine Berichterstattung über die DDR zu gewinnen, in deren Mittelpunkt die Unbestreitbarkeit der Existenz des sozialistischen Deutschlands stehen sollte. Der theoretische Ansatz, das Klima erster Entspannung dazu zu nutzen, liberale *Opinion Leader* von den Vorteilen ostdeutscher Souveränität zu überzeugen, schien durchaus dazu geeignet, dem Ziel der Anerkennung näher zu kommen. Die praktische Umsetzung machte jegliche Erfolgchancen jedoch zunichte. Die Dominanz der ideologischen über die politischen Werte beschränkte *a priori* die in den Augen der SED geeignete Zielgruppe auf Personen, Organisationen und Gruppierungen des extrem linken Spektrums. Vertreter dieses Spektrums litten in den USA jedoch stets unter mangelnder Glaubwürdigkeit. Daher reichten die Publikationen, Auflagen und Berichterstattungen in den USA bei weitem nicht an die in Frankreich oder Großbritannien, wo dieses Glaubwürdigkeitsproblem nicht bestand, heran. Von Berichten wie dem des französischen Staatsfernsehen über den 16. Jahrestag der DDR-Gründung,⁹³² von französischsprachigen Zeitschriften mit den klangvollen Namen *DDR-Revue* oder *Echo d'Allemagne* und Auflagen von 18.000 Ausgaben (*DDR-Revue* 1962) oder 73.000 Ausgaben (*Echo* 1971)⁹³³ sowie von einem vom britischen Ex-Reuters Journalisten John Peet in Ost-Berlin für eine britische Leserschaft produzierten *Newsletter Democratic German Report*⁹³⁴ konnte die Abteilung USA/Kanada im MfAA daher nur träumen. Ähnliche Aufmerksamkeit hätte die DDR nur bekommen können, wenn sie ihre Partner nicht nur nach deren Sympathie für den Kommunismus, sondern auch nach ihrer Glaubwürdigkeit innerhalb der USA ausgewählt hätte. Neben fehlendem Verständnis für die Medienlandschaft der Vereinigten Staaten war folglich ein Mangel an Risikobereitschaft für den Misserfolg verantwortlich.

⁹³¹ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: GDR Recognition and Establishment of Diplomatic Relations – Effects on State/CU and USIS Programs, 4.12.1972.

⁹³² Vgl. Pfeil, 2004, S. 108.

⁹³³ Vgl. ebd., S. 307.

⁹³⁴ Zum DGR und John Peet vgl. Berger, Stefan/ Laporte, Norman: John Peet (1915-1988): An Englishman in the GDR, in: *History*, 2004/1, S. 49-69.

d. Kunst und Musik

Der im Zusammenhang mit Literatur bereits erwähnte in den fünfziger und frühen sechziger Jahren geführte Kampf der SED gegen die amerikanische „Unkultur“ kam besonders in den Bereichen Kunst und Musik zur Geltung. So verhinderten die kulturpolitischen Kader in dieser Zeit rigoros den Import amerikanischer „Beatmusik“ ab. Hinter der Aggression gegen die Beatmusik standen jedoch nicht nur künstlerische sondern auch politische Motive. Neben dem Hinweis auf den, im Vergleich zur deutschen Hochkultur minderwertigen künstlerischen Wert, begründete das Regime seine Offensive gegen diese Musik mit deren antikommunistischen, weil bürgerlichen Ausrichtung.⁹³⁵ In diesem Zusammenhang diffamierte das SED-Regime „Beatmusik“ bis zum Mauerbau gar als Form der „psychologischen Kriegsführung“.⁹³⁶ Begeistern konnte sich die DDR-Führung allenfalls für „kommunistische Musik“ wie die des schwarzen Sängers und Kommunisten Paul Robeson, den sie zu Jubiläen und Festen größeren Ausmaßes einlud.⁹³⁷

Ab Mitte der sechziger Jahre, als die Entwicklung in Westeuropa gezeigt hatte, wurde auch dem SED-Regime klar, dass es sich einer Popularisierung der US-Kultur nicht mehr vollends entziehen konnte. Der politische Fokus Ost-Berlins wanderte daher von der generellen Bekämpfung eines ostdeutsch-amerikanischen Kulturaustauschs zur selektiven Nutzung eines solchen Austauschs im Sinne der eigenen USA-politischen Interessen. Anstatt sich nur darauf zu konzentrieren, die „Penetration“ der eigenen Bürger mit US-Kultur zu verhindern, suchte Ost-Berlin nun Möglichkeiten, das DDR-Bild der US-Bürger mit Hilfe der eigenen auswärtigen Kulturpolitik zu verändern.⁹³⁸ Für diese Aufgabe schien die ostdeutsche „Hochkultur“ – klassische Konzerte, Oper und Theater – aus drei Gründen am besten geeignet. Erstens besaß die DDR relativ viele, qualitativ sehr gute, Ensembles, die das hohe Niveau des DDR-Kulturbetriebes beweisen konnten. Zweitens grenzte sich diese „Hochkultur“, nach Ansicht der Verantwortlichen in Ost-Berlin, sehr gut von

⁹³⁵ Vgl. Wüstenhagen, 1980, S. 158.

⁹³⁶ Vgl. Ross, 2004, S. 32.

⁹³⁷ Vgl. hierzu z.B. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Brief der Sächsischen Zeitung an das ZK der SED mit der Bitte um Unterstützung bei der Einladung des amerikanischen Sängers Paul Robeson vom 7.1.1963.

⁹³⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ JIV/ 2/3A/1813: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 19.11.1969.

der kapitalistischen „Unkultur“ ab und drittens zielte „Hochkultur“ auf die gesellschaftlichen Eliten ab. Die Hochkultur war somit bestens für die Ersatzdiplomatie geeignet: „Die Entsendung von Ensembles der DDR in das nichtsozialistische Ausland stellt einen wichtigen Bestandteil der kulturpolitischen Auslandsarbeit dar. ... Sie [P.M. die entsandten Ensembles] sind ein Bestandteil der ideologischen Offensive der DDR auf kulturellem Gebiet, vor allem im Kampf für die Zurückweisung der Alleinvertretungsanmaßung Westdeutschlands.“⁹³⁹ Dabei standen auch die Bemühungen der künstlerischen Ersatzdiplomaten im Zeichen der völkerrechtlichen Anerkennung: „Sie [P.M. die Entsendung des Ensembles der DDR] entspricht der Aufgabe, die Mittel von Kunst und Kultur im internationalen Maßstab zu allseitigen Stärkung der DDR zu nutzen, um damit weitere Voraussetzungen für ihre uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung zu schaffen.“⁹⁴⁰ Bedingt durch die Reisebeschränkungen des ATO konnte diese Strategie in den Vereinigten Staaten allerdings erst nach 1969 eingesetzt werden. So forderte das MfAA 1970: „Mit Hilfe eines repräsentativen USA-Partners ist eine Tournee des in den USA bekannten und daher auslandsinformativ wirkungsvollen Berliner Ensembles zu organisieren.“⁹⁴¹ Weitere zwei Jahre später gelangen die ersten großen Erfolge, als die international renommierte Brecht-Interpretin Gisela May und der Kammersänger Theo Adam in den Vereinigten Staaten gastierten. 1974 trat schließlich das Gewandhausorchester eine fünfwöchige Gastspielreise durch die USA an.⁹⁴²

Die aufgelisteten Erfolge weisen auch auf die Schwäche der DDR-Kulturpolitik gegenüber den USA hin. Dadurch dass Ost-Berlin sich auf Gastspielreisen in die Vereinigten Staaten beschränkte, kam ein engerer Kulturaustausch nicht zu Stande. Eine Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen und amerikanischen Künstlern in Co-Produktionen oder anderen Projekten fand nicht statt. Etwas wie die im April 1971 in Frankreich stattfindenden, ersten *Filmwoche der DDR*⁹⁴³ blieb daher für die Vereinigten Staaten undenkbar. Die Kunst diente lediglich als

⁹³⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ JIV/ 2/3A/1813: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Sekretariates des ZK der SED, 19.11.1969.

⁹⁴⁰ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/J IV2/3A/1813: Konzeption des Ministeriums für Kultur für die Verhandlungen der Künstleragentur der DDR zur Entsendung von DDR-Ensembles in das nichtsozialistische Ausland, 18.9.1969.

⁹⁴¹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁹⁴² Vgl. Weßel, 1989, S. 47.

⁹⁴³ Vgl. Pfeil, 2004, S. 327.

auslandsinformatives Mittel, um Zugang zu amerikanischen Eliten zu erhalten. Wie erfolgreich aber konnte eine so oberflächliche „Ersatzdiplomatie“ in der Erfüllung ihres Auftrags der Popularisierung der DDR in der kulturellen und künstlerischen Elite der USA sein? Die Antwort lautet: Nicht sonderlich. Bis Ende der sechziger Jahre wurde die DDR in der amerikanischen Kunst und Unterhaltung selten und wenn, dann eher negativ rezipiert.

Ein Beispiel für das gängige DDR-Bild in der amerikanischen Unterhaltung ist der 1965 unter der Regie Alfred Hitchcocks gedrehte Film *Torn Curtain*. Dieser 1966 in amerikanischen Kinos gelaufene Kassenerfolg verwendet die typischen Topoi der DDR als Diktatur und Mangelstaat. Der Film zeigt ein von einem zynischen und brutalen Sicherheitsapparat vollends durchherrschtes Land, in dem die Menschen beständig von Mangelwirtschaft bedroht sind und das eine große Zahl seiner Bürger ablehnt. Auch wenn das in *Torn Curtain* transportierte DDR-Bild nicht für alle Kunstarten, -formen und -werke gelten kann, so musste sich das SED-Regime in seinem Bemühen, DDR-Sympathisanten in der amerikanischen Künstlerszene zu finden, mit diesem Image auseinandersetzen. Erschwerend kam hinzu, dass sich das negative Image direkt aus dem SED-Regime ableitete, die positiven Aspekte der ostdeutschen Kultur jedoch nicht dem Regime zugeschrieben wurden. Die ob ihrer außergewöhnlichen Leistungen zumeist gefeierten Ensembles, Künstler und Musiker aus Leipzig, Dresden oder Ost-Berlin wurden in den USA als Deutsche, oftmals gar als Westdeutsche, nicht aber als DDR-Deutsche wahrgenommen.⁹⁴⁴

Erkannten Amerikaner in den Künstlern und Musikern DDR-Bürger, so beurteilten sie diese als entweder Angepasste oder Unterdrückte eines repressiven Kultursystems, welches versuchte, sich von westlichen Einflüssen freizuhalten.⁹⁴⁵ Die amerikanische Politik schenkte dem Thema Kultur in der Frage der Beziehungen zur DDR äußerst wenig Beachtung, geschweige denn, dass man ihm Priorität einräumte. Erst im Januar 1973, nach dem Höhepunkt der deutsch-deutschen

⁹⁴⁴ Hamilton, in: Friedrich, 1991, S. 266.

⁹⁴⁵ Vgl. z.B. NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 321, CUL Ger E: Memorandum of Conversation between Miss Carol Egan, American Choreographer at the Metropol Theater, East Berlin and M. Woesner, US-Mission Berlin, 6.3.1967.

Entspannung, sprach sich das *State Department* dafür aus, den nichtstaatlichen akademischen und kulturellen Austausch mit der DDR zu intensivieren.⁹⁴⁶

Eine Ursache für den mangelnden Erfolg der Popularisierung der DDR in den amerikanischen nichtkommunistischen Eliten aus Kunst und Kultur war die Scheu des SED-Regimes einen kulturellen Austausch auf der Basis der Reziprozität voranzutreiben. Dem Versuch Ost-Berlins, durch die Inszenierung der ostdeutschen Hochkultur in den USA Lobbyisten für die DDR zu gewinnen, stand auch nach 1965 noch eine unverhältnismäßig rigorose Abschottung des eigenen Staates gegen amerikanische Kultur gegenüber. Diese Instrumentalisierung von Kunst und Musik – Ost-Berlin war nicht an einem wirklichen kulturellen Austausch, sondern lediglich an propagandawirksamen Export von Kunst und Musik in die USA gelegen – erschwerte eine breitere Akzeptanz der DDR in der künstlerischen und kulturellen Elite der Vereinigten Staaten.

e. Kirchen und Religion

Am 14. September 1964 predigte der amerikanische Pfarrer und Bürgerrechtler Martin Luther King in der Sophienkirche in Ost-Berlin.⁹⁴⁷ Der Mann der Stunde der amerikanischen Innenpolitik hatte in der Zeit der strikten Nichtanerkennung in seiner Funktion als Pfarrer Kontakt in die DDR. Dies ist nur ein Beispiel für den speziellen transnationalen Charakter der internationalen Beziehungen zwischen Kirchen und Glaubensgemeinschaften beider Staaten. Michael Haspels Analyse des politischen Protestantismus als Faktor in der gesellschaftlichen Transformation der DDR und der USA verzichtet zu Gunsten des Vergleichs der innenpolitischen Rollen auf die Darstellung möglicher Berührungspunkte oder Kontakte zwischen den kirchlichen Institutionen beider Länder.⁹⁴⁸

⁹⁴⁶ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Annual Policy Assessment for GDR, 5.1.1973.

⁹⁴⁷ Vgl. Maser, Peter: Kirchen in der DDR, Bonn 2000, S. 82.

⁹⁴⁸ Vgl. Haspel, Michael: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation, Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA, Tübingen 1997.

Ein grundlegendes Problem der Erforschung der transnationalen Beziehungen der Kirchen ist ihre innenpolitische Verortung im systemkritischen Lager.⁹⁴⁹ Zwar hatte die DDR als sozialistischer Staat ein problematisches Verhältnis zur Kirche, die sich daher unterschiedlichsten Anfeindungen ausgesetzt war, die christlichen Glaubensgemeinschaften wurden aber nie derart systematisch verfolgt, wie das zeitweilig etwa in der Sowjetunion geschehen war.⁹⁵⁰ Vielmehr versuchte die SED-Elite, die Führungspositionen der Glaubensgemeinschaften mit loyalen Personen zu besetzen. Besonders intensiv waren diese Bemühungen mit Blick auf die Einbindung von Vertretern der evangelischen Kirchen in die Kampagne für die internationale Anerkennung der DDR.⁹⁵¹ Das SED-Regime hoffte, durch kirchliche Kontakte in die USA die Friedensbemühungen amerikanischer Kirchen zur Verbesserung des eigenen Images nutzen zu können. Daher galt es für Ost-Berlin bei den amerikanischen Vertretern von Glaubensgemeinschaften das Image des sozialistischen Deutschlands als intoleranter und repressiv-religionsfeindlicher Staat zu bekämpfen.

Methodisten und das American Friends Service Committee

Ost-Berlin hoffte stabile Kontakte zu den „fortschrittlichen“ Kreisen der Kirchen etablieren zu können. Die mit dem problematischen Begriff bezeichneten „Freikirchen“ waren, weil ihre Zentren oftmals in England und Amerika lagen, eine wichtige Zielgruppe dieser Politik.⁹⁵² Innerhalb der Freikirchen kristallisierten sich die Methodisten und noch stärker die Quäker als Ansprechpartner für die DDR heraus. Das Generalsekretariat des Gründungsmitglieds der ASSGDR, Carl Soule, beim *Methodist Office for US* ließ die Werbung von Lobbyisten in der Verwaltungsspitze dieser Religionsgemeinschaft vergleichsweise einfach erscheinen. Dieser Eindruck bestätigte sich. Methodisten setzten sich durchaus für die DDR ein. In einem Gespräch zwischen Friedrich Wunderlich, Bischof für die methodistischen Kirchen der Bundesrepublik, der DDR und West-Berlins, und dem *Director of*

⁹⁴⁹ Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichten und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Bundestages), Baden-Baden, Frankfurt am Main 1995, Bd. I, S. 498.

⁹⁵⁰ Zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR vgl. Schaefer, Bernd: Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln 1998. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, Der Weg in die Anpassung, München 1993. Heydemann, Günther (Hrsg.): Kirchen in der Diktatur, Göttingen 1993. Goeckel, F: Die evangelische Kirche in der DDR, Leipzig 1995.

⁹⁵¹ Vgl. Maser, 2000, S. 81.

⁹⁵² Vgl. Hartweg, Frédéric (Hrsg.): SED und Kirche, Eine Dokumentation ihrer Beziehungen, Bd. 1: 1946-1967, Neukirchen-Vluyn 1995, S. 167 ff..

German Affairs im *State Department*, Alfred Puhan, im November 1966 forderte Bischof Wunderlich wie Puhan berichtete eine Ausdehnung der *De-facto*-Anerkennung: „*The Bishop suggested that the Bonn leaders are too rigid and ‘stiff neck’ in their attitudes regarding the East. In his view the time had come to extend de facto, but not de jure recognition to the GDR.*“⁹⁵³ Personen wie Bischof Wunderlich waren für die DDR so wertvoll, da sie im *State Department* nicht im Verdacht standen, Kommunisten zu sein, oder das SED-Regime aktiv zu unterstützen. Allerdings war ihr tatsächlicher Einfluss begrenzt. So war die, nach einem Besuch in der DDR, von einigen Vertretern der Methodisten in der USA-Mission bei der UNO vorgebrachte Forderung nach der bedingungslosen Anerkennung des zweiten deutschen Staates für Ost-Berlin von hohem symbolischen, allerdings von geringem faktischen Wert.⁹⁵⁴

Dennoch hielt die DDR auch Kontakt zu den Methodisten, als ab 1964 die Gruppe der Quäker in den Fokus der ostdeutschen Bemühungen rückten. Mitte der sechziger Jahre gab es weltweit ungefähr 300.000 Quäker, wovon ein Großteil in den USA lebte. Das *American Friends Service Committee* (AFSC) war der Repräsentant der amerikanischen Quäker und unterhielt für den Vertreter der internationalen Angelegenheiten der Quäker in Deutschland ein Büro in West-Berlin, dass sich mit der Gestaltung der Beziehungen der Quäker sowohl zur Bundesrepublik, als auch zur DDR befasste. Über dieses Büro gelang es den USA-Verantwortlichen der DDR einen der wenigen längerfristigen Kontakte zwischen DDR-Staats- und Parteistellen und amerikanischen Organisationen zu etablieren. Die große Bedeutung, die man in der ostdeutschen USA-Politik dem AFSC beimaß, lässt sich z.B. am Empfang der Delegation durch Walter Ulbricht festmachen.⁹⁵⁵ Was prädestinierte das AFSC für solch eine sorgfältige Behandlung? Die Antwort lag in den deutschlandpolitischen Zielen des AFSC:

- „1. Den guten Willen der amerikanischen Quäker gegenüber den Deutschen in Ost und West zum Ausdruck zu bringen.

⁹⁵³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 3219, SOC Ger E: Memorandum of Conversation between Alfred Puhan and Bishop Dr. Friedrich Wunderlich, Bishop for Methodist Churches in FRG, GDR and Berlin, 17.11.1966.

⁹⁵⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A/2/20/609: Kurzinformation über den Besuch einer Methodistengruppe in der DDR, der CSSR und der SU vom 28.7. bis 20.8.1969, 20.10.1969.

⁹⁵⁵ Vgl. DADDDR, XI, 196 S. 617: Chronik, 13.-20.9.1963.

2. Das Verständnis der amerikanischen Quäker für die Lage in Deutschland zu erhöhen.
3. Diskussion der gemeinsamen Interessen und Standpunkte, wie auch der Punkte, über die eventuell keine Übereinstimmung besteht, mit einer breiten Auswahl von Personen, Funktionären und anderen.
4. Förderung der mäßigenden und versöhnenden Elemente sowohl in der Bundesrepublik als auch in der Deutschen Demokratischen Republik.
5. Förderung der Friedensarbeit der Deutschen Jahresversammlung der Quäker sowohl im Osten als auch im Westen.
6. Unterstützung der Tätigkeit des Vertreters für internationale Angelegenheiten der Quäker in Deutschland.
7. Informierung der amerikanischen Öffentlichkeit über die Beobachtungen der Mission durch Veröffentlichung eines nachfolgenden Berichtes durch Reden und Konsultationen.⁹⁵⁶

Diese Ziele ließen den Generalsekretär des Deutschen Friedensrates (DFR), Heinz Willmann, hoffen, das *Committee* könne zum Anwalt der Sache der DDR in den USA werden.⁹⁵⁷ Die Abteilung Internationale Verbindungen teilte diese Meinung. Für sie hatte das AFSC gegenüber anderen amerikanischen Friedensorganisationen den Vorteil, dass es eine gewisse Zusammenarbeit mit Friedens- und anderen gesellschaftlichen Organisationen in den sozialistischen Ländern befürwortete.⁹⁵⁸

Der Kontakt zum AFSC ließ sich gut an. So gelang es Willmann bereits 1963, eine repräsentative Quäkerdelegation in die DDR einzuladen.⁹⁵⁹ Diese Delegation zeigte sich, laut Aussage des sowjetischen Botschaftsrates Shiljakow, von der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in den letzten vier Jahren und von der gewachsenen Aufgeschlossenheit der Menschen Fremden gegenüber positiv überrascht. Sie äußerte sich anerkennend über die moralische Haltung der DDR-Bürger und stellte fest, dass in der DDR von einer Einschränkung von Persönlichkeitsrechten, wie man es Ihnen im Westen immer gesagt habe, nicht die Rede sein könne. Weiterhin bekundete sie ihre Zustimmung zur Grenzziehung in

⁹⁵⁶ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/160: Heinz Willmann, Generalsekretär des Deutschen Friedensrates an das ZK, Anhang vom 7.8.1963.

⁹⁵⁷ Vgl. ebd.

⁹⁵⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Einige Anhaltspunkte für den Besuch einer Quäkerdelegation in beiden deutschen Staaten, o.D..

⁹⁵⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/160: Heinz Willmann, Generalsekretär des Deutschen Friedensrates an das ZK vom 7. 8.1963.

Berlin. Die Delegierten der Quäker brachten zum Ausdruck, dass sie ihrerseits Delegationen aus der DDR in die USA einladen wollen.⁹⁶⁰ Solche Berichte ließen das MfAA eine positive Grundhaltung des AFSC zur DDR annehmen.

Neben der positiven Grundhaltung des AFSC war der politische Einfluss der Quäker in den USA für Ost-Berlin ein positives Alleinstellungsmerkmal unter den kirchlichen Organisationen der Vereinigten Staaten: „Das AFSC, eine religiös bestimmte, pazifistische, offiziell apolitische, tatsächlich jedoch in weltweite politische Aktionen verstrickte amerikanische Vereinigung mit unbedeutenderen Partnerorganisationen in einer Reihe von Ländern. Es besitzt erheblichen Einfluss auf maßgebliche Kreise der Öffentlichkeit in den USA, darunter auf zahlreiche Mitglieder des Kongresses und der Regierung angehörende bzw. nahe stehende Personen. Seine Anhängerschaft reicht von linksliberalen Progressivsten und Teilnehmern an der Bürgerrechtsbewegung bis zu solch erklärten Reaktionären wie FBI-Chef Edgar Hoover und Ex-Vizepräsident Richard Nixon. Wiederholt haben in der Vergangenheit Beauftragte des AFSC dort Verbindungen geknüpft und unterhalten bzw. Sondierungsaufträge ausgeführt, wo politische Rücksichten oder Widerstände die USA-Regierung zwangen, von einem offiziellen Tätigwerden abzusehen.“⁹⁶¹

War die Hoffnung, das AFSC nähme im Auftrag der US-Regierung Kontakt mit Ost-Berlin auf, auch gering, so kristallisierte sich die Quäkervereinigung, trotz der grundlegenden Skepsis des SED-Regimes gegenüber kirchlichen Vereinigungen, zunehmend als geeigneter Ansprechpartner heraus. Eine praktische Ursache dieser Entwicklung war die Tatsache, dass der AFSC ein Büro in West-Berlin unterhielt, von wo aus der Vertreter für Internationale Quäkerangelegenheiten die Quäker in beiden deutschen Staaten betreute. In seiner Funktion als Repräsentant des AFSC auf deutschem Boden war die Person des Vertreters von großer Wichtigkeit und eben diese Vertreter wiesen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein gesteigertes Maß an DDR-Sympathie auf. So konnte der Stellvertreter des Staatsrates der DDR, Manfred Gerlach, nach einem Gespräch mit dem amtierenden Vertreter des AFSC, Roland L. Warren, im Januar 1964 positiv berichten, dass dieser seinen Einfluss im

⁹⁶⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Sowjetischer Botschaftsrat in Ostberlin Shiljakow, Auszug aus Vertraulicher Dienstsache Nr. 368/63 vom 30.9.1963.

⁹⁶¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über das AFSC, 21.4.1966.

Sinne einer amerikanischen Akzeptanz der deutschen Teilung als unliebsame aber unverrückbare Realität gelten machen wollte.⁹⁶² Nicht nur die DDR-Vertreter, sondern auch das bundesrepublikanische Außenministerium verfolgte diese Entwicklung und machte Warren für die zunehmend DDR-freundliche Haltung des AFSC verantwortlich.⁹⁶³

Trotz seiner Sympathie für die DDR, stand Warren der DDR jedoch keineswegs unkritisch gegenüber. Im April 1964 wies er z.B. nachdrücklich darauf hin, dass die DDR, so legitim ihre Forderungen oftmals seien, im Interesse der „menschlichen Begegnung“ in Besuchs- und Postfragen dem Westen entgegen kommen musste.⁹⁶⁴ Mit der Ablösung Warrens durch Robert E. Reumann im Jahr 1964 verstummte solche Kritik jedoch zunehmend. Reumann versuchte nämlich nicht nur die bestehenden Kontakte zwischen AFSC und Institutionen der DDR wie FDJ, Deutscher Friedensrat und MfAA auszubauen, um so die humanitären Beziehungen zwischen der DDR und den USA noch erfolgreicher fortzusetzen, sondern wurde durchaus im Sinne der DDR öffentlichkeitswirksam aktiv.⁹⁶⁵ So verurteilte Reumann im Rahmen einer AFSC-Veranstaltung explizit die Vorgehensweise des ATO und forderte offiziellen Kontakt zwischen ostdeutschen und amerikanischen Organisationen.⁹⁶⁶ Im vertraulichen Austausch mit dem MfAA bestätigte Reumann seine positive Haltung gegenüber der DDR z.B. durch die wohl negativste, nicht-kommunistische amerikanische Einschätzung der bundesdeutschen Ostpolitik vor Ende 1966. In dieser Arbeit kennzeichnete Reumann die Ostpolitik der Bundesrepublik als eine bedeutende, wenn nicht sogar die zentrale Bedrohung des Weltfriedens. Reumann spielte diese Einschätzung dem MfAA zu, das sich in seinem positiven Urteil über Reumann bestätigt sah.⁹⁶⁷

⁹⁶² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Genosse Wünsche an die Genossen Winzer, Stibi, die Außereuropäische Abteilung und das ZK: Über ein Gespräch von Manfred Gerlach und Kurt Wünsche mit Dr. Warren vom 8.1.1964, 20.1.1964.

⁹⁶³ Vgl. Pol-Arch AA, B32, 253: Aufzeichnung des Generalkonsuls in New York, 2/1967.

⁹⁶⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Information über ein Gespräch zwischen Manfred Gerlach, Kurt Wünsche und Herrn Warren vom 8.4.1964, 24.4.1964.

⁹⁶⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Genosse Steiniger an die Genossen Stibi und Birch, Aktenvermerk über eine Unterredung mit Herrn Dr. Müller – LDPD-Parteivorstand vom 29.12.1965, 3.1.1966.

⁹⁶⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Aktenvermerk über eine Aussprache zwischen Vertretern des AFSC (Quäker) und Mitarbeitern des MfAA vom 16.9.1964, 19.9.1964.

⁹⁶⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Übersetzung einer nicht zur Veröffentlichung bestimmten Arbeit von Robert E. Reumann (AFSC) über die Hallsteindoktrin, 21.4.1966.

Ebendas Verhalten Reumanns, das Ost-Berlin positiv stimmte, ließ die US-Mission in West-Berlin auf Distanz zum Vertreter für Internationale Quäkerangelegenheiten gehen: *„Our ‘Mutual Friend’, Robert Reumann, has also visited the Mission several times over the past few months to discuss the possibility of holding Quaker-sponsored peace discussions with the GDR Peace Committee in the U.S.. I suspect our enthusiasm in listing obstacles to the project may have been what prompted him to seek encouragement in Bonn.”*⁹⁶⁸

Reumanns DDR-Sympathie war jedoch nur ein Zwischenschritt auf dem Weg der AFSC-Vertreter in Berlin. Nachdem der Posten des ständigen Vertreters nach dem Weggang Reumanns 1966 zwei Jahre vakant geblieben war, nahm mit William F. Beittel 1968 ein Mann die Stelle ein, dessen Einsatz für die DDR den seiner Vorgänger in den Schatten stellte. Deutlich wurde das bereits in seiner Ankündigung, mehr als „50% der von ihm vorgesehenen Zeit für Kontaktpflege in der Hauptstadt der DDR“⁹⁶⁹ zu verbringen. Obwohl solch ein Vorgehen in einem krassen Missverhältnis zur Anzahl der in Ost-Berlin beheimateten Quäker stand, hielt sich Beittel in der Folge häufig in Ost-Berlin auf und übernahm einige Ansichten des SED-Regimes. Hatten z.B. seine Vorgänger bei aller Kritik an der harten Haltung Bonns immer auch Ost-Berlin zur Demokratisierung und Liberalisierung aufgefordert, so hielt sich Beittel mit solchen Appellen zurück. Vielmehr zeigte er selbst gegenüber dem militärischen Eingreifen der DDR in der CSSR 1968 eine durchaus verständige Haltung.⁹⁷⁰

Traf Beittel damit sicherlich den „Geschmack“ des SED-Regimes, so biederte er sich mit seinen Äußerungen zur Anerkennung der DDR durch Washington geradezu an. So äußerte er gegenüber dem 5. AEA, dass weite Teile der amerikanischen Regierung erkannt hätten, dass die DDR anerkannt werden musste und Druck in dieser Richtung auf Bonn ausüben wollten.⁹⁷¹ Auch wenn nicht rekonstruiert werden kann, ob sich Beittel mit dieser krassen Fehlinformation einen guten Einstieg in die Beziehungen zu den Vertretern des SED-Regimes erhoffte oder lediglich

⁹⁶⁸ NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 2: Letter from Francis J. Meehan, USBER to Robert D. Davis, Embassy Bonn, 29.3.1965.

⁹⁶⁹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Bill Beittel (AFSC) vom 16.1.1969, 24.1.1969.

⁹⁷⁰ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Information zum Amtsantritt des ständigen Vertreters der amerikanischen Quäker in Westberlin, 10.1.1969.

⁹⁷¹ Vgl. ebd.

missinformiert war, zeigte diese Äußerung, dass sich das *Committee* durch die zunehmende Kontaktfreude der Quäkervertreter ab 1964 zu einem *Think-Tank*, der Überlegungen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und den USA anstellte, entwickelt hatte. So arbeitete das AFSC ab 1964 an einem im Rahmen der jährlich vom AFSC abgehaltenen Diplomatenkonferenz der Quäker stattfindenden Treffen zwischen verständigungsbereiten westdeutschen, ostdeutschen und amerikanischen Intellektuellen.⁹⁷² Außerdem versuchte das *Committee* den ostdeutsch-amerikanischen Austausch durch DDR-Reisen amerikanischer Quäker und den eigenen Einsatz beim *State Department* für eine mögliche Lockerung der Einreisebestimmungen für DDR-Bürger zu intensivieren.⁹⁷³ Der Direktor des *Office of German Affairs* im Außenministerium, Alfred Puhan, resümierte mit Bezug auf eine erste *Demarche* des AFSC im Sinne der DDR: „*we were under considerable pressure from the Methodists and other Protestant sects to allow East German churchmen to come to this country on visas stamped on separate pieces of paper.*“⁹⁷⁴ Dabei nahm das AFSC eine differenzierte aber doch dezidiert ablehnende Haltung gegenüber der Reise-Diskriminierung ein, wie ein Brief des AFSC an das Außenministerium zeigt: „*We are not unmindful of the propagandistic nature of the Friedensrat and the possibilities that they would take advantage of the arrangements. We feel, however, that our staff member in Berlin has developed a relationship of integrity with leaders of the Friedensrat so that we could depend on their following an agreement that we would set up. ... We realize that the decision of the Department is consistent with present U.S. policy. However, we seriously question whether a policy which requires such a restriction of communication is not in danger of becoming sterile and uncreative of the new approach and solutions which we need to find.*“⁹⁷⁵

⁹⁷² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Genosse Körner an die Genossen Winzer, Stibi, die Außereuropäische Abteilung und das ZK der SED, Vermerk über ein Gespräch mit Herrn Dr. Roland L. Warren vom 3.1.1964, 7.1.1964. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Bericht über die 33. Quäker-Konferenz für Diplomaten, 19.8.1968. SAPMO-BArch: DY 30/ IV A 2/20/610: Bericht über die 35. internationale Quäker-Konferenz, 15.8.1969.

⁹⁷³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Herrn Prof. Reumann (AFSC) vom 9.2.1965, 11.2.1965. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Steiniger und Herrn Prof. Reumann (AFSC) vom 23.3.1965, 24.3.1965.

⁹⁷⁴ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 3219, SOC Ger E: Memorandum of Conversation between Mr. Alfred Puhan and Bishop Dr. Friedrich Wunderlich, Bishop for Methodist Churches in FRG, GDR and Berlin, 17.11.1966

⁹⁷⁵ Vgl. NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 2: Letter from C.H. Yarrow, AFSC to Puhan, 2.8.1965.

Wie erfolgreich waren die Maßnahmen des AFSC? Die Chancen der Quäker-Initiativen waren von vorneherein durch mehrere Widerstände begrenzt. Einer dieser Widerstände war die grundlegende Skepsis Ost-Berlins gegenüber dem ausgeprägten Individualismus freikirchlicher Organisationen.⁹⁷⁶ Diese Skepsis bewirkte, dass sich die ostdeutsche Seite nie gänzlich auf die Ziele des AFSC einließ, sondern Chancen wie die Diplomatenkonferenz 1964 zunächst verstreichen ließ. Ein weiterer Ausdruck des ostdeutschen Misstrauens war die strikte, durch SED und MfS durchgeführte, Überwachung jugendlicher Quäker bei ihren DDR-Reisen, die zum Ziel hatte, „negative Vorfälle (böartige Diskussionen mit der Dorfbevölkerung, Fälle systematischer Kontaktsuche, Spionageaktionen, usw.)“ zu verhindern.⁹⁷⁷ Das Misstrauen hielt sich zwei Jahre. Erst ab 1966, mit dem Beginn der Amtstätigkeit Reumanns, verband das SED-Regime mit den Initiativen des AFSC mehr Chancen als Risiken.

Ein weiterer Widerstand fand sich in der Ablehnung der AFSC-Initiativen durch amerikanische Regierungsinstitutionen, die sich Mitte der sechziger Jahre noch grundsätzlich an den Maßgaben der bundesrepublikanischen Hallstein-Doktrin orientierten. So stieß das *Committee* mit seinen Forderungen nach Reisefreiheit für DDR-Bürger bzw. einer Lockerung der ATO-Bestimmungen im *State Department* auf taube Ohren. Das US-Außenministerium verwies entweder darauf, dass man solche Entscheidungen aus bündnispolitischen Gründen dem Partner in Bonn überlasse⁹⁷⁸ oder befürchtete: „*that the East German authorities would take advantage of the Friend's (AFSC) praiseworthy program to exploit it for their own political purposes.*“⁹⁷⁹

Der größte Widerstand kam jedoch aus der Politik. Gelang es dem AFSC, einige wenige Vertreter des Demokratischen Lagers wie z.B. Harry S. Reuss für einen intensivierten Austausch mit der DDR zu gewinnen, so handelte es sich doch mehrheitlich Kritik für seine DDR-Arbeit ein. In einer 1965 publizierten Studie des Senats-Unterausschusses für Innere Sicherheit hatten wurde die Quäkervereinigung

⁹⁷⁶ Vgl. Maser, 2000, S. 34.

⁹⁷⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über die Inspektion des AFSC-FDJ-Sommerprojektes im Pädagogischen Institut Güstrow, 16.8.1965.

⁹⁷⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Urban und Herrn Prof. Reumann (AFSC) vom 9.2.1965, 11.2.1965.

⁹⁷⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, Lot 70 D4, Entry 5290, Box 2: Letter from Douglas McArthur II to Harry S. Reuss, 15.7.1965.

z.B. als „ein wohlbekannter Transmissionsriemen des kommunistischen Apparates“ bezeichnet.⁹⁸⁰ Die Parteinahme von Teilen des AFSC für die DDR unterstützte diese Sichtweise und nagte am amerikanischen Vertrauen in die Quäkervereinigung. Die „Durchschlagskraft“ der Methodisten und des AFSC in Sachen Anerkennung der DDR war folglich äußerst begrenzt.⁹⁸¹

Betrachtete man die Bilanz der DDR-AFSC-Arbeit vor dem Hintergrund der Begrenzung nahm sich die Bilanz der DDR-AFSC Arbeit nicht schlecht aus. So gelang es dem MfAA durch den Kontakt zum *Committee* einen dem Kommunismus unverdächtigen Kanal für die Distribution von DDR-Lehr- und Propaganda-Materialien an amerikanischen Quäkerschulen sowie unter Publizisten zu öffnen.⁹⁸² Außerdem fanden FDJ-Funktionäre auf internationale Jugendkonferenzen der Quäker die Möglichkeit, geeignete amerikanische Personen zu identifizieren, die man ideologisch und politisch positiv im Hinblick auf die Bewertung der DDR beeinflussen konnte.⁹⁸³

Die größten Erfolge errang man jedoch auf einem anderen Gebiet. So konnte 1966 ein DDR-Diplomat der Botschaft in Rumänien erstmals, auf persönliche Einladung eines Quäkers, an der vom AFSC in Sinaia (Rumänien) organisierten Diplomatenkonferenz teilnehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt war der DDR aufgrund der Ablehnung der diplomatischen Anerkennung durch den Westen die Teilnahme verwehrt gewesen. Die Einladung blieb kein einmaliges Ereignis. So wurde 1968 zum ersten Mal ein Diplomat, der nicht in der DDR-Botschaft des Gastlandes Dienst tat, als privater Gast des Direktors zur Diplomatenkonferenz eingeladen.⁹⁸⁴ Der wahre Fortschritt zeigte sich in einem, am Rande dieser Konferenz zwischen einem Mitarbeiter des MfAA, Urban, und dem in der Mission in West-Berlin tätigen US-Diplomaten David Anderson geführten Gespräch. Dabei war nicht nur die Tatsache des Gesprächs sondern auch der Inhalt für das MfAA von großem Interesse. Anderson führte aus, dass es im *State Department* hohe Beamte gäbe, die ernsthaft

⁹⁸⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Information über die Veröffentlichung eines Materials gegen das AFSC durch das Senatskomitee für Innere Sicherheit, 11.9.1965.

⁹⁸¹ Hintergrundgespräch mit Arthur H. Hartman, Washington D.C., 12.10.2004.

⁹⁸² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Steiniger und Herrn Prof. Reumann (AFSC) vom 23.3.1965, 24.3.1965.

⁹⁸³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Information über die Teilnahme an dem vom AFSC organisierten Jugendseminar zum Thema „Jugend, Gerechtigkeit und soziale Veränderung“, 7.8.1968.

⁹⁸⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Bericht über die 33. Quäker-Konferenz für Diplomaten, 19.8.1968.

über eine Verbesserung der Beziehungen zur DDR auf allen Gebieten nachdächten.⁹⁸⁵ Ost-Berlin war begeistert von diesem Gespräch und setzte so große Hoffnungen in die Diplomatenkonferenzen der Quäker, dass Außenminister die Verhandlungen zwischen dem AFSC und den NATO-Staaten über eine gleichberechtigte Teilnahme der DDR an weiteren Diplomatenkonferenz nicht durch eine „Guerilla-Teilnahme“ auf Einladung eines AFSC-Mitglieds an der Konferenz im Mai 1969 belasten wollte.⁹⁸⁶ Die Hoffnungen trugen jedoch. Als schließlich im Jahr 1970 eine gleichberechtigte Teilnahme der DDR durchgesetzt worden war, beschickten die USA die Quäkerkonferenzen nicht mehr mit Diplomaten.⁹⁸⁷ Dem ZK und dem MfAA blieb in der Folge nichts anderes übrig, als die Quäkerkonferenzen weiterhin mit gleichberechtigten Teilnehmern zu beschicken und darauf zu hoffen, dass sich der Standpunkt der NATO-Staaten bald ändern würde. Das AFSC arbeitete weiter daran.

Neben der CPUSA und der ASSGDR war das AFSC die amerikanische Organisation, mit der das SED-Regime die Zusammenarbeit am intensivsten gestalten konnte. Die Hauptursache hierfür lag in der Tatsache, dass die Vertreter des AFSC in Berlin die amerikanische Politik ausdrücklich dazu bringen wollte, in der deutschen Frage auch den Austausch mit der DDR zu suchen. Dieses Ziel, gepaart mit dem angenommenen Einfluss, der Glaubwürdigkeit und der DDR-Sympathie seiner Vertreter in Deutschland machte die Quäkerorganisation zu einem der vielversprechenderen Lobbyisten der DDR in den USA. Konnte das Engagement des AFSC in Sachen internationaler Anerkennung des SED-Regimes auch keine konkrete Änderung der amerikanischen DDR-Politik bewirken, so schürten Erfolge wie die Teilnahme von DDR-Diplomaten an den Diplomatenkonferenzen diese Hoffnung.

Sonstige kirchliche Kontakte

Neben den Methodisten und den Quäkern wollte Ost-Berlin auch weitere kirchliche Gruppierungen ansprechen. Zur Identifizierung und Ansprache weiterer religiöser Kanäle unterhielt der „Friedensrat der DDR“ seit 1962 eine „Christliche

⁹⁸⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Bericht über die 33. Quäker-Konferenz für Diplomaten, 19.8.1968.

⁹⁸⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vorlage des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Otto Winzer, für das Sekretariat des ZK der SED, 24.4.1969.

⁹⁸⁷ Vgl. ebd.

Arbeitsgruppe“, die sich mit der Verknüpfung der christlichen Internationalität mit dem Ziel der diplomatischen Anerkennung der DDR auseinandersetzte.⁹⁸⁸ Da diese Institution durch ihre staatliche Prägung allerdings wenig geeignet war, die US-Kirchen von der Ernsthaftigkeit des DDR-Beitrags zur Erhaltung des Friedens zu überzeugen, setzten die Verantwortlichen in der Folge ihr Vertrauen in zumindest offiziell rein kirchliche Kontakte. Das SED-Regime versuchte die ökumenischen Beziehungen des Bundes evangelischer Kirchen der DDR (BEK) zur *United Church of Christ* und dem Nationalen Kirchenrat der USA⁹⁸⁹ sowie einzelne private und institutionelle Kontakt zwischen kirchlichen Vertretern für die Akzeptanz der Existenz des deutschen Staates zu nutzen.⁹⁹⁰ So erkannte das MfAA in Veranstaltungen wie dem, vom amerikanischen *Center for the Study of Democratic Institutions* organisierten, internationalen, inter- und intrareligiösen Symposium unter dem Motto *Pacem in Terris*, das in der Zeit vom 18. – 20. Februar 1965 in New York stattfinden sollte, eine gute Chance für die Ansprache geeigneter Vertreter amerikanischer Religionsgemeinschaften.⁹⁹¹ Mitausschlaggebend für die positive Einschätzung des MfAA war die Tatsache, dass dies die erste Reise einer „offiziellen DDR-Abordnung, die einer an eine gesellschaftliche Organisation der DDR gerichteten Einladung folgend zu einem politischen Kongress in die USA fahren konnte“⁹⁹² war. Daher unterstützte das MfAA drei DDR-Kirchenvertreter in ihrer Bemühungen um die ATO-Dokumente.

Das Symposium bot den DDR-Delegierten zwar keine Möglichkeit zu einem Diskussionsbeitrag, aber abseits der Debatten ergaben sich Gespräche z.B. mit dem Präsidenten des Amerikanischen Jüdischen Kongresses und mit dem Vertreter des New Yorker Kirchenrates. Weiterhin konnten die Delegierten neben der Konferenz andere Foren wahrnehmen, um über die DDR zu berichten. So sprach Landesbischof Moritz Mitzenheim vor der deutsch-amerikanischen Gemeinde in New York über Glaubens- und Gewissensfreiheit in der DDR und die Konferenzteilnehmer aus der DDR trafen Korrespondenten der *Washington Post* und der *New York Herald*

⁹⁸⁸ Wernicke, Günter: *The World Peace Council and the Antiwar Movement in East Germany*, in: Daum, Andreas W./ Gardener, Lloyd C./ Mausbach, Wilfried (Hrsg.): *America, The Vietnam War and the World, Comparative and International Perspectives*, New York 2003, S. 299-319, S. 301-302.

⁹⁸⁹ Vgl. Maser, 2000, S. 80.

⁹⁹⁰ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁹⁹¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Zusammenfassender Bericht des 5. AEA über die Vorbereitung und erste Ergebnisse der Teilnahme einer DDR-Delegation am internationalen Symposium „Pacem in terris“ in New York, 24.2.1965.

⁹⁹² Ebd.

Tribune.⁹⁹³ Die Abteilung USA/Kanada wertete die Reise als Erfolg und wies in der Folge dezidiert darauf hin, dass der Kontakt zum *Centre for the Study of Democratic Institutions* der *Pacem in Terris* eine wichtige Rolle spiele und so weit wie möglich intensiviert werden solle.⁹⁹⁴ Im Engagement dieser und anderer christlicher Organisationen Amerikas für den Weltfrieden und den damit eng verbundenen Ausgleich zwischen Ost und West hatten die Führungskreise des ZK und des MfAA eine Chance erkannt, in den USA die gesellschaftliche Basis für eine diplomatische Anerkennung der DDR zu verbreitern.

Da die Reisen von Vertretern der DDR-Kirchen in die USA jedoch mit großem Aufwand und vielen Schwierigkeiten – z.B. den ATO-Bestimmungen – verbunden waren, sollten im Zusammenhang mit einer Imageverbesserung, auch DDR-Reisen amerikanischer Publizisten, die über die Kirche in der DDR schreiben wollten genutzt werden. Solche Besuche waren jedoch nicht unproblematisch, da das Regime die Kontrolle über mögliche Kontakte der US-Publizisten behalten wollte. Als Beispiel sei hier die Reise des in Kapitel F.3 erwähnten Autors Jean E. Smith, der im Juni und Juli 1967, betreut durch die Liga der Völkerfreundschaft, die DDR besuchte, genannt. Smith bereitete mit seinen Besuchen ein Buch über die DDR vor, in dem er das Thema „Kirche und Staat“ behandeln wollte. Als Quellengrundlage waren Interviews mit Kirchenpersönlichkeiten geplant, wobei Smith, nach Ansicht der staatlichen Stellen, auch eher systemkritische Bischöfe, wie Gottfried Noth und Wilhelm Krummacher befragen wollte. Trotz der keineswegs DDR-feindlichen Haltung Smiths – er war einer der ersten Vortragenden bei der ASSGDR und wies beständig daraufhin, dass die DDR nicht in einer realitätsfernen Quarantäne gehalten werden sollte – kamen Vertreter des MfAA und des Sekretariats für Kirchenfragen zu der Auffassung, dass „die Bischöfe für ein Gespräch mit Smith nicht bereit waren“ und daher von ihm ferngehalten werden mussten.⁹⁹⁵ Die Bischöfe waren insofern nicht „bereit“, als dass man von Ihnen keine Preisung der religiösen Toleranz in der DDR, sondern möglicherweise Kritik an der Kirchenpolitik der DDR erwarten musste.⁹⁹⁶ Solche Systemkritik konnte nach Ansicht Ost-Berlins jedoch einer Aufwertung der DDR in den Vereinigten Staaten hinderlich sein. Die Selektion

⁹⁹³ Vgl. ebd.

⁹⁹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

⁹⁹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A/2/20/609: Aktenotiz für Willi Barth, Sektor Kirchenfragen beim ZK der SED, 26.3.1968.

⁹⁹⁶ Vgl. ebd.

der in einen ostdeutsch-amerikanischen Dialog integrierten Repräsentanten der Kirche war es tatsächlich. Das amerikanische Außenministerium war sich dieser Selektion bewusst: *„Bischof Mitzenheim has long been identified as a willing collaborator of the regime and as a strong supporter of most of its policies. Bishop Krummacher, on the other hand, has in the past few years become a target of regime irritation because of his courageous espouse of German church unity.”*⁹⁹⁷ Dieses Bewusstsein trug mit dazu bei, dass das *State Department* auf den Druck amerikanischer Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht reagierte.

Ähnlich den bereits angesprochenen Bemühungen auf den Feldern der Politik, Wirtschaft und Kultur, war die Führung in Ost-Berlin auch im Bereich der kirchlichen Kontakte keineswegs daran interessiert, Bindungen zwischen den USA und der DDR zum reinen Selbstzweck herzustellen. Ziel der Bemühungen um die Methodisten, das AFSC und andere kirchliche Organisationen war vielmehr ein ostdeutscher Prestigegewinn in den Vereinigten Staaten. Die USA-Experten analysierten daher nicht, zwischen welchen Glaubensgruppen eine tragfähige Zusammenarbeit im Sinne der internationalen Entspannung möglich war, sondern inwiefern Glaubensgruppen und kirchliche Institutionen zur positiven Beeinflussung des DDR-Bildes in den Vereinigten Staaten beitragen konnten. Dabei überschätzte das MfAA regelmäßig die Einflusskraft einzelner Vereinigungen und Personen. Verbunden mit den praktischen Problemen des Austausches war diese Überschätzung ausschlaggebend dafür, dass sich auch die kirchlichen Kontakte nicht zu einer tatkräftigen Anerkennungs-Lobby entwickelten.

4. Fazit: Anerkennungslobbyismus

*„Unceasing efforts to gain recognition from foreign states, organizations and individuals. The GDR's activities with international organizations of all sorts, its propaganda and its sports, cultural and economic policies are all directed to this all-encompassing end.”*⁹⁹⁸ Diese 1968 im *State Department* erarbeitete Analyse der DDR-Außenpolitik erfasst präzise den grundsätzlichen Charakter aller amerikapolitischen Initiativen der DDR im Untersuchungszeitraum. Die diplomatische Anerkennung hatte oberste Priorität und alle Initiativen konzentrierten

⁹⁹⁷ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, Review of Events in the GDR, 25.11.-1.12.1967, 11.12.1967.

⁹⁹⁸ NA RG 59, GRDS, Central Foreign Policy Files (CFPF), 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, East Germany in International Politics, 30.1.1968.

sich, mangels Alternativen, ganz im Sinne Karl Kaisers darauf, „soziale, wirtschaftliche und politische Eliten außerhalb der Regierungsinstitutionen“ vom Nutzen und den Vorteilen einer solchen Anerkennung zu überzeugen.⁹⁹⁹ Zu den Instrumenten dieser Strategie gehörte neben der Distribution von Informations- und Propagandamaterialien insbesondere der Kontaktaufbau zu Organisationen der angesprochenen Eliten. Durch den persönlichen Kontakt ausgewählter ostdeutscher und amerikanischer Politiker, Wirtschaftsvertreter und Kulturschaffender hoffte das SED-Regime in den Vereinigten Staaten eine feste Gruppe von DDR-Sympathisanten – eine Lobby – konstituieren zu können. Diese Lobby sollte ein Ziel haben: Die offizielle und formale Anerkennung der DDR durch die Vereinigten Staaten in den USA durchzusetzen.

Folgt man Ole R. Holsti, so hätte Ost-Berlin theoretisch durchaus Chancen gehabt, die ab Mitte der sechziger Jahre zunehmend durch die *Public Opinion* mitbestimmte Außenpolitik der USA durch Kontakte zu öffentlichkeitsrelevanten Eliten zu beeinflussen. Dies galt insbesondere, als dass das Klima des besonders bei Intellektuellen abnehmenden Antikommunismus sowie der zunehmenden Akzeptanz der Entspannungsphilosophie in den USA zunehmend das Interesse für die sozialistischen Staaten weckte.¹⁰⁰⁰ Tatsächlich veränderte sich die amerikanische DDR-Perzeption bis 1969. So beschäftigten sich ab 1965 neben dem traditionellen Verbündeten der DDR, der CPUSA, auch des Kommunismus unverdächtige Politiker, Wissenschaftler und Publizisten intensiver mit der DDR als eigener Gesellschaft. Zuweilen kamen sie dabei zu Ergebnissen, die der offiziellen Politik Washingtons widersprachen. So schrieb John Dornberg: „Die Deutsche Demokratische Republik spielt heute längst nicht mehr die Rolle eines sowjetischen Satrapen, der nach Westdeutschland ‚repatriert‘ werden könnte, sollte sich der Kreml plötzlich großzügig zeigen. Hier handelt es sich um eine eigenständige Nation, die ihr Selbstvertrauen gefunden hat, die sich gegen die diplomatische Isolation zur Wehr setzt und mit deren Existenz Westeuropa sich abfinden muss.“¹⁰⁰¹ Das Interesse war nicht auf Publizisten und Wissenschaftler begrenzt. Auch Teile der amerikanischen Wirtschaft entdeckten, motiviert durch die wirtschaftliche

⁹⁹⁹ Kaiser, Karl: Transnationale Politik, Zu einer Theorie der multinationalen Politik, in: Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.): Die anachronistische Souveränität, Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Opladen 1969, S. 80-109, S. 94.

¹⁰⁰⁰ Vgl. Holsti, Ole R.: *Public Opinion and American Foreign Policy*, Michigan 1996, S. 39.

¹⁰⁰¹ Dornberg, 1969, S. 18.

Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau, die DDR als einen möglichen Partner und vereinzelt dachten gar Politiker über Änderungen in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach. Trotz dieser Tendenzen scheiterte der ostdeutsche Versuch, die Anerkennung innerhalb der USA durchsetzen zu lassen. Im Vergleich zur Situation vor dem 13. August 1961 hatte das SED-Regime bis zum Anfang der siebziger Jahre zwar Fortschritte gemacht, die Bemühungen Ost-Berlins, in den USA Unterstützung für eine diplomatische Anerkennung der DDR zu finden, blieben bis 1969 jedoch auf vereinzelte Kontakte zu Politikern außerhalb der Regierungsinstitutionen, *Nongovernmental Organisations* (NGOs), wissenschaftliche Institutionen und soziale „Bewegungen“ beschränkt. Diese Kontakte nahmen sich gegen die Kontakte der Bundesrepublik in die USA als qualitativ minderwertig, oder wie Christoph Kleßmann schreibt, geradezu marginal aus.¹⁰⁰² Im Umfeld der amerikanischen Regierung setzte sich zu keinem Zeitpunkt die Auffassung durch, dass man die DDR anerkennen müsse. Letztlich blieb die offizielle amerikanische DDR-Politik weit zurückhaltender als die der anderen Westmächte. In den Vereinigten Staaten wurde die DDR nicht wie in Frankreich bereits in den sechziger Jahren als singuläre Identität wahrgenommen,¹⁰⁰³ und im *State Department* gewann man auch nicht, wie im britischen *Foreign Office* den Eindruck, die Anerkennung der DDR sei längst überfällig und stünde Ende der sechziger Jahre kurz bevor.¹⁰⁰⁴

Der Misserfolg hatte mehrere Ursachen. Ein grundlegendes Problem bestand darin, dass sich die DDR nicht auf eine echte Annäherung an die USA einließ, sondern, wie Scholtyseck beschreibt, in der Formel der „friedlichen Koexistenz“, die einerseits Kooperation und andererseits den ideologischen Kampf gegen den „Imperialismus“ forderte, ambivalent blieb.¹⁰⁰⁵ Dieses Lavieren zwischen Westorientierung und aggressiver Abgrenzung der DDR vom „imperialistischen“ Westen wurde von der eigenen Bevölkerung als inkonsistent und mangelhaft beurteilt.¹⁰⁰⁶ Aber auch außenpolitisch konnte ein System, das den „Kommunikationsstrukturen einen Einbahnstraßencharakter zu geben“ versuchte, „um selber auf den ideologischen Gegner einwirken zu können“ und das Eindringen „feindlicher Ideen zu

¹⁰⁰² Vgl. Kleßmann, 1997, S. 444.

¹⁰⁰³ Vgl. Pfeil, 2004, S. 429.

¹⁰⁰⁴ Niedhart, in: Bauernkämper, 2002, S. 158.

¹⁰⁰⁵ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 135.

¹⁰⁰⁶ Vgl. Pollack, Detlef: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: *Geschichte und Gesellschaft* 1/2001, S. 184-196, S. 193.

unterbinden“¹⁰⁰⁷ nicht erfolgreich sein. Selbst den der DDR gegenüber aufgeschlossenen Kreisen in den USA bot diese Form des limitierten Austauschs zu wenig, als dass er einen verstärkten Einsatz für die Belange des sozialistischen Deutschlands gerechtfertigt hätte.

Besondere Brisanz kam einer ostdeutsch-amerikanischen Annäherung darüber hinaus durch die engen Beziehungen zwischen Washington und Bonn zu. Bei ihrer offensiven Suche nach Sympathisanten stand die DDR in den USA stets in einer Konkurrenz zur Bundesrepublik, und in diesem Konkurrenzkampf war das SED-Regime klar im Nachteil.¹⁰⁰⁸ Ost-Berlin stand, wie die Abteilung Internationale Verbindungen 1963 erkennen musste, einem gut funktionierenden *Lobbying*-Apparat Bonns gegenüber, der nicht nur durch die Botschaft, die jährlich 500.000 USD für die westdeutsche Pressearbeit bereitstellte, sondern auch durch die deutsch-amerikanischen Vereine und amerikanischen Unternehmen gebildet wurde.¹⁰⁰⁹ Außerdem „drangen“ wie Präsident Johnson gegenüber Kiesinger im April 1967 feststellte Deutsche „jeden Tag“ ins „Weiße Haus ein“. Dem hatte die DDR nichts entgegenzusetzen, was auch daran lag, dass ihre USA-Politik unter einem chronischen Mangel an Ressourcen und Know-how litt. Neben der Devisenknappheit, der Behinderung von USA-Reisen und dem Mangel an qualifiziertem Personal fanden sich die USA-Experten der zentralistischen DDR im ausgedehnten Pluralismus der amerikanischen Verbände- und Interessensvertretungslandschaft nicht zurecht. Daher konnten sie oftmals schwerlich einordnen, welchen Personen und Assoziationen wie viel Bedeutung im politischen Prozess der USA zukam. Aus diesem Grund war es Ost-Berlin nicht möglich, die nach Falke für den Erfolg notwendige Verbindung ihres „ausländischen *lobbying*“ mit „inländischen Interessen“, den originären Interessen der sozialen Bewegungen, kulturellen Vereinigungen und wirtschaftlichen Organisationen herzustellen.¹⁰¹⁰

¹⁰⁰⁷ Vgl. Pfeil, 2004, S. 88.

¹⁰⁰⁸ Howarth, in: Pfeil, 2001, S. 84.

¹⁰⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: An das ZK der SED weitergeleitete, von der tschechoslowakischen Botschaft erarbeitete Informationsmaterial zur „westdeutschen Propagandatätigkeit in den USA“ vom 27.5.1963.

¹⁰¹⁰ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 451.

D. DDR-USA und die internationalen Krisen und Konflikte

Auch wenn sich der Ost-West-Konflikt nach 1963 entspannt hatte und es zu keiner direkten Konfrontation der Supermächte USA und UdSSR mehr kam, waren sowohl die Vereinigten Staaten als auch die DDR in den sechziger Jahren in internationale Konflikte verwickelt. In diesem Abschnitt werden die beiden bestimmenden Krisen – die ab 1965 erfolgende Eskalation des amerikanischen Militärengagements in Vietnam und die Invasion von Warschauer-Pakt-, u.a. auch DDR-Truppen in die Tschechoslowakei im August 1968 – darauf untersucht werden, wie diese Konflikte vom jeweils anderen perzipiert und instrumentalisiert wurden und wie sie sich in der Folge auf das Verhältnis USA-DDR auswirkten.

1. Die DDR und der Vietnamkrieg

Während der zweiten Hälfte der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre stand die amerikanische Außenpolitik ganz im Zeichen des eskalierenden Vietnamkrieges. Das noch unter John F. Kennedy begonnene Engagement auf der Seite Südvietnams vereinnahmte unter seinem Nachfolger Johnson nahezu alle außenpolitischen Kräfte der USA und war eine Hauptursache der von Kissinger und Nixon betriebenen *Détente*. Zur adäquaten Analyse der Auswirkungen des Vietnamkrieges auf die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen ist es daher sinnvoll, den Krieg als Ganzes vom Zwischenfall von Tonking 1964 bis zur Evakuierung der US-Botschaft 1975 zu erfassen. Deutlicher Beleg für die zunehmende Bedeutung des Vietnamkrieges ist allein die Steigerung der US-Truppen von 23.000 1965 auf 535.000 1969.¹⁰¹¹ Mit dieser Konzentration amerikanischer Schlagkraft musste zwangsläufig eine Konzentration der nachrichtendienstlichen und diplomatischen Kräfte der Vereinigten Staaten einher gehen. Auch wenn es eine amerikanische Außenpolitik in anderen Teilen der Welt, besonders in Europa, gab,¹⁰¹² war diese ab 1965 zu einem großen Teil durch den Verlauf des Vietnamkriegs konditioniert. Neben der Kritik sozialistischer Staaten am US-Militäreinsatz wurden die Anti-Vietnamkriegs-Bewegungen auch in treuen Bündnisländern wie der Bundesrepublik und sogar im eigenen Land schnell lauter.

¹⁰¹¹ Vgl. Schulzinger, 1997, S. 182.

¹⁰¹² Vgl. Dallek, in: Brands, 1999, S. 6-18, S. 6.

Wie aber bewerteten die USA-Experten der DDR das amerikanische Engagement in Vietnam und welche Schlüsse zogen sie daraus für das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis? Ein knappes Jahr nach dem Zwischenfall von Tonking¹⁰¹³ analysierte die 5. AEA das militärische Engagement der USA in Vietnam. Sie sah im Vietnamkrieg eines der ersten Anzeichen für den amerikanischen Strategiewechsel von „*massive retaliation*“ zu „*flexible response*“, d.h. von der Androhung eines atomaren Schlages zur „Anzettlung von begrenzten mit konventionellen Waffen geführten Kriegen“.¹⁰¹⁴ Darin erkannte das MfAA die Taktik der „Politik der Zusammenarbeit und des Konflikts“, die durch ungleiche Behandlung der einzelnen sozialistischen Länder diese gegeneinander ausspielen sollte.¹⁰¹⁵ Als relativ schwaches Glied der sozialistischen Gemeinschaft fürchtete das MfAA eine langfristige Schwächung der DDR, sollte es den USA gelingen, den kommunistischen Block durch Vietnam auseinander zu dividieren. Folglich arbeitet das MfAA verstärkt an einer ideologischen Übereinstimmung der kommunistischen Staaten mit der *National Front for the Liberation of South-Vietnam* (NFL) unter Ho Chi Minh. Im Hinblick auf die Demokratische Republik Vietnam (DRV) betonte Ost-Berlin daher stets eine besondere Bindung zwischen den beiden Ländern, da beide sowohl gespalten waren als auch unmittelbar an der Front des Imperialismus standen.¹⁰¹⁶ Das SED-Regime zog Parallelen zwischen der „imperialistischen Invasion“ der Amerikaner in Vietnam und dem amerikanischen Bedrohungspotential dem eigenen Staat gegenüber. Die DDR-Regierung forderte daher „auf das Entschiedenste die Einstellung der amerikanischen Aggressionshandlungen gegen die DRV“.¹⁰¹⁷

Aus Sicht des SED-Regimes war der Vietnamkrieg der heftigste Ausdruck der von den USA im Zuge der Globalstrategie geplanten Zurückdrängung des Kommunismus an allen Fronten durch „begrenzte Kriege“.¹⁰¹⁸ Folglich unterstützte die DDR die NFL und erklärte: „Die USA führen in Vietnam Krieg gegen Kinder und Frauen. ... Die gesamte DDR-Bevölkerung hat eine machtvolle Protestbewegung gegen die

¹⁰¹³ Während des „Zwischenfalls von Tonking“ griffen am 2. und 4. August 1964 Torpedoboote der nordvietnamesischen Marine zwei Zerstörer der US-Marine an. Er war für die USA der offizielle Anlass zur Eskalation des Vietnamkrieges.

¹⁰¹⁴ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Die USA-Politik in Vietnam, 10.6.1965.

¹⁰¹⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Die USA-Politik in Vietnam, 10.6.1965.

¹⁰¹⁶ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, G-A 324: Aktenvermerk über einen Besuch des Genossen Botschafter beim stellvertretenden Sicherheitsminister der DRV, Generalmajor Pham Kiet, am 10.11.1968, 13.11.1968.

¹⁰¹⁷ DADDDR, XIII, 1965, S. 923: Erklärung der DDR-Regierung zu den Aggressionsakten der USA gegen die DRV, 13.2.1965.

¹⁰¹⁸ Vgl. Bollinger, 1967, S. 9.

Verbrechen der USA auf vietnamesischem Boden entfaltet.“¹⁰¹⁹ Die von DDR-Historikern in den Mittelpunkt gerückte materielle Hilfe – „Die DDR lieferte Maschinen und Fahrzeuge, bildete eine größere Zahl von Studenten und Facharbeitern aus, übersandte medizinische Geräte und andere dringend benötigte Güter“¹⁰²⁰ – beschränkte sich nicht auf zivil nutzbare Güter. So wurden der DRV, wenn auch in geringen Maße, ab 1966 militärische Güter aus Beständen der NVA, des MfS und der Deutschen Volkspolizei kostenlos zur Verfügung gestellt.¹⁰²¹ In einem Dokument der Abteilung Internationale Verbindungen der SED von 1969 wird ausgeführt, die DDR hätten von 1964 bis 1968 Güter im Wert von 417,5 Mio. Valutamark an Nordvietnam und die NLF geliefert und erwogen Freiwillige nach Vietnam zu entsenden.¹⁰²² In der Folge bewilligte das Politbüro militärische Hilfe an die DRV in Höhe von 12,5 bis 36 Mio. DDR-Mark pro Jahr, wobei eine tatsächliche militärische Unterstützung im Sinne von Truppenentsendungen nie in Betracht kam.

Die USA verfolgten die Lieferungen der DDR an Nordvietnam: „*The FonOff* [P.M. Auswärtiges Amt der Bundesrepublik] *informed us yesterday that an upswing in GDR deliveries to North Viet Nam has been discernible since early Feb. Much of this increase is probably traceable to the GDR-North Vietnamese aid agreement, the details of which have never been made public.*“¹⁰²³ Die USA verdächtigten die DDR der militärischen Hilfe für die NLF: „*Comment: Mittag's speech, while referring to military aid to NVN from the USSR and communist countries generally, appeared to avoid, as did Ulbircht's telegram specific statements that the GDR is rendering this type of assistance.*“¹⁰²⁴ In den amerikanischen Akten lassen sich allerdings keinerlei Hinweise finden, dass die Vereinigten Staaten den Lieferungen eine größere militärische Bedeutung zumaßen. Vielmehr war sich Washington sicher, dass der größte Teil der DDR-Hilfe im medizinischen Bereich lag.¹⁰²⁵ Das *State Department*

¹⁰¹⁹ DADDDR, XIII, 1965, S. 927: Erklärung des Volkskammerpräsidiums zum Appell der Nationalversammlung der DRV an verschiedene Parlamente, 26.4.1965.

¹⁰²⁰ Doernberg, 1982, S. 81.

¹⁰²¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2 A 1142: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüro des ZK vom 8.2.1966.

¹⁰²² Vgl. BArch, DZ 9, 243.1204: Abteilung für Internationale Verbindungen, Information über die politische und materielle Unterstützung durch die DDR für das vietnamesische Volk, 17.6.1968.

Zitiert nach Wernicke, in: Daum, 2003, S. 309.

¹⁰²³ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 2206, POL Ger E Viet N: GDR Shipments to North Viet Nam, 8.3.1966.

¹⁰²⁴ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, Review of Events in the GDR, 26.8.-1.9.1967, 6.9.1967.

¹⁰²⁵ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 321, CUL Ger E: US-Mission Berlin to Secretary of State, East Berlin Marks 24th Anniversary of North Vietnam, 28.8.1969.

bemerkte zwar, dass 1968 eine ungewöhnlich hohe Anzahl von mehr als 20 DDR-Gruppen – vornehmlich Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technikdelegationen – Nord Vietnam besuchten, befand die 100 Millionen Ostmark privater Spenden für Vietnam für viel¹⁰²⁶ und registrierte das im Juni 1968 zwischen Ost-Berlin und Hanoi abgeschlossene Handels- und Entwicklungshilfeabkommen,¹⁰²⁷ eine verstärkte Beobachtung dieser Aktivitäten hielt es aber nicht für notwendig.¹⁰²⁸

Tabelle 8: Vom Politbüro bewilligte militärische Hilfe an die DRV in Mio. Valuta-Mark 1968-1972

Juni 1968	August 1969	November 1970	November 1972
27	16	15,5	21

Quelle: Wernicke, in: Daum, 2003, S. 299-319, S. 309-310.

Für die DDR war weniger die materielle, als vielmehr die ideelle, d.h. propagandistische Hilfe für die DRV von Bedeutung. Auch wenn Ost-Berlin ab Mitte der sechziger Jahre bemüht war, Kontakte zu US-Eliten zu erschließen, war die SED-Führung nicht bereit, zu Gunsten dieser Kontakte auf die Propaganda gegen die „USA-Aggression in Vietnam“ zu verzichten.¹⁰²⁹ Dabei wollte das SED-Regime keineswegs nur defensiv bleiben, sondern ging in die propagandistische Offensive, da es sich selbst bedroht fühlte. Herrmann Axen berichtete dem 10. Plenum des ZK Mitte 1965, dass Präsident Johnson in seiner Rede vom 7. Mai, „faktisch zur gewaltsamen Beseitigung der DDR“ aufgerufen habe und die militärische Eskalation in Vietnam der Beweis für diese grundsätzliche Rückkehr der USA „zu den Praktiken des Kalten Krieges“ war.¹⁰³⁰ Ob die SED-Elite ein solches Vorgehen tatsächlich fürchtete, oder die Parallelen zwischen der deutschen und vietnamesischen Situation lediglich zu Propagandazwecken konstruierte, kann nicht abschließend geklärt werden. Sicher ist jedoch, dass das SED-Regime die Propaganda mit Nachdruck betrieb.

¹⁰²⁶ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616, E Ger E: US-Mission Berlin to State Dept., Bi-Weekly Economic Review for East Germany No. 23, 26.11.1968.

¹⁰²⁷ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 506, AID Ger E: USBER to State, GDR Aid to North Vietnam, 17.1.1973.

¹⁰²⁸ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 616, E Ger E: US-Mission Berlin to State Dept., Bi-Weekly Economic Review for East Germany No. 23, 26.11.1968.

¹⁰²⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Stibi, Birch und Urban und Prof. Reumann (AFSC) vom 29.1.1966.

¹⁰³⁰ DADDR, XIII, 1965, S. 160: Bericht des Politbüros an das 10. Plenum des ZK der SED, 23.6.1965.

Anfang 1966 beschloss das Politbüro des ZK eine umfassende Propagandakampagne gegen die Aggression der USA gegen Vietnam¹⁰³¹ und im Frühjahr 1969 machte sich die SED sogar zur Spitze der Anti-Vietnamkriegs-Propaganda des kommunistischen Lagers, als unter ihrer Führung in Nachbereitung der „Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ der Solidaritätsappell für Vietnam ausgearbeitet wurde. Theoretische Grundlage dieser Propaganda war die These des kapitalistischen und kolonialistischen Exportkrieges, die Herman Axen im September 1966 formulierte: „Die Machthaber der USA kämpfen nicht – wie Johnson und Erhard verlogen behaupten – für Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde, sondern für die Erhöhung der Profite der großen Rüstungskonzerne, für die Aufrechterhaltung ihrer imperialistischen Fremdherrschaft in Südostasien.“¹⁰³² Auf der Grundlage dieser These hatte die Propaganda in der Praxis viele Facetten. Zum einen wertete die DDR Nordvietnam und die NLF beständig auf. So besuchte im Januar 1967 z.B. der nordvietnamesische Innenminister die DDR,¹⁰³³ im Dezember 1967 erhielt die südvietnamesische NLF „Missionsstatus“ in Ost-Berlin und im Februar 1968 reisten Mitglieder des DDR Vietnam-Ausschusses in die DRV und berichteten im Anschluss von den großen Leistungen der Nordvietnamesen.¹⁰³⁴ Zum anderen protestierte die DDR in unterschiedlichen Kanälen öffentlichkeitswirksam gegen den Vietnamkrieg. Neben eigenen organisierten Protesten und Demonstration unterstützte das SED-Regime, so paradox es in der Retrospektive klingen mag, Proteste und Demonstrationen religiöser Kreise, deren Ziel in der DDR oftmals die amerikanische Militärmission in Potsdam war und bei denen zuweilen randaliert wurde.¹⁰³⁵ Bischof Mitzenheim verurteilte den Vietnamkrieg und charakterisierte die USA als Aggressoren.¹⁰³⁶ Außerdem wurde der Krieg, bzw. sein Aggressionscharakter Gegenstand

¹⁰³¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2/787: Reinschriftenprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 8.2.1966.

¹⁰³² SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.035/161: Rede Hermann Axens am 1.9.1966 zu der Erklärung der Volkskammer zur Aggression der USA in Vietnam.

¹⁰³³ Vgl. NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, Review of Events in the GDR, December 24, 1966 – January 4, 1967, 6.1.1967.

¹⁰³⁴ Stellungnahme einer Delegation des Vietnam-Ausschusses der DDR nach Besuch der Demokratischen Republik Vietnam im Februar 1968, in: Vietnam-Ausschuß beim Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee der DDR (Hrsg.): Die Wahrheit über die USA-Aggression in Vietnam, DDR-Autoren entlarven imperialistische Verbrechenpolitik, Berlin 1972, S. 7-18, S. 9.

¹⁰³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen den Genossen Geyer und Kiehne und Herrn Dr. Bassarak (Evangelische Akademie Berlin) vom 7.2.1966, 7.2.1966. Zu den Protesten vgl. auch Behling, 2004, S. 181-183.

¹⁰³⁶ Vgl. Neue Zeit, 3.12.1967.

mannigfaltiger Angriffe in Publikationen und Statements von DDR-Politikern und Prominenten, der Presse, des Vietnam-Ausschusses beim Afro-Asiatichen Solidaritätskomitee der DDR, in Interviews mit nordvietnamesischen Politikern, Diplomaten und Militärs¹⁰³⁷ und in Arbeiten von DDR-Wissenschaftlern.

Die Propaganda folgte drei thematischen Leitmotiven. Erstens strich sie stets den „expansiven“ Charakter des Krieges heraus, zweitens betonte sie die „schmutzige“ und verbrecherische Kriegsführung¹⁰³⁸ und drittens führte sie Argumente an, weshalb die USA den Krieg nicht gewinnen konnten.¹⁰³⁹ Aber nicht nur in der DDR selbst, sondern auch in anderen Ländern wurde die Antivietnamkriegspropaganda der DDR aktiv. Gemeinsam mit Friedensaktivisten und Politikern der ganzen Welt verurteilte die DDR einzelne Militäraktionen wie die Flächenbombardements Nordvietnams. Im Ostblock stand die DDR aus ihrer Sicht in einer festen Gemeinschaft: „Gemeinsam mit der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten unterstützte die DDR, getreu dem proletarischen Internationalismus, tatkräftig das vietnamesische Volk in seinem gerechten Kampf gegen die US-Aggression.“¹⁰⁴⁰ In der westlichen Welt suchte die DDR über das 1962 gegründete Afro-Asiatische Solidaritätskomitee, den 1965 eingerichteten Vietnam-Ausschuss und den Deutschen Friedensrat, engere Kontakte zu Antivietnamkriegsaktivisten zu knüpfen.¹⁰⁴¹

In seiner Analyse beschreibt Wernicke den Propagandaapparat der DDR wie folgt: *„By the time of the Vietnam War it (der Deutsche Friedensrat als Mitglied des Weltfriedensrates) was also an auxiliary of the GDR's governing communist party sent out to the international arena to pursue the cause of diplomatic recognition while still playing some part in promoting official foreign policy among the domestic population. ... In the same year (1962, the Politbüro decided to introduce new articles of association for the Afro-Asian Solidarity Committee (AASK), an organization within the National Front, and in July 1965, the Vietnam Committee was established as an integral part of this. ... by the late 1960s the GPC was acting*

¹⁰³⁷ Vgl. Interview mit Nguyen Nhu, Chef der Mission der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams in der DDR, in: DAuß, 8/1968, S. 925-928.

¹⁰³⁸ Vgl. z.B. DADDDR, XIII, 1965, S. 944: MfAA zur Pressekonferenz von Lyndon B. Johnson vom 28.7.1965, 29.7.1965. Schmidt, Heini: US-Kernwaffeneinsatz in Südvietnam?, in: DAuß, 4/1968, S. 505-507.

¹⁰³⁹ Vgl. z.B. Andrejew, A.: Die USA können in Vietnam nicht siegen, in: DAuß, 7/1968, S. 875-878.

¹⁰⁴⁰ Doernberg, 1982, S. 81.

¹⁰⁴¹ Vgl. Wernicke, in: Daum, 2003, S. 301-302, S. 309.

*primarily as a committee for the international recognition of the GDR, whereas the Vietnam Committee was responsible for the solidarity movement within the republic.*¹⁰⁴² Diese Organisationen stellten von der DDR hergestelltes Informationsmaterial in anderen Ländern zur Verfügung. Neben Publikationen waren es vor allen Dingen die Dokumentarfilme der ostdeutschen Regisseure Walter Heynowski und Gerhard Scheumann über die Schrecken des Vietnamkrieges und amerikanische Kriegsverbrechen, die weltweit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen den Krieg genutzt wurden.¹⁰⁴³

Neben der von fast allen Antivietnamkriegsprotesten geäußerten Kritik, die USA seien aggressiv und grausam, hatte das DDR-Propagandamaterial ein spezifisches Charakteristikum. Ähnlich der antiisraelischen und antibundesrepublikanischen Kritik verwendeten die antiamerikanischen Stellungnahmen Ost-Berlins oftmals Analogien zum Nationalsozialismus. So glaubte Harald Uhlig die totale Militarisierung Südvietnams und die Organisation des „totalen Krieges“ durch die USA zu erkennen¹⁰⁴⁴, während der Vietnam-Ausschuss eine Parallele des Golf-von-Tonking-Zwischenfalls zu dem „von den Nazis fingierten Angriff auf den Gleiwitzer Sender“ sah¹⁰⁴⁵ und Karl-Heinz Hagen in der Radikalität der *Search and Destroy Missions* Parallelen zur Judenverfolgung durch die Nazis ausmachen wollte.¹⁰⁴⁶ Dieser antiamerikanischen war auch eine antibundesrepublikanische Propaganda implizit, da die Regierung Bonn nach Ansicht der DDR noch vielfältige Bindungen zum Nationalsozialismus hatte. Zusammen mit den USA bildete die Bundesrepublik daher die Zielscheibe der ostdeutschen Angriffe. Auch wenn es durchaus Unterschiede in der Haltung zum Vietnamkrieg gab, wollten und konnten es sich weder die Regierung Erhardt noch die Große Koalition leisten, die USA wegen des Vietnamkriegs öffentlich zu kritisieren.¹⁰⁴⁷ Die DDR instrumentalisierte diese Tatsache als Unterstützung für ihre Propaganda gegen Bonn. Ein wichtiges Motiv für diesen Schritt war die ostdeutsche Furcht vor einer nuklearen Teilhabe Bonns: „Die

¹⁰⁴² Wernicke, in: Daum, 2003, S. 301-302.

¹⁰⁴³ Vgl. Wernicke, in: Daum, 2003, S. 316.

¹⁰⁴⁴ Vgl. Uhlig, Harald: Gefährliche Intrigen der USA in Südvietnam, in: DAuß 3/1962, S. 307-315, S. 308.

¹⁰⁴⁵ Stellungnahme einer Delegation des Vietnam-Ausschusses der DDR nach Besuch der Demokratischen Republik Vietnam im Februar 1968, in: Vietnam-Ausschuß, 1971, S. 7-48, S. 17-18..

¹⁰⁴⁶ Vgl. Hagen, Karl Heinz: „To waste the enemy“ – Ideologie des Völkermords (April 1971), in: Vietnam-Ausschuß, 1972, S. 145-163, S. 146. Vgl. Diner, 2002, S. 140.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Troche, Alexander: „Berlin wird am Mekong verteidigt“, Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd Vietnam, 1954-1966, Düsseldorf 2001, S. 473.

westdeutsche Regierung ist an der USA-Aggression in Vietnam besonders interessiert. Bonn möchte dafür von den USA den schnellen Zugang zur Verfügungsgewalt über Kernwaffen erzwingen.“¹⁰⁴⁸ Diese Vermutung ließ sich gut in das ostdeutsche Bild der Bundesrepublik als einem aggressiven Staat integrieren: „Das Engagement der hochgerüsteten BRD im längsten und erbittertsten Krieg seit 1945 ist in zwei einander beeinflussende imperialistische Grundkonzeptionen integriert: einerseits in die nur außerhalb Europas angewandte *offene* Aggressions-Variante der USA-Globalstrategie, andererseits in die *eigene* Expansionsstrategie der BRD, die global in ihrem Ausmaß, mehrgleisig in ihren Bereichen und langfristig in ihrer Zielstellung angelegt ist.“¹⁰⁴⁹ Eine „*eigene* Expansionsstrategie“ Bonns musste jedoch zwangsläufig gegen die DDR gerichtet sein.

Da Ost-Berlin die Regierung in Bonn nicht direkt unter Druck setzen konnte, setzte die DDR-Führung auf die verstärkte Ablehnung des Vietnamkrieges durch die bundesrepublikanische Bevölkerung. Das SED-Regime hoffte, durch den Vietnamkrieg den Antiamerikanismus und damit auch die Entfremdung der jungen westdeutschen Generation von der politischen Elite und ihrer Wählerschaft in der Bundesrepublik zu schüren.¹⁰⁵⁰ Das tat sie nicht zu Unrecht, wie Eugenie M. Blang in seinem Artikel in der *German Studies Review* nachweist: „*While most Germans were profoundly grateful for American aid after the Second World War and appreciated American protection of their freedom, the images of bombed landscapes, napalm victims, and body counts created empathy with the suffering Vietnamese and growing scepticism about American goals and conduct.*“¹⁰⁵¹ Gepaart mit traditionellen antiamerikanischen Ressentiments bereitete die Skepsis an der amerikanischen Vietnampolitik den Boden für antiamerikanische Propaganda in der Bundesrepublik.¹⁰⁵² Joachim Arenth erkennt in dem Vietnamkrieg die wichtigste Ursache für das laut Bundeskanzler Kiesinger beklagenswerte Niveau der bundesdeutsch-amerikanischen Beziehungen in der zweiten Hälfte der sechziger

¹⁰⁴⁸ SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2.035/161: Rede Hermann Axens am 1.9.1966 zu der Erklärung der Volkskammer zur Aggression der USA in Vietnam

¹⁰⁴⁹ Rennhack, 1973, S. 230.

¹⁰⁵⁰ Zum Zusammenhang zwischen dem bundesdeutschen Protest gegen den Vietnamkrieg und dem Protest gegen die Generation des politischen Establishments in Bonn vgl. Mausbach, Wilfried: *Auschwitz und Vietnam, West German Protest Against America's War During the 1960s*, in: Daum, 2003, S. 279-298.

¹⁰⁵¹ Blang, Eugenie M.: *A Reappraisal of Germany's Vietnam Policy 1963-1966: Ludwig Erhard's Response to America's War in Vietnam*. In: *German Studies Review*, 2/2004, S. 341-360, S. 350.

¹⁰⁵² Vgl. Diner, 2002, S. 137-142.

Jahre.¹⁰⁵³ Die antiamerikanischen Züge der bundesrepublikanischen Anti-Vietnam-Bewegung erschienen dem SED-Regime als probater Ansatzpunkt, um das Verhältnis Bundesrepublik USA zu stören.¹⁰⁵⁴ Eine Entfremdung zwischen der USA-loyalen bundesdeutschen Regierung und der USA-kritischen Öffentlichkeit lag im besonderen Interesse der DDR. So schürten Autoren und Politiker in ihren Publikationen die Angst der Bundesdeutschen vor aktiver Militärhilfe der Bundesrepublik für die USA in Vietnam. „Diese brutalen Luftüberfälle auf die Bevölkerung der Hauptstadt der DRV, Hanoi, werden hoffentlich auch jenen Menschen in Westdeutschland die Augen öffnen, die bisher den angeblichen Friedensabsichten der USA noch Glauben schenkten.“¹⁰⁵⁵ Dabei wurde zumeist der Eindruck einer Konspiration zwischen der Bundesregierung und der Regierung der USA erweckt. Man sprach von bundesdeutschen Waffentransporten unter falscher Flagge nach Vietnam zum Transport von Nachschub für die US-Truppen und Bundeswehrsoldaten in US-amerikanischen Uniformen in Vietnam. Auch bei diesen Angriffen wurden oft Vergleiche zum Nationalsozialismus, wie die Existenz einer deutschen „Legion Vietnam“ mit den Tarnungsmethoden der „Legion Condor“ bemüht.¹⁰⁵⁶ Die bundesrepublikanische Regierung trug dieser Interpretation zu Folge durch ihre Unterstützung der amerikanischen Flächenbombardements eine große Mitschuld an den „Verbrechen“¹⁰⁵⁷ der USA.

War die Übereinstimmung zwischen Washington und Bonn in der Frage des Vietnamkriegs auch weitaus kleiner, als es die DDR-Propaganda darstellte – weder die Regierung Erhard noch die Große Koalition waren der Meinung, dass Berlin am Mekong verteidigt wurde¹⁰⁵⁸ – so reagierte die bundesdeutsche Öffentlichkeit Ende der sechziger Jahre zunehmend sensibel auf den Vietnamkrieg. Inwieweit Ost-Berlin mit seiner Antikriegspropaganda zur Intensität der bundesrepublikanischen Studentenbewegung der ausgehenden sechziger Jahre beigetragen hatte, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass der Vietnamkrieg durchaus zur Entfremdung gewisser Teile der Jugend von der

¹⁰⁵³ Vgl. Arenth, in: Larres, 1997, S. 168.

¹⁰⁵⁴ Vgl. Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, Stasi im Westen, 2. Auflage, Berlin 1999, S. 206-207.

¹⁰⁵⁵ DADDDR, XIV, 2. Halbbd., 1966, S. 1251: DDR-Regierung zur Ausweitung des USA-Krieges gegen das vietnamesische Volk, 14.12.1966.

¹⁰⁵⁶ Zu alledem vgl. Rennhack, 1973, S. 136-139.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Stellungnahme einer Delegation des Vietnam-Ausschusses der DDR nach Besuch der Demokratischen Republik Vietnam im Februar 1968, in: Vietnam-Ausschuß, 1972, S. 7-48, S. 21-48..

¹⁰⁵⁸ Zur Haltung der Bundesregierungen zum Vietnamkrieg in den sechziger Jahren vgl. Troche, 2001.

Regierung in Bonn und auch von den USA beitrug. Konnte die DDR eine ähnliche Spaltung in der amerikanischen Gesellschaft erreichen?

Mit dem ständig steigenden militärischen Engagement der USA in Vietnam, dem ausbleibenden Erfolg und den Berichten über amerikanische Kriegsverbrechen wurde in den USA die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Krieges ab Mitte der sechziger Jahre lauter. „*In 1966 and 1967 the anti-war movement became a major element in American political and social life. Demonstrations involving first tens of thousands later hundreds of thousands of protesters erupted across the country.*“¹⁰⁵⁹

Die gewachsene gesellschaftliche Bedeutung der Anti-Vietnamkriegs-Stimmung erkannten auch die USA-Experten der DDR. Nach Einschätzung des DDR-Wirtschaftswissenschaftlers mit USA-Erfahrung Joswig war noch niemals in der Geschichte der USA ein Krieg so unpopulär wie der Vietnamkrieg.¹⁰⁶⁰ Schulzingers Analyse, eine signifikante Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit hätte nach der Tet Offensive 1968 für die schnelle Beendigung des Krieges plädiert, bestätigt Joswigs Befund.¹⁰⁶¹ In der Tat veränderte der Vietnamkrieg die USA radikal, indem die Kontroverse über den Krieg die Institutionen erschütterte und die amerikanische Außenpolitik im eigenen Land in Frage stellte. Robert D. Schulzinger weist in seiner Arbeit auf den nicht zu unterschätzenden Anteil der amerikanischen Öffentlichkeit hin, der glaubte, dass die Regierung den Kalten Krieg nicht mit den richtigen Mitteln führe und Richard Gid Powers zeigt den durch den Vietnamkrieg verursachten enormen Einflussverlust des Antikommunismus in den USA auf.¹⁰⁶²

Eine Folge dieser aus dem Vietnamkrieg abgeleiteten Erkenntnis war die zunehmende Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen in der amerikanischen Außenpolitik.¹⁰⁶³ Die Verbindung der Anti-Vietnam-Bewegung mit dem „*movement for civil rights and economic advancement of the African-Americans and other people of color*“ in der Ablehnung des Krieges erwies sich jedoch insgesamt als wenig gewinnbringend, da sich Anti-Vietnamkriegs- und Bürgerrechtsaktivisten, ähnlich den verschiedenen Organisationen der schwarzen Bewegung fast ebenso oft

¹⁰⁵⁹ Schulzinger, 1997, S. 229.

¹⁰⁶⁰ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vorläufiger Reisebericht über die Reise von Prof. Dr. Joswig in die USA und Kanada vom 29.3.1968 bis zum 3.5.1968, 29.5.1968.

¹⁰⁶¹ Vgl. Schulzinger, 1997, S. 263.

¹⁰⁶² Vgl. ebd., S. 215-216. Powers, Richard G.: *Not Without Honour, The History of American Anticommunism*, New York 1995, S. 319-343.

¹⁰⁶³ Vgl. Falke, in: Jäger, 1995, S. 442.

widersprachen wie sie einer Meinung waren.¹⁰⁶⁴ So blieb zunächst nur die Hoffnung des SED-Regimes auf eine Radikalisierung der Anti-Vietnamkriegs durch „*New Leftist*“ oder Kommunisten. Für amerikanische Konservative war der Protest gegen den Krieg längst von unpatriotischen und feindlichen Kräften radikalisiert worden. Das *Senate Committee on International Security* führte aus: „*The control of the anti-Vietnam-movement has clearly passed from the hands of the moderate elements who may have controlled it at one time, into the hands of the Communists and extremist elements who are openly sympathetic to the Viet Cong and openly hostile to the United States.*“¹⁰⁶⁵ Manche der Organisatoren der studentischen *teach-ins* identifizierten sich wirklich mit sozialistischen Organisationen der *Old Left*, wie der CPUSA oder der *Young Socialist Alliance* und radikalisierten den Protest,¹⁰⁶⁶ der größte Teil protestierte jedoch gegen den Krieg und nicht für den Kommunismus.

Dennoch bestärkte die von Nixon als „*a brotherhood of the misguided, the mistaken, the well-meaning, and the malvolent*“¹⁰⁶⁷ beschriebene Anti-Vietnamkriegsbewegung der linken Studenten und „Hippies“ die US-Experten der DDR in ihrer Auffassung, die USA befänden sich im Endstadium des Kapitalismus und würden von gesellschaftlichen Krisen geschüttelt. Das von konservativen Politikern als verräterisch empfundene „*encouragement of the enemy*“¹⁰⁶⁸ – die inneramerikanische Sympathie für den „Befreiungskampf“ Ho Chi Minhs – wies auf ideologische Anknüpfungspunkte zwischen der SED und der amerikanischen Protestbewegung hin. Manche US-Experten in Ost-Berlin verliehen der Hoffnung auf ein Zusammengehen des Antikriegsprotestes mit der Bürgerrechtsbewegung, den amerikanischen Gewerkschaften, der kommunistischen Partei und sogar dem progressiven Flügel der Demokraten Ausdruck.¹⁰⁶⁹ „Diese machtvolle Protestbewegung des amerikanischen Volkes wird ... neue Bedingungen für eine Veränderung der Klassenkräfteverhältnisse in den USA zugunsten der antiimperialistischen Kräfte schaffen.“¹⁰⁷⁰ Das Potential der Protestbewegung

¹⁰⁶⁴ Vgl. Schulzinger, 1997, S. 226.

¹⁰⁶⁵ Zitiert nach: Chatfield, Charles: *An American Ordeal: The Antiwar Movement of the Vietnam era*, New York 1990, S. 117, 126. Dellinger, David: *From Yale to Jail: The Life Story of a Moral Dissenter*, New York 1993, S. 215.

¹⁰⁶⁶ Schulzinger, 1997, S. 232.

¹⁰⁶⁷ Nixon, Richard: *No more Vietnams*, New York 1985, S. 15.

¹⁰⁶⁸ Nixon, Richard: *RN: The Memoirs of Richard Nixon*, New York 1978, S. 350-351.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Urban, Günther: Zur Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA, in: DAuß, 2/1968, S. 145-149.

¹⁰⁷⁰ Urban, in: DAuß, 2/1968, S. 149.

einzuschätzen war jedoch trotz der ständigen Beobachtung durch das MfS,¹⁰⁷¹ mangels direkter Verbindungen, äußerst schwierig. Darüber hinaus war das Verhältnis der DDR zu den studentischen Bewegungen in den USA ambivalent, da die SED-Elite sie ähnlich wie bei der Studentenrevolte gegen die „bürgerliche Ideologie“ in der Bundesrepublik in ihrem Kampf gegen das kapitalistische System zwar unterstützte, aber gleichzeitig befürchtete, dass eigene oppositionelle Gruppen von den westlichen Protestformen Gebrauch machten.¹⁰⁷²

Kaum leichter als die studentische Anti-Kriegs-Bewegung konnte man in Ost-Berlin die „Progressivität“ der politischen Elite abschätzen. Zwar wusste das MfAA nach eigener Aussage sehr wohl zwischen der Regierung Johnson und den progressiven Kräften in den USA zu differenzieren,¹⁰⁷³ es konnte jedoch schwerlich Abhängigkeiten zwischen einer Opposition gegen den Vietnamkrieg und einer Sympathie gegenüber der DDR herstellen. Die Heterogenität der Vietnamkriegsgegner, zu denen nach Informationen des MfAA z.B. auch der ehemalige Kalte Krieger George Kennan gehörte,¹⁰⁷⁴ erschwerten eine fundierte Einschätzung der gesellschaftspolitischen Orientierung dieser Kräfte. Mangels direkter Kontakte beschränkte sich Ost-Berlin daher auf die Nutzung kritischer Stimmen aus politischen und publizistischen Kreisen der USA zur Untermauerung seiner eigenen Propaganda. Der Vietnam-Ausschuss bezog sich z.B. in seiner Kritik am Zwischenfall von Tonking auf eine Untersuchung des Außenpolitischen Ausschusses von 1967 sowie Äußerungen von Senator Fulbright.¹⁰⁷⁵ Weiterhin zitierten DDR-Publikationen Beiträge kriegskritischer aber wenig radikaler Autoren, wie Robert Scheer¹⁰⁷⁶ oder Walter Lippmann¹⁰⁷⁷ und beriefen sich sogar auf den

¹⁰⁷¹ Vgl. z.B. BStU, SIRA TDB 12, SE7303712: Einschätzung der Lage in der Jugend- und Studentenbewegung der USA im Frühjahr und Sommer 1973 nach der Beendigung des Vietnamkrieges, 21.9.1973. Es ist anzunehmen, dass das MfS die amerikanische Anti-Vietnamkriegs-Bewegung seit ihrer Popularisierung ab 1966 beobachtete. Inwiefern die Staatssicherheit die Bewegung jedoch unterwandern konnte, muss auf Grund der schlechten Quellenlage ungewiss bleiben.

¹⁰⁷² Vgl. Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Eine Mediengeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 2002, S. 121.

¹⁰⁷³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Handschriftliche Anmerkung von Leni Berner an Paul Markowski zum Protokoll der Aussprache mit 34 amerikanischen Dozenten, 29.1.1968.

¹⁰⁷⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/609: Vermerk über ein Gespräch zwischen dem Genossen Geyer und Prof. Jean E. Smith vom 18.4.1968, 22. 4.1968.

¹⁰⁷⁵ Stellungnahme einer Delegation des Vietnam-Ausschusses der DDR nach Besuch der Demokratischen Republik Vietnam im Februar 1968, in: Vietnam-Ausschuß, 1972, S. 7-48, S. 20.

¹⁰⁷⁶ Vgl. ebd., S. 15.

¹⁰⁷⁷ Lippmann, Walter in Newsweek vom April 1965. Lippmann, Walter, New York Herald Tribune, 21.4.1965, in: SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Die USA-Politik in Vietnam, 10.6.1965.

Süd-Vietnam-Bericht des Senators Mansfield: „Senator Mansfield nämlich, der mit anderen USA-Senatoren des Außenpolitischen Ausschusses Ende 1965 Südvietsnam bereiste, entdeckte den wahren Grund für die Eskalation: „Kurz“ – sagte der Mansfield-Bericht – „ein totaler Zusammenbruch der Autorität der Saigoner Regierung schien in den ersten Monaten des Jahres 1965 unmittelbar bevorzustehen.“¹⁰⁷⁸ Die DDR übernahm auch einige amerikanische Argumentationen, wenn ihre Propaganda darauf verwies, dass „immer mehr junge Amerikaner die besten Jahre ihres Lebens im Dschungel Vietnams“ verbrachten, „immer mehr für die Interessen der Globalstrategen und Rüstungsprofiteure“ verbluteten¹⁰⁷⁹ und die Idee der „großen Gesellschaft“ der „Eskalation des barbarischen Vietnamkrieges zur Hauptbeschäftigung der Johnson-Regierung, der Militärs und ihrer Auftraggeber in Industrie und Hochfinanz“ geopfert wurde.¹⁰⁸⁰

Trotz der Parallelen in einigen Positionen gelang es der DDR nicht, die Antivietnamkriegsbewegung für das „andere Deutschland“ einzunehmen. Aber auch ohne einen signifikanten Erfolg der DDR-Politik, hatte die innenpolitische Entwicklung in den USA einen positiven Effekt für das SED-Regime. Durch den Krieg in Vietnam bröckelte die antikommunistische Einheit in den USA zusehends. Der Administration Johnson gelang es nicht, die kritischen Stimmen im politischen Establishment zum Schweigen zu bringen¹⁰⁸¹ und die Administration Nixon musste spätestens nach dem durch das Feuer von Nationalgardisten verursachten Tod von vier Teilnehmern einer außer Kontrolle geratenen Antivietnamkriegsdemonstration auf dem Gelände der Kent-State University im Jahr 1970 die Spaltung der Amerikaner in der Vietnamfrage erkennen. Die Opposition gegen den Krieg am stellte sogar die Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik in Frage, wie Robert Schulzinger feststellt: „*For a generation most Democratic members of Congress had advocated the containment of communism as the proper foreign policy, but a group of Democratic senators and representatives opposed the Johnson administration's policy in Vietnam. As this group grew from about eleven 1965 to more than thirty in*

¹⁰⁷⁸ Stellungnahme einer Delegation des Vietnam-Ausschusses der DDR nach Besuch der Demokratischen Republik Vietnam im Februar 1968, in: Vietnam-Ausschuß, 1972, S. 7-48, S. 17.

¹⁰⁷⁹ Bollinger, 1968, S. 62.

¹⁰⁸⁰ Vgl. Bollinger, 1968, S. 48.

¹⁰⁸¹ Small, 1988, S. 80-81. Schulzinger, 1997, S. 225.

1968, many of the members also questioned the basic assumptions of American foreign policy.”¹⁰⁸²

Auch wenn der vom MfAA hergestellte Zusammenhang zwischen einer im Vietnamkrieg begründeten strategischen Niederlage der USA im Kalten Krieg und einer Schwächung der amerikanischen Ablehnung der DDR als Völkerrechtssubjekt¹⁰⁸³ weit hergeholt ist, so wuchsen die von Schulzinger angesprochenen Zweifel an der generellen Außenpolitik der USA gegenüber dem Kommunismus in den ausgehenden sechziger Jahren jedenfalls beständig.

Auf die Veränderungen reagierte die *Détente*-Politik der Administration Nixon, die eine Neuausrichtung der Vietnampolitik mit einschloss. Nixon und Kissinger glaubten: „*Relations with the communists could not be stabilized unless the United States left Vietnam with dignity.*“¹⁰⁸⁴ Das Ziel der geänderten Strategie in Vietnam war ein *honorable peace*, der es den USA erlaubte, ihre Soldaten aus Vietnam abzuziehen ohne übermäßige Schwäche zu zeigen. Dieses Ziel sollte durch die *Vietnamization*, d.h. die schrittweise Substitution amerikanischer Truppen durch ausgebildete Truppen der AVRN bei gleichzeitiger politischer Stabilisierung Südvietnams erreicht werden. Die geänderte Strategie machte eine veränderte Propaganda seitens der DDR notwendig: „Der USA-Imperialismus versucht nach der strategischen Niederlage der amerikanischen Asienpolitik in Vietnam seine strategisch-taktischen Ziele durch die Formierung eines so genannten regionalen Machtzentrums unter Führung des japanischen Imperialismus zu realisieren. ... In diesem Zusammenhang sollen die südvietnamesischen Marionettentruppen schrittweise die Hauptlast der Aggressionshandlungen übernehmen (sogen. Vietnamisierung) und Teile der Landstreitkräfte der USA abgezogen werden (Variante des Stellvertreterkrieges).“¹⁰⁸⁵

Neben der *Vietnamization* suchte Washington über die Verknüpfung der globalen Lage mit dem Vietnamkrieg ein möglichst schnelles und akzeptables Ende für die USA zu erreichen. Intensiver als die Administration Johnson bemühte sich Nixon um

¹⁰⁸² Schulzinger, 1997, S. 216.

¹⁰⁸³ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 513/74: Einschätzung des Standes und der Entwicklungstendenzen der USA-Außenpolitik, 1969.

¹⁰⁸⁴ Small, Melvin: *The Presidency of Richard Nixon*, Kansas, 1999, S. 65.

¹⁰⁸⁵ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

eine Entspannung mit der Sowjetunion in der Hoffnung, Ho Chi Minh über Moskau als größtem Lieferanten militärischer Produkte an Nordvietnam unter Druck zu setzen. Die amerikanische Regierung machte sich jedoch sowohl unter Johnson als auch unter Nixon diesbezüglich falsche Hoffnungen.¹⁰⁸⁶ Die Vereinigten Staaten überschätzten den Einfluss Moskaus auf die Befreiungsbewegung Ho Chi Minhs, da sie die osteuropäischen Verhältnisse eins zu eins auf Südostasien übertrug und daher davon ausging, alles Antiamerikanische habe seine Wurzeln in Moskau. Flankierend zu den Verhandlungsbemühungen suchten die USA durch militärische Offensiven, wie den Kampf gegen Vietcong in Kambodscha, eine Position der Stärke aufzubauen. Ein Einlenken des amerikanischen Präsidenten konnte und wollte man daher in Ost-Berlin nicht erkennen: „Sobald der Kongress Anfang der siebziger Jahre angesichts der Niederlage der USA auch nur die geringsten Schritte unternahm, um den Krieg in Vietnam und Kambodscha einzudämmen, setzte sich der Präsident darüber hinweg.“¹⁰⁸⁷ Da der Krieg nicht an Intensität abnahm, gab es keine Veranlassung, die ostdeutsche Kritik am Vietnamkrieg an Intensität verlieren zu lassen. Auch wenn der Vietnamkrieg nicht mehr so häufig Thema in der DDR-Presse und Publizistik war, so kehrte er regelmäßig in die organisierte Öffentlichkeit der DDR zurück. Beständig organisierte das Politbüro den umfassenden Protest: „Im Zusammenhang mit der Erklärung Nixons über die verstärkte Bombardierung und die angekündigte Blockade Nordvietnams ist in der DDR eine breite Protestkampagne gegen die verstärkte Aggression in Indochina zu entwickeln. Durch den Bundesvorstand des FDGB, den Zentralrat der FDJ, den Bundesvorstand des DFD, das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee sind Erklärungen abzugeben. In Betrieben sind Kundgebungen und Meetings zu organisieren.“¹⁰⁸⁸

Die Vermutung liegt nahe, dass das Regime mit der Kanalisierung von Frustration und Kritik gegen die Vereinigten Staaten den Protest gegen die eigenen Unzulänglichkeiten ablenken wollte, da unter dem Dach der Parteinahme für den Frieden in einer Auseinandersetzung zwischen dem David Nordvietnam und dem Goliath USA auch für Kritiker der Zustände in der DDR Platz war. Und auch in der Bundesrepublik hoffte die DDR, ihre Strategie der sechziger Jahre fortzuführen und

¹⁰⁸⁶ Vgl. LaFeber, Walter: *America, Russia, and the Cold War, 1945-1996*, New York 1997, S. 252.

¹⁰⁸⁷ Röder (Autorenkollektiv), 1976, S. 127.

¹⁰⁸⁸ SAPMO-BArch, DY 30/ J IV 2/2 A 1593: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 9.5.1972.

die Bonner Regierung der Jugend zu entfremden. Folglich stellte die DDR auch die sozial-liberale Koalition, die den Vietnamkrieg als Thema so gut es ging mied, an den Pranger. Der dabei angeschlagene Ton war scharf, wie Horst Rennhacks Angriff auf die Bundesregierung exemplarisch demonstriert: „Die Anklageschrift soll nicht zuletzt die Hintergründe jenes demonstrativen Schweigens enthüllen, mit dem der Bundeskanzler der BRD, Willy Brandt, in seiner Neujahrsansprache 1973 die zuvor erfolgten, weltweit verurteilten, verheerenden USA-Bombenangriffe auf Hanoi und Haiphong als einziger sozialdemokratischer Regierungschef in Europa politisch-moralisch deckte. Möge diese Arbeit dazu dienen, die internationale Protestbewegung gegen imperialistische Aggressoren und ihre Beihelfer zu stärken.“¹⁰⁸⁹ Entgegen diesem Aufruf suchte die DDR den Kontakt zum amerikanischen Protest in den siebziger Jahren nicht mehr aktiv. In Ost-Berlin hatte man erkannt, dass das vom SED-Regime durch den Vietnamkrieg als Gegenbild zur Bundesrepublik aufgebaute Image des friedlichen Deutschlands eher in westdeutschen als in amerikanischen Protestkreisen verfiel. An die Möglichkeit einer, durch den Vietnamkrieg ausgelösten revolutionären Entwicklung in den USA glaubte man in Ost-Berlin nicht mehr ernsthaft.

Der Positionen des amerikanischen Protestes bzw. der Brisanz der inneramerikanischen Auseinandersetzung bediente sich das SED-Regime allerdings weiterhin. Dabei betonte die Propaganda die Überlegenheit der sozialistischen Welt, die durch amerikanische „Enthüllungen“ in die amerikanische Öffentlichkeit gelangte „Tatsachen“ über den verbrecherischen Charakter des Krieges, die z.B. durch die Pentagon-Papers geleistet wurden, lange vorher erkannt hatten.¹⁰⁹⁰ Dieser Logik folgend war das Ende des Vietnamkriegs keine Leistung der nordvietnamesischen und amerikanischen Regierungen, sondern die logische Folge der moralischen Überlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Welt. Diese Überlegenheit sollte auch der DDR zu ihrem Sieg auf internationaler Ebene verhelfen.

¹⁰⁸⁹ Rennhack, 1973, S. 13.

¹⁰⁹⁰ Vietnam-Ausschuß, 1972, S. 5.

2. Die USA und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“

Die gewaltsame Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 war eine der größten Krisen des Warschauer Paktes in der Geschichte und betraf sowohl den Osten als auch den Westen.¹⁰⁹¹ Der Einmarsch von Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR zur gewaltsamen Ablösung Alexander Dubceks bewirkte eine kurzfristige Verhärtung der internationalen Fronten. Für den Westen zeigte die UdSSR in der Niederschlagung einer friedlichen Revolution in Prag ihr wahres, ihr diktatorisches Gesicht. In den sozialistisch geprägten Staaten der Welt wurde diskutiert, inwieweit die Niederschlagung der sozialistischen Reformbewegung in der CSSR für die Erhaltung des Sozialismus notwendig, bzw. inwiefern die kommunistische Welt Opfer eines Sowjetimperialismus war.¹⁰⁹² Das SED-Regime konnte sich nicht in der Opferrolle fühlen, da, auch wenn die Rolle der DDR und Ulbrichts nicht unumstritten ist,¹⁰⁹³ Ost-Berlin an der militärischen Intervention mit zwei Divisionen (7. gepanzerte, 11. motorisierte Division) teilnahm.

Die *Lobbying*-Bemühungen in den USA wurden von der ostdeutschen Teilnahme an der Invasion in der Tschechoslowakei unterschiedlich beeinflusst. Die Führung der CPUSA ergriff entschieden Partei für die ostdeutschen Genossen. Im Vorfeld der Invasion bedeutete Henry Winston, der sich im August 1968 auf einer Reise durch die DDR befand, der SED-Führung, dass er das Ultimatum der fünf – UdSSR, Polen, DDR, Ungarn und Bulgarien – an die Tschechoslowakei Dubceks für unbedingt notwendig zur Verteidigung des Sozialismus hielt.¹⁰⁹⁴ Winston legte dem ZK der SED eine Analyse des CPUSA-Wirtschaftsexperten Victor Perlo vor, in der dieser massiv die tschechoslowakischen Reformvorhaben kritisierte: *„I find the chapter on economic policy ... alarming. The main ideas could be derived from an American university's economics department, and not from any Institute of Marxism-Leninism.*

¹⁰⁹¹ Zum Prager Frühling und der Rolle der DDR vgl. Grieder, Peter: *The East German Leadership 1946-1973, Conflict and Crisis*, Manchester, New York 1999, S. 174-176. Kural, Václav/ Pries, Lutz/ Wilke, Manfred: *Die SED und der „Prager Frühling“ 1968, Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Anlitz“*, Berlin 1996. Wenzke, R.: *Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung*, Berlin 1995.

¹⁰⁹² Zum Thema Sowjetimperialismus aus kommunistischer Sicht vgl. Breschnew und Brandt – Zwei Friedensheuchler reichen sich die Hände, hrsg. von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dortmund 1973.

¹⁰⁹³ Zur Diskussion um die Rolle Ulbrichts vor und während der Niederschlagung vgl. Wenzke, 1999, S. 174-176.

¹⁰⁹⁴ Vgl. ND, 27.7.1968.

... Indeed, there is no mention of the working class as such, but instead there is stressed the bourgeois conception of 'interest groups'."¹⁰⁹⁵

Aber nicht nur auf Reisen in die Ostblockländer, sondern auch innerhalb der USA war die Agitation der CPUSA gegen die Reformer in der Tschechoslowakei und für ein Eingreifen der fünf sozialistischen Staaten sehr rege. Gus Hall äußerte sich im Zeitraum von Mitte Juli bis zum 21. August 1968 allein sechs Mal öffentlich zu diesem Thema.¹⁰⁹⁶ Die klare Position der CPUSA-Führung sorgte dafür, dass sich, anders als in anderen kommunistischen Parteien im Westen, die Stimmen des Protests aus den eigenen Reihen in Grenzen hielten. Die Abteilung IV nahm erleichtert zur Kenntnis, dass die Zustimmung der Spitze der CPUSA, Gus Hall, Henry Winston, Herbert Aptheker von einer Mehrheit der amerikanischen Kommunisten geteilt wurde.

Dennoch registrierte Ost-Berlin auch, dass auf einer extra zu diesem Thema vom 31. August bis zum 1. September stattfindenden Tagung des Nationalkomitees mit den Vorsitzenden der Partei in New York und Kalifornien, Gil Green und Dorothy Healy, auch kritische Stimmen aus den Funktionsebenen der CPUSA anklangen.¹⁰⁹⁷ Diese Minderheitsmeinungen in der CPUSA waren Mehrheitsmeinungen im Rest der amerikanischen Gesellschaft. So musste der ADN-Korrespondent frustriert berichten, dass sogar die Mitglieder der ASSGDR anlässlich der Niederschlagung des Prager Frühlings „bedauerlicherweise nicht von der Richtigkeit unserer Maßnahmen überzeugt“ waren.¹⁰⁹⁸ Ebenso verurteilten kirchliche Institutionen, die sonst im Sinne des Friedens für eine Annäherung an die DDR geworben hatten, die Niederschlagung der Reformbewegung. Auch der neue Vertreter der Quäker in Deutschland, der 1968 vorsichtig von einer „Verkomplizierung der Situation in Europa durch Vorfälle in der CSSR“ sprach, konnte daran nichts ändern.¹⁰⁹⁹

¹⁰⁹⁵ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/607: Perlo, Victor: Czechoslovak Party's Economic Programm, Memorandum, 12.7.1968.

¹⁰⁹⁶ Vgl. hierzu die diversen Aktenvermerke in der Akte SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/607.

¹⁰⁹⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/605: SED-Hausmitteilung der Abteilung Internationale Verbindungen an Hermann Axen vom 5.9.1968.

¹⁰⁹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts der ADN-Korrespondenten in New York, 29.9.1968.

¹⁰⁹⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/610: Information zum Amtsantritt des ständigen Vertreters der amerikanischen Quäker in Westberlin, 10.1.1969.

Die DDR machte sich mit ihrer Teilnahme und Rechtfertigung der Invasion in den Augen von Entspannungsbefürwortern, Friedensaktivisten, Liberalen und gemäßigten Linken der USA zusehends unglaubwürdig und rückten von der DDR ab. Diese Entwicklung entsprach dem grundsätzlichen Trend in den westlichen Staaten. Der Repräsentant des Friedensrates der DDR war der Einzige, der auf einem Treffen des Weltfriedensrates in Helsinki 1968 bei Fehlen der Vertreter anderer Invasionsstaaten die Invasion verteidigte.¹¹⁰⁰ Unter diesen Voraussetzungen war eine negative Wirkung der DDR-Beteiligung an der Invasion auf die Bemühungen, die amerikanische Politik von der Anerkennung des ostdeutschen Staates zu überzeugen, äußerst wahrscheinlich. Das MfAA glaubte jedoch, die „Konsolidierung“ des Warschauer Paktes hätte zur Bereitschaft der USA, den *Status quo* in Europa anzuerkennen beitragen: „Besonders nach dem Scheitern der konterrevolutionären Umsturzversuche in der CSSR 1968 wurde den Führungskreisen der USA bewusster, dass es nicht möglich sein wird, einzelne sozialistische Staaten zur Isolierung der DDR und für die Realisierung konterrevolutionärer „Wiedervereinigungsprogramme“ zu missbrauchen.“¹¹⁰¹

Die Reaktion der US-Regierung auf die Teilnahme der DDR an der Invasion leistete solchen Hoffnungen Vorschub. Eine Protestnote der drei Westmächte, die DDR-Truppen in der CSSR blieb aus. Die Westmächte verzichteten nicht, wie Zeitgenossen annahmen, auf die namentliche Erwähnung der DDR in einem Protest, um so nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen, dass die DDR für sie als Staat nicht existierte,¹¹⁰² sondern konnten sich nicht auf einen Wortlaut des Protests einigen. Das war ein Signal der amerikanischen Schwäche in Richtung Ost-Berlin, selbst wenn das *State Department* sehr verärgert über das Ausbleiben der Note war und intern „*French footdragging*“ dafür verantwortlich machte.¹¹⁰³ Andere archivalische Materialien unterstützen das Bild einer wenig handlungsbereiten US-Regierung. In einem noch am 20. August 1968, kurz nachdem die Invasion begonnen hatte, abgehaltenen NSC-Meeting waren sich Präsident Johnson, Vizepräsident Humphrey und die NSC Berater, Rusk, Rostow einig, dass die USA, bis auf den Ausdruck von

¹¹⁰⁰ Vgl. Wernicke, in: Daum, 2003, S. 315.

¹¹⁰¹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Länderanalyse: Die Politik der Nixon-Administration gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, Januar 1973.

¹¹⁰² Vgl. Meier, 1968.

¹¹⁰³ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 1545, DEF Ger E: USBER to State, Tripartite Note on GDR Troops in Czechoslovakia, 9.10.1968.

Protest, nichts tun konnte, um der Invasion Einhalt zu gebieten. Mitausschlaggebend für diese pessimistische Analyse war die Furcht vor einer als Reaktion auf eine politische Intervention der USA – eine militärische Intervention stand nicht zur Debatte – vom SED-Regime zusammen mit der UdSSR provozierten neuen Berlin-Krise.¹¹⁰⁴ Dem sowjetischen Botschafter wurde daher angezeigt, dass weder die USA noch die NATO in Osteuropa intervenieren würden. Noch am 4. September befürchteten Mitglieder des NSC, die Aufnahme tschechoslowakischer Emigranten durch die USA könnte zu einer ähnlichen Entwicklung in der CSSR führen wie sie 1961 zum Mauerbau in Berlin geführt hatte: *„Are we inviting another Berlin Wall.”*¹¹⁰⁵

Eine neue Berlin-Krise wollte Johnson auf jeden Fall verhindern. In der politischen Führung der USA wurde daher, im Gegensatz zu 1953 und 1961, kein Wort über mögliche Chancen, das SED-Regime bei der eigenen Bevölkerung zu diskreditieren, verloren. Die Furcht Ost-Berlins vor Forderungen der eigenen Bevölkerung nach liberalen Reformen spielte keine Rolle für die DDR-Politik der USA. Auch die für die DDR zuständigen US-Stellen standen liberalen Veränderungen in der DDR negativ gegenüber. Im Januar 1968 wies die US-Mission in einer Einschätzung der politischen Haltung der ostdeutschen Bevölkerung auf die Gefahren einer durch internationale Ereignisse ausgelöste innenpolitische Krise der DDR hin: *„Very few East Germans identify with the communist party, the SED. ... East German’s political views ... are unstable, perhaps dangerously so. Suddenly exposed to new influences, these allegiances could shift erratically, conceivably threatening political stability in the GDR and central Europe.”*¹¹⁰⁶ Ende August 1968 atmete man im *State Department* auf: *„Though popular East German reactions have been stronger and more outspoken than we expected, we do not think Ulbricht is in any danger of losing the reins of power.”*¹¹⁰⁷

¹¹⁰⁴ Minutes of the U.S. NSC Meeting on the Soviet Invasion of Czechoslovakia, 20.8.1968, Navratil, 1998, Dok. 109, S. 445-448.

¹¹⁰⁵ Summary Notes of the 590th Meeting of the NSC, 4.9.1968, in: Navratil, 1998, Dokument Mr. 125, S. 492-496, S. 493.

¹¹⁰⁶ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: USBER to State, East Germans: Their Allegiances and Loyalties, 30.1.1968.

¹¹⁰⁷ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2114, Pol Ger E: USBER to Secretary of State, Implications of Military Intervention in Czechoslovakia for East German (GDR) Regime, 26.8.1968.

Das Weiße Haus befand sich in einem ähnlichen, wenn auch abgeschwächten, Dilemma wie nach dem Mauerbau. Wieder mussten die USA der bundesrepublikanischen Regierung ihre Unterstützung beweisen, ohne in der DDR Unruhe zu schaffen. Und wieder versuchte Washington Bonn und West-Berlin durch symbolische Gesten wie den Berlin-Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Clark Clifford zu beruhigen.¹¹⁰⁸ Im Gefühl einer stabilen Lage in der DDR analysierten die Verantwortlichen im amerikanischen Außenministerium retrospektiv Motive und Folgen der ostdeutschen Teilnahme an der Invasion. Dabei spielte die Invasion selbst in diesen Analysen nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen wurde hervorgehoben, dass Ulbricht ostdeutsche Truppen aus Angst vor der schleichenden Isolation und unter Inkaufnahme eines Rückschlags auf dem Feld der internationalen Anerkennung am Einmarsch in die CSSR teilnehmen ließ.¹¹⁰⁹ Den Schilderungen des *Intelligence Reports* vom 31. Oktober 1968 zufolge war die Invasion eher eine defensive als eine offensive Maßnahme: „*The invasion of Czechoslovakia gave the Ulbricht regime a temporary respite from some of the pressures behind its search for recognition and permanence in Europe.*“¹¹¹⁰ Diesem Druck würde das Ulbricht-Regime versuchen auch in Zukunft standzuhalten. Die ausgehende Johnson-Administration machte jedoch nicht den Eindruck, dass sie den Druck ihrerseits erhöhen wollte. Während manche der DDR zugeneigten Gruppen in den USA die Invasion klar verurteilten, ist es nicht sicher, ob Präsident Johnson die Invasion in der Tschechoslowakei lediglich für einen „*accident on the road to détente*“ hielt.¹¹¹¹ Sicher ist, dass die USA ihren Weg zur Entspannung nicht ab- sondern lediglich unterbrachen.¹¹¹² Ein härteres Vorgehen gegen die Invasions-Staaten und damit auch gegen die DDR passte daher nicht ins Konzept der Administration Johnson.

¹¹⁰⁸ Vgl. Schertz, 1992, S. 452.

¹¹⁰⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2113, POL Ger E: Research Memorandum from Director of Intelligence and Research, Thomas L. Hughes, to the Secretary of State, East German Policy in the Aftermath of the Czechoslovak Intervention, 31.10.1968.

¹¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹¹ Vgl. Mastny, Vojtech: Was 1968 a Strategic Watershed of the Cold War?, in: DH, 1/2005, S. 149-178, S. 149.

¹¹¹² Small, 1999, S. 97. Schertz, 1992, S. 450.

E. Die Administration Johnson und die DDR: Zwischen Anerkennungslobbyismus und internationalen Krisen

In seiner Analyse der Person Lyndon B. Johnsons zeichnete der ostdeutsche Amerikanist Bollinger 1967 nach eigener Aussage ein „sehr buntscheckiges Bild Johnsons“. Bollinger charakterisierte den 36. Präsidenten der USA sowohl als Vorkämpfer gegen die amerikanischen „Ultras“ als auch als Vertreter des „Monopolkapitalismus“ und verbrecherischen Aggressor in Vietnam.¹¹¹³

Ein solch gebrochenes Bild der Administration Johnson war auch die Grundlage der ostdeutschen Hoffnungen und Befürchtungen bei Amtsübernahme der von Johnson geführten Administration nach dem Attentat auf John F. Kennedy am 22. November 1963. In einer Kurzinformation über die Präsidentschaftswahlen 1964 machte die 5. AEA deutlich, dass mit der Wahl des Demokraten Johnson zum amerikanischen Präsidenten zwar eine etwas weniger aggressive, jedoch in keiner Weise weniger antikommunistische Linie als die des republikanischen Bewerbers Barry Goldwater zu erwarten wäre. Dennoch erhoffte sich Ost-Berlin von Johnson eine an den Realitäten orientierte Politik, die in Pankow die Hoffnung nach einer Anerkennung der realen Verhältnisse und damit nach Anerkennung der DDR schürte.¹¹¹⁴

Der amerikanische DDR-Forscher und Zeitgenosse Jean E. Smith weist in seiner Analyse der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen 1967 auf eine zeitliche Abfolge der Chancen und Risiken der Johnsonschen Außenpolitik für die DDR: Zunächst folgte die Johnson-Administration Kennedys Kurs, der Ost-Berlin die Erfolge des Mauerbaus und die Teilnahme am Atomteststoppabkommen geboten hatte. Die durch Kennedy an die Macht gekommenen und unter Johnson etablierten US-Entspannungspolitiker wie Mansfield oder Fulbright waren das personelle Symbol der Kontinuität amerikanischer Gesprächsbereitschaft gegenüber den sozialistischen Ländern.¹¹¹⁵ Dieser Kurs ermutigte Ost-Berlin ab 1964 dazu, die Strategie des *Lobbying* zu forcieren und Kontakte zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der USA zu suchen. Über intensiviertere Kontakte zu „progressiven Kräften“ in den USA gelang

¹¹¹³ Bollinger, 1967b, S. 28.

¹¹¹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Kurzinformation über die Ergebnisse der Wahlen in den USA vom 3.11.1964, 4.11.1964.

¹¹¹⁵ Vgl. Smith, J.E.: The US, German Unity and the GDR, *Queens Quarterly* 1/1967, S. 21.

es, wie in Kapitel VI.C.4 ausführlich dargestellt, der DDR jedoch nicht, ihren Forderungen in der Administration Johnson Gehör zu verschaffen.

Zudem währte die konziliante Phase der Administration Johnson nur bis 1965, als sie unter dem Druck des wachsenden militärischen Engagements in Südostasien wieder zu Dulles' Formeln der 50er Jahre zurückkehrte.¹¹¹⁶ Mit der Eskalation des Vietnamkrieges verschlechterten sich die internationalen Rahmenbedingungen für eine generelle Entspannungspolitik und damit auch für eine Aufwertung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Vereinigten Staaten besannen sich im Angesicht der militärischen Auseinandersetzung mit einem Vertreter des kommunistischen Lagers auf ihre antikommunistischen Ideale zurück. Die intensive DDR-Propaganda gegen die „USA-Aggression“ in Vietnam sowie die Teilnahme ostdeutscher Truppen an der Niederschlagung des Prager Frühlings taten ihr Übriges, offizielle bilaterale Fortschritte kurzfristig unmöglich zu machen. Außerhalb offizieller Kanäle und jenseits der Bilateralität eröffnete der Vietnamkrieg der DDR jedoch auch Chancen. So ließ die Bindung außenpolitischer Ressourcen der Vereinigten Staaten in Vietnam die deutsche Frage aus dem Fokus der Administration Johnson rücken. Im Jahr 1968 war eine deutsche Vereinigung in Selbstbestimmung, welche Johnson in seiner Inaugurationsansprache 1965 noch „*a great unfinished task*“¹¹¹⁷ genannt hatte, in amerikanischen Regierungskreisen nur noch wenig präsent. Unterstützt wurde das amerikanische Desinteresse an einer Diskriminierung der DDR durch den eskalierenden Konflikt zwischen der Johnson-Administration und sowohl der Erhardt- als auch der Kiesinger-Regierung zum Thema des *Burden Sharing*, der Übernahme eines Teils der Besatzungskosten durch die Bundesrepublik.¹¹¹⁸ Während der schwierigen Verhandlungen in den Jahren 1966 und 1967 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Washington und Bonn zwischenzeitlich so sehr, dass die *spezial relationship* durchaus in Gefahr war.

Wenn Ost-Berlin jedoch davon ausging, dass Washington Bonn zu einer Einigung mit der DDR in Teilfragen drängen wollte, so überschätzte die SED-Führung zwei Dinge: Den Missklang im bundesdeutsch-amerikanischen Verhältnis und die eigene

¹¹¹⁶ Vgl. ebd.

¹¹¹⁷ Public Papers of the President of the United States: Lyndon B. Johnson, Volume I, entry 2, S. 1-9, Washington D.C. 1966: Annual Message to the Congress on the State of the Union, 4.1.1965.

¹¹¹⁸ Vgl. Arenth, in: Larres, 1997, S. 165.

Präsenz in den außenpolitischen Konzeptionen Washingtons. Der Glaube einiger Politiker in Ost-Berlin „die USA-Regierung [sei] ... offensichtlich daran interessiert, bei der Durchsetzung ihrer Europa-Politik die DDR als wichtigen politischen und ökonomischen Faktor in Europa als Mittel der politischen Einflussnahme auf die westdeutsche Regierung zu benutzen“¹¹¹⁹ war Ausdruck dieser groben Selbstüberschätzung.¹¹²⁰ Mochten die Auseinandersetzungen zwischen der Administration Johnson und der Regierung Erhard über das Devisenausgleichsabkommen sogar zum Sturz des Kanzlers beigetragen haben; in der Ostpolitik waren sich beide Seiten grundsätzlich darin einig, dass die DDR international nicht aufgewertet werden sollte. Das erkannten auch ostdeutsche USA-Experten relativ zügig. So wies Klaus Bollinger in einer Arbeit von 1967 darauf hin, dass „die Johnson-Administration hinsichtlich der staatlichen Existenz, der Entwicklung und der Festigung der DDR keinerlei realistische Schlussfolgerungen“ hatte erkennen lassen.¹¹²¹

Die Administration Johnson hatte sich, wie schon ihre direkte Vorgängerin, mit einer *De-facto*-Anerkennung der DDR abgefunden, lehnte weitergehende Schritte jedoch strikt ab. Die Nichtanerkennungspolitik der USA gegenüber der DDR hatte daher auch 1968 noch ihre Gültigkeit, wie das Außenministerium deutlich machte: „*The United States does not recognize the East German regime's claim to be a sovereign State, but regards it as a puppet regime which does not reflect in any way the will of the population which inhabits that part of Germany.*“¹¹²² Die Wahl des pronocierten Antikommunisten und konservativen Republikaners Richard Nixon zum amerikanischen Präsidenten ließ in Ost-Berlin wenig Hoffnung keimen, dass sich daran schnell etwas ändern würde.

¹¹¹⁹ SAPMO-BArch, NY 4182/1323: Jarowinski an Ulbricht vom 29.4.1966.

¹¹²⁰ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 175.

¹¹²¹ Bollinger, 1967b, S. 233.

¹¹²² NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2114, POL Ger E: State to Embassy Bonn, 10.4.1968.

V. DDR-USA 1969-1974: Von der internationalen Entspannung zum bilateralen Verhältnis

„Während die Kuba-Krise noch unter den Bedingungen nuklearstrategischer Überlegenheit der USA ausgetragen wurde ..., erreichte die Sowjetunion Ende der sechziger Jahre die nukleare Zweitschlagfähigkeit. Das Gleichgewicht des Schreckens, die beiderseitige Zweitschlagsfähigkeit, ermöglichte, ja erzwang die *Détente*.“¹¹²³ Mag man die von Werner Link postulierte Alternativlosigkeit zur *Détente* bezweifeln, so kann als sicher angenommen werden, dass der Ost-West-Konflikt Ende der sechziger Jahre in eine neue Entwicklungsphase eintrat. Die *Pax Atomica* hatte den Begriff der Sicherheitspartnerschaft zunehmend Eingang in die Gedanken der Staatsmänner in Washington und Moskau finden lassen und ab 1969 schienen diese bereit, solche Gedanken in die Tat umzusetzen.¹¹²⁴

Die vor dem Hintergrund dieser Ausgangslage entwickelte Außenpolitik der Administration Nixon gehört zu einem der besterforschten Gebiete der amerikanischen Nachkriegshistorie. Das Thema beschäftigt, fasziniert oder schockiert die Untersuchenden durch seine Vielschichtigkeit – z.B. *Back-channel*-Gesprächen mit der Sowjetunion und *shuttle diplomacy* in den Mittleren Osten –, ihre Protagonisten – Richard Nixon und Henry Kissinger – und ihr Ergebnis – die *Détente* mit der UdSSR, die „Öffnung“ Chinas und das Ende des Vietnam-Krieges.¹¹²⁵ Die Forschung wurde und wird dabei immer wieder von neuem

¹¹²³ Link, Werner: Der Ost-West-Konflikt im Internationalen System des 20. Jahrhunderts, in: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik, München, Wien 2004, S. 368-397, S. 374.

¹¹²⁴ Hildebrandt, Klaus: Von Erhard bis zur Großen Koalition, 1963-1969, in: Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1984, S. 304.

¹¹²⁵ Vgl. z.B. Bundy, William: A Tangled Web: The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency, New York 1998. Garthoff, Raymond: *Détente and Confrontation: Soviet-American Relations from Nixon to Reagan*, rev. ed., Washington D.C. 1994. Garthoff, Raymond: *A Journey through the Cold War: A Memoir of Containment and Coexistence*, Washington D.C. 2001. Hoff, Joan: *Nixon Reconsidered*, New York 1994. Vgl. Kochavi, Noam: *Insights Abandoned, Flexibility Lost: Kissinger, Soviet Jewish Emigration, and the Demise of Détente*, in: DH 29 3/2005, S. 503-530. Hanhimäki, Jussi M.: „Dr. Kissinger“ or „Mr. Henry“? Kissingerology, Thirty Years and Counting, in: DH 27, 5/2003, S. 637-676. Hitchens, Christopher: *The Trial of Henry Kissinger*, London 2001. Auch das Thema China erhält in jüngster Zeit verstärkte Aufmerksamkeit. Vgl. z.B. Goh, Evelyn: *Nixon, Kissinger and the „Soviet Card“ in the U.S. Opening to China, 1971-1974*, in: DH 29, 3/2005, S. 475- 502. Goh, Evelyn: *Constructing the US Rapprochement with China, 1961-1974, From Red Menace to Tacit Ally*, New York 2005.

Archivmaterial¹¹²⁶ und Darstellungen der Protagonisten angeschoben. Die Quantität und Qualität dieser Forschung widerlegt Vojtech Mastnys Einschätzung, die goldenen Zeiten dieser Politik seien die schlechtest untersuchte Periode des Kalten Krieges.¹¹²⁷ Dennoch verbleiben noch zu erschließende Desiderata. So blieb die Erforschung der Beziehungen der USA zu den Staaten Osteuropas in dieser turbulenten Zeit bisher an der Oberfläche. Eine detaillierte Analyse der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen vor dem Hintergrund der *Détente* fehlt bis heute gänzlich. Der folgende Abschnitt führt eine solche Analyse mit Hilfe der folgenden Fragestellungen durch:

- Welche Rolle spielte die DDR in der amerikanisch-sowjetischen Annäherung?
- Wie entwickelten sich die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der DDR unter den Vorzeichen der Entspannung?
- Wie wirkte sich die Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen auf das Verhältnis zwischen Washington und Ost-Berlin aus?
- Welche Rolle spielte die Aufnahme der DDR in die UNO in der Definition des ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisses?
- Welche konkreten Fragen standen im Zentrum der Verhandlungen?

A. Das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis unter den Vorzeichen der amerikanisch-sowjetischen Entspannung

Im Oktober 1972 veröffentlichte der Prophet des Kalten Krieges George Kennan in der Zeitschrift *Foreign Affairs* einen Artikel mit dem Titel *After the Cold War*. In diesem Beitrag beschrieb Kennan die Situation einer geteilten, aber sicheren Welt zweier Einflussphären im *Status quo*.¹¹²⁸ Ausschlaggebend für die Entstehung der Kennanschen Ordnung war die Einschätzung beider Supermächte, in einem nuklearen Schlagabtausch würden, unabhängig vom Erstschlag, beide Länder völlig zerstört. Zur Vermeidung eines solchen Szenarios erschien den Verantwortlichen im Weißen Haus und im Kreml die Entspannung zwischen den Blöcken bei gleichzeitiger Sicherung der jeweiligen Einflussphären als ein gangbarer Weg. Aber

¹¹²⁶ Ein Beispiel für neueres Archivmaterial sind die Back Channel Gespräche zwischen Henry Kissinger und Anatoly Dobrynin (memoranda of conversations/ memcons), die mittlerweile durch die Nixon Presidential Material Papers zugänglich sind. Vgl. Hanhimäki, in: DH 5/2003, S. 647.

¹¹²⁷ Vgl. Mastny, Vojtech: The New History of Cold War Alliances, in: *Journal of Cold War Studies*, 4/2002, S. 55-84, S. 77.

¹¹²⁸ Vgl. Kennan, George F.: After the Cold War, in FA 10/1972, S. 210-227.

sollte auf diese Weise der Kalte Krieg wirklich beendet werden, oder wie Jussi Hanhimäki fragt: „*Was détente meant to launch a structural revolution that would ultimately lead to the end of the Cold War? Or was détente simply a way of gaining a ‚breather‘, of making the competition more manageable, perhaps even giving the United States an edge that it seemed to be losing?*“¹¹²⁹

Retrospektiv wissen wir, dass der Ost-West-Konflikt nicht in den siebziger Jahren endete. Mit Blick auf die DDR muss daher erarbeitet werden, ob die Administration Nixon mit der Anerkennung 1974 einen langfristigen *Status quo* schaffen wollte oder die Teilung Deutschlands nur vorübergehend akzeptierte. Die Agenda der 5. *American-German Conference* im Jahr 1967 hatte das Problem bereits formuliert: „*How far can the policy of relaxing tensions and of a „new approach” to the East be combined with continued efforts to promote the reunification of Germany?*“¹¹³⁰ Die Grundlage zur Veränderung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der DDR war folglich die Kompatibilität zwischen der Entwicklung in den deutsch-deutschen und der Entwicklung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

1. Die „Ära der Verhandlungen“ und die DDR

In seiner Inaugurationsansprache 1969 erklärte Präsident Nixon zum Verhältnis zur Sowjetunion: „*We are entering an era of negotiations.*“¹¹³¹ Eine Besonderheit dieser neuen Ära der Verhandlungen war die veränderte Rezeption der Sowjetunion im Weißen Haus. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Johnson betrachtete Nixon die UdSSR nicht mehr ausschließlich als ideologischen Feind, sondern auch als „normale“ Großmacht, die stärker an der Sicherung der eigenen Einflussphäre als an der Beseitigung des kapitalistischen Systems in der Welt interessiert war.¹¹³² Ebenso sollten die USA ihre Außenpolitik verstärkt an den eigenen Interessen und nicht am weltweiten Kampf gegen den Kommunismus ausrichten. Die Nixon-Doktrin mit

¹¹²⁹ Hanhimäki, in: DH 5/2003, S. 648. Vgl. auch Gaddis, John Lewis: *The Cold War, A New History*, London 2005, S. 198: „Humanity, however, was not particularly grateful. For just as the Cold War had frozen the results of World War II in place, so détente sought to freeze the Cold war in place. Its purpose was not to end that conflict... but rather establish rules by which it could be conducted.”

¹¹³⁰ Vgl. Pol-Arch AA, B32, 262: Vorläufige Agenda der 5. *American-German-Conference*, 20.4.1967.

¹¹³¹ Vgl. *Public Papers of the President: Richard Nixon*, 1969, Washington 1970, S. 1-4.

¹¹³² Small, 1999, S. 98.

ihrer Forderung nach Herabsetzung der globalen politischen und militärischen „Silhouette“ der USA und der verstärkten Übernahme von Verantwortung durch die Verbündeten war Ausdruck dieses Umdenkens: *„America cannot – and will not – conceive all the plans, design all the programs, execute all the decisions, and undertake all the defense of the free nations of the world. We will help where it makes a real difference and is in our interests.... Our interests must shape our commitments, rather than the other way around.“*¹¹³³ Damit entfernte Nixon sich radikal von der an die Verbündeten gerichteten Zusage seines Vorgängers Kennedy, der neun Jahre früher versichert hatte, *„to pay any price, bear any burden, meet any hardship, support any friend, oppose any foe to assure the survival and success of liberty“*.¹¹³⁴

Nixon ging sogar noch weiter und ließ gegenüber der UdSSR erkennen, dass er große Teile seiner antikommunistischen Ideologie über Bord geworfen hatte. Zwar hielt er gegenüber seinen Landsleuten sein Hardliner-Image aufrecht,¹¹³⁵ den Austausch zwischen Washington und Moskau befreite er jedoch von ideologischem Ballast. Um diesen Spagat machen zu können, setzte die Administration Nixon verstärkt auf das Instrument der Geheimdiplomatie. Der Präsident und sein wichtigster Berater Kissinger klärten die Probleme mit ihren sowjetischen Gegenübern vorwiegend hinter verschlossenen Türen bzw. über die zum sowjetischen Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin, geschaltete telefonische *hot line*. Die Geheimhaltung ermöglichte einen intensiveren – allein im Jahr 1972 fanden über die direkte *hot line* 130 Gespräche statt – und freieren Gedankenaustausch der beiden Supermächte über die internationale Ordnung und ihre Probleme.

Aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Gespräche verbesserte sich deutlich. So führten die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen dazu, dass von 1970 bis 1973 die USA und die UdSSR mehr als zwanzig Abkommen und Verträge unterzeichneten. Diese reichten von dem Rüstungsbeschränkungsabkommen SALT¹¹³⁶ über wirtschaftliche Rahmenvereinbarungen bis hin zu

¹¹³³ Zitiert nach: Brandon, Henry: *The Retreat of American Power*, New York 1974, S. 81.

¹¹³⁴ Vgl. Small, 1999, S. 63.

¹¹³⁵ Small, 1999, S. 60-61.

¹¹³⁶ SALT 1 war ein Abkommen auf fünf Jahre, das eine Obergrenze für die offensiven Raketen der beiden Supermächte – 1600 für die UdSSR, 1054 für die USA – festlegte und die Aufstockung existierender Raketen sowie den U-Boot Bau beschränkte.

einzelnen großen Geschäften.¹¹³⁷ Solche Erfolge verlangten auch von den Verantwortlichen in der DDR, die einen solchen Erfolg noch 1969 für unmöglich gehalten hatten,¹¹³⁸ ein deutliches Umdenken.

Aber welche Bedeutung hatte die Gesprächsbereitschaft der beiden Supermächte tatsächlich für das ostdeutsch-amerikanische Verhältnis? Am 12. Juni 1964 war zwischen der DDR und der UdSSR der „Vertrag zur Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ unterzeichnet worden, den das SED-Regime als Meilenstein auf dem Weg zur internationalen Anerkennung wertete: „Durch den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion werden die internationalen Positionen der DDR als souveräner und selbständiger Staat gestärkt.“¹¹³⁹ Dem MfAA wie auch dem ZK war folglich klar, dass die Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zu den USA in enger Zusammenarbeit mit der UdSSR erfolgen konnte und musste.¹¹⁴⁰ Dies erschien nicht schwierig, da in der Frage der Anerkennung im Grunde eine Zielkongruenz zwischen Moskau und Ost-Berlin bestand. Die sowjetische Seite proklamierte die Anerkennung der DDR als wichtigen Teil einer europäischen Friedensordnung.¹¹⁴¹

Die Intensivierung sowjetisch-amerikanischer Verhandlungen im Jahr 1969 sah man in Ost-Berlin daher eher positiv. 1972 waren sich die ostdeutschen USA-Experten jedoch durchaus der Schwierigkeiten auf diesem Weg bewusst: „Zugleich werden die USA weiterhin bemüht sein, den Prozess der Verbesserung der internationalen Positionen der DDR abzubremsen und sich dabei insbesondere auf ihre Pflichten aus früher geschlossenen Verträgen (z.B. Deutschlandvertrag) sowie auf ihr Recht aus der Vier-Mächte-Verantwortung berufen.“¹¹⁴² Ein Artikel von Brzezinski in der Zeitschrift *Foreign Affairs* bestätigte die ostdeutschen Befürchtungen. Brzezinski

¹¹³⁷ Vgl. Small, 1999, S. 111-114.

¹¹³⁸ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 1525/70: Information über die Haltung der UdSSR zu einigen Aspekten der Außenpolitik der Nixon-Regierung und über den Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, 17.12.1969.

¹¹³⁹ Vgl. SAPMO-Barch, DY 30/ IV 2/2.115/6: Protokoll der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro, Maßnahmeplan zur außenpolitischen Auswertung des Freundschaftsbesuchs des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht in der Sowjetunion, 22.6.1964.

¹¹⁴⁰ Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 541/74: Länderstudie über die Aufnahme und Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und den USA, 1972.

¹¹⁴¹ Vgl. Meier, 1968, S. 65-71.

¹¹⁴² Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 532/74: Erste Einschätzung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der sowjetischen Partei- und Staatsführung und dem Präsidenten der USA, R. Nixon, vom 22.-30.5.1972 in Moskau, 6.6.1972.

warnte die USA davor, die Frage der *De-jure*-Anerkennung der DDR zwischen Moskau und Bonn und nicht zwischen Moskau und Washington verhandeln zu lassen.¹¹⁴³ In diesen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen lag ein weiteres Problem für die DDR. Über die neu erschlossenen sowjetischen Kanäle übte Washington nämlich Druck auf die DDR z.B. in Fragen der Bewegungsfreiheit amerikanischer Journalisten in der DDR aus.¹¹⁴⁴ Wie der Schriftverkehr zwischen den zuständigen Stellen der DDR – MfAA und Abteilung Agitation beim ZK der SED – zeigt, hatten die Amerikaner mit dieser Strategie durchaus Erfolg. Das MfAA forderte mehr Konzilianz gegenüber der amerikanischen Presse.¹¹⁴⁵ Die Abwehr gegen „imperialistische Umtriebe“ war löchrig geworden. Die *Détente* beinhaltete für die DDR neben Chancen demnach auch Risiken. Nach Ansicht des ostdeutschen Außenministeriums war das Motiv der amerikanischen Entspannung die „langfristige Erschließung von Möglichkeiten für die Änderung des politischen *Status quo* durch die Anerkennung des ohnehin nicht mehr zu ändernden territorialen *Status quo*.“¹¹⁴⁶ Für die internationale Anerkennung des territorialen *Status quo* der DDR durch Washington war Ost-Berlin bereit, das Risiko einer langfristigen Änderung des politischen *Status quo* durch die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zu tragen. Rückblickend schrieben Klaus Bollinger und Rainer Hagen 1974 über die sowjetisch-amerikanische Entspannung: „Vom Mai 1972 bis heute vollzog sich in den Beziehungen UdSSR-USA eine Wandlung von einschneidender Bedeutung, die von Konfrontation über Verhandlungen zu einer Phase der Zusammenarbeit führte.“¹¹⁴⁷ Bevor die DDR von dieser „Zusammenarbeit“ profitieren konnte, mussten die Siegermächte die deutsche Frage für sich klären.

¹¹⁴³ Brzezinski, Zbigniew: America and Europe, in: FA 10/1970, S. 11-30, S.21.

¹¹⁴⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Aktenvermerk über ein Gespräch zwischen dem dritten Sekretär der Botschaft der UdSSR in der DDR, G. Sannikow, und dem Abteilungsleiter für Presse und Information der Mission der USA in Westberlin, Kessermann vom 30.9.1970, Übersetzung aus dem Russischen, Streng geheim.

¹¹⁴⁵ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Lorf, MfAA an Modrow, Abteilung Agitation beim ZK der SED, 3.11.1971.

¹¹⁴⁶ Pol-Arch AA, MfAA, C 553/76: Haltung der USA zur Vorbereitung und Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz, 13.10.1972.

¹¹⁴⁷ Bollinger, Klaus/ Hagen, Rainer: Zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, in: DAuß 6/1974, S. 1350-1366, S. 1351.

2. Das Vier-Mächte-Abkommen: Grundlage einer ostdeutsch-amerikanischen Verständigung?

„Since shortly after the end of World War II until the Quadripartite Agreement on Berlin was signed on September 3, 1971, Berlin had occupied the unique and unenviable position of being a barometer of relations between East and West – especially between the United States and the Soviet Union.“¹¹⁴⁸ Bis zur Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens am 3. September 1971 war Berlin nicht nur, wie der damalige amerikanische Botschafter in Bonn Kenneth Rush im Zitat ausführt, ein „Barometer“ der Beziehungen zwischen den Blöcken, sondern auch regelmäßig ein „Sturm“ in diesen Beziehungen. In der Aufnahme der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin im März 1970 zeichnete sich der Wunsch der USA ab, das Risiko solcher Stürme zu reduzieren.¹¹⁴⁹

Präsident Nixon maß den Vier-Mächte-Verhandlungen große Bedeutung zu: „progress on Berlin can be the breakthrough to progress on normalization on East-West relations generally.“¹¹⁵⁰ Ein solcher Durchbruch erforderte jedoch Geschick in den äußerst komplexen Verhandlungen, die sich über ein Jahr lang hinzogen. Einer der problematischen Punkte war die Frage nach dem Status Ost-Berlins. Da dieser die DDR direkt betraf, musste Washington notwendigerweise eine Strategie für den Umgang mit dem Thema „DDR“ entwickeln.¹¹⁵¹ Im September 1970 kursierten im NSC zwei Verhandlungsansätze: Ein Ansatz wollte das bestehende System modifizieren: „Continue to offer the USSR some limited reduction in Bonn’s political presence in Berlin in exchange for improved access arrangements, greater circulation and communication possibilities in and around Berlin, and get Soviet acknowledgement of the ties between West Berlin and the FRG. ... No modification in the interpretation of the legal status of the entire city.“ Der zweite Ansatz wollte ein gänzlich neues System implementieren: „Seek a broader agreement which would accept the Soviet thesis that only West Berlin is subject to three (actually four) power authority, whereas East Berlin is the capital of the sovereign GDR.“ Eine solche Neuordnung barg jedoch auch Risiken: „This sort of outcome would cost us prima

¹¹⁴⁸ Vorwort des Botschafters Kenneth Rush, in: Catudal Jr., Honoré M.: A Balance Sheet of the Quadripartite Agreement on Berlin, Evaluation and Documentation, Berlin 1978, S. 21.

¹¹⁴⁹ Vgl. Gaida, 1989, S. 25.

¹¹⁵⁰ Zitiert nach: Nelson, Keith: The Making of Détente: Soviet-American Relations in the Shadow of Vietnam, Baltimore 1995, S. 102-103.

¹¹⁵¹ Vgl. Sarotte, 2001, S. 38.

*facie our largely barren right to demand free access to Eastern Berlin for our military and diplomatic personnel. ... Such a solution would make it easier for the FRG and the Western Powers to recognize the GDR and establish diplomatic representation in East Berlin.”*¹¹⁵²

Die Administration Nixon bevorzugte die Strategie der Modifikation, da sie auf diese Weise, wie der leitende Mitarbeiter der amerikanischen Außenministeriums Martin Hillenbrand in einem Gespräch mit Egon Bahr ausführte, weiterhin ihre theoretischen Rechte in Ost-Berlin behielten, die bei einer zukünftigen Regelung der Beziehungen zwischen der DDR und den USA als Verhandlungsmasse genutzt werden konnten.¹¹⁵³ Daher sprach der amerikanische Repräsentant Rush zu Beginn der Verhandlungen stets von Berlin und nicht von West-Berlin.¹¹⁵⁴ Moskau hingegen bemühte sich, gegen Festsschreibung der West-Alliierten Rechte in Berlin eine Statusverbesserung für die DDR und Ost-Berlin zu erzielen.¹¹⁵⁵ Grundsätzlich war der Kreml ab 1970 bereit, die aggressive Berlin-Politik zu Gunsten der internationalen Entspannung aufzugeben, wie Catudal beschreibt: *„For years a major goal of both the USSR and the GDR was to sever West Berlin’s ties with the Federal Republic, thus depriving the city of its basic existence. However, in the pursuit of a larger foreign policy aim, namely, Western recognition of the Status quo in Europe, Moscow temporarily sacrificed this limited goal.“*¹¹⁵⁶

Die von Catudal beschriebene Bereitschaft Moskaus hielt sich jedoch zunächst in Grenzen. Ähnlich wie die westlichen Mächte ließ die UdSSR bei der Artikulation möglicher Zugeständnisse große Vorsicht walten. Die Meldung des bundesdeutschen Gesandten in Washington, Noebel, 17. Oktober 1970, die Sowjetunion sei bereit, in Fragen die DDR betreffend die Interessen West-Berlins und der Bundesrepublik hinsichtlich des Transit und des Zuganges in Rechnung zu stellen,¹¹⁵⁷ war zu

¹¹⁵² NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe, Box 684: Paper on German Eastern Policy and Berlin as basis for discussion at the NSC meeting, Tuesday, September 15. 1970, 11.9.1970.

¹¹⁵³ Vgl. AAPD, 1970, Bd. II, Dok. 397: Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium Hillenbrand, in Washington, 17.8.1970.

¹¹⁵⁴ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/202/138: Erklärung des amerikanischen Botschafters vom 21.7.1971. Zitiert nach Sarotte, 2001, S. 219.

¹¹⁵⁵ Soutou, Georges-Henri: La France et l’accord quadripartite sur Berlin du 3 septembre 1971, in: Revue d’histoire diplomatique, 1/2004, S. 45-S.73, S. 73.

¹¹⁵⁶ Catudal, 1978, S. 133-134.

¹¹⁵⁷ Vgl. AAPD, Gesandter Noebel, Washington, an das Auswärtige Amt, 17.10.1970.

optimistisch. Die Gespräche plätscherten bis Ende 1970 ohne nennenswerte Ergebnisse dahin.¹¹⁵⁸

Echte Fortschritte machten die Verhandlungen erst zu Beginn des Jahres 1971, nachdem das inoffiziell tagende und handelnde Verhandlungsgremium, bestehend aus Bahr und dem russischen und dem amerikanischen Botschafter in Bonn Valentin Falkin und Kenneth Rush die Gespräche beschleunigte. Diese Dreier-Gruppe arbeitete so geheim, dass selbst Großbritannien und Frankreich und zuweilen sogar das *State Department* nichts von ihrer Arbeit wussten.¹¹⁵⁹

Ein zentrales Motiv der Sowjetunion für die Intensivierung der Verhandlungen u.a. in der Dreier-Gruppe war die Beförderung der bundesdeutschen Ratifikation des deutsch-sowjetischen Vertrages. Die russischen Verhandlungsführer bemühten sich daher bei der gezielten Durchsetzung der Interessen der DDR, die Bundesrepublik so weit wie möglich aus den Verhandlungen auszuschließen bzw. eine Zieldivergenz zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik zu schaffen. Die gefährdete Ratifikation des deutsch-sowjetischen Vertrages Ende 1970 ließ die UdSSR diese Bemühungen verstärken. Breshnew versuchte die bundesdeutsch-amerikanische Verhandlungsfront in den Vier-Mächte-Verhandlungen aufzubrechen, indem er Zweifel an der amerikanischen Loyalität aussäte und die These eines amerikanischen Wunsches nach Verlangsamung der Brandtschen Außenpolitik formulierte.¹¹⁶⁰ So erklärte Leonid Breshnew: „Uns scheint, dass die Amerikaner nach wie vor ein doppeltes Spiel treiben. Äußerlich sind sie scheinbar loyal, aber in der Praxis lassen sie keine Gelegenheit aus, um das Hinterland der gegenwärtigen Koalition zu schwächen, Brandt in die Enge zu treiben, dort, wo er nach ihrer Meinung zu selbständig wird.“¹¹⁶¹

Washington gegenüber knüpfte Moskau die Unterzeichnung der Vier-Mächte-Verhandlungen an die Ratifikation des Moskauer Vertrages. In diesem Junktim nahm die Sowjetunion eine moderate Haltung ein, was die Regelungen in Berlin betraf. Zwar wies Moskau darauf hin, dass „ bei dem Transitverkehr nach und von

¹¹⁵⁸ Vgl. van Dijk, in: Timmermann, 2004, S. 423.

¹¹⁵⁹ Vgl. Sarotte, 2001, S. 119.

¹¹⁶⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 3391: Stenografischen Niederschrift der Tagung des Politische Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes in Ost-Berlin, 2.12.1970.

¹¹⁶¹ Ebd.

(West)Berlin die in der internationalen Praxis üblichen Verfahren der Dokumentenabfertigung (Identifikation) und Kontrolle angewandt“ wurden, stellte aber einen relativ reibungslosen Transit in Aussicht und sprach nicht von einer internationalen Anerkennung der DDR.¹¹⁶²

Ebenso schwerwiegend wie das Fehlen der Anerkennung der DDR waren für Ost-Berlin die sowjetischen Zugeständnisse in den Fragen des Transits. Die Sowjetunion und nicht die DDR garantierten den Transit von und nach Berlin.¹¹⁶³ Die DDR, insbesondere das Büro Honecker, wurde dabei von sowjetischen Stellen nicht konsultiert, aber doch relativ präzise und zeitnah über den Gang der Verhandlungen informiert.¹¹⁶⁴ Die Aussicht auf eine annehmbare Transitregelung und das erfolgreiche Ende der Vier-Mächte-Verhandlungen steigerten das Interesse der US-Regierung am Erfolg der Ratifikationsvorgänge in Bonn.¹¹⁶⁵ Der sowjetische Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, berichtete der SED-Führung, dass die UdSSR in den Bereichen Transit und Besuch Vorschläge machte „an denen die westliche Seite sehr interessiert“ sei und versicherte gleichzeitig, dass die UdSSR stets betonte, dass West-Berlin kein Bestandteil der BRD war und es in den Verhandlungen daher lediglich „um den Transitverkehr durch das Territorium des souveränen Staates – der Deutschen Demokratischen Republik“ ginge.¹¹⁶⁶ Das SED-Regime wurde von der UdSSR aber nicht nur über den Stand der Verhandlungen, sondern auch über Forderungen der USA gegenüber der DDR informiert. Die Vereinigten Staaten übten über Abrassimow Druck auf das SED-Regime aus. Der sowjetische Botschafter setzte sich erfolgreich für die Entlassung wegen „staatsgefährdender Hetze“ verurteilter amerikanischer Jugendlicher aus DDR-Haft ein. 1971 wurden die sechs Amerikaner freigelassen.¹¹⁶⁷

Im Juli 1971 im Stadium fortgeschrittener Verhandlungen überbrachte Abrassimow bessere Nachrichten nach Berlin. Nach Angaben des Botschafters hatte Kenneth

¹¹⁶² SAPMO-BArch, DY 30 2372: Information über das Treffen der Botschafter der vier Mächte, Entwurf: Mitteilung der Regierung der UdSSR an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der USA, 12.3.1971.

¹¹⁶³ MacAdams, James A.: *East Germany and Détente*, Cambridge 1985, S. 120-121.

¹¹⁶⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2372: Büro Erich Honecker, 1971-1972.

¹¹⁶⁵ Vgl. AAPD, 1972, Bd. 1, Dok. 62, 80, 81, 96, 130.

¹¹⁶⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2372: Information über das Treffen der Botschafter der vier Mächte vom 16.7.1971.

¹¹⁶⁷ Vgl. AAPD, 1970, Bd. III, Dok. 462: Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem amerikanischen Botschafter Rush, 12.10.1970.

Rush in einem Vieraugengespräch zwischen beiden betont, dass eine erfolgreiche Vereinbarung der vier Mächte der DDR „die Tür in die internationale Gemeinschaft“ öffnen würde. Rush stellte die zügige Anerkennung der DDR durch westliche Staaten einige Monate nach der Unterzeichnung der Vereinbarung in Aussicht und deutete die schnelle Aufnahme von DDR und Bundesrepublik in die UNO an. Mit der internationalen Anerkennung hätte die DDR „festen Boden unter den Füßen“ und müsste dann in deutsch-deutschen Fragen nicht mehr so empfindlich sein.¹¹⁶⁸ Rush musste klar sein, dass diese Informationen an die DDR weitergeleitet wurden und dort große Hoffnungen weckten. Ob die USA mit solchen Ankündigungen den Weg zum Abkommen erleichtern wollten, kann anhand der Quellen leider nicht konstruiert werden. Sicher ist jedoch, dass die USA der DDR Mitte 1971 weniger skeptisch gegenüber stand, als sie das noch im Jahr 1970 getan hatte.

Insgesamt war der Weg zur Unterzeichnung des Abkommens im September 1971 frei. Die finale Version blieb in ihrem Vokabular vage. Sie sprach z.B. über „*the relevant area*“ und nicht über Berlin als Ganzes. Das Vier-Mächte-Abkommen überließ die Verhandlung der Details, z.B. des deutsch-deutschen Transits den deutschen Verhandlungsparteien, verknüpfte jedoch das eigene in Kraft treten mit einer deutsch-deutschen Einigung im Transit.¹¹⁶⁹ Das Abkommen war daher weniger Endpunkt als vielmehr der Beginn weiterer Entspannung. Dabei nahm es einerseits Berlin endgültig den „Brennpunkt-Charakter“, zementierte andererseits die Teilung Deutschlands weiter.¹¹⁷⁰

Die politische Führung der DDR bewertete das Abkommen als positiv. In einem Interview Ende August 1971 lobte Erich Honecker das Vier-Mächte-Abkommen ausdrücklich als Erfolg der sowjetischen Außenpolitik, der die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorbereite¹¹⁷¹ und am 24. September sprach er gar von der Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt durch den Westen: „In dem Vier-Mächte-Abkommen haben sich die drei Westmächte – die USA, Großbritannien und Frankreich – zum ersten Mal über die Deutsche Demokratische Republik als

¹¹⁶⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2372: Gespräch zwischen K. Rush und P.A. Abrassimow, 17.7.1971.

¹¹⁶⁹ Vgl. Sarotte, 2001, S. 120-121.

¹¹⁷⁰ Vgl. Rice, Condoleezza/ Zelikow, Philip: Sternstunde der Diplomatie, Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, 2. Auflage, München 2001, S. 97.

¹¹⁷¹ ND, 31.8.1971. SAPMO-BArch, J IV 2/2/1352: (Wortlaut vor Veröffentlichung) des ND Interviews Honeckers, 31.8.1971.

souveräner Staat, über seine Grenzen und seine Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin verbindlich geäußert. ... Es handelt sich um ein internationales Abkommen, in dem die Deutsche Demokratische Republik, ihr Territorium und ihre Grenzen genannt werden. Dieses Abkommen trägt die Unterschriften der Vertreter der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Die Äußerung der drei Westmächte über die Deutsche Demokratische Republik hat also völkerrechtlich verbindlichen Charakter.“¹¹⁷²

Derart hoffnungsvoll, war das SED-Regime von den tatsächlichen Auswirkungen des Vier-Mächte Abkommens auf die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen enttäuscht. Im Oktober 1971 stellte das MfAA fest, dass die USA „trotz der im vierseitigen Abkommen über West-Berlin erfolgten Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt die Politik der völkerrechtlichen Nichtanerkennung und der besonderen Diskriminierung der DDR weiter“ fortsetzte.¹¹⁷³ 1973 formulierte die 5. AEA frustriert: „Die Verhandlungen über West-Berlin sollten nach Auffassung der Nixon-Administration so angelegt sein, dass die DDR durch die drei imperialistischen Mächte keine internationale Aufwertung erfährt.“¹¹⁷⁴

In den Vereinigten Staaten stieß das Vier-Mächte-Abkommen gerade wegen der ihm immanenten „internationalen Aufwertung“ der DDR nicht auf ungeteilte Zustimmung. So kommentierte der republikanische Senator Joe D. Waggoner das Abkommen im Oktober 1971: „*Heretofore [P.M. bis zum Vier-Mächte-Abkommen], neither the United States nor the West has accepted East Germany as being a separate state, nor had it been previously accepted that East Berlin was a separate entity from West Berlin, or that both were not an integral part of the Federal Republic of Germany. The Berlin Accord, signed by the United States, France, Great Britain and the Soviet Union, at the insistence of the Brandt government, has changed all that. For the first time, East Germany has in effect been recognized as a separate state.*“¹¹⁷⁵ Die US-Mission in Berlin bewertete das Abkommen ebenfalls als eine, wenn auch weniger dramatische, Aufwertung der DDR: „*Long treated as an*

¹¹⁷² Honecker, Erich: Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1983, S. 304.

¹¹⁷³ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA-Regierung zur Deutschen Demokratischen Republik, 10/1971.

¹¹⁷⁴ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Länderanalyse: Die Politik der Nixon-Administration gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, 1/1973.

¹¹⁷⁵ Pol-Arch, AA, B31, 327: Kritik amerikanischer Kongreßabgeordneter und Senatoren an dem Berlin-Abkommen, 21.10.1971.

international pariah, the GDR has now seen the US, the UK and France accept its competence for some aspects of the Berlin Agreement.“¹¹⁷⁶

Ungeachtet dieser Kritik wertete man das Vier-Mächte Abkommen im Weißen Haus auch mit Blick auf die DDR als Erfolg. Es war den Amerikanern gelungen, ihre Rechte in Berlin festzuschreiben, ohne die Souveränität der DDR explizit anerkennen zu müssen. Washington hatte so den Manövrierraum in möglichen Anerkennungsverhandlungen gewahrt. Der Westen erhielt, wie Ostermann formuliert, durch das Vier-Mächte-Abkommen einen *Status quo plus*, der eine weniger verkrampfte Haltung gegenüber einer deutsch-deutschen Entspannung ermöglichte.¹¹⁷⁷ Die mit diesem *Status quo plus* verbundenen Rechte waren für die USA bei der Frage nach einer Anerkennung der DDR von zentraler Bedeutung. Ost-Berlin war das bewusst. In einem Interview mit Associated Press im Mai 1974, während der ostdeutsch-amerikanischen Verhandlungen, versicherte Honecker daher: „Wir schätzen sehr hoch das Vierseitige Abkommen über West-Berlin und haben unseren Beitrag geleistet. Selbstverständlich sind wir bemüht, das Abkommen nach Geist und Buchstaben zu erfüllen. Wir gehören nicht zu den Unterzeichnern – das sind die Großmächte –, aber wir schätzen die Bedeutung dieses Abkommens hoch ein.“¹¹⁷⁸ Für den erwähnten *Status quo plus* war Washington bereit, mit dem Abkommen einen weiteren Schritt in Richtung einer generellen Akzeptanz der DDR zu machen.¹¹⁷⁹

3. Die USA und die KSZE-Initiative bis 1974

Trotz der einschneidenden Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik beruhte das Ende des Jahres 1969 beginnende Tauwetter zwischen den Blöcken nicht ausschließlich auf Verhandlungsinitiativen der USA. Mitunter wurde die *Détente* auch durch Initiativen des Ostens forciert. Eine solche durch die UdSSR geförderte, Initiative war das Streben nach einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Moskau hoffte, durch Nutzung der Sicherheitsinteressen der

¹¹⁷⁶ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 25.1.1972.

¹¹⁷⁷ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 246.

¹¹⁷⁸ SAPMO-BArch, DY 30 2492: Interview des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Associated Press vom 30.5.1974.

¹¹⁷⁹ Vgl. Garthoff, Raymond L.: *Détente and Confrontation, American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington D.C. 1985, S. 121.

europäischen Staaten eine generelle und offizielle Akzeptanz des *Status quo* in Europa inklusive der Existenz der DDR durch den Westen, insbesondere die USA und die Bundesrepublik, zu erreichen.¹¹⁸⁰ Die Vereinigten Staaten waren daher fest als Teilnehmer dieser Konferenz vorgesehen.

Trotz der sowjetischen Intention hatte die DDR zunächst Bedenken gegen eine amerikanische Teilnahme an der Konferenz. In Ost-Berlin befürchtete man, die westliche Supermacht könnte die westeuropäischen Staaten so beeinflussen, dass diese sich gegen eine internationale Aufwertung der DDR entschieden. Das vom stellvertretenden Außenminister der UdSSR, Semjonow, in einem Gespräch mit dem DDR-Außenminister Winzer im Herbst 1969 formulierte Argument, eine amerikanische Teilnahme bedeute nicht automatisch eine Beteiligung der USA an den Beschlüssen der Konferenz sowie der Hinweis, dass die amerikanische Zustimmung zur gleichberechtigten Teilnahme der DDR einen großen Fortschritt in der Durchsetzung der *De-jure*-Anerkennung darstellte,¹¹⁸¹ überzeugten das SED-Regime schließlich. Ost-Berlin erkannte, dass die Sicherheit, die es durch die amerikanische Anerkennung der europäischen Grenzen erlangen konnte, das Maß an Zusammenarbeit, das es dafür leisten musste, mehr als aufwog.¹¹⁸² Dementsprechend enttäuscht war man in Ost-Berlin, als sich herauskristallisierte, dass die USA wenig Interesse an einer europäischen Sicherheitskonferenz hatten und sogar zur Speerspitze der Gegner wurden. Walter Ulbricht äußerte z.B. auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes im Dezember 1970: „Die negative Haltung der USA ist in den letzten Wochen deutlich zu Tage getreten. Unter dem Einfluss der USA und der BRD trachten die NATO-Staaten danach, neue Vorbedingungen für eine europäische Sicherheitskonferenz zu stellen.“¹¹⁸³

Ulbrichts Beobachtungen trafen zu. Die KSZE war als multilateraler Ausdruck sowjetischer Interessenspolitik wenig geliebt in Washington.¹¹⁸⁴ Bis Ende 1971, d.h. bis die Vier-Mächte-Verhandlungen und die Abrüstungsgespräche wirkliche

¹¹⁸⁰ Vgl. Garthoff, 1985, S. 475.

¹¹⁸¹ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/2 A-1394: Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED: Außenminister Otto Winzer an Ulbricht, Honecker, Axen, 25.9.1969. Zitiert nach Große, 1999, S. 28.

¹¹⁸² Vgl. Jacobsen, Hans-Adolf/ Mallmann, Wolfgang/ Meier, Christian: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Analyse und Dokumentation, Köln 1973, S. 25.

¹¹⁸³ SAPMO-BArch, DY 30 3391: Stenografischen Niederschrift der Tagung des Politische Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes in Ostberlin, 2.12.1970.

¹¹⁸⁴ Vgl. Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess, Darmstadt 1992, S. 39.

Fortschritte gemacht hatten, blieb Washington äußerst ablehnend gegenüber der KSZE.¹¹⁸⁵

Die Ursache für diese Ablehnung lag in dem Umstand, dass Washington seinen Beitrag zu den Konferenzvorbereitungen direkt vom Fortschritt der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR abhängig machte.¹¹⁸⁶ Zentrales Motiv für diese Ablehnung war die Befürchtung Nixons und Kissingers, dass eine solche Konferenz oder ein vorbereitendes Treffen allein durch die Tatsache der Zusammenkunft zugunsten Moskaus Präjudizien – nämlich die Verfestigung des ost- und mitteleuropäischen *Status quo* und damit die internationale Aufwertung der DDR ohne Gegenleistung – schaffen konnte.¹¹⁸⁷

Mit dieser Haltung gerieten die Vereinigten Staaten jedoch unter doppelten Druck. Auf der einen Seite forderte die UdSSR mit Blick auf die bilateralen Verhandlungen mit Washington ein amerikanisches Engagement für eine baldige Konferenz. Auf der anderen Seite artikulierten die westeuropäischen Verbündeten ab dem Jahr 1972 mit wachsendem Nachdruck ihr Interesse an dem Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz. Der Druck der eigenen Verbündeten erschwerte die amerikanische DDR-Politik in besonderem Maße, da er deutlich machte, dass die DDR zweifellos als gleichberechtigter Teilnehmerstaat zur KSZE hinzugezogen werden sollte.¹¹⁸⁸ Die amerikanische Regierung sah sich deshalb zwar nicht, wie das MfAA behauptete, „bewirkt durch die konstruktive Politik der sozialistischen Staaten und die sich ändernde Lage in West-Europa – im Prinzip gezwungen,“ der Einberufung einer Konferenz zuzustimmen,¹¹⁸⁹ stand dieser jedoch ab Mitte 1972 aufgeschlossener gegenüber. Im Oktober 1972 beobachtete das MfAA, dass in den USA „inoffiziell bereits von der gleichberechtigten Teilnahme der DDR“ an der KSZE ausgegangen wurde.¹¹⁹⁰

¹¹⁸⁵ Vgl. Department of State Bulletin, 20.12.1971, S. 693-697: Rogers Address to the 50th Anniversary Dinner of the Overseas Writers of Washington, 1.12.1971, S. 695.

¹¹⁸⁶ Vgl. Jacobsen, 1973, S. 56.

¹¹⁸⁷ Vgl. AAPD, 1971, Bd. I, Dok. 53: Botschafter Pauls, Washington, an das AA, 8.2.1971.

¹¹⁸⁸ Vgl. Zündorf, Benno: Die Ostverträge, München 1979, S. 351.

¹¹⁸⁹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA zur Vorbereitung und Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz, 13.10.1972.

¹¹⁹⁰ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA zur Vorbereitung und Durchführung der Europäischen Sicherheitskonferenz, 13.10.1972

Diese Entwicklung setzte sich fort. Als im November 1972 schließlich die multilateralen Vorbereitungen der Konferenz begannen, waren sowohl amerikanische als auch ostdeutsche Diplomaten in Helsinki vertreten. Die US-Vertreter stellten sich der Entscheidung der Vertreter der 35 Staaten, eine formelle Konferenz mit einer gleichberechtigten Teilnahme der DDR – inklusive Veto-Rechts – nicht entgegen. Mit dem erfolgreichen Ende des Treffens in Helsinki war die KSZE unausweichlich geworden.¹¹⁹¹ Von nun an konnten selbst Spannungen in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, wie sie trotz der MBFR-Gespräche zu Beginn 1973 auftraten, die europäische Sicherheitskonferenz nicht mehr gefährden. Ein klarer Beweis amerikanischer Akzeptanz der Souveränität des SED-Regimes rückte in greifbare Nähe. Die DDR betonte diesen Umstand in der Folge zwar, musste sich aber noch bis 1975 gedulden, bis die KSZE Wirklichkeit wurde.¹¹⁹² Bis dahin blieben die USA weiterhin zurückhaltend gegenüber der KSZE, ohne das Scheitern der Initiative tatsächlich zu forcieren. In der Zwischenzeit dynamisierte die internationale *Détente* fortwährend die bilateralen Beziehungen zwischen USA und DDR. Wie sich diese Beziehungen konkret veränderten, untersucht der nächste Abschnitt am Beispiel der Außenwirtschaft.

B. DDR-USA Wirtschaftsbeziehungen 1969-1974

„Der Warenaustausch zwischen der DDR und den USA wurde bisher ohne Handelsvereinbarung durchgeführt und ist seitens der USA einer Reihe diskriminierender Maßnahmen ausgesetzt (Kennzeichnungspflicht, Zoll- und Reisediskriminierung u.a.). Er ist labil, nicht kontinuierlich, strukturmäßig unbefriedigend und bisher stark passiv für die DDR.“¹¹⁹³ Diese Einschätzung des ostdeutsch-amerikanischen Handels in einer Länderkonzeption USA der Abteilung USA/Kanada vom Februar 1970 zeigt, dass die Lobbyismus-Bemühungen der sechziger Jahre keine fundamentalen Verbesserungen in den ökonomischen Beziehungen erreicht hatten. Die Wahl Richard Nixons zum Präsidenten der USA ließ die Verantwortlichen gar befürchten, selbst der Trend des aufstrebenden Außenhandels der USA mit anderen sozialistischen Ländern werde von der neuen

¹¹⁹¹ Remington, Robin Alison: The Warsaw Pact, Communist Coalition Politics in Action, in: The Year Book of World Affairs, 1973, S. 153-173, S. 153, S. 159.

¹¹⁹² SAPMO-BArch, DY 30 2492: Schriftlicher Teil des Interviews des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Associated Press vom 30.5.1974.

¹¹⁹³ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

Administration „den Zielen der Globalstrategie (Erpressungs- und Unterwanderungsmittel) gegen das sozialistische Lager“ untergeordnet.¹¹⁹⁴

Nur fünf Tage nach der Fertigstellung des Berichts konnten die Amerika-Politiker in Ost-Berlin einer Rede Richard Nixons an den Kongress jedoch entnehmen, dass ihre Befürchtungen übertrieben waren: „Wir sehen der Zeit entgegen, da unsere Beziehungen zu den kommunistischen Ländern sich so weit verbessert haben werden, dass die Handelsbeziehungen zwischen ihnen und uns ausgeweitet werden können.“¹¹⁹⁵ Die amerikanische Politik erkannte ebenso wie die wirtschaftlichen Interessensverbände der USA in einem System von direkten ökonomischen Verbindungen zwischen den beiden Blöcken die möglichen Vorteile eines verstärkten Ost-West-Handels.¹¹⁹⁶

Den Worten ließen die Vereinigten Staaten auch Taten folgen. So ordnete Präsident Nixon noch im Frühjahr 1970 an, nicht-militärische Waren, die nicht signifikant zur Entwicklung des Ost-Blocks beitrugen von der Kontrollliste zu streichen.¹¹⁹⁷ Die USA steigerten in der Folge ihren Export in die UdSSR im Zuge der *Détente*-Politik innerhalb von vier Jahren um fast das zehnfache von 162 Millionen USD auf 1.190 Millionen USD, wobei der größte Teil dieser Exporte agrarische Lieferungen waren, die der Sowjetunion zu subventionierten Preisen verkauft wurden. Darüber hinaus räumte Washington der Sowjetunion Kredite für Importe aus den USA – z.B. 750 Millionen USD im Jahr 1972 – ein.¹¹⁹⁸ Eine ähnlich aufgeschlossene Politik schlugen die Vereinigten Staaten ab 1970 auch gegenüber anderen sozialistischen Staaten wie Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei ein.

Der vom Ostblock zur Produktivitätssteigerung dringend benötigte Export von moderner Technologie in die kommunistischen Länder entwickelte sich jedoch nur langsam. Die Quote des Technologieexports des ganzen industrialisierten Westens in die kommunistischen Länder stieg von 1970 bis 1973 lediglich um 0,5 % von 5,5 % auf 6 %. Dennoch erkannte man in der sozialistischen Welt einen grundsätzlich

¹¹⁹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

¹¹⁹⁵ Nixon zitiert nach United States Information Service: Amerikanische Außenpolitik, Zitiert nach Gaida, 1989, S. 276.

¹¹⁹⁶ Vgl. Noehrenberg, 1993, S. 69-70. Czempiel, 1979, S. 37.

¹¹⁹⁷ Vgl. FRUS, 1969-76, IV, S. 819-820: Memorandum From Kissinger, 23.4.1970.

¹¹⁹⁸ Vgl. Small, 1999, S. 113.

positiven Trend. So ließ der sowjetisch-amerikanische Handelsvertrag von 1972 im Ostblock die Hoffnung auf die mittelfristige Einräumung der Meistbegünstigung für alle sozialistischen Länder keimen.

Auch wenn im Falle der DDR die Hoffnung auf eine schnelle Meistbegünstigungsregelung sicherlich übertrieben war – trotz einer Vereinfachung für den Erwerb von die DDR betreffenden Export-Lizenzen blieb die *special discriminatory category* für Ostdeutschland auch nach der Reduzierung der amerikanischen Kontrollliste 1970 in Kraft –,¹¹⁹⁹ machte sich das SED-Regime durchaus Hoffnung auf eine kurzfristige Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. Diese Hoffnung war nicht ganz unberechtigt. Tatsächlich suchten US-Unternehmen ab dem Jahr 1970 bei Regierungsinstitutionen wie dem *State Department* und dem *Department of Commerce* um Informationen über die DDR nach. Der bundesdeutsche Generalkonsul in New York, Graf von Posadowsky-Wehner, berichtete im September 1972 an Bonn, dass das wirtschaftliche Interesse an der DDR insgesamt steige.¹²⁰⁰ Die Initiativen der US-Wirtschaft wurden in der Folge auch konkreter. Z.B. äußerte das Technologieunternehmen IBM im November 1972 gegenüber einer DDR-Delegation die Hoffnung, dass im Zusammenhang mit der internationalen Entspannung im zunehmenden Maße Exportlizenzen für modernste Technik der DDR erteilt werden würden.¹²⁰¹ Auch die Wissenschaft interessierte sich vermehrt für die DDR.¹²⁰² Trotz der grundlegenden Kritik an der Ineffizienz der Planwirtschaft¹²⁰³ warnten amerikanische DDR-Experten davor, die Wirtschaftskraft der DDR zu unterschätzen: „*Today both Germanys are, in their own right, economic giants, the Federal Republic ranking along with the United States, Soviet Union and Japan among the world's top four industrial powers; East Germany is among the top ten, and second only to the USSR itself in the Communist bloc.*“¹²⁰⁴

¹¹⁹⁹ Vgl. FRUS, 1969-76, IV, S. 819-820: Memorandum From Kissinger, 23.4.1970, S. 820. FRUS, 1969-76, IV, S. 816-818: Action Memorandum From Kissinger to Nixon, 9.4.1970, S. 816.

¹²⁰⁰ Vgl. Pol-Arch, AA, B31, 412: Der deutsche Generalkonsul Graf von Posadowsky-Wehner, New York, an Ministerialdirektor von Staden, Bonn, 20.9.1972.

¹²⁰¹ SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972, Vermerk über das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates von IBM Trade Corporation, Mr. Jones am 27.11.1972.

¹²⁰² Vgl. Harper, 1970.

¹²⁰³ Dornberg, John: *The New Germans, Thirty Years After*, New York 1976, S. 169.

¹²⁰⁴ Ebd., S. 166.

Dass amerikanische Unternehmen, wenn auch zaghaf, das Potential dieses modernen Wirtschaftsraumes nutzen wollten, zeigen einige Zahlen: Von 1970 bis 1973 stieg das Gesamthandelsvolumen zwischen der DDR und den USA laut dem *U.S. Department of Commerce* um fast 200 % und laut dem statistischen Jahrbuch um 90 %.¹²⁰⁵ Nach Angaben des statistischen Jahrbuchs und weiterer DDR-Quellen reichte der ostdeutsch-amerikanische Handel (510,9 Mio. VM) damit beinah an den schon früher intensivierten ostdeutsch-französischen Handel (566,6 Mio. VM) heran.¹²⁰⁶ Auch wenn die Qualität des vorliegenden statistischen Materials durch die nach 1990 zugänglichen DDR-Quellen nur sehr bedingt verbessert worden ist – weiterhin erschweren die von Gaida beschriebenen Probleme der enorm unterschiedlichen Werte der amerikanischen und ostdeutschen Quellen, der unterschiedlichen Interpretationen der amerikanischen *transshipments* über Drittländer und der Waren mit *unknown destination* sowie die problematische Umrechnung von US-Dollar in Valutamark die präzise Bestimmung des Außenhandels¹²⁰⁷ – verdeutlicht eine Auswertung der unterschiedlichen Zahlen ein klar positives Potenzial. Dieses Potenzial versuchte die DDR aus zwei Gründen zu nutzen: Zum einen benötigte Ost-Berlin den intensivierten Westhandel zur Verbesserung der eigenen ökonomisch-technologischen Situation, zum anderen glaubte man das gesteigerte ökonomische Interesse für politisches Wirken instrumentalisieren zu können.

1. Die ökonomischen Grundlagen

„Größe und Aufnahmefähigkeit des USA-Marktes lassen seine Aufbereitung für den DDR-Export (Erwirtschaftung freier Devisen) zu einer wichtigen Aufgabe der außenwirtschaftlichen Aktivitäten der DDR im Zeitraum bis 1975 werden.“¹²⁰⁸ Diese 1970 geäußerte Einschätzung des MfAA zeigt, dass man sich in Ost-Berlin weiterhin der Bedeutung der US-Wirtschaft für den DDR-Export bewusst war. Entscheidend für einen vorteilhaften Außenhandel mit kapitalistischen Ländern waren wettbewerbsfähige und devisenrentable Exportgüter, die nur mit Hilfe von verbessertem Know-how produziert werden konnten.¹²⁰⁹ Die Modernisierung der eigenen Produktionskapazitäten setzte jedoch – mangels gleichwertiger Alternativen

¹²⁰⁵ Vgl. Tabellen 9 und 10.

¹²⁰⁶ Vgl. Tabelle 9 und Pfeil, 2004, S. 413. Zu Großbritannien sind bisher von der Forschung keine gesicherten Werte geliefert worden.

¹²⁰⁷ Vgl. Tabellen 9 und 10 sowie Gaida, 1989, S. 308-318.

¹²⁰⁸ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

¹²⁰⁹ Vgl. Siebs, 1999, S. 112.

aus dem eigenen Block – die Anbindung an den Westen voraus. Die Außenwirtschaftspolitik der siebziger Jahre suchte daher zunächst die Ausnutzung kreditfinanzierter Westimporte zur Modernisierung des eigenen Wirtschaftspotentials. Die so modernisierten Anlagen sollten sich dann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre amortisieren und es der DDR erlauben, die Schulden aus Exportüberschüssen zu tilgen.¹²¹⁰ Die ökonomische Führung der DDR hatte 1970, ohne es je zugeben zu können, eingesehen, was Spakler 1977 formulierte: Nicht der „Imperialismus“ musste aus der Aussichtslosigkeit seiner eigenen ökonomischen Situation heraus Schritte zu einer Koexistenz der Weltsysteme unternehmen, sondern der Ostblock wurde durch den Bedarf an fortgeschrittener Technologie zu einem möglichst intensiven Ausbau der Handelsbeziehungen mit westlichen Industriestaaten getrieben.¹²¹¹

Ab 1971 glaubten die Praktiker im MAW und in der Abteilung Außenhandel des ZK, dass mit einer verbesserten US-Konjunktur gepaart mit der internationalen Entspannung die große Chance für die DDR-Wirtschaft auf einen intensivierten Export in die USA gekommen war. In der Hoffnung auf baldige Geschäfte mit den Vereinigten Staaten befassten sich auch wissenschaftliche Einrichtungen der DDR verstärkt mit den Mechanismen und Institutionen des amerikanischen Wirtschaftssystems, wie z.B. dem U.S.-Patentrecht, und ihren Auswirkungen auf die ostdeutsche Außenwirtschaft.¹²¹² Insgesamt herrschte bei den Verantwortlichen eine Aufbruchstimmung. Bei Betrachtung der Fakten war diese jedoch wenig begründet. Der DDR-Export in die Vereinigten Staaten kam zu Beginn der siebziger Jahre nur sehr langsam voran. Darüber hinaus waren die wenigen Produkte, die in die Vereinigten Staaten exportiert wurden oftmals auch noch grob fehlerhaft. So exportierte die DDR-Außenhandelsgesellschaft des „VEB Kettenwirkmaschinen Limbach“ *Unitecha* im Jahr 1972 Maschinen an die amerikanische Firma *I.M.I. Machinery Corporation*. Der gefeierte Abschluss dieses ersten großen Geschäfts im Bereich der veredelten Güter wurde jedoch zu einer internationalen Blamage, als der Kunde im Januar 1973 Schadensersatz in Höhe von 1,9 Mio. USD von der *Unitecha*

¹²¹⁰ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Kurth, Eberhard (Hrsg.) in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 55-67, S. 57.

¹²¹¹ Vgl. Spakler, 1977, S. 201.

¹²¹² Vgl. z.B. Becher, Karl: Das Patentrecht der USA und seine Berücksichtigung in der Außenwirtschaftspolitik der DDR, in: DAuß, 1/1971, S. 135-151, S. 136.

forderte. Von den gelieferten Maschinen waren mehr als die Hälfte fehlerhaft und konnten nicht die gewünschte Qualität produzieren. Es folgte einer der bis dahin größten Schadensersatzprozesse eines westlichen Unternehmens gegen eine DDR-Gesellschaft, der in einem Vergleich endete.¹²¹³ *Unitecha* zahlte schließlich an die *I.M.I. Machinery Company* 500.000 USD. Das bedeutete einen enormen Devisenverlust für die DDR.¹²¹⁴ Schwerer als der Devisenverlust wog jedoch der Imageschaden für die DDR-Wirtschaft, die im Gegensatz zur bundesrepublikanischen Wirtschaft nicht in der Lage schien, „deutsche Wertarbeit“ zu liefern. Die Hoffnung des MAH, der Vergleich könne „zu einer Beruhigung in unseren Geschäftsbeziehungen zum amerikanischen Markt“ beitragen, erfüllte sich folglich nur in einem Sinne.¹²¹⁵ Die Nachfrage amerikanischer Importeure nach ostdeutschen Maschinen „beruhigte“ sich.

Zusätzlich zu solchen Einzelfällen erschwerte ein grundlegendes Problem den ostdeutsch-amerikanischen Wirtschaftsaustausch: Der Mangel an Devisen. Hatte die wissenschaftliche Elite Anfang der sechziger Jahre noch gehofft, der „heilige Dollar selbst, dieses Symbol der kapitalistischen Herrschaft“, sei – „von der Krankheit des Kalten Krieges erfasst – Not leidend geworden“,¹²¹⁶ so waren die Verantwortlichen in der DDR Anfang der siebziger Jahre endgültig zur Einsicht gelangt, dass eine internationale Aufwertung der DDR als Wirtschaftsmacht nicht ohne eine signifikante Teilhabe der DDR an amerikanischen Devisen zu erreichen war.¹²¹⁷ Eine Intensivierung des ostdeutsch-amerikanischen Handels war in hohem Maße abhängig von der Fähigkeit der DDR, Devisen zu erlangen, um amerikanische Waren zu bezahlen. Außerdem konnte die Modernisierung der DDR-Wirtschaft nur durch einen möglichst devisenschonenden Zugang zu westlicher Produktionstechnologie verwirklicht werden. Monetäre Sanktionen trafen die DDR daher besonders hart.

¹²¹³ Die Welt, 22.1.1973.

¹²¹⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information des MAH durch Unitecha über den Verlauf der Güteverhandlungen mit der I.M.I. Machinery Corporation, 19.1.1973.

¹²¹⁵ Vgl. ebd.

¹²¹⁶ Kegel, Gerhard: Mission „Zur Rettung des kranken Dollars“, in: DAuß 1/1961, S. 14-24, S. 14.

¹²¹⁷ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

Die USA machten Ost-Berlin durch eine restriktive Devisenpolitik – die schärfste Waffe im ökonomischen Bereich¹²¹⁸ – das Leben äußerst schwer. Beschränkten die USA ihre Finanzbeziehungen zum Ostblock bis Ende der sechziger Jahre ohnehin grundsätzlich,¹²¹⁹ so verhielten sie sich gegenüber der nicht anerkannten DDR noch viel restriktiver, als bei Staaten wie Polen oder der CSSR. Washington hatte seit März 1955 Guthaben der Deutschen Notenbank bei amerikanischen Banken in Höhe von 1,5 Mio. USD blockiert.¹²²⁰ Außerdem nahm die amerikanische Regierung die DDR auch explizit von anderen Devisenkontakten wie z.B. der Überweisung von Geldgeschenken durch US-Bürger an Bürger sozialistischer Staaten aus. Diese Überweisungen amerikanischer Bürger zumeist an Verwandte konnten – wie das Beispiel Polens vom 23. August 1962 bis zum 23. August 1964 – zeigt, in ihrer Summe bis zu 10 Mio. USD betragen.¹²²¹

Auch einer Lockerung der Regelungen der Kreditvergabe stand man im amerikanischen Außenministerium im Gegensatz zu den Briten bis zum Ende der sechziger Jahre äußerst ablehnend gegenüber. Das *State Department* wollte sich keinesfalls eines Druckmittels gegenüber dem SED-Regime berauben: „*the importance of hard currency to East Germany to buy critical items outside the IZT mechanism and the great length to which the GDR will go to obtain that currency.*”¹²²² Washington versicherte vielmehr gegenüber der Bundesrepublik und den NATO-Verbündeten, keine Kredite an die DDR zu gewähren, und empfahl westlichen Staaten, eine ähnlich „restriktive Kreditpolitik gegenüber der Zone“ einzuhalten.¹²²³

¹²¹⁸ Vgl. Schröder, Klaus: Kredite, Wirkung monetärer Sanktionen gegenüber RGW-Ländern, in: Müller/ Friedemann u. a. (Hrsg.): Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis, Rahmenbedingungen und Modalitäten, Baden-Baden 1983, S. 197.

¹²¹⁹ Zur amerikanischen Finanzpolitik gegenüber dem Warschauer Pakt zu Zeiten Richard Nixons vgl. Becker, William H./ McClenahan, William M.: *The Market, the State and the Export-Import Bank of the United States, 1934-2000*, Cambridge 2003, S. 161-189.

¹²²⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/608: Vermerk über eine Aussprache mit amerikanischen Journalisten vom 5.3.1963, 9.3.1963. Pol-Arch AA, Bestand MfAA A 17531: Entwurf eines Schreibens des Ministerpräsidenten an Herrn Botschafter Puschkin, 19.4.1955.

¹²²¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information über das Bestehen von neun USA-Gesellschaften, die sich mit der Vermittlung von Geschenksendungen an Bürger der UdSSR, Polens, der CSSR und Ungarns beschäftigen, 15.7.1965.

¹²²² NA RG 59, GRDS, CFPF, 1964-1966, Box 1003, FT Ger E: Embassy Bonn to State Dept.: East German Attempts to Obtain Hard Currency via Interzonal Trade Swindle, 29.9.1965.

¹²²³ Vgl. AAPD, 1965, Bd. III, Dok. 347: Aufzeichnungen des Referats II A 1, 10.9.1965.

Für die DDR bestand folglich bis 1970 keine Möglichkeit an Dollar-Kredite zu kommen. Andere Maßnahmen, wie die Abschöpfung von Devisen durch von der ASSGDR organisierte Reisen amerikanischer Bürger in die DDR, hatten ebenfalls keinen nennenswerten Erfolg.¹²²⁴ Mit dem Einsetzen der *Détente* zu Beginn der siebziger Jahre und dem zunehmenden wirtschaftlichen Interesse amerikanischer Unternehmen an den osteuropäischen Ländern änderte sich die Devisenpolitik der USA gegenüber Osteuropa. Die für die Finanzierung und Absicherung des amerikanischen Außenhandels zuständige U.S. Export-Import Bank finanzierte zur Unterstützung der *Détente*-Politik Richard Nixons ab 1970 in zunehmendem Maße den Handel mit der UdSSR und Osteuropa. Präsident Nixon erließ 1971 und 1972 die durch den *Export-Import-Act* von 1964 geforderten *National Interest Determinations*, die es der Bank ermöglichten, Exporte in die Sowjetunion, nach Polen und Rumänien zu finanzieren.¹²²⁵

Politiker des Warschauer Paktes sahen darin die Chance, viel einfacher als bisher sowohl an westliche Konsumgüter als auch an Devisen zu gelangen.¹²²⁶ Die DDR war von diesen Privilegien jedoch zunächst ausgenommen. Auf direkte Kredite der U.S. Import-Export Bank in Höhe von 186 Mio. USD, wie sie die UdSSR für den Bau zweier Düngemittelfabriken 1974 erhielt, konnte man in Ost-Berlin nicht hoffen.¹²²⁷ Daher bemühten sich die ostdeutschen Devisenexperten wie Alexander Schalk-Golodkowski über inoffizielle Kanäle an US-Dollar zu gelangen. Bis 1972 glich der Devisenhandel dementsprechend einem Tanz auf dünnem Eis. Für die Abwicklung der diffizilen Devisengeschäfte eignete sich der für seine Diskretion bekannte Bankenplatz Schweiz.¹²²⁸ So vergab ein Bankenkonsortium unter Führung der Züricher Bank im Sommer 1972 den ersten großen Dollar-Kredit in Höhe von 33 Millionen USD an die DDR für ihren Außenhandel.¹²²⁹ Damit war dem von Schalk-Golodkowski geführten Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) die erste massive Akquisition von US-Devisen für die DDR gelungen.

¹²²⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV/ A 2/20/609: Brief von Max Kurz an Herrn Schalck, 8.9.1970.

¹²²⁵ Becker, 2003, S. 163, S. 176.

¹²²⁶ Vgl. Noehrenberg, 1993, S. 68-69.

¹²²⁷ Vgl. Becker, 2003, S. 177.

¹²²⁸ Zu den Deviseninstitutionen der DDR vgl. Buthmann, Reinhard: Bleiben sie unser Mann in Zürich, Schalk-Golodkowskis Bereich KoKo, das „Zürcher Modell“ und ein „Länderspiel“, in: DA 1/2003, S. 63-67, S. 64.

¹²²⁹ Vgl. ebd., S. 63.

Mit der Ausdehnung der politischen Entspannung auf die DDR, symbolisiert durch die Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag, suchten Institutionen wie die KoKo oder die Deutsche Außenhandelsbank AG (DABA) bald aber nicht mehr nur in dem bekannten Schweizer Umfeld nach US-Devisen, sondern etablierten darüber hinaus direkte Kontakte zu amerikanischen Banken wie der *Chase Manhattan Bank* oder der *First National City Bank*. Die Wirtschaftsexperten des MAW identifizierten z.B. die *Chase Manhattan Bank*, die bereits seit längerer Zeit den Handel zwischen den USA und der DDR abwickelte und sich ab 1972 intensiv um die weitere Entwicklung der Beziehung zur DABA bemühte, als den „Motor“ der internationalen Devisen- und Finanzgeschäfte im Klima der *Détente*.¹²³⁰

Dieser Weg war nicht einseitig. Auch die amerikanischen Banken verstärkten, da nun aus dem *State Department* positivere Signale in der Frage der Kreditvergabe an die DDR gesendet wurden in dieser Zeit ihr Interesse an der DDR und richteten vermehrt die DDR betreffende Anfragen amerikanischer Banken an das US-Außenministerium.¹²³¹ Trotzdem blieb der Erfolg bei der Ansprache amerikanischer Privatbanken durch DDR-Institutionen aus. Im Jahr 1973 wurde eine ostdeutsche Wirtschaftsdelegation, die sich nach der Bereitschaft führender US-Banken, einen Export von DDR-Gütern in die USA bzw. Drittlandgeschäfte mit Krediten zu finanzieren erkundigten, auf kommende Jahre vertröstet.¹²³²

Für den geringen Optimismus der amerikanischen Banken waren jedoch weniger politische, als vielmehr wirtschaftliche Motive ausschlaggebend. Die hohen Risiken und das geringe Volumen des DDR-Exports schreckten amerikanische Banken ab. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und den Vereinigten Staaten waren schlicht zu wenig belastbar, als dass die Banken einen solchen Handel finanzieren wollten. Gescheiterte Geschäfte wie der Vergleich zwischen der *Unitecha* und der *I.M.I. Machinery Corporation* waren nicht dazu angetan, das Vertrauen der

¹²³⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972, Vermerk über zwei Gespräche des Staatssekretär im Ministerium für Außenwirtschaft, Gen. Dr. Beil und des Vizepräsidenten der Deutschen Außenhandelsbank, Gen. Polze, mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Chase Manhattan Bank, David Rockefeller, 16. und 29.11.1972.

¹²³¹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 5.1.1973.

¹²³² Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation aus den USA in der Deutschen Demokratischen Republik, 9.4.1973.

amerikanischen Banken in die Finanzierung von DDR Geschäften zu erhöhen.¹²³³ Eine bedeutende Anleihe kam erst 1976 zu Stande, als ein Konsortium von 38 Banken der DDR einen Kredit in Höhe von 175 Millionen USD gewährte.¹²³⁴ Bis dahin herrschte eine ständige Dollarknappheit vor, die die DDR anfällig für Kursschwankungen machte. Daher hatte man in Ost-Berlin 1974 nicht aus klassenkämpferischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen Angst vor einem starken Dollar. Dieser verteuerte die Importprodukte für Ost-Berlin, während die wenig flexible Exportwirtschaft der DDR in keiner Position war, um die mit dem kapitalistischen Ausland abgeschlossenen Preise neu zu verhandeln.¹²³⁵ Die Zielsetzung, „im Export sind die Vertragsabschlüsse in Dollar zu erhöhen“¹²³⁶ konnte auf diese Weise nicht erreicht werden.

Auch wenn Schalck die Hoffnung äußerte, im Bereich Maschinenbau in Zukunft die USA als Markt gewinnen zu können, betrachteten die Exportförderbetriebe der DDR noch im Januar 1974 in keiner Branche die USA als Hauptstoßrichtung ihrer Exporte.¹²³⁷ Die DDR exportierte zu wenig und stand daher 1974 vor einer schwierigen Situation. Als Ostblock-Land mit dem dritthöchsten Schuldenstand gegenüber westlichen Ländern (die UdSSR hatte 5.9 Milliarden USD, Polen 4.9 Milliarden USD und die DDR 3,6 Milliarden USD Nettoschulden) und mit einer schlechten, weil hohen *End-Year Net Debt Ratio to Hard Currency Exports*¹²³⁸ von 1,4 – die UdSSR hatte lediglich 0,3 – war die DDR abhängig vom Westen, insbesondere von der Bundesrepublik. Von den USA konnte das SED-Regime keinen Beitrag zur Lösung dieses Problems erwarten.¹²³⁹ Sowenig die US-Import-

¹²³³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Unterlagen zur Schadensersatzklage der I.M.I. Machinery Corporation, New York gegen den Außenhandelsbetrieb UNITECHA, Ost-Berlin, 1973.

¹²³⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 5.6.1976.

¹²³⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DC 20 17629: Information über die Auswirkungen und Konsequenzen aus der Entwicklung der Kursverhältnisse der kapitalistischen Währungen, insbesondere des USD, 8.1.1974.

¹²³⁶ SAPMO-BArch, DC 20 17629: Maßnahmen für die weitere Arbeit der Außenhandelsorgane und der Außenhandelsbank bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1974, 8.1.1974.

¹²³⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DC 20 17629: Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit von Exportförderbetrieben, 21.1.1974.

¹²³⁸ The End-Year Net Debt Ratio to Hard Currency Exports erfasst das Verhältnis der Netto-Auslandsschulden zu den jährlichen Netto-Export-Erträgen eines Landes. Ein Ergebnis von 1.0 bedeutet, dass ein Land die Netto-Export-Erträge eines Jahres zur Tilgung seiner Netto-Auslandsschulden aufbringen müsste.

¹²³⁹ Vgl. Portes, Richard: East Europe's Debt to the West: Interdependence is a Two-Way-Street, in: FA, July 1977, S. 751-782, S. 757, 760.

Bank im Jahr 1971 für einen Teil der staatlich garantierten Schulden der DDR im Westen von 533 Mio. USD garantierte, tat sie dies 1975.¹²⁴⁰

Parallel zum Devisenproblem hatte sich der wirtschaftliche Gesamtaustausch nicht den ostdeutschen Erwartungen gemäß entwickelt. 1973 musste das MfAA in der Frage des Handelsstruktur immer noch feststellen: „Diese Struktur entspricht bei weitem nicht den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten der am Warenaustausch beteiligten Länder.“¹²⁴¹ Insgesamt gelang die Verbesserung der ökonomischen Beziehungen nur sehr begrenzt. Z.B. stieg der Anteil der DDR am Gesamtexport der USA von 0,0114 % 1961 in zwölf Jahren auf nur 0,039 % im Jahr 1973.¹²⁴² Die ökonomisch-technologische Verbesserung des Status der DDR gelang folglich nur in sehr engen Grenzen. Daran änderte auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1974 nur bedingt etwas auch wenn die Zahlen des *Department of Commerce* und des Statistischen Jahrbuchs der DDR hier eine unterschiedliche Sprache sprechen. Während die amerikanischen Werte für das Jahr 1975 eine Steigerung des Gesamthandels gegenüber dem Vorjahr von 55 % erkennen lassen, geht das Statistische Jahrbuch von einer Steigerung um 87 % aus. Damit übertrifft nach DDR-Rechnung die Steigerungsrate nach der Anerkennung die Steigerungsrate von 1973 auf 1974 um ein vielfaches, während die amerikanischen Daten eine stabile Rate für die Jahre vor und nach der Anerkennung anzeigen. Die Zahlen deuten folglich auf keinen eindeutigen Trend.¹²⁴³ Sicher ist, dass die USA kein unmittelbares Interesse an der Klärung von Handelsfragen oder dem Abschluss eines Abkommens erkennen ließen. Eine Meistbegünstigungsregelung, die die USA verpflichtet hätte, der DDR die handelspolitischen Vergünstigung einzuräumen, die sie der UdSSR gewährt hatte und die nach Helen Raffael, Marc Rubin und Robert Teal die Exporte der DDR in die USA 1974 und 1975 um 200 % hätten steigen lassen¹²⁴⁴ war nicht in Sicht.

¹²⁴⁰ Vgl. Gaida, 1989, S. 495. U.S. Department of Commerce, International Trade Administration: „U.S.-GDR Trends“ April 1981, S. 16.

¹²⁴¹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Länderanalyse: Die Politik der Nixon-Administration gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, 1/1973.

¹²⁴² Vgl. Statistiken des IMF, Direction of Trade, Annual 1961-1965, 1966-1970 und 1970-1974.

¹²⁴³ Vgl. Tabelle 9 und 10.

¹²⁴⁴ Vgl. Raffael, Helen/ Rubin, Marc/ Teal, Robert: The MFN Impact on U.S. Imports on Eastern Europe, in: Joint Economic Committee (Hrsg.): East-European Economies Post-Helsinki, Washington D.C. 1977, S. 1397. Zum Thema Meistbegünstigung zu Beginn der siebziger Jahre vgl. auch: Jelaic, John E.: Impact of Granting Most-Favored-Nation Treatment to the Countries of Eastern Europe and the People's Republic of China, Washington D.C., 1974.

Zusätzlich trübte das Jackson-Amendment zum *Trade Act of 1974*, das trotz des Protestes der amerikanischen Wirtschaft die Gewährung der Meistbegünstigung für Planökonomien an die Gewährung der Ausreisefreiheit der Bürger band, die generellen Aussichten auf eine kurzfristige Verbesserung der Handelsbeziehungen.¹²⁴⁵ So entwickelte sich der Handel, trotz erster Erfolge beim Export von ostdeutschen Chemieprodukten, beim Import landwirtschaftlicher Produkte und bei der Gewährung von Krediten nicht gemäß den Erwartungen der Verantwortlichen in Ost-Berlin.¹²⁴⁶ Verhältnisse wie im ostdeutsch-britischen Handel, wo 1974 die britischen Exporte in die DDR 39,1 Millionen Pfund bei einer negativen Handelsbilanz Londons gegenüber der DDR betragen, waren undenkbar.¹²⁴⁷ Im Falle der USA musste Ost-Berlin auf lange Sicht mit einer negativen Handelsbilanz rechnen, da der ostdeutsch-amerikanische Handel durch mangelnde Wettbewerbsstärke der DDR-Produkte auf dem US-Markt ebenso wie durch die beständige Schwäche der ostdeutschen Devisenliquidität limitiert war. Über diese strukturellen Probleme konnte auch die Tatsache, dass die USA im Jahre 1975 fünfzigster Außenhandelspartner und im Jahre 1976 drittwichtigster Außenhandelspartner der DDR waren, nicht hinwegtäuschen.¹²⁴⁸ Neben dem stets virulenten Problem des Devisenabflusses fürchtete die SED-Spitze, dass diese Entwicklung den Abfluss des Vertrauens der Bürger in das eigene System zur Folge haben könnte. Damit sollte sie langfristig Recht behalten.

Tabelle 9: Ostdeutsch-amerikanischer Gesamthandel in Mio. USD, 1970-1975

Jahr	1970	1973	1974	1975
Gesamthandel USD	49,3	146,8	232,9	361,7

Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Census; IM-155, FT-455.

¹²⁴⁵ Vgl. Sorensen, Theodore C.: Most-Favored-Nation and Less Favorite Nations, in: FA 1/1974, S. 273.286, S. 273. Kochavi, 2005, S. 503-530.

¹²⁴⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 vorl. SED, 16061: Bericht über die Reise einer Delegation in die USA, 9.12.1975.

¹²⁴⁷ Vgl. Becker, 1990, Anlage 3.

¹²⁴⁸ Vgl. Brodtfeldt, 1993, S. 22.

Tabelle 10: Ostdeutsch-amerikanischer Gesamthandel in Mio. VM, 1970-1975

Jahr	1970	1973	1974	1975
Gesamthandel VM	270,1	510,9	579,1	1086,8

Quelle: Statistisches Jahrbuch DDR und vgl. Gaida S. 271, S. 491.

Bei allen wirtschaftlichen und devisentechnischen Interessen, die die DDR in ihrer USA-Politik verfolgte, galt für Ost-Berlin bis 1974 stets das Primat des Politischen. Der These Wolffsohns, die DDR wäre Anfang und Mitte der siebziger Jahre vornehmlich an einer Steigerung der USD Deviseneinkünfte und nur zweitrangig an der politischen Anerkennung interessiert gewesen¹²⁴⁹ muss daher widersprochen werden. Hätte das SED-Regime die Chance gesehen, Washingtons Anerkennung ohne die Intensivierung der bilateralen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu erlangen, es hätte diese Chance wahrgenommen.

2. Die politischen Implikationen

Im Länderkonzept USA vom Februar 1970 äußerte sich das MfAA zu den politischen Implikationen verbesserter Wirtschaftsbeziehungen: „Zielgerichteter Einsatz der planmäßigen DDR-Importe aus den USA, um breitere Kreise der amerikanischen Wirtschaft am Handel mit der DDR zu interessieren und Ausnutzung dieser Kräfte zur Herstellung von Kontakten zum amerikanischen Handelsministerium.“¹²⁵⁰ Politisch war dieses Konzept in dem Sinne, als dass Kontakte zum US-Handelsministerium die amerikanische Akzeptanz der DDR-Behörden als legitimen Gesprächspartner vorausgesetzt hätten. Eine solche Akzeptanz wäre wiederum ein Schritt auf dem Weg zur Akzeptanz der DDR-Souveränität durch Washington gewesen. Die Zielrichtung der ökonomischen Maßnahmen war folglich eindeutig.

Zur Umsetzung machte das MfAA jedoch lediglich einen konkreten Vorschlag: „Zur Förderung und Absicherung der planmäßigen Steigerung des DDR-Exportes nach den USA mit dem Ziel einer maximalen Abschöpfung von freien Devisen sind im Planungszeitraum Schritte hinsichtlich der Errichtung einer akzeptierbaren Form

¹²⁴⁹ Vgl. Wolffsohn, 1995, S. 276.

¹²⁵⁰ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

einer ständigen DDR-Wirtschaftsrepräsentanz in Washington oder New York zu unternehmen.“¹²⁵¹ Diese 1970 vom MfAA geforderte Wirtschaftsrepräsentanz konnte bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht eingerichtet werden. An der DDR interessierte Vertreter der US-Wirtschaft hatten folglich, im Gegensatz zu ihren Pendants in Großbritannien und Frankreich, keinen Ansprechpartner vor Ort. Um Vertreter der amerikanischen Wirtschaft *in persona* zu treffen, förderte die DDR daher verstärkt den Austausch von Delegationen.

Im Klima der Nichtanerkennung und des ATO stellte sich ein ostdeutsch-amerikanischer Delegationsaustausch jedoch bis 1969 als problematisch dar. Noch im Jahr 1968 war das amerikanische Außenministerium nur bereit gewesen, dem Staatssekretär im Ministerium für Außenwirtschaft, Gerhard Beil, ein Visum auszustellen, weil es dadurch zwei amerikanische Gefangene aus ostdeutschen Gefängnissen befreien konnte: *„Beil has communicated to Phillips that if visit approved by East German authorities and if visa granted, ‚preferred‘ prisoner would be released. ... Embassy should discuss with FonOff ... our intention permit Beil visit U.S. for private trade talks in return for release of one or both prisoners. Point out that normally we would not admit Beil but because of prisoners we are disposed to do so in this case.“*¹²⁵² Nach dem Wegfall des ATO 1969 standen die Chancen für DDR-Delegationen, ohne langwierige Verhandlungen in die USA reisen zu können, zwar besser, aber das *State Department* war weiterhin entschlossen, solche Reisen nicht in Verbindung mit der Frage der Anerkennung zu bringen: *„There is no government involved Beil will be the highest-ranking East German official ever to visit the United States. During the Beil visit care must be taken on our part to avoid offending our West German allies, who have concurred in the visit, but who...may be somewhat sensitive to publicity concerning direct contact between US and East German officials. For our own part, we do not wish to create a false impression that we have recognized the GDR.“*¹²⁵³

Es bedurfte einer mehr als zweijährigen Vorbereitung, um die erste USA-Reise einer DDR-Wirtschaftsdelegation vorzubereiten. Vom 16. bis zum 30. November 1972

¹²⁵¹ SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Länderkonzeption USA, 13.2.1970.

¹²⁵² NA RG 59, GRDS, CFPF, 1967-1969, Box 2114, POL Ger E: State to Embassy Bonn, Visa for Gerhard Beil, 13.3.1968.

¹²⁵³ NA RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 1167, POL Ger E, State to Department of Trade, o.D..

reiste diese DDR-Wirtschaftsdelegation unter Leitung Gerhard Beils mit dem Ziel in die USA, erste Kontakte zu offiziellen Vertretern der USA und einflussreichen Wirtschafts- und Finanzkreisen zu knüpfen. Tatsächlich konnte die DDR-Delegation mit einigen führenden Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wirtschaft wie dem Verkehrsminister der USA John A. Volpe, dem Führer der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat, Senator Mike Mansfield, dem Präsident der Chase Manhattan Bank David Rockefeller und dem Aufsichtsratsvorsitzenden von IBM G.O. Jones zusammentreffen. In diesen Gesprächen sollten die Delegationsmitglieder sowohl das wirtschaftliche als auch das politische Klima testen.

Eine ausgewogene Bewertung des Erfolges der Delegation fällt, nicht nur wegen der einseitigen Quellenlage – in den Überlieferungen der US-Administration lassen sich keine näheren Informationen zum Verlauf und Ergebnis der Reise finden – schwer. Die Delegationsteilnehmer jedenfalls, allen voran Gerhard Beil, der darauf achtete, dass die Wirtschaftskontakte in die USA unter seiner Kontrolle blieben,¹²⁵⁴ bewerteten die Reise als vollen Erfolg. Die ostdeutschen Vertreter hatten ihren Dafürhaltens durchaus positive Signale empfangen. So hatte sich IBM nach der Möglichkeit der Eröffnung eines Beratungsbüros in Berlin erkundigt und David Rockefeller hatte versprochen, sich für die Freigabe der in den USA blockierten DDR-Konten einzusetzen. Im Bereich der Politik war es den Delegationsvertretern gelungen, mit dem amerikanischen Transportminister Volpe zu sprechen, wobei dieser laut Beils Bericht geäußert hatte, dass es seines Erachtens Zeit für den Beginn eines Prozesses zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der DDR war.¹²⁵⁵ Senator Mansfield habe gegenüber der Wirtschaftsdelegation der DDR in vertraulichen Gesprächen erklärt, dass die Vereinigten Staaten durchaus zu einer Normalisierung der Beziehungen zum sozialistischen deutschen Staat bereit wären, diese jedoch erst nach einer Normalisierung der Beziehungen zur VR China durchführen könnten.¹²⁵⁶ Beil ließ freilich unerwähnt, dass allen Gesprächen eine Tatsache gemein war: Die DDR-Delegation erhielt weder konkrete Zusagen noch wurden bindende Vereinbarungen geschlossen. Unter Umständen verwies die

¹²⁵⁴ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 vorl. SED, 16060: Information über Aktivitäten US-amerikanischer Dienststellen zu Institutionen der Außenwirtschaft der DDR, 23.6.1972

¹²⁵⁵ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972.

¹²⁵⁶ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972, Anlage 8: Vermerk über ein Gespräch mit dem USA-Minister für Transport und Verkehr John A. Volpe vom 29.11.1972.

Delegation aus diesem Grund nach Ihrer Rückkehr besonders auf die öffentlichkeitswirksamen Pressekonferenzen und Interviews, in denen Vertreter des SED-Regimes zum ersten Mal öffentlich in den USA auftreten konnten.

Der Delegationsbericht überschätzte jedoch die Wirkung der zumeist sachlichen Artikel in Blättern wie *Washington Post*, *New York Times* und dem *Journal of Economic Commerce*,¹²⁵⁷ wenn er folgerte: „Der Umfang und Inhalt der Berichterstattung in dieser Zeit leiteten einen beginnenden Wandel des DDR-Bildes in den USA ein.“¹²⁵⁸ So wenig zutreffend diese Einschätzung auch war, so wichtig ist sie als Hinweis auf die wachsende Hoffnung des SED-Regimes, aus dem Austausch von Wirtschaftsdelegationen politischen Profit ziehen zu können.

In der Folge wurde diese Hoffnung weiter geschürt. Im April 1973, drei Jahre nachdem mit einem Vertreter des britischen *Board of Trade* erstmals ein Mitarbeiter eines britischen Ministeriums die Leipziger Messe inoffiziell besucht hatte,¹²⁵⁹ bereiste die erste amerikanische Wirtschaftsdelegation die DDR. 27 Führungskräfte der unterschiedlichsten Unternehmen der US-Wirtschaft, darunter der Geschäftsführende Vizepräsident der *Bank of America* Peter Nelson, der Präsident der *Lockheed Aircraft Corporation* Carl Kotchian, sowie der erste Vizepräsident von *Levi Strauss & Co*, Herr Combs, bereisten mit dieser Delegation die DDR.¹²⁶⁰ Ein Vertreter eines amerikanischen Ministeriums befand sich nicht unter den Delegationsteilnehmern.

Laut dem Bericht über die Gespräche der Delegation mit dem Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph und Vertretern des MAW sowie des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, boten die Amerikaner die Gründung eines Wirtschaftsausschusses zur Förderung der ostdeutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen an und erklärten sogar ihre Bereitschaft, auf die amerikanische Regierung in der Frage der Herstellung diplomatischer Beziehungen positiven

¹²⁵⁷ Vgl. *The Journal of Economic Commerce*, 17. und 20.11.1972. *Washington Post*, 17.11.1972. *The New York Times*, 18.11.1972.

¹²⁵⁸ SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972.

¹²⁵⁹ Vgl. Hoff, 2003, S. 468.

¹²⁶⁰ Vgl. DADDDR, XXI, Halbbd. 2, 1973: Mitteilung über den Empfang einer Wirtschaftsdelegation der USA durch Willi Stoph, 5.4.1973. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation aus den USA in der Deutschen Demokratischen Republik, 9.4.1973.

Einfluss zu nehmen.¹²⁶¹ Für die SED-Führung signalisierten diese Ergebnisse des Besuchs einen Durchbruch in der Etablierung einer Anerkennungslobby in der amerikanischen Wirtschaft. Euphorisch plante Ost-Berlin den Durchbruch für die Aushandlung verbesserter Export- und Kreditbedingungen und begann, mit Blick auf die Anerkennung, die Errichtung einer Repräsentanz der DDR in den USA zu vorzubereiten.¹²⁶²

Aus den Planungen und Vorbereitungen resultierten jedoch keine greifbaren Ergebnisse. Im Gegensatz zu Großbritannien, wo die KfA 1972 sogar in *Trade Representation of the GDR* umbenannt wurde,¹²⁶³ gelang es in den USA bis zur Anerkennung nicht, eine ostdeutsche Handelsrepräsentanz zu errichten. Im März 1974 wurde von der Amerikanischen Handelskammer lediglich ein Seminar über praktische Aspekte des Handels mit der DDR in West-Berlin angeboten. Dabei kommentierte die US-Mission dieses Seminar durchaus positiv: „*The Mission believes that the seminar and the subsequent Leipzig program could be of value to American firms without prior experience of the GDR market and requests that it be brought to the attention of such companies.*“¹²⁶⁴

Insgesamt setzte sich der Schwung des ersten wirtschaftspolitischen Austauschs nicht fort, so dass man im März 1973 im MfAA nicht mehr an eine zügige Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen glaubte: „Es gibt das Bestreben [P.M. der USA], dem Aufbau von wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen zur DDR Vorrang vor der Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen einzuräumen.“¹²⁶⁵ Trotz der Einwände der amerikanischen Wirtschaft unternahm die Administration Nixon bis zur Anerkennung im September 1974 keinen nachweisbaren Versuch, die Privilegien des innerdeutschen Handels zu Fall zu bringen. Gaida geht daher fehl, wenn er den Konkurrenzcharakter zwischen Bundesrepublik und USA in den ökonomischen Beziehungen zur DDR in den Vordergrund stellt.¹²⁶⁶ Zwar merkt er richtigerweise an, dass die Zunahmen des ostdeutsch-amerikanischen Handels bereits seit 1970,

¹²⁶¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation aus den USA in der Deutschen Demokratischen Republik, 9.4.1973.

¹²⁶² Vgl. ebd.

¹²⁶³ Vgl. Niethart, in: Bauernkämper, 2002, S. 170.

¹²⁶⁴ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1970-1973, Box 1067, FT Ger E: USBER to State, Seminar on Trading with the GDR, 2.11.1973.

¹²⁶⁵ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Thesen für die Diskussion zum Thema: „Die Politik der USA gegenüber der DDR zu Beginn der 70er Jahre“, 29.3.1973.

¹²⁶⁶ Vgl. Gaida, 1989, S. 367.

also lange vor der Aufnahme von Anerkennungsverhandlungen, eine Tatsache war,¹²⁶⁷ aber weder das Volumen noch die Qualität dieses Handels reichten aus, um die DDR in Washington entscheidend verbessert zu positionieren.

Die Nichtanerkennung der DDR war ausschlaggebend dafür, dass die politischen Institutionen, namentlich das *Department of State* und das *Department of Commerce* das Interesse der amerikanischen Wirtschaft an der DDR in keiner Weise unterstützten.¹²⁶⁸ Nachdem bei einem *Business International Round Table* in Berlin im Februar 1972 keine konkreten Ergebnisse erzielt wurden¹²⁶⁹ und trotz zweijähriger Gespräche ein Joint Venture zwischen *General Motors* und der DDR nicht zu Stande kam¹²⁷⁰, kühlten die Kontakte ab. Eine Delegation des MAW reiste erst wieder im Jahr 1975 in die USA, um erstmalig direkte Gespräche mit den für Außenhandelsbeziehungen zuständigen Ministerien zu führen und mit Unternehmen wie *Control Data*, *Dow Chemical*, der *Chase Manhattan Bank* sowie der *Bank of America* über mögliche Geschäfte und deren Rahmenbedingungen zu verhandeln. 1976 erfolgte schließlich die Gründung eines USA-DDR Wirtschaftsrates. Die Außenwirtschaftspolitik der DDR gegenüber den USA hatte vor dem Herbst 1974 nicht im Zeichen wirtschaftlicher Profitabilität sondern vielmehr im Zeichen politischer Anerkennungsbestrebungen gestanden. Der ostdeutschen Suche nach einem Vertrauensvorschuss durch die amerikanische Wirtschaft war in dieser Zeit jedoch kein Erfolg beschieden.

C. DDR-USA und die „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik

„A general observation on this whole issue: the question of Western dealings with the GDR is an inevitable consequence of the *Ostpolitik*, the Berlin Agreement, and the FRG's settlement with the GDR.“¹²⁷¹ Dieses Zitat aus einem Memorandum des *Head of European Section* des NSC, Helmut Sonnenfeldt, an den Sicherheitsberater Kissinger verdeutlicht die zentrale Rolle der Bundesrepublik bei der Konzeption der

¹²⁶⁷ Vgl. ebd., S. 321.

¹²⁶⁸ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 1616, TP Ger.

¹²⁶⁹ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, Business Internationals Rouns Table with GDR 5.-7.2.1974, 7.2.1974.

¹²⁷⁰ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, GM Vehicle Proposal to GDR, 19.9.1974.

¹²⁷¹ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for Kissinger from Sonnenfeldt, First Official Contact with the GDR, 19.12.1972.

westlichen DDR-Politik. Daher kommt, wie auch Ruud van Dijk darlegt,¹²⁷² den Bemühungen der westdeutschen Regierung, das Verhältnis zur DDR neu zu definieren, in der Analyse des ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisses besondere Bedeutung zu.

*„On the one hand, the East Germans can hardly pursue an active and noisy policy of dealing with Bonn while trying to hold the line in the Warsaw Pact against others’ dealing with the FRG At the same time, the East Germans do not wish to trail too far behind Moscow in contacts with the West Germans lest they find themselves dealing only through a Soviet broker who may not be as assiduous as they would like in protecting East German interests.”*¹²⁷³ Diese amerikanische Analyse des Briefs des ostdeutschen Ministerpräsidenten Willy Stoph an Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger im Jahr 1967 beschreibt präzise das durch eine „neue Ostpolitik“ Bonns verursachte Dilemma des SED-Regimes. Auf der einen Seite konnte eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nur über Verhandlungen zwischen Ost und West erreicht werden. Auf der anderen Seite fürchtete sich die SED-Führung weiterhin davor, durch die engeren Kontakte zwischen Bonn und den Staaten des Warschauer Paktes im eigenen Bündnis isoliert zu werden. Daher reagierten, wie der SPD-Politiker Helmut Schmidt es 1966 beschrieb, die „Kommunisten im anderen Teil Deutschlands sehr viel ablehnender“ auf die erste, im Vergleich zu den vorhergehenden Regierungserklärung gegenüber dem Osten konziliantere, Regierungserklärung der Großen Koalition „als die Kommunisten anderer Länder“.¹²⁷⁴

Das Konzept der erhöhten Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Osten hatte mit der SPD 1966 Einzug in die Große Koalition gehalten.¹²⁷⁵ Die Washington Post zitierte den SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner Anfang Februar 1967 gar mit Gedanken, die eine westdeutsche Anerkennung der DDR nicht mehr grundsätzlich

¹²⁷² Vgl. van Dijk, in: Timmermann, 2004, S. 412-427.

¹²⁷³ NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2115, POL Ger E: Director of Intelligence and Research, George C. Denney, Jr. to the Secretary of State, Stoph’s Letter to Kiesinger Leaves Some Interesting Loose Ends, 19.9.1967.

¹²⁷⁴ Dokumente Deutschlandpolitik, V. Reihe, Bd. 1, 1. Halbbd., S. 216-218: Artikel des Fraktionsvorsitzenden der SPD Schmidt, Sozialdemokratischer Pressedienst vom 28.12.1966: Neue Politik im neuen Jahr, S. 217.

¹²⁷⁵ Vgl. das Referat von Egon Bahr an der Evangelischen Akademie Tutzingen, 15.7.1963, in: Meissner, 1970, S. 45-48. Görtemaker, in: Bauernkämper, 1998, S. 44-57.

ausschlossen.¹²⁷⁶ Trotz solcher Tendenzen blieb die Große Koalition auf Drängen der Union jedoch insgesamt in der Tradition bundesrepublikanischer Regierungen, für die eine Anerkennung der ostdeutschen Regierung gleichbedeutend mit der Zustimmung zur Politik der SED und damit undenkbar war. Bundeskanzler Kiesinger wollte keinesfalls „Unrecht als Recht bestätigen“.¹²⁷⁷ Er polemisierte daher gegen die von ihm so bezeichnete „Anerkennungspartei“, die das linksliberale publizistische Spektrum von der *Süddeutschen Zeitung* bis zu *Zeit und Spiegel*¹²⁷⁸ und bemühte sich nach Kräften, die sozialdemokratischen Kräfte in seiner Regierung, die mehr Konzilianz forderten, im Zaum zu halten.¹²⁷⁹

Die in der Union verbreitete Verquickung von moralischer und politischer Billigung mit der Frage einer möglichen Anerkennung, die von den vielen anderen Staaten nicht geteilt wurde,¹²⁸⁰ hatte auch für die USA Geltung. Washington wollte gegenüber dem SED-Regime keinesfalls zu konzilient sein, so dass die Administration Johnson mit dem Beginn der „neuen Ostpolitik“ 1967 eine abwartende Haltung einnahm. An dieser abwartenden Haltung hielt auch die 1968 gewählte Nixon-Administration zunächst fest. Die Hauptursache hierfür lag in der kurz bevorstehenden Bundestagswahl im November 1969. In Washington ging der Präsident ebenso wie die Deutschlandexperten davon aus, dass diese wahrscheinlich eine andere Regierungskoalition hervorbringe und die Bonner Regierung in dieser Situation keine längerfristigen Vereinbarungen treffen und garantieren konnte. Kurz vor der Bundestagswahl empfahl die US-Botschaft in Bonn daher, den abwartenden Kurs gegenüber einem deutsch-deutschen *Rapprochement* für den Moment beizubehalten: „*It would be highly disadvantageous for the United States to anticipate the evolution of German policy by getting out in front and attempting to stagemanage a process which may lead to recognition, urging on the Germans the desirability of particular political concessions.*“¹²⁸¹

¹²⁷⁶ Zitiert nach: Hoff, 2003, S. 354.

¹²⁷⁷ Archiv der Gegenwart, 1969 Nr. 14737 B: Bericht zur Lage der Nation vom 17.6.1969. Zu Kiesingers Ostpolitik vgl. Gassert, Philip: Kurt Georg Kiesinger, 1904-1988, Kanzler zwischen den Zeiten, München 2006, S. 580-592, 660-681.

¹²⁷⁸ Vgl. Gassert, 2006, S. 583.

¹²⁷⁹ Vgl. Gassert, 2006, S. 583.

¹²⁸⁰ Kilian, 2001, S. 375.

¹²⁸¹ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1967-1969, Box 2116, POL Ger E Ger W: Memorandum Recognition and Reunification, Embassy Bonn, 22.7.1969.

Tatsächlich stellte die Bildung einer sozial-liberalen Koalition mit dem Kanzler Willy Brandt und dem Außenminister Walter Scheel im Oktober 1969 die USA in Sachen DDR-Politik vor neue Herausforderungen. Das Außenministerium registrierte bereits im Oktober 1969 einen Stimmungswechsel: „*Nearly all evidence available here indicates a slow but continued evolution of German public and political opinion towards Federal German recognition of East Germany.*“¹²⁸² Die zukünftige Deutschlandpolitik Brandts und Scheels vermutete Washington irgendwo zwischen der *De-jure*-Anerkennung und der Hallstein-Doktrin.¹²⁸³

Bei letzterer setzte die DDR-Politik der sozial-liberalen Koalition dann auch an. Basierend auf der Überzeugung, nur eine flexible Politik könnte die Chancen einer Entspannung nutzen, und ausgelöst durch die Anerkennungswelle in Staaten der Dritten Welt,¹²⁸⁴ löste sich die sozial-liberale Koalition von der Hallstein-Doktrin. Washington begrüßte diesen Konzeptwechsel, da es seinerseits die mangelnde Tragfähigkeit der in den fünfziger Jahren validen Leitlinie erkannte: „*Severe dents have already been made in FRG's selfimposed rule to break relations with any state that recognizes the GDR (Hallstein Doctrine).*“¹²⁸⁵ Die neue, nach dem bundesdeutschen Außenminister benannte Scheel-Doktrin machte den Grad einer Behinderung der ostdeutschen Außenpolitik durch Bonn vom Wohlverhalten der DDR in den deutsch-deutschen Beziehungen abhängig, beanspruchte aber gegenüber den Alliierten eine Vorreiterrolle der Bundesrepublik in der Klärung des Status der DDR beanspruchte.¹²⁸⁶

Dies bereitete Washington keine Probleme. Als Bonn die durch die Scheel-Doktrin gewonnene Bewegungsfreiheit zu Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes nutzen wollte, zeigte die Administration Nixon jedoch eine ambivalente

¹²⁸² NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files – Europe, Box 681, Folder 1: State Department Analysis of New German Coalition Policies, 17.10.1969.

¹²⁸³ Zum Ende der Hallstein-Doktrin vgl. die Thesen Grays und Kilians. Gray, 2003, S. 196-229. Kilian, 2001, S. 339-358.

¹²⁸⁴ Vgl. Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt, Erlangen, Jena 1996, S. 70. Zu den Beziehungen der DDR zur Dritten Welt vgl. auch: Möller, Harald: DDR und die Dritte Welt: Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China, Äthiopien sowie Irak/Iran, Berlin 2004.

¹²⁸⁵ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files – Europe, Box 681, Folder 1: State Department Analysis of New German Coalition Policies, 17.10.1969.

¹²⁸⁶ Zur Scheel-Doktrin vgl. Booz, 1995, S. 143.

Haltung.¹²⁸⁷ Nixon und Kissinger waren sich einig, dass die Amerikaner und nicht die Deutschen die Zügel der Entspannung in der Hand halten sollten.¹²⁸⁸ Sie begrüßten zwar das Ausscheiden der Bundesrepublik aus der Gruppe der Entspannungs-Verhinderer und die Bemühungen um den Konfrontationsabbau zwischen Ost und West, wollten aber verhindern, dass die Bundesregierung in den Verhandlungen mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin Fakten schuf, die Washington unter Umständen nicht mehr verändern konnte.¹²⁸⁹ Die Furcht vor bundesdeutschen Alleingängen förderte auch die Skepsis der amerikanischen Führung ein deutsch-deutsche *Rapprochement* betreffend, welches Willy Brandt in seiner Formel von „zwei Staaten, die füreinander nicht Ausland waren“ antizipiert hatte.¹²⁹⁰

Somit war die paradoxe Situation geschaffen, dass die Vereinigten Staaten, die in den sechziger Jahren noch Bundeskanzler Erhard gedrängt hatten, mit der Entspannungsentwicklung Schritt zu halten, nun diese Entwicklung zu verlangsamen suchten.¹²⁹¹ Besorgt betrachtete Washington das erste öffentlichkeitswirksame Ergebnis der „neuen Ostpolitik“, die Treffen zwischen Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Stoph in Erfurt und Kassel im März und Mai 1970. So kritisierten die Verantwortlichen im Weißen Haus und im Außenministerium die Hektik, in der das Treffen in Erfurt vorbereitet wurde, da diese eine eingehende Konsultation zwischen den Bündnispartnern in Bonn und Washington verhindert hatte. Darüber hinaus befürchtete Kissinger, Brandt könnte in Erfurt Zugeständnisse gegenüber dem Osten machen, die die bald beginnenden Vier-Mächte-Verhandlungen beeinflussen konnten.¹²⁹² Der Erfolg des Brandt-Besuchs wurde in Washington nur teilweise als solcher rezipiert. Zwar kommentierte der Politikberater Brzezinski die begeisterten „Willy, Willy“ Rufe in Erfurt als Zeichen des Fortbestands der nationalen Einheit des deutschen Volkes – *„The reception given to Chancellor Brandt by the East German population dramatically refuted all those, who have assumed that in less than a generation a distinctive sense of national identity can be manufactured through*

¹²⁸⁷ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 245. Vgl. ebenfalls Clemens, Clay: Amerikanische Entspannungs- und deutsche Ostpolitik 1969-1975, in: Friedrich, 1991, S. 195-230, S. 195.

¹²⁸⁸ Vgl. Garthoff, 1985, S. 110.

¹²⁸⁹ Vgl. Sarotte, 2001, S. 35-36.

¹²⁹⁰ Vgl. Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt, 28.10.1969 Münch, Ingo (Hrsg.): Dokumente des geteilten Deutschlands, Bd. 2, Stuttgart 1974, S. 167-169.

¹²⁹¹ Vgl. Hanrieder, Wolfram: Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy, New Haven 1989, S. 199.

¹²⁹² Vgl. Sarotte, 2001, S. 43-44.

*compulsion*¹²⁹³ – änderte damit jedoch nichts an der Auffassung Kissingers, dass die sozial-liberale Ostpolitik eher dazu geeignet war, die deutsche Teilung zu besiegeln als sie aufzuheben. Insgesamt war Washington mit Blick auf die Vier-Mächte-Verhandlungen geradezu erleichtert, dass der Besuch Stophs in Kassel die deutsch-deutschen Gespräche nicht beschleunigte.¹²⁹⁴

Die amerikanische Kritik an der Ostpolitik war Bonn durchaus bewusst. Der deutsche Botschafter in Washington, Pauls, wies bereits Mitte 1970 daraufhin, dass die amerikanische Administration die deutschlandpolitische Position der Bundesrepublik kritisch beurteilte. Seinem Bericht zu Folge kritisierte Washington, dass die Bundesregierung, ohne dies offen zuzugeben, die Anerkennung der DDR insgeheim selbst anstrebte, oder sich zumindest mit dem Vordringen der DDR in internationale Bereiche bereits abgefunden hatte.¹²⁹⁵ Nixon und Kissinger blieben dabei nicht die einzigen Kritiker des sozial-liberalen Konzepts. Laut einem vertraulichen Bericht des Staatssekretärs von Braun, hatten politische Größen wie Acheson, Clay, Dewey, Murphy, McCloy in einem Gespräch mit Nixon und Kissinger im Dezember 1970 ihre Befürchtungen geäußert, dass als Folge der deutschen Ostpolitik der sowjetische Einfluss in der Bundesrepublik zunehmen und die Verbundenheit Deutschlands zum Westen in ihrer Bedeutung abnehmen würde.¹²⁹⁶ In einer vom Auswärtigen Amt erstellten Übersicht über die in der nichtoffiziellen amerikanischen Diskussion auftauchenden Argumente gegen die deutsche Ostpolitik reichte die Palette der Zweifel und Kritikpunkte von der Unterschätzung des Einflusses der kommunistischen Ideologie über die Destabilisierung der bundesrepublikanischen Innenpolitik, die Gefährdung des Bündniszusammenhaltes und der deutsch-amerikanischen Beziehungen, die Überschätzung der Entspannungsbereitschaft des SED-Regimes bis hin zu demoralisierenden Folgen für den politischen Selbstbehauptungswillen der Deutschen in der DDR.¹²⁹⁷

Dabei fürchteten die USA auch um eigene Interessen. Bereits im Januar 1970, noch gut zehn Monate vor der Aufnahme deutsch-deutscher Gespräche, fragten sich

¹²⁹³ Brzezinski, in: FA, 10/1970, S. 13.

¹²⁹⁴ Vgl. Sarotte, 2001, S. 58-59.

¹²⁹⁵ Vgl. AAPD, 1970, Bd. II, Dok. 269: Botschafter Pauls, Washington, an das AA, 15.6.1970.

¹²⁹⁶ Vgl. Pol-Arch AA, B31, 327: Bericht des Staatssekretärs von Braun, 5.1.1971.

¹²⁹⁷ Vgl. Pol-Arch AA, B31, 327: Übersicht über die in der nichtoffiziellen amerikanischen Diskussion auftauchenden Argumente gegen die deutsche Ostpolitik, 24.2.1971.

hochrangige Persönlichkeiten im State Department, welche Auswirkungen eine deutsch-deutsche Einigung unterhalb einer formalen Kodifizierung auf die amerikanische Präsenz in Deutschland haben könnte.¹²⁹⁸ Eine Anerkennung der DDR durch Bonn durfte nach Ansicht der Amerikaner keinesfalls eine Anerkennung ostdeutscher Rechte in Berlin beinhalten: *„FRG acceptance of GDR claims to Berlin would not necessarily follow from recognition, but we should require the FRG to explicitly reserve on this point in connection with recognition.“*¹²⁹⁹ In einem Gespräch mit einem bundesdeutschen Diplomaten machte der Top-Diplomat James S. Sutterlin daher überdeutlich, dass die Amerikaner befürchteten, eine deutsch-deutsche Vereinbarung oder auch ein Scheitern der Verhandlungen könne eine solche internationale Aufwertung der DDR zur Folge haben, dass es zunehmend schwerer werde, ein Vier-Mächte-Statut für Deutschland als Ganzes und speziell für Berlin einschließlich der alliierten Zugangsrechte zu behaupten.¹³⁰⁰ Diese Zugangsrechte repräsentierten jedoch das Kerninteresse der USA in Deutschland – die völkerrechtliche Bestätigung ihrer Rechte als Besatzungsmacht durch ein Vier-Mächte-Abkommen. Dementsprechend nachdrücklich wies Washington Bonn darauf hin, die für diese Rechte relevanten Themen aus den im November 1970 begonnenen Gesprächen zwischen Egon Bahr und dem DDR-Staatssekretär Michael Kohl über ein Transit-Abkommen sowie die Grundlagen der deutsch-deutschen Beziehungen herauszuhalten. Der amerikanische Botschafter war in diese Richtung deutlich instruiert¹³⁰¹ und setzte die Instruktionen weisungsgemäß um: *„At Bonn group meeting Jan 14 the US Rep made two observations in regard to the Bahr-Kohl talks... He [P.M. U.S. Repräsentant in der Bonner Vierergruppe] said that he hoped that it would be possible to continue to restrict the subject matter in those talks so that Berlin access would not be discussed at this stage.“*¹³⁰²

Der mögliche Interessengegensatz zwischen der Sicherung des Transits in einem Vier-Mächte-Abkommen und einer möglicherweise abweichenden deutsch-deutschen Transitregelung beherrschte den bundesdeutsch-amerikanischen

¹²⁹⁸ Vgl. RG 59, General Records of the Department of State, Lot 74D430, Rush, Box 13: Minister Russell Fessenden to Assistant Secretary of State, Martin Hillenbrand, 29.1.1970.

¹²⁹⁹ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files B 683: Consequences of the Recognition of East Germany, 25.3.1970.

¹³⁰⁰ Vgl. AAPD, 1970, Bd. II, Dok. 348: Botschafter Pauls, Washington, an das AA, 31.7.1970.

¹³⁰¹ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2298, POL Ger E Ger W: Inner-German Negotiations: Status of Current Draft Text, 12.1.1971.

¹³⁰² NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2297, POL Ger E Ger W: Embassy Bonn to State, Bahr-Kohl Talks, 15.1.1971.

Austausch über den Fortgang der Bahr-Kohl Gespräche. Die Vereinigten Staaten kritisierten die Eile der deutsch-deutschen Verhandlungen und erklärten sich erst nach längeren Gesprächen mit dem deutschen Verbündeten bereit, das deutsch-deutsche Transit-Abkommen in der vorgelegten Form zu billigen. Bahr wies Kohl oftmals auf die Sensibilität der westlichen Alliierten gegenüber den deutsch-deutschen Gesprächen hin, so dass die USA in Ost-Berlin schnell als Bremser ausgemacht waren, wobei das MfAA davon ausging, dass die Gespräche Bonns mit dem SED-Regime in „progressiven“ Kreisen der amerikanischen Politik, z.B. „von den Senatoren Gravel, Cranston, Mansfield und McGovern und den Abgeordneten Findley, Reuss,“ zunehmend akzeptiert wurde, aber bedauerlicherweise Personen wie „Clay, Ball, Acheson, Meany und Tower zusammen mit maßgeblichen Vertretern des Pentagon und des *State Departments*“ eine konziliantere Haltung der USA verhindern konnten.¹³⁰³

Tatsächlich schien Washington von der Schnelligkeit der Verhandlungen beeindruckt, wenn nicht gar erschrocken.¹³⁰⁴ Kissinger und Nixon befürchteten, dass Brandt und Bahr frühzeitig Fakten schufen, die in der Folge nicht mehr als Teil einer *Linkage*-Strategie zur Durchsetzung amerikanischer Sicherheitsinteressen z.B. in Vietnam gegenüber Moskau dienen konnten.¹³⁰⁵ Aber nicht nur das Weiße Haus, sondern auch der Kreml war besorgt. Ähnlich der amerikanischen wollte die sowjetische Führung eine Eigendynamik der deutsch-deutschen Entspannung verhindern, wobei ihre Priorität die Sicherstellung der Ratifikation des sowjetisch-bundesrepublikanischen Vertrages lag.¹³⁰⁶ Auf eine Beschwerde des Ost-Berliner Politbüros, die Bundesrepublik wolle die Transitregelung zu einem Anhang des Vier-Mächte-Abkommens und nicht zu einem Vertrag zweier souveräner Staaten machen, hin, hielt Moskau Ost-Berlin zu konziliantem Verhalten an.¹³⁰⁷ Bedingt durch den Druck der eigenen Schutzmacht musste die DDR einlenken und ermöglichte damit – am 17. Dezember 1971 wurde das Transit-Abkommen als Anhang zum Vier-Mächte-Abkommen unterzeichnet – paradoxer Weise wiederum den USA, die deutsch-deutschen Gespräche zu akzeptieren. Nachdem Willy Brandt im April 1972 das mit

¹³⁰³ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA-Regierung zur Deutschen Demokratischen Republik, 10/1971.

¹³⁰⁴ Vgl. z.B. AAPD, 1971, Bd. III, Dok. 422: Botschafter Pauls, Washington, an das AA, 29.11.1971.

¹³⁰⁵ Vgl. Sarotte, 2001, S. 136.

¹³⁰⁶ Vgl. ebd., S. 174.

¹³⁰⁷ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/2 A/1.547: Herrmann Axen an Otto Winzer: Vorlage an das Politbüro des ZK der SED, Konsultation Winzers mit dem Genossen Gromyko, 18.10.1971.

seiner Ostpolitik verbundene Misstrauensvotum überstanden hatte, konnten sowohl das Transit- als auch das Vier-Mächte-Abkommen im Sommer desselben Jahres in Kraft treten. Es war schließlich gelungen, bundesdeutsche und amerikanische und sowjetische und ostdeutsche Interessen in dieser Phase der deutsch-deutschen und internationalen *Détente* kompatibel zu machen.

Aber nicht nur Interessen, sondern auch Sympathien spielten eine bedeutende Rolle in der Bewertung der „neuen Ostpolitik“ durch die US-Regierung. Nixon und Kissingers Sympathien lagen, auch wenn man sich operativ mit der sozial-liberalen Koalition verstand, eindeutig bei den westdeutschen Konservativen.¹³⁰⁸ Wie begründete sich dieses Sympathieungleichgewicht? Weitaus plausibler als Matthias Schulz' These, das Ungleichgewicht sei auf Nixons Neid auf den Erfolg der Brandtschen Ostpolitik zurückzuführen,¹³⁰⁹ scheint die Annahme, akute personelle und ideologische Inkompatibilität zwischen der Sozialdemokratie und der Republikanern hätten ein Klima der Sympathie verhindert. Der ehemalige DDR-Experte des *State Departments*, Robert G. Livingston, brachte die Situation retrospektiv auf die griffige, wenn auch etwas plakative Formel: „*Nixon was good friend with the West German conservatives not the SPD/FDP.*“¹³¹⁰

Diese Analyse galt neben dem Präsidenten auch für den Rest der politischen Führung der Vereinigten Staaten. So behagte die sozialdemokratische Spitze einer Mehrheit der NSC-Mitglieder nicht. Zwar bescheinigte das *Council* Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner eine grundsätzliche West-Orientierung; an ihrer ausreichenden Verhandlungsstärke und -härte gegenüber dem Osten bestanden jedoch Zweifel. Dem eigentlichen Motor der Entspannung und späteren Chefunterhändler in den deutsch-deutschen Gesprächen, Egon Bahr, sprach das NSC gar eine West-Orientierung ab.¹³¹¹ Wichtiger noch als die personelle Ebene war jedoch die mangelnde ideologische Übereinstimmung. Auch wenn man sich in Washington trotz der personellen Differenzen durchaus in der Lage sah, operativ mit der sozial-liberalen Bundesregierung zusammenzuarbeiten, teilte das Weiße Haus

¹³⁰⁸ Vgl. z.B. Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

¹³⁰⁹ H-SOZ-U-KULT, Matthias Schulz, Tagungsbericht: The Atlantic Community Unraveling? States, Protest, Movements, and the Transformation of US-European Relations, 1969-1983, Nashville, 17.-19.9.2004, 8.11.2004.

¹³¹⁰ Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

¹³¹¹ Vgl. NA, Nixon Presidential Material Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 683: Further Developments in Ostpolitik, 12.2.1970.

seine deutschlandpolitischen Ideale und Ziele mit CDU und CSU, und nicht mit der SPD. Helmut Schmidt hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass die deutschlandpolitischen Aktivitäten der SPD von 1969 an von einem durch die Unionsparteien geschürten amerikanischen Misstrauen begleitet waren.¹³¹²

Die Administration Nixon nahm die konservative Kritik an den deutsch-deutschen Verhandlungen sowie dem Grundlagenvertrag sehr ernst. In einer Mischung aus ideologischer Verbundenheit mit CDU und CSU und Realpolitik – Washington wollte bei einer Machtverschiebung zu Gunsten der Konservativen nicht weit zurückschwimmen müssen – warteten Nixon, Kissinger und auch Außenminister Rogers daher zunächst ab, ob die „neue Ostpolitik“ gegen innenpolitische Widerstände Bestand haben konnte. Tatsächlich entscheidend für die amerikanische Beurteilung des innenpolitischen Faktors der „neuen Ostpolitik“ und damit ihrer Zukunftsfähigkeit waren, wie Helmut Sonnenfeldt im November 1972 ausführte, zwei Dinge: *„Whether, how and when we begin negotiating with the GDR on the question of opening bilateral relations. Timing should be related to (1) the outcome of the FRG elections, November 19; (2) consequent prospects for signing and ratification of the GDR-FRG basic treaty.“*¹³¹³

Der Ausgang der Bundestagswahl Ende 1972 machte insofern einen gewichtigen Unterschied, als dass erst in einer zweiten Legislaturperiode Brandts das „Strohfeuer“ deutsch-deutscher Entspannung zu einer kaum umkehrbaren Entwicklung werden konnte. Das NSC prognostizierte: *„A Brandt victory will mean first of all early completion of the remaining short term goals of his Eastern policy – UN membership for both Germanys and the establishment between them.“*¹³¹⁴ Im Falle eines Sieges der Opposition musste Washington sich unter Umständen auf ein neues deutschlandpolitisches Konzept Bonns einstellen: *„If the results should favor the CDU/CSU we would want to give considerations to the views of the new German*

¹³¹² Vgl. Schmidt, Helmut: Die Deutschen und ihre Nachbarn, Menschen und Mächte II, Berlin 1990, S. 30f.

¹³¹³ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC, NSSM 1969-1974, Box H-189, NSSM 146: Background Memorandum for Kissinger from Sonnenfeldt, FRG-GDR Treaty and Our GDR NSSM, 7.11.1972.

¹³¹⁴ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, Country Files, 1969-1974, Europe, Box 687: The German Elections on November 19, 17.11.1972.

government before taking definite positions on the various aspects of the relations with the GDR.”¹³¹⁵

Trotz der mangelnden Sympathie gegenüber der sozial-liberalen Regierung, gewann Washington dem Wahlsieg Brandts jedoch auch Positives ab. So verschaffte die Perpetuierung der „Entspannungselite“ am Rhein in der Wahl 1972 den Amerikaner eine gewisse Planungssicherheit. Vor dem Hintergrund dieser Planungssicherheit konnten das *State Department* und das Weiße Haus damit beginnen, über eine Liberalisierung ihrer Politik gegenüber der DDR nachzudenken. Einen echten Durchbruch mit Bezug auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stellte die Wahl Brandts jedoch noch nicht dar. Zwar wuchs mit ihr und den Erfolgen der USA in den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen die Zustimmung zur „Ostpolitik“ Bonns im Außenministerium und im Weißen Haus,¹³¹⁶ der Präsident blieb jedoch auch weiterhin äußerst zurückhaltend gegenüber der sozial-liberalen Koalition.

Die Zurückhaltung des Präsidentens hatte auch Auswirkungen innerhalb der Administration. Nixon schlug einen schärferen Ton an und wollte die DDR-Politik der USA in der Folge selber bestimmen: *„The State Bureaucracy is pro Brandt, pro Socialist, totally disagree with their approach, Do absolutely nothing which plays to Brandt (regardless to his elections), From now on all decisions are to be submitted to me.”¹³¹⁷* Nixon wollte, zugespitzt formuliert, die amerikanische DDR-Politik nicht durch den sozialdemokratischen Kanzler in Bonn, auch wenn dieser soeben von den bundesdeutschen Wählern bestätigt worden war, lenken lassen. Um sicherzustellen, dass der Standpunkt der Bonner Konservativen nicht ausgeblendet wurde, erklärte er die Reaktion auf die „neue Ostpolitik“ daher zur Chefsache. Vor diesem Hintergrund gestaltete der amerikanische Präsident in der Folge persönlich die US-Politik in einer entscheidenden und umstrittenen Phase der westlichen Entspannung gegenüber der DDR: Der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags und ihrer Folgen.

¹³¹⁵ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: Memorandum for the President, Allied Consultations on Relations with the GDR, 15.11.1972.

¹³¹⁶ Dittgen, Herbert: Die Ära der Ost-West-Verhandlungen und der Wirtschafts- und Währungskrisen (1969-1981), in: Larres, 1997, S. 178-203, S. 180.

¹³¹⁷ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, Initial Contacts with East Germany, 20.12.1972. Zu diesem Zitat vgl. auch van Dijk, in: Timmermann, 2004, S. 426.

Fast parallel zum bundesdeutschen Wahlkampf fanden nach der Ratifizierung des Transport-Abkommens und der Unterzeichnung des Verkehrsvertrages die Bahr-Kohl Gespräche über den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag statt. Während dieser Gespräche unterrichtete Bahr die Vertreter der drei Mächte regelmäßig über den Fortgang der Verhandlungen. Im Gegensatz zu den anderen westlichen Siegermächten brachten die Vereinigten Staaten in Person des Botschafters Hillenbrand während solcher Abstimmungsrunden regelmäßig ihre Skepsis gegenüber den Verhandlungen zum Ausdruck. So zeigten sich die USA über eine mögliche Integration der bilateralen Beziehungen der DDR zu Drittstaaten in die deutsch-deutschen Gespräche sowie über mögliche Auswirkungen auf das Vier-Mächte-Abkommen besorgt.¹³¹⁸ Darüber hinaus warnte Washington Bonn vor den Folgen eines zu schnellen Verhandlungstempos. In diesem Zusammenhang wies Hillenbrand wiederholt darauf hin, dass ein deutsch-deutscher Vertrag keinesfalls ein Startschuss für die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Washington und Ost-Berlin sein müsse.¹³¹⁹ Trotz dieser Kommentare arbeitete, als schließlich im Dezember 1972, knapp einen Monat nach der Bundestagswahl, mit der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags der bedeutendste Schritt in der Entspannung zwischen der Bundesrepublik und der DDR anstand, auch in Washington das diplomatische Personal eifrig an einem Konzept. Auch wenn Außenminister Rogers bei einem Treffen mit seinen Kollegen Scheel, Schuman und Douglas-Home am 6. Dezember 1972 darauf verwies, dass die Vereinigten Staaten, im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien, noch nicht entschieden hatten, ob und wann sie Gespräche mit der DDR führen wollten,¹³²⁰ musste die US-Regierung in diesem Zeitraum festlegen, wie sie auf die Unterzeichnung des Vertrages reagieren wollte. Wollte sie sich, wie es andere westliche Länder planten, direkt nach der Unterzeichnung an Ost-Berlin wenden, oder sollte sie noch warten, z.B. bis die DDR in die UNO aufgenommen worden war, wie es Helmut Sonnenfeldt formulierte.¹³²¹ Auch die DDR machte sich Gedanken über das weitere Vorgehen. Im Vorfeld der Unterzeichnung hoffte das SED-Regime mit Blick auf die USA auf

¹³¹⁸ Vgl. AAPD, 1972, Bd. II, Dok. 193: Gespräch des Staatssekretärs Bahr mit Vertretern der Drei Mächte, 30.6.1972.

¹³¹⁹ AAPD, 1972, Bd. II, Dok.: 213: Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt mit den Vertretern der drei Mächte, 31.7.1972.

¹³²⁰ AAPD, 1972, Bd. III, Dok. 398: Ministerialdirektor von Staden, z.Z. Brüssel an das AA, 7.12.1972.

¹³²¹ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC, NSSM 1969-1974, Box H-189, NSSM 146: Background Memorandum for Kissinger from Sonnenfeldt, FRG-GDR Treaty and Our GDR NSSM, 7.11.1972.

eine bedeutende Wirkung des Vertrages: „Der zur Zeit konkrete Formen annehmende „Grundvertrag DDR-BRD“ wird in den USA als erster Schritt zur Verbesserung der Beziehungen USA-DDR gesehen.“¹³²²

Die Meinung der Forschung, die DDR habe am 21. Dezember 1972 mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages einen entscheidenden Schritt in Richtung außenpolitischer Befreiung getan,¹³²³ wurde auch von einigen Politikern und Diplomaten in Washington und Ost-Berlin geteilt. Viele waren der Ansicht, nun sei der Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der DDR frei.¹³²⁴ Selbst Henry Kissinger schrieb am 18. Dezember 1972 an Nixon „...*Our interests in good relations with his government on East-West security issues generally dictates maximum accomodation to Brandt on East Germany.*“¹³²⁵

Der Präsident sah jedoch keinen Grund, allein ob der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages die amerikanische DDR-Politik zu ändern. Von zentraler Bedeutung für seine Haltung in dieser Frage war die, in den Unionsfraktionen laut werdende Kritik an dem deutsch-deutschen Vertragswerk. Zwar folgte Nixon nicht der Sichtweise des *Welt am Sonntag*-Kolumnisten Hans Habe, der in einem Brief an Kissinger ein Szenario zeichnete, in dem Willy Brandt eine deutsche Vormacht in Europa auf sozialistischer und anti-amerikanischer Basis schaffen wollte, um so die deutsche Wiedervereinigung auf Kosten des NATO-Bündnisses und der EG durchzusetzen,¹³²⁶ er sah sich aber durch den langwierigen Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages, die Klage der bayrischen Staatsregierung gegen die Verfassungsmäßigkeit dieses Vertrages, sowie die ständigen Auseinandersetzungen in den deutsch-deutschen Folgeverhandlungen in Fragen wie dem Luftverkehr nach West-Berlin und der Familienzusammenführung etc. im Jahr 1973 in seiner zurückhaltenden Politik bestätigt. Daher wies Nixon

¹³²² SAPMO-BArch, DY 30, vorl. SED, 16060: Information über den Besuch einer Wirtschaftsdelegation der DDR in den USA, 1.12.1972.

¹³²³ Vgl. Bruns, Wilhelm: *Deutsch-deutsche Beziehungen*, Opladen 1979, S. 25. Vgl. Bender, Peter: *Die „Neue Ostpolitik“ und Ihre Folgen, Vom Mauerbau zur Vereinigung*, 3. überarbeitete und erweiterte Neuausgabe, München 1995, S. 244.

¹³²⁴ Gaida, 1989, S. 35.

¹³²⁵ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, Initial Contacts with East Germany, 20.12.1972.

¹³²⁶ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, Country Files, 1969-1974, Europe, Box 687: Letter from Hans Habe to Henry Kissinger, 15.3.1973.

Außenminister Rogers im März 1973 an, Verhandlungen mit der DDR bis zur Ratifizierung des Grundlagenvertrages durch den Bundestag aufzuschieben.¹³²⁷

Der amerikanische Präsident äußerte seine Skepsis gegenüber den sozial-liberalen Entspannungsbemühungen zwar nicht offiziell, ließ aber Brandt bei dessen Besuch in den USA im Mai 1973 nicht darüber im Unklaren, dass seines Erachtens keine unberechtigte Entspannungseuphorie in Europa und speziell in Deutschland entstehen durfte.¹³²⁸ Damit folgte Nixon dem Standpunkt der CDU/CSU, die alles gegen eine solche Euphorie taten. In logischer Konsequenz seiner Anlehnung an die deutschen Konservativen forr Nixon die amerikanische DDR-Politik bis zum Urteil des Karlsruher Verfassungsgerichts über die Verfassungskonformität des Vertrages vorerst ein. Aus diesem Grund kam es im ersten Halbjahr 1973 kaum noch zu bundesdeutsch-amerikanischen Konsultationen zur Frage der DDR. Erst nachdem das Bundesverfassungsgericht die bayrische Klage am 31. Juli 1973 abwies, erkannte der Präsident den im Grundlagenvertrag erzielten Fortschritt in der deutsch-deutschen Entspannung als derart langfristig und beständig an, dass auch die Vereinigten Staaten ihr Verhältnis zum „zweiten Staat“ der deutschen Nation überdenken konnten.

Ohne Kenntnisse der Vorgänge im Weißen Haus betrachtet das MfAA die „neue Ostpolitik“ als Auslöser für das deutschlandpolitische Umdenken der Amerikaner: „Die erzwungene Kenntnisnahme der allseitigen Festigung der DDR durch maßgebliche politische Kreise innerhalb und außerhalb des Weißen Hauses, ausgelöst durch den Abschluss der Verträge der UdSSR und der VR Polen mit der BRD sowie das vierseitige Abkommen über West-Berlin, hat bereist zu einem vielschichtigeren Herangehen der Nixonregierung an die Frage der Gestaltung der Beziehungen zur DDR geführt.“¹³²⁹ Dieses vielschichtigere Herangehen verwechselte man in Ost-Berlin ab Mitte 1972 mit einem parallelen Vorgehen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik. Die bundesdeutsche „neue Ostpolitik“ und die amerikanische *Détente* gingen mit Bezug auf die DDR nicht im selben

¹³²⁷ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum from President Nixon to Secretary of State Rogers, Initiation of Negotiations with the GDR, 28.3.1973.

¹³²⁸ Vgl. AAPD, 1973, Bd. II, Dok. 124: Aufzeichnungen Bundeskanzler Brandt, 1.5.1973.

¹³²⁹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA-Regierung zur Deutschen Demokratischen Republik, 10/1971.

Tempo voran. Vielmehr beschränkte Washington Bonn in seinen Bestrebungen. Kissinger beschrieb die amerikanische Reaktion auf die „neue Ostpolitik“ retrospektiv als Versuch der Nixon-Regierung, die deutschen Entspannungsbemühungen in eine Matrix von Verhandlungen einzubetten, „die die Verhandlungsposition der Bundesrepublik stärkte, aber gleichzeitig Grenzen setzte, die sie ohne Zustimmung nicht überschreiten konnte“.¹³³⁰

Dabei blieben die USA durchaus zu Recht skeptisch gegenüber der Durchdringungswirkung der „neuen Ostpolitik“ in der DDR. Als Bahr 1973 ausführte, dass sein erstes Gespräch mit Kohl nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, „eine der unerfreulichsten Unterhaltungen gewesen“ sei, „die er bisher mit Kohl gehabt habe“,¹³³¹ und Brandt sich im Dezember 1973 bei Breschnew über die wenig kooperative Haltung der DDR beschwerte,¹³³² war auf absehbare Zeit das eingetreten, was der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten, Kenneth Rush, am 19. Juni 1972 vor dem *American Council on Germany* prognostiziert hatte: „Ohne Frage wird die Deutsche Demokratische Republik, wenn sie im Zuge des Entspannungsprozesses eine sichtbare internationale Rolle erlangt, darum bemüht sein, dies auszunutzen, um ihre Doktrin einer klaren „Abgrenzung“ von dem übrigen Deutschland zu unterstreichen.“¹³³³

Mit dem deutsch-deutschen Vertrag hatte die DDR das Tor zur Anerkennung durch den Westen aufgestoßen, ohne eine kurzfristige innere Instabilität befürchten zu müssen. Das SED-Regime hatte in die nominelle Nichtgewährung der *De-jure*-Anerkennung durch Bonn einwilligen müssen. Im Vergleich zu dem Potential des Grundlagenvertrages für die internationale Aufwertung Ost-Berlins, war dies ein relativ geringer Preis. Andere Staaten des Westens behielten sich nämlich keine nominelle Nichtgewährung der *De-jure*-Anerkennung vor. Das SED-Regime konnte daher die Offensive gen Westen in der Folge mit neuem Schwung fortführen. Der Durchbruch in der Etablierung diplomatischer Beziehungen zu Washington gelang dem SED-Regime jedoch noch nicht. In der Frage der Zulassung zur UNO musste

¹³³⁰ Vgl. Kissinger, Henry: *Years of Upheaval*, Boston 1979, S. 412.

¹³³¹ Vgl. AAPD, 1973, Dok. 77: Gespräch des Bundesministers Bahr mit den Botschaftern Henderson (Großbritannien), Hillenbrand (USA) und Sauvagnargues (Frankreich), 9.3.1973.

¹³³² Vgl. AAPD, 1973, Dok. 426: Bundeskanzler Brandt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, 30.12.1973.

¹³³³ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Sonderinformation: Rush vor dem American Council on Germany am 19.6.1972, 3.7.1972.

sich Ost-Berlin immer noch mit einem Washington auseinandersetzen, dass die Souveränität der DDR, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten des Westens, nicht anerkannte.

D. DDR-USA und die UNO

Neben bi- und trilateralen Prozessen erkannte die DDR auch in der multilateralen UNO ein viel versprechendes Mittel zur verbesserten Akzeptanz des eigenen Staates im Westen. Bis zum September 1973 blieb Ost-Berlin jedoch ebenso wie Bonn der Zugang zu den Vereinten Nationen (VN) verwehrt.¹³³⁴ Einer möglichen Mitgliedschaft in der UNO kam für die DDR im Bezug auf die internationale Anerkennung eine besondere Priorität zu, weil eine staatliche Einheit durch die Aufnahme in die VN der in der VN-Satzung, Artikel 27, kodifizierten, souveränen Gleichheit der Staaten teilhaftig wurde und weil eine solche multilaterale Aufwertung den Weg für bilaterale Einigungen ebnet konnte.

Die Aufnahme eines Staates in die VN erfolgte durch eine Empfehlung des Sicherheitsrates, der mindestens 9 von 15 Mitgliedern, darunter alle fünf ständigen Mitglieder, also auch die USA, zustimmen mussten.¹³³⁵ Folglich warb die DDR seit dem Beginn der *Détente* verstärkt im Hauptquartier des kapitalistischen Lagers für eine gleichgestellte Position der DDR mit der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen. Für die Bundesrepublik war die Aufnahme in die VN nicht von besonderer Wichtigkeit, da sie in allen Sonderorganisationen der UNO vertreten war, eine große Beobachtermission hatte und zudem in internationalen Organisationen wie der OECD saß.¹³³⁶ Darüber hinaus waren die drei West-Alliierten als ständige Sicherheitsratsmitglieder wirksame Vertreter der bundesdeutschen Interessen.

Die UNO-Politik der DDR stand folglich unter ungünstigen Vorzeichen. Als Instrumente standen der DDR für diese Politik die bereits 1954 gegründete Deutsche Liga für die Vereinten Nationen¹³³⁷ und der seit 1963 in New York tätige, ständige

¹³³⁴ Zu den grundlegenden Charakteristika der UN-Politik der DDR vgl. Neugebauer, Bernd: DDR, UN-Politik, in: Vogler, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Vereinten Nationen, München, Wien 2000, S. 46-52.

¹³³⁵ Vgl. Bruns, 1980, S. 20.

¹³³⁶ Vgl. Kilian, 2001, S. 354.

¹³³⁷ Zum UNO-politischen Beitrag der Deutschen Liga für die Vereinten Nationen vgl. Funk, Eberhard: Die Deutsche Liga für die Vereinten Nationen, Hamburg 1998.

ADN-Korrespondent bei den VN zu Verfügung. Während die Liga für die Vereinten Nationen aus der DDR heraus operierend sich bemühte, die Kräfteverhältnisse in der NGO-Versammlung bei den VN, der *World Foundation of the UN Associations* (WFUNA)¹³³⁸ positiv für das sozialistische Deutschland zu beeinflussen, hatte der ADN-Korrespondent, bedingt durch seine Präsenz in New York, eine Doppelaufgabe zu erfüllen: Er sollte einerseits zu möglichst vielen Delegationen Kontakt aufnehmen, sich als Gesprächspartner dieser in deutschlandpolitischen Dingen etablieren und so zumindest *de-facto* eine Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen in seiner Person schaffen¹³³⁹ und andererseits die Stimmung in den USA für oder gegen die Aufwertung der DDR beobachten und analysieren.

Neben der Unterstützung durch sozialistische Verbündete fand der ADN-Korrespondent dabei auch Rückhalt bei kirchlichen Vertretungen bei den Vereinten Nationen. So setzte sich Carl Soule als Vertreter des UNO-Zentrums der Methodisten und zeitweiliger Vorsitzender der ASSGDR direkt bei den VN für die Aufnahme der DDR ein.¹³⁴⁰ Sowohl die Liga als auch die ADN-Korrespondenten legten dem ZK gegenüber detailliert Rechenschaft über ihre Arbeit ab. Jeder Kontakt zu amerikanischen Diplomaten wurde als Erfolgsmeldung an das ZK gegeben, wo sie Glauben machen sollten, es könne gelingen, bis in die führenden Kreise der amerikanischen UNO-Politik vorzustoßen, um dort inoffiziell *Lobbying* für die DDR betreiben zu können.¹³⁴¹

Aber nicht nur inoffiziell, sondern auch offiziell bemühte sich die DDR um die Aufnahme in die VN. Am 18. Februar 1966 stellte die DDR einen Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Ähnlich den inoffiziellen blieben aber auch die offiziellen Bemühungen fruchtlos. Das *State Department* erkannte den ostdeutschen Versuch, die konziliante Haltung des Generalsekretärs U Thant zur Statusverbesserung zu nutzen und protestierte beim Generalsekretär, der nach

¹³³⁸ Vgl. Funk, 1998, S. 52-70.

¹³³⁹ Vgl. hierzu die Berichte des ADN-Korrespondenten: SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts der ADN-Korrespondenten in New York, 3.5.1964. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts des New Yorker ADN-Korrespondenten, 4./5.6.1964. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts des New Yorker ADN-Korrespondenten, 8.11.1964. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Information zur Ernennung Arthur J. Goldbergs zum UNO-Chefdelegierten der USA, 22.7.1965.

¹³⁴⁰ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV A 2/20/611: Analyse der Wahlen in den USA 1968, 11/1968.

¹³⁴¹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/611: Abschrift des Berichts der ADN-Korrespondenten in New York, 3.5.1964.

amerikanischer Auffassung mit einer Weiterleitung des Antrags an den Sicherheitsrat Gefahr lief, die Anerkennung der DDR als souveränen Staat zu implizieren.¹³⁴² Die USA hatten Erfolg und der Antrag ging den Sicherheitsratsmitgliedern lediglich informell zu. Die unkonditionierte Ablehnung des Antrags – er wurde nicht auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates gesetzt – durch die drei Westmächte, in der sie geltend machten, dass die DDR kein Staat im Sinne des Artikel 4,1 der UNO-Charta war, hielt den Antrag sowohl aus dem Sicherheitsrat als auch aus der Generalversammlung heraus.¹³⁴³

Erst die wachsende Sympathie für die DDR in der dritten Welt Ende der sechziger Jahre ermöglichten dem SED-Regime neue, höherwertige Offensiven auf multilateraler Ebene. Da der beschriebene Weg in die VN durch das Veto der Westmächte im Sicherheitsrat wenig viel versprechend erschien, bemühte sich Ost-Berlin, die Anerkennungswelle zu nutzen, um in den Sonderorganisationen, wo einfache Mehrheiten der Mitglieder ausreichten, Fuß zu fassen. Hatte der Antrag der DDR auf Aufnahme in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1968 auch die einfache Mehrheit verfehlt, so war das Ergebnis von immerhin 19 Ja-Stimmen, 27 Enthaltungen und 15 sich der Abstimmung durch Abwesenheit Entziehenden bei 59 Nein-Stimmen bereits ein außenpolitischer Erfolg Ost-Berlins.¹³⁴⁴ Die Tatsache, dass dieser Antrag ebenso wie der Antrag zur Aufnahme in die UNESCO 1970 nicht prinzipiell abgelehnt, sondern nur vertagt wurde, machte deutlich, dass der Westen in der Frage der UNO-Mitgliedschaft der DDR zunehmend in die Defensive geriet.¹³⁴⁵

Der Kreis der verlässlichen Partner in der Alleinvertretungspolitik der Bundesrepublik war auf einige NATO-Verbündete zusammengeschmolzen. Vor dem Hintergrund der bröckelnden Front ersann die sozial-liberale Bundesregierung eine neue Strategie. Sie wollte einen UNO-Beitritt der DDR nicht unkonditioniert ablehnen, sondern erst nach einer Regelung des deutsch-deutschen Verhältnisses, das

¹³⁴² NA RG 59, GRDS, CFPPF, 1964-1966, Box 3333, UN Ger E: State Dept. to USUN New York, East German Admission, 2.3.1966.

¹³⁴³ Zum Aufnahmeantrag der DDR von 1966 vgl. Bruns, Wilhelm: Die UNO-Politik der DDR, Bonn 1978.1978, S. 28. Neugebauer, 2000, S. 51.

¹³⁴⁴ Vgl. AAPD, 1968, Dok. 164: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Frank, 16.5.1968.

¹³⁴⁵ Vgl. Bruns, 1980, S. 20.

Verbesserungen für die Menschen in der DDR bringen sollte, verhandeln.¹³⁴⁶ Für Bonn galt es „der DDR begreiflich zu machen, dass die Änderung ihres internationalen Status von ihrer Zustimmung zu innerdeutschen Regelungen abhängig“ war.¹³⁴⁷ Trotz dieses Konzepts erkannte man im Auswärtigen Amt 1970: „Im Gegensatz zum bilateralen Bereich sei im multilateralen Bereich die Widerstandskraft gegen die Zulassung der DDR sehr geschwächt, seitdem das rechtliche Argument (die DDR ist kein Staat) nicht mehr verwandt werden könne.“¹³⁴⁸

Dabei wirkte der Eindruck, bis auf die Vereinigten Staaten stünden die West-Alliierten auf multilateraler Ebene nicht fest zu Bonn, zunehmend beunruhigend.¹³⁴⁹ Insgesamt waren die USA in Fragen des VN-Beitritts der DDR um einiges zurückhaltender als die Briten und Franzosen. Die bereits erwähnte Tatsache, dass die DDR nur dann Mitglied der VN werden konnte, wenn die USA bzw. die drei Westmächte als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates gemäß Artikel 27 Absatz 3 der Satzung der Vereinten Nationen für die Aufnahme der DDR stimmten, spielte eine gewichtige Rolle bei der Formulierung amerikanischer Positionen. Washington wollte sein Vetorecht im Sicherheitsrat nutzen, um eine Bekräftigung des Vier-Mächte-Status zu erreichen und so mögliche Ansprüche der DDR im Hinblick auf West-Berlin im Vorfeld zu unterbinden. Da dies mit Rücksicht auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu Artikel 4 der VN-Satzung nicht im Rahmen einer Sicherheitsratsresolution – wie im amerikanischen Beitrag zur Studie vorgesehen – erfolgen konnte, wurde von den USA eine Vier-Mächte-Erklärung erwogen, an der sich die Sowjetunion, als Gegenleistung für die amerikanische Zustimmung zur Aufnahme der DDR, beteiligen sollte. Da die Erfolgsaussichten für ein solches Junktim wesentlich davon abhingen, dass es der DDR nicht gelang, vorher bereits in eine Reihe von Sonderorganisationen, wie die UNESCO, WHO und ECE

¹³⁴⁶ Vgl. AAPD, 1972, Bd. I, S. 240-245, Gespräch des Ministerialdirektors von Staden mit dem Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Irwin, und Abteilungsleiter Hillenbrand in Washington, 13.3.1972.

¹³⁴⁷ Vgl. UNO-Botschafter Gehlhoff, Drahtbericht Nr. 249, VS-Bd. 9837 (I C 1)/ B 150, Aktenkopien 1972.

¹³⁴⁸ AAPD, 1970, Bd. I, Dok. 52: Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrates I. Klasse von Hassell, 12.2.1970.

¹³⁴⁹ Laut der Aufzeichnung eines Gespräches zwischen Egon Bahr und Erich Honecker am 7. September 1972 sprachen sich die USA noch 1972 gegen eine DDR-Mitgliedschaft in der UNO aus. Wie Bahr mitteilte, seien die USA unter den NATO-Staaten hier übrigens am rigorosesten aufgetreten, vgl. Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982, Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle, Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 239.

einzudringen, vertraten die Amerikaner eine entschiedene Position gegenüber solchen Versuchen der DDR und legten besonderen Wert auf eine ebenso entschiedene Haltung der Bundesrepublik.¹³⁵⁰ Die 1971 formulierte Einschätzung des MfAA, die Nixon-Regierung sehe durch die Entwicklung der Beziehungen westeuropäischer Staaten, insbesondere die der BRD, mit der Sowjetunion und den anderen ost- und südosteuropäischen sozialistischen Staaten den Zeitpunkt heranreifen, zu dem eine Aufnahme der DDR in die UNO „nicht mehr zu verhindern sein werde“¹³⁵¹ traf daher nur insofern zu, als dass die USA „auf Zeit spielten“. Anträge, wie der zur Aufnahme der DDR in die UNO-relevante Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) zögerten die USA so lange als möglich heraus.¹³⁵²

Die gewonnene Zeit diente dazu, mit der UdSSR darüber einig zu werden, dass die amerikanischen Rechte in Berlin auch von einer international aufgewerteten DDR nicht in Frage gestellt werden konnten. Dies sollte gewährleistet sein, bevor die Administration gemäß dem von einer von Nixon eingesetzten UNO-Empfehlungskommission unter Henry Cabot Lodge verfassten Bericht, der sich im April 1971 grundsätzlich für die Aufnahme aller Regierungen in die UNO aussprach, handelte. Die Sorgen um den Fortbestand ihrer Rechte in Berlin waren den Amerikanern, Franzosen und Briten gemein. Gegenüber dem Auswärtigen Amt warnte der britische Botschafter davor, dass die DDR die Schutzbestimmungen der VN-Charta über souveräne Gleichheit der Staaten und territoriale Integrität zu Schritten gegen die im Vier-Mächte-Abkommen über Berlin nicht geregelten Rechte in Berlin benutzen könnte: Luftzugang, militärischer Landzugang, Restpräsenz in Ost-Berlin. London und Paris zogen aus dieser Tatsache jedoch andere Schlüsse als Washington. So führte der britische Botschafter bereits 1971 in der Bonner Vierergruppe die Möglichkeit, in Verhandlungen mit Ost-Berlin eigene Interessen zu wahren, das Vier-Mächte-Statut zu festigen und nötigenfalls *Disclaimer* abgeben zu können, als Begründung für das britische Bedürfnis nach möglichst frühzeitigem bilateralen Verhandlungen zwischen London und Ost-Berlin nach einem VN-Beitritt der DDR an. In diesem Sinne nutzten Großbritannien und Frankreich bereits die

¹³⁵⁰ Vgl. AAPD, 1970, Bd. II, Dok. 348: Botschafter Pauls, Washington, an das AA, 31.7.1970.

¹³⁵¹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 513/74: Vorlage für die Außenpolitische Kommission beim Politbüro, 29.10.1971.

¹³⁵² Vgl. AAPD, 1970, Bd. III., Dok. 422: Ministerialdirigent Robert an die Botschaft in Wien, 10.9.1970.

Aufnahme der DDR in die UNESCO, um mit Anerkennungsverhandlungen zu beginnen.¹³⁵³

Demgegenüber hatten es die USA nicht eilig, mit dem SED-Regime über eine bilaterale Anerkennung zu verhandeln. Die Bedenken der USA gegen die kleinsten Anzeichen einer Aufwertung der DDR im Bereich der UNO – der geharnischte Protest der Vereinigten Staaten gegen das Gespräch des Generalsekretärs Kurt Waldheim mit dem DDR-Außenminister Winzer 1972 ist ein treffendes Beispiel – hielten noch längere Zeit an.¹³⁵⁴ Die Besorgnis, dass z.B. eine vollberechtigte Beteiligung der DDR an der Umweltkonferenz der VN 1972 das SED-Regime für die innerdeutschen Gespräche aufwerten werde begründete diese Taktik. Es galt keinen Präzedenzfall zu schaffen, der der DDR als Beteiligungsmuster für die folgenden VN-Konferenzen dienen konnte.¹³⁵⁵ Folgerichtig verweigerte das US-Generalkonsulat in West-Berlin noch 1971 einer DDR-Delegation der „Liga für die Vereinten Nationen“ das Einreisevisum zur Beobachtung der UNO-Vollversammlung in New York.¹³⁵⁶

Die sozial-liberale Bundesregierung war über die amerikanische Haltung nicht erfreut, sondern betrachtete die Zurückhaltung der USA in der Frage des UNO-Beitritts der DDR als Gefahr. Sie betonte, in den deutsch-deutschen Verhandlungen hinge viel davon ab, wie der Westen sich in der Frage der Beteiligung der DDR an Internationalen Organisationen verhielt, da eine amerikanische Blockade des VN-Beitritts der DDR den Grundlagenvertrag um ein Jahr verzögern könnte.¹³⁵⁷ Washington ließ diesen Einwand nicht gelten und verringerte seinen Widerstand gegen die Mitgliedschaft der DDR in der UNESCO erst nach der Paraphierung des Grundlagenvertrages im November 1972. Ab diesem Zeitpunkt lockerte sich die amerikanische Haltung graduell, so dass z.B. mit Sol Kuttner der erste amerikanische Diplomat an einem vom ADN-Korrespondenten Wilhelm Wudrak für UNO-Diplomaten im November 1972 gegebenen Empfang teilnahm.

¹³⁵³ Vgl. Hoff, 2003, S. 469.

¹³⁵⁴ Vgl. AAPD, 1972, Bd. II, Dok. 185: Botschafter Gehlhoff, New York (UNO), an das AA, 26.6.1972.

¹³⁵⁵ Vgl. AAPD, 1971, Bd. III, Dok. 367: Staatssekretär Frank an den Beobachter bei der UNO in New York, 29.10.1971.

¹³⁵⁶ Vgl. AdL, 36/ 1/ 2, Brief F. Richters an H. Perera, 3.12.1971. Zitiert nach Funk, 1998, S. 81.

¹³⁵⁷ Vgl. ebd.

Die Gespräche zwischen amerikanischen und bundesrepublikanischen Protagonisten aus den Jahren 1971 bis 1973 machen deutlich, dass Washington mit sehr viel größerem Nachdruck als Bonn die Politik der möglichst lang anhaltenden internationalen Isolation der DDR betrieb. In einem Gespräch mit Bundeskanzler Brandt führte der amerikanische Außenminister Rogers z.B. aus, der Westen stehe in der VN-Frage nicht unter Zeitdruck. Der Beitritt zu den Vereinten Nationen sei schließlich etwas, was der Osten wünsche.¹³⁵⁸ Präsident Nixon gab Bundeskanzler Brandt im Dezember 1971 in Key Biscayne zu verstehen, „dass bei der Frage des Verhältnisses Chinas und Taiwans zu den Vereinten Nationen das Argument der Universalität von den USA nicht akzeptiert worden sei, da dies Rückwirkungen auf das deutsche Problem gehabt hätte. Dies aber wäre eine seiner wichtigsten Sorgen, denn diejenigen, die der Bundesrepublik Erfolg in ihrer Politik wünschten ..., dürften nicht dem vorgreifen, was in erster Linie eine Entscheidung der Deutschen sein müsse.“¹³⁵⁹ Die mit der Überprüfung der amerikanischen UNO-Politik betraute Henry Cabot Lodge Commission kam zu einem ähnlichen Ergebnis: Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO setzte eine Einigung zwischen beiden deutschen Staaten voraus. Dieser Doktrin folgend blieb Washington im Jahr 1972 so lange zurückhaltend gegenüber den Aufnahmebemühungen der DDR, bis die deutsch-deutschen Verhandlungen den von Bonn gewünschten Erfolg brachten. Als dieser Erfolg im Oktober 1972 näher rückte, erörterte das *State Department* die Frage des UNO-Beitritts der DDR vor dem Hintergrund zukünftiger Anerkennungsverhandlungen: „*Their [P.M. die drei West-Alliierten] leverage in such negotiations will stem primarily from their veto power over security power approval of the German applications for UN Membership.*“¹³⁶⁰ Vor diesem Hintergrund kritisierte Washington die Aufnahmen der DDR in die UNESCO am 21. November 1972 als verfrüht.

Die amerikanische Kritik mochte auch daher rühren, dass das Selbstbewusstsein der DDR durch die Aufnahme in die UNESCO gestärkt schien. In seinem am 22. November 1972 mit der *New York Times* geführten Interview erneuerte Honecker die

¹³⁵⁸ Vgl. AAPD, 1972, Bd. I, Dok. 149: Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Rogers, 30.5.1972.

¹³⁵⁹ AAPD, 1971, Bd. III, Dok. 450: Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Präsident Nixon in Key Biscayne, 28.12.1971.

¹³⁶⁰ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Embassy Bonn to State, Further Considerations Re Bilateral Relations With GDR, 7.10.1972.

Forderung nach Aufnahme der DDR in die UNO. Seiner Ansicht nach sei die DDR bisher völkerrechtswidrig behandelt worden, da „[j]eder souveräne Staat der Welt ... das Recht auf Mitgliedschaft in der UNO“ habe.¹³⁶¹ Die Aufnahme der DDR in die UN war nach Lesart des MfAA ein von den sozialistischen Staaten errungenes Eingeständnis der westlichen Welt, völkerrechtswidrig gehandelt zu haben: „Trotz dieser offen auf eine Isolierung und Diskriminierung der DDR ausgerichteten Politik [P.M. eine Gleichberechtigung der DDR zu verhindern], ist der USA-Imperialismus in zunehmenden Maße gezwungen, zur Frage der Aufnahme der DDR in die UNO und zur gleichberechtigten Teilnahme und konstruktiven Mitwirkung der DDR an einer europäischen Sicherheitskonferenz die bisherige negative Haltung zu überprüfen.“¹³⁶² Die 5.AEA glaubte gar während der Aufnahmeverhandlungen einen Stimmungswechsel in der amerikanischen Diplomatie feststellen zu können: „Hillenbrand, amerikanischer Botschafter in der Bundesrepublik legt bereits im Zuge der Verhandlungen um die Aufnahme der DDR und der Bundesrepublik das Vokabular ab, dass die DDR bis dahin immer als Staat zweiter Klasse bzw. nichtexistenter Staat beschrieb.“¹³⁶³

Die Annahme war nicht unbegründet. Teile der amerikanischen Presse sahen in den Erfolgen der DDR auf dem Gebiet der UNO die Fahrkarte für die Etablierung diplomatischer Beziehungen: „Die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ist das Mittel, das ihm [P.M. Ostdeutschland] wahrscheinlich schließlich die Anerkennung der nichtkommunistischen Welt bringen wird.“¹³⁶⁴ Der Stimmungswechsel zeitigte jedoch keine kurzfristigen Erfolge. Die USA hielten sich gegenüber der DDR während des ersten Halbjahres 1973 in der Frage des UNO-Beitritts weiterhin zurück. Präsident Nixon befürchtete, zu früh zu viel Verhandlungsmasse aus der Hand zu geben.¹³⁶⁵

¹³⁶¹ SAPMO-BArch, DY 30 2492: Schriftlicher Teil des Interviews des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Mr. Sulzberger von der New York Times am 22.11.1972.

¹³⁶² Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 553/76: Die Haltung der USA-Regierung zur Deutschen Demokratischen Republik, 10/1971.

¹³⁶³ SAPMO-BArch, DY 30 2372: Information über das Treffen der Botschafter der vier Mächte vom 23.10.1972, Einführungsrede Martin Hillenbrands.

¹³⁶⁴ International Herald Tribune, 7.2.1972. Zitiert nach: Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Länderanalyse: Die Politik der Nixon-Administration gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik, 1/1973.

¹³⁶⁵ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum from President Nixon to Secretary of State Rogers, Initiation of Negotiations with the GDR, 28.3.1973.

Mit der Aufnahme in die UNO am 18. September 1973 hatte die DDR eins der Hauptziele der ostdeutschen Außenpolitik erreicht. So gestärkt konnte Honecker in deutsch-deutschen Verhandlungen, wie von den Amerikanern vorhergesehen, sehr viel weniger konziliant sein, als es sich die sozial-liberale Bundesregierung erhofft hatte. Brandt beklagte sich in einem Brief an Breschnew: „Wir stehen unter dem Eindruck, dass die DDR seit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen kaum noch geneigt ist, irgendwelche Anstrengungen zu machen, um zu einer Normalisierung mit der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Bei uns hat man vielmehr das Gefühl, dass sie sogar gegebene Zusagen nicht einhält und damit die unter Schwierigkeiten erreichte Balance des Grundlagenvertrages und der dazu gehörenden Instrumente in Frage stellt.“¹³⁶⁶ Diese Haltung der DDR bestärkten die USA in ihrer Skepsis gegenüber bilateralen Gesprächen mit Vertretern des SED-Regimes. Washington brachte zum Ausdruck, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der USA und der DDR keineswegs bereits beschlossene Sache war.

E. Die Anerkennung

Im September 1970 lehnte der Leiter des DDR-Referates im *State Department*, Homer R. Phelps, gegenüber tschechoslowakischen Vertretern direkte Kontakte zu DDR-Offiziellen mit der Begründung, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR könne nur das Endergebnis eines Entspannungsprozesses in Europa, keinesfalls aber dessen Beginn sein, kategorisch ab.¹³⁶⁷ Nur eineinhalb Jahre später empfahl die US-Mission in Berlin dem Hauptquartier in Washington: „we [US] should develop contacts between Mission officers below level of Minister and Political Adviser, and East German representatives, both governmental and non-governmental.“¹³⁶⁸ Nach der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Vertrages und dem UNESCO-Beitritt der DDR schien der Entspannungsprozess Anfang 1973 endgültig weit genug fortgeschritten, um solche Kontakte herzustellen und Anerkennungsverhandlungen aufzunehmen. Doch obwohl Washington über diese Dinge systematisch

¹³⁶⁶ Bundeskanzler Brandt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, 30.12.1973, in: AAPD, 1973, Bd. III, S. 2076-2078, S. 2077-2078.

¹³⁶⁷ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 541/74: Kurzinformation über ein Material der 6. Territorialabteilung des MfAA der CSSR zur „Problematik der DDR in den USA“ vom 29.7.1970, 9.9.1970.

¹³⁶⁸ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 25.1.1972.

nachdachte,¹³⁶⁹ dauerte es weitere eineinhalb Jahre, bis Washington diplomatische Beziehungen zur DDR etablierte. Die Motive für diese Verzögerung sowie die Problemlagen und Strategien während der Verhandlungen zwischen Washington und Ost-Berlin werden in diesem Kapitel näher betrachtet.

1. „Keep it Cool“: Der amerikanische Sonderweg zur Aufnahme von Anerkennungsverhandlungen

„Es soll Länder geben, in denen man lebendig begraben ist.“¹³⁷⁰ So kommentierte laut Aufzeichnungen Walter Ulbrichts Richard Nixon die Lebensumstände in der DDR, nachdem er während seiner Reise nach West-Berlin im Sommer 1963 dem Ostteil der Stadt einen inoffiziellen Besuch abgestattet hatte. Kombiniert mit dem antikommunistischen Image, das der Republikaner Nixon in den Präsidentschaftswahlkämpfen von 1960 und 1968 pflegte, erwartete das SED-Regime nichts Gutes für die diplomatische Anerkennung der DDR durch Washington, als sich Nixon 1968 gegen den demokratischen Kandidaten Hubert H. Humphrey durchsetzte und der 37. Präsident der Vereinigten Staaten wurde. Folglich detrachten die Eliten in Ost-Berlin die von der neuen Administration propagierte Außenpolitik der *Détente* zunächst mehr als Risiko denn als Chance betrachtet.¹³⁷¹ Das änderte sich Ende des Jahres 1972. In seiner Studie zur „Aufnahme und Gestaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und den USA“ prophezeite das MfAA 1972: „Im Zusammenhang mit der in absehbarer Zeit bevorstehenden Herstellung staatlicher Beziehungen zu den USA und Kanada erwächst die dringende Aufgabe, alle damit in Verbindung stehenden Probleme zu erfassen und Vorstellungen über ihre Lösung zu erarbeiten.“¹³⁷²

Woher nahm Ost-Berlin diese Zuversicht? Trotz der ersten Berichte über informelle Treffen des Direktors des IPW, Herbert Häbers, mit amerikanischen Offiziellen Anfang 1973, lag das Hauptargument für den Optimismus der USA-Experten in Ost-Berlin nicht in den bilateralen Kontakten zu den Vereinigten Staaten. Vielmehr leitete das SED-Regime eine amerikanische Annerkennungsbereitschaft aus der

¹³⁶⁹ Vgl. van Dijk, in: Timmermann, 2004, S. 424.

¹³⁷⁰ Vgl. SAPMO-BArch, NY 4182/1323: Nachlaß Walter Ulbricht, DDR-USA 1963-1970, Bericht über den Besuch Richard Nixons in der Hauptstadt Berlin, 29.7.1963.

¹³⁷¹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ IV A 2/20/610: Vermerk über den Besuch von Stephen Thiermann und Bill Beittel in der Hauptstadt der DDR, 13.2.1969.

¹³⁷² Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 541/74: Brief des MfAA an Prof. Dr. H. Schiller, 12/1972.

großen Anerkennungsbereitschaft der anderen beiden Westmächte ab. Einen Tag nach der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, am 22. Dezember 1972, schickte der britische Außenminister Douglas-Home ein Telegramm an Otto Winzer, in dem er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorschlug.¹³⁷³ Noch am selben Tag ging auch ein französisches Telegramm mit ähnlichem Wortlaut in Ost-Berlin ein und nur zweieinhalb Monate später, im Februar 1973, nahmen Großbritannien und Frankreich diplomatische Beziehungen zur DDR auf.¹³⁷⁴ Diese Entwicklung bestärkte das SED-Regime in dem Glauben, auch Washington wäre gesprächsbereit, und diese Einschätzung war nicht so abwegig wie sie heute erscheinen mag. Ursprünglich hatten die drei West-Alliierten durchaus vorgehabt, ihre Schritte zur Anerkennung der DDR eng abzustimmen. In einer Studie zum weiteren Vorgehen gegenüber der DDR hatte die Bonner Vierergruppe 1970 eine Politik im Gleichschritt empfohlen: „*The three Allies should take no final action on establishing official relations with the GDR before an FRG-GDR agreement and a Berlin agreement are achieved and the UN entry issue is satisfactorily resolved... The three Allies should act in concert in developing their own direct relations with the GDR.*“¹³⁷⁵ Diese Empfehlung war in Washington nicht auf völlig taube Ohren gestoßen, da US-politische Institutionen sich zu dieser Zeit begannen, für die DDR zu interessieren. So wurde beim einflussreichen *Council on Foreign Relations* 1970 unter Leitung des DDR-Experten des *State Departments*, Robert Gerald Livingston, und mit Zustimmung Kissingers eine Studiengruppe zur DDR eingesetzt. Diese Studiengruppe kam in ihren Analysen unterschiedlicher Optionen stets zu dem auch in Frankreich und Großbritannien verbreiteten Schluss, die DDR sei eine kurzfristig nicht zu beseitigende Tatsache.¹³⁷⁶ Das von Gerald Livingston 1972 ausgesprochene Angebot der Veröffentlichung eines Beitrages Erich Honeckers in der außenpolitischen Zeitschrift *Foreign Affairs* unterstütze das Bild von einer abnehmenden DDR-Phobie in den außenpolitischen Gremien der Vereinigten Staaten.¹³⁷⁷

¹³⁷³ Vgl. Hoff, 2003, S.469.

¹³⁷⁴ Vgl. Pfeil, in: Pfeil, 2001, S. 234. Hoff, 2003, S. 469.

¹³⁷⁵ Für Auszüge aus der Studie vgl. AAPD, 1971, Bd. III, Dok. 388: Aufzeichnungen des Ministerialdirektors von Staden, 9.11.1971.

¹³⁷⁶ Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

¹³⁷⁷ Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 521/74: Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, 30.8.1972.

Die beschriebenen Initiativen erweckten in Ost-Berlin den Eindruck, die USA glichen sich in ihrer DDR-Politik dem konzilianteren Kurs der anderen West-Alliierten an. Dem war jedoch nicht so. Anfang 1973 blieben die USA die einzige westliche Siegermacht, die noch nicht einmal Gespräche mit der DDR aufnahm.¹³⁷⁸ Worin lagen die Ursachen für diese deutlichen Unterschiede im Umgang mit der DDR? Ein grundlegendes Problem der ostdeutschen USA-Politik war ihre vergleichsweise nachrangige Priorität. Die Initiativen des MfAA zur Steuerung und Forcierung einer Anerkennung durch die USA blieben bis Mitte 1973 weit hinter denen gegenüber Frankreich und Großbritanniens zurück. So wurde z. B. auf Parteebene keine der 1970 gegründeten und von Hermann Axen geleiteten „Arbeitsgruppe Frankreich“ vergleichbare Institution für die Vereinigten Staaten geschaffen.¹³⁷⁹ Die Hauptverantwortung der USA-Politik trugen die wenig mächtigen Vertreter des MfAA. Diese waren jedoch nicht in der Lage, ähnlich hochrangige Gespräche wie die zwischen dem französischen Außenminister Maurice Schumann und Hermann Axen¹³⁸⁰ im Falle der USA zu arrangieren.

Ein weiteres Problem der ostdeutschen USA-Politik lag in dem bereits mehrmals angesprochenen Mangel an DDR-Sympathie in der amerikanischen Politik. Auch in den Jahren 1969 bis 1973 kursierten in Washington weder – wie das in Paris seit 1970 der Fall war – Petitionen einflussreicher Politiker, in denen nachdrücklich die diplomatische Anerkennung der DDR gefordert wurde,¹³⁸¹ noch gründete sich in den USA ein dem britischen „*Committee for the Recognition of the GDR*“ ähnliches Gremium.¹³⁸² Während sich die in den linken Kreisen Englands und Frankreichs in der Frage der Anerkennung herrschende Aufbruchstimmung 1972 auf die wirtschaftlichen und politischen Eliten dieser Länder übertragen konnte, wurde der amerikanischen Kongress nicht von einer solchen Bewegung erfasst. Die amerikanische Regierung riskierte vielmehr harte Kritik aus dem eigenen, dem konservativen Lager, wenn sie sich zu offen gegenüber der DDR gab. So wendeten sich die konservativen amerikanischen Gewerkschaften z.B. strikt gegen eine

¹³⁷⁸ Vgl. Niethart, in: Bauernkämper, 2002, S. 170. Financial Times, 10.2.1973.

¹³⁷⁹ Vgl. Pfeil, in: Pfeil, 2001, S. 230.

¹³⁸⁰ Zu den Gesprächen zwischen Schumann und Axen vgl. Pfeil, 2004, S. 153. Die Gespräche fanden am 25.6.1970, 4.2.1972 und 25.10.1972 statt.

¹³⁸¹ Vgl. Metzger, in: Röseberg, 1999, S. 19-34, S. 28.

¹³⁸² Zum britischen „*Committee for the Recognition of the GDR*“ vgl. Hoff, 2003, S. 467.

irgendwie geartete Anerkennung der DDR¹³⁸³ und auch von den republikanischen Kongressmitgliedern kamen, gerade mit Bezug auf die amerikanisch-sowjetische Entspannung, verstärkt Forderungen nach Druck auf die DDR. So wies das Mitglied des Repräsentantenhaus Jack Kemp am 22. Juni 1973, zwei Monate vor der ersten amerikanisch-ostdeutschen Verhandlungsrunde, nachdrücklich auf den verbrecherischen Charakter der Berliner Mauer hin: *„And an ugly wall was built to divide not only Germans but the family of man. ... I believe we must prevail upon Mr. Brezhnev to announce his intention to bring down the Berlin Wall and all the barriers symbolized by it.“*¹³⁸⁴

Aber nicht nur die Konservativen in den Kammern, sondern auch die konservative Administration hielt eine frühzeitige Verhandlungsbereitschaft gegenüber der DDR nicht für angebracht und betrachtete die Bemühungen anderer westlicher Staaten mit Skepsis. Seit November 1972 hatte man in Washington trotz der gemeinsamen Interessen in Berlin Zweifel an einem einheitlichen Vorgehen der drei West-Alliierten. Das *State Department* machte erste Anzeichen aus, dass London und Paris nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages und nach einem erwarteten Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition äußerst kurzfristig auf die DDR zugehen würden.¹³⁸⁵ Der *Head of European Section* des NSC, Helmut Sonnenfeldt, schrieb am 19. November 1972 zur französischen Haltung gegenüber der DDR gar: *„I would not be at all surprised if the French were already conducting quiet talks with the East Germans on a fashionable site in East Berlin.“*¹³⁸⁶

Paris und London gingen jedoch keineswegs so unilateral vor wie diese Einschätzung nahe legt. Sie bemühten sich um Abstimmung der Positionen und schlugen Ende 1972 wiederholt eine gemeinsame Initiative zur Eröffnung von Verhandlungen vor. Diese Initiative spaltete die Washingtoner Administration. Das *State Department* vertrat die Auffassung, dass den USA, wollten sie nicht Druckmittel gegenüber der

¹³⁸³ Vgl. Pol-Arch AA, B 31, 327: Fernschreiben mit der Stellungnahme des Exekutivrates des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO zur deutschen Ostpolitik und der politischen Lage in Europa, 20.2.1971.

¹³⁸⁴ Congressional Record, Vol. 119, Part 16, 93rd Congress, 1st session, S. 21003-21004.

¹³⁸⁵ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum from Secretary Rogers for the President, Allied Consultations on Relations with the GDR, 15.11.1972.

¹³⁸⁶ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum from Sonnenfeldt for Kissinger, Allied Consultations on Relations with the GDR, 17.11.1972.

DDR aus der Hand geben, wenig anders übrig blieb, als zeitlich wie inhaltlich eng angelehnt an die anderen Verbündeten vorzugehen. Die Washingtoner Zentrale nutzte bei der Erarbeitung dieser Position die Erfahrungen der US-Mission in West-Berlin, die bereits Anfang 1972 Überlegungen über die Zeit nach der internationalen Anerkennung der DDR anstellte: *„A legitimate GDR will be accepted as a participant in the international community and given a voice in such matters as agreement on European security. Direct US-GDR contact will be not only unavoidable but may even be desirable. Although in present circumstances the GDR is most unlikely to be susceptible to US influence, the longer-range possibility of some degree of such influence should not be excluded.”*¹³⁸⁷

In der heißen Phase im November und Dezember 1972 griff der amerikanische Außenminister Rogers diese Überlegungen auf und suchte die präsidentielle Unterstützung für eine Politik des Gleichschritts mit Frankreich und England zu sichern. In einem Memorandum schrieb er am 15. November 1972 an Nixon: *„The Department considers that the British and French share with us special rights and problems not common to other NATO countries which require full consultation among us. Unless consultations are held quickly in NATO some of our Allies may move independently in a way which will not be helpful. Even the British and French may get out of line unless we begin consultations with them soon.”*¹³⁸⁸ Der Außenminister sah die Vereinigten Staaten in der Frage der Anerkennungsverhandlungen nicht in der Position der Führungsmacht sondern wählte Washington gar unter Zeitdruck.

Mit seiner Einschätzung stand Rogers jedoch nur in partieller Übereinstimmung mit Helmut Sonnenfeldt und im deutlichen Gegensatz zu Henry Kissinger. Daher bahnte sich in der Frage des Umgangs mit der DDR ein Konflikt zwischen dem Außenministerium und dem Weißen Haus an. Das *State Department* wollte, wie die US-Zeitzeugen Brandon Grove, Helmut Sonnenfeldt und Arthur H. Hartman unabhängig voneinander und in Übereinstimmung mit den schriftlichen Quellen

¹³⁸⁷ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 25.1.1972.

¹³⁸⁸ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum from Secretary Rogers for the President, Allied Consultations on Relations with the GDR, 15.11.1972.

bestätigen, weitaus schneller als das Weiße Haus vorgehen.¹³⁸⁹ Kissinger und Sonnenfeldt waren demgegenüber gegen eine zeitliche Bindung der USA an die anderen Alliierten. Sie versuchten zu verhindern, dass das *State Department* in naher Zukunft Fakten schaffen konnte, die eine baldige Aufnahme von Verhandlungen mit der DDR unausweichlich machten. Kissinger bemühte sich, Nixon zu überzeugen, die Eröffnung von Anerkennungsverhandlungen zur Chefsache zu machen. Als Reaktion auf Rogers Memo schrieb er am 17. November an den Präsidenten: „*I have also reminded the Secretary that no US policy decisions relating directly to the GDR should be taken until he has received your guidance based on discussions at the Senior Review Group meeting on the GDR scheduled for the end of this month.*”¹³⁹⁰

Kissingers Initiative hatte Erfolg: Nixon zog die Anerkennungsfrage in den Bereich des NSC und lehnte die von Rogers propagierte Eile ab. Der Präsident zeigte damit, dass er einer Anerkennung der DDR weiterhin skeptisch gegenüber stand. Selbst nach der Bestätigung der sozial-liberalen Regierung durch die Bundestagswahl vom 19. November 1972 mahnte Nixon zur Zurückhaltung. In einem Memo Kissingers an den Präsidenten kommentierte Nixon die Aussage „*The Secretary [P.M. Rogers] believes that it is in our long-range interest to be adequately represented in the GDR*” handschriftlich mit einer deutlichen Absage an zu schnelles Handeln: „*Don't rush, we don't have to be the first to go pandering to them.*”¹³⁹¹

Nixon sah in den Franzosen und Briten diejenigen, die als erste mit Ost-Berlin sprechen sollten und lehnte eine Teilnahme der USA an diesen Gesprächen explizit ab. Als in der amerikanischen und bundesdeutschen Presse Mitte November 1972 Gerüchte über ostdeutsch-amerikanische Kontakte aufkamen, wirkte Kissinger mit präsidentieller Rückendeckung auf das *State Department* ein, diese strikt zu dementieren und weiterhin an der harten Haltung gegenüber der DDR festzuhalten.¹³⁹² Das Weiße Haus hielt nun die Fäden in der Hand, während das

¹³⁸⁹ Hintergrundgespräch mit Helmut Sonnenfeld, Washington D.C., 7.10.2004. Hintergrundgespräch mit Arthur Hartman, Washington D.C., 12.10.2004. Hintergrundgespräch mit Brandon Grove, 14.9.2004.

¹³⁹⁰ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, Proposed Consultations on Recognition of GDR, 17.11.1972.

¹³⁹¹ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, East Germany, 30.11.1972.

¹³⁹² NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: State to Embassy Bonn and all NATO Capitals, Press Guidance on Honecker Interview, 25.11.1972.

Außenministerium weiterhin versuchte, den Präsidenten umzustimmen. Am 18. Dezember berichtete Rogers an Nixon, dass Briten und Franzosen wünschten, dass alle NATO-Staaten der DDR einen Tag nach der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages, am 22. Dezember, Noten schickten, in denen sie ihre Verhandlungsbereitschaft auf Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens bekundeten.¹³⁹³

Mit seiner positiven Haltung gegenüber dieser Initiative stand Rogers nicht mehr allein. Im NSC war Helmut Sonnenfeldt nicht mehr sicher, dass die USA alleine diese Initiative nicht unterstützen konnte. Auch wenn er die französische und britische Vorgehensweise sowie das Schaffen von Fakten durch das Außenministerium privat ablehnte, hielt er eine Beteiligung der USA für unausweichlich: *„I find the whole thing distasteful but as I pointed out in my memo probably inevitable. ... State in any case has pushed far ahead with the allies Reluctantly, therefore, I would ask you to review this promptly and approve it.”*¹³⁹⁴ Sein Bericht an Kissinger vom 19. Dezember klingt beinahe resigniert: *„All NATO members for various domestic, foreign and commercial reasons are on the bandwagon of opening relations if not indeed extending full recognition. Our two principal allies, Britain and France, are no exceptions. By now for the US to hold out is probably no real option, especially if we want to have some influence over the manner in which Western relations are established with the GDR.”*¹³⁹⁵

Kissinger teilte Sonnenfeldts Auffassung nicht, die USA beträten nunmehr gezwungenermaßen den Weg zu diplomatischen Beziehungen. In seinem an den Präsidenten gerichteten Kommentar zu den Optionen der NATO-Staaten machte er deutlich, dass er sich nicht an die Briten und Franzosen binden, sondern weiterhin Ruhe bewahren wolle: *„It is essential, however, that we avoid a situation where the East Germans manage to respond to our, later, preliminary contact first, engaging us in formal talks before the British and French. ... It is also important to keep in closest possible touch with the FRG on our East German policy, even if this risks*

¹³⁹³ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from the Secretary Rogers, Next Steps with the GDR, 18.12.1972.

¹³⁹⁴ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Brief Sonnenfeldts an Kissinger, 19.12.1972.

¹³⁹⁵ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for Kissinger from Sonnenfeldt, First Official Contact with the GDR, 19.12.1972.

delays and frictions with the British and the French.“¹³⁹⁶ Kissinger setzte sich erneut bei Nixon durch. In Ost-Berlin ging am 22. Dezember 1972 keine Note der amerikanischen Regierung ein.

Die aus den Akten des Weißen Hauses herauszulesende Abneigung des außenpolitischen Protagonisten Kissinger gegen eine zu enge Bindung an London und Paris unterstützt Robert G. Livingstons Vermutung, Kissinger hätte den Briten und Franzosen misstraut, da diese die Teilung Deutschlands im Grunde befürworteten und nun die Chance ergreifen wollten, ihre Perpetuierung voranzutreiben.¹³⁹⁷ Mit diesem Misstrauen rannte der Berater bei seinem Präsidenten offene Türen ein. Nixon wollte die amerikanische Position gegenüber der DDR nicht von den anderen Alliierten bestimmen lassen und behielt daher die reservierte Haltung der USA gegenüber Ost-Berlin bei. Deutlich wird das an der Reaktion auf die ostdeutschen Bemühungen um einen Antrittsbesuch des ständigen Beobachters der DDR bei den Vereinten Nationen, Horst Grunert, beim Chef der amerikanischen UNO-Delegation, George Bush. Außenminister Rogers griff diese Bemühungen in seinem Memo an den Präsidenten vom 18. Dezember auf: *„We have expressed reservations about taking the initiative in proposing talks to the GDR since it is the GDR which wishes relations with us and since we see long-range importance in making clear from the beginning that we are dealing with the GDR on something a little different than a basis of full equality.... We would take the occasion of a courtesy call by the GDR observer at the UN to indicate our willingness.”*¹³⁹⁸ Der Präsident folgte den Einschätzungen seines Außenministers schlichtweg nicht. In handschriftlichen Notizen an Kissinger beschied er diesem, dass er Rogers Vorschlag nicht für *satisfactory* hielt, ein Antrittsbesuch frühestens im neuen Jahr stattfinden sollte und gegenüber der DDR die Politik des *„Keep it cool“* durchgehalten werden müsse.¹³⁹⁹ Seinem Außenminister ließ Nixon via Kissinger ausrichten: *„In making the initial contact with the GDR, the President asks that you permit the French and*

¹³⁹⁶ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, Initial Contacts with East Germany, 20.12.1972.

¹³⁹⁷ Hintergrundgespräch mit Robert Gerald Livingston, Washington D.C., 17.9.2004.

¹³⁹⁸ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from the Secretary Rogers, Next Steps with the GDR, 18.12.1972.

¹³⁹⁹ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the President from Kissinger, Initial Contacts with East Germany, 20.12.1972.

British to take the lead, delaying our contact until they have received response to theirs.”¹⁴⁰⁰

Erst nachdem die Franzosen und Briten Anfang Januar positive Antworten auf ihre Verhandlungsangebote erhalten hatten, sah der Präsident die Zeit für Grunerts Antrittsbesuch gekommen.¹⁴⁰¹ Bush und Grunert trafen sich am 4. Januar 1973, tauschten jedoch lediglich Höflichkeiten aus. Das Beispiel Grunerts verdeutlicht, dass Washington im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich keineswegs das Gefühl hatte, in den Verhandlungen mit der DDR zu spät zu kommen, sondern stets betonte, dass man sich nicht unter Zeitdruck setzen lassen werde.

Trotz des Scheiterns der britisch-französischen Initiative Ende 1972 blieben die drei Westmächte Anfang 1973 weiterhin im Austausch über ihre DDR-Politik. In mehreren Drei-Mächte- und NATO-Gesprächen im Januar und Februar 1973 loteten die US-Delegierten James S. Sutterlin und Nelson Ledsky aus, wie weit die USA die konkreten Verhandlungen zwischen Großbritannien bzw. Frankreich und der DDR verzögern konnten. Neben einer zeitlichen Verzögerung versuchte das *State Department*, die Verhandlungen der Franzosen und Engländer in eine Richtung zu führen, in der die beiden Alliierten sich weniger konzilient gegenüber der DDR gaben: „*From the US point of view this [P.M. Beratungen mit UK und FR] should be useful in avoiding moves by the French or British in their negotiations which might weaken our prospects of obtaining desired objectives when US-GDR talks take place.*“¹⁴⁰²

Die inhaltliche Lenkung gelang besser als die zeitliche Verzögerung. London und Paris nahmen noch im Februar 1973 diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, setzten aber beide die Unverhandelbarkeit ihrer aus dem Vier-Mächte-Abkommen resultierenden Rechte in Berlin und Deutschland in den Gesprächen durch. Dieses Ergebnis beflügelte die interne Diskussion in Washington. Zwar hielt sich das Außenministerium nach außen an die präsidentielle Formel, des „*Keep it Cool*“ und

¹⁴⁰⁰ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for the Secretary of State from Kissinger, Initial Contact with the GDR, 20.12.1972.

¹⁴⁰¹ NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: State to USUN New York, Initiation of Bilateral Negotiations With the GDR, 3.1.1973.

¹⁴⁰² NA, RG 59, GRDS, CFPPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: Embassy Paris to Secretary of State, Summary of Tripartite Experts Meeting on Relations with the GDR, 12.1.1973.

dementierte jegliche Verknüpfung der britischen und französischen Verhandlungen mit der amerikanischen Position,¹⁴⁰³ interne Analysen wichen jedoch durchaus davon ab. Die schnellen und unkomplizierten Verhandlungen Londons und Paris' mit der DDR im Januar 1973 förderten unter den DDR-Experten des *State Departments* die Auffassung, dass die amerikanische Anerkennung lediglich eine Frage einiger Monate sein dürfte. In ihrer jährlichen Einschätzung zur DDR-Politik schrieb die US-Mission in Berlin an das Washingtoner Hauptquartier: „*Virtually universal diplomatic recognition is a matter of months... When the U.S. joins the other Allies in establishing relations with the GDR, presumably some time in 1973 ... the GDR desire for relations with the U.S. ... should provide the United States with useful leverage for obtaining GDR commitment to negotiate on outstanding bilateral issues.*“¹⁴⁰⁴ Basierend auf solchen Analysen versuchte Außenminister Rogers weiterhin, den Beginn von Gesprächen mit der DDR zu forcieren. In einem Memo an den Präsidenten Mitte Februar 1973 nahm der Außenminister einen neuen Anlauf: „*At the present, aside from ourselves, only Portugal, Greece and Canada among the NATO countries have not agreed to the establishment of relations with the GDR, and Canada has indicated its intention to do so. Our general posture has been to avoid any appearance of haste in establishing relations with the GDR and to keep the East Germans in the position of demandeur I believe we should now proceed with substantive negotiations in order to ensure that the United States will be in a position to represent and protect its interests in East Germany and East Berlin.*“¹⁴⁰⁵

Mittlerweile stand Rogers mit seiner Auffassung auch nicht mehr allein. Nachdem London und Paris vorangegangen waren, befürwortete auch Henry Kissinger die zügige Aufnahme von Verhandlungen und empfahl Nixon Mitte März 1973: „*That you indicate your decision on Secretary Roger's proposal that we begin negotiations soon on establishing diplomatic relations with the GDR.*“¹⁴⁰⁶ Kissinger begründete seine neue Position gegenüber dem Präsidenten mit drei Argumenten:

¹⁴⁰³ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: State to Embassy Bonn, January 5 Press Briefing on Establishment of US-GDR Relations, 6.1.1973.

¹⁴⁰⁴ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Annual Policy Assessment for GDR, 5.1.1973.

¹⁴⁰⁵ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E-US: Memorandum For the President, Initiation of Negotiations with the GDR on Establishment of Diplomatic Relations, 15.2.1973.

¹⁴⁰⁶ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for President Nixon from Kissinger, Establishment of Relations with East Germany, 12.3.1973.

1. Großbritannien und Frankreich hätten bei größtmöglicher Sicherung ihrer Rechte diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen können. Die diesem Argument immanente Frage war: Warum sollten das USA nicht können?
2. Die Vereinigten Staaten hätten bisher, insbesondere im Vergleich mit den beiden West-Alliierten, in der Frage der Anerkennung keine übertriebene Hast gezeigt. Washington könne in dieser Hinsicht folglich nichts vorgeworfen werden.
3. Die französischen und britischen Verhandlungen seien von der sozial-liberalen Regierung der Bundesrepublik weder kritisiert worden, noch fordere sie die USA auf, weiterhin zurückhaltend zu sein.¹⁴⁰⁷

Während Nixon die ersten beiden Punkte akzeptierte, kritisierte er das dritte Argument scharf. Der Präsident legte gesteigerten Wert darauf, die bundesdeutschen Konservativen in der Deutschlandfrage zu berücksichtigen.¹⁴⁰⁸ Die Strategie Nixons erlaubte es daher nicht, Verhandlungsinitiativen vor der Ratifikation des Grundlagenvertrages im Bundestag im Mai 1973 bzw. vor dem am 31. Juli 1973 vom Bundesverfassungsgericht gefällten Urteil über die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages zu beginnen. Erst nachdem mit der Abweisung der Klage der Bayerischen Staatskanzlei auch die *ultima ratio* der deutschen Konservativen gegen den Vertrag versagt hatte, war es für die USA wie Sonnenfeldt im Interview ausführte, „*less effort to open diplomatic relations than to keep the state of non-recognition*“.¹⁴⁰⁹

Nixons Standfestigkeit machte Vermutungen wie die von Livingston, die Vereinigten Staaten würden zur Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO im September 1973 eine Botschaft in Ost-Berlin errichtet haben, unwahrscheinlich.¹⁴¹⁰ Aber nicht nur im *State Department* sondern auch in London und Paris spürte man im März 1973 die strikte Haltung des Präsidenten. Großbritannien und Frankreich hatten schnelle ostdeutsch-amerikanische Verhandlungen erhofft, um nach deren Abschluss selber über weitergehende Abkommen, insbesondere über die ökonomischen Beziehungen mit Ost-Berlin, verhandeln zu können. Die Zurückhaltung Washingtons

¹⁴⁰⁷ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 689: Memorandum for President Nixon from Kissinger, Establishment of Relations with East Germany, 12.3.1973.

¹⁴⁰⁸ Vgl. Kapitel V.C., S. 291-304.

¹⁴⁰⁹ Hintergrundgespräch mit Helmut Sonnenfeldt, Washington D.C., 7.10.2004.

¹⁴¹⁰ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC, Country Files Europe, 1969-1974, Box 692: Memorandum Livingston to Kissinger, Berlin, 4.5.1973.

gegenüber dem SED-Regime verhinderte jedoch ebenso wie die Verzögerung im deutsch-deutschen Vertreter austausch eine zügige Normalisierung der Situation und kam daher ungelegen. Die beiden Alliierten hielten die USA daher zur Eile an. So teilte London dem amerikanischen Verbündeten im Juni 1973 mit, dass man vor dem Hintergrund der Verzögerung des deutsch-deutschen Vertreter austausches gewillt sei, einen britischen Botschafter noch vor der Ankunft eines bundesdeutschen Vertreters nach Ost-Berlin zu schicken. Whitehall argumentierte, dass der Druck der DDR auf die britische Regierung zu groß sei, als dass man viel länger warten könne.¹⁴¹¹ Einen solchen Druck ließ das Weiße Haus allerdings nicht zu, sondern hielt strikt an der 1972 erarbeiteten Maßgabe, „*that the three powers should not establish diplomatic representation in East Berlin until after the FRG has a permanent representative there*“ fest.¹⁴¹² Washington ließ die Briten das Tempo der Verbesserung bilateraler Beziehungen zur DDR erhöhen, machte aber keine Anstalten, das eigene Tempo dem der Alliierten anzupassen. Von einem langfristigen Abkommen, wie dem im Dezember 1973 zwischen der DDR und Großbritannien abgeschlossenen Vertrag über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit¹⁴¹³ war man daher im Weißen Haus noch weit entfernt, als das *State Department* im August 1973 der DDR zum ersten Mal inoffizielle Gespräche zwischen Regierungsvertretern anbot.

2. Ost-Berlin im Ringen um Verhandlungen

Im Sommer 1972 weilte der Journalist des *Neuen Deutschland*, Klaus Steiniger, anlässlich des Angela-Davis-Prozesses in Kalifornien.¹⁴¹⁴ Nach eigenen Angaben wurde Steiniger während dieses Aufenthalts von einem vermutlichen CIA-Agenten namens Fitzgerald angesprochen. Neben dem Angebot eines Interviews mit Henry

¹⁴¹¹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: Embassy Bonn to State, Three Power Recognition of GDR: UK Desire to send Ambassador to East Berlin, 6.6.1973.

¹⁴¹² NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: State to NATO, NATO Presentation on Relations with GDR, 21.11.1972.

¹⁴¹³ Vgl. Niethart, in: Bauernkämper, 2002, S. 170

¹⁴¹⁴ Die Bürgerrechtlerin Angela Davis, die 1970 die Entlassung dreier Farbiger aus kalifornischen Gefängnissen forderte, wurde nach einem gewaltsamen Befreiungsversuch von Verwandten der Insassen des Kidnappings angeklagt und 1972 freigesprochen. Während des Prozesses formierte sich eine weltweite Solidaritätsbewegung für Angela Davis, die vornehmlich kommunistisch geprägt war. Zu Angela Davis vgl.: Mackert, Nina; Meyer-Lenz, Johanna: Angela Davis: Zur Konstruktion einer afroamerikanischen politischen Identität im Kontext der 68er-Bewegung, in: Burghardt Schimdt (Hrsg.): Menschenrechte und Menschenbilder von der Antike bis zur Gegenwart, Hamburg 2006, S. 255-276. Nadelson, Regina: Who is Angela Davis? The biography of a revolutionary, New York 1972.

Kissinger bzw. Richard Nixon übergab Mr. Fitzgerald Steiniger eine Nachricht Henry Kissingers mit den amerikanischen Vorbedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die der ND-Journalist an Erich Honecker in Ost-Berlin weiterleitete.¹⁴¹⁵ Diese Nachricht sowie die Gespräche Steinigers mit Fitzgerald und Montag mit Robert G. Livingston veranlassten Ost-Berlin, sich ab Mitte des Jahres 1972 konkrete Gedanken über Ziele, Strategien und Szenarien möglicher Anerkennungsverhandlungen zu machen.¹⁴¹⁶

Im September 1972 fertigte das MfAA eine Studie an,¹⁴¹⁷ in der die USA-Verantwortlichen die wichtigsten Fragen die Verhandlungen betreffend zusammenfassten:

Wann ist eine Aufnahme von diplomatischen Beziehungen möglich?

Welche Interessen muss die DDR gegenüber den USA in den Verhandlungen artikulieren?

Mit welchen Forderungen könnte die DDR konfrontiert werden?

Wie können Erpressungsversuche in den Verhandlungen zurückgewiesen werden?

Welche Haltung nehmen die USA zur Rechtsnachfolge beider deutscher Staaten ein?

Die Studie kam zu vorläufigen Antworten. So rechneten die Amerika-Experten des MfAA damit, dass mit den Verhandlungen kurzfristig nach einer Unterzeichnung des deutsch-deutschen Vertrages begonnen werde und man hoffte, diese innerhalb von sechs Monaten zu einem erfolgreichen Ende bringen zu können. Im Falle von Verhandlungen sollte die DDR aus Sicht des MfAA zwei Kerninteressen vertreten: Erstens gelte es, so schnell wie möglich diplomatische Beziehungen aufzunehmen, d.h. diese Anerkennungsgespräche nicht mit Verhandlungen über weiterführende Abkommen und Vereinbarungen zu belasten und zweitens müsse Ost-Berlin alles daran setzen, materielle Ansprüche der Vereinigten Staaten sowie jüdischer Organisationen gegenüber der DDR aus den Verhandlungen herauszuhalten. An

¹⁴¹⁵ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 521/74: Vorschläge zum weiteren vorgehen gegenüber den USA unter Berücksichtigung der Gespräche des Genossen Dr. Montag mit dem Vertreter des Kissingerstabes, Livingston, und des Genossen Steiniger mit einem Angehörigen der Sonderdienste, Fitzgerald, 14.6.1972. Steiniger, in:

¹⁴¹⁶ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 521/74: Vorschläge zum weiteren vorgehen gegenüber den USA unter Berücksichtigung der Gespräche des Genossen Dr. Montag mit dem Vertreter des Kissingerstabes, Livingston, und des Genossen Steiniger mit einem Angehörigen der Sonderdienste, Fitzgerald, 14.6.1972.

¹⁴¹⁷ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 541/74: Information Länderstudie USA der Abteilung USA, 22.9.1972.

diesen Stellen galt es, konsequent zu bleiben, da die diplomatischen Beziehungen ansonsten nur zu einem unverantwortlich hohen Preis erreicht werden könnten.¹⁴¹⁸ Hierin bestand Einigkeit zwischen den Gremien des MfAA und der SED-Spitze, die im August 1972 beschlossen hatte: „Es besteht Klarheit bei allen Beteiligten: Die Herstellung diplomatischer Beziehungen so problemlos wie möglich zu gestalten, bei strikter Wahrung der Interessen der DDR und anderer sozialistischer Staaten und ohne ökonomische und finanzielle zusätzliche Verpflichtungen. Komplizierte Fragen sind auf spätere Verhandlungen nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu legen.“¹⁴¹⁹

Um von Beginn an auf Augenhöhe mit den USA verhandeln zu können, knüpfte das SED-Regime den Beginn tatsächlicher Gespräche an die internationale Akzeptanz der DDR als selbstständiger Staat, insbesondere in Hinblick auf eine klare Abgrenzung zur Bundesrepublik. Mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrag war diese Prämisse erfüllt, und das erklärte Ziel der endgültigen völkerrechtlichen Fixierung der Ergebnisse der Nachkriegsentwicklungen durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA als Hauptsiegermacht des zweiten Weltkrieges war in greifbare Nähe gerückt.¹⁴²⁰ Umso größer war die Enttäuschung, als man in Ost-Berlin Anfang 1973 registrierte, dass die USA weit hinter der Verhandlungsbereitschaft Großbritanniens und Frankreichs zurückblieben. In dieser Situation konnte auch der Antrittsbesuch Horst Grunerts beim amerikanischen UNO-Botschafter im Januar 1973 die Enttäuschung nur bedingt lindern.

Wie sollte Ost-Berlin auf den Stillstand reagieren? Das SED-Regime entschied sich dazu, in die Offensive zu gehen und, soweit möglich, selbst Druck auf die Vereinigten Staaten auszuüben. So stoppte die DDR während des gesamten ersten Quartals 1973 die Akkreditierung amerikanischer Journalisten in der DDR, obwohl die USA im Gegenzug die Akkreditierung von DDR-Journalisten in den USA anboten.¹⁴²¹ In Gesprächen mit Vertretern der US-Administration kommunizierte die

¹⁴¹⁸ Zur Vorbereitung der ostdeutsch-amerikanischen Verhandlungen durch die DDR Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA C 541/74: Information Länderstudie USA der Abteilung USA, 22.9.1972.

¹⁴¹⁹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 521/74: Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED, 30.8.1972.

¹⁴²⁰ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Einschätzung zur Entwicklung der Haltung der USA-Regierung in der Frage der Aufnahme von Beziehungen zur DDR im Zeitraum von August bis November 1973 und Vorschläge für das weiter Vorgehen, 7.12.1973.

¹⁴²¹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Possible Mention of Journalists in US-GDR Bilateral Discussions, 1.3.1973.

DDR die Maxime: Ohne offizielle Beziehungen keine informellen Kontakte.¹⁴²² Da dieses Konzept keinerlei Erfolge zeigte, diskutierte das MfAA die Situation im März 1973 erneut. Dabei kam man in Ost-Berlin zu einem negativen Ergebnis: „Nachdem zwischen der US-Regierung und der Regierung der BRD weitgehend Übereinstimmung über den strategischen Wert, den Inhalt und das Tempo der Ostpolitik ... hergestellt ist, versuchen die USA durch ein System von Vorbedingungen den Prozess der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR zu verzögern.“¹⁴²³ Die Verantwortlichen befürchteten, dass die USA durch ihre harte Haltung die DDR zu Vorleistungen auf dem Gebiet der Freizügigkeit des Personenverkehrs und der Informationspolitik zwingen wollten.¹⁴²⁴

So realistisch diese Problemanalyse war, so wenig kreativ waren die Lösungsansätze. Als Reaktion empfahlen die USA-Experten eine Intensivierung der bestehenden Kontakte zu amerikanischen Politikern und Diplomaten bei gleichzeitiger Beibehaltung der harten inhaltlichen Positionen.¹⁴²⁵ Zur Umsetzung dieses Konzepts nutzte die DDR die bereits erreichte Präsenz auf internationalen Parkett. So sprachen DDR-Diplomaten die Vertreter der USA in Ländern, in denen die DDR bereits diplomatisch vertreten war, wie auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen wie z.B. den MBFR-Verhandlungen in Wien im März 1973 informell auf den Beginn von Anerkennungsverhandlungen an.¹⁴²⁶ Doch auch diese Intensivierung des in Kapitel VI. beschriebenen Anerkennungslobbyismus konnte keine kurzfristigen Erfolge erzielen.

Der Misserfolg der von Ost-Berlin im ersten Halbjahr 1973 angewandten Strategien begründet sich in der mangelnden Kenntnis der Vorgänge im Weißen Haus. Da sowohl das MfAA als auch die Abteilung Internationale Verbindungen die eigentliche Ursache der amerikanischen Blockadehaltung, nämlich Nixons Sympathie für die Kritik der bundesdeutschen Konservativen am Grundlagenvertrag,

¹⁴²² AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, Meeting with Officials of GDR Institute for International Affairs, 4.4.1973.

¹⁴²³ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Thesen für die Diskussion zum Thema: „Die Politik der USA gegenüber der DDR zu Beginn der 70er Jahre“, 29.3.1973.

¹⁴²⁴ Vgl. Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Thesen für die Diskussion zum Thema: „Die Politik der USA gegenüber der DDR zu Beginn der 70er Jahre“, 29.3.1973.

¹⁴²⁵ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Thesen für die Diskussion zum Thema: „Die Politik der USA gegenüber der DDR zu Beginn der 70er Jahre“, 29.3.1973.

¹⁴²⁶ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: State to USUN, US-GDR Relations, 13.3.1973. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Embassy Vienna to State, GDR Probe on Establishment of US/GDR Relations, 18.3.1973.

nicht erkannten und ins Kalkül zogen, gingen ihre Maßnahmen ins Leere. Die angewandten Maßnahmen konnten erst wieder greifen, als mit der Abweisung der Klage der Bayrischen Staatskanzlei im August 1973 der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag auch in den Augen des amerikanischen Präsidenten unumkehrbar geworden war. Erst dann war das Weiße Haus bereit, die Entwicklung zu dynamisieren. Das erste, in einem persönlichen Gespräch mit Vertretern der UN-Beobachtungsmission der DDR am 9. August 1973 in Washington vom Leiter der Europaabteilung im *State Department*, Walter Stoessel, gemachte Angebot, konkrete Gespräche zu führen, war Ausdruck dieser neuen Dynamik.¹⁴²⁷

3. Die Verhandlungen

Nachdem der Weg zur Aufnahme von Verhandlungen bereits äußerst steinig gewesen war, sollte auch der Verhandlungsprozess selbst zu einem mehr als einjährigen Geduldsspiel werden. Schon der erste Besuch der amerikanischen Delegation Ende August 1973 in Ost-Berlin zeigte, dass sich beide Seiten auf langwierige Verhandlungen einrichten mussten. So fanden keinerlei Gespräche statt, in denen politische Probleme erörtert wurden und selbst in der einzig besprochenen Frage des Standorts der künftigen amerikanischen Botschaft konnten keine Fortschritte erzielt werden.¹⁴²⁸ Der einzig positive Aspekt des Besuchs war die Tatsache, dass beide Seiten miteinander im Gespräch blieben.

Verantwortlich für den langsamen Verhandlungsfortgang waren verschiedene Punkte. Zunächst behinderten die völlig unterschiedlichen Prämissen beider Protagonisten den Beginn tatsächlich erfolgsorientierter Gespräche. So setzten die Vereinigten Staaten die Anerkennung ihrer im Vier-Mächte-Abkommen niedergelegten Rechte in Berlin und für ganz Deutschland durch die DDR als Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen voraus,¹⁴²⁹ während die DDR eine solche Regelung 1973 noch kategorisch als „entgegen jeder völkerrechtlichen Norm“

¹⁴²⁷ AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: Diplomatic Relations with GDR, 10.8.1973. Pol-Arch AA, MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973.

¹⁴²⁸ Nicht wie Gaida glaubte am 26.8.1973. Vgl. Gaida, 1989, S. 39.

¹⁴²⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2301, POL Ger E Ger W: State to USUN, Registration of Quadripartite Agreement, 1.12.1973. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E-US: Memorandum For the President, Initiation of Negotiations with the GDR on Establishment of Diplomatic Relations, 15.2.1973. Vgl. auch Hintergrundgespräch mit Arthur H. Hartman (Verhandlungsleiter USA), Washington D.C., 12.10.2004.

ablehnte.¹⁴³⁰ Ost-Berlin wiederum bestand auf Verhandlungen, in denen nach dem Prinzip des *Quid pro Quo* staatliche Vereinbarungen zu unterschiedlichen Problemfeldern einzeln abgearbeitet werden sollten,¹⁴³¹ während die USA auf ganzheitlichen Regelungen beharrten.¹⁴³²

Über die bilateralen Probleme hinaus hemmten die deutsch-deutschen Auseinandersetzungen die ostdeutsch-amerikanischen Gespräche. Erich Honecker betonte zwar öffentlich, er könne beim besten Willen nicht erkennen, was Beziehungen der DDR zu den USA mit denen zur Bundesrepublik zu tun haben sollten,¹⁴³³ allen Protagonisten musste aber klar gewesen sein, dass die Vereinigten Staaten die Bundesregierung sowohl unter Willy Brandt als auch unter Helmut Schmidt zum Thema DDR konsultierten. Deutlich wurden die Auswirkungen dieser Konsultationen, als die DDR als Reaktion auf die Einrichtung des Umweltbundesamtes in West-Berlin am 26. Juli 1974 die Transitautobahn nach West-Berlin sperrte.¹⁴³⁴ Präsident Nixon versicherte Bundesaußenminister Genscher bereits am 27. Juli, dass die amerikanische Seite die Verhandlungen mit der DDR bis zur Klärung der Transitbehinderungen nicht weiterführen werde, und dieses Versprechen wurde sofort umgesetzt. Die Verhandlungen mit der DDR wurden, obwohl sich die Verhandlungspartner gerade auf ein gemeinsames *Communique* geeinigt hatten, unterbrochen und erst am 22. August 1974, einige Zeit nach der Öffnung der Autobahn, wieder aufgenommen.¹⁴³⁵ In seinen Erinnerungen beschreibt Hans-Dietrich Genscher die amerikanische Haltung wie folgt: „Nun wurde ich Zeuge, mit welcher Klarheit und Bestimmtheit Kissinger das ganze Gewicht der Vereinigten Staaten einsetzte, um unsere gemeinsamen Interessen in Berlin zu

¹⁴³⁰ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973.

¹⁴³¹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA.

¹⁴³² Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E-US: Memorandum For the President, Initiation of Negotiations with the GDR on Establishment of Diplomatic Relations, 15.2.1973.

¹⁴³³ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2492: Schriftlicher Teil des Interviews des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Associated Press vom 30.5.1974.

¹⁴³⁴ Vgl. AAPD, 1974, Bd. II, Dok. 225: Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt, 27.7.1974.

¹⁴³⁵ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: US-East Germans Negotiations, Communique, 27.7.1974. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, US-GDR Relations, 22.8.1974. Vgl. auch Gaida, 1989, S. 49.

wahren.“¹⁴³⁶ Auf diese Weise brauchte es bis zum Ende der formellen Verhandlungen im Juli 1974, bis die Delegationen unter ihren Leitern Arthur H. Hartman (USA) und Herbert Süß (DDR) wirkliche Ergebnisse in den beiden wichtigsten Sachthemen erzielten. Diese waren die Botschaftsfrage und die „offenen Vermögensfragen“. Da deren Klärung schwierig und äußerst langwierig war, ließ sich der von Horst Grunert im Dezember 1973 gegenüber dem amerikanischen UN-Botschafter geäußerte Wunsch, die USA könnten als 100. Staat diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen, nicht verwirklichen.¹⁴³⁷

a. Die Botschaftsfrage

Die in den Verhandlungen erörterten praktischen Fragen kreisten um die Einrichtung der Botschaften, insbesondere um die Identifizierung, den Erwerb und die Ausstattung von Dienst- und Wohngebäuden sowie die Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen der Botschaftsmitarbeiter.¹⁴³⁸ Dabei war für die amerikanische Seite klar, dass formelle Anerkennungsverhandlungen erst geführt werden konnten, wenn ein Botschaftsgelände erworben und zufriedenstellende Regelungen für Gebäude und Personal gefunden waren. Daher führte bereits die erste amerikanische Regierungsabordnung unter der Leitung von Joan M. Clark vom *State Department* ab dem 27. August 1973 eine Woche lang in Ost-Berlin Gespräche über einen möglichen Standort der US-Botschaft.¹⁴³⁹ Aber auch die DDR forderte Ähnliches für ihre Botschaft in Washington. Eine vom Leiter der Abteilung Ökonomische Planung und Finanzierung der Auslandsvertretungen im MfAA, Joachim Mallasch, geführte Arbeitsgruppe des MfAA, die sich im September in Washington aufhielt, hatte den gleichen Auftrag wie ihr amerikanisches Pendant.¹⁴⁴⁰

Bei beiden Besuchen formulierten die Delegationen ihre Wünsche und Anforderungen an mögliche Arbeits- und Wohnimmobilien und nahmen erste

¹⁴³⁶ Vgl. Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 231-232.

¹⁴³⁷ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USUN to State, US Relations with the GDR, 12.12.1973.

¹⁴³⁸ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973. Die archivalischen Quellen decken sich mit der Aussage des amerikanischen Verhandlungsleiters Arthur Hartman. Vgl. Hintergrundgespräch mit Arthur Hartman, Washington D.C., 12.10.2004.

¹⁴³⁹ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, US Administrative Talks with GDR, 4th Day, 30.8.1973. Vgl. auch DADDR, XXI, 2. Halbbd., 1973, S. 887: Mitteilung über die Aufnahme von Gesprächen zwischen dem MfAA und dem Außenministerium der USA, 27.8.1973.

¹⁴⁴⁰ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973.

Einrichtungen in Augenschein. Die Suche nach einem geeigneten Gebäude für die amerikanische Vertretung in der DDR erwies sich schnell als größeres Problem.¹⁴⁴¹ Die US-Delegation forderte als minimale Voraussetzungen für die Aufnahme „substantieller“ Anerkennungsverhandlungen vertragliche Vereinbarungen über Umbauten und Bezugsdaten für ein Botschaftsgebäude, eine Residenz für den Botschafter, zusätzliche Einzelhäuser für mindestens zehn hohe Botschaftsbeamte, Wohnungen bzw. Häuser für weitere 27 Mitarbeiter sowie die schlüsselfertige Übergabe der Gebäude und Wohnungen. Außerdem wollten die Amerikaner Vereinbarungen über die Unterbringung von zu errichtenden Kultur- und Informationszentren in Städten wie Leipzig treffen.¹⁴⁴²

Die Verantwortlichen des MfAA unter Führung von Verwaltungsdirektor Günter Görlitz waren ob solcher Forderungen geschockt. Im Bewusstsein, dass der Kauf bzw. das Mieten eines Gebäudes in der DDR immer nur über offizielle Kanäle und nie direkt über Personen oder Gesellschaften abgewickelt werden durfte, was bedeutete, dass Washington sich folglich nicht selbst nach geeigneten Räumlichkeiten umschauen konnte, lehnten sie die Forderungen der Amerikaner umgehend ab. Auch den von der US-Delegation formulierten Ansprüchen auf Sprechfunkverbindungen zwischen der Botschaft, den Diplomatenwohnungen und den Diplomatenfahrzeugen sowie der Forderung einer direkten Telexverbindung zur US-Botschaft in Bonn wollte das MfAA im August 1973 auf keinen Fall nachgeben.¹⁴⁴³ Im Gegenzug erklärten die Amerikaner die ersten drei von MfAA-Vertretern angebotenen Objekte ausnahmslos für ungeeignet und lehnten auch den Vorschlag der DDR-Behörden, die amerikanischen Diplomaten zunächst im Hotel unterzubringen, mit Nachdruck ab.¹⁴⁴⁴

Im Nachgang der ersten Verhandlungsrunde befürchtete das MfAA: „Die USA-Delegation hatte offensichtlich den Auftrag, keine verbindlichen Vereinbarungen zu treffen, sondern durch maximale Forderungen die DDR unter Druck zu setzen, um ihr bei Nichterfüllung die „Schuld“ für die Verzögerung bei der Aufnahme

¹⁴⁴¹ Vgl. Hintergrundgespräch mit Brandon Grove, 14.9.2004.

¹⁴⁴² Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Einschätzung zur Entwicklung der Haltung der USA-Regierung in der Frage der Aufnahme von Beziehungen zur DDR im Zeitraum von August bis November 1973 und Vorschläge für das weitere Vorgehen, 7.12.1973.

¹⁴⁴³ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973.

¹⁴⁴⁴ Vgl. Gaida, 1989, S. 40.

diplomatischer Beziehungen zuschreiben zu können.“¹⁴⁴⁵ Ein Anhaltspunkt für die Richtigkeit der Verzögerungsthese des MfAA ist die Tatsache, dass im *State Department* fest stand, dass eine US-Vertretung unter allen Umständen erst nach der bundesdeutschen Vertretung in Ost-Berlin eingerichtet werden sollte. Die USA hatten keine Bedenken, die letzte der vier Mächte zu sein, die ihre Botschaft in der DDR aufmachte. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Errichtung der „Ständigen Vertretungen“ in Ost-Berlin und Bonn, die am 14. März 1974 erfolgte, war im August 1973 aber noch nicht absehbar. Ein weiterer Anhaltspunkt sind die bundesdeutsch-amerikanischen Gespräche, in denen Washington der Haltung Bonns, dass die USA, selbst wenn sie nicht dorthin zurück wollten, eine Bebauungserlaubnis für ihr altes Botschaftsgrundstück am Pariser Platz 2 – direkt am Brandenburger Tor – von der DDR fordern sollten, zustimmte.¹⁴⁴⁶ Das MfAA reagierte auf diese Forderungen stets mit dem Hinweis, dass das Gelände der ehemaligen Botschaft ebenso wie anderes ausländisches Vermögen der staatlichen Verwaltung ausländischen Vermögens unterlag.¹⁴⁴⁷

Die US-Delegation kam mit Maximalforderungen nach Ost-Berlin und fuhr, wahrscheinlich wie vorgesehen, ohne konkretes Ergebnis wieder ab. Die ostdeutsche Delegation hatte trotz 39 besichtigten Gebäuden im September 1973 ebenfalls keine geeigneten Immobilien in Washington gefunden, so dass die Gespräche in einer Sackgasse steckten.¹⁴⁴⁸ Grundsätzlich hatte das MfAA jedoch kein Interesse, die Verhandlungen durch praktische Fragen in die Länge zu ziehen. Daher nahm man die Reduzierung der amerikanischen Forderungen – zusätzliche Einzelhäuser für lediglich fünf statt zehn hohe Botschaftsbeamte sowie Wohnungen bzw. Häuser für weitere zehn statt 27 Mitarbeiter und den Verzicht auf eine schlüsselfertige Übergabe der Gebäude und Wohnungen¹⁴⁴⁹ – zum Anlass, um den Ton etwas freundlicher zu gestalten. Bei dem schon erwähnten Gespräch zwischen Grunert und Schaufele auf einer Cocktailparty im Dezember 1973 gestand Grunert z.B. gegenüber seinem

¹⁴⁴⁵ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Hinweise für ein Gespräch mit dem USA-Außenminister Kissinger, 6.9.1973.

¹⁴⁴⁶ Gespräch des Bundesministers Bahr mit den Botschaftern Hillenbrand (USA) und Sauvagnargues (Frankreich) sowie dem britischen Gesandten Hibbert, 21.2.1973.

¹⁴⁴⁷ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA, 4.7.1974.

¹⁴⁴⁸ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: State to USBER, GDR Team in Washington, 15.9.1973.

¹⁴⁴⁹ Pol-Arch AA, Bestand MfAA, C 961/77: Einschätzung zur Entwicklung der Haltung der USA-Regierung in der Frage der Aufnahme von Beziehungen zur DDR im Zeitraum von August bis November 1973 und Vorschläge für das weitere Vorgehen, 7.12.1973.

amerikanischen Gesprächspartner offen ein, dass Ost-Berlin den Amerikanern eine zügige Antwort bezüglich ihrer Grundstücksbedürfnisse schuldete.¹⁴⁵⁰

Die DDR wurde aber nicht nur in der Form, sondern auch in der Substanz nachgiebiger. Zwar lehnte sie die Einrichtung von Kultur- und Informationszentren weiterhin ab,¹⁴⁵¹ während der Verhandlungsrunde vom 21. bis zum 26. März 1974 zeigte Ost-Berlin jedoch unerwartetes Entgegenkommen in der Frage der „Botschaftsresidenz“ und unterbreiteten der amerikanischen Delegation mehrere akzeptable Grundstücksangebote.¹⁴⁵² In dieser Phase der Verhandlungen sahen auch die USA keinen Grund mehr, die Residenzfrage noch weiter hinauszuzögern. Die Vereinigten Staaten erwarben schließlich das ehemalige „Haus des Handwerks“ in der Neustädtischen Kirchstraße als Botschafterresidenz, und erhielten darüber hinaus auch die „Verwaltung“ für das Grundstück am Pariser Platz zurück.

Auf der anderen Seite des Atlantiks dauerte die Suche etwas länger. Nachdem sich das MfAA, das sich ohne wirkliche Hilfe des *State Departments* auf dem Washingtoner Immobilienmarkt umschauen musste, bei einer Verhandlungsrunde Ende Mai 1974 mit dem amerikanischen Außenministerium über die Bedingungen eines Immobilienerwerbs einig geworden war,¹⁴⁵³ kaufte es erst Ende Juni 1974 das oberste Stockwerk eines Hochhauses in der Massachusetts Avenue, schräg gegenüber der kanadischen Botschaft, für 1,6 Millionen USD.¹⁴⁵⁴ Für insgesamt 40 Diplomatenfamilien kaufte es darüber hinaus einen Wohnblock in Arlington.¹⁴⁵⁵

Nachdem beide Seiten passende Immobilien gefunden hatten, blieben sie in der Frage des Eröffnungstermins der Botschaften vage. So formulierte das am 4.

¹⁴⁵⁰ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USUN to State, US Relations with the GDR, 12.12.1973.

¹⁴⁵¹ SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA.

¹⁴⁵² Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: USBER to State, U.S. Administrative Team's Visit to Berlin, 26.3.1974. Noch am 4.3.1974 in einer Unterredung mit Bundeskanzler Brandt hatte Außenminister Kissinger die Botschaftsfrage als ungelöstes Problem bezeichnet. Vgl. AAPD, 1974, Bd. II, Dok. 68: Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger, 4.3.1974.

¹⁴⁵³ Vgl. AAD, NA, GRDS, RG 59, CFPF: State to USBER, GDR Admin. Team Visit to Washington, 28.5.1974.

¹⁴⁵⁴ Vgl. NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 688: Memorandum for Brent Scowcroft, President's Meeting with FRG Foreign Minister Genscher, 22.7.1974. Gaida, 1989, S. 43.

¹⁴⁵⁵ Vgl. Große, 1999, S. 34.

September 1974 unterschriebene Protokoll: „*The Government of the United States of America and the Government of the German Democratic Republic will facilitate the establishment of Embassies which will open on the same date.*“¹⁴⁵⁶ Relativ eindeutig war es jedoch in der Frage des Geländes am Pariser Platz: „*The Government of the German Democratic Republic confirms that its administration of the site at Pariser Platz 2, which is American property, will be returned to the United States on this date. The use of this site is the subject of an exchange of letters on this date between the heads of the two delegations.*“¹⁴⁵⁷ Trotz dieser Regelungen war mit dem Erwerb des Geländes die Botschaftsfrage für Washington noch nicht abschließend geklärt. Für die Amerikaner galt es den juristischen Status der Botschaft in Ost-Berlin so zu gestalten, dass er weder den Vier-Mächte-Status Berlins in Frage stellte, noch die Anerkennung Berlins als Hauptstadt der DDR implizierte: „*We think continuing coordination in the Bonn group is desirable, so that practices remain generally in line and that formulations are avoided, which would imply that East Berlin is part of the GDR.*“¹⁴⁵⁸ Schließlich verfiel Washington auf die Idee, die US-Botschaft in Ost-Berlin als „Botschaft bei der Deutschen Demokratischen Republik“ und nicht „in der Deutschen Demokratischen Republik“ zu bezeichnen.¹⁴⁵⁹ Darüber hinaus unterschied das *State Department* zwei unterschiedliche notarielle Bezirke der Botschaft, Berlin inklusive Ost-Berlin und die DDR exklusive Ost-Berlin.¹⁴⁶⁰

Nicht nur die Suche, der Kauf und die Bezeichnung einer adäquaten Botschaft, sondern auch die Anzahl, Rechte und Unterbringung des Botschaftspersonals waren Gegenstand der Verhandlungen. Ost-Berlin achtete grundsätzlich darauf, eine strikte Reziprozität in den Fragen von Anzahl und Rechten des Botschaftspersonals zu erhalten. Im Stil des *Quid pro Quo* wollte das MfAA diplomatische Rechte für sein Personal in Washington erreichen. Auf Grundlage der Wiener Diplomatenkonvention von 1961 sollte eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit des DDR-Personals in den USA eine proportionale Einschränkung für die US-Diplomaten in der DDR zur

¹⁴⁵⁶ Agreed Minute on Negotiation Concerning the Establishment of Diplomatic Relations Between the United States of America and the German Democratic Republic, Washington, September 4, 1974, in: DOG, S. 1274-1276.

¹⁴⁵⁷ Ebd.

¹⁴⁵⁸ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: State to Embassy Bonn, Designation of Embassies in East Berlin, 6.4.1973.

¹⁴⁵⁹ Vgl. Ostermann, in: Pfeil, 2001, S. 177.

¹⁴⁶⁰ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: State to USBER, Designation of Embassies in East Berlin, 7.6.1973.

Folge haben.¹⁴⁶¹ Für die Vereinigten Staaten ergab sich aus dieser Forderung jedoch ein Problem. Da die Bewegungsfreiheit sowjetischer Diplomaten zum Zweck der Spionageabwehr eingeschränkt war, hätte die Akzeptanz der Reziprozität für die Vereinigten Staaten bedeutet, entweder ihr in der DDR stationiertes diplomatisches Personal Restriktionen auszusetzen oder die DDR-Diplomaten besser als ihre sowjetischen Kollegen zu stellen.¹⁴⁶² Erst im Zuge der Klärung der Botschaftsfrage im März 1974 nahmen die USA diese Ungleichbehandlung in Kauf und entschieden sich, einer grundsätzlichen Gleichbehandlung in Fragen des Botschaftspersonals zuzustimmen und das Botschaftspersonal inklusive des Verwaltungs- und technischen Personals und dessen Familien mit diplomatischen Privilegien und Immunitäten wie z.B. der Reisefreiheit auszustatten. Im Sinne der Reziprozität sicherte das MfAA dieses Vorgehen auch für das amerikanische Personal zu, wobei es sich damit die Kritik des MfS zuzog. In einem Kommentar zum Anerkennungsprotokoll äußerte die Staatssicherheit die Befürchtung, die diplomatischen Privilegien könnten die Mitarbeiter der US-Botschaft zu wirkungsvoll gegen die Kontrolle durch ostdeutsche Sicherheitsorgane schützen. Der Kommentator protestierte daher heftig gegen die im Anerkennungsprotokoll getroffenen Vereinbarungen.¹⁴⁶³ Grundsätzlich geändert wurden diese Bestimmungen jedoch nicht mehr. Konkrete Verhandlungen über ein Konsularabkommen verschoben beide Parteien auf unbestimmte Zeit. Bis zum Abschluss eines Konsularabkommens sollte das Wiener Abkommen von 1961 Grundlage für die konsularischen Beziehungen sein.

War die Konsularfrage auch nicht abschließend gelöst, so schien sie doch zumindest vorläufig zur Zufriedenheit beider Seiten geregelt. Damit konnten die zu verhandelnden Fragen die Botschaft betreffend im Juli 1974 abgeschlossen werden und der Weg zur Etablierung der Botschaften in Ost-Berlin und Washington war nach dem 4. September 1974 frei. Der US-Diplomat bereitete die Eröffnung der amerikanischen Botschaft im Dezember 1974 vor, wobei alle Beschaffungen für die

¹⁴⁶¹ Vgl. SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA, 4.7.1974.

¹⁴⁶² NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: Embassy Paris gto Secretary of State, Tripartite Consultations: Practical Aspects of Establishing Embassies in East Berlin, 12.1.1973.

¹⁴⁶³ Vgl. BStU, MfS – Abteilung X, Nr. 918: Bemerkungen zum Protokoll über Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und den USA in bezug auf die unmittelbaren Sicherheitsinteressen der DDR, Oberst Damm, o.D..

US-Botschaft über das ostdeutsche Dienstleistungsamt laufen mussten und daher viel Zeit in Anspruch nahmen. Am 3. Dezember 1974 traf schließlich der erste US-Botschafter in der DDR, der 73-jährige ehemalige republikanische Senator von Kentucky und Botschafter in Indien und Nepal, John Shermann Cooper, in Ost-Berlin ein. Nach Ansicht von Helmut Sonnenfeldt genoss dieser konservative Politiker das Vertrauen des Präsidenten, weil ihm auch der Kongress, besonders der konservative Flügel vertraute und die US-Regierung auf diese Weise rechte Kritik an der Anerkennung der DDR abfedern konnte.¹⁴⁶⁴ Mit einer Personalstärke von ungefähr 20 Personen, davon 8 Marines, konnte die amerikanische Botschaft am 9. Dezember 1974 ihre Arbeit aufnehmen.¹⁴⁶⁵ Dazu gehörte nach Angaben von Brandon Grove zwar auch eine gewisse Geheimdiensttätigkeit, die jedoch nicht auf die Infiltration der ostdeutschen Politik und des Militärs, sondern auf die Kontaktaufnahme zu osteuropäischen und chinesischen Diplomaten in der DDR ausgerichtet war.¹⁴⁶⁶ Die übrigen Geheimdiensttätigkeiten verblieben bei der amerikanischen Militärmission, deren Arbeit sich ebenso wie die Gegenmaßnahmen der Staatssicherheit in unterschiedlicher Intensität fortsetzte.¹⁴⁶⁷ Die US-Botschaft in Ost-Berlin übernahm hauptsächlich die analytischen und aktiven Aufgaben, die bisher von der US-Mission in West-Berlin erfüllt worden waren. Aber nicht nur in Ost-Berlin, sondern auch in Washington nahmen die entsandten Diplomaten ihre Arbeit auf. Unter der Leitung des ersten Botschafters der DDR in den USA, des Wirtschaftswissenschaftlers Rolf Sieber, wurde die diplomatische Vertretung in der Massachusetts Avenue eröffnet.

b. Die „offenen Vermögensfragen“ als zentraler Aspekt der Verhandlungen

*„Even if the GDR were to make a general commitment to negotiate on claims and restitution, a satisfactory resolution is likely to be difficult to achieve.“*¹⁴⁶⁸ Bereits im Januar 1973 identifizierte die US-Mission die „offenen Vermögensfragen“ als problematischen und dadurch zentralen inhaltlichen Aspekt möglicher Anerkennungsverhandlungen. Aber was genau verstanden die Beteiligten unter den „offenen Vermögensfragen“? Die von Washington gegen die DDR geltend

¹⁴⁶⁴ Vgl. Hintergrundgespräch mit Helmut Sonnenfeldt, Washington D.C., 7.10.2004.

¹⁴⁶⁵ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPF: Embassy Berlin to State, Opening of Embassy, 9.12.1974.

¹⁴⁶⁶ Vgl. Hintergrundgespräch mit Brandon Grove, Washington D.C., 14.9.2004.

¹⁴⁶⁷ Vgl. Behling, 2004.

¹⁴⁶⁸ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 5.1.1973.

gemachten Forderungen bezogen sich zu einem Teil auf amerikanische Entschädigungsansprüche aus Enteignung aus Geschäfts- und Privatbesitz, mobil, immobil und finanziell, amerikanischer Bürger auf dem Gebiet Ostdeutschlands¹⁴⁶⁹ und zum anderen auf die Forderungen jüdischer Amerikaner auf Wiedergutmachung für die von Nazis auf dem Territorium der DDR an Juden begangenen Verbrechen.

Die Tragweite der „offenen Vermögensfragen“ für die ostdeutsch-amerikanischen Verhandlungen zeigt sich bereits in der Auseinandersetzung um die Anspruchsgrundlage der geltend gemachten Forderungen aus den Vereinigten Staaten. Für Washington gab es drei Forderungskategorien: *post-World War I*, *World War II and Nazi Crimes* und *post-World War II nationalization*,¹⁴⁷⁰ wobei sich die amerikanische Regierungsstellen auf Forderungen amerikanischer Staatsbürger beschränken wollte. In den USA beheimatete jüdische Organisationen wie die *Conference on Jewish Material Claims against Germany* (CJMC), der *American Jewish Congress*, das *American Jewish Committee* oder der *World Jewish Congress* forderten demgegenüber beständig eine Wiedergutmachungsregelung, in der die DDR alle betroffenen Juden, ohne Ansicht der Staatsbürgerschaft entschädigte.

Einig waren sich die jüdischen Organisationen und die amerikanische Regierung in der Auffassung, dass die DDR auf ihrem Territorium in die rechtliche Nachfolge des Dritten Reiches eintreten musste und somit auch für vor dem 8. Mai 1945 entstandene Ansprüche der richtige Adressat war. Diese Ansicht bestritt das SED-Regime ganz entschieden. Ost-Berlin unterschied die Legitimität der Forderungen nach den Zeitperioden, aus denen sie stammten. Aus Sicht Ost-Berlins war die DDR weder moralisch noch rechtlich zu irgendwelchen Leistungen verpflichtet, die aus Ansprüchen vor dem 8. Mai 1945 resultierten. Die Argumentation basierte darauf, dass die DDR aus dem Untergang des Dritten Reiches, an dem viele SED-Kader, manche tatsächlich, manche nur nach eigenem Verständnis, aktiv mitgewirkt hatten, als neuer, antifaschistischer, das heißt nicht vorbelasteter Staat hervorgegangen war.¹⁴⁷¹ Der ideologische und damit auch einzige rechtlich verantwortliche

¹⁴⁶⁹ Vgl. Große, 1999, S. 109.

¹⁴⁷⁰ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Memorandum of Conversation between Igor P. Filin, Soviet Embassy and Nelson C. Ledsky, EUR/CE, 16.4.1973.

¹⁴⁷¹ Zum „antifaschistischen“ Charakter der DDR vgl. Dirks, Christian: Die Verbrechen der anderen". Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR. Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn 2005. Grunenberg, Antonia: Antifaschismus - Ein deutscher Mythos, Reinbeck

Nachfolgestaat der Nazi-Diktatur sei allein die Bundesrepublik. Die DDR hätte gemäß dem Potsdamer Abkommen alle Auflagen erfüllt und die Reparationen an die Siegermächte des Ostens geleistet. Nur diejenigen Amerikaner, deren Eigentum in Staatsbesitz der DDR übergegangen war, konnten nach dieser Lesart einen Anspruch haben.¹⁴⁷² Mit dem Verweis auf die „antifaschistische“ Tradition der DDR lehnte Ost-Berlin auch kategorisch die Forderung jüdischer Organisationen ab, zugleich mit den amerikanischen Vermögensfragen die Frage der Entschädigung aller jüdischen Opfer des Nationalsozialismus durch die DDR zu klären. Da ein Großteil der amerikanischen *ante-1945-Ansprüche* im Zusammenhang mit der Abrisierung jüdischen Eigentums durch die Nationalsozialisten stand, standen jüdische Forderungen damit im Mittelpunkt der „offenen Vermögensfragen“.¹⁴⁷³

Grundsätzlich hatte die DDR, begründet durch ihre Ablehnung jeder Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands, jüdische Entschädigungsforderungen niemals akzeptiert. Nachdem 1950 kurze Gespräche zwischen Offiziellen der DDR und des Staates Israel über eine mögliche Wiedergutmachung ergebnislos geblieben waren,¹⁴⁷⁴ war es bis 1973 zu keinen substantiellen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage zwischen Ost-Berlin und Israel bzw. jüdischen Organisationen gekommen. Je konkreter die Möglichkeit einer amerikanischen Anerkennung der DDR durch die USA rückte, desto schärfer beäugte Ost-Berlin die jüdischen Organisationen in den USA, da sie nach Ansicht des SED-Regimes einen Anerkennungsprozess torpedieren konnten.

Tatsächlich war eine mögliche Anerkennung der DDR ab Anfang 1973 Thema in Gesprächen zwischen dem *State Department* und jüdischen Vertretern. Die Vertreter jüdischer Organisationen waren sich einig, dass das SED-Regime im Zuge einer möglichen Anerkennung des sozialistischen Deutschlands durch die USA nachdrücklich auf die Wiedergutmachungsforderungen hingewiesen werden musste.

bei Hamburg, 1993. Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit – Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61-86.

¹⁴⁷² Vgl. BAB, DC 20/ I/4/3277: 133. Sitzung des Ministerrates vom 6.3.1975.

¹⁴⁷³ Die jüdischen Ansprüche gegen die DDR sind gut aufgearbeitet. Vgl.: Timm, 1997a. Timm, 1997b. Wolffsohn, 1995. Monteath, Peter: The German Democratic Republic and the Jews, in: German History, Vol. 22, 3/2004, S. 448-468.

¹⁴⁷⁴ Pol-ArchAA, Bestand MfAA, A/13364, A 12739: Vermerk über die Rücksprache mit dem offiziellen Vertreter des Wirtschafts- und Finanzministeriums des Staates Israel, Herr Mendelsohn, 5.5.1950.

Ziel dieser von Nahum Goldmann, dem Präsidenten der CJMC, organisierten Unterredungen jüdischer Organisationen mit dem *State Department* war es, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, die Verhandlungen über Wiedergutmachungen für Juden in die Verhandlungen über die diplomatische Anerkennung einzubetten.

Dass die Angelegenheit für die Juden in den USA von großer Bedeutung war, verdeutlicht die Prominenz der für die Ansprüche Verantwortlichen. Mit dem bekannten Vorsitzenden der *Conference of Presidents of Major Jewish-American Organizations* Israel Miller, dem *Executive Secretary* der CJMC Saul Kagan, und dem Rechtsanwalt Benjamin B. Ferencz, der schon als Rechtsberater während der Luxemburg Verhandlungen 1952 gedient hatte, bot man einflussreiche Persönlichkeiten auf.¹⁴⁷⁵ Die jüdischen Vertreter konnten ihre Forderungen in einem ersten Treffen mit dem *Director of the Office of Central European Affairs* im *State Department* James Sutterlin zu Beginn des Jahres 1973 darlegen. Dieses Gespräch erbrachte jedoch keine Klarheit. Zunächst dämpfte Sutterlin die Hoffnungen der jüdischen Vertreter und verwies auf die Unmöglichkeit der Verknüpfung einer endgültigen Wiedergutmachungsregelung mit der Anerkennungsfrage. Er hielt bestenfalls die Verknüpfung der diplomatischen Anerkennung mit einer Verpflichtung der DDR zu bilateralen Wiedergutmachungsverhandlungen für möglich: „*the most that can be expected from East Germany before formal recognition by the U.S. is a declaration in the documents of recognition that the two countries will begin negotiations on indemnification.*“¹⁴⁷⁶ Auf die Ausführungen Sutterlins zur mangelnden internationalen Rechtsgrundlage äußerten die jüdischen Vertreter die klare Ansicht: „*There is one cristal clear law: the bastards should not be admitted to polite society before they pay their debts.*“¹⁴⁷⁷ Aber auch solche Rhetorik konnte den Diplomaten nicht dazu bewegen, konkrete Fortschritte in dieser Frage in Aussicht zu stellen. So waren sich die Gesprächspartner lediglich darüber einig, dass man allgemein bei Verhandlungen in der Frage amerikanisch-jüdischer Ansprüche auf vor und nach 1945 enteignetes Eigentum Druck auf die DDR ausüben

¹⁴⁷⁵ Vgl. Timm, 1997a, S. 95.

¹⁴⁷⁶ United States Holocaust Research Institute Archives, RG 12, Benjamin B. Ferencz Collection (USHRIA), Dr.W7 (Claims Against East German Rep.), Box 1, File: 1.1.1973-2.4.1973. Zitiert nach Timm, 1997a, S. 96.

¹⁴⁷⁷ Vgl. Timm, 1997a, S. 97.

wolle.¹⁴⁷⁸ Sutterlin vertrat in den Gesprächen mit jüdischen Vertretern klar die Linie seines Außenministers, der gegenüber dem israelischen Außenminister betonte, dass die *claims* amerikanischer Naziopfer in Verhandlungen mit der DDR integriert würden, dass aber wenig Aussicht auf einen kurzfristigen Verhandlungserfolg bestünde.¹⁴⁷⁹

Trotz dieser verhaltenen Einschätzung verharrte Washington nicht in der Defensive. In den Drei-Mächte-Gesprächen in Paris nahmen die USA eine offensive Rolle ein. Zwar einigten sich Großbritannien, die USA und Frankreich darauf, im Moment keine Entschädigungszahlungen für die Opfer von Nazi-Verbrechen von der DDR zu fordern, sondern sich lediglich eine finale Regelung der Wiedergutmachung in der Zukunft vorzubehalten. Die Vereinigten Staaten machten aber deutlich, dass sie sich durch den jüdischen Einwanderungsfluss aus Deutschland in einer Sonderrolle befanden und unter Umständen in diesem Punkt mehr Bestimmtheit gegenüber der DDR zeigen mussten: *„U.S. Del noted that many individuals who were not U.S. citizens during second world war period suffered at hand of Nazis. It may therefore be important for U.S. to represent them as well as individuals who were U.S. citizen at time... U.S. indicated that it may be necessary for us to proceed somewhat differently since we might wish to obtain information on likely scope of our claims at an early time.“*¹⁴⁸⁰

Die Verantwortlichen im *State Department* waren sich bewusst, dass die diplomatische Anerkennung der DDR ohne eine ostdeutsche Erklärung der grundsätzlichen Verhandlungsbereitschaft im Punkt der Wiedergutmachung auf den Widerstand der jüdischen Organisationen stoßen würde. Um dieses Bewusstsein zu erhalten, verstärkten die CJMC und andere jüdische Organisationen nach dem ersten Gespräch ihre Lobbyarbeit. Bei einem Treffen mit dem *Assistant Secretary of State for European Affairs* Walter J. Stoessel am 22. August 1973 forderten die jüdischen Vertreter die US-Regierung auf, ihre Forderungen nach Wiedergutmachung zu unterstützen. Stoessel sagte diese Unterstützung zu, gab aber zu verstehen, dass die

¹⁴⁷⁸ Vgl. Timm, 1997a, S. 97.

¹⁴⁷⁹ Vgl. NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: State to Embassy Tel Aviv, Secretary's Reply to Israeli Foreign Minister on GDR, 1.2.1973.

¹⁴⁸⁰ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2296, POL Ger E: Embassy Paris to Secretary of State, Tripartite Consultations – Financial Questions, 13.1.1973.

Wiedergutmachung keine Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder die Zulassung der DDR zur UNO sein konnte.¹⁴⁸¹

Trotz Stoessels Einschränkungen zeigte die Arbeit der CJMC Erfolge. Washington erhöhte den Druck auf Ost-Berlin. In den bilateralen Gesprächen im August 1973 machten die US-Vertreter deutlich, dass alle „offenen Vermögensfragen“ von großer Bedeutung für den Ausgang der Verhandlungen waren. Sowohl gegenüber Ost-Berlin, als auch gegenüber London und Paris betonte das *State Department* zunehmend die Wichtigkeit der jüdischen Organisationen in der Frage der Entschädigungen.¹⁴⁸² Anlässlich der Zulassung der DDR und der Bundesrepublik zu den UN forderte der amerikanische Botschafter bei den UN, John Scali, die DDR in seiner Begrüßungsansprache dazu auf, die Wiedergutmachungsansprüche der Nazi-Opfer anzuerkennen und ähnlich der Bundesrepublik zu handeln.¹⁴⁸³

In den bilateralen Verhandlungen versuchte das *State Department*, die jüdischen Organisationen, die sich nun bemühten, direkt mit ostdeutschen Regierungsvertretern zu sprechen, zu integrieren. So leicht ließ sich Ost-Berlin jedoch nicht einschüchtern. Sehr zur Enttäuschung der CJMC verweigerte das SED-Regime jeden Austausch. Die Vertretung der DDR bei den UN weigerte sich gar, einen Brief des CJMC-*Secretary* Saul Kagan an Außenminister Winzer entgegenzunehmen.¹⁴⁸⁴ Das SED-Regime suchte auf jeden Fall zu vermeiden, dass die DDR die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mittels einer umfassenden Wiedergutmachungsvereinbarung erkaufen musste. Das Hauptmotiv für diese harte Haltung hatte die US-Mission bereits im Januar 1973 erkannt: Auf Grund des chronischen Devisenmangels war die DDR gar nicht in der Lage, umfangreiche Entschädigungen zu bezahlen: „*However the GDR clearly lacks resources to satisfy all claims which a number of countries apparently plan to raise.*“¹⁴⁸⁵ Ost-Berlin wies seine Verhandlungsführer in den Gesprächen mit dem *State Department* entsprechend an, die *World Conference on Jewish Material Claims* – da diese Organisation nicht existierte, ist davon auszugehen, dass das *MfAA World Jewish Conference* und *Conference on Jewish*

¹⁴⁸¹ Vgl. USHIRA, Dr.W7, Box 1, File: 3.4.1973-30.9.1973. Zitiert nach Timm, 1997a, S. 99.

¹⁴⁸² NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: Memorandum of Conversation, Briefing of Allies on August 9 US-GDR Meeting, 10.8.1973.

¹⁴⁸³ Vgl. Timm, 1997a, S. 98-99.

¹⁴⁸⁴ Vgl. ebd., S. 100.

¹⁴⁸⁵ NA, RG 59, GRDS, CFPF, 1970-1973, Box 2302, POL Ger E US: USBER to State, Annual Policy Assessment for GDR, 5.1.1973.

Material Claims Against Germany durcheinander brachte¹⁴⁸⁶ – unter allen Umständen als Verhandlungspartner abzulehnen. Fragen, die in der DDR gelegenes Eigentum rassistisch verfolgter Personen betrafen, die zum Zeitpunkt ihrer Verfolgung USA-Bürger waren, sollten in den Vermögensverhandlungen mit dem *State Department* geklärt werden.

Soweit es sich um in der DDR gelegenes Eigentum rassistisch verfolgter Personen handelte, die Bürger anderer Staaten waren, konnten nach Ansicht des ZKs offene Fragen nur in Verhandlungen mit den betreffenden Staaten, deren Staatsbürgerschaft diese Personen besaßen, verhandelt werden.¹⁴⁸⁷ Da sie ihre Ziele somit nicht in privaten Verhandlungen durchsetzen konnte, verlegte sich die CJMC darauf, ihr Anliegen in den staatlichen Verhandlungen zu sichern. Der republikanische Senator Jacob Javits aus New York war dabei ein wichtiger Fürsprecher der jüdischen Organisationen. In einem Brief an Außenminister Henry Kissinger vom 20. Dezember 1973 verließ er seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Vereinigten Staaten alles dafür täten, die DDR zu einem Einlenken gegenüber der CJMC zu bewegen.¹⁴⁸⁸ In einem weiteren Brief im Februar 1974 wurde Javits deutlicher: „*In view of the oppressive nature of the G.D.R. regime and the presence on its governmental structure of former Nazis, I do not believe our government should be a party to the obvious efforts by the G.D.R. to sidestep its responsibilities respecting actions and developments of Germany during the infamous days of the Hitler regime.*“¹⁴⁸⁹

Wolffsohn analysiert wenig differenziert, wenn er die These vertritt, die Proteste der amerikanisch-jüdischen Lobby gegen eine Herstellung diplomatischer Beziehungen vor der Regelung der Entschädigung der Juden wären ungehört in den Fluren des US-Außenministeriums verhallt.¹⁴⁹⁰ Das *State Department* sah zwar keine Möglichkeit, im Tausch für die Anerkennung eine Zahlungszusage über eine konkrete Summe zu erlangen, der amerikanische Verhandlungsführer *Assistant Secretary of State of European Affairs* Arthur H. Hartman maß der Frage einer ostdeutschen Verhandlungszusage jedoch großes Gewicht bei. Angelika Timm führt

¹⁴⁸⁶ Vgl. Wolffsohn, 1995, S. 363.

¹⁴⁸⁷ SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA.

¹⁴⁸⁸ Vgl. USHIRA, Dr.W7, Box 1, File: 1.10.1973-30.7.1974. Zitiert nach Timm, 1997a, S. 100.

¹⁴⁸⁹ Senator Jacob Javits an Henry A. Kissinger, 25.2.1974. Zitiert nach Wolffsohn, 1995, S. 363.

¹⁴⁹⁰ Vgl. Wolffsohn, 1995, S. 277.

aus: „It was Hartman who stressed the issue again and again and openly supported the positions of American Jewish organizations, insisting that the GDR agree to enter into negotiations on Jewish material claims.“¹⁴⁹¹

Der amerikanischen Beharrlichkeit in den Vermögens- und Wiedergutmachungsfragen begegnete Ost-Berlin schließlich mit der Forderung nach einer Entschädigung auf „Grundlage der absoluten Gegenseitigkeit“.¹⁴⁹² Das MfAA ahnte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht ohne eine irgendwie geartete Verhandlungszusage in der Vermögensfrage erreicht werden konnte. Zur Begrenzung einer möglichen Entschädigungssumme stellten die Verantwortlichen ostdeutsche Gegenforderungen gegen die USA zusammen. Am 12. März 1952 war die *Federal Reserve Bank* in New York vom *Treasury Department* angewiesen worden, die Guthaben der Deutschen Notenbank bei US-Banken, kanadischen Banken und Schweizer Banken einzufrieren.¹⁴⁹³ Dieser Zustand war bis 1973 aktuell geblieben und bildete die Grundlage der ostdeutschen Strategie des Aufrechnens. Wenn man über Enteignungen amerikanischer Rechtssubjekte in der DDR spreche, so müsse man die in den USA eingefrorenen und eingezogenen Vermögenswerte von Rechtssubjekten der DDR dagegen rechnen. Erich Honecker führte in diesem Zusammenhang in einem AP-Interview vom 30. Mai 1974 aus: „Das in der DDR unter staatlicher Verwaltung befindliche Eigentum amerikanischer Bürger und Firmen ist kein Hindernis, zumal es auch in den USA Eigentum der DDR gibt, das uns vorenthalten wird. Da also nicht nur eine Seite Ansprüche hat, dürfte mit etwas gutem Willen eine für beide Seiten befriedigende Regelung zu finden sein. Details sind Sache der Juristen.“¹⁴⁹⁴ Außer Acht ließ Honecker, dass die ostdeutschen Forderungen im Vergleich zu den amerikanischen Ansprüchen – sogar ohne die jüdischen *ante-1945*-Forderungen – vernachlässigenswert waren. Mit den „Details“ beschäftigten sich daher auch nicht Juristen, sondern Diplomaten, und deren Fortschritte waren bescheiden. Obwohl sich das Politbüro intern bereits Anfang Juli bereit erklärte, „zur Problematik offener vermögensrechtlicher und finanzieller Fragen einer Vereinbarung im Protokoll zustimmen, wonach Verhandlungen zur

¹⁴⁹¹ Vgl. Timm, 1997a, S. 100-101.

¹⁴⁹² Vgl. Müller, Manfred: Die Politik der DDR zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern, Autorenkollektiv (Hrsg.): Außenpolitik der DDR – für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1974, S. 174.

¹⁴⁹³ Vgl. BAB, DC 20/ I/4/3277: 133. Sitzung des Ministerrates vom 6.3.1975.

¹⁴⁹⁴ SAPMO-BArch, DY 30 2492:Schriftlicher Teil des Interviews des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Associated Press vom 30.5.1974.

Regelung der offenen Fragen nach Herstellung der diplomatischen Beziehungen aufgenommen“¹⁴⁹⁵ werden sollten, blieb die DDR-Delegation zu Beginn der letzten Verhandlungsrunde zunächst hart.¹⁴⁹⁶ Die ostdeutsche Weigerung, *Ante-1945-Ansprüche* mitzuverhandeln, stand der Forderung Hartmans nach Einbeziehung der jüdischen Organisationen in Vermögensverhandlungen gegenüber. Präsident Nixon charakterisierte die Situation gegenüber dem Außenminister der Bundesrepublik noch am 21. Juli 1974 als problematisch: „*The GDR has been rigid, however, on the subject of claims for the victims on Nazism, a matter of considerable importance to us.*“¹⁴⁹⁷ Just zum Zeitpunkt dieser Aussage lenkten die DDR-Vertreter überraschenderweise ein und die Verhandlungsparteien einigten sich auf einen Formulierungskompromiss.¹⁴⁹⁸ Auch wenn das SED-Regime weiterhin jede Verantwortung für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ablehnte, bezog sich seine Zustimmung zu Verhandlungen explizit auch auf *Ante-1945-Ansprüche*.

Damit war der Verhandlungspunkt der *Claims* für die Delegationen abgehakt. Die weitere Verzögerung war nicht mehr den Wiedergutmachungsforderungen, sondern der Auseinandersetzung um die selektive Sperrung der Transitautobahn durch die DDR geschuldet. Nachdem die DDR die Autobahn wieder geöffnet und die USA daher den Verhandlungsboykott beendet hatten, fand die Ende Juli erarbeitete Absichtserklärung Eingang in das Protokoll, dass am 4. September 1974 von den Verhandlungsführern Hartman und Herbert Süß unterzeichnet wurde: „*Following the establishment of diplomatic relations and the opening of Embassies, upon the request of either side, the two Governments will enter into negotiations for the settlement of claims and other financial property questions. ... Included on the*

¹⁴⁹⁵ SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2 A-1797: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros des ZK vom 2.7.1974, Anlage 1: Direktive für die Verhandlungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen mit den USA.

¹⁴⁹⁶ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPPF: State to USBER, US-GDR Negotiations, 18.7.1974.

¹⁴⁹⁷ NA, Nixon Presidential Materials Project, NSC-Files, 1969-1974, Country Files Europe Box 688: Memorandum for Brent Scowcroft, President's Meeting with FRG Foreign Minister Genscher, 22.7.1974.

¹⁴⁹⁸ Vgl. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPPF: State to USBER, US-GDR Negotiations, Draft Understanding, 20.7.1974. AAD, NA, RG 59, GRDS, CFPPF: State to Embassy Bonn, US-GDR Relations, 31.7.1974.

*Agenda will be property and other questions, which arose prior to or since 1945 which have not otherwise been settled, including losses by victims of Nazism.*¹⁴⁹⁹

Im Effekt wurden die „offenen Vermögensfragen“, um die so ausdauernd in den Verhandlungen gerungen worden war, im September 1974 also nicht gelöst, sondern lediglich vertagt. Die jüdischen Organisationen hatten ihr Ziel, die amerikanische Anerkennung der DDR an eine endgültige Regelung der Wiedergutmachung zu knüpfen, verfehlt. Dennoch waren die CJMC und andere Organisationen mit dem Ergebnis nicht unzufrieden. Es war im Falle der USA gelungen, von der DDR eine Absichtserklärung zu erhalten, in der Ost-Berlin sich erstmals bereit erklärte, über Wiedergutmachungsansprüche von NS-Opfern zu verhandeln.¹⁵⁰⁰ Dieser Erfolg ist insofern hoch zu bewerten als das „weiche“ Themen wie z. B. die Einhaltung der Menschenrechte in der Außenpolitik der Administration Nixon ein wesentlich geringeres Profil hatten als unter ihren Vorgängeradministrationen. Im Sinne der „Realpolitik“ konnten die USA unter Nixon und Kissinger daher stillschweigend akzeptieren, dass Erich Honecker in einem Interview im Mai 1974 betonte, dass die Berliner Mauer so lange wie notwendig bleiben werde und im Übrigen seit jeher die Politik der friedlichen Koexistenz gefördert habe.¹⁵⁰¹

c. Die Anerkennung

Fanden die Anerkennungsverhandlungen noch in der Ära Nixon statt, so wurden die Anerkennungsprotokolle schon in der Ära Gerald Ford – am 4. September 1974 – unterschrieben. Richards Nixons spektakulärer Niedergang, der mit seinem Rücktritt als Präsident am 9. August 1974 endete, wurde auch in Ost-Berlin registriert. Bei ihrer Analyse des Rücktritts befanden sich die ostdeutschen USA-Experten in einem Dilemma zwischen der durch die Nixonsche Politik ermöglichten Anerkennung und der gleichzeitigen Ablehnung der konservativen Regierung des republikanischen Präsidenten. Daher war der Auslöser für Nixons Rücktritt, die Watergate-Affäre, für die ostdeutschen USA-Experten zugleich Fanal einer Hetze der amerikanischen

¹⁴⁹⁹ Agreed Minute on Negotiation Concerning the Establishment of Diplomatic Relations Between the United States of America and the German Democratic Republic, Washington, September 4, 1974, in: DOG, S. 1274-1276.

¹⁵⁰⁰ Vgl. DOG, Dok. 1275. Zitiert nach Timm, 1997a, S. 101. Vgl. auch: BStU ZA, MfS – Abteilung X, Nr. 918: Protokoll über Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Vereinigten Staaten von Amerika, 9/1974.

¹⁵⁰¹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2492:Schriftlicher Teil des Interviews des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, mit Associated Press vom 30.5.1974.

Rechten gegen die Politik der friedlichen Koexistenz und Ausdruck der Korruption und Krisenhaftigkeit des „imperialistischen Monopolkapitalismus“.¹⁵⁰²

Damit ist die Bewertung des Rücktritts Nixons ein gutes Beispiel für das zwiespältige Urteil der DDR-Forschung über die gesamte Ära Nixon. Auf der einen Seite betrieb der republikanische Präsident eine in den Augen der DDR reaktionäre Innenpolitik, die sich gegen die neuen „Bewegungen“ richtete, auf der anderen Seite brachte er mit seiner Entspannungspolitik der DDR die Anerkennung.¹⁵⁰³ Auch wenn diese Beschreibung der Nixon-Ära durchaus richtig war, so vergaß die DDR-Forschung zu betonen, dass die von den verschiedenen *Rapprochements* erzeugte Situation Mitte der siebziger Jahre eine einzigartige Chance für die DDR war.

Blickt man auf die gesamte Geschichte der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen von 1949 bis 1989, so konnte das SED-Regime seine Anerkennung durch die USA nur zu diesem, von der Administration Nixon forcierten, Höhepunkt der Entspannung durchsetzen.¹⁵⁰⁴ Die USA gewöhnten sich nämlich zu keiner Zeit, wie von ostdeutscher Seite behauptet, in dem Maße an die DDR, wie „sich die Welt nach 1776 an die USA gewöhnt hatte“.¹⁵⁰⁵

¹⁵⁰² Vgl. Röder, 1976, S. 111. Bollinger, 1977, S. 46.

¹⁵⁰³ Vgl. hierzu die unterschiedlichen Betrachtungen bei Röder, 1976, S. 110-143, und Bollinger, 1977, S. 45-51.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Timm, 1997a, S. 102. Dittgen, in: Larres, 1997, S. 178.

¹⁵⁰⁵ Vgl. G.H.: Weltweit anerkannte DDR – Ergebnis harten Klassenkampfes, in: DAuß, 5/1974, S. 1029-1038, S. 1031.

VI. DDR-USA nach der Anerkennung: Ein Ausblick

Mit der Unterzeichnung der Protokolle am 4. September 1974 ließ die DDR 25 Jahre amerikanischer Nichtanerkennung hinter sich. Nachdem die formalen Rahmenbedingungen geschaffen worden waren, konnte nun – jedenfalls nach Ansicht Ost-Berlins – ein neuer Abschnitt in den ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen beginnen. Begründet durch solche Zuversicht standen die USA Anfang 1975 an erster Stelle derjenigen westlichen Staaten, zu denen die Beziehungen intensiviert werden sollten.¹⁵⁰⁶

Aber bewirkte die verbesserte Form in der Folge auch verbesserte inhaltliche Beziehungen. Konnten beide Akteure die noch ausstehenden Probleme lösen und ihre bilateralen Beziehungen auf eine neue qualitative Ebene stellen? Auf den ersten Blick hatte es den Anschein. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte am 1. August 1975 in Helsinki bot ein Forum, um die amerikanische Akzeptanz der DDR und ihrer Souveränität öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren und die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene zu besprechen. Bei diesem Höhepunkt ostdeutscher Außenpolitik saßen der mächtigste Mann der DDR, Erich Honecker, und der mächtigste Mann der USA, Gerald Ford, an einem Tisch. Dass es am Rande der KSZE-Konferenz auch noch zu Gesprächen zwischen Hermann Axen, Oskar Fischer und Henry Kissinger kam, trug zum ostdeutschen Optimismus bei. Der Schein trog jedoch. Die Unterredung zwischen Ford und Honecker sollte das einzige Treffen Erich Honeckers mit einem amerikanischen Präsidenten bis zum Untergang der DDR bleiben und auch der Inhalt der Gespräche musste der SED-Führung deutlich vor Augen führen, dass sie sich noch keineswegs auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten befand. Insgesamt blieben die USA in ihrer Definition zukünftiger Beziehungen äußerst vage. Ford sprach zwar von einer Politik des Kompromisses und der Kooperation, äußerte sich aber weder zu einer Verbesserung der Handelsbeziehungen noch zu dem Abschluss eines Konsularabkommens.¹⁵⁰⁷ Weiterhin enttäuschte Ford Honeckers Hoffnung auf eine

¹⁵⁰⁶ Vgl. SAPMO-BArch, J IV 2/2 A 1850: Gemeinsam ausgearbeitete Vorlage des MfAA und der Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der SED an das PB, 8.1.1975.

¹⁵⁰⁷ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/1/503: 15. Tagung des ZK der SED vom 2. bis zum 3.10.1975, Berichte über die KSZE in Helsinki. Große, 1999, S. 40.

Einladung nach Washington.¹⁵⁰⁸ In den Gesprächen mit Axen und Fischer machte auch der amerikanische Außenminister deutlich, dass Washington mit Rücksicht auf Bonn die Entwicklung der bilateralen Beziehungen auch nach der Anerkennung nicht zu schnell vorantreiben wollte. Konkrete Initiativen stellte Kissinger daher, auch wenn die Erhaltung des *Status quo* in Europa im nationalen Interesse der USA lag, nicht in Aussicht.¹⁵⁰⁹ Diese Anzeichen ignorierend reiste die ostdeutsche Führung dennoch im Gefühl eines amerikanischen Souveränitätsbeweises aus Helsinki ab. In der Folge sollte sich jedoch herauskristalisieren, dass dieser Souveränitätsbeweis für den Preis des Fokus der USA auf die in Korb drei der KSZE festgelegte Einhaltung der Menschenrechte in der DDR sehr teuer erkaufte war.¹⁵¹⁰ Die beständig negativen Urteile der halbjährlichen KSZE-Reports der US-Regierungen über die Menschenrechtssituation in der DDR bestätigten fortwährend das ostdeutsche Image des repressiven Mauerstaates.

Die alte wie die neuere Forschung ist sich einig darüber, dass die amerikanische Entrüstung über die Menschenrechtsverletzungen die bilateralen Beziehungen grundsätzlich belasteten.¹⁵¹¹ So waren die Menschenrechtsverletzungen in der DDR, insbesondere die mangelnde Ausreisefreiheit, ein gewichtiges Hindernis bei der Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen. Mit der Durchsetzung des bereits angesprochenen *Jackson-Vanik Amendment*¹⁵¹² als Zusatzartikel des *Trade Act of 1974* schufen die USA ein Junktim zwischen der Einhaltung der Menschenrechte und einem Ausbau der Handelsbeziehungen und errichteten damit eine gewaltige Hürde für das Kernanliegen der ostdeutschen Amerika-Politik, die Erlangung der Meistbegünstigung.¹⁵¹³

¹⁵⁰⁸ Vgl. SAPMO-BArch, IV 2/1/503: Vermerk über ein Gespräch zwischen Honecker und Ford am 30.7.1975 in Helsinki. Vgl. auch Siebs, 1999, S. 137.

¹⁵⁰⁹ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/1/503: 15. Tagung des ZK der SED vom 2. bis zum 3.10.1975, Berichte über die KSZE in Helsinki. Vgl. auch: SAPMO-BArch, IV 2/2.035/149: Vermerk über ein Gespräch zwischen Hermann Axen und Henry Kissinger am 30.7.1975 in Helsinki.

¹⁵¹⁰ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 114. Kuppe, Johannes: Die KSZE und der Untergang der DDR, in: DA 3/2005, S. 487-493, S. 488. Siebs, 1999, S. 140.

¹⁵¹¹ Vgl. z.B. Hamilton, in: Friedrich, 1991, S. 263. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 246. Howarth, in Pfeil, 2001, S. 89. Scholtyseck, 2003, S. 114.

¹⁵¹² Vgl. Kapitel V.C., S. 291-304.

¹⁵¹³ Vgl. Gaida, 1989, S. 429.

Vor dem Hintergrund des *Jackson-Vaniks Amendments* und des 1975 vom Kongress angenommenen *Harkin-Amendments*¹⁵¹⁴ hatte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wenig positive Konsequenzen. So brachte auch der USA-Besuch einer ostdeutschen Regierungsdelegation unter Gerhard Beil im Dezember 1975 die DDR der Meistbegünstigung nicht näher.

Die Wahl Jimmy Carters zum 39. Präsidenten der USA im Jahr 1976 veränderte diese Situation gar zum Negativen. Die auf Menschenrechte fokussierte Außenpolitik der Administration Carter blieb, stärker noch als die Administration Ford, distanziert gegenüber den Bemühungen der DDR, nach dem internationalen Prestigegewinn der Anerkennung nun die wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern. Während der Präsidentschaft Jimmy Carters rückte außerdem die Frage der jüdischen Wiedergutmachungsforderungen erneut in den Fokus amerikanischer DDR-Politik. Die Freude jüdischer Organisationen über die im Anerkennungsprotokoll von 1974 gezeigte erstmalige Bereitschaft Ost-Berlins, Gespräche über jüdische Wiedergutmachungsforderungen zu führen, war nur von kurzer Dauer gewesen.¹⁵¹⁵ Das SED-Regime hatte noch im selben Jahr deutlich gemacht, dass es mit jüdischen Organisationen nur auf Nichtregierungsebene verhandeln wolle und in den folgenden informellen Gesprächen zwischen der *Claims Conference* und dem Komitee antifaschistischer Widerstandskämpfer erklärt, dass es lediglich über Ansprüche amerikanischer Juden und nur mit amerikanischen Mitgliedern der Organisation sprechen würde. In einem Beschluss vom 6. März 1975 vertrat der Ministerrat die Auffassung, dass die eigentlichen offiziellen Verhandlungen lediglich zwischen den Regierungen der USA und der DDR geführt werden konnten.¹⁵¹⁶ Peter Monteath erkennt in dieser ablehnenden Haltung zu Recht den Versuch Ost-Berlins, ein Junktim zwischen einer von der DDR zu leistenden Entschädigung und einem Fortschritt in Richtung einer Meistbegünstigung der DDR zu konstruieren.¹⁵¹⁷ Der erste Botschafter in der DDR, John Sherman Cooper, hatte dieser Hinhaltetaktik wenig entgegenzusetzen. Hatte sich das *American Jewish Committee* Hoffnungen

¹⁵¹⁴ Das Harkin-Amendment forderte ähnlich dem Jackson-Vanik Amendment die Bindung wirtschaftlicher Zusammenarbeit der USA mit anderen Staaten an deren Einhaltung der Menschenrechte. Vgl. z.B. Schmitz, David F./ Walker, Vanessa: Jimmy Carter and the Foreign Policy of Human Rights, The Development of a Post-Cold-War Foreign Policy, in: DH 1/2004, S. 113-143, S. 119: „The Harkin Amendment banned the continuation of economic assistance to nations found to consistently violate internationally recognized standards of human right.“¹⁵¹⁴

¹⁵¹⁵ Timm, 1997a, S. 100-101.

¹⁵¹⁶ Vgl. ebd., S. 102-103.

¹⁵¹⁷ Vgl. Monteath, in: German History, Vol. 22, 3/2004, S. 462.

gemacht, in der Person des konservativen Botschafters einen Vertreter jüdischer Interessen gefunden zu haben, so wurde dieses Vertrauen schnell enttäuscht. 1976 betonte Cooper gegenüber Honecker, dass, was die Entschädigung in den USA lebender Juden betreffe, ein Beispiel des guten Willens genügen würde, um die amerikanische Öffentlichkeit positiv zu stimmen.¹⁵¹⁸ Glaubt man Wolffsohn, so ging die Zahlung einer symbolischen und im Gegensatz zu den Forderungen provozierend geringen Summe von 1 Mio. USD an die CJMC 1976 auf diesen Hinweis Coopers sowie eine Vereinbarung zwischen der DDR und der US-Regierung, die den symbolischen Akt mit einem Getreidekauf der DDR in den USA verwickelte zurück.¹⁵¹⁹ Für die CJMC war die Summe absolut inakzeptabel und das Gegenteil der von Honecker erwünschten endgültigen Klärung dieser Frage trat ein. Die Unzulänglichkeit der Summe verursachte ein großes Medienecho, insbesondere in der Bundesrepublik, und die DDR sah sich an den Pranger gestellt.¹⁵²⁰ Die Administration Carter schloss sich dabei der harten Kritik an Ost-Berlin an und konfrontierte das SED-Regime mit weitreichenden Forderungen die Wiedergutmachung betreffend. Ende der siebziger Jahre war die Situation schließlich so festgefahren, dass ernsthafte Verhandlungen über die „offenen Vermögensfragen“ bis in die achtziger Jahre hinein nicht aufgegriffen wurden.¹⁵²¹

Erst die nahende wirtschaftliche Katastrophe Ende der achtziger Jahre sorgte für ein Umdenken im Politbüro der SED, das nun auf die Vertreter jüdischer Organisationen zuzuging. So erhielten 1988 der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu West-Berlin und der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, wie auch der Präsident des „Jüdischen Weltkongresses“, Edgar Bronfman, den höchsten Orden der DDR, den „Stern der Völkerfreundschaft in Gold“. Dieser „freundliche“ Akt der DDR gegenüber den Juden und im speziellen gegenüber den US-Juden war eine Avance im „Kampf um die Erreichung der Meistbegünstigung“,¹⁵²² der sich von 1976 bis zum Ende der DDR fortsetzte und in dem die „Judenpolitik“ der DDR immer mehr zur Tragsäule der USA-Politik wurde.¹⁵²³

¹⁵¹⁸ Vgl. SAPMO-BArch, DY 30 2492: Vermerk über ein Gespräch Erich Honeckers mit dem amerikanischen Botschafter John S. Cooper vom 27.8.1976, 30.8.1976.

¹⁵¹⁹ Vgl. Wolffsohn, 1995, S: 287.

¹⁵²⁰ Vgl. ebd. Vgl. auch Die Welt, 25.11.1976

¹⁵²¹ Vgl. Große, 1999, S. 115.

¹⁵²² BAP, O-4/998: Information Klaus Gysi, 7.4.1987.

¹⁵²³ Vgl. Wolffsohn, 1995, S. 275-276.

Aber nicht nur der Kampf um die Meistbegünstigung, sondern auch die Krönung des politischen Lebenswerkes Erich Honeckers mit einem Besuch im Weißen Haus, ließ das SED-Regime in den achtziger Jahren verstärkt die Annäherung an einflussreiche amerikanisch-jüdische Verbände suchen.¹⁵²⁴ Die Annäherungsstrategie kam jedoch zu spät. Trotz des Sinneswandels gelang es dem SED-Regime bis 1990 nicht, die Frage der Kompensation für deutsche Verbrechen abschließend zu klären.¹⁵²⁵ Hans Modrow erkannte zwar im Februar 1990 die Verpflichtung der DDR zur Wiedergutmachung an Überlebenden des Holocausts an und führte Gespräche mit den Vertretern des jüdischen Weltkongresses, eine Wiedergutmachung für die amerikanischen Opfer der Nazi-Herrschaft leistete die DDR jedoch nicht mehr. Erst das vereinigte Deutschland einigte sich 1992 mit der CJMC über ein Entschädigungsverfahren für die Opfer des Nationalsozialismus und entschädigte 1993 nach Verhandlungen mit der *Foreign Claims Settlement Commission* auf Basis der von dieser Kommission ermittelten Werte amerikanische Forderungen.¹⁵²⁶

Da es zu Zeiten der SED-Diktatur nicht zu einer Einigung über die jüdischen Wiedergutmachungsansprüche gekommen war, hatte die DDR nie die amerikanische Meistbegünstigung erhalten. Nach den Wahlen vom 18. März 1990 und der Bildung der DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière plädierte die Bush-Administration vor dem Kongress zwar für die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für die DDR, zu einer abschließenden Klärung der Meistbegünstigung zwischen der DDR und den USA kam es jedoch nicht mehr. Die Klärung dieser Frage mit Washington blieb der Regierung des vereinigten Deutschlands vorbehalten.¹⁵²⁷ Insgesamt blieb der ostdeutsch-amerikanische Handel auch nach der Anerkennung weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, so dass eine wirkliche ökonomische Verflechtung zwischen der DDR und den USA nie zu Stande kam.¹⁵²⁸

Ähnlich eingeschränkt blieben die kulturellen Kontakte, die aufgrund der Behinderung eines echten Austausches zwischen Künstlern beider Staaten durch die staatliche Kontrolle der DDR-Kultur über ein Stadium geringer Intensität nicht

¹⁵²⁴ Vgl. Maser, 2000, S. 15.

¹⁵²⁵ Vgl. Monteath, in: *German History* Vol. 22, 3/2004, S. 462.

¹⁵²⁶ Vgl. Timm, 1997a, S. 183-187.

¹⁵²⁷ Vgl. Hamilton, in: Friedrich, 1991, S. 277.

¹⁵²⁸ Ebd., S. 260.

hinauskamen. Trotz der nur schrittweisen Öffnung der DDR für die amerikanische Massenkultur gelang es dem SED-Regime nicht, den „negativen“ Einfluss amerikanischer Musik, Mode und Nahrung auf seine Bürger auszuschalten, so dass Thomas Fuchs zum Schluss kommt: „Die begeisterte Aufnahme unterschiedlicher Manifestationen amerikanischer Populärkultur hat sicherlich dazu beigetragen, das DDR-Herrschaftssystem von innen her auszuhöhlen.“¹⁵²⁹ Aber nicht nur die defensiven, auch die offensiven Maßnahmen hatten lediglich bescheidenen Erfolg. So wenig wie es die Rezeption amerikanischer Kultur durch die eigene Bevölkerung verhindern konnte, so wenig gelang es dem SED-Regime, die diplomatischen und politischen Beziehungen zu verbessern. Erich Honeckers Traum eines Empfangs im Weißen Haus ging nicht in Erfüllung. Ein solcher Besuch war erst dem aus den ersten freien Volkskammerwahlen hervorgegangenen Ministerpräsidenten der DDR und CDU-Politiker Lothar de Maizière im Juni 1990 vergönnt. Die Gespräche zwischen den Außenministern Fischer und Vance bzw. Fischer und George Shultz sowie zwischen Axen und Shultz waren folglich die diplomatischen Höhepunkte der bilateralen Beziehungen zwischen dem SED-Regime und den USA.¹⁵³⁰ Bei einer solch geringen Kontaktfrequenz konnte es der DDR nicht gelingen, echten Einfluss und viele Fürsprecher in den USA zu gewinnen.¹⁵³¹

Das grundlegende Problem der bilateralen Beziehungen nach 1974 lag in der „dialektischen“ Haltung der DDR gegenüber den USA, die Axel Bachmann 1989 wie folgt erklärte: „Stets zeichnen alle DDR-Medien von den USA das Bild der aggressiven, imperialistischen Großmacht, die weltweit die „Errungenschaften des Sozialismus“ bedroht und deren ausgebeutete Bürger als Opfer eines gnadenlosen Kapitalismus oft in sozialen Verhältnissen leben müssen, gegenüber denen die DDR geradezu als Paradies erscheint.“¹⁵³² Gleichzeitig „suchte [P.M. die DDR] ... mit der westlichen Führungsmacht offizielle politische Kontakte, die das internationale Prestige der SED in besonderem Maße stärken und vor allem als Anerkennung des *Status quo* durch die größte Siegermacht und den wichtigsten Verbündeten Bonns

¹⁵²⁹ Vgl. Fuchs, in: Schnoor, 1999, S. 170.

¹⁵³⁰ Vgl. Hamilton, in: Friedrich, 1991, S. 265.

¹⁵³¹ Vgl. ebd., S. 259.

¹⁵³² Vgl. u.a. Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Reagan-Politik, Herausforderung der Menschheit, Berlin (Ost) 1984.

interpretiert werden konnte.“¹⁵³³ Dieser Spagat war langfristig zum Scheitern verurteilt. Der politische Status der DDR in Washington veränderte sich bis zu ihrem Ende im Jahr 1990 daher nur nuancenhaft.

Dem SED-Regime gelang es zu keinem Zeitpunkt, die bundesdeutsche Dominanz in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zu gefährden.¹⁵³⁴ Nicht einmal in der schweren Krise der amerikanisch-bundesdeutschen Beziehungen Ende der siebziger Jahre, als der Leiter der SED-Westabteilung, Herbert Häber, konstatierte, dass es in Bonn kaum einen Gesprächspartner gab, „der sich nicht in irgendeiner Weise abfällig über die USA-Politik und Carter äußerte“,¹⁵³⁵ konnte die DDR ihr Profil in den USA schärfen. Es gelang ihr nicht, wie Gerald Livingston 1988 formulierte, aus „dem Schatten der Bundesrepublik“¹⁵³⁶ hervorzutreten.

Dieser Misserfolg begründete sich neben den bilateralen Schwierigkeiten auf zwei weiteren Ursachen. Zum einen war die DDR durch ihre Einbindung in den Warschauer Pakt selbst nicht flexibel genug, um bundesdeutsch-amerikanische Dissonanzen auszunutzen. Das SED-Regime musste in seinen Außenbeziehungen auch in den achtziger Jahren ganz der Blockdynamik und der sowjetischen Unterstützungsgarantie vertrauen und stand daher, verstärkt durch die, mit dem Afghanistan-Konflikt beginnende, erneute Abkühlung der Supermächts-Beziehungen, in einer beständigen Abwehrhaltung gegen die Vereinigten Staaten.¹⁵³⁷ Zum anderen hatte die feste deutschlandpolitische Haltung der Vereinigten Staaten auch über bundesdeutsch-amerikanische Krisen hinweg Bestand. Grundsätzlich hielten die Amerikaner, im Gegensatz z.B. zu den Briten, den deutschen *Status quo* auch nach 1974 nicht für ein gerechtfertigtes und vorteilhaftes Ergebnis der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, sondern betrachteten die Überwindung der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden stets als einen Eckpfeiler ihrer

¹⁵³³ Bachmann, in: Veen, 1989, S. 70.

¹⁵³⁴ Vgl. Glaebner, Gert-Joachim: Die Krise der DDR und die deutsche Frage in der Presse der USA, in: DA 12/1989, S. 1408-1413, S. 1409.

¹⁵³⁵ SAPMO-BArch, ZPA JIV 2/10.02/410: Herbert Häber, Information über meinen Aufenthalt in der BRD vom 2. bis 8.3.1980. Vgl. auch Wiegrefe, Klaus: Das Zerwürfnis, Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005, S. 343.

¹⁵³⁶ Vgl. Die Zeit, 30.8.1988.

¹⁵³⁷ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 116. Zur Strategie der ergebnen und später bewahrenden Außenpolitik seit dem Afghanistan-Konflikt vgl. Siebs, 1999, S. 167-168, S. 170, S. 217-222.

langfristigen Außenpolitik.¹⁵³⁸ Diese Auffassung wurde von den republikanischen Präsidenten der achtziger Jahre, Ronald Reagan und George W. Bush, wieder verstärkt kommuniziert und umgesetzt. Die von Ronald Reagan betriebene aggressive Politik gegenüber der UdSSR sollte auch das SED-Regime unter Druck setzen, da die USA davon ausgingen, dass der Schlüssel zur Überwindung des SED-Regimes in Moskau lag. Der amerikanische Präsident brachte diese offensive Haltung plastisch zum Ausdruck, als er am 12. Juni 1987 während seiner Reise nach Berlin im Angesicht der Mauer, des negativen Symbols der DDR, zornig ausrief: „*Mr. Gorbachev, tear down this wall.*“¹⁵³⁹ Der von dem seit 1985 amtierenden Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow eingeschlagene konziliantere Kurs der *Perestroika* und des *Glasnost* war nach amerikanischer Ansicht die Reaktion auf diesen Druck. Für die USA war daher die Frage der deutschen Einheit Ende der achtziger nicht „*one of those rhetorical questions which is repeated until it is forgotten*“, wie Walter Laqueur sie im Jahr 1969 charakterisiert hatte,¹⁵⁴⁰ sondern ein langfristig verfolgenswertes Ziel.

Der von den eigenen Untertanen im Jahr 1989 ausgelöste Sturm gegen das SED-Regime war für Washington schließlich das Zeichen, dass die sozialistische Herrschaft in Deutschland am Ende war und dieses Ziel erreicht werden konnte. Als sich die konkrete Chance für eine deutsche Einheit bot, war es daher Präsident Bush, der die zweifelnden NATO-Partner am 4. Dezember 1989 öffentlich an ihre Verpflichtung zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen erinnerte. In der heißen Phase vom Winter 1989 bis Mitte 1990 unterstützten die USA die Politik der Regierung Kohl sowohl der DDR, als auch der UdSSR, als auch den eigenen Verbündeten gegenüber.¹⁵⁴¹ Zwar war Washington lediglich zu einer Einheit Deutschlands zu amerikanischen Bedingungen, also nicht als neutraler Faktor der Staatenwelt, bereit, seine Zustimmung zur Politik Helmut Kohls war jedoch so deutlich, dass die beständig schwelende Nicht-Akzeptanz des Staates DDR deutlich

¹⁵³⁸ Zur britischen Haltung vgl. Rowe, Barbara: Das Ende der Mauer aus britischer Sicht, in: Timmermann, 2001, S. 917-934, S. 917.

¹⁵³⁹ Remarks on East-West relations at the Brandenburg Gate, West Berlin 12.6.1987, in: The Public Papers of President Ronald W. Reagan, Ronald Reagan Presidential Library. <http://www.reagan.utexas.edu/archives/speeches/1987/061287d.htm>

¹⁵⁴⁰ Windsor, Phillip: German Reunification, London 1969. Zitiert nach Rowe, in: Timmermann, 2001, S. 917.

¹⁵⁴¹ Vgl. Rice, Condoleeza/ Zelikow, Philip: Sternstunde der Diplomatie, Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung, Berlin 1997, S. 15.

wurde.¹⁵⁴² Das SED-Regime musste schließlich hilflos mit ansehen, dass sich die USA in der Endphase des DDR-Regimes ganz die westdeutsche Einschätzung zu Eigen machten und Bonn in seiner Forderung nach einer umfassenden Wiedervereinigung in den zwei-plus-vier Verhandlungen am deutlichsten von allen Siegermächten unterstützten. Gegen die Widerstände der Briten und Franzosen setzten die Vereinigten Staaten Helmut Kohls Politik mit durch und übernahmen mit Zustimmung des deutschen Kanzlers die Führungsrolle bei der endgültigen Eliminierung des politischen Gebildes DDR.¹⁵⁴³

¹⁵⁴² Vgl. Hildebrand, Klaus: Wiedervereinigung und Staatenwelt, Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit, in: VfZ, Bd. 52, 2004, S. 193-210, S. 202.

¹⁵⁴³ Vgl. Küsters, Hanns-Jürgen: Der Integrationsfriede, Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, München 2000, S. 878.

VII. Fazit

„So lange das ostdeutsche Regime darauf aus sein muss, seine internationale Stellung zu festigen, mögen seine Forderungen maßvoll bleiben. Aber sobald es einmal anerkannt oder auch nur beträchtlich aufgewertet ist, wird es vielerlei Anreize zu dem Versuch haben, die Bundesrepublik zu unterminieren.“¹⁵⁴⁴ Dieses Zitat stammt aus einem Beitrag Henry Kissingers mit dem Titel „Wege zur deutschen Einheit“, der 1966 in Theo Sommers Werk „Denken an Deutschland“ veröffentlicht wurde. Acht Jahre später nahmen die Vereinigten Staaten mit Kissinger als Außenminister volle diplomatische Beziehungen zum „ostdeutschen Regime“ auf. Kissingers offensichtlicher Sinneswandel zeigt exemplarisch die Entwicklung der Beziehungen zwischen den USA und der DDR, die von strenger gegenseitiger Ablehnung in den Jahren 1949 bis 1961 zu einem Mindestmaß an gegenseitigem Respekt 1974 führte. Die vorliegende Arbeit hat die Chronologie dieses Weges beschrieben und ist dabei mit Blick auf die drei Ausgangsfragen nach der Relevanz des Vierecks Washington-Bonn-Ost-Berlin-Moskau, dem Beitrag der transnationalen Beziehungen und dem Sonderweg der USA zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Erstens: Die Veränderung der Beziehungen im Viereck Washington-Bonn-Ost-Berlin-Moskau war der entscheidende Faktor für die Etablierung diplomatischer Beziehungen zwischen der westlichen Supermacht und dem östlichen Gefolgsstaat. Deutlich wird dieser Zusammenhang bereits am Beispiel der ersten Zäsur auf dem Weg der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen: Dem Bau der Berliner Mauer im August 1961. So veränderten sich im Vorfeld der Mauerkrise die Verhältnisse im östlichen Teil des Vierecks in einem im Untersuchungszeitraum einmaligen Vorgang. Durch die Betonung der eigenen Fragilität sowie der existentiellen Bedrohung durch die Abwanderung der eigenen Bürger, bewegte das SED-Regime seine Führungsmacht UdSSR dazu, der konfliktträchtigen Lösung Mauerbau zuzustimmen. In einer „*tyranny of the weak*“¹⁵⁴⁵ zwang die DDR dem stärkeren Bündnispartner mit Hilfe der eigenen Schwäche ein Risiko auf, dass dieser eigentlich gar nicht eingehen wollte. Mit der Übernahme dieses Risikos gab Moskau dem SED-Regime die Rückendeckung, die es im August 1961 brauchte, um zum ersten Mal

¹⁵⁴⁴ Kissinger, in: Sommer, 1966, S. 82.

¹⁵⁴⁵ Zur „*tyranny of the weak*“ vgl. Gaddis, 2000, S. 27-42.

seit Gründung der DDR offensiv gegenüber den Westmächten vorzugehen. Die Rückendeckung Moskaus war eine *conditio sine qua non* für den Mauerbau. Besonders wirksam war die Rückendeckung, da sich das sowjetische-amerikanische Verhältnis durch das gestiegene nukleare Potential der UdSSR zu Gunsten der Sowjetunion verschoben hatte. Washington war sich der erhöhten Schlagkraft der Sowjetunion bewusst und Präsident Kennedy bemühte sich vorrangig darum, im schwierigen und gefährlichen Verhältnis zu Moskau einen *Modus vivendi* zu finden. Das amerikanische Bemühen schlug sich in der Folge des Mauerbaus in Kennedys Beschränkung der berlinpolitischen Ziele auf die „drei Essentials“ – Erhaltung der alliierten Rechte in West-Berlin, des freien Zugangs nach West-Berlin sowie der Freiheit der West-Berliner – nieder. Mit der Beschränkung der amerikanischen Interessen auf West-Berlin brach Kennedy mit der unter Truman und Eisenhower geltenden Linie, stets die Verantwortlichkeit der USA für das gesamte Deutschland zu betonen und symbolisierte eine defensive Haltung.

Das Ausbleiben einer offensiven Reaktion der USA auf die Schließung der Sektorengrenze im August 1961 ermöglichte es der DDR erst, die eigene *De-facto-Anerkennung* durch die USA durchzusetzen. Sowenig diese *De-facto-Anerkennung* ihre Ursache in einer Veränderung im ostdeutsch-amerikanischen Verhältnis hatte, so sehr veränderte sie die Beziehungen zwischen Bonn und Washington. Während die DDR immer noch sehr weit von der angestrebten *De-jure-Anerkennung* durch die USA entfernt war, musste die bundesrepublikanische Regierung fortan befürchten, dass die Kennedy-Administration zu Gunsten einer *Détente* politisch konzilianter gegenüber der DDR wäre, als es Bonn lieb sein konnte. Für den angesprochenen *Modus vivendi* mit der Sowjetunion war die Administration Kennedy anscheinend bereit, den bundesrepublikanischen Standpunkt in der deutschen Frage weit weniger zu berücksichtigen oder gar zu unterstützen, als das Kennedys Vorgänger getan hatten. Zwar sagte Washington Bonn zu, dass eine *De-jure-Anerkennung* Ost-Berlins ausgeschlossen wäre, dennoch fiel es den Regierungen Adenauer und Ludwig schwer, sich mit der neuen Situation anzufreunden. Zu sehr sorgten sie sich, dass dies nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer schleichenden Neuordnung der ostdeutsch-amerikanischen Verhältnisse war. Die Zulassung der DDR zum Atomteststoppabkommen 1963, ein weiteres Zeichen für die *De-facto-Anerkennung* der DDR durch Washington, förderte diese Sorgen.

Potenziert wurden die bundesrepublikanischen Sorgen ab 1964 durch die verstärkt auftretenden bundesdeutsch-amerikanischen Disharmonien. Obwohl Washington und Bonn in ihrer DDR-Politik mit dem Konzept des „selektiven Brückenschlags“ bzw. der Isolationspolitik Ähnliches umsetzten, drifteten die Partner weiter auseinander und die westliche Achse des Vierecks war weniger einig als in früheren Zeiten. Sowohl die Regierung Erhardt als auch die Große Koalition diskutierten heftig mit der Administration Johnson über die Ausgestaltung des *Burden Sharing*, der Übernahme eines Teils der Besatzungskosten durch die Bundesrepublik. Während der schwierigen Verhandlungen in den Jahren 1966 und 1967 verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Washington und Bonn zwischenzeitlich so sehr, dass die *special relationship* durchaus in Gefahr war. Auch wenn es gelang, in der Frage des *Burden Sharing* eine Lösung zu finden, so traten in der deutschen Frage ernsthafte Risse auf. Risse, die zudem nicht auf das bundesdeutsch-amerikanische Verhältnis beschränkt waren, sondern die sich auch in der deutschlandpolitischen Haltung innerhalb der Bundesrepublik zeigten. Während die Union mit Ihren Kanzlern Erhardt und Kiesinger an der in der Hallstein-Doktrin festgelegten diplomatischen Diskriminierung aller Staaten, die Beziehungen zur DDR aufnahmen auch dann festhielt, als Staaten vermehrt ohne Rücksicht auf die Doktrin ihr Verhältnis zu Ost-Berlin formalisierten dachte die SPD immer lauter über eine „neue Ostpolitik“ nach, die die deutsch-deutschen Beziehungen auf eine andere Grundlage stellen sollte.

Trotz allem erfüllten sich die Hoffnungen des SED-Regimes, die DDR könnte offizielle Beziehungen zu den USA aufnehmen, bis 1969 nicht. Bei allem Zwist der Westalliierten hatte die bundesdeutsche Losung der juristischen Nicht-Anerkennung für die Johnson-Administration stets Bestand. Für Washington verbot sich daher alles, was eine *De-jure*-Anerkennung vorbereitet oder gar ermöglicht hätte. Außerdem war die DDR für die USA immer nur für die Definition amerikanischer Beziehungen zu Moskau und Bonn, nie aber an sich wichtig.¹⁵⁴⁶ Die ideologischen Welten, die das sozialistische Deutschland und die USA trennten, waren zu groß, die internationale Bedeutung des von Moskau gesteuerten „Marionettenregimes“ in Ost-Berlin zu gering, und die politischen Beziehungen Washingtons zur Bundesrepublik

¹⁵⁴⁶ Kleinfeld, in: Pommerin, 1995, S. 56.

zu wichtig, als dass eine signifikante Aufwertung der DDR für Washington bis 1969 interessant gewesen wäre.

Wirkliche Bewegung kam in die ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen erst als mit den außenpolitischen Konzeptwechseln der USA unter Präsident Nixon und der Bundesrepublik unter Kanzler Brandt neue Dynamik in das Viereck Washington-Bonn-Ost-Berlin-Moskau gebracht wurde. Mit dem Amtsantritt Präsident Nixons sowie dem Beginn der sozial-liberalen Koalition veränderte sich der westliche Teil des Vierecks. Diese Veränderung war wiederum dafür verantwortlich, dass das Jahr 1969 eine echte Zäsur in der Entwicklung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen ist. Vorangetrieben von Henry Kissinger bemühte sich Washington ab 1969 verstärkt um einen mittelfristigen Interessensausgleich der beiden Supermächte in Europa. Begründet lagen diese Bemühungen in der grundlegenden Überzeugung der amerikanischen Regierung, dass das nukleare Patt nicht aufgelöst werden könne und ein Krieg beide Länder fast vernichtet zurücklassen würde. Außerdem wurden die USA durch den Vietnamkrieg derart belastet, dass eine zusätzliche Konfrontation in Europa vermieden werden musste. Das Ziel der amerikanischen Bemühungen war die Sicherung der eigenen Einflussphäre bei gleichzeitiger Reduktion des Risikos einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Zu diesem Zweck entideologisierte Washington seine Politik gegenüber der Sowjetunion und gestand Moskau eine gesicherte Einflussphäre zu. Zu dieser Einflussphäre gehörte auch die DDR. Moskau seinerseits war bereit, den Weg der Entspannung zu gehen, so lange er kontrollierbar war. Washington und Moskau verhandelten daher intensiv und so weit es ging exklusiv über die Art der Entspannung und damit auch über die deutsche Frage. Der Interessensausgleich der Supermächte, symbolisiert durch das 1971 unterzeichnete Vier-Mächte-Abkommen, war wiederum eine *conditio sine qua non* für die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Washington.

Dass die beiden Führungsnationen des Vierecks sich aufeinander zu bewegten war notwendig aber nicht hinreichend für eine Anerkennung der DDR durch die USA. Eine Neudefinition der direkten Beziehungen zwischen Washington und Ost-Berlin konnte ohne die Neuordnung des deutsch-deutschen Verhältnisses nicht auskommen. Diese Neuordnung erfolgte durch die von Bundeskanzler Brandt ab 1969 umgesetzte „neue Ostpolitik“. Unter der Devise „Wandel durch Annäherung“ nutzten die die

deutschlandpolitischen Protagonisten Brand und Bahr die internationale Entspannung zwischen den Supermächten und warfen von ihnen identifizierten Ballast im Verhältnis zu Ost-Berlin ab. Flankiert von einer Verbesserung der bundesdeutsch-sowjetischen Beziehungen intensivierte die sozial-liberale Koalition den in der großen Koalition zaghaft begonnenen Dialog mit Ost-Berlin zügig und trennte sich endgültig von von ihr als Ballast ausgemachten Instrumenten wie der Hallstein-Doktrin. Die endgültige Einstellung der Diskriminierungspolitik gegen die DDR bezeugte die Bundesregierung schließlich 1972 durch die Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags und entließ damit ihre Schutzmächte aus dem moralischen Gebot, das SED-Regime nicht anzuerkennen.

Trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung mit Blick auf die notwendige Entspannung machte der Grundlagenvertrag den Weg für eine Anerkennung der DDR durch die USA noch nicht frei. Vielmehr stellte die Dynamik der deutsch-deutschen Verhandlungen gerade Washington vor neue Herausforderungen: Hatte die Administration Nixon ein klares Interesse an einer verbesserten Beziehung zu Moskau, so scheute sie die Verhandlungen mit der DDR aus zwei Gründen. Erstens galten die Sympathien der konservativen Regierung in Washington den bundesdeutschen Konservativen. Deren Kritik an der „neuen Ostpolitik“ nahmen Nixon und Kissinger so ernst, dass sie stets darauf bedacht waren, Initiativen der sozial-liberalen Koalition nicht voreilig zu unterstützen. Erst nachdem in der Bundesrepublik auch juristisch zweifelsfrei geklärt war, dass der Grundlagenvertrag Bestand haben werde, war Washington bereit, über eigene Verhandlungen mit der DDR nachzudenken. Diese Verhandlungen waren die zweite Herausforderung. Dass die Verhandlungen schließlich erfolgreich waren, lag daran, dass ein Verhandlungsstatus erreicht werden konnte, indem es schlicht mehr Aufwand für Washington gewesen wäre, die DDR nicht anzuerkennen, als dies zu tun. Dennoch:

Die Aufnahme offizieller Beziehungen war das Produkt von Veränderungen der Verhältnisse im Viereck Washington-Bonn-Ost-Berlin-Moskau, selber veränderte sie dieses Viereck kaum. Das galt besonders für das bilaterale Verhältnis zwischen Washington und Ost-Berlin. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Regierungen, bemühte sich die SED-Führung nicht, wirklich differenzierte und tragfähige Beziehungen zu den USA aufzubauen, sondern blieb der anti-amerikanischen

Ideologie treu. Aber auch die Vereinigten Staaten definierten bis zum Ende des SED-Regimes keine eigene „DDR-Politik“, sondern ließen ihre Politik gegenüber dem sozialistischen Deutschland von den Zielen, Anforderungen, Risiken und Chancen ihres Verhältnisses zur Sowjetunion und zur Bundesrepublik bestimmen. Als Teil der amerikanischen Deutschland- und UdSSR-Politik wurde die DDR im Verlauf ihrer 40jährigen Existenz in unterschiedlichen Rollen von Washington gesehen. Sie war ein potentieller Krisenherd in Osteuropa, ein Ziel „psychologischer Kriegsführung“, ein Element der sicherheitspolitischen Lage Berlins, ein labiler Faktor des *Status quo*, ein Teilhaber an der Entspannungspolitik der siebziger Jahre, eine Gegenkraft zur *Perestroika* Michail Gorbatschows in den ausgehenden achtziger Jahren und schließlich Verhandlungspartner und -objekt im Prozess der deutschen Vereinigung.¹⁵⁴⁷ Die Rolle des legitimen und respektierten Teilhabers der internationalen Beziehungen schrieb Washington dem SED-Regime jedoch nie, nicht einmal zum Zeitpunkt der Anerkennung am 4. September 1974, zu.

Zweitens: Die transnationalen Beziehungen zwischen der DDR und den USA entwickelten sich im Untersuchungszeitraum durchaus positiv; es gelang der DDR jedoch nicht, eine Anerkennungslobby in den Vereinigten Staaten zu schaffen. Während zu Beginn der sechziger Jahre nur ganz wenige Amerikaner – zumeist Mitglieder der CPUSA – den Kontakt in die DDR suchten, interessierten sich ab Mitte der sechziger Jahre Wissenschaftler, Kulturschaffende, Vertreter der amerikanischen Wirtschaft, verschiedener Kirchen und sogar der Politik zunehmend für die DDR und Ihre Bevölkerung. Dieses vermehrte Interesse hatte zwei Ursachen. Zum einen hatte es in der DDR nach dem Mauerbau einige Entwicklung gegeben, die manche amerikanischen Beobachter bemerkenswert fanden. Beispielhaft sei hier die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, von der sich einige amerikanische Geschäftsmänner konkreten Nutzen erhoffen mochten, genannt. Zum zweiten nahm der Antikommunismus innerhalb der amerikanischen Intelligenz in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre deutlich ab. Das Produkt beider Entwicklungen war ein im Vergleich zur Zeit vor 1963 intensivierter Austausch zwischen DDR und USA.

Der verstärkte Austausch auf den Gebieten der Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bot der DDR nach eigener Einschätzung Möglichkeiten, Amerikaner für sich und ihr

¹⁵⁴⁷ Vgl. Ostermann, in: Larres, 1997, S. 250.

Land einzunehmen. Er begründete den vom SED-Regime ab 1963 betriebenen „Anerkennungslobbyismus“. Ziel dieser Strategie war es, durch den persönlichen Kontakt ausgewählter ostdeutscher und amerikanischer Politiker, Wirtschaftsvertreter und Kulturschaffender, in den Vereinigten Staaten eine feste Gruppe von DDR-Sympathisanten – eine Lobby – zu konstituieren. Ziel der Tätigkeit dieser Lobby sollte es sein, die offizielle und formale Anerkennung der DDR durch die Vereinigten Staaten durchzusetzen. Tatsächlich setzten sich amerikanischen Interessenvereinigungen wie z.B. die NAS beim *State Department* in bestimmten Fragen, z.B. der Vereinfachung der Einreise für DDR-Wissenschaftler, für die DDR ein. Im Jahr 1966 wurde mit der Gründung der ASSGDR in New York sogar eine Organisation begründet, die institutionelle Heimat einer DDR-Lobby hätte sein können.

Eine solche DDR-Lobby entstand jedoch nicht. Das vom SED-Regime ab 1964 angestrebte Ziel, außerhalb der CPUSA in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten der Vereinigten Staaten eine *Lobby* für die internationale Aufwertung der DDR zu schaffen, lag 1969 und sogar noch 1973 außer Reichweite. Als wichtige Ursache für das Scheitern der *Lobbying*-Politik muss das Desinteresse Ost-Berlins an einer echten Verbesserung politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Austausches jenseits der internationalen Legitimation, des Prestigesgewinns und der Ideologie genannt werden. Die USA-Politik Ost-Berlins ist damit ein weiterer Beweis für Marianne Howarths These von der Unterordnung aller Aspekte der bilateralen Beziehungen unter das Hauptziel der „völkerrechtlichen Anerkennung“.¹⁵⁴⁸ Diese Unterordnung hatte zur Folge, dass keine langfristigen und belastbaren Kontakte in die USA entstehen konnten. Ohne eine langfristige Bindung an ostdeutsche Personen und Institutionen blieb die Motivation, sich für die Belange des ostdeutschen Staates einzusetzen, in den USA gering.

Zum systemischen Fehler der Lobbypolitik kamen noch operative Missstände hinzu. So litt die, für den Erfolg des *Lobbying* zwingend notwendige, realistische Beurteilung der politischen und sozialen Verhältnisse in den USA stets unter der Präjudizierung der Ergebnisse durch die kommunistische Ideologie. Gesteuert von der These „der Krisenhaftigkeit des monopolkapitalistischen Systems“ der USA

¹⁵⁴⁸ Howarth, in: Pfeil, 2001, S. 83.

gelang es den Verantwortlichen im MfAA und in der SED nie, in ihre USA-Politik ein fundiertes Verständnis für mögliche Ansatzpunkte sowie das politisch Machbare im amerikanischen System einzuarbeiten. Dieses fundierte Verständnis hatte, begründet durch die intensiven Beziehungen der Nachkriegszeit, die Bundesrepublik, mit der sich die DDR in den Vereinigten Staaten in einem konfrontativen und sehr ungleichen Wettbewerb befand. Amerika verbanden manigfaltige und intensive wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Verflechtungen mit der Bundesrepublik, die alles daran setzte das Monopol auf die deutsch-amerikanischen transnationalen Beziehungen zu behalten. Die DDR versuchte hingegen gerade erst, überhaupt Beziehungen herzustellen und stand im Wettbewerb mit Bonn auch nach 1974 auf verlorenem Posten. Kombiniert mit dem beständigen Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen bewirkten die vorgenannten Tatsachen, dass der Ruf nach diplomatischer Anerkennung der DDR in den Vereinigten Staaten keine Resonanz fand und die Anerkennung der DDR nicht als Produkt einer inneramerikanischen Lobby bezeichnet werden kann.

Drittens: Die USA gingen in ihrer DDR-Politik einen Sonderweg im Vergleich mit den anderen westlichen Siegermächten Großbritannien und Frankreich. Dieser zeigt sich, wenn man die im vorherigen Abschnitt skizzierte Entwicklung der ostdeutsch-amerikanischen transnationalen Beziehungen mit den ostdeutsch-britischen oder ostdeutsch-französischen vergleicht. Gelang es der DDR relativ gut, in Frankreich und Großbritannien heterogene und einflussreiche Gruppen von DDR-Sympathisanten aufzubauen, so schlug diese Politik in den Vereinigten Staaten fehl. Institutionen wie z.B. die ASSGDR waren nicht einflussreich genug, während die Kontakte zur Demokratischen Partei auch 1973 noch nicht die nötige Qualität besaßen, um eine positive Wirkung zu erzielen. Im Gegensatz zu französischen Sozialisten und britischen Labour-Mitgliedern, sahen nicht nur amerikanische Politiker sondern auch die überwältigende Mehrheit der US-Eliten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Kirche in der DDR bis zu deren Ende nie das „bessere Deutschland“,¹⁵⁴⁹ sondern überwiegend das „Kunstprodukt“ des Kalten Krieges.¹⁵⁵⁰

Besonders prägnant wurde der im Vergleich mit den anderen beiden Siegermächten eingeschlagene Sonderweg der USA in der amerikanischen Ablehnung der

¹⁵⁴⁹ Vgl. Pfeil, in: Timmermann, 2001, S. 621.

¹⁵⁵⁰ Vgl. Loth, 1999, S. 119-152.

Anerkennungseuphorie Anfang 1973.¹⁵⁵¹ Während Paris und London die bereits erwähnte Befreiung vom bundesdeutschen Gebot der Diskriminierung lange herbeigesehnt hatten, weigerte sich Washington, sogar trotz des Drängens der sozial-liberalen Regierung in Bonn, weitere eineinhalb Jahre, die Beziehungen zu Ost-Berlin zu institutionalisieren. Die Vereinigten Staaten wollten nicht nur nicht die erste westliche Siegermacht sein, die nach der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages offizielle Beziehungen zu Ost-Berlin aufnahm. Es störte Nixon und Kissinger auch nicht, die letzten zu sein. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass die bilateralen Beziehungen auch nach der offiziellen Anerkennung kaum besser wurden. Die Vereinigten Staaten waren auch nach 1974 von einem Interesse oder gar einer Sympathie für die DDR viel weiter entfernt als die Staaten Westeuropas.

Ein Grund für den amerikanischen Sonderweg vor und nach dem September 1974 lag im Mangel konkreter US-Interessen an der DDR. Weder stellte die DDR eine nennenswerte sicherheits- oder außenpolitische Bedrohung für die USA dar, noch waren die Vereinigten Staaten auf den wirtschaftlichen Austausch mit Ostdeutschland angewiesen, noch benötigte Washington die DDR als Stabilitätsfaktor in Europa. Ost-Berlins Gewicht war zu gering, um intensivere und bessere Beziehungen forcieren zu können. In den Bereichen, in denen man miteinander sprach, konnte man wenige Gemeinsamkeiten erreichen. So trennte das einzig konkrete Interesse Washingtons die DDR betreffend – eine abschließende Regelung für die jüdischen *Claims* und andere Vermögensfragen zu finden – beide Protagonisten eher, als dass es sie vereinte, zögerte die Anerkennung durch komplexe Verhandlungen hinaus und wurde bis 1989 nicht abschließend gelöst.

Eine weitere Ursache lag in der Solidität der bundesdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Ablehnung des repressiven Regimes in Ost-Berlin war allen Administrationen und Kabinetten, selbst in Zeiten der sozial-liberalen Annäherungspolitik gemein. Hinzu kam, dass die durch den zweiten Weltkrieg begründeten Ressentiments gegen Deutschland in den USA sehr viel weniger verbreitet waren als in Frankreich und England. Damit ging einher, dass die Vereinigten Staaten weniger aufgeschlossen gegenüber der anti-

¹⁵⁵¹ Vgl. Scholtyseck, 2003, S. 115.

bundesrepublikanischen Propaganda waren als Paris und London, wo die Bundesrepublik von einigen als Nachfolgestaat der Nazi-Diktatur durchaus kritisch betrachtet wurde. In seinem Streben nach Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik wollte das SED-Regime bis 1989 nicht von dieser Propaganda lassen und war daher sehr eingeengt in seiner USA-Politik.

Neben dem mangelnden realpolitischen Interesse und der engen Bindung an die Bundesrepublik war die ideologische Verfasstheit der USA die dritte Ursache für den amerikanischen Sonderweg. Sowohl die Rolle der DDR als treuer Satellit Moskaus als auch die systematische Verletzung von Menschenrechten¹⁵⁵², für die symbolisch die Berliner Mauer stand, erschwerten es, jenseits des Atlantiks Sympathien für das „andere“ Deutschland zu wecken. Die Tatsache, dass, wie Peter Graf Kielmansegg ausführte, die eigenen Bürger der DDR ihren Staat nicht akzeptierten,¹⁵⁵³ war für die Bürgergesellschaft der Vereinigten Staaten mehr als für andere etatistischere Gesellschaften Westeuropas Anlass, in den bilateralen Beziehungen Distanz zu wahren. Kombiniert mit der kommunistischen Linientreue der SED-Führung wog der Diktaturcharakter des sozialistischen Regimes für die amerikanischen Regierungen derart schwer, dass sie, unbelastet durch Furcht vor einem wiedererstarkenden Nachbarn oder Sorge um ein kontinentaleuropäisches Gleichgewicht, die Teilung Deutschlands zu keinem Zeitpunkt als positives Ergebnis der Geschichte betrachteten. Das amerikanische Ja zur deutschen Einheit klang daher 1990 sehr viel lauter als das der anderen Siegermächte und verdeutlichte: Trotz der formalen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR im Jahr 1974 akzeptierten die Vereinigten Staaten das SED-Regime niemals als legitimen Souverän der Bevölkerung, die in den Grenzen der DDR lebte.

¹⁵⁵² Vgl. Bachmann, in: Veen, 1989, S. 70.

¹⁵⁵³ Vgl. Graf Kielmansegg, 2000, S. 542.

VIII. Verzeichnisse

A. Quellen

1. Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR
(SAPMO-BArch)

DC 20, Ministerrat

DY 30, Politbüro

NY, Nachlass Walter Ulbricht

National Archives of the United States of America (NA)

Access to Archival Databases

Nixon Presidential Materials Project

Record Group 59: General Records of the Department of State (RG 59,
GRDS)

Records of the Central Intelligence Agency (RCIA)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Pol-Arch)

Bestand Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA)

Bestand des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland (AA)

United States Holocaust Research Institute Archives (USHRIA)

RG 12, Benjamin B. Ferencz Collection

2. Veröffentlichte Quellen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im
Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München
1994-2005. (Jahre 1964-1974)

Aufruf des ZK der SED zum Karl-Marx-Jahr 1953, in: Zeitschrift für
Geschichtswissenschaft 1/1953, S. 7-11.

Breschnew und Brandt – Zwei Friedensheuchler reichen sich die Hände, hrsg.
von der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dortmund 1973.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zehn Jahre Deutschlandpolitik, Bonn 1980.

Department of State Bulletin, Washington 1971.

Documents on Germany 1944-1985, hrsg. vom United States Department of State, Washington D.C. 1985.

Documents on American Foreign Relations 1961-1966, New York 1962-1967.

DDR-Spiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

Dokumentation zu den innerdeutschen Beziehungen, Abmachungen und Erklärungen, hrsg. vom Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, 13. Aufl., Bonn 1990.

Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften „Walter Ulbricht“, Potsdam-Babelsberg, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. VII-XXII, Berlin 1961-1974.

Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, IV. Reihe, Bd. 6 – VI. Reihe Bd. 2, Frankfurt am Main 1984-1987.

Dwight D. Eisenhower Library, C.D. Jackson Papers.

Foreign Relations of the United States, Bd. III-XVII, 1949-1976, Washington, 1986-2002.

Hanhimäki, Jussi/ Westad, Odd Arne (Hrsg.): The Cold War, A History in Documents and Eyewitness Accounts, Oxford 2003.

Honecker, Erich: Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1983.

Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Reagan-Politik, Herausforderung der Menschheit, Berlin (Ost) 1984.

Institut für internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechtes, Berlin (Ost) 1980.

Kennedy, John F.: Public Papers of the Presidents of the United States, 1961-1963, Washington D.C., 1962-1964.

Mielke, Erich: Sozialismus und Frieden – Sinn unseres Kampfes, in: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Aus dem Diskussionsbeitrag auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED, November 1961, Berlin 1987.

Ostermann, Christian F. (Hrsg.): Uprising in East Germany 1953: The Cold War, the German Question, and the First Major Upheaval Behind the Iron Curtain, Budapest, New York 2001.

Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 15. bis 19. Juni in der Werner Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. 1, Berlin 1971.

Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, 3. Auflage, München 1995.

State Department Bulletin, 1960-1975.

Steury, Donald P (Hrsg.): On the Front Lines of the Cold War: Documents on the Intelligence War in Berlin, 1946-1961, Washington D.C. 1999.

U.S. Department of Commerce: U.S. Exports/ U.S. Imports: World Area Commodity Groupings, 1973-1986, Series FT-455 and IM-155.

Vietnam-Ausschuß beim Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee der DDR (Hrsg.): Die Wahrheit über die USA-Aggression in Vietnam, DDR-Autoren entlarven imperialistische Verbrechenpolitik, Berlin 1972.

3. Zeitungen und Zeitschriften

Daily World

Die Zeit

The Economist

Financial Times

Journal of Economic Commerce

Neues Deutschland

New York Times

Political Affairs

Tagesspiegel

The Washington Afro-American

Washington Post

Wall Street Journal

The Worker

4. Radio-Beiträge, Filme

Kunert, Günther: Wahrzeichen oder Momentaufnahmen aus Amerika, Regie: Werner Grunow, Prod.: Rundfunk der DDR, 1975, Radio DDR II, 30. März 1975 Bd. 1, in: DRA Babelsberg, Bestand Hörfunk, Akte B009-00-02/165.
Torn Curtain, Regisseur Alfred Hitchcock,

5. Erinnerungen

Brandt, Willy: Erinnerungen, Berlin 1989.
Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.
Grunert, Horst: Für Honecker auf glattem Parkett, Berlin 1995.
Kennan, George F.: Memoirs 1925-1950, Boston 1983.
Kennan, George F.: Memoires 1950-1963, Boston 1972.
Kennedy, Robert F.: Thirteen Days: A Memoir of the Cuban Missile Crisis, New York 1969.
Khrushchev, Nikita S.: Khrushchev Remembers, Boston 1970.
Kissinger, Henry: Memoiren, 1968-1974, München 1979-1982.
Kissinger, Henry: Years of Upheavel, Boston 1979.
Kunert, Günther: Erwachsenenspiele, Erinnerungen, München 1997.
Nixon, Richard: RN: The Memoirs of Richard Nixon, New York 1978.

B. Sekundärliteratur

1. Ackermann, Bert: The Trade Union Movement, in: Siegmund-Schulze, Dorothea: USA, Aspects of political and social life, Leipzig 1985, S. 127-135.
2. Adams, Willi Paul: Die USA im 20. Jahrhundert, München 2000.
3. Allen, Charles R. jr.: German Hand on the Nuclear Trigger, New York, 1966.
4. Allen, Charles R. jr.: Heusinger and the Fourth Reich, New York, 1963.
5. Anderson, Carol: Eyes Off the Prize, The United Nations and the African American Struggle for Human Rights, 1944-1955, New York 2003.
6. Andrejew, A.: Die USA können in Vietnam nicht siegen, in: DAuß, 7/1968, S. 875-878.
7. Antonov-Osveenko, Antonij: Berija, Moskau 1999.
8. Arenth, Joachim: Die Bewährungsprobe der Special Relationship: Washington und Bonn (1961-1969), in: Larres, Klaus/ Oppelland, Torsten (Hrsg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S. 151-177.
9. Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958-1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, Frankfurt am Main 1993.
10. Bachmann, Axel: Die Beziehungen der DDR zu den Angelsächsischen Ländern, in: Veen, Hans-Joachim/ Weilemann, Peter R.: Forschungsbericht 66, Die Westpolitik der DDR, Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, S. 69-129.
11. Badia, Gilbert: Fachliteratur über die DDR, Eine kommentierte Bibliographie, in: Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“. Analysen und Zeitzeugnisse. Tübingen 1999, S. 333-366.
12. Badia, Gilbert/ Lefranc, Pierre: Un pays méconnu. La République Démocratique Allemande, Paris 1963.
13. Badia, Gilbert: Histoire de l'Allemagne contemporain, tome II, Paris 1962.
14. Bandulet, Bruno: Die Bundesrepublik Deutschland zwischen den USA, der Sowjetunion und Frankreich, Bad Kissingen 1969.
15. Baring, Arnulf: Berija wollte eine kleines Stück weiter gehen, in: Frankfurter

- Allgemeine Zeitung (FAZ), 8.1.2004.
16. Baron, Udo: BRD-DDR: Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster, Hamburg, London 2003, S. 280-300.
 17. Baron, Udo: Wege zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Unabhängige Aufarbeitungs-initiativen zur Geschichtsdebatte über die DDR, in: German Monitor Nr. 49, The GDR and its History: Rückblick and Revision, Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen, Amsterdam, Atlanta 2000, S. 66-79.
 18. Bailey, George/ Kondraschow, Sergej A./ Murphy, David E.: Die unsichtbare Front, Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997.
 19. Bailey, George: Der Mauerbau – Hintergründe und Fakten, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. S. 133-143.
 20. Bator, Angelika und Wolfgang (Hrsg.): Die DDR und die Arabischen Staaten Dokumente 1956-1982, Berlin (Ost) 1984.
 21. Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin, Wien 2002.
 22. Bauernkämper, Arnd: Einleitung: Großbritannien und die DDR. Wahrnehmungen, Beziehungen und Verflechtungen im Ost-West-Konflikt, in: Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin, Wien 2002, S. 7-42
 23. Bauernkämper, Arnd/ Sabrow, Martin/ Stöver, Bernd (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte, Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998.
 24. Baylis, Thomas A.: Communist Elites and Industrial Society: Technical Intelligentsia in East German Politics, Berkeley 1968.
 25. Becher, Karl: Das Patentrecht der USA und seine Berücksichtigung in der Außenwirtschaftspolitik der DDR, in: DAuß, 1/1971, S. 135-151.
 26. Becker, Bert: Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Die Kontakte beider Staaten im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik, Bochum 1990.
 27. Becker, William H./ McClenahan, William M.: The Market, the State and the Export-Import Bank of the United States, 1934-2000, Cambridge 2003.
 28. Behling, Klaus: Spione in Uniform, Die alliierten Militärmissionen in Deutschland, Stuttgart, Leipzig 2004.
 29. Bender, Peter: Das ungleichseitige Dreieck, Kräfteverschiebung zwischen

- Moskau, Ost-Berlin und Bonn, in: VfZ, 6/2001, S. 525-532.
30. Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik“ und Ihre Folgen, Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, 3. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, München 1995.
 31. Berg, Manfred: Schwarze Bürgerrechte und liberaler Antikommunismus, in: VfZ, Heft 3, Juli 2003, S. 363-384.
 32. Berger, Stefan/ Laporte, Norman: John Peet (1915-1988): An Englishman in the GDR, in: History, 2004/1, S. 49-69.
 33. Bertsch, Gary K.: East-West Strategic Trade, COCOM and the Atlantic Alliance, Paris 1983.
 34. Beschloss, Michael R. (Hrsg.): Taking Charge: The Johnsons White House Tapes, 1963-1964, New York 1997.
 35. Beschloss, Michael R.: The Crisis Years. Kennedy and Khrushchev 1960-1963, New York 1991.
 36. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche, Der Weg in die Anpassung, München 1993.
 37. Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, München, Paderborn, Wien, Zürich 1997.
 38. Blang, Eugenie M.: A Reappraisal of Germany's Vietnam Policy 1963-1966: Ludwig Erhard's Response to America's War in Vietnam. In: German Studies Review, 2/2004, S. 341-360.
 39. Bollinger, Klaus/ Urban, Günther: USA-UdSSR, vom „kalten Krieg“ zur friedlichen Koexistenz, Potsdam-Babelsberg 1977.
 40. Bollinger, Klaus/ Hagen, Rainer: Zur Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, in: DAuß 6/1974, S. 1350-1366.
 41. Bollinger, Klaus: Freedom now, Freiheit sofort, Die Negerbevölkerung der USA im Kampf um Demokratie, Berlin (Ost) 1968.
 42. Bollinger, Klaus/ Geyer, Hans-Martin: Die Präsidentschaftswahlen in den USA, in: DAuß 12/1968, S. S. 162-174.
 43. Bollinger, Klaus/ Marezki, Hans: USA-Globalstrategie in Europa, Berlin (Ost) 1967a.
 44. Bollinger, Klaus (Autorenkollektiv): Die Johnson-Doktrin, Über die Ursachen der verschärften Aggressivität des USA-Imperialismus in der Gegenwart, Berlin (Ost) 1967b.

45. Bollinger, Klaus: The Foreign Policy of the USA, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): USA – Aspects of political and social life, Leipzig 1967c, S. 9-21.
46. Booz, Rüdiger Marco: Hallsteinzeit, Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.
47. Bortfeldt, Heinrich: Washington, Bonn, Berlin, Bonn 1993.
48. Brandon, Henry: The Retreat of American Power, New York 1974.
49. Brands, H.W.: The Wages of Globalism, Lyndon Johnson and the Limits of American Power, New York, Oxford 1995.
50. Braun, Volker: Der Fight des Jahrhunderts, in: Gedichte, Leipzig 1972, S. 82-85.
51. Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Arme, Justiz, Wissenschaft, hrsg. vom Nationalrat und der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1968.
52. Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess, Darmstadt 1992.
53. Bredow, Wilfried von/ Jäger, Thomas: Die Außenpolitik Deutschlands, Alte Herausforderungen und neue Probleme – in: APuZ, Nr. B 1-2/1991, S. 35.
54. Briggs, Philip: Making American Foreign Policy, President-Congress Relations from the Second World War to the Post-Cold War Era, 2nd edition, London 1994.
55. Bruns, Wilhelm: Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Bundesrepublik Deutschland und DDR in der UNO, Köln 1980,
56. Bruns, Wilhelm: Deutsch-deutsche Beziehungen, Opladen 1979.
57. Bruns, Wilhelm: Die UNO-Politik der DDR, Bonn 1978.
58. Brüning, Eberhard: Die Amerikanistik an der Universität Leipzig (1950-1990) – 40 Jahre Gratwanderungen eines ungeliebten Faches, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte, Berlin 1999, S. 67-85.
59. Brüning, Eberhard: Das Menschen- und Weltbild im amerikanischen Roman der 70er Jahre, in: Wüstenhagen, Heinz: Antiimperialistischer Kampf und Funktion der Literatur in den USA, Materialien der Arbeitsberatung der DDR-Amerikanistik, Potsdam 1979.
60. Brzezinski, Zbigniew: America and Europe, in: Foreign Affairs, 10/1970, S. 11-30.

61. Brzezinski, Zbigniew: Deutsche Einheit durch europäische Verflechtung, in: Sommer, Theo (Hrsg.): Denken an Deutschland, Zum Problem der Wiedervereinigung, Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966, S. 91-118.
62. Brzezinski, Z. K.: Alternative to Partition, New York, London 1965.
63. Brzezinski, Zbigniew/ Griffith, William E.: Peaceful Engagement in Eastern Europe, in: Foreign Affairs, 7/1961, S. 642-653.
64. Buckow, Anjana: Zwischen Propaganda und Realpolitik, Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands, Stuttgart 2003.
65. Bundy, McGeorge: Danger and Survival. Choices About the Bomb in the First Fifty Years, New York 1988.
66. Bundy, William: A Tangled Web: The Making of Foreign Policy in the Nixon Presidency, New York 1998.
67. Burr, William: Avoiding the Slippery Slope: The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958 – Januar 1959, in: Diplomatic History 18/1994, S. 177-205.
68. Buthmann, Reinhard: Bleiben sie unser Mann in Zürich, Schalck-Golodkowskis Bereich KoKo, das „Zürcher Modell“ und ein „Länderspiel“, in: DA 1/2003, S. 63-67.
69. Castellan, Georges: La République Democratique Allemande, Paris 1961.
70. Catudal jr., Honoré M.: Kennedy in der Mauerkrise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA, Berlin 1981.
71. Catudal jr., Honoré M.: A Balance Sheet of the Quadripartite Agreement on Berlin, Evaluation and Documentation, Berlin 1978.
72. Chatfield, Charles: An American Ordeal: The Antiwar Movement of the Vietnam Era, New York 1990.
73. Clemens, Clay: Amerikanische Entspannungs- und deutsche Ostpolitik 1969-1975, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Die USA und die Deutsche Frage, Frankfurt am Main, New York 1991, S. 195-230.
74. Cochran, Bert: Labour and Communism, The Conflict that Shaped American Unions, Princeton N.J. 1977.
75. Cohen, Warren I.: America in the Age of Soviet Power 1945-1991, in: The Cambridge History of American Foreign Relations, Volume IV, Cambridge (New York) 1996.
76. Cohen, Warren/ Tucker, Nancy: Lyndon Johnson Confronts the World:

- American Foreign Policy, 1963-1968, New York 1994.
77. Conze, Eckart: Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Geschichte, in: Loth/Osterhammel, 2000, S. 119-140.
 78. Costigliola, Frank: Lyndon B. Johnson, Germany, and the “End of the Cold War”, in: Cohen, Warren/ Tucker, Nancy: Lyndon Johnson Confronts the World: American Foreign Policy, 1963-1968, New York 1994, S. 173-210,
 79. Croan, Melvin: Zur Lage der DDR-Forschung in den USA, in: DA, 2/1976, S. 164-175, S. 175.
 80. Czempiel, Ernst-Otto: Internationale Beziehungen als Lehr- und Forschungsgegenstand, in: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die Internationale Politik, München, Wien 2004.
 81. Czempiel, Ernst-Otto: Grundzüge amerikanischer Außenpolitik nach 1945, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch, München, Wien 1995, S. 358-407.
 82. Czempiel, Ernst-Otto: Amerikanische Außenpolitik, Gesellschaftliche Anforderungen und politische Entscheidungen, Berlin, Köln, Mainz, Stuttgart 1979.
 83. Dallek, Robert: LBJ at Home and Abroad, Lawrence 1994.
 84. Dallek, Robert: Flawed Giant, Lyndon B. Johnson 1960-1973, New York, Oxford 1998.
 85. Dallek, Robert: Lyndon Johnson As a World Leader, in: Brands, H.W.: The Foreign Policies of Lyndon Johnson, Texas 1999.
 86. Dasbach-Mallinckrodt, Anita: Propaganda behind the Wall: A Case Study in the Use of Propaganda as a Tool of Foreign Policy by Communist Governments, Washington 1968.
 87. Daum, Andreas W.: Kennedy in Berlin, Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003.
 88. Dellinger, David: From Yale to Jail: The Life Story of a Moral Dissenter, New York 1993.
 89. Diedrich, Torsten: Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk, Berlin 1991.
 90. Diner, Dan: Feindbild Amerika, Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002.

91. Dittgen, Herbert: Die Ära der Ost-West-Verhandlungen und der Wirtschafts- und Währungskrisen (1969-1981), in: Larres, Klaus/ Oppelland, Torsten (Hrsg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S. 178-203.
92. Dittgen, Herbert: Präsident und Kongress im außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch, München, Wien 1995, S. 420-438.
93. Dobbert, Andreas/ Eichner, Klaus: Headquarters Germany, Die USA-Geheimdienste in Deutschland, Berlin 1997.
94. Dobrynin, Anatoly: In confidence: Moscow's Ambassador to Six Cold War Presidents (1962-1986), New York 1995.
95. Doernberg, S. (Autorenkollektiv): Außenpolitik der DDR, Drei Jahrzehnte sozialistische deutsche Friedenspolitik, hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen, Berlin (Ost) 1979.
96. Dornberg, John: The New Germans, Thirty Years After, New York 1976.
97. Dornberg, John: Deutschlands andere Hälfte, übers. von Hans Benedict, Wien, München, Zürich 1969.
98. Dornberg, John: The Other Germany, New York 1968.
99. Dowty, Alan: Closed Borders, The Contemporary Assault on Freedom of Movement, London, New Haven 1987.
100. Dulles, Eleanor L.: American Foreign Policy in the Making, New York 1968.
101. Eibl, Franz: Politik der Bewegung, Gerhard Schröder als Außenminister 1961-1966, München 2001.
102. Eisenberg, Carolyn Woods: Drawing the Line, The American Decision to Divide Germany, 1944-1949, Cambridge 1996.
103. End, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik, Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts, Köln 1973.
104. Engel, Ulf/ Schleicher, Hans-Georg: Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990, Hamburg 1998.
105. Etzold, Thomas H., Gaddis, John Lewis (Hrsg.): Containment: Documents on American Policy and Strategy 1945-1950, New York 1978, S. 25-37.
106. Falke, Andreas: Der Einfluss der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.):

- Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch, München, Wien 1995, S. 441-458.
107. Fricke, Karl Wilhelm, Spionage als antikommunistischer Widerstand, Zur Zusammenarbeit mit westlichen Nachrichtendiensten aus politischer Überzeugung, in: DA 4/2002, S. 565-578.
108. Förster, Heinz: Die Widerspiegelung des McCarthyismus im amerikanischen Roman, Leipzig 1964.
109. Fuchs, Thomas: USA-Populärkultur in der DDR: Bewertung und Interpretation in den Medien und in der Amerikanistik, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte, Berlin 1999, S. 153-171.
110. Fulbrook, Mary: DDR-Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik, in: Iggers, Georg G./ Jarausch, Konrad H./ Middell, Matthias/ Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, in: HZ, Beiheft 27, 1998, S. 419-429.
111. Funk, Eberhard: Die Deutsche Liga für die Vereinten Nationen, Hamburg 1998.
112. Fursenko, Aleksandr/ Naftali, Timothy: One Hell of a Gamble: Khrushchev, Castro & Kennedy, New York 1997.
113. G.H.: Weltweit anerkannte DDR – Ergebnis harten Klassenkampfes, in: DAuß, 5/1974, S. 1029-1038.
114. Gaddis, John Lewis: The Cold War, A New History, London 2005.
115. Gaddis, John Lewis: The Landscape of History, Oxford 2002.
116. Gaddis, John Lewis: On Starting All Over Again: A Naive Approach to the Study of the Cold War, in: Westad, O. A. (Hrsg.): Reviewing the Cold War, Approaches, Interpretations, Theory, London 2000, S. 27-42.
117. Gaddis, John Lewis: We Now Know, Rethinking Cold War History, Oxford 1997.
118. Gaddis, John Lewis: Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy, New York 1982.
119. Gaida, Burton C.: USA-DDR, Politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen seit 1974, Bochum 1989.
120. Garthoff, Raymond: A Journey through the Cold War: A Memoir of Containment and Coexistence, Washington D.C. 2001.

121. Garthoff, Raymond: *Détente and Confrontation: Soviet-American Relations from Nixon to Reagan*, rev. ed., Washington D.C. 1994.
122. Garthoff, Raymond L.: *Détente and Confrontation, American-Soviet Relations from Nixon to Reagan*, Washington D.C. 1985.
123. Gassert, Philip: *Kurt Georg Kiesinger, 1904-1988, Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006.
124. Gates, Robert M.: *The CIA and American Foreign Policy*, in: *FA 66* (1987/88), S. 215-230.
125. George, Alexander L.: *Presidential Decisionmaking in Foreign Policy. The Effective Use of Information and Advice*, Boulder (Colo.) 1980.
126. Geraghty, Tony: *Brixmis, The Untold Exploits of Britain's Most Daring Cold War Spy Mission*, Glasgow 1996.
127. Giovanopoulos, Anna-Christina: *Kein schöner Land – Amerikanische Literatur im Druckgenehmigungsverfahren*, in: Barck, Simone/ Lokartis, Siegfried: *Fenster der Welt, Eine Geschichte des DDR-Verlages Volk & Welt*, Berlin 2003, S. 179-187.
128. Glaeßner, Gert-Joachim: *Die Krise der DDR und die deutsche Frage in der Presse der USA*, in: *DA 12/1989*, S. 1408-1413.
129. Goh, Evelyn: *Constructing the US Rapprochement with China, 1961-1974, From Red Menace to Tacit Ally*, New York 2005.
130. Goh, Evelyn: *Nixon, Kissinger and the „Soviet Card“ in the U.S. Opening to China, 1971-1974*, in: *DH 29*, 3/2005, S. 475- 502.
131. Golz, Hans-Georg: *„You will need your English“*, Ein Fernsehsprachkurs in der DDR, in: *DA 4/2005*, S. 642-650.
132. Golz, Hans-Georg: *Jenseits der Bundesrepublik – die DDR und der Westen*, in: Eppelmann, Rainer/ Faulenbach, Bernd/ Mählert, Ulrich (Hrsg.): *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, München, Paderborn, Wien, Zürich 2003, S. 327-332.
133. Golz, Hans-Georg: *Von East Germany zur GDR, DDR-Forschung in Großbritannien vor 1990*, in: *DA 1/2003*, S. 12-25.
134. Görtemaker, Manfred: *Die Ursprünge der „neuen Ostpolitik“ Willy Brandts*, in: Bauernkämper, Arnd/ Sabrow, Martin/ Stöver, Bernd (Hrsg.): *Doppelte Zeitgeschichte, Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 44-57.

135. Graf Kielmansegg, Peter: Nach der Katastrophe, Berlin 2000.
136. Gray, William Glenn: Die Hallstein-Doktrin: Ein souveräner Fehlgriff?, in: APuZ 17/2005, S. 17-23.
137. Gray, William Glenn: Germany's Cold War: The Global Campaign to Isolate East Germany 1949-1969, Chapel Hill, London 2003.
138. Gregory, Shaun R.: Nuclear Command and Control in NATO: Nuclear Weapons Operations and the Strategy of Flexible Response, New York 1996.
139. Grele, Roland J.: Ziellose Bewegung. Methodologische und theoretische Probleme der Oral History, in: Niedhammer, Lutz (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt am Main 1985, S. 195-220.
140. Grieder, Peter: The East German Leadership 1946-1973, Conflict and Crisis, Manchester, New York 1999.
141. Grix, Jonathan: The Enquete-Kommission's Contribution to Research on State-Society Relations in the GDR, in: German Monitor Nr. 49, The GDR and its History: Rückblick and Revision, Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen, Amsterdam, Atlanta 2000, S. 54-65.
142. Grose, Peter: Operation Rollback: America's Secret War Behind the Iron Curtain, New York 2000.
143. Große, Jürgen: Amerikapolitik und Amerikabild der DDR, 1974-1989, Bonn 1999.
144. Grunenberg, Antonia: Antifaschismus - Ein deutscher Mythos, Reinbeck bei Hamburg, 1993.
145. Gulowski, P. W.: The American Military Government of the US Occupied Zones of post World War II Germany in Relation to Policies Expressed by Its Civilian Governmental Authorities at Home, during the Course of 1944/45 through 1949, Frankfurt am Main 1983.
146. Hacker, J.: Die Stellung der DDR im Warschauer Pakt, in: Gutmann, G./ Haendcke-Hoppe, M.: Die Außenbeziehungen der DDR, Heidelberg 1981, S. 187-220.
147. Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Kurth, Eberhard (Hrsg.) in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Gunter: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 55-67.

- 148.Hagen, Manfred: DDR – Juni 1953: Die erste Volkserhebung im Stalinismus, Stuttgart 1995.
- 149.Hagen, Karl Heinz: „To waste the enemy“ – Ideologie des Völkermords (April 1971), in: Vietnam-Ausschuß beim Afro-Asiatischen Solidaritätskomitee der DDR (Hrsg.): Die Wahrheit über die USA-Aggression in Vietnam, DDR-Autoren entlarven imperialistische Verbrechenspolitik, Berlin 1972, S. 145-163.
- 150.Hall, Mitchell K.: Because of their Faith: CALCAV and Religious Opposition to the War in Vietnam, New York 1990.
- 151.Hamilton, Daniel: Ferne Sterne: Die Beziehungen der USA zur DDR 1974-1990, in: Friedrich, Wolfgang-Uwe (Hrsg.): Die USA und die Deutsche Frage, Frankfurt am Main, New York 1991.
- 152.Hanhardt, Arthur jr.: Die DDR-Politik der USA: Möglichkeiten und Grenzen, in: Cooney, James A./ Friedrich, Wolfgang-Uwe/ Kleinfeld, Gerald R. (Hrsg.): Deutsch-Amerikanische Beziehungen. Jahrbuch 1., Frankfurt am Main, New York 1989.
- 153.Hanhardt, Arthur jr.: The German Democratic Republic, Baltimore 1968.
- 154.Hanhimäki, Jussi M.: „Dr. Kissinger“ or „Mr. Henry“? Kissingerology, Thirty Years and Counting, in: Diplomatic History, Bd. 27, 5/2003, S. 637-676.
- 155.Hanrieder, Wolfram: Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy, New Haven, 1989.
- 156.Hänisch, Werner (Autorenkollektiv): Geschichte der Außenpolitik der DDR, Abriss, Berlin (Ost) 1984. Montag, 1988.
- 157.Harper, Marilyn/ Snell, M.E.: Postwar Economic Growth in East Germany. A Comparison with West Germany, in: Economic Development in Countries of Eastern Europe. A Compendium of Papers Submitted to the Subcommittee on Foreign Economic Policy of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington 1970.
- 158.Harrison, Hope: Driving the Soviets up the Wall, Soviet-East German Relations 1953-1961, Princeton, Oxford 2003.
- 159.Harrison, Hope: Die Berlin-Krise und die Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR, in: Wettig, Gerhard (Hrsg.): Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 105-122.

- 160.Hartweg, Frédéric (Hrsg.): SED und Kirche, Eine Dokumentation ihrer Beziehungen, Bd. 1: 1946-1967, Neukirchen-Vluyn 1995.
- 161.Haspel, Michael: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation, Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA, Tübingen 1997.
- 162.Haury, Thomas: Antisemitismus von Links: Kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002.
- 163.Heale, Michael J.: The Sixties as History: A Review of the Political Historiography, in: Reviews in American History, Vol. 33, 1/2005, S. 133-152.
- 164.Heale, Michael J.: American Anticommunism. Combatting the Enemy Within, 1830-1970, Baltimore 1990.
- 165.Herbst, Ludolf: Stil und Handlungsspielräume westdeutscher Integrationspolitik, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 3-18.
- 166.Herman, Arthur: Senator McCarthy, Reexamining the Life and Legacy of America's Most Hated Senator, New York 2000.
- 167.Hershberg, James G.: The Crisis Years, 1958-1963, in: Westad, Odd Arne: Reviewing the Cold War, Approaches, Interpretations, Theory, London, Portland 2000, S. 303-325.
- 168.Herspring, Dale Roy: East German Civil Military Relations: The Impact of Technology, 1949-1972, Praeger 1973.
- 169.Heyl, Friedrich von: Der innerdeutsche Handel mit Eisen und Stahl 1945-1972, Deutsch-deutsche Beziehungen im Kalten Krieg, Köln 1997.
- 170.Hildebrand, Klaus: Wiedervereinigung und Staatenwelt, Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit, in: VfZ, Bd. 52, 2004, S. 193-210.
- 171.Hildebrand, Klaus: Von Erhard bis zur Großen Koalition, 1963-1969, in: Bracher, Karl Dietrich (Hrsg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1984.
- 172.Hitchens, Christopher: The Trial of Henry Kissinger, London 2001.
- 173.Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR 1955-1973, Diplomatie auf

Umwegen, München 2003.

- 174.Hoff, Henning: „...Largely The Prisoners of Dr. Adenauers Policy“, Großbritannien und die DDR (1949-1973), in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 185-206.
- 175.Hoff, Joan: Nixon Reconsidered, New York 1994.
- 176.Holsti, Ole R.: Public Opinion and American Foreign Policy, Michigan 1996.
- 177.Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei, Eine Mediengeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 2002.
- 178.Horstmeier, Carel: Die DDR und Belgien, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 309-327.
- 179.Howarth, Marianne: Freundschaft mit dem Klassenfeind, Die Image-Politik der DDR in Großbritannien nach der diplomatischen Anerkennung, in: DA 1/2003, S. 25-33.
- 180.Howarth, Marianne: Die Westpolitik der DDR zwischen internationaler Aufwertung und ideologischer Offensive (1966-1989), in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 81-98.
- 181.Hoya, Thomas W.: Regulation of East-West Business Transactions by Market Economy Countries: The United States, in: Staar, Robert: East-West Business Transactions, New York 1974, S. 3-30.
- 182.Michael; Hughes Jonathan; Cain, Louis P.: American Economic History, 7. Edition, Zug 2006.
- 183.Ihde, Horst: Racism in the USA, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): USA, Aspects of political and social life, Leipzig 1985, S. 83-91.
- 184.Iggers, Georg G./ Jaraus, Konrad H./ Middell, Matthias/ Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, in: HZ, Beiheft 27, 1998.
- 185.Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.): USA, Politik und Ökonomie, Handbuch, Berlin 1988.
- 186.Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR (Hrsg.): Reagan-Politik, Herausforderung der

- Menschheit, Berlin (Ost) 1984.
187. Institut für internationale und westdeutsche Fragen (Hrsg.): Das „Allied Travel Office (ATO) in Westberlin, Völkerrechtswidriges Hemmnis auf dem Wege zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, Dresden 1970.
188. Jacobsen, Hans-Adolf/ Leptin, Gerd/ Scheuner, Ulrich/ Schulz, Eberhard (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München, Wien 1980.
189. Jacobsen, Hans-Adolf/ Mallmann, Wolfgang/ Meier, Christian: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), Analyse und Dokumentation, Köln 1973.
190. Jauß, Claudia/ Lahusen, Christian: Lobbying als Beruf, Interessengruppen in der Europäischen Union, Baden-Baden 2001.
191. Jelaic, John E.: Impact of Granting Most-Favored-Nation Treatment to the Countries of Eastern Europe and the People's Republic of China, Washington D.C., 1974.
192. Kaiser, David: Men and Policies 1961-1969, in: Kunz, Diane (Hrsg.): The Crucial Decade, New York 1994, S. 1-13.
193. Kaiser, Karl: Transnationale Politik, Zu einer Theorie der multinationalen Politik, in: Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.): Die anachronistische Souveränität, Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik, Opladen 1969, S. 80-109.
194. Kegel, Gerhard: Mission „Zur Rettung des kranken Dollars“, in: DAuß 1/1961.
195. Kennan, George F.: After the Cold War, in: FA October/1972, S. 210-227.
196. Kennan, George F./ Lukacs, John: George F. Kennan and the origins of containment 1944-1946, The Kennan-Likacs correspondence, Columbia 1997.
197. Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin, Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973, Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001.
198. Kirsh, Henry: German Politics under Soviet Occupation, Columbia University 1974.
199. Kissinger, Henry: Wege zur deutschen Einheit, in: Sommer, Theo (Hrsg.): Denken an Deutschland, Zum Problem der Wiedervereinigung, Ansichten und Einsichten, Hamburg 1966, S. 77-90.
200. Kissinger, Henry: Die deutsche Frage als Problem der europäischen und der

- internationalen Sicherheit, in *EUROPA-ARCHIV* 23/1966, S.831-838.
- 201.Klein, Michael B.: Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR in seiner Gründungsphase 1971-1974, Berlin 1999.
- 202.Klein, David: Contingency Planning of the USA, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002.
- 203.Kleinfeld, Gerald R.: The Genesis of American Policy Toward the GDR: Some Working Hypotheses, in: Pommerin, Rainer (Hrsg.): The American Impact on Postwar Germany, Providence 1995, S. 53-64.
- 204.Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation, Deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarbeitete Auflage, Bonn 1997.
- 205.Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik, Stasi im Westen, 2. Auflage, Berlin 1999.
- 206.Kochavi, Noam: Insights Abandoned, Flexibility Lost: Kissinger, Soviet Jewish Emigration, and the Demise of Détente, in: *DH* 29 3/2005, S. 503-530.
- 207.Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Berlin 1993.
- 208.Kohl, Michael/ Krusche, Heinz: Völkerrechtliche Gedanken zu den Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. August 1961, in: *DAuß* 10/1961, S. 1147-1154.
- 209.Kondraschow, Sergei A.: The Berlin-Wall and the KGB – A Statement, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 143-149.
- 210.Konopatzky, Stephan: Die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von SIRA-Datenbanken am Beispiel der Fälle Stiller und Guillaume, in: *Horch und Guck*, Heft 39, 3/2002, S. 46-55.
- 211.Kramer, Mark: „The Early Post-Stalin Succession Struggle and Upheavels in East-Central Europe (Part 1), in: *Journal of Cold War Studies*, Vol. 1, Nr. 2, 1999, S. 15-30.
- 212.Krieger, Wolfgang: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945-1949, Stuttgart 1987.
- 213.Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 29 und 30, Berlin (Ost) 1966.
- 214.Kunz, Diane (Hrsg.): The Crucial Decade, New York 1994.

215. Kural, Václav/ Pries, Lutz/ Wilke, Manfred: Die SED und der „Prager Frühling“ 1968, Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Anlitz“, Berlin 1996.
216. Kuppe, Johannes: Die KSZE und der Untergang der DDR, in: DA 3/2005, S. 487-493.
217. Kuppe, Johannes: Die Außenpolitik der DDR, in: Eppelmann, Rainer/ Faulenbach, Rainer/ Mähler, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 318-326.
218. Kuppe, Johannes: Die DDR und die nichtsozialistische Welt, Ein Essay zur Außenpolitik der DDR, in: Helwig, G. (Hrsg.): Rückblicke auf die DDR, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 175-182.
219. Küsters, Hanns-Jürgen: Der Integrationsfriede, Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945-1990, München 2000.
220. LaFeber, Walter: America, Russia, and the Cold War, 1945-1996, New York 1997.
221. Lappenküper, Ulrich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963, Von der „Erbfeindschaft“ zur „*Entente élémentaire*“, München 2001.
222. Larres, Klaus: Politik der Nachgiebigkeit. Harold Macmillan und die britische Strategie in der Berlinkrise 1958-1961, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 163-187.
223. Larres, Klaus: Britain and the GDR: Political and Economic Relations 1949-1989, in: Larres, Klaus (Hrsg.): Uneasy Allies, British-German Relations and European Integration Since 1945, Oxford 2000, S. 63-98.
224. Larres, Klaus: Politik der Illusionen, Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage 1945-1955, Göttingen, Zürich 1992.
225. Laufer, Jörg. Das Verhältnis USA – DDR, Ein Sonderfall deutsch-amerikanischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 1989.
226. Lemke, Christian: DDR-Forschung in den USA, in: DDR-Report, 1/1985.
227. Lemke, Michael: Die Außenbeziehungen der DDR (1949-1966), Prinzipien, Grundlagen, Zäsuren und Handlungsspielräume, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 63-80.
228. Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949-1961, Köln, Weimar, Wien 2001.

- 229.Lemke, Michael: Sowjetische Interessen und ostdeutscher Wille, Divergenzen zwischen den Berlinkonzepten von SED und UdSSR in der Expositionsphase der zweiten Berlinkrise, in: Cieslam B./ Lemke, M./ Lindenberger, Th. (Hrsg.): Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948: 1958, Berlin 2000, S. 203-219.
- 230.Lemke, Michael (Hrsg.): Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR, in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949-1951, in: Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Köln 1999.
- 231.Lemke, Michael: Die SED und die Berlin-Krise 1958 bis 1963, in: Wettig, Gerhard: Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer, Bonn 1997, S. 123-137.
- 232.Lemke, Michael: Die Berlinkrise 1958 bis 1963, Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.
- 233.Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968, in: Danyel, Jürgen (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit – Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61-86.
- 234.Lill, Johannes: Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949-1973, Frankfurt am Main 2001.
- 235.Lindemann, Hans: Nordamerika (USA und Kanada) und Kuba, in: Jacobsen, Hans-Adolf/ Leptin, Gerd/ Scheuner, Ulrich/ Schulz, Eberhard (Hrsg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR, München, Wien 1980, S. 623-640.
- 236.Lindenberger, Thomas: Die sogenannte DDR-Gesellschaft, Grundzüge einer Debatte, in: Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Herrschaft und Eigensinn in der Diktatur, Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln, Weimar, Wien 1999, S. 16-20.
- 237.Link, Werner: Der Ost-West-Konflikt im Internationalen System des 20. Jahrhunderts, in: Knapp, Manfred/ Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik, München, Wien 2004, S. 368-397.
- 238.Link, Werner: Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, 2. erweiterte und überarbeitete Auflage,

Stuttgart und andere 1988.

- 239.Link, Werner: Deutsche und amerikanische Gewerkschaften und Geschäftsleute, 1945-1975, Eine Studie über transnationale Beziehungen, Düsseldorf 1978.
- 240.Lohr, Georg: Die Kandidaten für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen, in DAuß, 6/1960, S. 646-653.
- 241.Loht, Wilfried: Die Sowjetunion und das Ende der DDR, in: Jarausch, Konrad/ Sabrow, Martin (Hrsg.): Weg in den Untergang, Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 119-152.
- 242.Loht, Wilfried / Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte, Themen – Ergebnisse – Aussichten, München 2000.
- 243.Lösche, Peter: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch, München, Wien 1995, S. 268-296.
- 244.Ludz, P.C.: The Changing Party Elite in East Germany, Cambridge 1972.
- 245.Ludz, P.C.: Amerikanische Haltungen zur deutschen Frage, in: DA 6/1972, S. 573-594.
- 246.Ludz, P.C.: The German Democratic Republic from the Sixties to the Seventies: A Socio-Political Analysis, Harvard University, Occasional Papers in International Affairs, 26, November 1970.
- 247.Ludz, P.C.: Discovery and „Recognition“ of East Germany, Recent Literature on the GDR, in: Comparative Politics, 7/1970, S. 681-692.
- 248.Ludz, P.C.: DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, in: DA 2/1970, S. 113-127.
- 249.Lundestad, Geir: Empire by Invitation? The United States and Western Europe 1945-1952, in: Journal of Peace Research, 3/1986, S. 263-277.
- 250.MacAdams, James A.: East Germany and Détente, Cambridge 1985.
- 251.Mackert, Nina; Meyer-Lenz, Johanna: Angela Davis: Zur Konstruktion einer afroamerikanischen politischen Identität im Kontext der 68er-Bewegung, in: Burghardt Schimdt (Hrsg.): Menschenrechte und Menschenbilder von der Antike bis zur Gegenwart, Hamburg 2006, S. 255-276.
- 252.Mader, Julius: Die „Kuba-Operation“ der CIA, in: DAuß 7/1961, S. 817-826
- 253.Mader, Julius: US-Geheimdienstoperationen gefährden den Frieden, in: DAuß 7/1960, S. 759-767.

254. Malbin, Michael J./ Mann, Thomas E./ Ornstein, Norman J.: Vital Statistics on Congress, 1991-1992, Washington D.C. 1992.
255. Mallinckrodt, Anita M.: DDR-Forschung „auf englisch“, DDR-Forscher und ihre Studien in englischsprachigen Ländern, Washington 1984.
256. Mallinckrodt, Anita M.: Die Selbstdarstellung der beiden deutschen Staaten im Ausland, „Image-Bildung“ als Instrument der Außenpolitik, Köln 1980.
257. Marquardt, Bernhard: Die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, in: Karl Wilhelm Fricke: DDR-Staatssicherheit, Das Phänomen des Verrats, die Zusammenarbeit zwischen MfS und KGB, Bochum 1995.
258. Martens, John A.: Quantification of Western Exports of High Technology Products to Communist Countries, mimeographed paper of Office of East-West Policy and Planning, US Department of Commerce, January 1981.
259. Maser, Peter: Kirchen in der DDR, Bonn 2000.
260. Mastaduno, Michael: The Management of Alliance and Export Control Policy: American Leadership and the Politics of COCOM, in: Bertsch, Gary K. (Hrsg.): Controlling East-West Trade and Technology: Power, Politics and Policies, Durham 1988.
261. Mastny, Vojtech: Was 1968 a Strategic Watershed of the Cold War?, in: DH, 1/2005, S. 149-178.
262. Mastny, Vojtech: The New History of Cold War Alliances, in: Journal of Cold War Studies, 4/2002, S. 55-84.
263. Mausbach, Wilfried: Auschwitz und Vietnam, West German Protest Against America's War During the 1960s, in: Daum, Andreas W./ Gardener, Lloyd C./ Mausbach, Wilfried (Hrsg.): America, The Vietnam War and the World, Comparative and International Perspectives, New York 2003, S. 279-298.
264. Mearsheimer, John J. / Walt, Stephen M.: The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy, New York 2007.
265. Meier, Christian: Die sowjetischen Bemühungen um die internationale Anerkennung der DDR, Stuttgart 1968.
266. Meissner, Boris (Hrsg.): Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, Dokumentation, Köln 1970.
267. Metzger, Chantal: Vierzig Jahre Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, in: Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“. Analysen und Zeitzeugnisse. Tübingen 1999, S. 19-34.

268. Möller, Harald: DDR und die Dritte Welt: Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China, Äthiopien sowie Irak/Iran, Berlin 2004.
269. Montag, Claus: Die USA in der West-Forschung der DDR, Ein kritischer Rückblick, in: Crome, Erhard/ Franzke, Jochen/ Krämer, Raimund (Hrsg.): Die verschwundene Diplomatie, Beiträge zur Außenpolitik der DDR, Berlin 2003, S. 73-92.
270. Montag, Claus: Forschungen zur Außenpolitik der USA – Zwischen ideologischen Zwängen und der Wahrnehmung von Realitäten, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte, Berlin 1999, S. 101-122.
271. Montag, Claus (Autorenkollektiv): USA, Aussenpolitik in der Gegenwart, Berlin 1988.
272. Montag, Claus (Autorenkollektiv): Tendenzen der Innen- und Außenpolitik der USA im Wahljahr 1984, Materialien der wissenschaftlichen Arbeitstagung der Abteilung Außenpolitik der USA des Instituts für Internationale Beziehungen vom 24. bis 25. Mai 1984 in Berlin, Potsdam-Babelsberg 1984.
273. Monteath, Peter: The German Democratic Republic and the Jews, in: German History, Vol. 22, 3/2004, S. 448-468.
274. Moore, James P.R.: A Commerce Department Perspective on Export Controls. Technology Control, Competition, and National Security, Langham 1987.
275. Müller, Manfred: Die Politik der DDR zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu den kapitalistischen Industrieländern, Autorenkollektiv (Hrsg.): Außenpolitik der DDR – für Sozialismus und Frieden, Berlin (Ost) 1974.
276. Müller-Engsberg, Helmut: „Rosenholz“, Eine Quellenkritik, Berlin 2007.
277. Münger, Christof: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kuba-Krise, Paderborn, München, Wien, Zürich 2003.
278. Munro, Colin: The Acceptance of the Second German State, in: Birke, Adolf M./ Heynemann, Günther (Hrsg.): Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918, München 1992, S. 121-130.
279. Murphy, David: Berlin Contingency Plans of the USA – A View from the CIA, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik,

- Münster 2002, S. 103-110.
- 280.Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949-1972, Inhalte, Strukturen, Mechanismen, Berlin 2000.
- 281.Nadelson, Regina: Who is Angela Davis? The biography of a revolutionary, New York 1972.
- 282.Nakath, Detlef: Grundzüge und Entwicklungsetappen der DDR-Außenpolitik, in: Küchenmeister, Daniel/ Nakath, Detlef/ Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): ...abgegrenzte Weltoffenheit... Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, Potsdam 1999.
- 283.Nedelmann, Brigitta: Soziale Bewegungen, in: Jäger, Wolfgang/ Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, Lehr- und Handbuch, München, Wien 1995, S. 330-342.
- 284.Nehring, Holger: Rezension: Daum, Andreas W.: Kennedy in Berlin, Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg, Paderborn 2003, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10/2004, S. 973-975.
- 285.Nelson, Keith: The Making of Détente: Soviet-American Relations in the Shadow of Vietnam, Baltimore 1995.
- 286.Neugebauer, Bernd: DDR, UN-Politik, in: Vogler, Helmut (Hrsg.): Lexikon der Vereinten Nationen, München, Wien 2000, S. 46-52.
- 287.Niederhut Jens: Reise und Austausch, Die ostdeutschen Naturwissenschaftler und der Westen, unveröffentlichte Diss., vorgelegt 2005.
- 288.Niedhart, Gottfried: Auf dem Weg zur Anerkennung: Die DDR in der britischen Politik 1967-1973, in: Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin, Wien 2002, S. 153-172.
- 289.Ninkovich, Frank: Die Vereinigten Staaten und die deutsche Frage 1949-1968, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990. Ein Handbuch, Bd. 1, München, Stuttgart 2001, S. 197 ff..
- 290.Ninkovich, Frank: Germany and the United States, The Transformation of the German Question Since 1945, Updated Edition, New York, Toronto 1995.
- 291.Nixon, Richard: No more Vietnams, New York 1985.
- 292.Noehrenberg, Eric H.: Multilateral Exports Controls and International Regime Theory: The Effectiveness of COCOM, Sinzheim 1993.

293. Novik, Faina: „Ottepel“ i inercija choločnoj vojny, Germanskaja politika SSSR v 1953-1955, Moskau 2001.
294. Osten, Walter: Die Außenpolitik der DDR, Im Spannungsfeld zwischen Moskau und Bonn, Opladen 1969.
295. Ostermann, Christian M.: Die USA und die DDR (1949-1989), in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 165-183.
296. Ostermann, Christian F.: Im Schatten der Bundesrepublik: Die DDR im Kalkül der amerikanischen Deutschlandpolitik (1949-1989/90), in: Larres, Klaus/ Oppelland, Torsten (Hrsg.): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert, Geschichte der politischen Beziehungen, Darmstadt 1997, S. 230-255.
297. Ostermann, Christian F.: Subversive Aktionen gegen die DDR: Die amerikanische Reaktion auf den 17. Juni 1953, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 1996, S. 266-273.
298. Ostermann, Christian F.: Keeping the Pot Simmering, The United States and the East German Uprising of 1953, in: German Studies Review, XIX, Nr. 1, 1996, S. 127-146.
299. Ostermann, Christian: Amerikanische Propaganda gegen die DDR, US- Informationspolitik im Kalten Krieg, in: Diesener, Gerald/ Gries, Rainer (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, Darmstadt 1996, S. 113-127.
300. Ostermann, Christian F.: New Documents on the East German Uprising of 1953, in: Cold War International History Project Bulletin, Spring 1995.
301. Ostermann, Christian F.: The United States and the East German Uprising of 1953 and the Limits of Rollback, Cold War History International Project, Working Paper Nr. 11, 1994.
302. Otto, Wilfriede: Weichenstellung für den Mauerbau, Unterredung zwischen Nikita S. Chruschtschow und John F. Kennedy am 3. und 4. Juni 1961 in Wien, in: Küchenmeister, Daniel (Hrsg.): Der Mauerbau, Krisenverlauf – Weichenstellung – Resultate, Berlin 2001, S. 116-142.
303. Pade, Werner: Kuba, Volksbefreiung und Verteidigung einer Revolution, Berlin (Ost) 1986.
304. Paulmann, Johannes (Hrsg.): Auswärtige Repräsentation, Deutsche

Kulturdiplomatie nach 1945, Köln 2005.

305. Pekelder, Jacco: Die Niederlande und die DDR, Bildformung und Beziehungen 1949-1989, Münster 2002.
306. Pekelder, Jacco: Vom „Sowjetdeutschland“ zum „roten Preußen“, Niederländische Wahrnehmung der DDR (1949-1973), in: Pfeil, Ulrich: Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 291- 308.
307. Pfeil, Ulrich: Zentralisierung und Instrumentalisierung der auswärtigen Kulturpolitik der DDR, Ein anderer Aspekt der Frankreichpolitik der DDR 1949-1973, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR, Analysen eines aufgegebenen Staates, Berlin 2001, S. 620-642.
308. Pfeil, Ulrich: Die DDR und der Westen 1949-1989, Eine Einführung, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 7-19.
309. Pfeil, Ulrich: Die DDR und Frankreich 1949-1973, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 207-235. (Pfeil, 2001b)
310. Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen, Die DDR und Frankreich 1949-1990, Köln, Weimar, Wien 2004.
311. P.K.: Kennedy muß sich entscheiden, in: DAuß 3/1961, S. 265-272, S. 270.
312. Plummer, Benda Gayle: Window on Freedom: Race, Civil Rights and Foreign Affairs, 1945-1988, Chapell Hill, London 2002.
313. Pollack, Detlef: Die offene Gesellschaft und ihre Freunde, in: Geschichte und Gesellschaft 1/2001, S. 184-196.
314. Portes, Richard: East Europe's Debt to the West: Interdependence is a Two-Way-Street, in: FA, July/1977, S. 751-782.
315. Potthoff, Heinrich: Bonn und Ost-Berlin 1969-1982, Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle, Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
316. Powers, Richard G.: Not Without Honour, The History of American Anticommunism, New York 1995.
317. Pra, John: Prague Spring and SALT, Arms Limitation Setbacks in 1968, in: Brands, H.W.: The Foreign Policies of Lyndon Johnson, Texas 1999, S. 19-36.
318. Raffael, Helen/ Rubin, Marc/ Teal, Robert: The MFN Impact on U.S. Imports

- on Eastern Europe, in: Joint Economic Committee (Hrsg.): East-European Economies Post-Helsinki, Washington D.C. 1977.
- 319.Reeves, Richard: President Kennedy, Profile of Power, New York 1993.
- 320.Remington, Robin Alison: The Warsaw Pact, Communist Coalition Politics in Action, in: The Year Book of World Affairs, 1973, S. 153-173.
- 321.Rennhack, Horst: BRD-Imperialismus, Komplize der USA-Aggressoren, Berlin (Ost) 1973.
- 322.Rice, Condoleeza/ Zelikow, Philip: Sternstunde der Diplomatie, Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 2001.
- 323.Rice, Condoleeza/ Zelikow, Philip: Sternstunde der Diplomatie, Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1997.
- 324.Röder, Karl-Heinz (Autorenkollektiv): USA, Aufstieg und Verfall bürgerlicher Demokratie, Berlin 1976.
- 325.Röseberg, Dorothee (Hrsg.): Frankreich und „Das andere Deutschland“, Analysen und Zeitzeugnisse, Tübingen 1999.
- 326.Ross, Corey: East Germans and the Berlin Wall: Popular Opinion and Social Change before and after the Border Closure of August 1961, in: Journal of Contemporary History, 1/2004, S. 25-44.
- 327.Ross, Corey: Constructing Socialism at the Grass Roots, The Transformation of East Germany, New York 2000.
- 328.Rostow, Walt W.: The Diffusion of Power. An Essay in Recent History, New York 1972.
- 329.Rowe, Barbara: Das Ende der Mauer aus britischer Sicht, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Die DDR in Deutschland, Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 917-934, S. 917.
- 330.Rupieper, Hermann-Josef: Die Reaktion der USA auf die Gründung der DDR, Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr: Die Gründung der DDR, Berlin 1993, S. 59-66.
- 331.Sabrow, Martin: Die Geschichtswissenschaft der DDR und ihr „objektiver Gegner“, in: Iggers, Georg G./ Jarausch, Konrad H./ Middell, Matthias/ Sabrow, Martin (Hrsg.): Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem, in: HZ, Beiheft 27, 1998, S. 53-91,
- 332.Sandford, George: From Hitler to Ulbricht, Princeton 1983.
- 333.Sarotte, Mary E.: Dealing with the devil, East Germany, Détente, and

- Ostpolitik, 1969-1973, Chapell Hill, London 2001.
- 334.Schaefer, Bernd: Staat und katholische Kirche in der DDR, Köln 1998.
- 335.Scheer, Maximilian: Liebste Angela, Erste unter Gleichen, Hörspiel 1971.
- 336.Scherstjanoi, Elke/ Semmelmann, Rolf: Die Gespräche Stalins mit der SED-Führung im Dezember 1948 und im April 1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 3/2004.
- 337.Schertz, Adrian W.: Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons: Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln 1992.
- 338.Schild, Georg: Die Kennedy-Administration und die Berlin-Krise von 1961, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42, 1994.
- 339.Schmidt, Wolfgang: Die Wurzeln der Entspannung, Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: VfZ, Heft 4, Oktober 2003, S. 521-563.
- 340.Schmidt, Helmut: Die Deutschen und ihre Nachbarn, Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
- 341.Schmidt, Max: Die Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit im Umfeld der politischen und militärischen Entspannung, in: West-Ost-Journal, 5-6/1981, S. 23-25, S. 23.
- 342.Schmidt, Heini: US-Kernwaffeneinsatz in Südvietnam?, in: DAuß, 4/1968, S. 505-507.
- 343.Schmitz, David F./ Walker, Vanessa: Jimmy Carter and the Foreign Policy of Human Rights, The Development of a Post-Cold-War Foreign Policy, in: DH 1/2004, S. 113-143.
- 344.Schneidenbach, Elfi: Youth and Youth Organizations in the USA, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): USA, Aspects of political and social life, Leipzig 1985, S. 118-126.
- 345.Schnoor, Rainer: Amerikanistik in 40 Jahren DDR: Eine wissenschaftshistorische Skizze, in: Schnoor, Rainer (Hrsg.): Amerikanistik in der DDR, Geschichte – Analysen – Zeitzeugenberichte, Berlin 1999, S. 29-49.
- 346.Schnoor, Rainer: Zwischen privater Meinungsäußerung und offizieller Verlautbarung: Amerikabilder in der DDR, in: Junker, Detlef (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945-1990, Bd. 2

- (1968-1990), Stuttgart, München 2001, S. 775-785.
- 347.Scholtyssek, Joachim: Anti-Amerikanismus in der deutschen Geschichte, in: Historisch-politische Mitteilungen, 10. Jahrgang, 2003, S. 23-42.
- 348.Scholtyssek, Joachim: Die Außenpolitik der DDR, München 2003.
- 349.Schröder, Klaus: Der SED-Staat, Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998.
- 350.Schröder, Klaus: Kredite, Wirkung monetärer Sanktionen gegenüber RGW-Ländern, in: Müller, Friedemann u. a. (Hrsg.): Wirtschaftssanktionen im Ost-West-Verhältnis, Rahmenbedingungen und Modalitäten, Baden-Baden 1983.
- 351.Schulzinger, Robert D.: A Time for War, The United States and Vietnam, 1941-1975, New York, Oxford 1997.
- 352.Schwartz, Siegfried: Die schleichende Entfremdung, Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Kooperation und Konflikt, in: DA 1/2004, S. 65-78.
- 353.Schwartz, Thomas A.: Lyndon Johnson and Europe, In the Shadow of Vietnam, Cambridge, London 2003.
- 354.Schwartz, Thomas A.: Lyndon Johnson and Europe, Alliance Politics, Political Economy and „Growing Out of the Cold War, in: Brands, H.W.: The Foreign Policies of Lyndon Johnson, Texas 1999, S. 37-60.
- 355.Schwartz, Thomas A.: Victories and Defeats in the Long Twilight Struggle: The United States and Western Europe in the 1960s, in: Kunz, Diane B. (Hrsg.): The Crucial Decade, New York 1994.
- 356.Schwartz, Thomas A.: America's Germany: John McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge 1991.
- 357.Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer, 1957-1963, Stuttgart 1983.
- 358.Selvage, Douglas: The Warsaw Pact and Nuclear Nonproliferation 1963-1965, Working Paper Nr. 23, CWIHP, Washington D.C. 2001.
- 359.Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976-1989, Strategien und Grenzen, Paderborn, München, Wien, Zürich 1999.
- 360.Small, Melvin: Johnson and the Doves, New Brunswick 1988.
- 361.Small, Melvin: The Presidency of Richard Nixon, Kansas 1999.
- 362.Smith, Jean Edward: Germany beyond the Wall, People, Politics...and Prosperity, Boston, Toronto 1967.
- 363.Smith, J.E.: Red Prussianism of the German Democratic Republic, in: Political Science Quarterly 3/1967. Smith, J.E: The GDR and the West, in:

International Journal 2/1967.

364. Smith, J.E: The GDR and the West, in: International Journal 2/1967.
365. Smith, J.E.: The US, German Unity and the GDR, in: Queens Quarterly 1/1967.
366. Smith, Jean Edward: Der Weg ins Dilemma, Preisgabe und Verteidigung der Stadt Berlin, Berlin 1963.
367. Sorensen, Theodore C.: Most-Favored-Nation and Less Favorite Nations, in: FA January/1974, S. 273.286.
368. Soutou, Georges-Henri: La guerre de Cinquante Ans, Les Relations Est-Ouest 1943-1990, Paris 2001.
369. Soutou, Georges-Henri: La France et l'accord quadripartite sur Berlin du 3 septembre 1971, in: Revue d'histoire diplomatique, 1/2004, S. 45-S.73.
370. Spakler, Michael: Einige ökonomische Bestimmungsfaktoren der DDR-Außenpolitik unter Ulbricht und Honecker 1961-1973, Mannheim 1977.
371. Staadt, Jochen: Unter der Käseglocke des nationalen Sozialismus, Die SED, die volkseigenen Nazis und die Konservierung des Nationalismus, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 9/2000, S. 59-73.
372. Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, erweiterte Neuauflage, Frankfurt am Main 1996.
373. Steel, Ronald: Walter Lippmann and the American Century, New York 1981.
374. Steffen-Gerber, Therese: Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949-1972, Berlin 2002.
375. Steiniger, Klaus: The Communist Party of the USA, in: Siegmund-Schulze, Dorothea (Autorenkollektiv): USA – Aspects of political and social life, Leipzig 1967, S.136-142.
376. Steininger, Rolf: Der Mauerbau, Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963, München 2001.
377. Steury, Donald P. (Hrsg.): On the Front Lines of the Cold War: Documents on the Intelligence War in Berlin, 1946-1961, Washington D.C. 1999.
378. Stokes, Raymond: A Singular Attraction: Economic and Technological Relations between Great Britain and the GDR in the 1950s and 1960s, in: Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions

- in a Divided World, Berlin, Wien 2002, S. 325-337.
379. Stöver Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus, Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947-1991, Köln, Weimar, Wien 2002.
380. Sywottek, Arnold: Die Bundesrepublik Deutschland als gesellschaftspolitische Herausforderung der DDR, in: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 151-164.
381. Tantzsch, Monika: „Der Paßkontrolleur ist ein Diplomat in Uniform“, Die Überwachung des Reise- und Touristenverkehrs durch das MfS, in: DA 2/2003, S. 219-232.
382. Thomas, Merrylin: Idealism as a Political Tool, The Coventry-Dresden Relationship 1963-1965, in: Bauernkämper, Arnd (Hrsg.): Britain and the GDR, Relations and Perceptions in a Divided World, Berlin, Wien 2002, S. 305-324.
383. Thomas, R: Aufklärung statt Abrechnung: Anmerkung zum Umgang mit der DDR-Geschichte, in: Weidenfeld, W. (Hrsg.): Deutschland, eine Nation – doppelte Geschichte, Köln 1993, S. 273.
384. Timm, Angelika: Jewish Claims Against East Germany: Moral Obligations and Pragmatic Policy, Budapest 1997.
385. Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern, Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und zum Staat Israel, Bonn 1997.
386. Timmermann, Heiner: Mauerbau und Außenpolitik – Contingency-Planning der NATO, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002, S. 117-129.
387. Trachtenberg, Marc: A Constructed Peace, The Making of the European Settlement 1945-1963, Princeton 1999.
388. Trepp, Leo: Die amerikanischen Juden, Profil einer Gemeinschaft, Berlin, Köln, Stuttgart 1991.
389. Troche, Alexander: „Berlin wird am Mekong verteidigt“, Die Ostasienpolitik der Bundesrepublik in China, Taiwan und Süd Vietnam, 1954-1966, Düsseldorf 2001.
390. Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt, Erlangen, Jena 1996.
391. Truger, Wolf: Amerikanische Globalstrategie und psychologische Kriegsführung der USA gegen die DDR, in: Sonderheft 2, DAuß, 1968, S.

- 173-189.
- 392.Uhlig, Harald: Gefährliche Intrigen der USA in Südvietsnam, in: DAuß 3/1962, S. 307-315.
- 393.Urban, Günther: Zur Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in den USA, in: DAuß, 2/1968, S. 145-149.
- 394.van Dijk, Ruud: Die Regierung Nixon, die Ostpolitik und die Anerkennung der DDR, in: Timmermann, Heiner: Das war die DDR: DDR-Forschung im Fadenkreuz der Herrschaft, Außenbeziehungen Kultur und Souveränität, Münster 2004, S. 412-427.
- 395.Wacket, Markus: „Wir sprechen zur Zone“, Die politischen Sendungen des RIAS in der Vorgeschichte der Juni-Erhebung 1953, in: DA 26/1993, S. 1035-1048.
- 396.Wandel, Paul: Die internationale Stellung der DDR, in: DAuß 10/1962, S. 1125-1134.
- 397.Weber, Hermann: Historische DDR-Forschung vor und nach der deutschen Einheit, in DA 6/2002, S. 937-943.
- 398.Weber, Hermann: Die DDR1945-1990, München 3. Aufl. 2000.
- 399.Weber, Hermann: Die „weißen Flecken“ in der Geschichte, in: Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur, Köln 1991.
- 400.Weltkopf-Henrich, Liselotte: Die Söhne der großen Bärin, 12. Auflage, Berlin (Ost) 1966 (1. Auflage 1951).
- 401.Wentker, Hermann: Rez. Hoff, 2003, in: DA 6/2003, S. 1067-1071.
- 402.Wenzke, R.: Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995.
- 403.Wernicke, Günter: The World Peace Council and the Antiwar Movement in East Germany, in: Daum, Andreas W./ Gardener, Lloyd C./ Mausbach, Wilfried (Hrsg.): America, The Vietnam War and the World, Comparative and International Perspectives, New York 2003, S. 299-319.
- 404.Weßel, Daisy: Bild und Gegenbild, Die USA in der Belletristik der DDR, Opladen 1989.
- 405.Wettig, Gerhard : Ein anderes Gesamtbild der sowjetischen Wahrnehmung des 17. Juni 1953, Anmerkung zu den Ausführungen von V.S. Christoforov, in: DA 2/2004, S. 303-304.

406. Wettig, Gerhard: Die Frage der deutschen Einheit im Kalten Krieg, Konzepte und Bemühungen, in: DA 5/2003, S. 820-850.
407. Wettig, Gerhard: Berija und das Problem der deutschen Einheit im Frühjahr 1953, in: DA 4/2003, S. 599-614.
408. Wettig, Gerhard: Chruschtschow, der Wettbewerb der Systeme und das Problem der intersystematischen Information, in: ZfG 4/2003, S. 318-333.
409. Wiegrefe, Klaus: Das Zerwürfnis, Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005.
410. Wolf, Friedrich: Kunst ist Waffe, Leipzig 1969.
411. Wolffsohn, Michael: Die Deutschlandakte, Juden und Deutsche in Ost und West, Tatsachen und Legenden, München 1995.
412. Wurm, Clemens A.: Business Diplomacy: Die Zusammenkunft deutscher und britischer Industrieller in Broadlands im Oktober 1926, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Nr. 2/2000, S. 131-157.
413. Wünsche, Kurt: Die Fiktion von der Nichtexistenz der DDR ist unhaltbar, in: DAuß 7/61, S. 768-777.
414. Wüstenhagen, Heinz: Krisenbewusstsein und Kunstanspruch, Romane und Essays in den USA seit 1945, Berlin (Ost) 1980.
415. Wüstenhagen, Heinz: Antiimperialistischer Kampf und Funktion der Literatur in den USA, Materialien der Arbeitsberatung der DDR-Amerikanistik, Potsdam 1979.
416. Wüstenhagen, Jana: Der Blick durch den Vorhang, die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas 1946-1972, Baden-Baden 2001.
417. Young, Oran: International Cooperation: Building Regimes for Natural Resources and Environment, Ithaca 1989.
418. Zimmermann, Hubert: Money and Security: Troops, Monetary Policy, and West Germany's Relations with the United States and Britain, 1950-1971, Cambridge 2002.
419. Zubok, Vladislav M.: Khrushchev and the Berlin Crisis 1958-1962, in: Cold War International History Project, Working Paper Nr. 6, 1993.
420. Zubok, Vladislav M.: The Soviet Intelligence and the Cold War The Small Committee of Information, Cold War International History Project, Working Paper Nr. 4, 1992.
421. Zündorf, Benno: Die Ostverträge, München 1979.

C. Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AEA	Außereuropäische Abteilung
AFSC	American Friends Service Committee
AFL-CIO	American Federation of Labor – Committee for Industrial Organization
AP	Associated Press
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ASSGDR	American Society for the Study of the German Democratic Republic
BArch	Bundesarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
CDU	Christlich Demokratische Union
CFRUSS	Committee on Foreign Relations United States Senate
CIA	Central Intelligence Agency
CJMC	Conference of Jewish Material Claims
COCOM	Coordinating Committee
CPGB	Communist Party of Great Britain
CPUSA	Communist Party of the USA
CSSR	Tschesche und Slowakische Republik
DA	Deutschland Archiv
D&A	Departments and Agencies
DABA	Deutsche Außenhandelsbank AG
DADDR	Dokumente zur Außenpolitik der DDR
DAP	Deutsche Außenpolitik
DDEL	Dwight D. Eisenhower Library
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHB	Deutsche Handelsbank AG
DSt	Dokumentenstelle
ECE	Economic Commission for Europe
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EPZ	Europäische politische Zusammenarbeit

erw.	erweitert
evt.	eventuell
FBI	Federal Bureau of Investigation
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FRUS	Foreign Relations of the US
GDR	German Democratic Republic
Gen.	Genosse
GM	Geheimer Mitarbeiter
HA	Hauptabteilung
HICGO	High Commission of Germany
HRP	Historical Review Program
HV A	Hauptverwaltung Auslandsaufklärung
IIB	Institut für Internationale Beziehungen
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
IV	Internationale Verbindungen
JCS	Joint Chief of Staff
JHS	Juristische Hochschule des MfS
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit der UdSSR)
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kommunistische Partei
KPC	Kommunistische Partei der CSSR
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPK	Kommunistische Partei Kubas
KPUSA	Kommunistische Partei der USA
KSZE	Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
MAI	Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel
MAW	Ministerium für Außenwirtschaft
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MHF	Ministerium für Hochschul- und Fachhochschulwesen
MfVB	Ministerium für Volksbildung
NA	National Archives

NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ND	Neues Deutschland
Neuausg.	Neuausgabe
NFB	Nationale Front für die Befreiung Südvietnams
NFL	National front for the Liberation of South-Vietnam,
NIE	National Intelligence Estimate
NÖS	Neues Ökonomisches System
NSC	National Security Council
NSDM	National Security Decision Memorandum
NYT	New York Times
OCB	Operations Coordinating Board
o.D.	ohne Datum
PEPCO	Political and Economic Projects Committee
philos.	philosophischen
POF	President's Office Files
Pol-Arch AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes
Prof.	Professor
PSB	Psychological Strategy Board
RG	Record Group
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Radio in the American Sector
SAPMO	Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR
SdM	Sekretariat des Ministers
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SH	Sonderheft
SIRA	System der Informationsrecherche der HVA
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STRAC	Militärisch Amerika
SU	Sowjetunion
TDB	Teildatenbank
UAW	United Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers of America
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
überarb.	überarbeitet

UPI	United Press International
US	United States
USA	United States of America
USD	United States Dollar
USSR	Union of the Socialist Soviet Republics
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vorgel.	vorgelegt
VPB	Vorlage für das Politbüro
WHO	World Health Organisation
ZA	Zentralarchiv beim BStU
ZK	Zentralkomitee